

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

129. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode Montag, 16. und Dienstag, 17. Dezember 1974

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975

Beratungsgruppe XII: Landesverteidigung

Beratungsgruppe IX: Handel, Gewerbe, Industrie

Inhalt

Personalien

Krankmeldung (S. 12565)

Geschäftsbehandlung

Unterbrechung der Sitzung (S. 12662)

Ausschüsse

Zuweisung (S. 12565)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1285 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 (1375 d. B.)

Beratungsgruppe XII: Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten

Spezialberichterstatte: Steininger (S. 12566)

Redner: Tödling (S. 12568), Mondl (S. 12574), Zeillinger (S. 12579), Kraft (S. 12587), Wodica (S. 12591), Peter (S. 12595), Troll (S. 12599), Dr. Prader (S. 12603), Bundesminister Lütgendorf

(S. 12607 und S. 12634), Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner (S. 12610), Dipl.-Ing. Hanreich (S. 12614), Josef Schlager (S. 12617), Kinzl (S. 12619), Kriz (S. 12622), Dr. Bauer (S. 12625), Haas (S. 12628), Suppan (S. 12630), Pay (S. 12632) und Marwan-Schlosser (S. 12637)

Annahme der Beratungsgruppe XII (S. 12640)

Beratungsgruppe IX: Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie

Spezialberichterstatte: Lehr (S. 12640)

Redner: Ing. Sallinger (S. 12641), Mühlbacher (S. 12645), Dipl.-Ing. Hanreich (S. 12649 und S. 12692), Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (S. 12655), Thalhammer (S. 12658), Mitterer (S. 12662), Köck (S. 12667), Dr. Mussil (S. 12670), Dipl.-Vw. Josseck (S. 12673), Westreicher (S. 12676), Dr. Heindl (S. 12680), Neumann (S. 12683), Pay (S. 12686), Dr. Blenk (S. 12688), Vetter (S. 12694), Dkfm. Gorton (S. 12698), Koller (S. 12700), Teschl (S. 12703), Burger (S. 12707), Dipl.-Ing. Tschida (S. 12709), Bundesminister Dr. Staribacher (S. 12711) und Staudinger (S. 12715)

Annahmeder Beratungsgruppe IX (S. 12718)

Eingebracht wurde

Anfrage der Abgeordneten

Steiner und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Absicherung des Bahnüberganges Luggau im Gemeindebezirk Dorfgastein (1901/J)

Beginn der Sitzung: 11 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Dr. **Maleta**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 127. Sitzung vom 12. Dezember und der 128. Sitzung vom 13. Dezember 1974 sind in der Kanzlei aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Rudolf Heinz Fischer.

Zuweisung

Präsident: Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebene Regierungsvorlage: Abkommen zwischen der Republik

Österreich und der Volksrepublik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (1326 der Beilagen), weise ich dem Finanz- und Budgetausschuß zu.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1285 und Zu 1285 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 samt Anlagen (1375 der Beilagen)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe XII

Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein. Gegenstand ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage: Abkommen zwischen der Republik

12566

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Präsident

vorlage (1285 und Zu 1285 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 samt Anlagen (1375 der Beilagen).

Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über die Beratungsgruppe XII. Diese umfaßt das Kapitel 40 des Bundesvoranschlages.

Spezialberichterstatte ist der Herr Abgeordnete Steininger. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatte **Steininger**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Spezialbericht zu Beratungsgruppe XII, Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das Kapitel 40 des Bundesvoranschlages am 14. November 1974 in Verhandlung gezogen.

In der Regierungsvorlage zum Bundesfinanzgesetz 1975 sind im Grundbudget der Landesverteidigung Ausgabenkredite in der Höhe von 6.802,965.000 S und in der Stabilisierungsquote zum Konjunkturausgleich-Voranschlag Kredite in der Höhe von 500,000.000 S vorgesehen.

An Einnahmen sind im Jahre 1975 193,403.000 S veranschlagt.

Gegenüber der Voranschlagsziffer des Jahres 1974 von insgesamt 5.878,850.000 S hat sich der Gesamtaufwand bei Kapitel 40 um 924,115.000 S erhöht. Diese Erhöhung betrifft hauptsächlich den Personalaufwand sowie die Ausgaben für die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes, einen Teil der Kosten für das achtjährige Rüstungsprogramm sowie die Bedeckung der Vorbelastungen von Rüstungskäufen, welche sich erfahrungsgemäß auf mehrere Jahre erstrecken. Durch die Novellierung des Heeresgebührengesetzes ergeben sich außerdem bei den „Gesetzlichen Verpflichtungen“ wesentliche Mehrkosten.

Die Einnahmen sind im Bundesvoranschlag 1975 gegenüber der Voranschlagsziffer des Jahres 1974 um 30,209.000 S höher veranschlagt. Die Erhöhung ist darauf zurückzuführen, daß zu den bisher im Auslandeinsatz befindlichen österreichischen Heeresangehörigen ein Bataillon zum Sicherheitseinsatz im Nahen Osten herangezogen wurde und daher die von den Vereinten Nationen zu leistenden Refundierungsbeträge höher angesetzt werden mußten.

Der Voranschlag gliedert sich:

Beim Titel 1/400 ist der Aufwand für das Bundesministerium für Landesverteidigung veranschlagt:

Personalaufwand (Ansatz 1/40000) 214,088.000 S, Anlagen (Ansatz 1/40003) 2,069.000 S, Bezugsvorschüsse (Ansatz 1/40005)

40,552.000 S, Förderungsausgaben (Ansatz 1/40006) 1,721.000 S, Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (Ansatz 1/40008) 6,502.000 S, Aufwendungen (Ansatz 1/40008) 22,978.000 S.

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand (Ansatz 1/40000) im Jahre 1975 gegenüber dem Voranschlag 1974 um 22,249.000 S ist auf die Vorsorge für die ab 1. Juli 1974 in Kraft getretene 10,3prozentige sowie die ab 1. Juli 1975 in Kraft tretende 11,5prozentige Bezugserhöhung (Reallohnsteigerung und Teuerungsabgeltung) zurückzuführen. Schließlich finden die Auswirkungen des Nebengebührengesetzes sowie die entsprechend der 29. und 30. Novelle zum ASVG und der 4. Novelle zum B-KUVG in Kraft getretene Erhöhung der Bemessungsgrundlage Berücksichtigung.

Beim Ansatz 1/40008 „Aufwendungen“ mußten gegenüber dem Jahre 1974 vor allem die Reisegebühren, der Fahrtkostenzuschuß, die Auslandszulagen, Aufwandsentschädigungen, Miet- und Pachtzinse in der Höhe von insgesamt 1,863.000 S höher angesetzt werden. Die Post „Instandhaltung von Gebäuden“ konnte auf Grund der Kompetenzbereinigung gemäß Bundesministeriengesetz 1973 wesentlich verringert werden.

Titel 1/401: Dieser Titel beinhaltet den Aufwand für das Heer und die Heeresverwaltung:

Personalaufwand (Ansatz 1/40100) 2,472,767.000 S, Liegenschaftsankäufe (Ansatz 1/40103) 12,000.000 S, Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (Ansatz 1/40107) 1,014,224.000 S, Aufwendungen (Ansatz 1/40108) 2,978,338.000 S.

Ansatz 1/40100: Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand im Jahre 1975 gegenüber dem Jahr 1974 in der Höhe von 300,525.000 S ist auf die Vorsorge für die ab 1. Juli 1974 in Kraft getretene (10,3prozentige) sowie die ab 1. Juli 1975 in Kraft tretende (11,5prozentige) Bezugserhöhung (Reallohnsteigerung und Teuerungsabgeltung) zurückzuführen. Schließlich finden die Auswirkungen des Nebengebührengesetzes sowie die entsprechend der 29. und 30. Novelle zum ASVG und der 4. Novelle zum B-KUVG in Kraft getretene Erhöhung der Bemessungsgrundlage Berücksichtigung.

Ansatz 1/40103: Die bisher beim Kapitel 64 veranschlagt gewesenen Kredite für Liegenschaftsankäufe für Schieß- und Übungsplätze, Flugplätze und dergleichen wurden auf Grund der Kompetenzbereinigung gemäß Bundesministeriengesetz 1973 erstmals bei diesem neugeschaffenen Ansatz budgetiert.

Ansatz 1/40107: Bei diesem Ansatz sind insbesondere die Ausgaben für Krankenfürsorge (Wehrpflichtige und Angehörige von Wehr-

Steininger

pflichtigen), Familienunterhalt, Taggeld, Entschädigungen für Waffenübungen und für Inspektionen und Instruktionen, die Ausgaben für die Tapferkeitsmedaillenzulagen und die Zulagen für Träger des Kärntner Kreuzes vorgesehen. Diese Ausgaben im Betrage von 1.014,224.000 S wurden gegenüber dem Jahre 1974 um 263,924.000 S erhöht.

Verschiebungen innerhalb dieses Ansatzes ergaben sich auf Grund der geänderten Stärkeannahmen.

Bei der Krankenfürsorge für Wehrpflichtige und für Angehörige von Wehrpflichtigen ergibt sich ein Mehraufwand infolge Anhebung der Bemessungsgrundlage nach der 29. und 30. Novelle zum ASVG. Die Anhebung der Bemessungsgrundlage für den Familienunterhalt und die Mietzinsbeihilfe sowie für die Entschädigung von Waffenübungen, Inspektionen und Instruktionen ist auf die mit 1. August 1974 in Kraft getretene Novelle zum Heeresgebührengesetz, BGBl. Nr. 413/1974, zurückzuführen. Dazu kommt noch, daß im Jahre 1975 neben den Inspektionen/Instruktionen der bisher üblichen Art auch noch Waffenübungen auf Grund des Wehrgesetzes, BGBl. Nr. 272/1974, in voller Höhe anfallen. Das ebenfalls mit Wirksamkeit vom 1. August 1974 in Kraft getretene Bundesgesetz für die Ableistung freiwilliger Waffenübungen, BGBl. Nr. 414/1974, erfordert eine Erhöhung der entsprechenden Entschädigungsleistungen. Der Einsatz eines UN-Bataillons im Nahen Osten zusätzlich zu dem Kontingent auf Zypern macht weitere Mittel erforderlich. Da nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1973, BGBl. Nr. 20/1974, die Tapferkeitsmedaillenzulagen angehoben wurden, ergab sich auch hiedurch eine Erhöhung der entsprechenden Posten.

Ansatz 1/40108: Die hier veranschlagten Mittel dienen vor allem der Bereitstellung der Verpflegung, der Bereitstellung der Bekleidung, Mannesaurüstung und Bettensorten, der Neuanschaffung von Waffen, Gerät und Munition, der Sicherstellung von Betriebs- und Ausbildungsmitteln, der Vorsorge für Transportkosten, der Ausgestaltung von Militärischen Objekten sowie schließlich der Bereitstellung von Mitteln für die Instandhaltung von Waffen und Gerät.

Gegenüber dem Voranschlag des Jahres 1974 wurden bei diesem Ansatz 305,741.000 S mehr veranschlagt.

73,500.000 S können nur nach Maßgabe der Einnahmen verwendet werden.

Im wesentlichen sind durch den bei diesem Ansatz veranschlagten Betrag sowohl der Betrieb des Bundesheeres als auch die Instand-

setzung des eingesetzten Gerätes gewährleistet. Neuanschaffungen sind nur in beschränktem Umfang vorgesehen, weil die veranschlagten Investitionskredite vorwiegend für die Abstattung von Zahlungsverpflichtungen aus mehrjährigen Beschaffungsprojekten (zum Beispiel achtjähriges Rüstungsprogramm mit 330 Millionen Schilling) verwendet werden müssen. Das Schwergewicht im Rahmen dieses Ansatzes liegt auf dem Gebiete des Kraftfahrzeuges, des Wirtschaftsgerätes, der Munitionsbeschaffung sowie bei der Erhöhung des Verpflegungsgeldes von täglich 24 S auf 28 S. Die Erhöhung der Rohstoffpreise führte einerseits dazu, daß zur Aufrechterhaltung des Betriebes die Posten „Brennstoffe“ und „Treibstoffe“ wesentlich erhöht, andererseits auch alle anderen damit in Zusammenhang stehenden Ausgabenposten nachgezogen werden mußten.

Für den Einsatz von Fachkräften, die statistische Auswertungen, die Umstellung des Kanzleiwesens auf EDV sowie die reibungslose Umstellung des Stellungssystems gewährleisten sollen, wurden beim Personalaufwand des Ansatzes 1/40100 (Heer und Heeresverwaltung) vier Dienstposten gebunden und bei der Post 5700 „Werkverträge“ mit 500.000 S veranschlagt.

In der Stabilisierungsquote zum Konjunkturausgleich-Voranschlag ist der im Jahre 1975 erforderliche Bedarf für Investitionsgüter, die im Grundbudget keine Aufnahme finden konnten, mit 11,000.000 S und für die Olympischen Spiele 1976 mit 49,000.000 S enthalten. Die Rate 1975 für das vom Ministerrat zur Kenntnis genommene achtjährige Rüstungsprogramm in der Höhe von 440,000.000 S enthält Schwerpunkte auf dem Kraftfahrzeug-, Luftraumüberwachungssektor und dem Sektor der Panzerabwehr.

Beim Titel 404 wird der Bedarf des Heeresgeschichtlichen Museums; Militärwissenschaftliches Institut wie folgt veranschlagt:

Personalaufwand	(Ansatz 1/40400)
11,973.000 S,	Anlagen (Ansatz 1/40403)
300.000 S,	Aufwendungen (Gesetzliche Ver-
pflichtungen (Ansatz 1/40407)	51.000 S, Auf-
wendungen (Ansatz 1/40408)	1,900.000 S.

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand (Ansatz 1/40400) im Jahre 1975 gegenüber dem Voranschlag 1974 um 1,066.000 S ist auf die Vorsorge für die ab 1. Juli 1974 in Kraft getretene 10,3prozentige sowie die ab 1. Juli 1975 in Kraft tretende 11,5prozentige Bezugserhöhung (Reallohnsteigerung und Teuerungsabgeltung) zurückzuführen. Schließlich finden die Auswirkungen des Nebengebührengesetzes sowie die entsprechend der 29.

12568

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Steininger

und 30. Novelle zum ASVG und der 4. Novelle zum B-KUVG in Kraft getretene Erhöhung der Bemessungsgrundlage Berücksichtigung.

Der gegenüber dem Jahre 1974 um 500.000 S höher dotierte Sachaufwand (156.000 S beim Ansatz 1/40403 und 344.000 S beim Ansatz 1/40408) stellt eine unumgängliche Notwendigkeit dar, um die Erhaltung beziehungsweise Weiterentwicklung des Museums und dessen Sammlungen zu gewährleisten. Insbesondere bedürfen die Schausäle nach etwa zwanzigjähriger Darbietung einer dringlichen Renovierung. Mit der Neugestaltung des Saales I (Dreißigjähriger Krieg) wurde auch bereits begonnen. Ebenso müßte der Ausbau des Depots angesichts des geradezu katastrophalen Raum Mangels weiter betrieben werden.

Beim Militärwissenschaftlichen Institut sind auf Grund des Forschungsauftrages über die Geschichte des Zweiten Bundesheeres diverse Archivbesuche, Aktenkopierungen und dergleichen notwendig, weshalb auch hier entsprechend höhere Kosten anfallen.

Die Ansätze des Titels 405 sind für die Verrechnung der Gebärung der auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig befindlichen betriebsähnlichen Einrichtungen vorgesehen.

Der Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig erhält sich selbst. Die hier vorgesehenen Ausgaben können nur nach Maßgabe der Einnahmen getätigt werden.

Die Gruppenübungsplätze Ortnerhof und Treffling sind hinsichtlich der land- und forstwirtschaftlichen Bewirtschaftung dem Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig angegliedert.

An der Debatte über das Kapitel 40 beteiligten sich außer dem Spezialberichterstatter die Abgeordneten Tödling, Zeillinger, Mondl, Suppan, Dkfm. Gorton, Wodica, Dr. Bauer, Dr. Ermacora, Dr. Eduard Moser, Pay, Kinzl, Marwan-Schlosser, Kittl, Kraft und Kriz.

Der Bundesminister für Landesverteidigung Lütgendorf nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Problemen Stellung und beantwortete die gestellten Fragen.

Bei der Abstimmung am 21. November 1974 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe XII unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den A n t r a g, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten mit dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlags des Bundesvoranschlags für das Jahr 1975 (1285 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, nun in die Debatte einzugehen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tödling.

Abgeordneter **Tödling** (OVP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist begrüßenswert, wenn der Herr Bundeskanzler diesem Budgetkapitel seine Aufmerksamkeit schenkt. Er war vorher da, ich sehe ihn jetzt leider nicht. (*Zwischenruf des Abg. Pölz.*) Ich muß mich zwangsläufig im wesentlichen auch mit dem Herrn Bundeskanzler beschäftigen, denn der Urheber allen Übels ist ja letztlich er. Außerdem müßte der Herr Verteidigungsminister nicht ohne Netz agieren, wenn der Herr Bundeskanzler hier anwesend wäre. Da aber der Herr Bundeskanzler hier einmal erklärt hat, er höre ohnehin alles, was hier gesprochen wird, nehme ich das so zur Kenntnis.

Meine Damen und Herren! Ich möchte gleich eingangs einige grundsätzliche Feststellungen machen. Die Sozialistische Partei hat 1970 und 1971 den wichtigsten Faktor unseres Sicherheitssystems, das Heer, in die Innenpolitik, in die Tagespolitik, in die Wahlauseinandersetzung hineingezogen.

Die sozialistische Regierung hat sich darüber hinweggesetzt, daß die staatliche Sicherheit eine Lebensfrage aller Österreicher ist.

Die Forderungen des einzelnen an den Staat bewegen sich oft nicht in einem ausgewogenen Verhältnis zu seiner Bereitschaft, Pflichten und Lasten für das Ganze zu übernehmen. Hier, an dieser an sich verständlichen menschlichen Schwachstelle, hat Dr. Kreisky eingehakt und seine Regierungszeit der Gefälligkeiten begonnen.

Auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik erweist es sich von Woche zu Woche mehr und deutlicher, daß es mit Gefälligkeiten einfach nicht geht. Der Herr Bundeskanzler ist mit seiner Wirtschaftspolitik eindeutig am Ende. Wenn Sie es nicht glauben wollen, so hören Sie doch hinein in den Kreis Ihrer eigenen Parteigänger, die heute resigniert feststellen: „Vom Wirtschaften verstehen Sie halt doch nichts!“

Möge dem österreichischen Volk erspart bleiben, daß Ereignisse die Beweisführung übernehmen, die Beweisführung dafür, daß Sie auch mit der staatlichen Sicherheit leichtfertig umgegangen sind! (*Beifall bei der OVP.*)

Hier, meine Damen und Herren, muß ich einen großen Österreicher zitieren. Er sagte: „Nirgends kann sich eine nicht offene, gerade, ehrliche und wahrhafte Politik bitterer und

Tödlings

schwerer rächen als auf dem Gebiet des Wehrwesens. Unaufrichtigkeiten und staatliche Sinnwidrigkeiten auf diesem Gebiet werden erfahrungsgemäß die Ursache unglücklicher, opferreicher Ereignisse, die das Volk zu büßen hat.“ — Das sagte 1924 Generalmajor Theodor Körner. (*Abg. P a y: Er hat noch etwas anderes gesagt!!*)

Ja, das ist lesenswert, Herr Abgeordneter! Ihre politischen Vorfahren haben ihn ja hinausgeekelt. In diesem Büchlein ist auch sein Abschiedsbefehl drinnen.

Herr Bundesminister! Diese „Denkschrift“ wäre eigentlich die Richtschnur für Sie gewesen. Dann hätten Sie wenigstens gewußt, was Sie nicht machen hätten dürfen. Ich weiß nicht, ob Ihnen das Original zur Verfügung steht, aber ich habe eine Kopie für Sie angefertigt und werde Ihnen diese am Schlusse meiner Ausführungen überreichen. (*Zwischenruf des Abg. F a c h l e u t n e r.*)

Meine Damen und Herren! Es ist klar, daß eine Armee ihre Effizienz in Friedenszeiten für den Bürger schwer sichtbar unter Beweis stellen kann. Ein Heer, das erhebliche menschliche und finanzielle Produktionskräfte abschöpft, darf nicht, weil das Produkt Sicherheit nicht sichtbar zu Buche schlägt, als widersinnig bezeichnet werden.

Wir glauben — und viele Untersuchungen bestätigen das —, daß der Österreicher durchaus bereit ist, für die Sicherheit des Landes auch Lasten auf sich zu nehmen. Unter einer Voraussetzung allerdings: Er muß überzeugt sein, daß das Instrument, das dieser Sicherheit dient, auch tauglich ist. Bei der Gewichtung der ganzen Kritik wiegt der Vorwurf am schwersten, daß durch Ihre Wehrpolitik, meine Damen und Herren von der SPÖ, heute an der Sinnhaftigkeit des Ganzen gezweifelt wird.

Meine Damen und Herren! Wir behandeln das Budgetkapitel Landesverteidigung heute das letzte Mal in dieser Legislaturperiode. Anlaß genug, die sozialistische Wehrpolitik kritisch zu beleuchten. Anlaß aber auch, ein Wort des Dankes zu sagen, nicht Ihnen, Herr Bundesminister, und auch nicht dem nicht anwesenden Herrn Bundeskanzler, aber einmal jenen Staatsbürgern, egal ob in Uniform oder in Zivil, die der Unglaublichkeit der sozialistischen Wehrpolitik mannhaft entgegengetreten sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich nenne hier stellvertretend für alle General Bach.

Anerkennung aber auch den Grundwehrgliedern, den Freiwilligen, den Berufssoldaten, aber auch den Vätern und Müttern der Soldaten, die den wirren Vorstellungen der Regierungspartei, dem gestörten Verhältnis

der Sozialisten zur Selbstbehauptung dieser Republik eine Abfuhr erteilt haben, indem sie auch weiterhin bereit sind, Opfer auf sich zu nehmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir wissen sehr wohl zu unterscheiden zwischen Bereitschaft und Einsatzfreude des einzelnen Soldaten und der Verwendbarkeit des Bundesheeres als Ganzes. Die sogenannten Manöver 1974 haben gezeigt, daß die Soldaten mit Eifer dabei waren, daß sie aber schuldlos sind, wenn es Mängel gibt, die einfach nicht zu überbrücken sind. Die Einsatzbereitschaft der Grundwehrgliedern und der Reservisten war hervorragend. Besonders hervorzuheben ist das Engagement und die Leistung des Kadernpersonals, das unter den herrschenden Umständen zu Höchstleistungen veranlaßt war.

Zweifelloos steht fest, daß das durch vier Jahre Sicherheitspolitik der Regierung Kreisky erheblich gesteigerte Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung bewußt manipuliert wurde. Diese Übungen dienten der Verschleierung dieser Sicherheitspolitik und letztlich auch der Imagepflege des Armeekommandanten.

Theodor Körner — ich zitiere ihn wieder — würde gesagt haben, wenn man die elementarsten Voraussetzungen für das Heerwesen nicht beachtet: „Was dann zurückbleibt“ — so sagt Körner — „und Bundesheer heißt, ist ein sich für Paraden und Ausrückungen vorbereitender Verein, der ... sich Luftschlössern hingibt“ — und auf die letzte Aussage möchte ich die Betonung legen — „und die Öffentlichkeit über die traurige Wirklichkeit hinwegtäuscht.“ So Theodor Körner.

Zu Beginn dieser Budgetdebatte, meine Damen und Herren, wurde hier die Bibel reichlich strapaziert. Ich möchte das nicht fortsetzen, aber doch in abgewandelter Form sagen: „An ihren Sprüchen sollt ihr sie erkennen!“ (*Zwischenruf des Abg. M o n d l.*)

Herr Abgeordneter! Ich würde Ihnen empfehlen, nicht vorlaut zu sein, denn die Spannweite Ihrer Sprüche reicht von: „Das Einkaufen soll wieder Freude machen“ über: „Ein Budgetdefizit von 8 Milliarden Schilling ist ein Wahnsinn“ bis: „Sechs Monate sind genug“!

An die 100 Aussagen Ihrer Politiker gibt es. Ich will es Ihnen ersparen, hier stundenlang zu zitieren, aber einige dieser Aussprüche möchte ich doch wiedergeben:

Nach der „Südost-Tagespost“ vom 11. September 1970 erklärte der Herr Bundeskanzler:

„Die Bundesheer-Reformkommission habe lediglich die Aufgabe, die in dieser unumstöß-

12570

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Tödling

lichen Entscheidung notwendigen Reformen vorzubereiten."

Heute wissen wir, Hohes Haus, daß diese „unumstößliche Entscheidung“ der sechs Monate nicht zu einer Reform, sondern zu einer Amputation geführt hat.

Der Auftrag an diese Kommission — ich war ja selber die ganze Zeit mit dabei — durch Minister Freihsler war eindeutig. Der Auftrag lautete: Die Kommission möge jene flankierenden Maßnahmen beschließen und empfehlen, die notwendig sind, um die sechs Monate Grundwehrdienst überhaupt erst zu ermöglichen.

Der „Tiroler Tageszeitung“ vom 3. Oktober 1970 erklärte Dr. Kreisky:

„Ein reines Ausbildungsheer sei ein taugliches Instrument der Landesverteidigung.“

Eine leichtfertige Aussage, meine Damen und Herren, wenn man bedenkt, daß unter Umständen unsere Sechsmontatesoldaten Vollprofis mit 1½ und 2 Jahren Ausbildungszeit gegenüberstehen könnten.

Heute, nach vier Jahren, wissen wir, daß alle im Brustton der Überzeugung ausgesprochenen angeblichen Grundsätze leere Phrasen waren. Was haben Sie denn alles angekündigt, meine Damen und Herren von der SPÖ: „Wir wollen durch sechs Monate konzentriert ausbilden“, „Ein besseres Heer wollen wir machen“. Den Leerlauf wollten Sie beseitigen. Tatsache ist: Es wird heute weniger denn je ausgebildet, den Leerlauf haben Sie nicht beseitigt, sondern vermehrt.

Aber ich übergehe die Dinge, etwa daß Dr. Kreisky in Kapfenberg sagte: Eine Arbeitermiliz müsse geschaffen werden, und aus allen Fabriken wird geschossen!

Ich zitiere weiter:

Der „Kleinen Zeitung“ vom 7. März 1973 erklärte der Herr Bundeskanzler:

„Die Reform der Landesverteidigung werde die Regierung nur gemeinsam mit den Offizieren und Unteroffizieren des Bundesheeres durchführen.“

Die „Salzburger Nachrichten“ vom 22. Juni 1971:

„Den Brief der 1900 Offiziere zur Landesverteidigung bezeichnete der Bundeskanzler als grotesk, wehleidig und nicht zielführend.“

„Die Presse“ vom 20. Oktober 1971 berichtet:

„Bundeskanzler Dr. Kreisky erklärte Freitag, er nehme den Gesetzesauftrag von 60 Tagen Truppenübungen durchaus ernst, fügte aber hinzu, daß er in der Praxis keine vollen Realisierungschancen sehe.“

Hohes Haus! Ich frage Sie: Was ist das für ein Bundeskanzler, der mit seiner Mehrheit Gesetze macht, an deren Realisierung er nicht glaubt, ja der gar nicht die Absicht hat, sie einzuhalten?

Der Herr Bundeskanzler möge doch endlich zugeben, daß sein Wehrgesetz nichts taugt und daß er eigentlich nie die Absicht hatte, das Bundesheer zu verbessern, daß die Bereitschaftstruppe trotz eifriger Helfershelfer im Verschleiern der wahren Umstände nicht aufstellbar ist und daß die Landwehr ab 1. Jänner 1977 nicht mehr existiert!

Die „Tiroler Tageszeitung“ vom 2. Oktober 1971 berichtet über die Ansicht des Bundeskanzlers zum Heeresbudget:

„So sehr er auch (Kreisky) für die Landesverteidigung eintrete, so habe er doch Bedenken, das Budget für die Landesverteidigung so aufzublähen, weil das eine fühlbare Steuerbelastung mit sich bringen müsse.“

Nun, was haben Sie von der Regierungspartei gemacht? — Sie haben das Budget für die Landesverteidigung nicht aufgebläht, sondern das Heer auf Hungerration gesetzt — und trotzdem der Bevölkerung untragbare Steuerlasten auferlegt. Das ist die Realität, meine Damen und Herren!

Die „Südost-Tagespost“ vom 20. November 1971 schreibt:

„Kreisky behauptete schlicht und einfach, die jetzt Kritik übenden Beamten und Offiziere seien die Schuldigen an den traurigen Zuständen im Heer.“ Der Bundeskanzler erklärte uns im Landesverteidigungsrat nach der Beschlußfassung der Heeresgliederung 1972: So, nun können die Offiziere ihre Reform machen. Der Herr Bundeskanzler hat also vorsorglich deponiert: Gelingt die Reform nicht, so sind die Offiziere schuld, gelingt sie, dann war es ein Erfolg der SPÖ.

Man könnte den Bundeskanzler ja endlos weiterzitieren. Die Widersprüchlichkeiten sind einmalig, und die Unglaubwürdigkeit des Kanzlers ist längst erwiesen.

Aber abschließend zu den Kreisky-Zitaten eine Besonderheit, meine Damen und Herren. Als ich im August 1973 die Frage erhob, ob man nicht für eine Zeitlang der Qualität der Einzuberufenden den Vorzug gegenüber der Quantität geben soll, hat er mich in einer rüden Art angegriffen. Auch der Herr Bundesminister hat ihm hier eifrig Assistenz geleistet.

Aber, meine Damen und Herren, hören Sie, was Dr. Kreisky am 22. November 1967 im „Österreich-Gespräch“ sagte:

Tödling

„Wir Sozialisten fordern, daß man auf ein Jahr die Einberufung einstellt.“

Keiner sagte damals, wie lange sich die SPÖ den Dr. Kreisky noch leisten könne. Aber darüber, meine Damen und Herren, wird ja wohl 1975 entschieden werden. Doch nun zu Ihnen, Herr Bundesminister.

Generalmajor Körner sagte 1924:

„Die furchtbare Verantwortung des Heeresressorts gegenüber dem Volk tritt nicht in Erscheinung, weil im Augenblick keine ernste Beanspruchung des Bundesheeres gefürchtet wird. Sorglosigkeit in militärischen Dingen kann aber ein Verbrechen am Staate werden.“ — Das sagte Theodor Körner.

Anfänglich, Herr Bundesminister, weil auf dem politischen Parkett unerfahren, wurde Ihnen manches nachgesehen. Spätestens Ende 1972 mußten Sie aber doch merken, daß Sie vom Bundeskanzler als fachmännisches Aushängeschild nach dem Abgang von Minister Freihsler benützt werden. Nicht ein besseres Heer sollten Sie zuwege bringen, sondern den politischen Willen der SPÖ vollstrecken. Sie haben sich als Brigadier hier eindeutig von der roten Regierung degradieren lassen.

Ende 1972, Herr Minister, spätestens aber Mitte 1973 hätte aus sachlichen Gründen aus dem „Mordssteher“ ein „Geher“ werden müssen.

In der letzten Sitzung des Landesverteidigungsrates, Herr Minister, am 22. November dieses Jahres habe ich Sie gefragt, nachdem nun vier Jahre reformiert wurde, was denn endlich 1975 geschehen soll. Sie sagten allen Ernstes, 1975 wird nichts geschehen, denn dieses Jahr sei ein Testjahr. Die Wahrheit, Hohes Haus: Wir haben ein Wahljahr 1975, und das erklärt vielleicht manches.

Herr Minister! Ohne hier besonders persönlich werden zu wollen, möchte ich aber doch sagen: Wenn man Sie fragen würde, was denn 1976 sein soll, würde es mich nicht wundern, wenn Sie sagen würden, daß das Ihr erstes Pensionsjahr sei.

Doch nun in groben Zügen, meine Damen und Herren, die Entwicklung während Ihrer nun zu Ende gehenden Ministerschaft, Herr Minister Lütgendorf:

1971 bei der Beschlußfassung der verhängnisvollen Kreisky-Novelle zum Wehrgesetz sagten Sie, daß Sie mit diesem Gesetz nichts zu tun haben.

Wie die SPÖ selbst sind auch Sie konzeptlos ans Werk gegangen und haben bis heute nur experimentiert. Was wurde und wird heute noch alles versprochen, hochgerechnet und erhofft!

General Spannocchi im November 1970 im „profil“: „Die Armee ist am krepieren.“

Nun frage ich, wie sich da einiges zusammenreimen soll.

Im Februar 1971 befragte der Landesverteidigungsausschuß den Brigadier Heller als Auskunftsperson des Ministeriums. Dieser sagte uns dort, daß 1970 noch 50 Bataillone ohne Mobilmachung ausmarschbereit waren.

Herr Bundesminister! Sie prophezeiten, daß die Schwächeperiode des Bundesheeres bis Juni 1972 beendet sei.

Die „Südost-Tagespost“ vom 8. September 1972 schreibt: „Lütgendorf gibt zu, daß die Schwächeperiode des Heeres bis Juni nicht behoben werden konnte.“

Die „Südost-Tagespost“ vom 15. Mai 1973 schreibt über die Bereitschaftstruppe.

Dazu Lütgendorf wörtlich: „Eine Truppe, die zum überwiegenden Teil aus Wehrpflichtigen besteht, ist keine Bereitschaftstruppe.“

Dazu General Spannocchi: „Für die zweite Hälfte 1974 rechne ich mit 60 Prozent verwendungsbereiter Soldaten.“ Nun haben wir Ende 1974, und die Bereitschaftstruppe besteht noch immer im wesentlichen aus Sechsmontesoldaten und Durchdienern.

Dem „Kurier“ vom 27. Juni 1973 erklärte Lütgendorf: „Sollten sich keine 15.000 Freiwillige für die Krisen-Feuerwehr melden, habe er eine Novelle zum Wehrgesetz in der Lade liegen.“

Herr Bundesminister! Machen Sie doch diese Lade auf! Das war ja auch meine Frage im letzten Verteidigungsrat. Aber dem Inhalt dieser Lade ist anscheinend das gleiche Schicksal wie dem Panzerschrank beschieden.

In der „Kleinen Zeitung“ vom 20. Juni 1974 gibt Spannocchi zu, daß er sich verschätzt habe, und er hofft laut „Presse“ vom selben Tag, bis 1976 70 Prozent Dreijahresdiener für die Bereitschaftstruppe zu haben.

Im „profil“ vom 6. Juni 1974 spricht General Spannocchi von seinen negativen Erfolgen. Er hofft auf eine Wehrgesetz-Novelle — anscheinend auf die, Herr Bundesminister, die Sie in der Lade liegen haben —, obwohl er, also Spannocchi, bei seinem Start erklärt hat, er könne es auch ohne Gesetzesänderung.

Heute müssen wir nach der Aussage des Bundesministers im Verteidigungsrat feststellen, daß er vergeblich hofft, denn jetzt kommt erst das Testjahr.

Der Herr Bundeskanzler stellte in seinem „Bericht zur Lage“ im Mai dieses Jahres fest, daß wir uns einer wenig erfreulichen Weltlage

Tödling

gegenübersehen. Europa befindet sich in einer in seiner Geschichte seltenen Situation, es ist immerhin frei von militärischen Auseinandersetzungen. Der Bundeskanzler sagte auch, er betrachte es als wichtigste Aufgabe seiner Regierung, „den Österreichern ein hohes Maß an Sicherheit zu bieten“.

Nun, meine Damen und Herren, wie müssen wir diese Weltlage sehen?

Die Truppenabbaugespräche stagnieren.

Die Sicherheitskonferenz in Genf geht schleppend vor sich.

Die Vereinbarungen von Wladiwostok haben wohl die Absicht zur Entspannung bekräftigt.

Ein weiterer Nahostkrieg muß leider befürchtet werden.

Die Entwicklungen im Verhältnis zu unserem südöstlichen Nachbarn sind im höchsten Maße unerfreulich.

Österreich hat im Jahre 1955 eine eindeutig völkerrechtlich relevante Verpflichtung übernommen: die erklärte Neutralität mit allen Mitteln zu verteidigen.

Die militärischen Vorsorgen und Leistungen unseres Landes zum Schutze dieser Neutralität liegen weit unter den international üblichen Maßstäben.

Meine Damen und Herren! Ich muß noch einmal Generalmajor Körner zitieren. Er sagte: „Das Wehrwesen eines Staates ist der sinnfällige Ausdruck, ob die Volksgemeinschaft zur Behauptung ihrer Unabhängigkeit auch gewillt ist, das Leben ihrer Bürger einzusetzen.“

Je kleiner der Staat ist, je mächtiger seine Nachbarn, um so mehr müssen seine Bürger vom festen Willen erfüllt sein ..., mit allen Mitteln ihre Unabhängigkeit zu verteidigen.“ — So Theodor Körner.

Wenn der Herr Bundeskanzler im Mai 1974 der österreichischen Bevölkerung — ich sagte es schon — ein hohes Maß an Sicherheit versprochen hat, so muß ich heute feststellen, daß der Herr Bundeskanzler außer vielen Worten zu dieser Sicherheit nichts beigetragen hat. Wenn man das, was in vier Jahren bis heute geschehen ist, einer Betrachtung unterzieht, so beginnt man an der Sinnhaftigkeit des ganzen zu zweifeln.

Die so viel gepriesenen Manöver in diesem Herbst haben, nicht für den Beschauer — für den haben ja nur die Ketten der Panzer gerasselt —, aber für die Fachleute einige wichtige Fingerzeige gebracht. Das äußere Bild war gut, und die Bevölkerung ist erfreulicherweise „mitgegangen“. Aber nur die wenigsten

wußten, daß, obwohl es angeblich verboten war, in den Panzern Soldaten, die im Juni und im Oktober eingerückt sind, als Richtschützen gegessen sind; daß Reservisten, die gar keine artilleristische Ausbildung hatten, an Geschützen standen; daß Zugführer als Kraftfahrer fungierten; daß Kaderpersonal und -material von nicht an den Übungen beteiligten Truppenteilen ausgeborgt waren. Das, meine Damen und Herren, ist die Wirklichkeit.

Hohes Haus! Folgende schwerwiegende Faktoren kennzeichnen heute die Situation der Landesverteidigung:

Auf dem Personalsektor konnte nach Abgang von 1800 Mann qualifizierten Kaderleuten seit 1970 — ein Minus von 15 Prozent — keine Trendumkehr erreicht werden.

Die Ausmusterung von Offizieren sank im Zeitraum von 1971 bis 1974 von 76 auf 25 — ein Minus von 70 Prozent.

Die ordentlichen Präsenzdienner mit verlängerter Dienstzeit von 24 Monaten in der Zahl von rund 1500 fielen weg.

Die „Säulen der Bereitschaftstruppe“, die freiwillig verlängerten Grundwehrdiener, stagnieren bei rund 1500 Mann. Davon sind rund 800 nur Neunmonatediener, insgesamt stehen nur 700 Längerdienende in der Bereitschaftstruppe. 800 freiwillig verlängerte Grundwehrdiener — das sind 56 Prozent — befinden sich in systemerhaltenden Funktionen.

Darüber hinaus wurden durch zusätzliche Schaffung von 1000 neuen Schreibtischposten im Armeekommando, bei den Korps, in den Ämtern der Truppe weitere Ausbilder entzogen.

Im Bundesheer gibt es derzeit rund 7000 Posten für Systemerhalter. Durch die Einführung der Sechsmonatedienstzeit werden jährlich 21.000 — mehr als 50 Prozent — Jungmänner zu Leerlaufsoldaten; früher, bei der neunmonatigen Dienstzeit, waren es rund 14.000.

Die Bereitschaftstruppe stützt sich auf Durchdiener und Sechsmonatediener ab. Der Ausfall auch nur eines Durchdienerturnusses stellt das ganze System in Frage. Die Bereitschafts-Bataillone müssen zur Erlangung der Einsatzbereitschaft durch Mobilmachung aufgefüllt werden. Darüber hinaus ersticken sie derzeit an den Truppenübungen, die für Landwehreinheiten durchgeführt werden müssen.

In der Studie des Arbeitsstabes Bereitschaftstruppe hat sich Armeekommandant Spannocchi Limits gesetzt, an die er heute nicht erinnert werden will.

Tödling

Im Operationskalender steht in Phase I: Bei Nichtgewinnung der erforderlichen Anzahl von Durchdienstern auf freiwilliger Basis, die Forderung nach Aktivierung des Artikels 8 des Wehrgesetzes. Bei Nichterzielen einer Trendumkehr im Aufkommen an freiwillig verlängerten Grundwehrdienstern nach einem Jahr, die Forderung nach ressortinterner Revision der Studie. Beides wurde bis heute nicht durchgeführt.

Aber in der Lade des Herrn Verteidigungsministers liegt ja bekanntlich eine Novelle.

Statt etwas zu unternehmen — und ich komme wieder auf meine Frage im Landesverteidigungsrat zurück —, wird weitergehottet, getestet und experimentiert.

Aber schon beginnt der Herr Armeekommandant für den Fall, daß die Reform nicht gelingt, nach Schuldigen zu suchen. Wenn sie nicht gelingt, so sagt er, seien die Politiker schuld. Und hier muß ich in aller Deutlichkeit sagen: Politiker sind wir, die wir in diesem Nationalrat versammelt sind, alle! Er muß sich hier tatsächlich präziser ausdrücken. Wenn er sagt, schuld sind jene, die diese Wehrgesetznovelle beschlossen haben, dann muß man ihm recht geben und kann ihm beipflichten.

Meine Damen und Herren! Wie sieht es beim Mob-Heer aus? Aus dem Zusammenhang gerissene Teile einer Studie wurden in das sogenannte Landwehrkonzept eingebaut. Trotz des Bemühens des Herrn Verteidigungsministers, die Dinge besser darzustellen, als sie sind, geht aus diesem Landwehrkonzept eindeutig hervor, daß durch die wehrgesetzlichen Maßnahmen seit 1970 die allgemeine Wehrpflicht ad absurdum geführt wird.

Auf Grund des katastrophalen Reservekaderstandes wird ab 31. Dezember 1976 der Gesamtstand des mobilgemachten Heeres 60.000 Mann nicht übersteigen können; dies verfügt eindeutig der § 33 a des Wehrgesetzes.

Meine Damen und Herren! Das ist doch eine alarmierende Feststellung! Sie sind der Meinung, es könne nichts geschehen, es sei nicht notwendig, daß etwas geschehe. Und der Herr Bundesminister meint, es wird weitergetestet.

Man fragt sich, meine Damen und Herren: Wozu die ganzen Redereien? Einmal von einem Reserveheer von 130.000 Mann, das andere Mal von 150.000 Mann und in einer weiteren Phase von 300.000 Mann. Uns fehlen doch schon auf ein Reserveheer von 130.000 Mann ab 1976 32.000 Mann Kaderpersonal, und das — Sie hören richtig, meine Damen und Herren! — bei rund einer Million ausgebildeten Wehrpflichtigen der Reserve.

Weiterhin berufen wir pro Jahr 44.000 Wehrpflichtige ein, die Zahl der Truppenübenden nähert sich bereits der 100.000-Mann-Grenze. Also wenn man hier sagt, es sei alles in Ordnung, dann ist Ihnen nicht zu helfen, oder es stimmt die Feststellung, daß Sie leichtfertig über die Fragen der Landesverteidigung hinweggehen.

Auf dem Sektor Organisation sollte die großangelegte Planungsübung LIMES im heurigen Sommer die Überprüfung der Versorgung und die Führbarkeit nach der Heeresgliederung 1972 darstellen. Die Überprüfung ergab, daß selbst in der derzeitigen Phase, geschweige denn bei vollen Stärken das Heer mit den derzeitigen Mitteln nicht versorgt und geführt werden kann. An sich auch nicht verwunderlich, meine Damen und Herren! Die Heeresgliederung 1972 leitet sich ja nicht von operativen Erkenntnissen ab, sondern wurde als — ich möchte es so bezeichnen — Geniestreich im Alleingang erfunden.

Auf dem Gerätesektor ist die Lage als prekär zu bezeichnen.

Sämtliche Neuanschaffungen des Heeres, wie der Steyr 680 M, Pinzgauer, Panzerjäger, Kürassier wurden bereits unter Minister Prader projektiert und eingeleitet. Das Argument, die einzige Neubeschaffung unter Lütgendorf, der Fledermausnachfolger Sky-Guard, zehre Investitionsteile des Budgets auf, ist nicht stichhältig, da lediglich Ausgaben in der Höhe der bisherigen Fledermausraten erforderlich sind.

Genauso trist wie auf dem Personalsektor sieht es also auch auf dem Gerätesektor aus.

Meine Damen und Herren! Mit Millionenaufwand wird der Bevölkerung aber weisgemacht, daß mit unserem Heer alles in bester Ordnung sei.

Man könnte das Schadensregister dieser Regierung beliebig fortsetzen. Katastrophal ist der Mangel an Munition. Die meisten Kasernen sind abbruchreif. Es fehlt am Geld für Bekleidung und Mannesausrüstung. Doch darüber werden meine Kollegen noch sprechen.

Ich fasse zusammen und möchte feststellen:

Das Bundesheer ist nicht einsatzbereit. Es ist nicht die Schuld der Soldaten, daß es so ist, sondern die Schuld der Regierung und der ministeriellen Führung, weil sie Fehler über Fehler begangen haben, weil flankierende Maßnahmen zur Wehrgesetznovelle 1971 nicht ergriffen wurden, weil seitens des Finanzministers die notwendigen Budgetmittel nicht bereitgestellt wurden, weil seitens des Ver-

12574

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Tödling

teidigungsministers die Anstrengungen, sich innerhalb der SPÖ-Regierung durchzusetzen, nicht zielführend waren.

Herr Bundesminister! Was sagten Sie doch alles! Die einberufenen Jahrgänge müssen sich dritteln: Ein Drittel Kurzdienster — sechs Monate —, ein Drittel Durchdiener — acht Monate —, ein Drittel Längerdienende. In der Reform-Kommission verlangten Sie mehr Ausbilder, mehr Offiziere. Ohne verpflichtende Kaderbildung geht es nicht. 7 Prozent Budgetanteil braucht das Heer.

Aber das war ja noch der Brigadier Lütgendorf. Der Minister Lütgendorf hat das alles schon vergessen.

Das Bundesheer, meine Damen und Herren, ist nicht einsatzbereit, weil zuwenig aktives Kaderpersonal vorhanden ist. Den Nachweis hiefür habe ich geführt. Es ist nicht einsatzbereit, weil trotz Bemühens der Offiziere, der Unteroffiziere und Chargen die Soldaten unzureichend ausgebildet werden, weil die Truppenübungen des Reserveheeres wegen des praktisch völligen Fehlens eines Reservekadern keine Erhöhung des Ausbildungsstandes ermöglichen, weil wir im Ernstfall unsere Soldaten nur unzureichend mit Uniformen, Waffen und Geräten ausrüsten können, weil ohne Zweifel die Mobilmachungszeit zu lang ist und keine Alarmübungen durchgeführt werden, um hier die Effektivität zu steigern.

So müssen wir heute am Ende dieser Legislaturperiode das eindeutige Versagen der gegenwärtigen Regierung in der Verteidigungspolitik feststellen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Die Verantwortung für die sicherheitspolitischen Konsequenzen trägt eindeutig diese Regierung.

Ich möchte, meine Damen und Herren, namens meiner Partei hier eindeutig deponieren:

Nicht Meinungsforschungsergebnisse sind für uns die Maximen für die Gestaltung der Landesverteidigungspolitik, sondern einzig und allein die Verantwortung.

Was die „Reform“ bisher gebracht hat, meine Damen und Herren, hat mit dem Sinn des Wortes gar nichts zu tun. Es waren ja nur Scheintätigkeiten. Das einzig sichtbare Zeichen war vielleicht die Verleihung der dritten Sterne.

Allen, die mitgewirkt haben, wird der geschichtliche Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie aus parteipolitischen und persönlichen Motiven das Debakel herbeigeführt haben und es auch noch zu verschleiern versuchen.

Dieses Bundesheer, dem die Sozialdemokratie — und auch das ist bei Körner nachzulesen — ja immer verständnislos gegenübergestanden hat, ist keine Besatzungsmacht und kein Instrument einer Fremdherrschaft. In ihm dienen unsere Söhne einer guten Sache.

Dafür, daß das Bundesheer für seine Aufgaben stark genug und gerüstet ist, tragen letztlich wir alle hier im Parlament die Verantwortung vor der Verfassung, vor der Geschichte und vor unserem Staatsvolk.

Allerdings, Hohes Haus, wenn eine Partei glaubt, das Heer in wahltaktische Überlegungen miteinbeziehen zu müssen, im Landesverteidigungsrat die Meinung der Opposition nicht gelten läßt, sich über fachmännische Bedenken, die aus dem Heer kommen, hinwegsetzt, dann ist diese Übereinstimmung nicht möglich.

Ich möchte abschließend, meine Damen und Herren, hier sagen: Wir werden die Sache der Landesverteidigung nüchtern und sachbezogen aus dem parteipolitischen Tagesstreit, aber auch aus einer künftigen Wahlauseinandersetzung heraushalten und zu einer demokratischen, vom Staatsvolk getragenen Selbstverständlichkeit werden lassen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Mondl.

Abgeordneter Mondl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich konnte mir schon nach all der unverantwortlichen, durch nichts bewiesenen Kritikflut, die Sie bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit gegen die sozialistische Bundesregierung und die von ihr unternommenen Aktivitäten entfesselten, vorstellen, mit welcher „Sachlichkeit“ und „Objektivität“ heute die Redner der Österreichischen Volkspartei das Kapitel 40, Militärische Angelegenheiten, behandeln werden. Der Herr Abgeordnete Tödling hat diesen Reigen der Redner auch dementsprechend eingeleitet. Wie ein roter Faden — oder besser, wie ein schwarzer Faden — zog sich Ihre Politik, die Sie uns gegenüber seit dem Jahre 1955 betrieben haben, bis zum heutigen Tage durch.

Meine Damen und Herren! Heute steht das Budgetkapitel Landesverteidigung zur Diskussion. Der Ausgabenrahmen beträgt für dieses Budgetkapitel, Grundbudget und Konjunkturausgleich zusammen, 7,3 Milliarden Schilling, gegenüber der Voranschlagsziffer des Jahres 1974 eine Erhöhung von mehr als 1 Milliarde Schilling. Das Heeresbudget erfuhr — wenn man vergleicht mit dem Budget 1971 — einen Zuwachs von nominell 60 Prozent.

Mondl

Sicherlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, könnte man vom Standpunkt des beachtlichen Nachholbedarfes, den aber nicht wir verursachten, sondern den Sie schon herbeigeführt hatten, und der vielfältigen Erfordernisse aus gesehen, meinen, es wäre nicht ausreichend dotiert. Vom Standpunkt der realistischen Möglichkeit in der Zusammenschau mit allen Budgetkapiteln erkennt man, daß ein Optimum zur Verfügung steht, mit dem die notwendigsten Erfordernisse und mit dem bestimmte Schwerpunkte der militärischen Landesverteidigung erfüllt werden können.

Der ständigen Kritik der Österreichischen Volkspartei bezüglich der Höhe der Budgetmittel stelle ich einmal einen Ausschnitt aus den Ausführungen des Abgeordneten Marwan-Schlosser anlässlich der Budgetdebatte, Kapitel Landesverteidigung, vom 18. Dezember 1967 entgegen. Damals war eine ÖVP-Alleinregierung. Ihr Heeressprecher meinte damals wörtlich:

„Ich höre manchen höhnen: Na ja, ihr ÖVP-ler stellt ja den Finanzminister; warum setzt ihr nicht durch, daß er mehr Mittel bereitstellt?“

Und er meinte weiter: „Eine solche Rede wäre primitiv. Ein Finanzminister kann nicht zaubern.“

Marwan-Schlosser forderte bei Gott nicht den damaligen Landesverteidigungsminister Dr. Prader auf, vom Finanzminister Koren mehr für die Erfordernisse der Landesverteidigung zu verlangen. Auch die Abgeordneten Tödling und Glaser taten das nicht, sondern sie sprachen damals von der sogenannten Konjunkturdämpfung. Marwan-Schlosser forderte vielmehr den Landesverteidigungsminister Dr. Prader auf, dem Hohen Hause mitzuteilen, welche Maßnahmen im konkreten hiebei vorgesehen sind, um die Wirksamkeit der ihm zugeteilten Geldmittel zu erhöhen, ob er den Ausbildungsbetrieb einzuschränken gedenke oder ob an eine Verringerung der Einberufungskontingente gedacht sei.

Es ist eigentlich sehr interessant, daß der sich so objektiv und lange Zeit überparteilich gebärdende Professor Ermacora und sein Kreis derartige und ähnliche Zitate im Weißbuch zur Lage der Landesverteidigung Österreichs eigentlich verschwiegen hat. Das mußte Professor Ermacora verschweigen. Er wollte ja kein Weißbuch zur Lage der Landesverteidigung Österreichs durch Darstellung aller positiven und negativen Entwicklungen seit dem Aufbau der Landesverteidigung in Österreich im Jahre 1955 schreiben, sondern ein Beweisbuch im pseudowissenschaftlichen Mäntelchen für die Klarstellung der wahren Zielsetzung unserer Verteidigungspolitik, nämlich, wie er auf Seite 69 seines Beweisbuches festhält:

Zerschlagung des bestehenden Bundesheeres. So liest man darinnen. Das wäre die Klarsetzung und Klarlegung der wahren Zielsetzung unserer Landesverteidigungspolitik. Dazu ersuchte Professor Ermacora noch den Landesverteidigungsrat und den Herrn Bundeskanzler um die Erlaubnis zur Einsichtnahme in die Protokolle, damit ein derartiges Machwerk geschrieben werden konnte!

Zum Artikel in der „Presse“ vom Oktober 1967 mit der Überschrift „56.000 Mann auf dem Marsch in den Konkurs“ stellte damals Marwan-Schlosser im Hohen Hause fest — und ich möchte es deshalb hier ganz exakt herausarbeiten, damit man die Unterschiede in der Beurteilung sieht —: „Das ist ein nicht beweisbarer Vorwurf, aber staatspolitisch gesehen ein unverantwortliches Urteil.“

Was tun Sie seit dem Jahre 1970? — Was Sie nun alles als nicht beweisbare, staatspolitisch verantwortbare Urteile sehen, darauf, meine sehr geehrten Damen und Herren, werde ich im Verlauf meiner Ausführungen noch zurückkommen.

Aber ich habe schon von dem sogenannten schwarzen Faden gesprochen, der sich in Ihrer Terminologie, in Ihrer Beweisführung vom Jahre 1955 bis zum heutigen Tage durch die Geschichte der österreichischen Landesverteidigung zieht. Vom Jahre 1955 bis zum Jahre 1966 waren die Sozialisten, um bei Ihrer Terminologie zu bleiben, die vaterlandslosen Gesellen, weil wir es angeblich waren, die die jeweiligen ÖVP-Finanzminister und Landesverteidigungsminister in der Koalitionsregierung behinderten, mehr Mittel, als im Budget vorgesehen, für die Landesverteidigung bereitzustellen. (*Abg. Dr. Bauer: Wer hat denn das gesagt?*) Das kann man in den Protokollen nachlesen, Herr Abgeordneter Bauer!

Durch die Änderung in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung von 1966 bis 1970 weitete sich der Budgetrahmen für die Landesverteidigung im Vergleich zum Gesamtbudget ebensowenig aus. Im Gegenteil — ich habe es bereits ausgeführt —: Im Jahre 1968 blieb er erheblich darunter.

In dieser Zeit waren wir — so lautete damals Ihre Propaganda — die „Feinde der Landesverteidigung“, weil wir es wagten, einige haarsträubende Vorfälle aufzuzeigen und die Änderung des militärischen Verteidigungssystems zu fordern, übrigens eine Forderung, die auch von maßgeblichen Persönlichkeiten aus Ihren Reihen und von der gesamten österreichischen Presse in dieser Zeit erhoben wurde, vor allem nach dem Debakel im Zusammenhang mit dem Einsatz des Bundesheeres während der CSSR-Krise im August 1968.

12576

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Mondl

Nach der Übernahme der gesamten Regierungsverantwortung durch eine sozialistische Regierung treiben Sie es nun am allerärgersten. Scheinheilig erklärten Sie, mit uns gemeinsam neue Wege für die zweckmäßigste, den österreichischen Verhältnissen entsprechende Landesverteidigung zu suchen. In Wirklichkeit waren Sie und sind Sie nur darauf aus, Schwierigkeiten zu verursachen, in der Öffentlichkeit die Meinung zu verbreiten, die Heeresorganisation wäre niemals reformbedürftig gewesen, sie wurde nur reformiert als Wahlschlager der Sozialistischen Partei.

Warum sind denn auf einmal die sechs Monate für Sie auch von Gültigkeit? Warum haben wir uns dann in so vielen Punkten zusammengeredet? In unserer Gesetzesnovelle vom Jahre 1971 waren doch nur zwei lächerliche Dinge offen. Wir haben alle Ihre Wünsche in der Wehrgesetznovelle berücksichtigt. Und trotzdem behaupten Sie steif und eisern in der Öffentlichkeit, das wäre nur ein Wahlschlager der Sozialisten gewesen!

Hat nicht jüngst Herr Dr. Prader bei einer Pressekonferenz erklärt, an einer sechsmonatigen Dienstzeit würde nicht mehr gerüttelt werden? (*Abg. Dr. Prader: Da haben Sie falsch gelesen!*) Wir sind noch nicht so weit, wir kommen noch dahin.

Nach einem nahezu einjährigen Bemühen um eine gemeinsame Beschlußfassung der Wehrgesetznovelle 1971 brachen Sie am Vorabend des letzten Verhandlungstages mit einer fadenscheinigen Begründung in ultimativer Form die Verhandlungen ab, obwohl wir — wie ich vorhin feststellte — nahezu alle Ihre Änderungswünsche in die Wehrgesetznovelle 1971 einbauten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das gleiche Spiel erlebten wir auch im Zusammenhang mit der Beratung der neuen Heeresgliederung im Landesverteidigungsrat. Immer wieder versuchten wir eine einvernehmliche Lösung zu finden. Sie wollten aber diese einvernehmliche Lösung gar nicht finden, Sie wollten durch das Verlangen neuerlicher Gutachten und Stellungnahmen nur den Schein erwecken, als würden Sie an einer gemeinsamen Lösung interessiert sein. In Wirklichkeit wollten Sie, unser ehrliches Bemühen um einen gemeinsamen Konsens ausnützend, den tatsächlichen Beginn der Umstrukturierung unseres Bundesheeres möglichst lange hinausziehen, weil Sie genau wußten und weil Ihnen Ihre militärischen Berater genau sagten, daß nach Wirksamwerden der Wehrgesetznovelle 1971 das Verharren in den alten Organisationsformen durch Verursachen einer inneren Unlogik die Umgliederung auf eine

neue Heeresorganisation erheblich kompliziert.

So sehr Sie sich an jedes Schriftstück und an jede Äußerung von Militärs klammerten, wenn sie Negatives über unsere Umstellungsbemühungen beinhalten — wobei noch so manches fraktionelle Hörigkeitsverhältnis aus der Vergangenheit zum Tragen kam —, wurden Ihre treuesten Parteimitglieder von Ihnen heftigst bekämpft und geschmäht, wenn sie sich bereit fanden, in ihrer Eigenschaft als führende Militärs zu erklären, daß das Reformmodell richtig sei und sie bereit wären, bei der Verwirklichung dieses Reformmodells mitzuarbeiten.

Jede für unsere Landesverteidigung, für das Bundesheer notwendige Maßnahme wird von der Österreichischen Volkspartei im vorhinein mittels Pauschal feststellungen abqualifiziert.

Die Herbstübung 1974 hatte allgemein eine gute Beurteilung im In- und Ausland gefunden. Das Bundesheer stellte sich freiwillig auf den Prüfstand. (*Abg. Dr. Schleiner: Dann gehen Sie auf die Einzelheiten ein! Darüber reden wir noch!*) Ich will in diesem Zusammenhang auf Einzelheiten überhaupt nicht eingehen. Aber der Herr Bundesparteibobmann Dr. Schleiner stellte so im Vorbeifahren fest, daß mit den Manövern in erster Linie Steuermittel vergeudet, die laufende Werbekampagne fortgeführt und die Soldaten für die politischen Zwecke der Regierungspropaganda mißbraucht wurden. (*Abg. Doktor Schleiner: Die Einsatzfreude der Soldaten sollte vorgaukeln, daß wir ein einsatzbereites Bundesheer haben! Und das ist die Illusion!*) Aber Ihre richtige Aussage sollte den Beweis führen, daß wir eine Politshow veranstalten und nicht Manöver abhielten. (*Abg. Dr. Schleiner: Jawohl, das war es auch, und keine Manöver!*) Das war der Inhalt. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Und zu diesem Zweck trommelten Sie den 15er-Ausschuß zusammen, ohne zu wissen, was tatsächlich draußen auf dem Manöverfeld gesehen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Tödling kommt, ohne übende Verbände anlässlich dieser Herbstmanöver gesehen zu haben, zu der Auffassung und teilte diese auch gleich via OVP-Presse dienst flugs der Öffentlichkeit mit, daß sich die Ausbildungssituation drastisch verschlechtert hätte. Am Vorabend vor dem Gespräch des Bundeskanzlers und des Verteidigungsministers mit den Jugendorganisationen über Probleme, die das Bundesheer betreffen, konnte man in der Presse lesen: OVP-Wehr-Experte Tödling hat gegen diese Veranstaltung einen Querschuß abgefeuert. Diese sei

Mondl

eine reine Alibiaktion, um von den drastischen Verschlechterungen in der Ausbildungssituation abzulenken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! Diese Bundesregierung und der Bundesminister für Landesverteidigung bringen wenigstens den Mut auf, sich mehrmals mit den Jugendorganisationen auseinanderzusetzen und auch berechtigte Wünsche dieser Organisationen zu berücksichtigen. Wenn unter Ihrer Ministerschaft Ihre Interessensgruppen gekommen sind, dann sind Ihre Regierungsvertreter beim rückwärtigen Ausgang hinausgelaufen und haben sie vorne stehengelassen. So war Ihre Politik! *(Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Prader: Der haut Kraut und Rüben durcheinander!)*

Das macht nichts. Es sitzen in Ihren Reihen viele, die der Landwirtschaft zugehören. Sie können sich bei der Auseinanderteilung von Kraut und Rüben sehr leicht helfen. *(Abg. Dr. Prader: Aber bei der Wehrdebatte?)*

In der „Südost-Tagespost“ vom 10. 12. 1974 steht: Gemeinsam mit Major Schleifer gab Prader gestern die wehrpolitische Kritik des ÖAAB der Öffentlichkeit bekannt. — Ursprünglich hieß es eigentlich, es würde dort das Wehrkonzept veröffentlicht werden.

Herr Abgeordneter Dr. Prader! *(Abg. Doktor Prader: Hier!)* Gott sei Dank, daß Sie da sind, hören Sie gut zu! Die kritische Aussagekraft und die Qualität des ÖAAB-Heeresexperten Major Schleifer mag die Öffentlichkeit an der Beurteilung des Herrn Major Schleifer durch den Herrn Oberst Hammer, ebenfalls ein führender ÖAAB-Funktionär, messen — ich habe es Ihnen schon einmal gesagt —, der anlässlich eines anderen Anlasses einmal feststellte, Major Schleifer hätte ein lausbübisches Benehmen, und der Dienststellenausschuß ließe sich nicht zum Narren halten von einem — wörtlich — auf der Nudelsuppe dahergeschwommenen Schleifer, der dienstlich eine Niete ist und als Personalvertreter ein Versager und Lügner.

Das, mein sehr geehrter Herr Abgeordneter, ist, glaube ich, nicht der richtige Repräsentant für die Landesverteidigung in der Öffentlichkeit. *(Abg. Dr. Prader: Aber was über Sie geschrieben worden ist, sage ich nicht!)*

Das und viel Ähnliches mehr, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist Ihr wahres Gesicht, das sind die „konstruktiven“, „staatstragenden“ Beiträge der Österreichischen Volkspartei zur gemeinsamen Lösung der zugegeben schwierigen Probleme der Landesverteidigung. Und dies alles — das haben wir bei den abschließenden Ausführungen des Abgeordneten Tödling wieder gehört — unter

der Überschrift: Die Volkspartei hat vor allem in der Frage der Landesverteidigung stets die Staatspolitik vor die Parteipolitik gestellt! Allein die Unterstellung, die Herbstübung 1974 wäre nur ein „Politmanöver“ gewesen, zeigte Ihre ganze Scheinheiligkeit und ist ein neuerlicher Beweis dafür, daß Sie das Parteiinteresse sehr wohl über das Staatsinteresse stellen.

Wie steht es eigentlich mit der wahren Haltung der ÖVP zur Landesverteidigung? — Wir haben in den letzten zwei Jahren doch sehr viele gegenteilige Äußerungen gehört. Allgemeine Wehrpflicht: Ja. Allgemeine Wehrpflicht: Nein. Abgeordneter Tödling: Ein Berufsheer in einer bestimmten Größenordnung wäre zweckmäßiger. — Und so ging es frisch und fröhlich dahin, wie Sie es auch in anderen Bereichen praktizierten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihnen, die Sie uns immer als „Demolierer der Landesverteidigung“, in der Vergangenheit als „vaterlandslose Gesellen“ hingestellt haben und heute auf einmal sozialistische Repräsentanten in der Wehrfrage zitieren, möchte ich sagen: Die SPO hat ihr Ja zur Landesverteidigung auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht im Parteiprogramm verankert. Das wurde erst kürzlich neuerlich dadurch bekundet, daß die vorgesehene Verfassungsgesetzesnovelle — Sie haben sie nie gebracht, obwohl Sie sich mit der umfassenden Landesverteidigung bereits seit dem Jahr 1961 *(Abg. Dr. Prader: Sie haben alles abgelehnt!)* auseinanderzusetzen hatten —, in welcher die umfassende Landesverteidigung verfassungsmäßig verankert werden soll, eindeutig die allgemeine Wehrpflicht enthält.

Dies erfolgte aus der Erkenntnis und im Bewußtsein, daß sich ein kleiner Staat eben nur dann erfolgreich wehren kann, wenn er alle seine Kräfte für dieses Ziel aufbietet. Das heißt, er braucht in erster Linie ein Ausbildungsheer, wobei das Augenmerk darauf zu richten ist, daß Teile davon jederzeit einsatzfähig sind, und er braucht ein rasch mobil zu machendes Reserveheer.

Bei den parlamentarischen Auseinandersetzungen zu dieser Verfassungsgesetzesnovelle wird sich ja, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, zeigen, wie Sie tatsächlich zur Landesverteidigung stehen.

Das Reformmodell des Bundesheeres, das derzeit der Umstrukturierung unserer militärischen Landesverteidigung zugrunde liegt, nimmt auf die von mir zuvor erwähnten drei Schwerpunkte Bedacht. Ich möchte hier mit

12578

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Mondl

aller Deutlichkeit feststellen, daß im Zuge dieser Umstellung vor allem im letzten Jahr Erhebliches geleistet wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gab keine Demontage, noch weniger ist das Heer ein Trümmerhaufen! Gerade die von Ihnen so abqualifizierte Herbstübung 1974 zeigte sehr genau, daß das Bundesheer weit besser ist als früher unter Ihrer Führung. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Der Redner trinkt Wasser. — Abg. Doktor Prader: Jetzt müssen Sie zwa Schluck nehmen! — Heiterkeit.*) Noch nie, Herr Abgeordneter Prader, war man in der Lage, wie bei dieser Übung, Bereitschaftstruppe und Landwehrverbände gemeinsam üben zu lassen.

Damit ist erwiesen: Die Talfahrt der militärischen Landesverteidigung ist zu Ende. Die Talfahrt begann weder beim Kaderpersonal noch beim Offiziersnachwuchs noch auf dem Waffen-, Geräte- und Ausrüstungssektor im Jahre 1970, sondern wir sind in das Minus in allen zuvor genannten Bereichen schon in den sechziger Jahren hineingeraten. Das wollen Sie nicht zugeben und daher behaupten Sie ständig das Gegenteil. (*Abg. Libal: Wer war denn da Minister?*) Daran konnte auch der Reduzierungserlaß, Herr Dr. Prader, mit dem Sie 36 Bundesheereinheiten stilllegten, nichts ändern.

Wenn alles so rosig gewesen wäre, wie Sie es uns hier darstellen wollen und wie Sie es der österreichischen Öffentlichkeit weismachen wollen, müßte ich fragen: Warum haben Sie damals zu dieser Notmaßnahme gegriffen? Der desolate Zustand der militärischen Unterkünfte trat nicht erst im Jahre 1970 auf, er ist schon vorher herbeigeführt worden.

Das Heer befindet sich — das geben wir ganz offen zu — auf einer sanften Bergaufahrt, ist überall im Plus. Die personelle Situation, die Entwicklung bei den freiwillig-verlängerten Grundwehrdienern verläuft günstig, ebenso bei den Achtmonatedienern. Gerade in den letzten Monaten sind hier große Erfolge eingetreten.

Man muß dabei doch berücksichtigen, daß mit einer echten Werbung erst vor einem Jahr begonnen wurde. Der Stand der freiwillig-verlängerten Grundwehrdiener und Durchdiener beträgt derzeit über 6000.

Eine gute Entwicklung zeigt auch die Kaderpersonallage. Auch in diesem Bereich ist seit Anfang 1974 ein beachtlicher Zuwachs zu verzeichnen, dies trotz der ungünstigen Altersstruktur, die bewirkt, daß gerade jetzt starke Jahrgänge das Pensionsalter erreichen. Maßgeblich dürften diese positive Entwicklung

eine beachtliche Verbesserung der Verdienstmöglichkeiten und die Ausbildungschancen beeinflußt haben.

Auch die Entwicklung des Offiziersnachwuchses, die Sie in der jüngsten Vergangenheit immer so sehr kritisiert haben, verläuft äußerst befriedigend. Er hat im Jahre 1962 — das war das einzige Mal — die Hundertergrenze überstiegen, er fiel bis zum Jahre 1970 auf 53, erreichte mit dem Einrückungsjahr 1970 mit 25 den ärgsten Tiefstand und stieg — jetzt hören Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr gut zu — im Jahre 1971 auf 29, 1972 auf 40, mit dem Einrückungsjahr 1973 auf 83, und im Jahre 1974 sollen sich, so höre ich, schon 100 für die Offiziersausbildung gemeldet haben.

Auch die Zahl der Einjährig-Freiwilligen nimmt wieder zu. — Man sieht: Alles geht aufwärts. Man sieht überall Erfolge.

Auch die materielle Verbesserung schreitet zügig vorwärts. Durch Ankauf von vorwiegend dieselbetriebenen Kraftfahrzeugen konnte der Kfz-Bestand wesentlich erneuert werden. Die Modernisierung gemäß dem Heeresmodernisierungsprogramm und damit das Ausscheiden überalterter, unrentabler Kraftfahrzeuge konnte zügig fortgesetzt werden.

Durch die weitere Beschaffung von Waffen, dazugehöriger Munition, Geräte und sonstiger Ausrüstungsgegenstände, vor allem Ausbildungsbehelfe, Mannesausrüstung und Unterkunftsgüter — gerade hier war ein großer Nachholbedarf gegeben —, konnte die Ausbildung durch die neueingeführte, zielorientierte Ausbildung gewaltig rationalisiert und die Effizienz des Heeres wesentlich verbessert werden.

Zusammenfassend sei festgestellt: Die UNO-Einsätze des Bundesheeres und die jüngst durchgeführte Großübung zeigten: Unser Heer ist nicht schlechter, sondern besser geworden! Wir haben uns lediglich in der Abschätzung der Zeitabläufe geirrt. Durch die eigenen Leistungen des Bundesheeres in der Organisation und Ausbildung konnte zusammen mit den unterstützenden Maßnahmen und der Öffentlichkeitsarbeit diese Verbesserung des Heeres herbeigeführt werden.

Das Manöver ist insofern, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, ein Erfolg, als klar aufgezeigt wurde, daß der Weg der Reform erfolgreich ist und der Nachweis erbracht wurde, daß das Reformmodell richtig ist.

Die sozialistische Fraktion wird daher diesem Budgetkapitel ihre Zustimmung erteilen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Es ist bekannt, daß die Freiheitlichen als Oppositionspartei gegen das Budget in seiner Gesamtheit stimmen werden, und es ist ebenso bekannt, daß wir Freiheitlichen einzelnen Kapiteln, wo wir glauben, die Budgetansätze mitverantworten zu können, die Zustimmung gegeben haben, weil wir unsere Aufgabe als Oppositionspartei nicht darin sehen, grundsätzlich zu allem nein zu sagen.

Ich bedaure es, daß wir dem Kapitel Landesverteidigung nicht unsere Zustimmung geben können, weil wir den Budgetansätzen nicht zustimmen können; wir Freiheitlichen werden aber dessen ungeachtet unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit in Fragen der Landesverteidigung wie in den vergangenen Jahren weiterhin aufrechterhalten.

Ich möchte daher bei meinen Ausführungen zuerst das Nein der Freiheitlichen wegen der Budgetansätze begründen und im weiteren dann das Gemeinsame in der Frage der Landesverteidigung, das Grundsätzliche in dieser Frage von freiheitlicher Sicht hier darlegen.

Herr Bundesminister! Es gibt in der Landesverteidigung verschiedene Fragen, die quer durch die Parteien gehen; es sind Differenzen und Fragen, die leider Gottes auch in der Regierung unausgegoren sind, wo wir immer wieder vor gegensätzlichen Aussagen stehen. Während der Herr Finanzminister noch im Vorjahr das Kapitel Landesverteidigung in seiner Budgetrede wenigstens kurz gestreift hat, allerdings damit in Gegensatz zur Mehrheit der Parteien, die die seinerzeitige Novelle beschlossen haben, geraten ist, hat er offenbar heuer die Konsequenz daraus gezogen und zum Kapitel Landesverteidigung als einzigem Kapitel überhaupt nichts mehr gesagt.

Ich darf den Herrn Verteidigungsminister darauf aufmerksam machen, daß es etwas ungewöhnlich ist, wenn der Finanzminister ein Budget vorlegt und einfach ein Kapitel als nicht existent behandelt.

Nun, die Begründung ist leicht erklärbar. Der Herr Finanzminister steht nämlich im Gegensatz zu Ihnen, Herr Bundesminister, heuer noch auf einem Standpunkt, den weder die Regierungsfraktion noch die Freiheitlichen als jene Parteien, die seinerzeit die Wehrdienstnovelle beschlossen haben, eingenommen haben.

Im Vorjahr sagte der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede noch unter anderem, daß die Zielsetzungen, zu deren wesentlichsten die Aufstellung einer Bereitschaftstruppe zählt, im Kapitel entsprechende Berücksichtigung gefunden haben. Das war im Gegensatz zu unserem Standpunkt, die wir die Bereitschaftstruppe — hier stehen wir im Gegensatz zur Österreichischen Volkspartei — gleichberechtigt und gleichrangig neben die Landwehr gestellt wissen wollen.

Der Herr Finanzminister hat aber — das hat er auch demonstrativ gemacht — seine gegensätzliche Meinung heuer in der Beilage zur Budgetrede ausgedrückt. Denn nur wer dieses Heft, das wir dazubekommen haben, genau durchstudiert, findet dort jenen Satz, der im Vorjahr schon Anlaß zu Mißverständnissen war, wieder versteckt, indem er nämlich sagt: „Dabei werden die Erfordernisse der Bereitschaftstruppe besonders berücksichtigt.“

Auf die Frage, Herr Bundesminister, wie das zu verstehen ist — und ich darf das hier wiederholen —, haben Sie im Budgetauschuß klar den Standpunkt, den wir ja schon im Vorjahr gutgeheißen haben, wieder eingenommen, indem Sie erklärt haben: „Das Verteidigungsbudget 1975 enthält keine deklarierte Schwerpunktbildung bezüglich der Bereitschaftstruppe.“

Ich darf Sie bitten, Herr Bundesminister, endlich einmal diese Frage innerhalb der Bundesregierung klarzustellen. Der Herr Verteidigungsminister, dessen militärische Ambitionen eigentlich ansonsten wenig in Erscheinung treten und in Erscheinung getreten sind, verteidigt hier einen Standpunkt, den ansonsten in diesem Hause nur die Volkspartei vertritt. Es muß einmal klargestellt werden, ob die Regierung nun einheitlich hinter jenem Gedanken steht, den seinerzeit die Parteien vertreten haben, die gemeinsam die Wehrgesetznovelle vertreten haben, oder ob der Finanzminister weiterhin, so wie er es auch heuer in seiner Beilage zur Budgetrede macht, den Standpunkt der Volkspartei, der im Gegensatz zu dem seinen als Verteidigungsminister steht, als richtig erachtet. Und ich glaube, Herr Verteidigungsminister, das ist eine Frage, die einmal vorerst und vor allem geklärt werden müßte.

Weiters: Sie haben im September dieses Jahres noch einen Optimismus an den Tag gelegt, der offenbar nicht ganz gerechtfertigt war und der gezeigt hat, daß Sie sich zumindest beim Ringen mit Ihren Regierungskollegen nicht durchsetzen konnten. Sie haben — am 5. September las ich es in der Zeitung — in einem Interview wörtlich erklärt:

12580

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Zellinger

„Ich rechne schon damit, daß der Anteil“ — heuer waren es 3,7 Prozent — „im nächsten Jahr höher sein wird. Wie hoch, das wird sich bei den Verhandlungen herausstellen.“

Nun, Herr Verteidigungsminister, es hat sich herausgestellt, der Anteil war im Jahre 1974 3,69 Prozent, und der Anteil wird im Jahre 1975 auch 3,69 Prozent sein. Das heißt, es hat sich überhaupt nichts geändert, und Ihre Einschätzung noch im September, nachdem eigentlich die Verhandlungen auf Beamtenebene schon abgeschlossen waren, war falsch oder zumindest haben Sie gegenüber der Öffentlichkeit eine irreführende Information gegeben. Es sind 3,69 Prozent, und daran ändert auch gar nichts die Tatsache, daß Sie im Ausschuß gesagt haben, um soundso viele Millionen sind es heuer mehr.

Herr Minister! Wir wissen ja, das Budget ist umfangreicher geworden, es ist auch alles teurer geworden, Sie brauchen mehr Geld für das Personal, Sie brauchen mehr Geld, wenn Sie Waffen kaufen. Es ist also selbstverständlich, und Sie haben genau im gleichen Anteil das Budget erhöht, das heißt, Sie haben den Anteil von 3,69 gegenüber bisher nicht verändern können. Also die Zielvorstellung der sieben Prozent, die notwendig sind, um eine umfassende Landesverteidigung sicherzustellen, ist Ihnen im Vorjahr nicht geglückt, ist Ihnen heuer nicht geglückt, und was Ihren Optimismus im September betrifft, so darf ich Sie bitten, klären Sie uns auf, warum Sie im September noch angenommen haben, daß Sie sich innerhalb der Regierung stärker durchsetzen werden.

Ich möchte allerdings nicht verhehlen, daß innerhalb des Budgets einige Ansätze sind, die wir Freiheitlichen durchaus bejahen und begrüßen. So haben die 60-Tage-Übungen, die ein wesentlicher Bestandteil der Reform geworden sind, in diesem Budget einen entsprechenden Niederschlag gefunden.

Nun darf ich aber noch einige Einzelheiten herausgreifen: Herr Minister! Wir hatten als Freiheitliche eine gegensätzliche Meinung zu Ihnen und zu Ihrem Ressort; der Kollege von der Regierungspartei hatte gerade Ihre Diskussionsfreudigkeit mit Organisationen angesprochen, die ich durchaus begrüße. Nur sind Sie auf Grund solcher Diskussionen dann immer zu leicht verleitet, Zugeständnisse zu machen, die sich nachher als Fehlentscheidungen, und zwar als schwerwiegende Fehlentscheidungen herausstellen.

Darf ich hier ein charakteristisches Beispiel, den Maturantenerlaß, hervorheben. Ich darf also hier in Erinnerung rufen: Der Herr Bundesminister hat es eines Tages auf Grund

seiner Kontakte mit der Jugend für richtig gehalten, den Maturanten die Möglichkeit zu geben, die sechsmonatige Dienstzeit auf zweimal drei Monate abzuleisten. Abgesehen davon, daß das eine Wiedereinführung der Wehrungerechtigkeit, die wir beim ÖVP-Minister Prader so bekämpft haben, durch ein Hintertürchen gewesen ist, hat sich natürlich das herausgestellt, was wir Ihnen nicht nur im Verteidigungsrat, sondern auch hier im Hause gesagt haben, daß Sie damit die Reserveoffizierslaufbahn doch nicht mehr attraktiv gestalten und daß Sie damit die für eine Landwehr unbedingt notwendige Institution des Reserveoffiziers praktisch auflösen.

Und wie war es, wenn wir die historische Entwicklung ansehen? Am 18. Februar 1972 haben Sie noch in einem Erlaß festgestellt, daß es keinerlei Aufschübe gibt, daß also die Maturanten nach der Matura, mit Ausnahme der Theologen und der Mediziner — die sind ausgenommen worden —, ihre volle Militärzeit wie jeder andere zu leisten haben. Im Mai 1972, also ganz kurz später, haben Sie dann überraschend den Erlaß herausgebracht, daß der Maturant in den Sommerferien zweimal drei Monate machen könnte — ohne entsprechende Kontaktnahme und trotz der Warnungen, die von freiheitlicher Sicht gekommen sind!

Jetzt stellt sich das Debakel heraus. Natürlich gibt es keine Reserveoffiziere mehr, natürlich ist die Zahl der Reserveoffiziere katastrophal gesunken. Es hat gar keinen Zweck, eine Landwehr aufzubauen, wenn wir keine Führer und Unterführer dazu haben.

Und Sie haben jetzt am 23. September angekündigt, daß Sie durch einen neuen Erlaß auch für die Maturanten wieder die durchgehende Militärzeit einführen werden und daß Sie einen entsprechenden Antrag an die Bundesregierung stellen werden. Ich weiß nicht, ob das schon erfolgt ist; wir haben keine näheren Informationen gehabt.

Herr Minister! Diese politischen Kapitulationen, dieser Zickzackkurs, den Sie in dieser und in anderen Fragen betrieben haben, der ist es, der der anderen Oppositionspartei die Möglichkeit des Angriffes gegen eine Reform und gegen ein Gesetz gibt, das wir Freiheitliche durchaus bereit sind als richtig zu verteidigen. Es wäre zweckmäßig, wenn Sie in Zukunft, ehe Sie das eigene Reformgesetz mit Erlässen torpedieren, mit jenen parlamentarischen Gruppen, die das Reformgesetz mit Ihnen beschließen haben, vorher Kontakt aufnehmen.

Eine ähnliche Situation, eine ähnliche Entwicklung bahnt sich — ich möchte das nicht im Detail bringen — bei den Hochschulassistenten an. Ich möchte jetzt hier nicht vor-

Zeillinger

lesen, was Sie alles mit dem Wissenschaftsministerium vereinbart haben, aber die Folge ist bekannt. In einer Zeit — und das möchte ich hier klarstellen —, in der der Mangel an Hochschulassistenten keineswegs sehr groß ist — es gibt Bereiche, wo sich die Hochschulassistenten gegenseitig bereits auf die Füße treten —, genießen die Hochschulassistenten eine überhaupt nicht begründete Vorzugsstellung, Herr Minister.

Die Grundidee der Sozialisten und der Freiheitlichen war — und das war ja der Krieg, den wir seinerzeit als Freiheitliche gegen die ÖVP-Regierung geführt haben — die Einführung der Wehrgerechtigkeit. Und nun wird plötzlich für diejenigen, die Hochschulassistenten werden, der Wehrdienst eine Art Urlaub; sie machen einen ganz kurzfristigen zehnwöchigen Militärdienst.

Die Folge davon haben Sie ja gesehen. Es war die erste Gruppe, die die Frage aufgeworfen hat, ob man diesem Heer überhaupt einen Treueeid zu leisten hat oder ob man ihn nicht leisten muß. Das ist der Dank der Gruppe, die Sie von einer staatsbürgerlichen Verpflichtung befreit haben. Ich darf Ihnen heute schon sagen, daß die Frage der Hochschulassistenten genauso wie der Maturanten-erlaß von uns als Verteidiger des Reformgesetzes und des Reformgedankens weiterhin ernsthaft im Auge behalten wird und daß wir nicht bereit sind, hier Ihren Weg des Nachgebens gegenüber einzelnen Gruppen zu gehen. Denn mit Recht kommen dann natürlich auch andere Gruppen; es ist ja gar nicht einzusehen, warum Gruppen, bei denen ein echter Bedarf vorhanden ist, nicht mindestens ebenso behandelt werden sollten.

Ich darf aus dem Budget noch etwas weiteres herausgreifen. Wenn wir das Budget anschauen, so finden wir einen Konjunkturausgleichsvoranschlag für das Jahr 1975 im Betrag von 500 Millionen. Unsere Bedenken gegen diese Budgetpolitik im allgemeinen haben wir vorgebracht; aber hier bestehen sie im besonderen. Wenn Sie unumstößlich notwendige Ausgaben in den Konjunkturausgleichsvoranschlag nehmen, dann beginnt die Sache bedenklich zu werden. Ich habe es Ihnen an einem konkreten Beispiel aufgezeigt, das vielleicht nicht so ernst ist wie die Bedrohung Österreichs im Ernstfalle. Sie haben es so versteckt, daß man es im Budgetkapitel gar nicht findet. Wenn man es noch so genau durchliest, scheint nirgends die Olympiade auf. Wenn man aber den Arbeitsbehelf dazu liest, so findet man einen Satz, der lautet: In der Stabilisierungsquote ist der im Jahre erforderliche Aufwand für die Olympischen Spiele 1976 mit 49 Millionen Schilling enthalten.

Nichts dagegen zu sagen. Das Bundesheer hat bei den Olympischen Spielen eine gewisse Aufgabe zu erfüllen, das verursacht Kosten, und diese Kosten müssen berücksichtigt werden — aber im Budget, doch nicht im Konjunkturausgleichsvoranschlag als Stabilisierungsmaßnahme! Denn wenn Sie andererseits lesen, wann die Stabilisierungsquote flüssig gemacht wird, dann werden Sie sehen, daß sie nach dem Bundesfinanzgesetz nur flüssig gemacht wird, wenn es die wirtschaftliche Entwicklung im Finanzjahr 1975 erfordert, wenn die wirtschaftliche Entwicklung eine Lockerung der restriktiven Stabilisierungsmaßnahmen notwendig macht.

Herr Minister! Jetzt frage ich Sie: Wenn diese von Ihnen offenbar als ganz todsicher angesehene schlechte wirtschaftliche Entwicklung nicht eintritt, dann werden Sie die 49 Millionen für die Olympiade nicht ausgeben? Dann findet die Olympiade im Jahre 1976 nicht statt? Oder — dann kommen wir wieder zu dem Kapitel der Budgetunwahrheit — dann werden Sie irgendwo anders diese 49 Millionen wegnehmen? Warum schreiben Sie hinein: 49 Millionen Schilling für Olympiade. Die Olympiade findet im Jahre 1976 — wir wollen hoffen, daß wir noch Frieden haben und daß sie stattfindet — statt. Österreich leistet seinen Teil dabei, das Bundesheer — ich möchte das anerkennen und begrüßen und bejahen und bekenne mich dazu — leistet seinen Anteil, und das verursacht Kosten. Warum das verstecken? Warum das nicht ins Budget hineinschreiben? Das kostet 49 Millionen, und diese 49 Millionen nehmen wir ins Budget; nicht in die Stabilisierungsquote, die nur aktiviert wird, die nur bezahlt werden kann, wenn es in Österreich wirtschaftlich schlechter geht. Und wenn es in Österreich wirtschaftlich schlechter geht, haben wir auch die Olympiade und müssen Sie auch die 49 Millionen ausgeben; nur müssen Sie sie dann irgendwo anders wegnehmen. Und da wissen wir jetzt nicht, wo Sie es wegnehmen wollen. Das finden wir so bedenklich, und das ist ein charakteristisches Beispiel; ein Beispiel für viele, das zeigt, wie ungenau, wie auch — fast möchte ich sagen — schon von vornherein wahrheitswidrig die einzelnen Ansätze im Budget sind.

Ich darf als letztes noch ein Beispiel aus meinem Wahlkreis bringen: Sie hatten im vorjährigen Budget 5 Millionen Schilling — ein kleiner Betrag — für den Bau von Wohnungen für Soldaten im Salzburger Stadtteil Taxham. Heuer haben wir nichts mehr drinnen und haben keine Wohnungen gebaut. Es ist natürlich die Frage aufgetaucht: Wo sind diese 5 Millionen hingekommen? Denn immerhin hat dieses Parlament Ihnen, Herr Minister,

12582

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Zellinger

5 Millionen in die Hand gegeben, und Sie haben gesagt, mit diesen 5 Millionen werde ich für die Offiziere und Unteroffiziere, jedenfalls für Heeresangehörige in Salzburg-Taxham, Wohnungen bauen.

Nun stellen wir fest: Die 5 Millionen sind ausgegeben, und Wohnungen sind keine da. Daher war die Frage: Was ist mit dem geschehen?

Herr Minister! Sie haben damals — und ich war einverstanden — erklärt, Sie werden eine schriftliche Antwort geben. Ich darf Ihre schriftliche Antwort vorlesen. Sie sagen auf die Frage:

„Es ist richtig, daß im finanzgesetzlichen Ansatz ... 5 Millionen Schilling an Budgetmitteln für den zweiten Bauabschnitt der Wohnhausanlage Taxham vorgesehen waren. Da sich jedoch in der Zwischenzeit andere Bauvorhaben als dringlicher herausgestellt haben, wurden diese Budgetmittel für ... aufgewendet.“

Entschuldigen Sie: Wozu beschließen wir dann ein Budget? Wozu beantragen Sie das Budget für eine bestimmte Aufgabe und bekommen die Zustimmung, und ohne das Parlament zu fragen, geben Sie die Mittel für etwas anderes aus. Es kann ja genauso sein, daß Sie sagen: Ich bin bereit, Kanonen oder Flugzeuge zu kaufen, und dann sagen Sie: Es hat sich herausgestellt, es ist wichtiger, das Geld für etwas anderes zu verwenden, und ich habe es für etwas anderes ausgegeben.

Herr Minister! Da sind die Gründe, warum wir Freiheitlichen Bedenken gegen die Budgetpolitik des Ressorts Landesverteidigung haben, und das sind die Gründe, warum wir dem Kapitel Landesverteidigung nicht zustimmen können.

In der Frage der Manöver, die heute hier schon angeschnitten wurde, möchte ich eine klare Feststellung treffen.

Ich darf gleich vorausschicken, unser bisheriger freiheitlicher Standpunkt war, daß wir mit Interesse, mit durchaus positivem Interesse die Auswertung der Manövererkenntnisse abwarten und hoffen, daß wir sie auch bekommen werden.

Daß bei Manövern, meine Herren von der Volkspartei, Mängel vorkommen, ist selbstverständlich. Man macht ja nicht Manöver, damit alles in Ordnung geht, damit alles klappt, man macht ja Manöver auch, um Fehler zu erkennen. Wenn aber, und diesen Eindruck hatte ich, die positiven Erkenntnisse überwogen haben, dann soll man nicht von vornherein alles schlechtmachen, denn letzten Endes, wenn ich die bisherige erste Stunde

der Budgetdebatte mir anschau, ist eigentlich der Verteidigungsminister als solcher relativ gut weggekommen, und es ist ständig das Heer in den Mittelpunkt des Streites gekommen.

Meine Damen und Herren von der anderen Oppositionspartei! Das ist der große Gegensatz zwischen der Volkspartei und uns Freiheitlichen. Wir haben seinerzeit, als wir die Verteidigungspolitik der Volkspartei als schlecht empfanden, weil sie eine Wehrungerechtigkeit in sich enthalten hat und weil sie wohl ein aktives Bereitschaftsheer hatte, aber keine entsprechenden Landwehrverbände und Einsatzverbände für den Ernstfall — und dafür braucht man das Heer —, in erster Linie den damaligen Verteidigungsminister Prader angegriffen; er stand im Mittelpunkt unseres Angriffes, denn er war verantwortlich für diese Politik. Es wurde aber nicht das Heer verunsichert, während jetzt eine Politik gemacht wird, bei der das Heer verunsichert wird, bei der unter Umständen Leute, die Ihrer Partei genauso wie den beiden anderen Parteien angehören, an ihrer Aufgabe zu zweifeln beginnen.

Meine Damen und Herren von der Volkspartei! Das Heer ist gut und das Heer ist gesund. Mängel sind vorhanden. Man kann darüber streiten, ob die Mängel früher größer waren oder ob sie jetzt größer sind. Ich bin durchaus bereit, als oppositioneller Freiheitlicher Ihnen zu konzedieren und zuzugestehen: Natürlich sind heute Mängel vorhanden. Aber da müssen wir doch die Mängel bei der politischen Führung aufdecken und nicht ständig immer über das Heer in einer Art und Weise reden, daß nicht nur die Angehörigen des Heeres heute schon zu zweifeln beginnen, sondern daß sich auch der Durchschnittsösterreicher heute die Frage vorlegt: Hat es denn überhaupt noch einen Zweck, Opfer zu bringen für das Heer — und für das Heer müssen Opfer gebracht werden —, und daß man eines Tages — das ist aber dann die Schuld einer Politik, die sich nicht gegen eine sozialistische Regierung und gegen einen verantwortlichen Minister richtet, sondern immer einer Politik, die sich gegen das Heer richtet — fragen wird: Hat es überhaupt einen Zweck, diesen Staat zu verteidigen?

Das ist der Grund, warum wir Freiheitlichen im Gegensatz zu Ihnen sagen: Früher haben wir einen Minister Prader und seine Regierung verantwortlich gemacht, und wir machen heute den Minister Lütgendorf und seine Regierung für das verantwortlich, woran wir Kritik üben, aber das Heer hat in der Gesamtheit das volle Vertrauen der Freiheitlichen in diesem Hause.

Zeillinger

Aus dem Zwischenruf habe ich entnommen, daß zu den Manövern, die wir gesehen haben, auch verschiedene Meinungen vorhanden sind. Die Manöver haben, soweit ich das beurteilen konnte, den teilnehmenden Soldaten irgendwie das Gefühl gegeben, daß es klappt. Ich habe natürlich auch manches gesehen und erfahren, was nicht geklappt hat, und ich könnte nun stundenlang über alles das reden und könnte jene, die mit Begeisterung nach Hause gekommen sind, verunsichern und eines Tages überzeugen: Vielleicht ist doch alles Mist, vielleicht waren diese Manöver falsch, vielleicht sind wir gar nicht in der Lage, diesen Staat zu verteidigen. Aber meinen Sie, daß das richtig wäre?

Ich glaube, daß die Manöver, in der Gesamtheit gesehen, den meisten Soldaten, die daran teilgenommen haben, das Gefühl gegeben haben, daß sie einer guten Aufgabe dienen, obwohl noch Fehler vorhanden sind. Diese Manöver haben aber auch der Bevölkerung das Gefühl gegeben — darin sah ich zumindest eine der Aufgabenstellungen des Manövers —, daß ein kleines Heer einem überlegenen Gegner gegenüber unter Ausnutzung des Geländes und vor allem einmal auch bei Kenntnis des Geländes durchaus eine Verteidigungsaufgabe erfolgreich erfüllen kann. Das haben die Manöver gezeigt. Es wäre erst notwendig, auf einer sachlichen Ebene darüber zu diskutieren, welche Fehler es gegeben hat. Wenn Fehler vorhanden waren, dann sollen wir darüber dort sprechen, wo es notwendig ist, und versuchen, sie gemeinsam abzustellen. Aber die Offiziere, die Unteroffiziere und die Soldaten haben ihr Bestes zur Lösung dieser Aufgabe gegeben, und sie haben zum Unterschied offenbar von der Auffassung der anderen Oppositionspartei auch mir das Gefühl gegeben, daß die Soldaten mit Begeisterung bei ihrer Aufgabe waren.

Natürlich war es ein Mangel, daß zum Beispiel nur 50 Prozent der Ärzte eingerückt sind. Das ist ein Detailproblem, das ich herausnehmen will. Ich will damit gar nicht über die Ärzte schlechthin den Stab brechen, aber das ist eine Situation, mit der man sich für den Ernstfall durchaus beschäftigen muß. Stellen Sie sich vor: Wenn Österreich heute in irgendeinen Konflikt hineingezogen wird und mobilisieren muß und sich plötzlich die Hälfte der Ärzte weigert, dem Einberufungsbefehl Folge zu leisten, so ist das eine Sache, mit der sich nicht nur eine Regierung, sondern mit der sich eigentlich alle Parteien gemeinsam beschäftigen müßten. Das war eine der Erkenntnisse, aber nicht eine Erkenntnis, die gegen das Heer spricht, sondern eine Erkenntnis, die zeigt, daß man in Manövern durchaus auch Erfahrungswerte suchen muß.

Herr Bundesminister! Im zweiten Teil meiner Ausführungen komme ich nun zu einer Aufgabe, die ich als die vordringlichste, die Sie derzeit überhaupt in Ihrem Ressort haben, bezeichnen möchte.

Ich darf dem Hohen Haus in Erinnerung rufen, daß schon seit vielen Jahren das Bemühen durch alle Parteien geht, zu einer gemeinsamen Verteidigungspolitik zu kommen. Wir freiheitlichen Abgeordneten haben schon zu Zeiten der großen Koalition als damals einzige Oppositionspartei immer wieder der Regierung angeboten, so, wie wir das damals gemeinsam auch in der Außenpolitik erreicht haben, eine gemeinsame Verteidigungspolitik zu machen, weil wir glauben, daß die Aufgabe der Verteidigung dieses Staates nur in Zusammenarbeit aller Parteien gelöst werden kann. Wir halten unsere Worte von damals heute unverändert aufrecht, und ich möchte hier feststellen, daß wir noch nie so nah dem Gedanken waren, unabhängig von allen Differenzen in einzelnen Fragen, noch niemals so nah dem Gedanken, wie wir es jetzt sind. Ich möchte sagen: In aller Stille hat sich der Verteidigungsrat beziehungsweise eine Unterkommission des Verteidigungsrates mit der Frage beschäftigt, wie man den Gedanken der Verteidigung dieses Staates überhaupt einmal in der Verfassung verankern könnte, wie man diesen Gedanken in den Verfassungsrang erheben könnte. Hier ist ein Versäumnis vorhanden — ich will jetzt gar nicht Schuldige und Ursachen suchen —, das Jahrzehnte zurückliegt.

Es gibt so viele verfassungsmäßige Aufgaben, und es gibt als einzige nicht die Aufgabe, daß Österreich sich verteidigt — ja, doch: den Schutz der Grenzen. Das stammt noch aus einer Zeit, die fünf Jahrzehnte zurückliegt. Damals sah man die Aufgabe der Verteidigung darin, daß man die Grenzen schützt, und wenn diese Aufgabe nicht gelingt, dann ist praktisch die Verteidigungsaufgabe zusammengebrochen. Man muß der heutigen Zeit angepaßt den Gedanken der Landesverteidigung in der Verfassung verankern, man muß die allgemeine Wehrpflicht, zu der sich jetzt alle drei Parteien bekennen, in der Verfassung verankern.

Herr Bundesminister! Das ist eine einmalige Chance. Sie wissen, daß wir Freiheitlichen Ihnen oft gesagt haben: Sosehr wir gegen eine sozialistische Alleinregierung kämpfen, so sehr bietet sie auch da und dort Chancen, nämlich die, daß heute die Sozialisten die Verantwortung für die Verteidigung dieses Staates tragen. Wir als Oppositionspartei müssen diese Gelegenheit nützen, wir müssen Ihre und unsere Zustimmung gemeinsam dazu

12584

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Zeillinger

benützen, in der Verfassung den Gedanken der umfassenden Landesverteidigung zu verankern und die Richtlinien dieser Landesverteidigung festzulegen.

Es ist noch unter dem Vorsitz des damaligen Außenministers und heutigen Staatsoberhauptes zu Ergebnissen gekommen, zu denen wir Freiheitlichen grundsätzlich ja sagen, zu Ergebnissen, zu denen sich im Grundsätzlichen die Vertreter aller drei politischen Gruppen bereits bekannt haben.

Die Vorlage ist ausgesendet, sie ist begutachtet worden. Die Begutachtungsfrist war der 20. November. Ich möchte jetzt gar nicht kritisieren, daß es nicht mehr vor Weihnachten in das Haus gekommen ist. Aber, Herr Minister, das ist die erste Aufgabe im neuen Jahr, die Sie erfüllen müssen! Sie müssen in der Regierung darauf dringen, beim Kanzler und bei den übrigen Regierungsmitgliedern, daß diese Vorlage, daß diese Verfassungsergänzung — es ist keine Änderung, denn wir waren ja eines Sinnes und sind eines Sinnes —, daß also diese wörtliche Ergänzung der Verfassung spätestens im Jänner in das Haus kommt.

Denn wir haben im nächsten Jahr ein Wahljahr, und Sie wissen, daß im Strudel der Wahlereignisse eine einvernehmliche Zustimmung kaum zustande kommt. Ich glaube, die Regierungspartei hat Verständnis dafür, daß man eine Oppositionspartei nicht überfordern kann. Aber als letztes, sozusagen als Abschluß vor der Auflösung des Parlaments, werden Sie nie eine einstimmige Beschlußfassung mehr erzielen können. Es ist also nur zu Beginn des nächsten Jahres möglich, und zwar mit der Blickrichtung darauf, daß im Herbst gewählt werden soll, darüber im Verteidigungsrat und bei den Wehrsprechern der Parteien gemeinsam zu einem Beschluß zu kommen.

Ich glaube, daß wir damit auch ein Anliegen des heutigen Staatsoberhauptes erfüllen, das hier federführend mitgewirkt hat. Die meisten Sätze, so möchte ich fast sagen, tragen seine Handschrift. Es ist also nur zu Beginn des nächsten Jahres möglich, daß das Parlament das beschließt.

Herr Minister! Das würde ich als eine Aufgabe ansehen, die mindestens ebenso wichtig ist wie andere Aufgaben, über die zwar viel gesprochen und geschrieben worden ist, wenn ich etwa aus dem Arbeitsbereich der Justiz an die Strafrechtsreform denke. Das ist eine mindestens ebenso wichtige Aufgabe, aber sie gelingt nur in den nächsten Wochen oder sie ist auf Jahrzehnte gescheitert!

Das ist ein ganz klarer Fall: Der nächste Schritt muß sein, daß Sie diese Vorlagen, die jetzt begutachtet worden sind und zu denen

ja bereits ein einhelliges Ja der politischen Vertreter vorliegt, nun in der Regierung durchbringen müssen, oder Sie müssen ehestens die Einberufung des Landesverteidigungsrates verlangen und darauf hinweisen, wo Schwierigkeiten liegen, damit wir uns den Kopf darüber zerbrechen können, wie man allfällige Schwierigkeiten überwindet. Nur eines darf nicht geschehen: daß nichts geschieht; das wäre das einzig Gefährliche.

Ich darf ganz kurz in Erinnerung rufen, worum es dabei geht. Wir sind uns darüber im klaren, daß es neben der militärischen und neben der geistigen und neben der zivilen und neben der wirtschaftlichen Landesverteidigung auch eine politische Landesverteidigung geben muß. Wir haben versucht — und ich glaube, es ist auch gelungen —, diese politische Landesverteidigung im Einvernehmen mit den Vertretern aller Parteien auszuformulieren.

Wir haben in der Verfassung des Jahres 1929, wie ich schon erwähnt habe, lediglich den Artikel 79 Abs. 1, der den Schutz der Grenzen vorsieht.

Wir haben aus dem Neutralitätsgesetz aus dem Jahre 1955 lediglich die Verpflichtung, diese Neutralität mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu erhalten und zu verteidigen, also praktisch einen Auftrag des Gesetzgebers zur Verteidigung.

Wir haben in weiterer Folge dann aus dem Jahre 1966 — ich glaube, es ist erinnerlich, daß wir Freiheitlichen einen wesentlichen Anteil an dieser Entschließung hatten — eine einstimmig gefaßte Entschließung, worin die Bundesregierung ersucht wird, dem Parlament eine Regierungsvorlage auf Ergänzung der Verfassung vorzulegen. Das ist geschehen, aber es ist nie erledigt worden. Es war damals die politische Schwierigkeit so groß, daß es nicht erledigt werden konnte und daß es auch nicht erledigt worden ist.

Wir fußen heute praktisch auf Regierungsbeschlüssen aus dem Jahre 1961 und vom Mai 1965, wo von den einzelnen Fällen der Konflikte, die an Österreich herangetragen werden können: die internationale Spannung, der Krisenfall, der Neutralitätsfall und der Verteidigungsfall, die Rede ist. (*Präsident Doktor Maleta übernimmt den Vorsitz.*)

Dieser Beschluß der Bundesregierung im Jahre 1965 war noch in der großen Koalition der erste Ansatz einer Doktrin. Dann ist die große Koalition auseinandergebrochen, und es kamen die Gegensätze der beiden Parteien, die dazu führten, daß diese Frage bis heute nicht erledigt worden ist.

Zeillinger

Aber heute ist ein Konsens, eine Willensübereinstimmung aller drei Parteien vorhanden. Ich darf Sie daran erinnern, daß auch die Bundesheer-Reformkommission dringend empfohlen hat, eine Regierungsvorlage einzubringen, welche die Verfassung ergänzt. Das ist die, ich möchte sagen, Vorgeschichte eines Gesetzes, das nun im Ministerrat liegt und dringend einer Erledigung bedarf.

Ich darf heute schon sagen, es ist auch notwendig, daß wir neben dieser Ergänzung der Verfassung, wobei es notwendig ist, den Komplex der Landesverteidigung in den Verfassungsrang zu heben, auch eine Entschliebung verabschieden. Hohes Haus! Ebenfalls von den gleichen Vertretern im Verteidigungsrat wieder unter Mitwirkung des damaligen Außenministers, des heutigen Staatsoberhauptes, ist extra dieses Komitee eingesetzt worden. Damit gibt er auch Ihnen die Gewähr, daß auch das Staatsoberhaupt als oberster Befehlshaber hinter einer solchen Entschliebung steht und es begrüßen würde, wenn es die Parlamentsparteien beschließen.

Aber diese Entschliebung setzt voraus, daß zuerst das Verfassungsgesetz ins Haus kommt, eine Entschliebung, die klarlegt, unter welchen Umständen wir glauben, Österreich verteidigen zu können, und die die Aufgaben klarlegt, die dabei jedem einzelnen zukommen. Wenn ich etwa an die Formulierung der politischen Landesverteidigung denke, wo wir festzulegen beabsichtigen, daß der Staat entschlossen ist, jederzeit in jedem Krisen- und jedem Neutralitätsfall, jedem Verteidigungsfall die demokratischen Freiheiten seiner Einwohner, die Verfassung, die Rechtsordnung, die Unabhängigkeit, die territoriale Unversehrtheit, die Einheit des Staatsgebietes sowie die Handlungsfreiheit der verfassungsmäßigen Einrichtungen zu schützen und zu verteidigen, dann möchte ich sagen, dazu liegt eine unverbindliche Vorzustimmung der Parteien vor.

Es war schwierig, diese gemeinsame Formulierung zu finden. Aber sie ist gefunden und sie kann nur in den ersten Wochen des neuen Jahres beschlossen werden, oder, Herr Minister, es ist die Chance vielleicht des Jahrhunderts, aber auf jeden Fall auf 10, 20 Jahre wieder vertan. Bedenken Sie, was alles mit einfachen Mehrheiten verändert werden könnte, und erkennen Sie daher die Chance, daß die Regierungspartei ihre Bereitschaft erklärt, die gar nicht von Haus aus so willens war, mitzugehen und damit auch einen Gedanken aufzugreifen, der eher, möchte ich sagen, im Schoße der Oppositionspartei geboren worden sein könnte.

Hier ist eine Willensübereinstimmung erzielt worden, eine Willensübereinstimmung, wo sich die Parteien auch zur Erfüllung dieser Aufgabe der allgemeinen Wehrpflicht zur Verfügung stellen, wo sie aber auch verlangen, daß die finanziellen Mittel des Staates zur Verfügung gestellt werden müssen, um zivile Schutzvorkehrungen zu treffen, um wirtschaftliche Bereitschaftsmaßnahmen zu treffen, um eine Information des Staatsbürgers über die Notwendigkeit, über Aufgaben und Ziele der Umfassenden Landesverteidigung festzulegen.

Das ist eine Entschliebung, in der auch die militärische Landesverteidigung definiert werden soll, wo ausdrücklich wieder die Bereitschaftstruppe und Landwehr, ohne sie mit Worten zu nennen, festgelegt werden. Es wird auch darauf Bedacht genommen, daß aktive Verbände, Grenzschutzverbände, territoriale Sicherungsverbände im voraussichtlich gefährdeten Raum rechtzeitig mobilisiert und eingesetzt werden können, wo im Mobilmachungsfall die Streitkräfte durch die Aufstellung von Verbänden des Landwehrreserveheeres auf die erforderliche Stärke gebracht werden sollen. Die laufende Beobachtung der militärischen Lage, die rasche Mobilmachung von Reserveverbänden in personeller und materieller Hinsicht, das ist eine Frage, die uns vielleicht heute noch trennt.

Sie wissen, immer noch schweben im Raume verschiedene Auffassungen, aber hier liegt ein Bekenntnis, ein Weg zueinander, und jedes Verzögern gefährdet die gemeinsame Lösung dieser Aufgabe.

Zum Schutze der Bevölkerung und zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der staatlichen Einrichtungen ist Vorsorge zu treffen. Im Falle eines militärischen Angriffes sind die notwendigen Schutzvorkehrungen zu treffen. Sie dürfen nicht vergessen, daß es ja heute nicht nur ein Krieg der Soldaten ist, sondern daß im modernen Konflikt die Zivilbevölkerung in viel stärkerem Maße herangezogen wird und Leid tragen muß. Daher waren die drei Parteien im Verteidigungsrat der Meinung, daß in einer gemeinsamen Entschliebung zum Ausdruck kommen soll, daß der Bevölkerung unter Berücksichtigung der zu erwartenden Kriegseinwirkungen ein größtmögliches Maß an Sicherheit und Überlebenschance gewährleistet wird. Das ist eine Verpflichtung nicht nur der Regierung, sondern das ist damit auch eine Verpflichtung der Oppositionsparteien, ganz gleichgültig, wer immer in Opposition ist.

Wenn die drei Parteien dieses Hauses dieses Gesetz beschließen sollten, sind das die Sicherungsmaßnahmen für den Fall einer militärischen Auseinandersetzung in der Nachbar-

12586

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Zeillinger

schaft, wo wir nicht erst warten wollen, bis ein solcher Fall eingetreten ist. Es ist eine Entschließung, in der auch die Frage der geistigen Landesverteidigung, ein wichtiger Faktor in der Umfassenden Landesverteidigung, umrissen werden soll. Die geistige Landesverteidigung soll das Verständnis der Bevölkerung für alle Fälle der Umfassenden Landesverteidigung wecken, sie soll jedem Österreicher klarmachen, daß er seinen Beitrag leisten muß, daß er dafür aber auch entsprechende Sicherheit in diesem Staate erwarten kann.

Nicht zuletzt soll auch die Frage der wirtschaftlichen Landesverteidigung umrissen werden, eine Frage, die zugegeben sicher schwierig war und deren Lösung sicher schwierig ist, wo aber die Parteien in ihrem Entwurf vorgeschlagen haben, ein Krisenmanagement aufzustellen. Dieses Krisenmanagement soll gewährleisten, daß eine ausreichende Versorgung der gesamten österreichischen Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern sichergestellt ist. Es soll also die Bevorratung, die Produktionsprogrammierung betreffen, Aufbringung, Zuführung, Verteilungsvorsorge, Bewahrung der Ernährungsbasis, Sicherstellung einer Energienotvorsorge, Devisenbewirtschaftung, Sicherung für den Wirtschaftsablauf unumgänglich notwendiger Arbeitskräfte, aber auch Sicherung der Erhaltung der Arbeitsplätze mit dem Ziel der Vollbeschäftigung auch im Krisenfall, also auch im Ernstfalle, bis zur Haushaltsbevorratung. Sehen Sie, Herr Minister, darüber herrscht, ich möchte sagen, eine Voreinigung.

Ich muß Ihnen offen sagen, ich habe jeden Tag Angst davor, daß irgend etwas passiert, was von irgendeiner Seite zum Anlaß genommen wird, die Zustimmung dazu wieder zurückzuziehen. Daher keinen Tag verlieren, so rasch als möglich einbringen und die Zusage, die Vorzusage — keine Partei hat sich endgültig gebunden, aber es ist gemeinsam formuliert worden, und es ist auch gemeinsam in den Parteigremien besprochen worden — beim Schopf packen und so rasch als möglich die Verfassungsergänzung durchführen, so rasch als möglich die Landesverteidigung in den Verfassungsrang heben und damit einen der größten Mängel in unserem Staat, der bisher bestanden hat, beheben.

Das wäre vielleicht nicht die publikumswirksamste Reform, die diese Bundesregierung macht, aber es wäre einer der wichtigsten Schritte, den diese Bundesregierung in dieser Legislaturperiode getan hätte. Hier, Herr Minister, liegt es an Ihnen, entweder die Vorlage ehestens zu besorgen oder uns mitzuteilen, woran es scheitert, welche Hindernisse neu aufgetreten sind.

Ich darf hier abschließend feststellen, und ich möchte mich insbesondere an jene Sprecher wenden, welche die Wehrgesetznovelle heute kritisiert haben. Wir Freiheitlichen glauben, daß die Wehrgesetznovelle in ihrer Grundkonzeption durchaus richtig ist, und wir konnten bisher durch nichts davon überzeugt werden, daß sie falsch ist. Mängel in der Organisation sind wieder eine Frage der Auseinandersetzung mit der Regierung oder mit dem zuständigen Minister.

Aber die Grundidee der Einführung einer Wehrgerechtigkeit ist zu begrüßen. Früher hatten etwa 18 Prozent der Wehrpflichtigen einen um vier Monate, um 124 Tage oder mindestens um 90 Tage längeren Wehrdienst zu leisten, während 82 Prozent nach der Ausbildung für immer für die Verteidigung verlorengegangen waren. Jetzt hat jeder hundertprozentig die gleiche Last zu tragen. Die Verkürzung, die Sie immer so ins Treffen führen: neun Monate statt sechs Monate, besteht nicht. Wollen wir doch der Öffentlichkeit die Wahrheit sagen, 249 Tage statt 264 Tage, aber 249 Tage für alle. Um 14 Tage ist es kürzer, und bei einer einigermaßen guten Organisation werden sich diese 14 Tage ausgleichen lassen.

Der Preis dafür ist, daß wir jetzt aber auch die Soldaten, die ihre Ausbildung genossen haben, weiterhin in der Landesverteidigung für ständige Übungen zur Verfügung haben. Mängel sind auf allen Seiten vorhanden, hier stimmen wir vielleicht überein. Aber wir brauchen nicht eine Bereitschaftstruppe, die in möglichst guter Ordnung in Friedenszeiten über die Ringstraße marschieren kann, sondern wir brauchen eine Bereitschaftstruppe, ergänzt durch eine Landwehr, die in möglichst großer Stärke im Ernstfall mobilisiert werden kann. Hier sind das Ziel nicht die 18 Prozent, die Sie als Höchstfall seinerzeit in der Koalitionszeit und dann in der ÖVP-Alleinregierung erreicht hatten, sondern wir werden erreichen, daß für die Verteidigung dieses Staates 30 oder 40 Prozent zur Verfügung stehen.

Wer die Übungen nicht leistet, der hat eben die gleiche Zeit als Durchdiener, nämlich acht Monate, zu leisten. Das ist der Grundgedanke der Wehrgerechtigkeit, das ist aber auch der Grund, warum wir in dem Augenblick in Gegensatz zum Minister geraten, wo er beginnt, für bestimmte Berufs- oder Bevölkerungsgruppen wieder Ausnahmen zu machen.

Wir Freiheitlichen stimmen gegen die Budgetansätze; ich habe das einleitend begründet, warum wir dagegen stimmen werden. Wir bekennen uns weiterhin zu dem Gedanken einer gemeinsamen Landesverteidigung, wir appellieren an die anderen Parteien, die Gele-

Zeillinger

genheit zu nützen, die jetzt vorhanden ist. Die kommende EntschlieÙung, die kommende Verfassungsergänzung wird uns eine Chance geben. Die Landesverteidigung ist kein Thema des Wahlkampfes!

Zur Frage der Landesverteidigung sollten wir den größten gemeinsamen Nenner suchen und nicht darüber reden, wann das Heer schlechter war, sondern eher darüber streiten, wann das Heer besser war, ob es früher gut war und ob es jetzt noch besser ist; das ist viel wichtiger. Wir sollten uns darüber Gedanken machen, wie wir es noch besser machen könnten, wie wir eine noch größere Sicherheit diesem Staate schaffen könnten!

Hören wir doch mit diesem kleinlichen politischen Streit darüber auf, ob um soundsoviel Unteroffiziere zuviel oder zuwenig da sind! Es waren früher zuwenig, es sind heute zuwenig. Es waren früher Unzufriedene, es sind heute Unzufriedene. Es waren früher Mißstände, es sind heute Mißstände. Gehen wir doch gemeinsam an die Aufgabe, all das, was wir glauben, was kritisiert gehört, zu verbessern, zu beseitigen und zu einer gemeinsamen Verteidigung dieses Staates zu gelangen! Der Staat ist es wert.

Herr Minister! Sie haben jetzt die Chance, die Gemeinsamkeit, die vorhanden ist, zu nützen. Wir haben in Österreich die Chance zu überleben, wenn Sie, Herr Minister, in den nächsten Wochen die Bereitschaft nützen, die Übereinstimmung der drei Parteien nützen, wenn Sie Ihre Chance, die Sie jetzt haben, nicht vertun. Dazu fordern wir Freiheitlichen Sie auf. Der nächste Schritt liegt nun bei Ihnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Kraft. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Kraft** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf zunächst zu einigen Bemerkungen meiner Vorredner kurz Stellung nehmen. Wenn der Herr Abgeordnete Zeillinger gemeint hat, die ÖVP kritisiere das Heer und lasse den Minister verschont, so muß ich sagen, Herr Kollege Zeillinger, daß Sie uns hier etwas völlig Falsches in die Schuhe schieben, nichts von dem ist der Fall. Genau das Gegenteil! Den Herrn Minister kritisieren wir und das System kritisieren wir. Wir haben deutlich genug herausgestellt, daß die Offiziere, die Unteroffiziere, die Chargen und die Mannschaften in Ordnung sind, daß dort Einsatzfreude vorhanden ist, daß man aber gerade diese Einsatzfreude für ein politisches Aushängeschild mißbraucht. Das ist der Ansatzpunkt unserer Kritik! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn der Herr Kollege Mondl gemeint hat, die sechs Monate seien genug und wären nie ein Wahlschlager gewesen, so muß ich Ihnen sagen, Herr Kollege Mondl, daß da ja fast die Hühner lachen! *(Zwischenruf des Abg. Mondl.)* Deswegen ist es heute kein Wahlschlager mehr, weil es nicht bei sechs Monaten geblieben ist, sondern acht Monate daraus geworden sind und weil damit auch, wie in so vielen anderen Bereichen, die Wähler und gerade die jungen Leute getäuscht worden sind. Das ist doch die Ursache, deshalb wollen Sie heute von den sechs Monaten nichts mehr wissen; das ist doch der tiefere Grund. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Ich darf mich nun meinem Manuskript und den eigentlichen Ausführungen zum Budgetkapitel zuwenden. Ich darf, dem Beispiel des Herrn Finanzministers folgend, mich nicht nur mit den veranschlagten Ziffern beschäftigen, sondern auch ein bißchen Bilanz, und zwar eine Schlußbilanz im Verteidigungsressort, in einem Ressort, das wohl eine der eklatantesten Schwachstellen dieser Regierung überhaupt ist, ein Resümee aus fünf Jahren sozialistischer Wehrpolitik ziehen.

Wie schaut dieses Resümee aus, das wir heute ziehen können? — Fast keine Einsatzfähigkeit, Abwanderung von der Truppe und vom Kader, geringster Anteil des Wehrbudgets am Gesamtbudget seit mehr als 10 Jahren. *(Zwischenruf des Abg. Mondl.)* Schauen Sie sich die Ziffern an, Herr Kollege, dann müssen Sie auch zu dieser Feststellung kommen. Schlechte, vernachlässigte Unterkünfte und Kasernen, fehlende Ausrüstungen, unzulängliche Bekleidung und eine danebengegangene Reform. Das ist die derzeitige Situation im österreichischen Bundesheer!

Zum Kapitel Landesverteidigung würde wohl kein Satz treffender passen als ein Ausspruch des Herrn Bundesministers selber, der einmal gemeint hat, es sei angebracht, nicht immer die volle Wahrheit zu sagen. *(Abg. Dr. Tull: Das befolgt ihr ja!)* Und genau das ist es, Herr Bundesminister, was diese derzeitige Situation kennzeichnet. Ich stelle fest: Sie haben sich ziemlich genau an diesen Ihren Ausspruch gehalten.

Seit fünf Jahren Reformgerede; 1973 hat es geheißen: Jetzt beginnt's! Dann kam ein Testjahr. Herr Minister! Ich frage Sie: Haben Sie etwa schon an den österreichischen Grenzen die Schilder aufgestellt: Bitte nicht angreifen, österreichisches Bundesheer hat Testjahr!? Das ist doch die Situation. *(Ruf bei der SPÖ: Das beweist den „Ernst“ zur Landesverteidigung! — Abg. Skritek: Jetzt liegen Sie klar daneben!)* Ich komme schon noch auf den Ernst der Lage zu sprechen, Herr Kollege.

12588

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Kraft

Oder: „Laßt Kreisky und sein Team arbeiten.“ Ja, die unpolitischen Fachleute müssen arbeiten. Herr Minister! Sie hätten doch Zeit gehabt zu arbeiten. Ich gestehe, daß man damals vielleicht für diesen Ausspruch ein bißchen Verständnis gehabt hat. Man hat gesagt: Gebt doch dieser Regierung auch Zeit, eine Chance! Herr Minister! Aber dafür, daß man jahrelang braucht, um überhaupt zu beginnen, dafür gibt es überhaupt kein Verständnis mehr, zumal dann letztlich auch nichts Brauchbares herausgekommen ist.

Wie ist denn der Stil in diesem Ressort, in dieser Regierung? Zuvor: „Bestvorbereitete Regierung“, „bestvorbereitete Partei“. „Wir bauen das moderne Österreich“, wir machen alles besser, auch die Landesverteidigung. Dann waren Sie in der Regierung, dann kamen die erste Kritik und die Unzufriedenheit. Darauf hat es geheißen: „Laßt Kreisky und sein Team arbeiten“, gebt uns Zeit. Dann kamen die ersten Wahlniederlagen (Abg. Haas: Und dann kam der Kraft!), und dann hat es geheißen: Bei der ÖVP war es auch nicht besser.

Das ist doch die Situation, die dauernde Abwärtsentwicklung, die Sie durchgemacht haben. Das tollste, die „logische“ Konsequenz all dessen ist jetzt die Forderung sozialistischer Redner, die man immer wieder durchhört: Weil es bei der ÖVP auch nicht besser war, das heißt, weil es bei der ÖVP gleich gut war wie bei der SPÖ-Regierung, darf es kein Zurück zur ÖVP geben. Ich muß schon sagen: Eine etwas seltsame Logik, die hier entwickelt wird.

Zum Verteidigungskapitel an sich: Es ist manchmal wirklich schwierig herauszufinden, wer denn tatsächlich die Verteidigungspolitik in diesem Lande macht. Es gibt doch eine Reihe von geradezu diametralen Aussagen des Herrn Bundeskanzlers, des Herrn Ministers, aber auch des Herrn Armeekommandanten.

Herr Bundesminister! Irgendwann sollte man doch die Frage ein für allemal klären: Wer macht nun wirklich die Wehrpolitik in diesem Lande, und wer trifft die endgültigen Entscheidungen? Das muß doch einmal klar auf den Tisch gelegt werden! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Einige konkrete Beispiele für diese meine Behauptung. Zur Frage eines Wehrbeauftragten: Herr Bundesminister! Sie haben im Ausschuß laut „Parlamentskorrespondenz“ vom 14. November erklärt, Sie werden für den Wehrbeauftragten eintreten. Der Herr Bundeskanzler erklärte ein paar Tage später, am 7. Dezember, bei einer Jugendkonfron-

tation: Ein Wehrbeauftragter kommt überhaupt nicht in Betracht. — Herr Minister! Eine Koordinierung wäre auch hier gut, damit man weiß, woran man bei dieser Wehrpolitik überhaupt ist.

Ein anderes Beispiel: die Diskussion um die neue ADV. Herr Minister! Sie selber haben angekündigt, die neue ADV wird vor Weihnachten fertig werden. Sie wissen heute genau, daß das unrichtig ist. Sie wissen ebenso genau, daß nur das Inhaltsverzeichnis ohne Inhalt vorliegt. Sie wissen heute anscheinend nur, welche Punkte hineinkommen, aber es wird nicht gesagt, wie die einzelnen Paragraphen ausschauen sollen. Nach Ihren eigenen Aussagen soll die neue ADV auch mit Jugendorganisationen diskutiert werden. In Ordnung, Herr Minister! Hoffentlich wird dann auch auf die Probleme und Belange dieser Jugendorganisationen eingegangen und darauf Rücksicht genommen. Entgegen Ihrer Aussage, Herr Minister, wird die ADV bis Weihnachten jedenfalls sicherlich nicht fertig; hier trifft also auch wieder Ihre Behauptung nicht zu.

Einige Sätze zur Frage der Werbung, die gerade in den letzten Wochen intensiv in den Zeitungen betrieben wurde. Herr Bundesminister! Die Werbung ist an sich nicht schlecht, dagegen ist nichts einzuwenden. Aber wenn man mit dieser Werbung etwa auch über den Arbeitsmarkt Offiziere suchen muß und damit den Nachwuchs an Offizieren verbessern wollte, dann kennzeichnet das doch auch sehr deutlich und sehr erschreckend, würde ich sagen, die Situation.

Zu dieser Werbung zurück. Es besteht auch die Gefahr, daß in der Öffentlichkeit ein falscher Eindruck erweckt wird. Wenn in den Zeitungsinseraten nun steht, ein Unteroffizier verdiene 8000, 9000 und 10.000 S, Herr Bundesminister, dann, glaube ich, dürfte das nicht ganz den Tatsachen entsprechen. Da müßte er wahrscheinlich eine Vielzahl von Überstunden machen, die man ihn entweder nicht machen läßt oder die er gar nicht machen kann.

Aber was entsteht denn in der Öffentlichkeit für ein Eindruck? — Wohl der Eindruck, daß das Bestverdiener sind. Herr Bundesminister! Damit desavouieren Sie aber auch die Personalvertretung. Denn wenn die Personalvertretung etwa Verbesserungen in Form von Zulagen verlangt, dann heißt es in der Öffentlichkeit: Das sind ja ohnehin nur Bestverdiener! — Hier, glaube ich, sollte man etwas vorsichtiger zu Werke gehen.

Konkret zu einigen Budgetziffern. Im Finanz- und Budgetausschuß stellte sich die zentrale Frage: Wie kommt die sogenannte Reform

Kraft

im Budget 1975 zum Ausdruck? Herr Minister, Sie selber waren es, der gemeint hatte: 7 Prozent am Gesamtbudget wären etwa eine Untergrenze. Sie wissen auch, daß das heuer etwa eine Summe von 12 Milliarden Schilling ausmachen würde.

Es wurde vorhin schon gesagt, der Anteil am Gesamtbudget blieb heuer wie im vergangenen Jahr gleich; nach unseren Berechnungen mit 3,68 Prozent. Bei der OVP-Regierung gab es nie ein Budget unter 4,1 Prozent; lesen Sie die Ziffern nach: Anteil 4,1 Prozent vom Gesamtbudget.

Herr Bundesminister! Damit wird dem Bundesheer, der Landesverteidigung nicht einmal die Inflation abgegolten. Es stellt sich deutlich die Frage: Wofür ist denn überhaupt noch Geld da? Wo liegen die Schwerpunkte? Was ist überhaupt bei diesem derzeitigen Bundesheer neu?

Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede gemeint, es handle sich um eine überproportionale Steigerung des Landesverteidigungsbudgets zur Fortführung der Reform.

Nun, wie schaut diese Überproportion eigentlich aus? — Betrachtet man die Gesamtziffern: Erweiterung des Gesamtbudgets plus 15 Prozent. Im Verteidigungsbudget plus 16 Prozent, beim Sachaufwand plus 17 Prozent. Gerade von diesem Sachaufwand entfallen ja 35 Prozent auf die gesetzlichen Verpflichtungen, zum Beispiel steigen die Ausgaben für die Truppenübungen allein um mehr als 100 Prozent.

Eine verbleibende Summe von rund 342 Millionen Schilling; im Bereich der Ermessenskredite sind das also zirka 13 Prozent plus. Herr Bundesminister! Bei einer Teuerungsrate von 10 Prozent kann man hier wahrlich von keinem gewaltigen Stoß etwa auch zur weiteren Vorantreibung der Reform und so weiter reden.

Das Fazit aus diesen Zahlen: für viel Geld, Herr Bundesminister, weniger Bundesheer; das Gegenteil zur OVP-Regierung. Dazumal hatten wir, vielleicht für gleich viel Geld — ich will nicht sagen für weniger Geld —, ein besseres Bundesheer. Das bedeutet aber auch eine bessere Landesverteidigung und mehr äußere und innere Sicherheit.

Die Frage der Einsatzfähigkeit ist heute schon angeschnitten worden. Wir hatten immerhin 51 Bataillone einsatzfähig. Von den heutigen 27 sind nur 8 bedingt einsatzfähig. Das ist doch die Situation, die sich einfach nicht weglegen und auch nicht diskutieren läßt.

Ich darf mich einigen konkreten Problemen, einigen konkreten Fragen noch zuwenden. Der Herr Armeekommandant hat gemeint — und eine diesbezügliche Aussage auch in der Öffentlichkeit getan —, bis Ende des Jahres 1975 würde die Neueinkleidung des Bundesheeres vollzogen sein.

Herr Minister! Wo sind die entsprechenden Vorsorgenansätze im Budget — ich finde keine Liste —, wie ist der Ist-Zustand, gerade bei der Bekleidung? Herr Bundesminister, Sie wissen sicherlich genauso wie ich: Bei den Verbänden der Bereitschaftstruppe gibt es einen grauen Arbeitsanzug, den der Herr Minister Prader seinerzeit eingeführt hat. Sie haben ihn umfunktioniert zu einer Uniform. Dieser Arbeitsanzug ist aber gerade im Winter untauglich. Es ist ein grauer, dünner Leinenstoff; für den Winter ungeeignet. Den Wintermantel mußte man abgeben. Er darf dort nicht getragen werden. Herr Bundesminister! Das mutet doch etwas eigenartig an, wenn man dann als Grund eine einheitliche Uniformierung anführt. Die Bereitschaftstruppe soll gleich erkannt werden. Sie haben seinerzeit als typisches Kennzeichen für die Bereitschaftstruppe genannt: bessere Ausrüstung, bessere Bekleidung, bessere Ausbildung. Herr Minister! Wenn für die Bereitschaftstruppe die dünnen Arbeitshosen das einzige Kennzeichen sind, dann wage ich zu bezweifeln, ob das ganz so großartig ist, wie immer gesagt wird.

Kürzlich hat das Bundesheer mit Stolz eine eigene Meinungsumfrage verlautbart und angeblich hier so günstige Ergebnisse aufgezeigt. Herr Bundesminister, einige Dinge wurden nicht aufgezeigt. Nicht aufgezeigt wurde beispielsweise, daß nach den Truppenübungen zwei von drei Soldaten der Auffassung waren, daß sie bei den Truppenübungen nichts Neues gelernt haben, nichts Neues geübt hätten und auch die erwartete Einteilung in einen Reserveverband nicht vorgenommen wurde. Nicht bekanntgegeben wurde, daß die Mehrheit der befragten Soldaten Verpflegung und Bekleidung als mittelmäßig bezeichnet und die Unterkunft als schlecht bezeichnet haben. Nicht gesagt wurde, daß vier von fünf der Befragten überhaupt kein Interesse an einer Beförderung haben. Nicht gesagt wurde aber, Herr Bundesminister, daß neun von zehn Soldaten die gerechte Behandlung durch Offiziere und Unteroffiziere hervorgehoben haben. Das ist wohl ein Beweis — und das unterstreicht doch unser Argument —, daß die Offiziere und die Unteroffiziere in Ordnung sind. Aber am System, Herr Bundesminister, muß es liegen.

Bemerkenswert ist allerdings auch, daß die Ausstattung der Soldaten mit Bekleidung bei

12590

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Kraft

den Truppenübungen völlig unzureichend ist. Herr Bundesminister! Nicht einmal — man stelle sich das vor — ein zweites Paar Schuhe zum Wechseln, wenn die eigenen Schuhe naß sind, nicht einmal einen zweiten Arbeitsanzug haben die Jungmänner! Herr Bundesminister! Bei den Truppenübungen — das ist auch hervorgegangen — hat es fast keine Krankheitsfälle gegeben, mit Ausnahme von Blasen an den Füßen. Hier werden Fußmarode herangezogen, aber keine einsatzfähigen Soldaten. Das muß doch auch einmal deutlich gesagt werden.

Bei dieser Befragung ist auch deutlich hervorgetreten, daß es an Zündern für Übungshandgranaten fehlt. Eine Handgranate für zwei Soldaten! Und Sie selber, Herr Bundesminister, haben auch bei dieser Jugendkonfrontation erklärt, es handle sich nur mehr um ein Belehrungswerfen, ein Handgranatenwerfen ist überhaupt nur mehr für Jäger und Grenadiere vorgesehen. Das ist doch die Situation!

Herr Bundesminister! Bei Ihrer eigenen Umfrage ist herausgekommen, daß die Unterkünfte schlecht sind. Wie steht es mit Ihrem Kasernenausbauprogramm oder überhaupt mit dem Kasernenbauprogramm? Neubauten, Adaptierungen, Verlegungen haben Sie angekündigt. Auf die Frage im Ausschuß haben Sie erklärt: Eine einzige Kompanie wurde bisher verlegt. Wo sind die entsprechenden Ansätze in diesem Budget?

Kurz einige Sätze zur Frage der Rüstung und Ausrüstung. Auch im Bericht des Finanz- und Budgetausschusses steht deutlich drinnen, daß es sich im wesentlichen nur um Instandsetzungen und um Neuanschaffungen in sehr beschränktem Umfang handelt, Herr Bundesminister! Hier muß auch einmal die Frage deutlich gestellt werden: Wo ist das Konzept? Wo sind die entsprechenden Ansätze im Budget, und was ist überhaupt unter Ihrer Verantwortung, in Ihrer Zeit konzipiert und entwickelt worden? Was haben Sie eigentlich in Fragen der Rüstung und Ausrüstung in Auftrag gegeben?

Es wurde kurz der Fahrzeugpark — Steyr 680, Haflinger, Pinzgauer — erwähnt. Herr Bundesminister! Das wurde doch alles vor Ihrer Zeit entwickelt, teilweise sogar vor Ihrer Zeit in Auftrag gegeben! Oder bei den Panzern, bei dem „Kürassier“. Die Entwicklung dieses Gerätes wurde doch vor Ihrer Zeit begonnen! Beim M 47 wurde doch schon vor Ihrer Zeit damit begonnen, die teuren Benzinmotoren auf Dieselmotoren umzubauen; beim M 60 ebenfalls. Was ist also jetzt geschehen? — Gerade beim M 47 sind doch bereits Lücken entstanden. Wie viele Panzer sind nachgekauft worden? Wie viele neue

Fahrzeuge sind in Ihrer Zeit in Auftrag gegeben worden? — Diese Fragen müssen doch einmal beantwortet werden.

Oder beim Fluggerät. Hier hat es doch an Kritiken seitens der linken Seite seinerzeit nicht gefehlt. Herr Bundesminister, was haben Sie während Ihrer Verantwortungszeit beim Fluggerät neu aufgebaut? Wie viele Flugzeuge, wie viele Hubschrauber? Das war doch auch unter der Verantwortung von Minister Prader. Sie profitieren heute noch von den Dingen, die damals investiert wurden.

Sie haben ein Luftfahrtkonzept, in dem Sie sagen, 30 Mirage wollen Sie kaufen. Eine Maschine kostet etwa 140 Millionen Schilling. Nicht einmal ein zweites Paar Schuhe haben die Soldaten, Herr Bundesminister, und Sie wollen 30 Mirage kaufen? Sie haben ja die größte Mühe, den laufenden Betrieb in diesem Bundesheer aufrechtzuerhalten und das nötige Geld dafür zusammenzubringen. Ein solches Luftfahrtkonzept, Herr Bundesminister, kann nur unter interessanter Märchenliteratur eingestuft werden, das ist nichts Brauchbares.

Die ÖVP hat nie gesagt, daß sie sich gegen langfristige Konzepte ausspricht. Eine langfristige Konzeption ja, aber zuerst muß man eine haben, sie muß realistisch sein, und man muß sie konsequent verfolgen. Keines von diesen dreien trifft aber zu.

Wenn immer wieder kritisiert wird: Bei der ÖVP war es nicht besser!, so steht wohl deutlich fest: Während der ÖVP-Regierungszeit hat es noch Ordnung gegeben. Und eines bitte nehmen Sie von der linken Seite zur Kenntnis: Wenn diese ÖVP wiederum Verantwortung tragen wird, dann wird es auch im Bundesheer wieder anders und vor allem besser ausschauen. Darauf können Sie sich heute schon verlassen! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Skritek: Jetzt wird er witzig!)*

Noch zu einer Ausrede, Herr Bundesminister: Ihre Vorbelastung, das heißt der Schuldenstand, den Sie übernommen haben, wäre so hoch und so groß gewesen. Herr Bundesminister, ich empfehle Ihnen, die Anlage C des Teilheftes genau durchzuschauen, dann werden Sie draufkommen, daß die Belastung, die Sie in Ihren Jahren erreicht haben, viel, viel höher ist als diejenige, die Sie von Minister Prader übernommen haben. Ein Vielfaches dessen haben Sie in den letzten Jahren verschuldet, was Sie seinerzeit von Minister Prader übernommen haben. Das war nur ein Teilbetrag von dem, was wir heute haben.

So sieht also in einigen Details die derzeitige Situation aus. Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht daß wir diese Dinge

Kraft

auf die leichte Schulter nehmen oder uns etwa in einer gewissen Schadenfreude an dieser teilweise katastrophalen Ausrüstungssituation ergötzen wollen. Nein, dazu ist die Lage viel, viel zu ernst. Es steht leider über diesem Kapitel immer wieder der Satz: Nicht die volle Wahrheit sagen. Das ist es, was wir in besonderer Weise auch hier zu kritisieren haben.

Herr Bundesminister! Manchmal hat man bei dieser Wehrpolitik doch den Eindruck, und man möchte sich die Frage stellen: Glauben Sie selber denn überhaupt noch an dieses Bundesheer? Glauben Sie selber an seine Einsatzfähigkeit, an seine Verteidigungsbereitschaft, oder sind Sie etwa auf den Gedanken: Hinter mir die Sintflut, lange kann es ja nicht mehr dauern, es ist also egal, was hier vorgeht!, umgestiegen? Herr Bundesminister, gerade diese Einstellung gilt es in besonderer Weise kritisch zu vermerken.

Es gilt auch die Frage zu stellen: Wenn überall in aller Öffentlichkeit eine Einsatzbereitschaft, eine Verteidigungsfähigkeit vorgetauscht wird, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist, sind Sie sich da überhaupt bewußt, welche ungeheuren Gefahren eine solche Täuschung in sich bergen kann? Herr Bundesminister, sind Sie sich auch der Verantwortung gegenüber den Zehntausenden jungen Österreichern bewußt, denen Sie einreden, es ist alles in Ordnung? Und es ist eben nicht in Ordnung!

Wenn Sie auf die jungen Leute hören, etwa bei den Diskussionen auch hier im Hause, im Parlament, dann sagen gerade diese jungen Menschen: Ja, wir sind doch nichts anderes als Kanonenfutter! — Herr Bundesminister, eine solche Aussage müßte doch zu denken geben, da müßte doch eine andere Einstellung Platz greifen.

Hohes Haus! Ich darf abschließend eines feststellen: Es ist am vergangenen Freitag vom Abgeordneten Fischer der schwerwiegende Ausdruck der Schizophrenie in diesem Haus gebraucht worden. Ich würde diesen Ausdruck mit Bewußtseinsspaltung übersetzen.

Meine Damen und Herren von der linken Seite! Wenn dieser Begriff irgendwo zutrifft und irgendeinmal gestimmt hat, dann trifft er für die österreichische Wehrpolitik der sozialistischen Bundesregierung zu. *(Beifall bei der ÖVP.)* Für diese Politik darf und kann es aber keine Zustimmung seitens der Österreichischen Volkspartei geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Wodica. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Wodica** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich wollte mich eigentlich nicht hinreißen lassen, meinem Vorredner zu antworten. Nur eine Bemerkung: Wenn man uns Bewußtseinsspaltung in Sachen Landesverteidigung vorzuwerfen versucht, möchte ich Ihnen, Herr Kollege Kraft, raten, sich erst ein Landesverteidigungsbewußtsein anzueignen. *(Beifall bei der SPO.)*

Hohes Haus! Wer vermutet, daß heute anläßlich der Behandlung des Budgetkapitels Landesverteidigung sachlich auf die Budgetprobleme eingegangen würde, oder wer gar hoffte, daß die staatspolitisch so entscheidenden Fragen der Landesverteidigung, wie oftmals angekündigt, aus dem politischen Tagesstreit in diesem Hohen Hause herausgehalten werden, hat sich, wie die bisherige Debatte zeigt, gründlich getäuscht.

Die große Opposition kann einfach aus ihrer Haut nicht heraus, alles und jedes mit einer beißenden Kritik zu überschütten, was vielleicht oder durchaus wahrscheinlich hie und da einen kleinen tagespolitischen Erfolg bringen könnte. *(Abg. Kraft: Bei der Landesverteidigung gibt's keinen Erfolg!)* Für Sie bestimmt nicht!

Zur Vorbereitung dieser heutigen Debatte hat die ÖVP mehr oder weniger Prominente auftreten lassen. Das Vorgeplänkel hatte der wehrpolitisch sowieso schon verheizte Abgeordnete Tödling zu führen. *(Abg. Tödling: Ich bin noch immer da, Herr Kollege!)* Ja, aber mit Brandblasen! — Er, dem die steirische Junge ÖVP in diesen Fragen ja schon vor langem ihre Meinung gesagt hat, sollte offenbar seinem Schicksal wieder einmal preisgegeben werden.

Als zweiter wurde der Obmann der Jungen ÖVP, Magister Höchtel, ins Feuer geschickt, der sich nebst einer stereotypen Wiederholung der Kritikliste anläßlich der Jugendkonfrontation mit dem Herrn Bundeskanzler am 7. Dezember taktisch schlauer verhielt und sich sehr bald nach dem Heruntersagen seines Statements zurückzog.

Als dritter, wie könnte es anders sein, blies der Exverteidigungsminister, Kollege Doktor Prader, zum Angriff. *(Abg. Dr. Prader: Ich habe aber noch gar nicht geredet!)* Sie hören mir ja nicht einmal zu. Das war ja schon am 7. Dezember, schlafen Sie bitte nicht, wenn ich etwas sage, Herr Minister Prader. *(Beifall bei der SPO.)* — Abg. Graf: Er kann ja gar nicht schlafen, wenn Sie so schreien!

Allein die ÖVP-Bundesparteileitung nahm ihm für seine Pressekonferenz die einzige Waffe weg *(Abg. Kraft: Das ist doch ein Zeichen, wie viele gute Leute wir haben!)*

12592

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Wodica

— ich gratuliere euch dazu —, mit welcher er glaubhaft hätte kämpfen können, nämlich ein nach den zahlreichen Ankündigungen allseits erwartetes ÖVP-Konzept, von welchem zumindest die Anhänger der großen Oppositionspartei hoffen mußten, daß es einige konstruktive Vorschläge enthält, wie man das eine oder das andere vielleicht besser machen könnte.

Der Vorstoß des ÖVP-Prader entpuppte sich so als Alleingang ohne Kraft und ohne Schwung. Von der Bundesparteileitung der ÖVP schmählich im Stich gelassen — so scheint es zumindest —, hatte er trotz rednerischen Künsten in der Pressekonferenz alle Hände voll zu tun, um am Ende eines dialektischen Abwehrkampfes nicht als ganz Geschlagener dazustehen. (Abg. Dr. Prader: *Das war ein toller Satz!*)

Ich lege diese Dinge deswegen hier so ausführlich dar, weil aus dem Gesamtverhalten der großen Oppositionspartei, für welches diese Vorkommnisse nur einige Symptome sind, auf den Inhalt und den Wert ihrer steten Kräfte geschlossen werden kann. Mag sein, daß die ÖVP ein Konzept hat. (Abg. Tödling: *Da haben wir es, Herr Kollege!*) — Ihr Parteiobmann sagt etwas anderes, ich komme noch darauf zurück. Aber wenn sie eines hat: Es wurden doch aus ihren eigenen Reihen schon viele Stimmen laut, man möge dieses Konzept endlich auf den Tisch legen, um das dauernde Ankündigungsverfahren zu beenden. Die ÖVP wirft ja der Bundesregierung stets vor, daß sie nur ankündige und nichts in die Tat umsetze. (Abg. Tödling: *Ihre Fehler machen wir sicher nicht!*)

Wenn man die Regierungserklärung 1970 und 1971 zur Hand nimmt und aufmerksam verfolgt, was in der Zwischenzeit geschehen ist, wird man feststellen können und müssen, daß die Ankündigungen dieser Regierungserklärungen mit ganz wenigen Ausnahmen — und diese liegen uns noch in der Herbstsession zur Behandlung vor — bereits erfüllt sind. (Abg. Tödling: *„Damit Einkaufen wieder Freude macht!“*) Sie kauf ich mir nicht ein, Herr Tödling!

Dies war 1966 bis 1970 nicht der Fall. Offenbar hält es die große Oppositionspartei in ihrer Kritik mit dem Sprichwort: Wenn es jemand glaubt, ist es gut, und wer es nicht glaubt, dem kann nicht geholfen werden. Oder anders formuliert: Wenn es uns schon nicht hilft, so kann es uns zumindest nicht schaden. Diese Taktik der ÖVP ist gerade dann, wenn die Problematik der Außenpolitik, der Sicherheitspolitik oder der Landesverteidigung zum Gespräch steht, im höchsten Maße bedenklich.

Der Parteiobmann der Österreichischen Volkspartei hat in seiner Fernsehdiskussion mit dem Herrn Bundeskanzler wohlweislich Probleme der Landesverteidigung nicht angeschnitten. Er muß schon gewußt haben, warum er dies nicht tat.

Wenn das Wehrkonzept der ÖVP schon einige Zeit angekündigt ist, so müßte er sich bereits damals über dessen wesentlichen Inhalt und dessen Schwerpunkte im klaren gewesen sein, aber er hat es vermieden, zu diesem Thema ein Wort zu sagen. Er hat Tödling, Höchtel, Prader ins Feuer geschickt, denn er ist ein vorsichtiger Mann.

Doch nun zu einigen konkreten Punkten, meine Damen und Herren, welche stereotyp von der ÖVP als Kritik über das Bundesheer geschleudert werden, jenes Bundesheer, das bei den Manövern und im Alltagsdienst gezeigt hat, daß die österreichischen Soldaten — gleichgültig ob im Ausbildungsbetrieb oder im UN-Einsatz, gleichgültig ob Kaderpersonal oder Grundwehrdienende, gleichgültig ob aktiv Dienende oder Reservisten — mit Kraft, Energie und Ernst bemüht sind, die ihnen gestellte Aufgabe zu erfüllen. In diesem Bemühen ist es den österreichischen Soldaten gelungen, im Rahmen der Bundesheerreform ein großes Stück voranzukommen, und es ist nur zu hoffen, daß diese Entwicklung ungestört weiter anhalten wird, damit Österreich in Bälde zu einer Landesverteidigung nach österreichischen Bedürfnissen und nach österreichischer Prägung findet. Dabei kann und wird es nur nach dem Prinzip gehen, daß das, was möglich ist, optimal erreicht wird. Wunschvorstellungen und Utopien nachzueilen hat sich immer und überall — besonders im Bereich der Landesverteidigung — als nutzlos erwiesen.

Die große Oppositionspartei scheint in ihrer Kritik nicht gerade ein gutes Erinnerungsvermögen zu haben. Oder aber: Jene, die kritisieren, wissen nicht, was ihre Kollegen in der Vergangenheit — als zwischen den Parteien und im Parlament die Wehrgesetznovelle diskutiert wurde und es damit um den Übergang auf ein neues System ging — vertreten haben. Immer wieder wird auf die Bundesheer-Reformkommission Bezug genommen, aber nicht konkret, sondern nur allgemein. Man hofft offenbar, daß jene, die die Kritik zu Ohren bekommen sollen, nicht mehr wissen, was damals — es sind doch schon einige Jahre her — in der Reformkommission beschlossen und empfohlen wurde. Eine Kommission, die übrigens erstmalig allen Beteiligten, insbesondere der Jugend, die Möglichkeit bot, frei ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Wodica

Am 16. Juni 1971 haben die Abgeordneten Tödling, Marwan-Schlosser und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung in diesem Zusammenhang die schriftliche Anfrage Nr. 698 gestellt. Eine umfangreiche Anfrage, auf die der Herr Bundesminister eine 20 Seiten starke Antwort gab. Diese Antwort ist inzwischen sicherlich bereits in einigen Punkten überholt, nämlich insofern, als in vielen Bereichen mehr geschehen ist, als seinerzeit von der Reformkommission empfohlen wurde.

Aber wenn die große Oppositionspartei die Reformkommission als Zeugen bei ihrer Krankjammerei der Bundesheerreform heranzieht, hat sie die Antwort auf ihre eigene Anfrage entweder verlegt oder vergessen.

Fest steht eines: daß im Zuge der Bundesheerreform nahezu allen Empfehlungen der Reformkommission in dieser oder jener Form nachgekommen wurde. Mit einer Ausnahme: Zwangsverpflichtung zum Längerdiensten und Zwangsverpflichtung zu Kaderübungen. Aber die ÖVP hat bisher nicht — und ich bin überzeugt, sie wird es auch niemals tun — konkret die Forderung nach Einführung der Zwangsverpflichtung gestellt.

Nicht umsonst hat sie bei der Beratung der Wehrgesetznovelle im Landesverteidigungsausschuß in einem Papier, in welchem sie die Voraussetzungen für eine Zustimmung der ÖVP zur Wehrgesetznovelle niedergelegt hat, unter Punkt 2 Maßnahmen verlangt, welche die Notwendigkeit einer Zwangsverpflichtung verhindern sollten. Möglich, daß Sie heute anderer Meinung sind. Aber bitte, dann deklarieren Sie sich eindeutig dazu.

Die ÖVP — und dies kommt in den ganzen Kritiken von Tödling, Höchtel und Prader zum Vorschein — jammert über den Kaderabgang — auch mein Vorredner —, welcher natürlich ausgerechnet mit dem Jahr 1970 begonnen haben soll. Der damalige Verteidigungsminister Dr. Prader wird doch nicht schon vergessen haben, warum er seinerzeit im Jahre 1968 die sogenannte Rationalisierung mit viel Bauchweh inszenierte, um eine Panne seines Vorgängers Dr. Schleinzer zu reparieren? War es nicht der durchgehend und bereits stark merkbare Kaderabgang, der ihn zu dieser Maßnahme zwang?

Soll ich Ihnen sagen, Herr Dr. Prader, wie viele Kader das Bundesheer zwischen 1. 1. 1968 und 1. 1. 1970 verloren hat? Es waren 1155 Mann. Dies ist ein Kaderabgang, der trotz extremer Hochkonjunktur und vermehrter Ruhestandsversetzungen zufolge der Altersstruktur in den Jahren 1970 bis 1973 nie erreicht wurde, wobei 1974 ein echter realer Kaderzuwachs erfolgte, der angesichts der noch

stärker eintretenden Ruhestandsversetzung eine echte Kaderverjüngung bedeutet.

Die ÖVP jammert über die geringe Ausmusterungsstärke an der Militärakademie seit 1970. Sie hat offenbar vergessen, daß der Eintritt dieser jungen Unteroffiziere ins Bundesheer beziehungsweise die Werbung derselben zum Offiziersberuf größtenteils noch in einer Zeit erfolgte, als der Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Prader hieß und alles — wenn man den Worten der ÖVP glauben dürfte — beim Bundesheer noch in Ordnung war oder in Ordnung zu sein schien. Die Entwicklung, wie sie sich heute an der Militärakademie darstellt, hat mein Parteifreund Mondl bereits geschildert und gibt zu größtem Optimismus Anlaß, denn es befinden sich im jüngsten Lehrgang eine Zahl von Militärakademikern, wie sie in der gesamten Vergangenheit kaum übertroffen wurde. Aber darüber schweigt die ÖVP.

Die ÖVP klagt, daß das Mob-Heer 1976 zusammenbreche, weil zu diesem Zeitpunkt die Übergangsphase, in welcher noch Inspektionen und Instruktionen notwendig erschienen, dem Wehrgesetz gemäß aufhört. Die ÖVP hat bei dieser Klage offenbar vergessen, daß der Bundesminister außer Dienst Prader im Landesverteidigungsausschuß bei der Beratung der Wehrgesetznovelle einen Abänderungsantrag eingebracht hat mit dem Wortlaut: „Der Artikel VI Abs. 3 hat zu lauten: Wehrpflichtige der Einberufungstermine für die Zeit vor dem 1. 2. 1970 sind von der Ableistung von Truppenübungen gemäß § 28 Abs. 6 befreit.“

Wissen Sie, Herr Dr. Prader, daß dieser Antrag die sofortige Demolierung des Mob-Heeres bedeutet hätte? Es ist nur verwunderlich, daß dieselben Leute, die damals solche Anträge gestellt haben, heute darüber jammern, daß 1976 die Inspektionen und Instruktionen als Erbe des früheren Systems auslaufen. Glauben Sie wirklich, daß das, was Sie damals beantragt, vorgeschlagen und vertreten haben, heute vergessen ist? Glauben Sie wirklich, daß Sie innerhalb von vier Jahren Ihre Meinung um 180 Grad drehen können? Unbemerkt und mit dem Brustton der Überzeugung?

Die ÖVP jammert, der Ausbildungsstand der Truppe sei miserabel, die Einsatzbereitschaft völlig ungenügend. Damit sie dies auch, ohne rot zu werden — ich meine jetzt nicht die politische Farbe —, tun kann, hatten sich ihre dem Landesverteidigungsrat angehörigen Abgeordneten offenbar auch vom Manöverbesuch größtenteils absentiert. Denn für die Abgeordneten der Regierungspartei war es so schwierig und für jene der Freiheitlichen Par-

12594

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Wodica

tei zumindest genau so, den Terminplan zu vergewaltigen und sich noch die Zeit zu nehmen, unsere Soldaten im Manöver bei ihrer Arbeit zu besuchen, um zu sehen, was ist, und nicht nur darüber zu reden, was man gerne reden möchte.

Aber wenn Sie sich, meine Herren von der ÖVP, schon nicht selbst angeschaut haben, was bei den Manövern vom Bundesheer geboten wurde, die Leistungen unserer Soldaten aller Dienstgrade und insbesondere Leistungen der Reservisten, und wenn Sie schon der unabhängigen Presse auch keinen Glauben schenken, dann glauben Sie wenigstens Ihrer eigenen Presse und lesen Sie den Artikel der Zeitschrift „Der Bauernbündler“ vom 28. November 1974, damit Sie besser informiert sind über den Stand der Bundesheerreform.

Die ÖVP jammert, die Bereitschaftstruppe sei zu schwach. Es stimmt schon, daß ÖVP-Abgeordnete seinerzeit, als die Wehrgesetznovelle in Beratung stand, lizitierten und eine Stärke der Bereitschaftstruppe forderten, die unweigerlich die Aufstellung einer Landwehr unmöglich gemacht hätte. Kollege Zeillinger von den Freiheitlichen nahm zu dieser Frage eine viel realistischere und viel vernünftiger Haltung ein, als er meinte, die Stärke der Bereitschaftstruppe sei kein primäres Problem.

Es ist begreiflich, daß die ÖVP gerne der Regierungspartei einen derartigen Mißerfolg unterschoben hätte, aber es ist ihr doch nicht gelungen. Die Landwehr konsolidiert sich, auch wenn etwas langsamer als erwartet, doch in zunehmendem Maße.

Ich darf wieder die Bedingungen, welche von dieser Partei damals als Voraussetzung für die Zustimmung zur Wehrgesetznovelle gestellt wurden, zitieren: Es wurde festgestellt, daß die in der Bereitschaftstruppe dienenden Soldaten im ersten und zweiten Ausbildungsmonat nicht auf die Mindeststärke der Bereitschaftstruppe anzurechnen sind. Heute ist das offenbar vergessen, heute zweifelt die ÖVP an, daß Achtmonatediener in der Lage wären, die entsprechenden Funktionen in der Bereitschaftstruppe zu erfüllen. Und wie sieht die Bereitschaftstruppe wirklich aus? (Abg. Marwan-Schlösser: Das stimmt doch gar nicht. Jetzt kennst du dich wieder einmal nicht aus!) Herr Generalstabsoffizier außer Dienst, ich lasse mich dann gerne belehren. Ich habe dich nur vermißt bei den Manövern, da bist du wahrscheinlich irgendwo in der Etappe gelegen.

Bei den zeitverpflichteten Soldaten, also dem jugendlichen Nachwuchs für den Kader, zeigt sich ein erfreulicher Zuwachs. Die Zahl der

freiwillig verlängerten Grundwehrdiener hat zwar noch nicht die erhoffte Stärke erreicht, zeigt aber zusehends steigende Tendenz, die Zahl der Durchdiener in der Bereitschaftstruppe nähert sich dem Soll-Stand. In der Kritik der ÖVP, die dabei immer versucht, Äpfel mit Birnen durcheinanderzumischen, wird behauptet, Durchdiener könnten in der Bereitschaftstruppe nicht sinnvoll ihre Aufgabe erfüllen. Sicher gibt es auch in der Bereitschaftstruppe Funktionen, die unbedingt von längerdienenden Soldaten ausgeführt werden müssen. Hochqualifizierte Führungs- und technische Funktionen aber ebenso.

Und jetzt komme ich zu den Birnen. Es gibt in der Bereitschaftstruppe eine sehr große Anzahl von Funktionen, welche in einer kürzeren Zeit, insbesondere dann, wenn die Ausbildung so wie jetzt zielorientiert erfolgt, einwandfrei beherrscht werden können. Auch in der Bereitschaftstruppe gibt es viele Hilfsfunktionen, vorwiegend in der Versorgung, im Administrationsdienst, aber auch im Taktischen beziehungsweise auch im Gefechtsdienst. Oder glauben Sie, meine Herren von der ÖVP, daß ein Bugschütze eines Panzers durch einen Achtmonatediener nicht ausgefüllt werden kann? Glauben Sie, daß die Funktion eines Wirtschaftsgehilfen, eines Schreibers, eines LKW-Fahrers und vieler anderer nicht von Achtmonatedienern bewältigt werden kann? Dann schätzen Sie die österreichische Jugend um vieles schlechter ein, als sie wirklich ist und es verdient. Hätten Sie, meine Herren von der ÖVP, die Manöver besucht, dann hätten Sie auch die Landwehr neuen Stils bei ihrer Arbeit beobachten können. Die Landwehr, wie sie aus den Sechsmonatedienern nach Absolvierung weniger Truppenübungstage bereits in einigen Bataillonen da steht und wo im kommenden Jahr Bataillon um Bataillon auf das neue System umgestellt wird. Diese Landwehr steht auf der festen Basis der Sechsmonateausbildung, ergänzt durch die Truppenübungen für alle. Ihre Landwehr, Herr Dr. Prader, stand auf der Basis der Wehrungerechtigkeit, da nämlich etwa 20 Prozent immer wieder bis zu 124 Tagen zu Inspektionen/Instruktionen einberufen wurden, während die restlichen 80 Prozent nicht für Übungen in Betracht kamen. Sollten Sie diese 124 Tage anzweifeln, dann fragen Sie jene Reservisten, die trotz neunmonatiger Dienstzeit zwischen 30 und 40 Tage über sich ergehen ließen und die, wäre die Wehrgesetznovelle nicht gekommen, wohl noch viele Jahre dieser Wehrungerechtigkeit ausgesetzt gewesen wären.

Die ÖVP überschlägt sich dialektisch neuerdings in Klagen über den sogenannten Leerlauf. Sie versucht bewußt, den Unterschied

Wodica

zu vertuschen zwischen dem, was vor der Bundesheerreform zu Recht als Leerlauf empfunden wurde, nämlich dem damaligen System: Übersiedeln der Wehrpflichtigen von den Ausbildungseinheiten mit allem dazugehörigen unnützen Verwaltungsaufwand und Ausbildungsverzögerung, und dem, was die ÖVP heute gerne als Leerlauf vorstellen möchte, nämlich die bei jeder Armee in einem vernünftigen Maße notwendigen Funktionen für Versorgung, motorisierte Beweglichkeit und Administration.

Bevor ich zum Schluß komme, noch eine Bemerkung (*Abg. Dr. Mussil: Eine kurze Bemerkung!*) zur Pauschalkritik der ÖVP über die Landesverteidigung, das Bundesheer beziehungsweise die Bundesheerreform. — Ich habe nicht gewußt, daß Herr Dr. Mussil auch ein Landesverteidiger ist.

Die ÖVP sagt, das Bundesheer würde demoliert. Sie sagt dies, obwohl sie genau weiß, daß sowohl bei der Bereitschaftstruppe als auch bei der Landwehr seit Existenz der Wehrgesetznovelle 1971 eine erkleckliche Anzahl von Kompanien dazugekommen, also zugewachsen ist. Die ÖVP vergißt offenbar, daß es der seinerzeitige Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Prader war, der sich allseits und, wenn ich mich richtig erinnere, auch in einer Pressekonferenz rühmte, 30 Kompanien, und dies waren Kampfkompanien, Jäger, Panzer, Pioniere, im Zuge seiner Rationalisierung eingespart und damit zum Verschwinden gebracht zu haben.

Ich frage Sie bei dieser Gegenüberstellung: Wer hat das Bundesheer demoliert? Geben Sie sich angesichts dieser Tatsachen selbst die Antwort. Aber vielleicht bringt das so lautstark und schon so oft angekündigte Konzept der ÖVP endlich etwas Neues. Bisher ist es nur angekündigt worden. Ein wenig davon ist ja schon durchgesickert, was die wesentlichen Neuerungen dieses Konzeptes betreffen könnten. Jedenfalls, so hörten wir, scheint sicher zu sein, daß die sechs Monate Grundwehrdienst und die Truppenübungen bleiben werden. Es scheint sicher zu sein, daß eine Zwangsverpflichtung zum Längerdienst für Kaderübungen nicht enthalten ist. Die in der ÖVP immer wieder rumorende Forderung nach einem Berufsheer scheint einer Kombination gewichen zu sein, die der derzeitigen Situation entspricht, wo sich nämlich das Bundesheer personell zusammensetzt aus Berufssoldaten, sprich Kaderpersonal, und Wehrpflichtigen. Die Stärke des Kaderpersonals, welches die ÖVP offenbar zum Berufsheer umgetauft hat, ist absolut von der Freiwilligkeit abhängig.

Schon aus diesen Gründen sehen wir, daß die ÖVP offenbar keine Lust und Liebe zeigt, am wesentlichen System der Wehrgesetznovelle 1971 auch nur irgend etwas zu ändern. So verbleiben außer allfälliger Lizitation hinsichtlich der Besoldung des Kaderpersonals und Entschädigung der Wehrpflichtigen, welche in den Jahren der SPÖ-Regierung, bestätigt durch die Österreichische Unteroffiziersgesellschaft, eine noch nie dagewesene Einkommensverbesserung erfuhren, nur einige kleine Retuschen, Umbenennungen vielleicht. Mag sein, daß der ÖVP diese oder jene Bezeichnung nicht paßt. Vielleicht will sie nicht von Divisionen sprechen, vielleicht paßt ihr das Armeekommando in der gegenwärtigen Struktur nicht ganz. Aber dies sind Dinge, die nicht in den Bereich des Wehrgesetzes fallen, sondern die der Organisation und damit der Kompetenz der Bundesregierung obliegen.

Ich nehme bei dieser Sachlage an, daß sich die ÖVP nunmehr, verspätet, aber doch, eines Besseren besonnen hat und nachträglich die Wehrgesetznovelle 1971 und das damit errichtete System für brauchbar und zielführend ansieht. Sollten Sie nicht meiner Meinung sein, was ich ja annehme, so darf ich im Lichte der vom „Kurier“ am 8. 12. dargelegten ÖVP-internen Schwierigkeiten um das ÖVP-Wehrkonzept (*Zwischenrufe*) — hören Sie zu, Herr Mussil, das wissen Sie nicht, wo Prader sagt, wir haben schon; Tödling sagt, wir werden haben; Schleinzner sagt, ihr dürft nicht darüber reden — auf das „Volksblatt“ vom Dezember verweisen und Fritz Pesata zitieren: „ÖVP-Schweigen ums Heer; heraus damit“. Wenn darin, in Ihrem Wehrkonzept, konstruktive Vorschläge sind, wird die sozialistische Fraktion immer bereit sein, ohne Emotionen zum Wohle der Landesverteidigung und des Bundesheeres mit Ihnen zu reden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Peter (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Beginn meiner Ausführungen bekräftige ich das Nein der Freiheitlichen zum Kapitel Landesverteidigung, das der Hauptsprecher meiner Fraktion, der Abgeordnete Zeillinger, bereits gesetzt hat. Dieses Nein ist nicht im Grundsätzlichen, sondern es ist in den finanziellen Details begründet.

Wir Freiheitlichen setzen ein grundsätzliches Ja zur österreichischen Landesverteidigung. Nach gründlichem Studium der in- und ausländischen Manöverkritik stehe ich unter dem Eindruck, daß die Armee lebt! Diesen

12596

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Peter

Eindruck möchte ich durch die Forderung ergänzen, die Lebensgrundlagen des österreichischen Bundesheeres weiter zu verbessern.

Meine Damen und Herren! Das österreichische Bundesheer besteht nunmehr 18 Jahre in der Zweiten Republik. In diesen 18 Jahren hat die Verantwortung für das Bundesheer die längste Zeit ein ÖVP-Minister getragen, beginnend vom ÖVP-Minister Graf über den ÖVP-Minister Dr. Schleinzer bis zum ÖVP-Minister Dr. Prader.

Von 1956 bis 1966 war das österreichische Bundesheer eine schwarz-rote Proporzarmee. Von 1966 an, und vor allem in der Ära Prader, war es schlechthin eine Parteiarmee (*Abg. Dr. Prader: Das ist Ihre Erfindung!*), eine Armee des Arbeiter- und Angestelltenbundes der Österreichischen Volkspartei. Das, Herr Dr. Prader, ist die Wahrheit!

Gegen die Verpolitisierung des Bundesheeres sind wir Freiheitlichen seit eh und je angetreten, und gegen diese Verpolitisierung der österreichischen Armee sprechen wir uns auch heute mit dem gebotenen Nachdruck aus.

Eine langjährige freiheitliche Forderung harrt nach wie vor der Erfüllung. Wir bestehen im Interesse der österreichischen Landesverteidigung auf der Realisierung dieser freiheitlichen Forderung. Diese Forderung lautet: Die österreichische Landesverteidigung muß dem Streit der Tagespolitik entzogen werden. Das österreichische Bundesheer muß dem Streit der politischen Parteien entzogen werden. Ich wiederhole mit Nachdruck diese Forderung, denn wir stehen ein Jahr vor der nächsten Nationalratswahl. Gerade deswegen fordere ich namens der Freiheitlichen, daß das Bundesheer aus den Auseinandersetzungen des Wahlkampfes herausgehalten wird.

Aber die Armee wird nicht aus dem Tagesstreit herausgehalten, meine Damen und Herren, wenn man so argumentiert, wie es der Abgeordnete Kraft der Österreichischen Volkspartei getan hat, nämlich wenn Herr Kraft meinte, lassen Sie, Herr Verteidigungsminister, jetzt an den Grenzen Österreichs Tafeln aufstellen, auf denen geschrieben steht: Bitte nicht angreifen, österreichisches Bundesheer hat Testjahr. Solche Formulierungen sollten in der österreichischen Volksvertretung im Interesse einer umfassenden und wirk samen Landesverteidigung vermieden werden.

Ich respektiere, daß Herr Abgeordneter Kraft im Jahre 1962 bei der Stabskompanie in Ried im Innkreis seinen Präsenzdienst geleistet hat. Aber er hat damals den Präsenzdienst in einer Zeit geleistet, in der das Bundesheer in der

Phase der schwarz-roten Verpolitisierung seine Arbeit im Interesse Österreichs erfüllen mußte.

Mich stört auch eine weitere Formulierung des Abgeordneten Kraft, die folgendermaßen lautete: Herr Bundesminister, glauben Sie selbst noch an das Bundesheer? — Auch Formulierungen dieser Art, meine Damen und Herren, sollten in der Bundesgesetzgebung vermieden werden. Kein ÖVP-Abgeordneter wird, an die Regierungsbank gerichtet, die Frage stellen: Glauben Sie noch an die Österreichischen Bundesbahnen?, oder, Herr Minister — an den zuständigen Ressortchef gerichtet —: Glauben Sie noch an die verstaatlichten Unternehmungen unseres Landes?

Man soll daher auch nicht die Frage nach dem Glauben an das österreichische Bundesheer hier aufwerfen, sondern gerade nach den jüngsten, zum Teil sehr positiv beurteilten Manövern doch zum Ausdruck bringen, daß das österreichische Bundesheer lebt, unter größten Schwierigkeiten lebt und gerade in allerjüngster Zeit eine beachtliche Leistung erbracht hat.

Meine Forderung nach dem Heraushalten des Bundesheeres und der Verteidigungspolitik aus dem Streit der Parteien und aus dem Streit des bevorstehenden Nationalratswahlkampfes bekräftigte ich durch Aussagen, die am 26. Oktober 1973 im Rahmen der Festveranstaltung „Volk und Landesverteidigung“ gemacht worden sind. Damals ergriff als Gast der Bundesregierung der schwedische General Nils Sköld das Wort und führte unter anderem aus, daß die Landesverteidigung kein Wahlkampfthema ist. So wurde bei den letzten Reichstagswahlen in Schweden die Landesverteidigung einvernehmlich zwischen allen Parteien aus dem Wahlkampf ausgeklammert. Ich könnte mir eine solche Vereinbarung zwischen den drei im Nationalrat vertretenen Parteien auch hinsichtlich des österreichischen Bundesheeres vorstellen.

Etwas muß man aus der Tagung vom 26. Oktober 1973 unter der Gedankenführung Volk und Landesverteidigung noch in Erinnerung rufen. Ein Schweizer Generalstabsoffizier sagte damals als Gast der österreichischen Bundesregierung — ich zitiere wörtlich —:

„Elitetruppen sind nicht Truppen mit besonderen technischen Fähigkeiten. Elitetruppen sind Spezialisten im Korpsgeist.“

Elitetruppen sind Spezialisten im Korpsgeist, und daß nach wie vor Korpsgeist im österreichischen Bundesheer obwaltet, wird Tag für Tag durch die Offiziere und die Unteroffiziere des österreichischen Bundesheeres unter Beweis gestellt.

Peter

Herr Bundesminister, in den letzten Monaten haben uns aus der Schweiz Meldungen erreicht, die Anlaß zur Besorgnis geben. Ich möchte dieses Thema heute bewußt ansprechen und auf die besorgten Meinungsäußerungen Schweizer Politiker und Militärs eingehen, wonach in der Schweiz die extreme Linke sehr konsequent Unterhöhlungs- und Zersetzungsversuche in der eidgenössischen Armee betreibt. Ich hoffe, daß wir bislang mit derartigen Erscheinungsformen im österreichischen Bundesheer nicht konfrontiert sind.

Zu diesem Thema führte die „Freie Schweizer Presse-Information“ vom 10. Oktober dieses Jahres unter dem Titel „Harte Proben für den Wehrwillen — Unerträgliche Wühlarbeit der ‚Soldaten-Komitees‘“ unter anderem aus:

„Politische Gruppen der extremen Linken und anarchistische Bewegungen werden nicht müde, mit Beharrlichkeit den Kampf gegen die Wehrbereitschaft und zur Untergrabung des Wehrwillens zu führen und sichtbar zu intensivieren ... Neuerdings geht es diesen militanten Gruppen vor allem darum, den Kampf in die Armee hineinzutragen. Diese Aufgabe stellen sich die in vorderster Front agierenden Soldaten-Komitees, die in allen größeren Städten unseres Landes gebildet worden sind und eine äußerst lebhafteste Aktivität entfalten. Sie machen aus ihrer Tätigkeit auch kein Geheimnis mehr ... Es wird auch nicht verfehlt, das Bild des armen, unterdrückten Rekruten zu zeichnen, welcher rechtlos der Willkür halb bössartiger, halb untauglicher Vorgesetzter ausgeliefert sei ... Ist es da verwunderlich, wenn in letzter Zeit vorab in Rekrutenschulen Schwierigkeiten auftreten und es zu Befehlsverweigerungen, kollektiven Petitionen und Demonstrationen gekommen ist?“ Soweit die Stimme aus der „Freien Schweizer Presse-Information“.

Ich bin mir bewußt, Herr Bundesminister, daß diese Frage nicht vor dem Plenum des Nationalrates beantwortet werden kann, rege aber an, daß von Ihrer Seite zu diesem Thema so bald wie möglich im Landesverteidigungsrat — das ist meines Erachtens das geeignete Forum — Stellung genommen wird.

Gerade angesichts solcher Stimmen spreche ich namens der freiheitlichen Nationalratsfraktion ein klares, ausgeprägtes und überzeugtes Ja zur österreichischen Landesverteidigung aus. Dieses Ja fällt uns freiheitlichen Abgeordneten umso leichter, als verschiedene demoskopische Untersuchungen in letzter Zeit eindringlich vor Augen führen, daß die überwiegende Mehrheit der Gesamtbevölkerung von einem sehr ausgeprägten Wehrwillen geprägt und erfüllt ist.

Das Landesverteidigungsministerium hat ja dazu eine sozialwissenschaftliche Studie in Auftrag gegeben. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist in einer Schlußfolgerung, bestehend aus fünf Punkten, zusammengefaßt.

Ich möchte Ihnen auf Grund der gedrängten Zeit ersparen, alle fünf Punkte dieser Schlußfolgerungen hier anzuführen. Auf eine möchte ich aber doch eingehen.

Die fünfte Schlußfolgerung lautet: „Das mangelnde Bewußtsein eines realistischen Wehrkonzepts, zusammen mit der fehlenden historischen Erfahrung mit einer aktiven Neutralität, machen den Österreicher gegenüber der Effizienz der österreichischen Landesverteidigung zutiefst skeptisch, haben aber den Willen zur nationalen Selbstbehauptung durch militärische Sicherung nur bei einer Minderheit von 9 Prozent eliminiert, bei weiteren 11 Prozent geschwächt. Etwa 75 Prozent aller Österreicher verlangen eine verstärkte Landesverteidigung.“

Ich glaube, man sollte diesen 75 Prozent aller Österreicher umfassender, präziser und inhaltsreicher Aufschluß geben über eine verstärkte und effiziente Landesverteidigung.

Namens dieser 75 Prozent aller Österreicher bitte ich Sie, uns konsequent darauf Antwort und darüber Aufschluß zu geben, wie die Maßnahmen aussehen, die zur Erreichung dieses Zieles vom Bundesministerium für Landesverteidigung ergriffen worden sind beziehungsweise noch ergriffen werden.

Ich halte heute einen kurzen Rückblick auf den bitteren Weg der schwarz-roten österreichischen Proporzarmee in der Zweiten Republik von 1956 bis 1974 für notwendig und möchte dabei auch auf das leidvolle Jahrzehnt des österreichischen Bundesheeres von 1962 bis 1972 eingehen. Die Entwicklung des österreichischen Bundesheeres ist in den abgelaufenen 18 Jahren seines Bestandes durch folgende Zäsuren gekennzeichnet:

Die erste entscheidende Maßnahme wurde mit der Umgliederung im Jahre 1962 versucht. Von 1962 bis 1970 lief dann die Entwicklung, wenn auch nicht immer kontinuierlich, lustlos ab. 1970 wurden wir mit der Reformkommission konfrontiert. 1971 beschlossen Sozialistische Partei und Freiheitliche Partei die Wehrgesetznovelle gegen die Stimmen der Österreichischen Volkspartei, und 1972 legte Bundesminister Lütgendorf die Heeresgliederung 1972 vor.

Interessant sind die Leitzahlen 1962 und 1972. Sie sind mit besonders unerfreulichen Erfahrungswerten für die österreichische Landesverteidigung verbunden.

12598

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Peter

Zur Umgliederung 1962 sagten und sagen die Fachleute, daß sie von Haus aus ein zu groß geschneiderter Maßanzug für das Bundesheer gewesen sei oder, präziser ausgedrückt, ein zu großer Organisationsrahmen, den Österreich weder personell noch materiell gewährleisten konnte.

1972 kam es zur Heeresgliederung des Bundesministers Lütgendorf, von der Fachleute sagen, sie sei so kompliziert, daß ihre Realisierung auf bis jetzt nicht zu bewältigende Schwierigkeiten gestoßen ist.

Wenn nun die Manöver 1974 vor allem aus dem Ausland eine zum Teil sehr positive Beurteilung erfahren haben, dann muß man sagen, daß diese positiven Ergebnisse trotz der Heeresgliederung 1972 vom Armeekommando erzielt worden sind.

Ich bin in den letzten Wochen und Monaten und vor allem auf Grund von Meinungsäußerungen aus dem Landesverteidigungsministerium von einer Reihe von Kompanie- und Bataillonskommandanten zu den Manövern angesprochen worden, ob es denn wirklich notwendig sei, daß Herren des Ministeriums unfreundliche und negative Stellungnahmen in der Öffentlichkeit abgeben.

Verschiedene Kompanie- und Bataillonskommandanten, Herr Bundesminister, fühlen sich eben verunsichert durch jene Meinungsäußerungen, die gerade in jüngster Zeit aus Ihrem Hause gekommen sind. Dabei stelle ich im Bundesheer eine voranschreitende moralische Aufrüstung bei Offizieren und Unteroffizieren fest. Gerade deswegen sollten Vertreter des Verteidigungsministeriums vermeiden, sich in aller Öffentlichkeit kritisch zu äußern. Notwendige Kritik kann man innerhalb des Ministeriums und innerhalb des Bundesheeres nutzbringend anbringen.

Auskunft erbitte ich auch zu folgendem Thema: Welches Schicksal ist der „Verteidigungszentrale“ im Kanzleramt zuteil geworden? Im April dieses Jahres ist ein Versuch unternommen worden, der sich Koordinationsbüro im Bundeskanzleramt nennt. Die Geburt wurde zwar der Öffentlichkeit seinerzeit vermeldet, bis heute hat aber die Öffentlichkeit nichts von einer effizienten Arbeit der „Verteidigungszentrale“ im Bundeskanzleramt erfahren.

Es erscheint mir auch notwendig, nach den Herbstmanövern 1974 einen Ausblick anzustellen. Auf Grund der in- und ausländischen Pressestimmen habe ich versucht, das Manöverergebnis präzise zu fassen. Dabei bin ich auf drei wesentliche Kernsätze in den in- und ausländischen Kommentaren gestoßen.

1. Sechs Monate Grundwehrdienst stellen eine taugliche Grundlage für das Milizsystem dar. 2. Diese Manöver waren teuer, aber notwendig und zugleich erfolgreich. 3. Die Armee lebt.

Diesen drei Erkenntnissen, die nicht von mir stammen, sondern die kritische Beobachter zusammengetragen haben, möchte ich eine vierte Konsequenz hinzufügen: die Existenzbedingungen der österreichischen Armee müssen noch entscheidend verbessert werden. Die Ansätze und Grundlagen sind vorhanden. Die gute Grundstimmung im Bundesheer sollte man daher nützen.

Einer Ihrer hohen Offiziere hat uns Politikern eine Zensur erteilt. Dies ist sein gutes Recht. Ich freue mich über einen Dialog zwischen Militärs und Politikern. Gerade deswegen möchte ich darauf eingehen. Ich meine den Herrn Brigadier Stampfer, der anlässlich der Übung West — ich zitiere die „Tiroler Tageszeitung“ — folgendes ausgeführt hat:

„Unser Heer wurde nicht von Offizieren, sondern von den Politikern geschaffen, und es wäre für Politiker geradezu eine Verpflichtung, sich eingehender mit den Fragen und Problemen der Landesverteidigung zu befassen.“

Ich stimme mit dem Herrn Brigadier Stampfer vollinhaltlich überein. Wir Politiker können uns nicht genug mit den Fragen der Landesverteidigung befassen. Es sind ja Fragen, die letzten Endes über Österreichs Sicherheit entscheiden.

Einer der Manöverbeobachter aus dem Parlament hat in der Presse Klage über die begrenzten Bewegungsmöglichkeiten geführt, die das Bundesheer anlässlich der Manöver 1974 den Abgeordneten eingeräumt hat. Ich meine den Abgeordneten Ermacora, der sich dazu am 26. November 1974 in der „Tiroler Tageszeitung“ überaus kritisch geäußert hat. Er beklagte sich, daß das Bundesministerium für Landesverteidigung ihn nicht dort beobachten ließ, wo er aus seiner Sicht her die Beobachtung für notwendig erachtete.

Es soll keine Kritik sein, Herr Dr. Schleinzer, aber ich bin dahingehend informiert, daß dem Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei ein Sonderprogramm anlässlich der Manöverbeobachtung vom Ministerium genehmigt wurde. Warum werden dann den Abgeordneten des Parlaments in der Beobachtung der Manöver Grenzen gesetzt? Wenn nun ein aus dem Wahlkreis Tirol kommender Abgeordneter das Bedürfnis hat, gerade diese Truppen beim Manöver zu beobachten, dann soll man ihm doch, wenn man das Interesse des

Peter

Parlaments wecken will, die Möglichkeit geben, die Truppen dort an der Übung und an der Arbeit zu sehen.

Ich spreche bereits heute eine Bitte für das nächste Manöver aus, Herr Bundesminister. Wir Politiker sind geplagte Wesen, die den Terminkalender auf Wochen und Monate ausgebucht haben. Mich hat die Einladung, am Manöver teilzunehmen, etwa zehn Tage vor Beginn des Manövers erreicht. Bei bestem Willen läßt sich dann kein Termin mehr freimachen. Hier müßte das Ministerium schon mit einer zeitgerechten Vorankündigung gegenüber den Abgeordneten vorsorgen.

Ich wiederhole abschließend noch einmal die freiheitliche Forderung an SPÖ und ÖVP: Heraus mit dem Bundesheer aus der Tagespolitik. Heraus mit der österreichischen Landesverteidigung aus jedem Wahlkampf.

Daß das Ministerium den Armeekommandanten im Zusammenhang mit den Manövern 1974 kritisiert hat, läßt sich auf Grund von Pressemeldungen nicht in Abrede stellen. Wenn Sie es für notwendig erachten, den Armeekommandanten zu kritisieren, dann, Herr Bundesminister, tun Sie es bitte im internen Bereich des Ministeriums, sonst lustwandeln Sie auf den Spuren der Österreichischen Volkspartei, die ein gestörtes Verhältnis zum Armeekommandanten hat oder zu haben scheint. Über dieses gestörte Verhältnis der ÖVP zum Armeekommandanten berichteten die Tageszeitungen des öfteren. Den „Salzburger Nachrichten“ entnehme ich dazu folgende Feststellung:

„ÖVP will Armeekommando wieder auflösen.“

Aus dem streng geheimgehaltenen Wehrkonzept der Volkspartei, an dem seit Sommer des Jahres gearbeitet wird, sind die ersten Einzelheiten durchgesickert. Hauptpunkt des Konzeptes ist die Auflösung des derzeitigen Armeekommandos mit Armeekommandanten Emil Spanocchi und die Eingliederung dieser Kompetenzen in das Ministerium.“

Um Gottes willen, Herr Bundesminister! Jetzt, in der Erneuerungs- und Anlaufphase für eine effizientere Wehrpolitik bitte ich Kompetenzschwierigkeiten zwischen Ministerium einerseits und Armeekommando andererseits zu unterlassen! Ich weiß nicht, ob stimmt, was die Tageszeitungen dazu berichtet haben und was die Österreichische Volkspartei nicht richtiggestellt hat. Aber will die ÖVP ans Armeekommando tatsächlich Hand anlegen, dann wäre sie in der Verteidigungspolitik wieder einmal äußerst schlecht beraten!

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Wir Freiheitlichen sagen nein zu den geringen Anstrengungen der Bundesregierung für das Bundesheer. Wir sagen nein zur völlig unausgereiften und disharmonischen Heeresgliederung 1972, und wir sagen daher auch nein zum Budgetkapitel Landesverteidigung.

Aber wir Freiheitlichen sagen ein überzeugtes Ja zur Umfassenden Landesverteidigung, wir sagen überzeugt ja zu den Anstrengungen und Anfangserfolgen des Armeekommandos, und wir sagen ja zur Heranbildung von Spezialisten im Korpsgeist in einem von Parteien und Tagespolitik unabhängigen österreichischen Bundesheer. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Troll. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Troll (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte im Zusammenhang mit der Budgetdebatte gleich bei den vom Abgeordneten Peter geäußerten Sorgen anknüpfen und darauf verweisen, daß die Problemstellung der Finanzierung an alle Finanzminister aller Regierungen herangetragen wurde und daß es stets ein Problem war abzuschätzen, was kann sich Österreich, was kann sich unsere Wirtschaft leisten, dem Bundesheer an Finanzmitteln zu geben. Das ist also der echte und wahre Kern des Problems.

Wir haben natürlich auch, als wir dieses Erbe übernommen haben, die Situation gesehen, daß es, zum Teil gar nicht verschuldet durch den damaligen Minister, sondern aus der Struktur heraus, überall an Geld mangelte, und ich glaube, man kann dieser Regierung zugutehalten, daß wir uns erstmalig bemüht haben, ein sogenanntes Investitionsprogramm zu erstellen, mit dem wir 10,2 Milliarden Schilling, auf acht Jahre aufgeteilt, für dieses Bundesheer zur Verfügung stellen. Das ist, glaube ich, primär der gute Wille, der gezeigt wird, sich zur Landesverteidigung nicht nur mit Worten zu bekennen, sondern auch mit Taten zum Ausbau beizutragen.

Wenn ich mir die Debattenredner zum Komplex Landesverteidigung anhöre, dann komme ich immer wieder in die Versuchung, doch feststellen zu müssen, daß man es sich von der großen Oppositionspartei sehr leichtmacht und es wirklich nicht ernst nimmt, über Verteidigungsfragen sachlich zu reden.

Wenn sich Abgeordneter Kraft hier festlegt und meint, diese Regierung habe im Verteidigungsressort die eklatanteste Schwachstelle, und, außer dies festzustellen, nichts zu sagen weiß, so ist dies, glaube ich, deshalb so, weil dem Abgeordneten Kraft die Erfahrung fehlt:

12600

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Troll

Ich habe ihn noch nie im Verteidigungsrat oder Verteidigungsausschuß gesehen und ihn nie bei den entsprechenden Diskussionen gehört. Er kann die Zusammenhänge nicht kennen!

Aber es scheint mir eben ein wenig verantwortungslos zu sein, daß nicht die ÖVP-Mitglieder des Verteidigungsausschusses hier Stellung beziehen, sondern Abgeordneter Kraft, der die Zusammenhänge aus der Entwicklung heraus nicht kennt.

Meine Damen und Herren von der rechten Seite! So kommt es, daß Abgeordneter Kraft dann erklärt, das 6-Monate-System sei nicht brauchbar beziehungsweise es habe sich gezeigt, daß wir jetzt durch die Waffenübungen eine längere Dienstzeit zusammenbringen. Er weiß nicht, daß die ÖVP vorher 9 Monate plus 126 Tage Präsenzdienstzeit gehabt hat, sonst hätte er diese Behauptung ja nicht aufgestellt. (*Abg. Dr. Prader: Erzählen Sie nicht etwas Falsches! Es ist nicht richtig zu sagen: „die ÖVP“, sondern das ist einstimmig beschlossen worden!*) Dr. Prader! Nicht zu laut dazwischenrufen! Ich will mich extra zurückhalten. Ich will Ihre Vergangenheit in der Kritik nicht zu stark herausheben, weil ich glaube, daß das dem Bundesheer nicht nützt und nicht dient.

Wir sollten uns hier darüber einig werden — ich habe die diesbezüglichen Äußerungen des Abgeordneten Peter sehr vernünftig gefunden —, daß es keinen Sinn hat, immer wieder nach den schlimmen Buben zu suchen, die etwas angestellt haben. Es soll aber von der Seite, wo die schlimmen Buben gesessen sind, auch nicht immer wieder versucht werden, alles negativ zu sehen, alles zu kritisieren und so zu tun, als ob dieses Bundesheer tatsächlich ein eklatanter Versager wäre, überhaupt nicht bestünde oder nicht existenzfähig wäre. Gerade das hat aber Herr Abgeordneter Tödling gemacht.

Es ist, wie ich glaube, in der Öffentlichkeit schon erkannt worden, daß es hier um mehr geht. Ich richte auch an die Österreichische Volkspartei — die FPÖ hat sich ja dazu bekannt — die Empfehlung, die Fragen der Landesverteidigung auch im kommenden Wahlkampf vollkommen auszuklammern. Die Landesverteidigung soll eine gemeinsame Sache aller politischen Parteien in diesem Haus sein. (*Abg. Dr. Bauer: Wie war dies 1970? — Abg. A. Schläger: Wie war das bei den sechs Monaten?*) Wie immer wir uns sonst in der Kritik verhalten wollen, so sollen die Verteidigungsfragen, die Fragen des Bundesheeres aus dem Wahlkampf ausgeklammert werden. Sollte das nicht geschehen, würden wir nicht

der Sicherheit unseres Landes, aber auch nicht unseren jungen Menschen, die dem Bundesheer angehören, nützen.

Meine Damen und Herren! Auf der einen Seite bemühen wir uns, ein noch nicht gutes Image etwas zu verbessern und aufzubauen, um es dem jungen Menschen schmackhafter zu machen, Soldat zu sein, dem Bundesheer anzugehören. Es werden Mittel für Werbung und so weiter aufgewendet. Welchen Sinn hat aber all das, wenn dann ein paar für Verteidigungsfragen verantwortliche Mandatäre wie Abgeordneter Tödling dieses Bundesheer unentwegt in Mißkredit bringen? (*Abg. Tödling: Ich habe die Regierung und den Minister angegriffen, nicht aber das Bundesheer! Sie haben nicht zugehört!*) Das kann nicht Sinn und Zweck gemeinsamer Bemühungen sein, mein lieber Freund Tödling! (*Abg. Tödling: Ich habe nicht das Bundesheer, sondern den Minister angegriffen!*)

Abgeordneter Tödling! Das hättest du nicht sagen sollen. Jetzt muß ich dir erklären: Nach einem Manöver, das wir alle besucht haben und das, wovon wir überzeugt waren, einen guten Eindruck machte, hat zum Beispiel Weinstein, ein Wehrjournalist der Bundesrepublik, ein bekannter Experte, nur Positives geschrieben, indem er erklärte:

„Anfangs war ich, als ich von Ihrer Heeresreform hörte, natürlich etwas skeptisch, aber heute, nachdem ich die Manöver verfolgt habe und einen doch relativ guten Eindruck von der Kampfkraft der Truppe erhalten habe, weiß ich auch, daß das rein Politische auch weit mehr im Vordergrund gestanden haben muß bei Ihren Reformen, denn ich sehe so etwas wie die Entwicklung einer österreichischen Form der Milizarmee. Es heißt also, Ihre Heeresreform erscheint mir als Außenstehendem als der Versuch, die für Sie mögliche militärische Form der Ihrem Land angepaßten Form der Heeresstruktur zu finden.“

Ein bekannter Journalist, zuständig für Heeresfragen, nimmt also positiv Stellung.

Die Journalisten des Pressedienstes, General Spannocchi und hohe Offiziere machen positive Aussagen über den Manöverablauf. Warum muß dann Tödling in der Überschrift einer Zeitung schreiben: „BH: Nur Einsatzfreude war . k.“? Alles andere war ein Dreck — auf gut deutsch.

Das ist doch keine positive Einstellung zum Bundesheer!

Er kritisiert zum Beispiel die Lage der Manövergebiete. Wer kann denn heute voraussagen, wo uns unter Umständen jemand im Ernstfall angreift? (*Abg. Tödling: Dort sicher nicht!*) Das wäre durchaus möglich.

Troll

Wenn du von Luftlandetruppen etwas verstündest, würdest du wissen, daß das sogar ein günstiger Platz für einen Angriff wäre.

Aber so etwas kann doch nicht der Kritik ausgesetzt werden. Das Bemühen und das Zusammenwirken aller Verbände, die wir dort eingesetzt haben, waren so positiv — das mußte anerkannt werden —, daß jede negative Äußerung hinterher nicht in Ordnung war.

Außerdem hat sich euer daran beteiligter Mann, Abgeordneter Nationalrat Professor Moser, dort positiv dazu bekannt. Er hat erklärt, daß er von der Abwicklung begeistert war. Tödling schreibt aber: Nein, das war alles ein Dreck! So soll man es nicht machen! Deshalb werden Sie dann auch in der Öffentlichkeit nicht ernst genommen.

Meine Damen und Herren! Dann kommen die Zeitungsmeldungen dazu. Ich halte nicht viel davon, wenn ein Außenstehender zu politischen Fragen Stellung nimmt wie etwa Doktor Helga Stadler, die eine gute, anerkannte Journalistin ist, aber in Verteidigungsfragen kann sie eben nur von Meinungen der Mandatäre leben, Meinungen, die ihr da mitgeteilt werden. Sie kritisiert hier ganz scharf und sagt: „SPO in Defensive, die OVP ohne Alternative.“

Hier erscheint eine Meldung, wonach Tödling feststellt, es gebe ein fertiges Verteidigungskonzept der OVP.

Eine andere Zeitung — Abgeordneter Peter hat schon davon gesprochen — schreibt, es sei schon etwas fix und fertig, aus dem man entnehmen könne, die OVP wolle das Armee-kommando auflösen, wenn sie die Wahlen gewinne.

Soll es zu neuerlichen Reorganisationen kommen? Will man wieder Unruhe hineintragen in das Bundesheer? Ja soll das Bundesheer überhaupt keine Ruhe finden?

Ich kann in diesem Zusammenhang nur sagen: Hoffentlich sind die Wähler Österreichs nicht so dumm, Ihnen noch einmal das Vertrauen zu geben. Man kann nur hoffen, daß das Bundesheer nicht wiederum verpolitisiert wird. (*Abg. Dr. Schwiimmer: Das war ein Geständnis, da Sie „wieder“ sagten!*) So kann man das nicht machen.

Der OVP-Abgeordnete Tödling gilt immerhin als Repräsentant, als berufener Sprecher der OVP in Verteidigungsfragen. Er sagt zum Beispiel einleitend, der Bundeskanzler sei der Urheber allen Übels. Gut, das mag eine persönliche Kritik am Bundeskanzler sein. Nur eine objektive Frage: Dient diese Kritik dem Bundesheer, der Landesverteidigung? Dient es

der Umfassenden Landesverteidigung, der Verteidigungsbereitschaft des Volkes, wenn man den höchstgraduierten Funktionär unserer Republik in dieser Richtung abwertet? (*Zwischenruf des Abg. Tödling.*) Aber das, was Sie sagten, ist ja unrichtig. Wenn Ihre Behauptung stimmen würde, Herr Abgeordneter Tödling, ließe ich sie mir gefallen. Da wäre die Kritik ja berechtigt. Aber sie ist doch völlig falsch und aus der Luft gegriffen, und es ist, ich möchte sagen, eine Denunzierung, wenn man hier behauptet, der Bundeskanzler sei der Urheber allen Übels.

Denn man muß doch anerkennen und zugeben: Der Bundeskanzler war es, der die Heeresgliederung 1972 auf der Basis der Sechsmonatediener in Fluß gebracht hat.

Der Bundeskanzler war es, der die organisatorischen Grundlagen und die personelle Zusammensetzung für die Umfassende Landesverteidigung vorbereiten ließ. Sie liegt vor im Verteidigungsrat.

Der Bundeskanzler war es, der es in gemeinsamer Zusammenarbeit mit dem Bundesminister zustandegebracht hat, das Landwehrkonzept fertigzustellen. Ihm ist es zu danken, daß der Bericht über den Stand der militärischen Lage vorliegt, den wir so lange vermißt haben, auf den wir so lange gewartet haben. (*Abg. Tödling: Nur Papier!*)

Ich möchte dazu nur sagen: Bundeskanzler Kreisky war es, der bisher die meisten Verteidigungsratsitzungen einberufen hat.

Also wer hat sich dann mehr um das Bundesheer gekümmert und sich mehr dafür verwendet?

Daher ist diese Behauptung falsch und erlogen, möchte ich hier behaupten. So kann man es nicht machen, Kollege Tödling! Ich glaube schon, daß das Volk ein Gefühl hat für Feststellungen, die ehrlich sind, und solche, die nicht ehrlich sind. Ich möchte also vor solchen Auseinandersetzungen hier im Hohen Hause warnen, weil sie zu nichts Gutem führen.

Ich gehe jetzt gar nicht auf die anderen Dinge ein, die Abgeordneter Tödling hier ebenfalls in sehr kritischer Form geäußert hat.

Nur noch zur Feststellung, wir hätten bereits 1 Million ausgebildete Soldaten und davon hätten rund 100.000 Waffenübungen und Instruktionen absolviert: Wenn man dennoch in Zeitungsartikeln feststellt, das Heer taue nichts, es funktioniere nicht, es sei nichts da, dann müßte man sagen: Diese sind ja ohne Erfolg ausgebildet worden! Wofür wurden jene Milliarden investiert, die die Ausbildung

12602

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Troll

erforderte? Das kann man doch auch nicht so beiläufig behaupten. (*Zwischenruf des Abg. Tödling.*)

Tödling, du wirst doch nicht deinen ehemaligen Verteidigungsminister Schleinzer oder den Verteidigungsminister Prader oder deine Finanzminister der ÖVP anklagen! Die haben doch alle dazu beigetragen und daran mitgewirkt, daß es zu dieser Ausbildung gekommen ist. Wenn ich hier von einem gestörten Verhältnis rede, dann ist das wirklich nur ein gestörtes Verhältnis vom Tödling oder von der ÖVP zum österreichischen Bundesheer, aber sonst nichts. Und das soll man, glaube ich, nicht breittreten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir haben im Budget die möglichen Mittel vorgesehen und hoffen, daß wir imstande sein werden, die ernstesten Probleme, die auf uns zukommen, wenigstens in der wichtigsten Phase mit dem Investitionsprogramm, das wir auf lange Sicht vorbereitet haben, zu lösen.

Ich komme dabei zu einem mir naheliegenden Spezialgebiet: die Luftraumverteidigung. Denn das ist ja das heißeste Eisen bei der Ausgabe von Geldmitteln, die kostet am meisten. Dennoch scheint sie mir ein wichtiger Faktor, eine wichtige Basis in der Landesverteidigung zu sein.

Meine Damen und Herren! Wenn wir die jetzige Entwicklung um uns in Europa verfolgen, müssen wir feststellen, daß gerade der Luftraum über Österreich im Blickpunkt des Interesses aller europäischen Staaten steht. Die geographische Lage unseres Landes macht Österreich praktisch zum strategischen Luftkreuz, aber auch zum Luftkreuz in der Zivilluftfahrt, und daher verlangt unser Neutralitätsstandpunkt zusätzlich eine besondere Aufmerksamkeit. Ich glaube, daß weniger die direkte Verteidigung als vielmehr eine perfekte Überwachung des Luftraumes unbedingt notwendig erscheint. Der Luftraum hört leider in 5000 m Höhe nicht auf, sondern es müssen darüber hinaus Flugkörper erkannt und unter Umständen abgewehrt oder verfolgt werden, und es muß über die 5000 m-Komponente hinaus auch ein Schutzraum vorgesehen werden.

Wir alle wissen, daß wir mit Boden-Luft-Lenkraketen in der nächsten Zeit keine Chance haben werden, weil uns ein Signatarstaat das nicht gestattet, wir müssen uns also mit den Mitteln helfen, die es für uns möglicherweise gibt. Im Bereich der Luftraumverteidigung betrifft das natürlich in erster Linie die Erkennung von Feindfliegern, die notwendigerweise durch das Radarsystem möglich gemacht werden muß.

Auf diesem Gebiet ist bisher im wesentlichen nichts anderes geschehen, als daß der Kolomannsberg ausgebaut wurde. Selbst diese Anlagen sind heute durch die technischen Entwicklungen bereits überaltert und müssen erneuert werden. Das kostet immens viel Geld. Allein für die Erkennung, selbst wenn wir noch ein paar mobile Radargeräte dazubekämen — die wir haben und die noch brauchbar sind, sind auch veraltet —, brauchen wir zweifelsohne neue Erkennungsradar im Südraum unserer Republik. Denn dort passiert es immer wieder, daß tieffliegende Flugzeuge fremder Nationen nicht erkannt und nicht erfaßt werden können oder viel zu spät erfaßt werden.

Das wäre also eine der wesentlichsten Komponenten in der Erkennung. Wenn man nun einen Feindflieger oder einen Flieger einer fremden Nation — es kann auch ein Zivilflugzeug sein — erkannt hat, muß man auch die Möglichkeit haben, auf die Hoheitsverletzung, auf die Luftraumverletzung zu reagieren. Für das Militär ist natürlich naheliegend, daß man dazu einen Interzeptor braucht. Dazu hat der Abgeordnete Kraft gemeint, es sei ein Wahnsinn, davon überhaupt zu reden, er koste 160 Millionen. Sicherlich kostet er 160 Millionen, aber es wäre sinnlos, das andere zu investieren, würde man nicht die Perfektionierung dieses Systems wollen. Man wird also die ersten hundert Millionen, die man für die Radarsystemisierung braucht, auch für die Interzeptoren aufbringen müssen.

Wir haben derzeit auf diesem Gebiet natürlich einige Angebote und Überlegungen. Es bemüht sich jede Industrie, es bemüht sich fast jeder Staat, seine Produkte anzubringen. Es waren die Mirage-Leute da mit Angeboten, es sind die SAAB-Leute da, von deren Typen wir schon einige haben und die ein bestimmtes Service schon voraus fänden, also wesentlich billiger operieren könnten. Es wird von Northrop die F-5, der Tiger-2 als brauchbarer Interzeptor angeboten.

Es gibt also eine Menge von Angeboten, die immer wieder nur sachlich und fachlich geprüft werden müssen, wie billig oder wie teuer sie uns kommen, deren Preis aber verantwortlich ist. Es muß abgeglichen werden, welche Voraussetzungen sie im schon bestehenden System erfüllen, ohne Mehrkosten zu verursachen. Darüber gehen die Auseinandersetzungen.

Man darf dabei nicht übersehen, daß selbst bei solchen Entscheidungen, die wesentliche Geldmittel erfordern, auch die staatspolitischen Überlegungen eine Rolle spielen müssen: kauft man im Osten, im COMECON-Raum, kauft man im NATO-Raum, kauft man

Troll

bei einem EG-Partner oder kauft man bei Streitmächten der USA. Das alles wird abzustimmen sein von der staatspolitischen Überlegung her, und dies macht uns die Entscheidung noch schwieriger.

Wesentlich scheint mir, daß es dieser Regierung und dem damit beschäftigten Bundesheer erstmals gelungen ist, ein fertiges Konzept zu erstellen sowohl hinsichtlich der Radareinrichtungen, die wir brauchen, wie auch für die Interzeptorenplanung, die nur im Zusammenwirken mit Radar, mit Flugfunkgleiteinrichtungen funktionieren kann.

Es liegen jetzt nach längerer Vorbereitung und Planungsarbeit konkrete Überlegungen vor, von denen ich glaube, daß sie in der nächsten Zeit auch einer Verwirklichung zugeführt werden können, wenn alle drei politischen Parteien sich dieser Überlegungen bedienen werden.

Aber die Verteidigung und die Verantwortung des Bundesheeres können nicht aufhören bei der Infanterie, bei der Artillerie oder bei den Panzerjägern, sondern mit zur modernen Rüstungstechnik gehören auch der Luftraum und die damit zusammenhängenden Abwehrmöglichkeiten.

So gesehen, meine Damen und Herren, ohne weitere Überlegungen und politische Notwendigkeiten aufzuzeigen, glaube ich, können wir mit ruhigem Gewissen feststellen, daß diese Regierung sich bemüht und es verstanden hat, das Bundesheer aus dem tagespolitischen Streit herauszuziehen, dem Bundesheer die notwendigsten erforderlichen Mittel zu geben, die im Rahmen unserer Gesamtwirtschaft vertretbar erscheinen.

Wenn Sie meiner Einladung folgen, meine Damen und Herren auch von der ÖVP, gemeinsam mit uns die Verteidigungsfragen sachlich zu diskutieren und vom politischen Tagesgeschehen herauszuhalten, dann, davon bin ich überzeugt, wird es mit dem Bundesheer auch wieder aufwärts gehen.

Ich möchte auch nicht versäumen, bei dieser Gelegenheit dem Bundesminister Lütgendorf und dem Armeekommandanten General Spannocchi und seinen Offizieren und seinen Soldaten Dank zu sagen für dieses ihr Bemühen, endlich das Bundesheer auf eine Basis zu stellen, bei der alle Österreicher das Gefühl haben können, dieses Bundesheer dient der Republik, der Sicherheit unseres Volkes. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Prader. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Prader** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Mondl habe ich einen eigenen neuen Kampfstil entdeckt; ich möchte ihn als den der politischen Don Quijoterie bezeichnen.

Er stellt Behauptungen auf über Dinge, die gar nicht existieren, und kämpft dann mit ungeheurem Engagement gegen diese selbstbezogene Stellung. Er hat in den Raum gestellt, Tödling sei für ein Berufsheer, Tödling hat das das erste Mal von ihm gehört, und seine Folgerungen waren entsprechend. Er hat aber auch in den Raum gestellt, wir hätten früher behauptet, alles sei bestens in Ordnung, und nun sei alles nicht in Ordnung.

Ich stelle hiezu fest, daß niemand behauptet hat, daß jemals im Bereich des österreichischen Bundesheeres alles bestens in Ordnung war, es hat immer Fehlerquellen gegeben, Bereiche, die nicht richtig gelöst werden konnten. Dazu haben wir uns immer bekannt. Nur nehmen wir Stellung zu den vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeiten, die für die einzelnen Fehlbereiche auf den Tisch gelegt werden.

Darüber hat der Abgeordnete Mondl sich nicht geäußert, wie auch seine nachfolgenden Kollegen nicht. Er hat gemeint, er hätte nur die großen Grundlinien vorgetragen, ohne sich aber mit Details zu beschäftigen. Nun liegt im Detail meistens der Teufel, das weiß jeder. Zum Beispiel, ob die großen Grundlinien möglich, verwirklichtbar sind, etwa weil das Geld vorhanden oder nicht vorhanden ist oder etwa weil die Personen vorhanden sind oder nicht vorhanden sind, die man braucht, um diese Globallösungen zu praktizieren, Wirklichkeit werden zu lassen. Das ist jener Bereich, mit dem wir uns beschäftigen, jener sachbezogene Diskussionsbereich. Hier sind wir der Auffassung, daß es sehr wohl Aufgabe dieses Parlaments ist, sich mit diesen Problemen des Heeres auseinanderzusetzen.

Wenn wir aber diese Probleme debattieren, werten wir nicht, wie man uns auch zu unterschieben versucht hat, das Bundesheer ab oder kritisieren die Armee als solche, sondern im Gegenteil, wir wollen der Armee damit helfen, daß sie die Probleme lösen kann (*Beifall bei der ÖVP*), weil sie derzeit vor unlösbare Aufgaben gestellt ist. So einfach kann man sich die Dinge nicht machen.

Der Abgeordnete Zeillinger hat auch in dieser Richtung mit seinen Ausführungen begonnen. Er hat über den Leerlauf gesprochen. Ja, das ist ein Problem, das haben Sie sehr hart und sehr scharf kritisiert, in vielen Bereichen auch berechtigt kritisiert. Nur das, was Sie jetzt als Lösung zustande gebracht haben, war

12604

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Dr. Prader

nicht eine Abschaffung des Leerlaufes, sondern eine wesentliche Verstärkung des Leerlaufes. Das ist ja das, was wir Ihnen vor Augen führen und wozu wir Sie zu einer Sachdiskussion, nicht zu einer Polemik auffordern. Oder die Frage der Wehrgerechtigkeit: Herr Abgeordneter Zeillinger, ich kann mich im Detail nicht damit beschäftigen, wir sind ja alle mit den 20 Minuten stranguliert, Sie wissen das genauso wie ich.

Aber gerade die Wehrgerechtigkeit ist ein wunder Punkt. Es war noch nie so wenig Wehrgerechtigkeit vorhanden, wie es das gegenwärtige System in Wirklichkeit gebracht hat. Das sind die Dinge, die wir hier klarstellen wollen.

Und noch etwas, Herr Abgeordneter Zeillinger! Sie unterschreiben uns so gerne Absichten, ähnlich wie Mondl, die gar nicht vorhanden sind. Wir haben gar nicht behauptet, die Bereitschaftstruppe sei der Schwerpunkt und lange nachher käme erst alles andere. Denn das eine geht ohne das andere nicht. Das ist unser Standpunkt. Denn wenn nur die Bereitschaftstruppe vorhanden wäre und das andere alles nicht, dann wäre sie sinnlos. Wäre aber das andere vorhanden und keine Bereitschaftstruppe, die, wie der Name sagt, bereit sein soll zum jederzeitigen Einsatz, dann könnte auch der andere Bereich einer Landwehr nicht funktionieren. Wir behandeln das daher gleichwertig, und daher waren wir es, die sich dagegen gewehrt haben, als besonders in bezug auf die Ausrüstung eine Hervorhebung stattfinden sollte. Sie sollten fescher sein, sie sollten schmissiger sein, damit mehr dort hingehen, und für die anderen bleibt nur mehr die Landwehr. Das war eine Grundtendenz, die wir mit aller Schärfe bekämpft haben, weil es eine solche Disqualifikation nicht für einen Bereich geben kann, den man uns als Schwerpunktbereich der Verteidigungspolitik vor Augen gestellt hat.

Herr Abgeordneter Wodica, eines hätten Sie nicht sagen dürfen — ich hätte das Thema nicht angeschnitten —: daß wir am Manöver hätten teilnehmen sollen. Ich habe auch nicht teilgenommen, aber nicht weil ich nicht gewollt habe, sondern weil durch die Umschichtung in bezug auf die Budgetberatungen an demselben Tag plötzlich die Verhandlung über das Kapitel Bundeskanzleramt angesetzt wurde. Ich habe mich bei den Verhandlungen darüber beklagt, daß mir dadurch die Teilnahme am Manöver unmöglich geworden ist. Um diese Zeitabstimmung ist es gegangen. Aber uns jetzt zu sagen, wir wollten uns durch unsere Absenz bei den Manövern nicht mit der Wirklichkeit konfrontieren, um dann besser demagogisch reden zu können, ich muß

sagen, das ist eine Unterstellung und eine Haltung, die ich mit aller Schärfe zurückweisen muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Interessant für mich war auch, daß von dem ÖVP-Wehrkonzept nicht der Kollege Mondl gesprochen hat, sondern der Kollege Wodica. Das, glaube ich, war völlig beabsichtigt, denn Kollege Mondl hat hier ein schlechtes Gewissen, aber ein gutes Gedächtnis. Er hat ja vor den Wahlen 1970 gesagt: Wir haben ein Wehrkonzept schon lange in der Tischlade — erinnern Sie sich, Herr Abgeordneter Mondl? —, aber herausnehmen werden wir es natürlich erst nach der Wahl!

Man soll Gleiches gleichstellen. Darum hat er es nicht gesagt, sondern Kollege Wodica hat sich mit dem Problem auseinandergesetzt und sich damit beschäftigt. Wenn es nach Ihnen gehen würde, könnte man vor der Wahl überhaupt nichts erfahren, sondern erst nachher. Und auch nachher haben wir von Ihrem Konzept nichts erfahren. Denn bevor es veröffentlicht wurde, hat der Herr Bundeskanzler erklärt: Das ist unbrauchbar, ist antiquiert, kommt gar nicht in Frage! — Und bevor es entschubladet wurde, ist es schon wieder reschubladet worden. Ich kenne es bis heute noch nicht.

Das war ja Ihr Problem: daß Sie kein Konzept gehabt haben, und das haben wir kritisiert. Denn sechs Monate sind kein Wehrkonzept. Und nachdem Sie das zum Wahlschlager gemacht haben — weil Sie jetzt sagen, man soll die Wehrpolitik nicht in den politischen Tagesstreit ziehen — und die sechs Monate da waren, haben Sie nachher nicht gewußt, wie das möglich ist. Und jetzt haben Sie eine Kommission eingesetzt, die nicht den besten Modus, nicht das beste Rezept zu finden hatte, sondern, wie schon zitiert wurde, unter diesen Vorgegebenheiten der sechs Monate jetzt etwas erfinden sollte, damit dies überhaupt möglich ist. Das war Ihr Wehrkonzept, mit dem Sie die österreichische Öffentlichkeit konfrontiert haben.

Daher dieses Dilemma, dieses lange Herumziehen und daher jetzt auch die Schwierigkeit in der Durchführung einer Konzeption, von deren Auswirkungen vor allem der, der das so lautstark verkündet hat, nämlich der Herr Bundeskanzler, überhaupt keine Ahnung gehabt hat. Der Herr Bundeskanzler ist ja so offenerzig. Er hat gesagt: Ich verstehe zwar überhaupt nichts von der Wehrpolitik, aber sechs Monate sind genug. *(Abg. Samwald: Und recht haben wir gehabt!)* Das war Ihr Rezept, meine Herren, das möchte ich hier deutlich in Erinnerung rufen.

Dr. Prader

Wir stellen einige Fakten in den Raum, und mit diesen Fakten möchten wir uns auseinandersetzen. Um dieses Gespräch ersuchen wir Sie auch; nicht um eine Polemik, sondern um eine Sachdiskussion. Denn sachliche Probleme gerade im militärischen Bereich können durch Demagogie, durch Drüberhinwegreden, durch die Methode, den Kopf in den Sand stecken und der Jäger ist weg, nicht gelöst werden. Nichts ist gefährlicher, als sich im militärischen Bereich Utopien hinzugeben, Verschleierungstaktik zu betreiben und etwas daherzureden, was nicht vorhanden ist. Das ist lebensgefährlich, das möchte ich dem Herrn Abgeordneten Troll sagen, gerade angesichts der Situationsskizze, die er völlig richtig im Parlament vorhin vorgetragen hat.

Seit 1970, meine Damen und Herren von der Linken, reformieren Sie das Bundesheer. Mitte 1973 hat der Herr Minister — nein, ich glaube, das war der Armeekommandant; das ist ja die Problematik, daß man nie weiß, mit welchen Aussagen man sich tatsächlich auseinanderzusetzen hat —, 1973 hat der Armeekommandant erklärt: Jetzt fangen wir an! Derzeit, Ende 1974, stehen nach Feststellungen des Ministeriums nur Rahmenausbildungsverbände zur Verfügung, und das gilt auch hinsichtlich der Bereitschaftstruppen. Das ist nicht unsere Erfindung, das ist die Feststellung des Verteidigungsministeriums.

Laut Erklärung des Verteidigungsministers in der Fragestunde am 27. November ist das Jahr 1975 das entscheidende Testjahr. Erst Ende 1975 — in Parenthese: nach der Wahl! — wird man feststellen, ob das System Chancen hat, überhaupt zu funktionieren oder nicht. Bei einem negativen Ergebnis wird man neue Wege gehen müssen. — Welche? Da frage ich Sie jetzt um Ihr Wehrkonzept. Welche Wege, das ist nirgends deklariert, und darauf haben wir auch bisher keine Antwort erhalten können.

Bei der gegenwärtigen Kaderentwicklung ist nach der Hochrechnung des Ministeriums eine Reservearmee von 130.000 Mann auch nach zehn Jahren noch nicht erreichbar (*Abg. Mondl: Diese Zahlen sind schon ...!*); noch nicht annähernd erreichbar. Herr Abgeordneter! Diese Zahlen stehen in jenem Papier, das Sie genauso in Händen haben wie wir! Ich frage Sie: Was gilt jetzt? Was uns der Herr Verteidigungsminister vorlegt oder was Sie hier der Öffentlichkeit servieren? Das frage ich Sie jetzt mit aller Deutlichkeit. (*Beifall bei der OVP.*) Das ist Doppelzüngigkeit, und da liegt Ihre Schizophrenie, nämlich in bezug auf die Außenwirkung. Sie sollen einmal klar bekennen und der Öffentlichkeit nicht etwas

anderes vormachen, als dasjenige zu sagen, was sogar in Ihren eigenen Papieren völlig anders dargestellt ist.

Übernommen haben Sie aber eine Armee von 150.000 Mann. Jetzt frage ich Sie: Wie lang soll denn — das ist doch eine berechtigte Frage — die Reform überhaupt noch dauern? Eigentlich müßte sie am 1. Jänner 1977 beendet sein, weil am 31. Dezember 1976 die alte Armee zu bestehen aufhört.

Diesbezüglich haben Sie einige Antworten gegeben. Der Verteidigungsminister hat Herrn Professor Ermacora einen Brief geschrieben, und darin sagt er unter anderem — es ist das Ihr Schreiben vom 9. Dezember 1974, Herr Minister, also jüngsten Datums —:

Von den derzeitigen 40 Jägerkompanien des aktiven Heeres sind materiell — materiell! — alle einsatzfähig. Bei den auf die Landwehr entfallenden 26 Einheiten ist die personelle Einsatzbereitschaft erst im Wege der Mobilmachung zu erreichen. Die 14 Jägereinheiten der Bereitschaftstruppe sind außerhalb einer Mobilmachung einsatzfähig, wenn die Einheiten nach personeller Auffüllung — diese erfolgt alle neun Monate — einen entsprechenden Ausbildungsstand erreicht haben.

Meine Damen und Herren! Das sind Ihre Bereitschaftstruppen nach der offiziellen Mitteilung des Verteidigungsministers.

Und in einem Brief an den Kollegen Suppan, Herr Minister, haben Sie mitgeteilt, wieviel Landwehreinheiten überhaupt bereits aufgestellt wurden:

Im Rahmen des Mob-Heeres wurden weitere zwölf Kompanien als Reserveeinheiten aufgestellt (davon zehn Kompanien als Wachkompanien für den Objektschutz).

Das heißt in die deutsche Sprache übersetzt: Zwei Einsatzkompanien. Heute, Ende des Jahres 1974!

Das also sind Ihre Mitteilungen. Das ganze sind, wie gesagt, nur Teilaspekte. Es liegt an Ihnen, bei der Regierungsfraktion, zu befinden, daß das alles gut und in Ordnung ist.

Daher unsere Frage: Was tun wir in einer solchen Situation? Was sollen wir zur Verbesserung der Lage veranstalten? — Ein Gespräch darüber. Sie haben das ja immer abgelehnt. Im Budget des Verteidigungsministeriums — und darauf ist der Herr Verteidigungsminister sehr stolz, ich weiß, wie schwierig überhaupt das Budget zu bewältigen ist — hat er nun ein Mehr von 923 Millionen zur Verfügung. Davon ist ein Mehr an Personalaufwendungen von 586 Millionen enthalten, und zwar:

12606

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Dr. Prader

Personalaufwand Ministerium 22,3, Heer und Heenesverwaltung 300,6.

In der Position 40107, enthalten im Teilheft auf Seite 10, sind Aufwendungen von 263,2 Millionen vorgesehen. Das ergibt ein Mehr an Personalaufwand von 586,1 Millionen Schilling. Es verbleibt daher für den Sachaufwand einschließlich Bettzeug, Mannesausrüstung, Verpflegung und so weiter ein Mehr von 337 Millionen Schilling.

Das sind die Fakten. Das deckt wohl kaum die Preissteigerungsraten. Das werden Sie mir bestätigen.

Vielleicht kann der Herr Minister einmal das Hohe Haus darüber informieren, wie hoch diese Preissteigerungsraten im besonderen bei der harten Rüstung liegen. Sie waren ja immer exorbitant, schon wesentlich früher als andere Kostensteigerungen, als nämlich noch solche viel geringeren Umfanges vorhanden waren.

Für 1975 weist die Beilage C des Teilheftes eine Vorbelastungstangente von 1500 Millionen Schilling auf. Im Vorjahr waren für dieses Jahr nur 811 Millionen Schilling vorgesehen. Das ergibt ein Plus von immerhin 689 Millionen Schilling in einem Jahr.

Für die Folgejahre sind bereits jetzt ausgewiesen, das heißt also für 1976, 1977 und die folgenden, 907 Millionen Vorbelastung.

Insgesamt, wie in diesem Teilheft Beilage C ausgeführt ist, beträgt mit Stichtag 20. September 1974 die derzeitige Vorbelastung ein Volumen von 6107 Millionen Schilling.

In der Zeit der ÖVP-Regierung waren die Vorbelastungen, was Sie ja so kritisiert haben, und zwar immerhin nach einer Amtszeit von mir von mehr als sechs Jahren, 1394 Millionen Schilling.

Herr Abgeordneter Mondl! Sie haben sich in dieser Frage immer sehr heftig alteriert. Das war aber geradezu ein Kinderpaket gegen das, was derzeit vorhanden ist.

Aber, Herr Verteidigungsminister, ich kritisiere im Gegensatz zu Ihnen, meine Herren — und da ist der Unterschied in der Oppositionspolitik im Bereich der Wehrpolitik ja sichtbar —, das gar nicht, weil ich weiß, und das habe ich immer vertreten, und ich rede heute genauso wie damals, daß Rüstungsprobleme anders gar nicht bewältigt werden können. Ich stelle das nur als Fakten fest, weil Sie unsere Kritik immer um jeden Preis als böseartig und sachunbezogen hinstellen wollen. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Das ist eine Kritik, zu der wir uns bekennen, und Sie werden auch noch nie von uns im Zuge all der vergangenen Budgetjahre auch nur einmal eine Kritik an der Höhe der Auf-

wendungen für das Heer gehört haben! Ich stelle das auch sehr als einen Gegensatz zu Ihrer früheren Haltung zu diesen Problemen fest.

Die Erläuternden Bemerkungen weisen darauf hin, daß angesichts dieser gewaltigen Vorbelastungstangente nur mehr ein ganz kleiner Umfang vorhanden ist, in dessen Rahmen Beschaffungen durchgeführt werden können. Welcher Umfang ist das? — Darüber schweigen sich die Unterlagen aus. Was hat man mit dem Vorhandenen vor? Es stehen doch so viele dringende Probleme an! Auch Panzer halten nicht ewig.

Herr Bundesminister! Sie kennen eines der dringendsten Probleme: Was ist mit der Erneuerung des Panzers M 47? Haben Sie diesbezüglich schon ein Konzept?

Der Herr Abgeordnete Troll hat natürlich eine besondere Vorliebe für die Luft; ich meine das im Hinblick auf Luftfahrt, Luftausrüstung und auch Luftraumbeobachtung. Er hat gemeint, hier müsse was geschehen.

Das sind die Budgetfakten, und angesichts dieser Budgetfakten, angesichts der Gesamtsituation des heurigen Budgets frage ich Sie: Wie stellen Sie sich denn überhaupt die Lösung solcher Probleme vor? — Wenn ich zum Beispiel um meine Meinung gefragt werde, welche Type in Betracht gezogen werden soll, dann ist meine erste Frage: Wieviel Geld haben wir zur Verfügung?, und wenn wir feststellen, daß wir keines haben, dann streite ich wegen der Type nicht mehr. Das ist doch eine sehr realistische Einstellung, die ich Ihnen auch sehr empfehlen würde, und wenn Sie diese Einstellung haben werden, dann werden wir uns zu einem sehr, sehr fruchtbaren Gespräch zusammenfinden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Ich stelle fest: Sie haben große Kasernenverlegungspläne angekündigt. Alles recht und richtig. Auf meine Anfrage haben Sie mir geantwortet, daß es Ihnen in Ihrer ganzen Amtszeit gelungen ist, eine einzige Kompanie bisher zu verlegen, nämlich von Krems nach Mautern. Das sind die Fakten. Das dürfen wir doch sagen! *(Zwischenruf bei der SPÖ. — Zwischenruf bei der ÖVP: Das sind zwei! — Zwischenruf bei der SPÖ: Prader ist schlecht informiert!)*

Allein die Durchdiener im siebenten und achten Monat kosten Sie bei 35 Millionen! Ich stelle das fest. Es ist geradezu lustig, heute zu hören, daß ohne Achtmonatediener die Armee zusammenbricht und daß Sie jetzt alle Bemühungen anstellen, statt Sechsmonatediener Achtmonatediener zu bekommen, die Ihnen dann — nach dem Abrüsten — überhaupt nicht mehr zur Verfügung stehen.

Dr. Prader

Im Gegensatz zu dem, was Sie früher immer kritisiert haben, stelle ich das noch fest. Und jetzt versuchen Sie durch viermalige Einberufungstermine, durch die Restaurierung der viermaligen Einberufungstermine, durch gewisse Terminüberschneidungen wieder größere Truppenkontingente auf die Beine zu bringen.

Meine Damen und Herren! Der größte Leerlauf sind leere Truppenteile! Das wissen Sie selber genau. Diesen Zustand haben Sie geschaffen. Das ist Ihre Leistung, und daher empfinden wir das nicht als befriedigend, sondern wieder als höchst reformbedürftig, also bedürftig besserer Rezepturen. *(Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Eines darf ich Ihnen in aller Eile noch sagen: Ihr Kampf gegen die Stäbe hat mit einem mehr und mit größeren Stäben geendet. Sie hatten bisher vier Führungsebenen, Sie haben sechs geschaffen. Wenn Sie das jetzt nun anschauen, hat das Ministerium, der von Ihnen so kritisierte Wasserkopf, unter Einschluß der ausgegliederten Ämter um 60 Dienstposten mehr, die Fliegerbrigade, die Stabskompanie hat allein um 100 Dienstposten mehr; Sie haben allein um 11 und 12 Dienstposten mehr als bei den Gruppenkommanden, insgesamt also 196 bei diesen Führungsebenen. Das gehört alles dazugesagt, ich könnte Ihnen hier noch eine Reihe anderer Beispiele aufzählen.

Sehen Sie, mit diesen Dingen setzen wir uns auseinander, und das — das hätte ich gerne noch dem Abgeordneten Sekanina gesagt — sind hier keine Lehrer, das sind Vermehrungen, die auf Grund Ihrer Neukonstruktionen geschaffen wurden. Das sind die Probleme, die Ihnen auf der anderen Seite das Geld nehmen, das Sie so dringend für den Sachaufwand brauchen, weil eines für Sie ja auch langsam erkennbar wird: Das Ungleichgewicht zwischen Personal und Sachaufwand wird in bezug auf das Verteidigungsressort wie in vielen anderen Bereichen langsam tödlich und für alle, glaube ich, unlösbar. Mit Türken aufbauen verteidigt man Österreich nicht. Und daher laden wir Sie ein, nicht Türken aufzubauen, sondern Türken abzubauen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zu Worte gemeldet hat sich Herr Bundesminister Lütgendorf.

Bundesminister für Landesverteidigung **Lütgendorf**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich wäre ein schlechter Verteidigungsminister, wenn ich mit dem Budgetansatz 1975 zufrieden wäre, aber ich wäre auch ein ausgesprochener Unrealist, wenn ich nicht klar erkennen könnte, wie weit die Möglichkeiten bestehen, heutzutage, wo große Probleme heranstehen

und andererseits wir auch in unserer Politik der Bundesregierung Schwerpunkte setzen müssen, Schwerpunkte, die in erster Linie bei der Volksgesundheit und bei der Bildung unserer Bevölkerung liegen.

Daß ich mich natürlich hier bescheiden muß, ist naheliegend. Zufrieden kann ich nicht sein. Das achtjährige Investitionsprogramm, das im Oktober 1973 geschaffen wurde, um dem Bundesheer die Möglichkeit zu geben, jene Investitionen vorzunehmen, die für einen weiteren Ausbau zwingend notwendig sind, ist ein echter Markstein in der österreichischen Verteidigungspolitik. Die erste Tangente dieses Investitionsprogramms ist jedenfalls im Budget, im Bundesvoranschlag 1975, enthalten. Mir ist auch bewußt, daß die Schere, die zwischen Personalaufwand und Sachaufwand, langsam weiter aufklafft, ungesund ist. Auch das ist interessanterweise keine österreichische Erfindung, sondern wenn Sie sich die Heeresbudgets in anderen Staaten ansehen, so muß man die gleichen Feststellungen treffen. Mit 55 Prozent Personalaufwand, 30 bis 35 Prozent Betriebsaufwand und den dann noch verbleibenden 10 bis 15 Prozent für Investitionen kann man keine Wunder wirken.

Ganz ehrlich gesprochen, es wurden heute von den Herren Debattenrednern eine Reihe von Vorwürfen erhoben; sie mögen mir doch nur sagen: Wo sollen wir das Geld dazu hernehmen oder wo soll man das Geld und wem wegnehmen? Ich weiß es jedenfalls nicht.

Ich darf mich nun einigen konkreten Fragen des Herrn Abgeordneten Tödling zuwenden. Es ist richtig, daß ich am 22. 11. 1974 im Raum des Landesverteidigungsrates gesagt habe, daß das Jahr 1975 für das Bundesheer ein Testjahr sein wird; dies im Zusammenhang stehend mit einer sehr gründlichen Diskussion über die Neubildung vom Reservekader. Daß es darüber hinaus natürlich auch bezüglich der weiteren personellen Entwicklung ein Testjahr ist, vor allem für Kader- und Längerdienende, ist naheliegend. Ich darf Sie hier vielleicht orientieren, sehr geehrter Herr Abgeordneter, daß wir zum Unterschied von Ihren Behauptungen, daß 1800 Mann Kader seit dem Jahre 1970 weggegangen sind, in der gleichen Zeit um 181 Offiziere Zuwachs hatten, nämlich vom 1. 1. 1970 bis 1. 12. 1974, ferner wir um 255 Unteroffiziere bereits mehr hatten als mit dem Stand 1. 1. 1970 und daß ich Ihnen heute eine neue Zahl insofern nennen kann, als der Gesamtkaderstand vom Bundesheer, ich sage „Personalstand des Bundesheeres“, also inklusive Beamte, gegenüber dem 1. 1. 1974 bis zum heutigen Tag um 853 Personen zugenommen hat.

12608

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Bundesminister Lütgendorf

Das Stagnieren der freiwillig verlängerten Grundwehrdiener, wie Sie doch angeführt haben, ist nicht zutreffend, da sich jetzt gerade aus dem Einberufungsturnus Oktober eine erfreulich hohe Anzahl von Wehrpflichtigen schon zum freiwillig verlängerten Grundwehrdienst in den ersten Monaten und Wochen gemeldet haben.

Zu Ihren Besorgnissen hinsichtlich der Mob-Gliederung darf ich noch sagen, daß wir auf dem Gebiete der Reserveoffiziere und Fähnriche eine beachtlich starke Zunahme feststellen können. Während nämlich im Jahre 1970 nur rund 2400 Reserveoffiziere und Fähnriche beordert waren, hat sich diese Zahl bis zum heutigen Tag auf rund 5000 verdoppelt.

Die letzte Statistik hat gezeigt, und hier möchte ich bei der Gelegenheit auch einen Dank an unsere Reserveoffiziere und Reserveoffiziersanwärter aussprechen, daß wir gegenwärtig rund 6300 Reserveoffiziere und Reserveoffiziersanwärter haben, die freiwillige Waffenübungen leisten. *(Beifall bei der SPO.)*

Sie haben die Zahl von 1000 neuen Schreibtischposten angegeben. Woher Sie die 1000 nehmen, weiß ich nicht, denn ich habe nicht 1000 neue Schreibtische bestellen lassen; die müßten also dann wahrscheinlich ohne Schreibtisch tätig sein. *(Ruf bei der ÖVP: In der Besenkammer! — Bei der Regierung ist alles möglich!)*

Wenn Sie behauptet haben, Herr Abgeordneter, daß die Gerätelage triste ist, so dürften Sie damit ziemlich in der Minderheit bleiben, denn sehr interessant ist ein Ergebnis einer Meinungsumfrage, die kürzlich vorgenommen wurde, und zwar im Zusammenhang mit den Herbstmanövern 1974, wo eine ziemlich große Personenzahl befragt wurde, was sie eigentlich sowohl von der Ausbildung, aber auch von der Ausrüstung des Bundesheeres hält. Und hier hat sich herausgestellt, daß 65 Prozent eine positive Meinung haben, nur 14 Prozent haben eine schlechte Meinung, nämlich unterdurchschnittlich oder schlecht, und 21 Prozent haben keine Meinung äußern können, weil sie zuwenig Einblick in die inneren Verhältnisse haben. *(Abg. Tödling: 14 Prozent haben Einblick gehabt!)*

Sie, sehr geehrter Herr Abgeordneter, haben abschließend die Feststellung getroffen, daß das Bundesheer nicht einsatzbereit ist. Ich nehme an, daß Sie diese Äußerung wider besseres Wissen getan haben. Sie wissen ganz genau: Das Bundesheer ist einsatzbereit *(Abg. Tödling: Zu welchem Zweck, Herr Minister?)*, vor allem im vollmobilmachten Zustand ist es für Verteidigungsaufgaben einsatzbereit, und die Bereitschaftstruppe ist, wie

es Artikel VIII des Wehrgesetzes vorsieht, für Sicherungsaufgaben ebenfalls einsatzbereit. *(Abg. Tödling: Sollen Sie das nie beweisen müssen, Herr Minister!)*

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Zeillinger! Ich möchte gerade hier im Hohen Haus klar zum Ausdruck bringen, daß ich keine Differenzierung oder Güteklasseinteilung zwischen Bereitschaftstruppe und Landwehr sehe. Beide zusammen stellen eine geschlossene Einheit dar, beide zusammen bedeuten „das Bundesheer“. Es haben auch bereits Landwehreinheiten schon neueste Ausrüstungsgegenstände, vor allem von Kraftfahrzeuggerät, bekommen, und es werden die der Landwehr zugeordneten Verbände genauso mit neuen Uniformen und mit neuem Unterkunftsgesetz ausgestattet werden, allerdings dauert das eben noch eine Zeit.

Ich darf noch einmal wiederholen: Der zweigeteilte Grundwehrdienst für Maturanten war keine Erfindung von mir. Ich habe mich immer gegen diese Einrichtung ausgesprochen. Es ist dann eine politische Entscheidung getroffen worden. Wie ich auch schon bei der Jugendkonfrontation zum Ausdruck gebracht hatte, werden wir versuchen, diesbezüglich eine andere Regelung herbeiführen zu können.

Umgekehrt aber darf ich Ihnen mitteilen, daß durch diese Regelung des zweigeteilten Grundwehrdienstes für Maturanten keine Abnahme an Meldungen zum einjährig-freiwilligen Ausbildungsdienst von 12 Monaten die Folge war, sondern daß wir im Gegenteil feststellen können, daß die Anzahl dieser im Zunehmen begriffen ist.

Die vorübergehende Regelung mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, den Hochschulassistenten ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen, war aus einer Notsituation gerade auf den einzelnen Lehrkanzeln der Hochschulen abzuleiten, daß sie, und zwar nur solange sie in der Funktion eines Hochschulassistenten tätig sind, einen Grundwehrdienst von acht Wochen zu leisten haben. Es ist zu erwarten, daß ab dem nächsten Jahr die Anzahl dann so verschwindend klein sein wird, daß auch dieses vorübergehende Privileg aufgehoben werden kann.

Der Betrag von 49 Millionen Schilling, aufgenommen in die Stabilisierungsquote des Budgets 1975, für Beschaffungen im Zusammenhang mit der Olympiade 1976 ist nur deshalb dort aufgenommen worden, damit wir auch die Möglichkeit haben, die notwendigen Bestellungen vorzunehmen. Ich persönlich rechne bestimmt damit, daß auch der Gesetzgeber dem Antrag des Finanzministers zustimmen wird, diesen Betrag aus der

Bundesminister Lütgendorf

Stabilisierungsquote für diesen ja so wichtigen Zweck freizugeben. Sollte das nicht der Fall sein, dann werde ich natürlich dafür Sorge tragen, daß dieser Betrag Aufnahme in das Grundbudget 1976 finden wird.

Zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kraft möchte ich als zuständiger Fachminister auf seine polemischen Äußerungen nicht eingehen, als österreichischer Staatsbürger habe ich mich für ihn geschämt, daß er Bemerkungen über das Bundesheer gerade zu einem Zeitpunkt gemacht hat, wo ein Militärattaché der Warschauer-Pakt-Staaten hier im Hohen Haus anwesend war. *(Abg. Doktor Gruber: Schämen brauchen Sie sich nicht für einen anderen, wenn, dann für sich selbst, aber nicht für einen anderen!)*

Auf seine diesbezügliche Frage, wer Verteidigungspolitik macht und wer die Entscheidungen trifft, darf ich — sollte hier eine Unklarheit bestehen — sagen: Verteidigungspolitik macht die Bundesregierung, Wehrpolitik macht der Bundesminister. Wer nun glaubt, Gegensätze zwischen dem Verteidigungsminister und dem Armeekommandanten herauszuhören, den muß ich enttäuschen. Es gibt keine Differenzen zwischen uns beiden. Wir haben jeweils immer in kurzen Abständen sehr klare Aussprachen über Grundsatzfragen und stellen auch diesbezüglich eine Einheit dar. *(Beifall bei der SPÖ.)*

In diesem Zusammenhang darf ich vielleicht auch erläutern, daß es keine Differenzen oder differenzierte Auffassungen zwischen dem Herrn Bundeskanzler und mir in der Frage eines Wehrbeauftragten gibt. Ich habe auf eine Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Ermacora anläßlich einer Fragestunde hier im Haus sehr klar zum Ausdruck gebracht: Ich persönlich würde die Einführung eines Wehrbeauftragten begrüßen *(Abg. Kraft: Wenn das kein Widerspruch ist, dann weiß ich nicht!)*, der Herr Bundeskanzler hat *(neuerlicher Zwischenruf des Abg. Kraft)* — darf ich ausprechen? — bei der Jugendkonfrontation sehr klar zum Ausdruck gebracht: Kein eigener Wehrbeauftragter, wozu haben wir die Volksanwaltschaft. Das heißt also: Einbau des Wehrbeauftragten in die Volksanwaltschaft. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Doktor Bauer: So hat er das nicht gesagt! — Abg. Dr. Schwimmer: Das ist Irreführung, Herr Minister!)* Sie haben vollkommen recht: Er hat es nicht gesagt, aber das ist die Konsequenz. Und so habe ich es auch mit dem Herrn Bundeskanzler abbesprochen gehabt.

Sie, Herr Abgeordneter Kraft, haben hier behauptet, die neue ADV existiere nicht, es wäre nur ein Inhaltsverzeichnis da. — Das

stimmt auch wieder nicht. Seit vergangener Woche liegt die ADV im Rohentwurf in dieser Stärke *(der Minister zeigt den Rohentwurf vor)* auf meinem Schreibtisch. Sie wird im Jänner mit dem Bundesjugendring abbesprochen werden und geht dann in das Begutachtungsverfahren. Ich habe keinen früheren Termin gesagt, zu dem die ADV ... *(Abg. Kraft: Weihnachten!)* Ja, bis Weihnachten lag sie bei mir.

Ich möchte bitte auch eines klarstellen: Das Bundesheer hat in den vergangenen Wochen keine Werbung durch verschiedene Inserate betrieben, sondern im Rahmen der PR eine klare Information gegeben.

Soweit mir Berichte zugegangen sind, sind diese sehr sachlich und auf Wahrheitsgehalt überprüften Informationen bei der Bevölkerung auch gut angekommen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben auch in keiner Weise hier die Absicht, vielleicht durch Angaben von Verdienstmöglichkeiten manches zu verschleiern oder einen falschen Eindruck zu vermitteln. Wir können Ihnen jede einzelne genannte Ziffer sehr klar auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse bei der Truppe nachweisen, denn es hat jeder Unteroffizier pro Monat bestimmte Dienste, sogenannte Journdienste, zu machen. Da fallen bestimmte Zulagen, Überstundenhonorierungen an, und daher kommt er auf diese durchschnittlichen Monatsbezüge. Das ist eine Realität. Wir haben keine Veranlassung, das hier zu verschweigen.

Zu Ihrer Frage, wo im Bundeshaushalt 1975 die Budgetansätze bezüglich der Neueinkleidung der Soldaten wären, darf ich sagen, daß diese ja bereits in den Budgetansätzen 1973 und 1974 enthalten waren, denn es dauert normalerweise zwei Jahre, vom Tag des Auftrages an, bis zur Auslieferung an die Truppe, bis dieser verhältnismäßig lange Produktionsablauf und dann der Abnahme- und Ausgabevorgang abgelaufen ist.

Bezüglich der Drillchuniformen, welche die Soldaten sehr gerne haben, darf ich vielleicht darauf zurückkommen, daß wir unsere ganze Neuuniformierung des Bundesheeres nach dem sogenannten Zwiebelchalensystem entwickelt haben und daß sich eine eigene Gruppe damit durch zwei Jahre befaßt hat.

Ich bekomme gerade eine Mahnung *(Abg. Fachleutner: ... daß ich aufhören soll! — Heiterkeit bei der ÖVP)*, daß ich die Zeit nicht überschreiten soll. Aber eines möchte ich ganz klar feststellen, meine Damen und Herren: Ich habe niemals, niemals, erklärt, daß ich 30 Mirage-Flugzeuge kaufen will.

12610

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Bundesminister Lütgendorf

Herr Abgeordneter Peter! Sie haben einige konkrete Fragen gestellt. Ich nehme an, daß ich noch einmal Gelegenheit haben werde, auch darauf zurückzukommen. Ich werde selbstverständlich, was die Meldungen aus der Schweiz bezüglich Vorgänge extremer Linker anbelangt, die wir sehr genau verfolgen, dem Landesverteidigungsrat in der vom Herrn Abgeordneten Zeillinger gewünschten Ergänzung zum Sonderbericht im Jänner nächsten Jahres auch darüber berichten.

Ich danke Ihnen für die offene Meinungsäußerung hinsichtlich Ihrer Ergebnisse über das Manöver. Gerade in den von Ihnen angeführten vier Hauptpunkten decken sie sich mit dem mir bereits zugegangenen ersten Zwischenbericht. (*Abg. Anton Schläger: Die Zeit ist um!*)

Ich bitte, Herr Präsident, die Zeit ist für mich um. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ich möchte so gerne noch auf einige konkrete Fragen von Herrn Minister Prader eingehen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Probst: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Bundesminister Lütgendorf hat zum Budget gemeint, er wäre ja ein schlechter Minister, wenn er mit dem Budget zufrieden wäre, aber — um es mit anderen Worten, aber sinngemäß auszudrücken — er sei realistisch genug, zu wissen, daß man nicht alles haben kann.

Herr Bundesminister! Dieses Problem haben doch alle Verteidigungsminister in der Zweiten Republik zu bewältigen gehabt, und sicherlich, keiner ist mit dem Problem so fertig geworden, daß er hätte sagen können, er sei mit dem Budget zufrieden. Das ist gar keine Frage. Ich glaube, das steht an sich auch nicht zur Diskussion. Ich will auch gerne vergessen, daß Sie seinerzeit, als Sie zwar noch nicht Minister waren, aber möglicherweise in der Anhoffnung sich befunden haben, es zu werden, noch 7 Prozent Anteil am Staatsbudget für die Landesverteidigung für notwendig gehalten haben.

Herr Bundesminister! Ich kann nur folgendes feststellen: Seit der Regierung Kreisky hat es nie ein Budget gegeben, bei dem der Anteil am Gesamtbudget für die Verteidigung größer gewesen wäre als 3,7 Prozent. Das ist auch für das Jahr 1975 nicht anders. Es hat in den Jahren vor der Regierung Kreisky nie ein Verteidigungsbudget gegeben, das im Anteil kleiner gewesen wäre als 4,13 Prozent. Ich gebe zu, ein hinreichendes Budget hat keiner der Verteidigungsminister zustande gebracht.

Den höchsten Anteil am Gesamtbudget hatte das Verteidigungsbudget im Jahre 1964 mit 5,12 Prozent.

Aber, Herr Bundesminister, Sie sprechen von einem achtjährigen Investitionsprogramm. Es würde mich außerordentlich interessieren, wie denn dieses Investitionsprogramm tatsächlich beschaffen ist, wer von Ihren Mitarbeitern im Ministerium dieses Investitionsprogramm kennt beziehungsweise an diesem Investitionsprogramm mitgewirkt hat und wie weit die Quoten, von denen Sie sprechen, über das hinausgehen, was Sie an Zahlungsverpflichtungen ohnehin zu berappen haben.

Hier wird ein imaginäres Investitionsprogramm in den Raum gestellt, das dem Inhalte nach niemand kennt. Ich möchte das hier doch ausdrücklich festhalten.

Noch etwas anderes, meine Damen und Herren: Im Jahre 1964 verhielt sich der Personalaufwand zum Sachaufwand in der Landesverteidigung etwa im Verhältnis 1 zu 2, und im Jahre 1974 ist das Verhältnis genau umgekehrt; da hat es sich nämlich auf 2 zu 1 verändert.

Ich frage mich, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen tatsächlich für die Ausrüstung des Bundesheeres noch zur Verfügung steht. Das Bundesheer lebt jetzt seit Jahren von der Substanz; an eine echte Ergänzung und Erneuerung der Waffenausstattung aus dem laufenden Budget ist ja im Grunde genommen nicht zu denken.

Was den Nachholbedarf betrifft, Herr Abgeordneter Mondl, von dem Sie sprachen, den nicht die Sozialisten verursacht haben: Ich habe Ihnen einfach das budgetäre Bild dargelegt, wie es gegenwärtig ist, und ich kann Ihnen sagen, daß die heutige Regierung und auch der heutige Verteidigungsminister ganz maßgeblich noch von jener Geräte- und Waffenausstattung lebt, die seinerzeit, zum Teil noch in der Zeit, in der ich das Verteidigungsressort zu verantworten hatte, und auch später unter der Ministerschaft Doktor Praders, für das Bundesheer angeschafft worden ist. Das ist die Tatsache, und das möchte ich heute einmal ausgesprochen haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Ich möchte hier überhaupt eines einmal, an Sie gerichtet, zum Ausdruck bringen. Sie sitzen heute auf der Regierungsbank, haben auf wesentliche Fragen — wie mir scheint — nicht Bezug genommen und scheinen sich insbesondere auch der Rolle nicht völlig sicher zu sein, die Sie in dieser Regierung spielen.

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner

Sie wissen doch selbst ganz genau, daß auf der sozialistischen Seite die längste Zeit gegen einen General als Verteidigungsminister die größten Vorbehalte bestanden haben. Ich erinnere mich noch an manche Diskussion, die hier in diesem Hause abgeführt wurde. Wenn Sie heute — wie vor Ihnen Freihsler — als General und als Minister auf der Regierungsbank sitzen, dann sind Sie sich hoffentlich darüber im klaren, daß es weder die Sympathie für das Bundesheer noch für die Generäle ist, sondern, daß Sie heute auf der Regierungsbank sitzen, weil man seinerzeit, ohne ein Konzept zu haben, eine Situation schuf, als ob man ein Konzept besäße, und nach den gewonnenen Wahlen vor der unlösbaren Situation stand, ein Wahlversprechen einzulösen.

Herr Abgeordneter Mondl! Sie haben heute — und es war vor allem auch der Abgeordnete Troll — gemeint, man müsse doch das Bundesheer aus dem Tagesgeschehen und aus der Tagespolitik heraushalten. Herr Abgeordneter Troll! An wessen Adresse richten Sie denn eigentlich diese Aufforderung? (*Abg. Troll: An Ihre!*) Herr Abgeordneter Troll! Wer hat das Bundesheer in die Tagespolitik gezogen? Dann erinnere sich Sie an den Wahlkampf des Jahres 1970, das haben Sie damals in unverantwortlicher und schamloser Weise gemacht! Das ist die Realität. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Abgeordneter Troll! Ich sage Ihnen noch eines dazu: Damals war Ihr Klubobmann Gratz, der heutige Bürgermeister von Wien. Ich weiß nicht, welches Gefühl Gratz und Blecha und vielleicht auch noch andere Herren, die den Wahlkampf mitdisponiert haben, heute besitzen angesichts der Konsequenzen, die Sie letzten Endes aus einem so leichtfertigen Wahlversprechen ohne wirkliches Konzept auf sich genommen haben.

Herr Abgeordneter Mondl! Ihren guten Namen hat man im Grunde genommen mit einem Wehrkonzept mißbraucht, das nicht vorhanden war, und hat Sie auch nach den Wahlen bedenkenlos desavouiert, indem man es als antiquiert bezeichnet und erst gar nicht der Öffentlichkeit präsentiert hat. Das ist doch die Realität. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn heute der Herr General als Minister auf der Regierungsbank sitzt, dann, meine Damen und Herren, hat es im Grunde genommen zwei Ursachen. Die erste Ursache ist die, um den Eindruck eines Fachministers zu erwecken, als der Sie sich hier selbst, Herr Minister, auch deklariert haben, vielleicht sogar — ich will es nicht einmal rundweg ausschließen — in dem Bemühen, das Bundesheer, das Sie in diese tagespolitische

Auseinandersetzung gezogen haben, vielleicht sogar mit Hilfe eines sogenannten Fachministers wieder herauszuholen. Aber der tiefere Grund für diese Ihre Entscheidung war doch wohl, daß man für den Fall der Pleite, Herr Minister Lütgendorf, einen General hat, dem man den Schwarzen Peter in die Hand drücken kann. Das ist doch die Realität, der tiefere Grund dafür, warum Sie heute hier auf der Regierungsbank sitzen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich doch jetzt in einigen Ausführungen mit der ganzen Frage der Wehrgesetznovelle 1971 beschäftigen. Der Herr Abgeordnete Zeillinger hat heute eine bemerkenswerte Rede gehalten, bei der es ihm vor allem darauf angekommen ist zu sagen, Mißstände hat es früher gegeben, Mißstände gibt es heute, reden wir nicht über die Gegenwart, sondern blicken wir in die Zukunft.

Ich verstehe, daß Sie lieber mit dem Blick in die Zukunft die Diskussion führen, und ich gebe zu, daß wir uns auch in der Auseinandersetzung mit der Gegenwart etwas leichter tun. Denn wir haben die Wehrgesetznovelle 1971 nicht mitbeschlossen, und die heutige Entwicklung ist nicht zuletzt auf diese Wehrgesetznovelle zurückzuführen.

Darauf basiert die Heeresgliederung 1972, von der Sie sich dann bereits mit Grausen abgewendet und ihr die Zustimmung versagt haben. Das ist doch die Realität. Diese Heeresgliederung 1973, Herr Bundesminister, scheint Ihr ureigenstes Werk zu sein, im wesentlichen ein Alleingang, wie mir scheint, den Sie aber auch persönlich zu verantworten haben.

Wohin führt denn diese Heeresgliederung 1972? Aus den bisherigen drei Gruppen und den 7 Brigaden dieser zweistufigen Gliederung, die von den Sozialisten früher gerne als ein Abklatsch der Organisation einer Großarmee bezeichnet worden ist, sind wir heute tatsächlich beim Abklatsch einer Großarmee mit der Heeresgliederung 1972 gelandet. Denn jetzt haben wir eine Armee mit einem Armeekommando als nachgeordnete Dienststelle eingerichtet. Damit wurde neben dem Ministerium ein zweiter Wasserkopf errichtet.

Ich will jetzt nicht untersuchen, ob Sie 1000 neue Schreibtische angeschafft haben, Herr Verteidigungsminister, mich würde lediglich interessieren: Was hat Sie diese neue Gliederung an Personal aus der Truppe gekostet? Denn daß Sie für das Armeekommando die dazugehörigen Personalstände aus dem Ministerium nicht gewinnen konnten, das wissen wir, das wissen Sie selber. Daß Sie die Stäbe nur bilden konnten, indem Sie die Truppe weiterhin durch Personal geschwächt haben,

12612

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner

ist eine Realität. Ich will jetzt nicht wissen, ob es genau 1000 gewesen sind, ein bißl mehr oder ein bißl weniger, sondern es würde mich interessieren, was ist tatsächlich hier geschehen und inwieweit haben Sie die Truppe weiter an Personal geschwächt.

Jetzt haben wir eine gigantische Gliederung von der Armee mit dem Armeekommandanten über (*Ruf des Abg. Troll*) Armeekorps bis zu Divisionen und bis zu den Regimentern.

Meine Damen und Herren! Die Tatsache ist doch so, Herr Abgeordneter, daß heute andere Armeen von der Divisionsgliederung abgehen und sich zur Brigadegliederung entschließen. Der Herr Verteidigungsminister Lütgendorf ist dabei, diese Brigadegliederung aufzulösen.

Wie war es denn damals im Verteidigungsausschuß, meine Damen und Herren? Die Opposition hatte begründete Bedenken gehabt und hat damals ein Gutachten verlangt. Der Generaltruppeninspektor wurde aufgefordert, ein Gutachten zur Heeresgliederung 1972 vorzulegen, und er hat es nicht im Alleingang gemacht, sondern abgestützt auf alle damaligen Befehlshaber, wie sie im Dienst und im Amt gewesen sind. Der Generaltruppeninspektor hat sich damals nicht geschaut zu erklären, daß er diese Heeresgliederung 1972 ablehnt, weil die Wehrgesetznovelle völlig ungenügend für die Bildung einer Bereitschaftstruppe und auch völlig ungenügend für die Bildung eines Kadets für das Reserveheer ist. Das ist die Tatsache.

Herr Minister! Ich muß sagen, in jedem anderen Staat würde in einer solchen Situation der Minister den Hut nehmen und gehen. Sie haben das nicht getan. Sie haben es so gemacht wie einer, der zum Arzt geht und dem die Diagnose nicht gefällt und der daher einen zweiten Arzt aufsucht in der Hoffnung, eine andere Diagnose zu bekommen. Sie haben den zweiten Arzt auch in der Person eines weiteren Generals gefunden.

Aber heute muß man objektiverweise sagen, daß sich General Spannocchi vorsorglich mit der Heeresgliederung 1972 in seinem Gutachten gar nicht auseinandergesetzt hat, sondern daß er offenbar den Minister nicht vollends desavouieren wollte. Er hat sich darauf beschränkt, sich lediglich mit der Bereitschaftstruppe zu befassen, ist dort allerdings zu dem Ergebnis gekommen, daß er sie trotz der bestehenden Gesetzeslage, die alle anderen als ungenügend betrachtet haben, für möglich und für realisierbar hält.

Wie schaut es nun mit der Bereitschaftstruppe aus? Herr Abgeordneter Zeillinger! Für uns sind Bereitschaftstruppe und Landwehr zwei Elemente, die man getrennt voneinander

gar nicht sehen kann. Ich befinde mich daher mit Ihnen hier in überhaupt gar keinem Widerspruch.

Herr Verteidigungsminister! Wenn heute, wie Sie sagen, die Bereitschaftstruppe zu Sicherungsaufgaben fähig ist — was heißt das? Das heißt mit anderen Worten, daß sie für den Verteidigungsfall überhaupt nicht genügt. Das ist doch mit anderen Worten ausgedrückt das, was Sie an Antwort hier gegeben haben. Die Wehrgesetznovelle 1971 hat vorgesehen, daß unverzüglich eine Bereitschaftstruppe aufzustellen ist und daß im Falle, daß nicht genügend freiwillig Längerdienende gewonnen werden können, die Regierung verhalten wird, Maßnahmen zu ergreifen, die zur Realisierung erforderlich sind.

Wir haben kein gestörtes Verhältnis zum Herrn Armeekommandanten — ich möchte das ganz ausdrücklich betonen —, aber es hat sich der Armeekommandant selber einen Operationskalender zurechtgelegt, mit dem er der Auffassung war, daß die Bereitschaftstruppe aufgestellt werden kann. Er selber hat sich das Ziel gesetzt, bis Ende 1973 3000 Längerdienende für die Bereitschaftstruppe zu werben, und bis Mitte 1974 hat er sogar das optimistische Ziel von 8000 freiwillig verlängerten Grundwehrdienern angekündigt.

Wir haben weder 1973 noch im Jahre 1974, Herr Minister, die 3000 Längerdienenden — das ist doch eine Tatsache —, sondern wir liegen heute genauso wie eh und je bei den rund 1500, die wir doch auch zur Zeit vor der Wehrgesetznovelle 1971 gehabt haben. Nur mit einem großen Unterschied: Damals waren die Längerdienenden 15 Monate-Diener, und heute haben Sie unter denen, die freiwillig länger dienen, zwei Drittel, die nur neun Monate dienen, also zu sechs Monaten Grundwehrdienst weitere drei Monate anstückeln. Das ist alles.

Nun frage ich Sie, wie Sie auf dieser Grundlage Ihre Bereitschaftstruppe aufzubauen überhaupt in der Lage sein wollen. Es hat der Armeekommandant erklärt, daß heute in der Bereitschaftstruppe 30 Prozent Kader, 10 Prozent freiwillige Grundwehrdiener und 30 Prozent Durchdiener vorhanden sind, die heute sozusagen den Leerlaufbetrieb aufrechterhalten, aber viel nobler als Systemerhalter bezeichnet werden. Insoweit hat sich die Begriffsbestimmung gegenüber Ihrer früheren Kritik am Leerlauf geändert.

Um aber einen vollen Stand der Bereitschaftstruppe zu haben, müssen Sie überhaupt mobilisieren. Die Bereitschaftstruppe ist ohne Mobilmachung praktisch nicht wirklich ein-

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner

satzfähig. Deshalb sprechen Sie auch vorsorglich davon, daß sie Sicherungsaufgaben übernehmen könne.

Ich frage mich, wie lange man tatsächlich der Öffentlichkeit vorzugaukeln versucht, daß die Entwicklung der Bereitschaftstruppe zufriedenstellend verlaufe und alles planmäßig vor sich gehe. Ich habe die feste Überzeugung, daß die heutige Bundesregierung mit Ihrer Hilfe, Herr Minister, im Grunde genommen nichts anderes will, als über die Runden der nächsten Nationalratswahl zu kommen, ohne die Frage zu beantworten, was sie aus dem Artikel VIII des Wehrgesetzes 1971 für Konsequenzen zieht. Das tut die Regierung nicht, das tut der Herr Verteidigungsminister nicht. Ich hätte gerne gehört, wie er auf Grund dieser Situation die Lage wirklich beurteilt.

Nun gestatten Sie mir auch ein Wort zu den Manövern, die stattgefunden haben. Meine Damen und Herren! Ich möchte ausdrücklich sagen: diese Manöver haben vielfach ein außerordentlich positives Echo gefunden. Warum? Ich werde mich dazu auch noch äußern. (*Zwischenruf des Abg. Troll.*) Warum? Ich sage es Ihnen: weil einfach wieder einmal das Bundesheer präsent war und weil auch nach diesen schweren Jahren seit 1970 die Offiziere, Unteroffiziere und das Kaderpersonal wieder einmal das Gefühl gehabt haben, da zu sein und von der Bevölkerung entsprechend gewürdigt zu werden.

Meine Damen und Herren, daraus den Schluß zu ziehen, die Manöver seien ein Erfolg, ist einfach ein Trugschluß. Ich polemisiere in dieser Frage nicht, dazu ist mir das ganze viel, viel zu ernst, und dazu haben wir viel zu viel Verantwortungsbewußtsein. (*Zwischenruf des Abg. Pay. — Abg. Doktor Prader: Er kann nicht zuhören!*)

Aber, meine Herren, Sie können doch nicht hinwegleugnen, daß diese Manöver erstens ohne 8000 Reservisten, die Sie dazu beordert haben, gar nicht hätten durchgeführt werden können! Sie können nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch aus Truppen, die nicht an den Manövern beteiligt waren, Unteroffiziere und Mannschaften mit herangeholt wurden, daß es Zugkommandanten gegeben hat, die als Kraftfahrer eingesetzt gewesen sind! Sie können nicht darüber hinwegtäuschen, daß an den Manövern, vielleicht sogar gegen den ausdrücklichen Befehl, auch Leute teilgenommen haben, die erst am 1. Oktober eingeeingrückt sind, weil die entsprechenden Truppeneinheiten mit annähernd angemessenen Ständen bei diesen Manövern in Erscheinung treten wollten!

Sie können nicht darüber hinwegtäuschen, daß zwar die Panzer mit einem tüchtigen Panzerfahrer, mit einem tüchtigen Kadernmann besetzt waren, mit einem schneidigen Reserveoffizier, der in der Luke stand, aber fragen Sie nicht nach den Richtschützen und fragen Sie nicht nach der Situation, wenn echt geschossen hätte werden müssen! (*Abg. Troll: Das ist auch wieder eine Behauptung!*) Ich behaupte das nicht, ich kann es Ihnen beweisen. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ich kann es Ihnen beweisen, meine sehr geehrten Herren!

Sie wissen ganz genau, daß es noch nie Manöver gegeben hat, die nach einem Drehbuch auf Zugs- und Kompanieebene abgelaufen sind, wo die Stäbe überhaupt nichts zu tun gehabt haben, sondern daß hier nach einem völlig fertigen Drehbuch diese Manöver abgelaufen sind, die ihrem Wesen nach keine Manöver gewesen sind. (*Abg. Mondl: Das ist in der Schweiz gang und gäbe!*) Wenn ich das sage, so verbinde ich das ausdrücklich mit dem Dank für den Einsatz, den die Soldaten und alle, die an diesen Manövern mitbeteiligt gewesen sind, geleistet haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber wenn ich das so offen ausspreche, doch dann im Grunde genommen nur, damit wir uns nicht selbst eine Situation vor Augen führen, so, als ob wir heute eine Situation im Bundesheer hätten, bei der das Bundesheer in der Lage wäre, seinen Einsatzverpflichtungen nachzukommen. So gesehen war es ein politischer Mißbrauch, wenn Sie die Einsatzfreude der Truppe gewissermaßen identifizieren wollten mit der Einsatzbereitschaft des Bundesheeres. Hier liegt noch ein meilenweiter Unterschied.

Das, Herr Bundesminister, einmal auszusprechen, war mir ein Bedürfnis. Und ich möchte jetzt zum Schluß nur noch auf folgendes zu sprechen kommen:

Meine Damen und Herren! Ich sage Ihnen ganz offen, man hat uns in der Öffentlichkeit nicht den Vorwurf gemacht, daß wir das Bundesheer zu intensiv kritisieren, ja vielleicht sogar, daß wir uns mit der Praxis der derzeitigen Verteidigungspolitik zu wenig energisch auseinandersetzen. Wir haben uns bisher in der ganzen Frage der Verteidigungspolitik im großen gesehen einer bewußten Zurückhaltung befleißigt, weil wir der Überzeugung sind — auch das möchte ich heute aussprechen —, daß der Weg zu einer gemeinsamen Verteidigungspolitik auch heute noch offen gehalten werden soll. Ich gebe aber offen zu, Herr Minister, daß wir uns unter

Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner

Ihrer Ministerschaft eine solche gemeinsame Verteidigungspolitik bedauerlicherweise nicht mehr erwarten.

Ich teile die Auffassung derer, die gesagt haben, das Bundesheer ist in einer Situation, in der es im Grunde genommen Ruhe braucht, um jene Substanz zu sichern, die wir erfreulicherweise heute vor allem auch personell im Bundesheer noch haben. Daran müssen zweifellos diejenigen denken, die sich Gedanken über die Zukunft des österreichischen Bundesheeres machen; aber daran sollten auch diejenigen denken, die heute für das Bundesheer die politische Verantwortung tragen. Deshalb, Herr Verteidigungsminister, kann ich Ihnen nur raten: Überprüfen Sie die Exekution Ihrer Heeresgliederung 1972, überprüfen Sie diese, ehe Sie Situationen schaffen, die es für die Zukunft noch schwerer machen, das Bundesheer in eine vernünftige Gesamtentwicklung hineinzuführen.

Das Positive — und das möchte ich noch einmal sagen — an diesen sogenannten Manövern war, daß die Bevölkerung außerordentlich positiv bei dem Gedanken reagierte, hier existiert ein Bundesheer, das uns eine gewisse Sicherheit vermittelt. Unsere Aufgabe sollte es sein, diese Einsatzfreude der Truppe und auch die Gesinnung der Bevölkerung für eine vernünftige Wehrpolitik in der Zukunft zu sichern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Hanreich.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich** (FPÖ): Hohes Haus! Herr Präsident! Die Ausführungen des Herrn Bundesministers als Antwort auf die Vorredner haben zutage gebracht, daß die Allgemeine Dienstvorschrift in einer neuen Ausgabe bereits auf seinem Schreibtisch liegt. Das ist eine Tatsache, die wir Freiheitlichen an sich begrüßen. Wir glauben, es ist eine Erneuerung und Verbesserung der ADV notwendig. Wenn ich allerdings höre, daß dieselbe ADV erst nach einer Vorbesprechung mit dem Bundesjugendring zur Begutachtung ausgesendet werden soll, dann sträuben sich mir die Haare.

Herr Bundesminister! Der Bundesjugendring ist eine der vagen und undemokratischen Einrichtungen, eine Pseudovertretung österreichischer Jugendlicher, die wir im Augenblick haben, eine Institution, der ich mit Mühe das Recht, bei einer Begutachtung informiert zu werden, zurechnen würde, sicher aber nicht das Recht, vor der Aussendung eines Gesetzesentwurfes in einem Begutachtungsverfahren sozusagen als Vormund des Bundesministeriums für Landesverteidigung gehört zu werden.

Dieser Bundesjugendring hat bisher den Ring Freiheitlicher Jugend von jeder Mitwirkung ausgeschlossen und damit mehrfach unter Beweis gestellt, daß er nicht bereit ist, als Gremium demokratischen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen.

Etwas anderes, Herr Minister, hat mich an Ihren Ausführungen gestört. Das trifft nicht Sie als Person, sondern die Redezeitvereinbarung der beiden Großparteien.

Sie, Herr Minister, haben die Aufgabe, als Regierungssprecher dem Hohen Haus Rede und Antwort zu stehen. Wenn eine Regelung getroffen wird, die Sie dann als Ausrede benutzen, um Ihre Ausführungen abubrechen, womöglich mit dem Hinweis, sich nachher noch einmal zu Wort zu melden, so finde ich das für die Gesamtheit des Hohen Hauses als unerfreulich. Es gibt Sie der Lächerlichkeit preis, wenn Sie mit diesem Argument kommen. Ich würde es daher sehr begrüßen, wenn man sich bei einer nächsten Vereinbarung hinsichtlich der Gestaltung der Budgetdebatte solcher Formen enthielte.

Mein direkter Vorredner, der Herr Minister außer Dienst Schleinzner, hat, wie verständlich, zur Landesverteidigung auch Stellung bezogen. Er hat es sich sehr leicht gemacht. Er hat zuerst nicht nur pauschal, sondern auch im Detail heftig auf die derzeitige Situation des Bundesheeres geschimpft, um nachher festzustellen, daß ja ohnehin der vorhandene Ansatz nur gefördert und unterstützt werden solle.

So einfach, bitte, geht das nicht. Man kann nicht auf der einen Seite sagen: Eigentlich ist alles falsch!, gewissermaßen ausgehend von der Tatsache, die Wehrgesetznovelle 1971 war der Anfang allen Übels, obwohl bei genauerem Hinsehen die Volkspartei bis zum letzten Moment und mit weitgehender Zustimmung diese Wehrgesetznovelle mitberaten hat und im Anschluß daran Stimmen aus der Jugend der Volkspartei sogar eine kürzere Wehrdienstzeit für zweckmäßig erachtet haben, und dann sagen: Na ja, das, was da herauskommt, wird von tüchtigen Leuten betrieben, die belobt werden sollen!

Was die Bemerkungen zum Manöver anlangt, daß nämlich die Besetzung der Panzer mit qualifizierten Richtschützen nicht gegeben sei, dazu muß ich aus meiner eigenen Erfahrung anläßlich eines Besuches bei einem Scharfschießen der Panzer in Allentsteig im vorigen Herbst ganz deutlich sagen, daß mir die Ergebnisse, die dort erzielt worden sind, imponiert haben. Das waren hervorragende Leistungen, die zeigen, daß unsere jungen Leute, die als Richtschützen ausgebildet sind,

Dipl.-Ing. Hanreich

auch tatsächlich in der Lage sind, mit ihrem Gerät erfolgreich umzugehen. (Beifall bei der FPÖ.)

Es ist durchaus richtig, daß das Bundesheer Ruhe braucht. Das ist auch der Grund, weshalb wir Freiheitlichen sehr genau, aber ohne großes Geschrei beobachten, welche Leistungen im Bundesheer selbst vollbracht werden, und uns einen möglichst genauen Überblick darüber zu verschaffen versuchen, was die einzelnen Truppenteile leisten. Wenn dabei die Forderung, das Heer aus dem tagespolitischen Streit herauszuziehen, erhoben wird, dann heißt das nicht, daß die Sozialisten machen können, was sie wollen. Das bedeutet nur, daß wir im Interesse des Heeres und der Verteidigungsbereitschaft glauben, eine direkte Konfrontation in den zuständigen Ausschüssen sei der bessere Weg der Kritik als das Polemisieren vor der Öffentlichkeit.

Die Freiheitliche Partei hat noch immer unter Beweis gestellt, daß sie bereit und willens ist, alle Maßnahmen und Vorgänge kritisch zu überprüfen und im Sinne einer Verbesserung zu diskutieren.

In diesem Sinne glaube ich auch nicht, daß der Kollege Troll sich aus der Affäre ziehen kann, wenn er sagt, Bundeskanzler Kreisky hätte die meisten Sitzungen des Landesverteidigungsrates einberufen und damit wäre sozusagen schon automatisch eine Gewähr für ein erfolgreiches Arbeiten gegeben.

Mich persönlich hat die Tatsache, daß die Verankerung der Umfassenden Landesverteidigung in der Verfassung einen so langen und mühevollen Weg nimmt, stets unangenehm berührt. Wir begrüßen die Verankerung der Umfassenden Landesverteidigung in der Verfassung. Ich glaube, es wäre ohne weiteres möglich, rascher vorzugehen. Gerade die Umfassende Landesverteidigung ist für die Gesamtentwicklung unseres Verhaltens in einer Krisensituation von ausschlaggebender Bedeutung. Dem Koordinierungsbüro im Kanzleramt muß man sicherlich noch etwas Luft lassen, damit es unter Beweis stellen kann, wie erfolgreich es unter der Leitung von Dr. Bayer seine Aufgaben wahrnimmt. Die Institution besteht noch zu kurz. Aber eines ist sicher: Das Schaffen dieses Büros allein ist noch kein Anlaß, in Optimismus zu machen und zu glauben, daß damit schon alle Vorkehrungen für eine Umfassende Landesverteidigung getroffen sind.

Allzu schlecht steht es nach wie vor um den Bereich der wirtschaftlichen Landesverteidigung und die Vorratshaltung. Das hat uns Freiheitliche ja veranlaßt, mit einem langfristigen Wirtschaftssicherungskonzept diese

Probleme noch einmal zu durchleuchten und zu überdenken und ihre Wertigkeit für die Existenz unseres Staates darzustellen.

Es sollte nicht sein, daß man uns in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ vom 25. Februar vorwirft, nicht und als Politiker nur zu selten auf die Notwendigkeiten der Vorsorge für den Ernstfall aufmerksam zu machen. Ich glaube nicht, daß das zutrifft, was hier in diesem Artikel vermerkt wird, nämlich: daß es im Grunde nur ein paar Unermüdlische sind, die gegen die Parole antreten, es kann uns nichts geschehen. Erich Pfeifer schreibt hier:

„Im Grunde sind das freilich in einem überwiegenden Ausmaß Alibihandlungen, die keinen großen Widerhall in breiten Kreisen der Bevölkerung finden. Wie heißt es doch im jüngst herausgegebenen Handbuch für die „Geistige Landesverteidigung“? „Eine wirklich umfassende Aufklärung der Bevölkerung über Möglichkeiten und Grenzen sämtlicher Aspekte der umfassenden Landesverteidigung, militärischer, wirtschaftlicher, ziviler oder geistiger Art, gab es noch immer nicht. Mit welchen Mitteln in welcher Gegend, in welchem Bereich etwas verteidigt werden soll und kann, hat bisher keine Regierung der Öffentlichkeit überzeugend klargemacht.“ Dem wäre kaum etwas hinzuzufügen.

Aber Politiker sind heute mehr denn je eingespannt in einen Apparat, an dem Funktionäre die Schalthebel nach dem Grundsatz betätigen, nur ja nicht dem Konsum- und Wohlstandsbürger mehr an unpopulären Maßnahmen abzuverlangen, als dies unbedingt nötig ist. Denn dieser Bürger ist auch Wähler.“

So einfach, daß man gerade uns Freiheitlichen einen solchen Vorwurf machen könnte, dürfte man es sich auch nicht machen. Wir haben immer wieder auf dem Gebiet der Umfassenden Landesverteidigung und im besonderen der wirtschaftlichen Landesverteidigung mit allem Nachdruck betont, daß es der Anstrengungen der gesamten Bevölkerung bedarf, um das Bewußtsein für die Gefahren einer möglichen kriegerischen Zukunft zu wecken, daß es aber auch der Mitarbeit aller in der Bevölkerung bedarf, um Vorkehrungen zu treffen, die uns vor den allzuschweren Auswirkungen kriegerischer Handlungen sichern. Vorkehrungen müssen über den Fall kriegerischer Handlungen hinausreichen, wie schon das Beispiel der Energiekrise des vorigen Herbstes ganz deutlich bewiesen hat. Es war also richtig, daß wir Freiheitlichen uns immer wieder als Mahner in diesem Sinne betätigt haben und immer wieder darauf hingewiesen haben, daß Österreich, wenn es auf der Überholspur unterwegs ist, einem Auto

12616

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Dipl.-Ing. Hanreich

gleicht, dessen Versicherung nicht bezahlt wurde, solange man nicht bereit ist, auch für die Vorsorge, für die Sicherung vor dem Krisenfall entsprechende Mittel aufzuwenden.

In einer Serie von Informationen, die das Armeekommando mit, wie ich glaube, gutem Verständnis für die Notwendigkeit von PR-Aktionen herausgegeben hat, wird auf das neue Einberufungssystem und auf die geänderten Eignungsuntersuchungen im Bundesheer hingewiesen. Ich habe dabei mit großem Interesse festgestellt, daß man nun doch in der Lage ist beziehungsweise nach Durchführung dieser Veränderungen im Einberufungssystem in der Lage sein wird, einen gleichmäßigen Ausbildungsstand im Heer zu erreichen und damit einen höheren Grad an Einsatzbereitschaft sicherzustellen.

Darüber hinaus muß ich sagen, daß mir die geänderten Maßnahmen zur Eignungsuntersuchung als ein wirklich wesentlicher Fortschritt erscheinen. Das nicht nur deswegen, weil einzelne Fehlentwicklungen, die im Bundesheer selbst passiert sind, klargelegt haben, daß solche Änderungen bei der Musterung, also bessere gesundheitliche Untersuchungen, erforderlich sind, sondern vor allem auch deshalb, weil ich glaube, daß es für die Gesundheit der gesamten männlichen Bevölkerung nur gut sein kann, wenn einmal nach Abschluß der Ausbildung — und das ist ja der Zeitpunkt, zu dem die jungen Männer zum Bundesheer einrücken — eine exakte Untersuchung über den Gesundheitszustand durchgeführt wird und damit auch die Möglichkeiten für unser gesamtes Gesundheitswesen gegeben sind, prophylaktisch dort einzugreifen, wo es sich bei diesen Untersuchungen als notwendig erweist.

Eines aber, glaube ich, könnte sich als sehr wertvoll erweisen: daß man auch den unterschiedlichen Grad der Leistungsfähigkeit des einzelnen Jungmannes erfaßt und dadurch die Möglichkeit hat — und die wird man ausnützen müssen —, die Jungmänner nach ihrer Fitneß zu gruppieren. Im Rahmen dieser Leistungsfähigkeit müssen die Jungmänner herausgefordert werden können.

Das Bundesheer ist nicht dazu da, sich bei seiner Ausbildung auf den Leistungsschwächsten auszurichten und die persönliche Schwäche des jeweils körperlich Schwächsten als Maßstab zu benutzen, sondern es ist notwendig, daß die jungen Leute, die die Kräfte und Fähigkeiten dazu haben, auch im Sportlichen so herausgefordert werden, daß sie nachher sagen können: Wir haben auch gesundheitlich beim Bundesheer etwas profitiert.

Ich darf Sie in diesem Zusammenhang auf die Untersuchung des IFES: Die Österreicher und ihr Bundesheer, hinweisen, wo betont wird, daß die Präsenzdienner gemäß dieser Erhebung die Sportausbildung im Bundesheer besonders hochschätzen. Ich erachte es daher als eine ganz wesentliche Aufgabe des Bundesheeres, diese sportliche Fitneß überall dort voranzutreiben, wo sich Möglichkeiten dazu bieten.

Dieses differenzierte System bei den Musterungen, das unterschiedliche Leistungsgruppen zu erstellen ermöglicht, ist eine ideale Voraussetzung, um die Chancen der Sportausbildung im Bundesheer voll auszuschöpfen. Ich denke dabei nicht in erster Linie an die Spitzensportler, die ohnehin heute schon ausreichend Förderung im Bundesheer erfahren, sondern ich glaube, daß das Bundesheer sozusagen die letzte Möglichkeit vor dem endgültigen Eintritt ins Berufsleben für den jungen Mann ist, noch einmal mit allen Möglichkeiten des Breitensportes konfrontiert zu werden.

Unter diesen Gesichtspunkten glaube ich daher, daß die beiden angekündigten Maßnahmen eine echte Verbesserung für die Gesundheitssituation der österreichischen Bevölkerung sein können, ganz abgesehen von den Vorzügen, die sie für das Bundesheer selbst haben.

Bei Besuchen in Kasernen, die ich als niederösterreichischer Abgeordneter zwangsläufig sehr häufig in grenznahen Gebieten vorzunehmen habe, ist mir aufgefallen, daß nicht alle Kasernen in den grenznahen Bereichen so stark belegt sind, wie das möglich wäre. Vor allem aber ist mir aufgefallen, daß das Kaderpersonal immer wieder darauf hinweist, daß in diesen grenznahen Landstrichen noch mehr Kaderpersonal zu akquirieren wäre, es aber nicht ausreichend Dienstposten gibt.

Ich möchte auf diesen Umstand deswegen hinweisen, weil ich glaube, daß unser Bemühen um gutes Kaderpersonal vor allem dort Widerhall findet, wo die Bevölkerung die Notwendigkeit der Wehrkraft sozusagen handgreiflich vor sich hat. Das ist gerade in den Grenzgebieten der Fall.

Man könnte dagegen natürlich einwenden, daß Kasernen und Belegschaft im grenznahen Bereiche im Falle kriegsgerichtlicher Einwirkungen wegen der Randlage zu sehr gefährdet wären und dem Konzept der in die Tiefe gestaffelten Verteidigung nicht entsprächen. Das scheint mir aber als Argument nicht stichhaltig zu sein.

Ich glaube, man sollte der Kaderwerbung in den Grenzgebieten, wo auch noch ein echter Bedarf an Arbeitsplätzen vorhanden ist, ein

Dipl.-Ing. Hanreich

größeres Augenmerk zuwenden. Ich könnte mir vorstellen, daß das für die Gesamtentwicklung des Heeres eine echte Verbesserung bedeuten würde. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Josef Schlager.

Abgeordneter Josef **Schlager** (SPÖ): Hohes Haus! Herr Präsident! Ich möchte zuerst doch zum Herrn Abgeordneten Hanreich etwas sagen. Ich glaube, der Ausdruck „Ausrede“ ist für einen Minister ein hartes Wort, wenn er erklärt, daß er bereit sei, die offenen Fragen noch in einer zweiten Wortmeldung zu beantworten.

Was ich für noch viel bedauerlicher halte, ist die Tatsache, daß der Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei hier mit Zuckerbrot und Peitsche arbeitet und, sobald er seinen Beitrag geleistet hat, keine Zeit mehr hat, diese Debatte anzuhören. *(Beifall bei der SPÖ.)* — *Abg. Suppan: Ihr hört sie euch nicht einmal selber an! — Abg. Skritek: Er hat ja geredet!*

Der Herr Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei hat den Herrn Bundesminister bekrittelt. Er hat unter anderem gesagt, wir reden von der Entpolitisierung des Bundesheeres. Da unterscheidet uns etwas, meine Herren von der ÖVP. Wir von der Sozialistischen Partei haben dieses Ministerium mit einem Fachminister besetzt, damit es zur Entpolitisierung kommt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Soldatische Tugenden kennt der Herr Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei sicherlich nicht. Der Herr Bundesminister nimmt eben die Redezeit ernst und hält sich daran. Aber der Herr Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei hält sich nicht daran. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* — *Abg. Dr. Gruber: Er hat sich daran gehalten! — Abg. Dr. Bauer: Sonst hätte der Probst geläutet!*

Meine Damen und Herren! Die Sprecher der Österreichischen Volkspartei und auch der Herr Bundesparteiobmann versuchen heute, um im Militärjargon zu sprechen, mit schweren Geschützen auf das Kapitel militärische Angelegenheiten, auf die Regierungspartei zu schießen. *(Abg. Dr. Fischer: Ich glaube eher, das war ein Stoppelrevolver!)* Als Munition verwenden sie Argumente wie Demontage des Bundesheeres, keine Einsatzbereitschaft, keine Ausrüstung und dergleichen mehr.

Wenn Sie, meine Herren von der ÖVP, erfahrene Soldaten wären, wüßten Sie längst, daß all diese Geschosse echte Rohrkrepierer waren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn ich die heutige Debatte hier im Hohen Hause heranziehe, auch den Debattenbeitrag des Bundesparteiobmannes der Österreichischen Volkspartei, dann sage ich: Die ÖVP ist avanciert von einer Neinsagerpartei zu einer Krankjammererpartei. Beispiele dieser Art gibt es viele. Das gilt für die dringliche Anfrage, das gilt für Fragen in der Wirtschaft, und selbst die Außenpolitik ist nicht vom Krankjammern verschont geblieben.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Sie sind einfach böse darüber, daß wir Sozialisten ein Wahlversprechen unseren jungen Menschen in Österreich gegenüber gehalten haben. *(Beifall bei der SPÖ.)* Und Sie vergessen ganz, warum es überhaupt zur Diskussion über die Verkürzung der Präsenzdienstzeit kam. Wehrexperthen von parteiunabhängigen Zeitungen hatten schon vor dem Jahr 1970, noch in der Ära Prader, vom Leerlauf im Bundesheer geschrieben, von einer Systemlosigkeit, von einer Nichtausnutzung der Dienstzeit und dergleichen mehr, und dadurch kam doch überhaupt die Diskussion im Lande Österreich auf, daß man hier in Sachen Bundesheer nicht auf dem richtigen Wege sei.

Ich bleibe, meine Damen und Herren, bei der Aussage, die ich einmal hier an diesem Pult sehr hart gegenüber Bundesminister Doktor Prader getroffen habe. Sie haben in Ihrer Regierungszeit Ihr Augenmerk bei der Verwirklichung der Aufgaben des Bundesheeres nicht auf die Frage Bundesheer, sondern auf die Verpolitisierung des Bundesheeres gelegt. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich könnte Ihnen von den jüngsten Wahlen in der Steiermark wieder sehr deutliche Beispiele bringen, wo es abermals zu derlei Dingen gekommen ist, die im Bundesheer nichts zu suchen hätten. Ich bekenne mich zur Heraushaltung des Bundesheeres aus der Parteipolitik, und ich unterstreiche es jedem Redner an diesem Pult, der sich dazu bekennt, daß das Bundesheer aus den tagespolitischen Streitfragen herausgehalten werden soll.

Und wenn Herr Bundesminister Dr. Prader von Wehrgerechtigkeit sprach: Wissen Sie, wie es unter seiner Führung ausgesehen hat, unter seiner Ministerführung? Damals hatten fast eine halbe Million Präsenzdiener ihren Präsenzdienst abgeleistet, und zur Inspektion und Instruktion sind maximal 25 Prozent einberufen worden, und immer wieder die gleichen. Und da entstand in unserem Lande eine heftige Diskussion darüber, ob es überhaupt eine Wehrgerechtigkeit gibt. Man soll doch heute an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß über das österreichische Bundesheer auch in der Bevölkerung viel diskutiert wird und daß sich hier ein Wandel abzeichnet,

12618

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Josef Schlager

daß die Mehrzahl der Bevölkerung positiv zum österreichischen Bundesheer steht. Gerade die letzten Manöver — sie wurden heute schon einige Male angezogen — haben der Bevölkerung gezeigt, daß wir ein Bundesheer haben, das einsatzbereit ist. Ich kann heute auch nur den Dank sagen an all die Wehrmänner, die daran teilgenommen haben, daß sie mit einer solchen Begeisterung bei diesen Manövern dabei waren, obwohl die Bedingungen nicht immer einfach waren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn heute schon angezogen wurde, daß ausländische Militärexperten über diese Manöver geschrieben haben, dann braucht man sich doch nur ausländische Zeitungen einmal zu Gemüte zu führen und zum Beispiel die „Frankfurter Allgemeine“ zu lesen. Hier stehen sehr deutliche Dinge drinnen, ich darf zitieren:

„Für Österreich war das Manöveraufgebot beeindruckend. 19.500 Soldaten, davon ein Drittel Reservisten, 2913 Räderfahrzeuge, 389 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, 171 Geschütze und 67 Flugmaschinen waren eingesetzt. 14 Militärsonderzüge transportierten den Großteil von Truppe und Gerät in die Manöverzone. Die Truppe war in Auftreten und Einsatz diszipliniert. Die Führung zeigte sich ständig bestrebt, das Ausbildungsziel“, und um das geht es schließlich, „— im Verband im fremden Gelände zu üben, Reservisten und ‚Präsenzdienner‘ in kurzer Zeit zur einheitlichen militärischen Handlung zu befähigen — drei Tage und drei Nächte lang konsequent zu verfolgen. Die Ausfälle an Gerät und Mannschaften waren unbedeutend.“

Und ähnlich positiv geht es in dieser Stellungnahme dieses Wehrexperthen weiter.

Wie sieht das denn überhaupt bei Ihnen aus bezüglich eines Wehrkonzeptes? Hier habe ich auch eine Zeitung in die Hand bekommen, und zwar den „Kurier am Sonntag“, und hier wird ja sehr deutlich eines geschrieben:

„Am 16. Dezember aber ist es wieder einmal soweit: Beim Budgetkapitel Landesverteidigung steht das unbewältigte Wehrproblem zur Diskussion. Die SPÖ ist in der Defensive und die ÖVP ohne Alternative.“

„Seit Monaten spricht nun auch die ÖVP von einer eigenen Verteidigungskonzeption, ohne es je zu mehr als zu Kritik am jetzigen Wehrdilemma gebracht zu haben.“

Das ist das Urteil einer unabhängigen Zeitung über Ihr Wehrkonzept in der Volkspartei.

Und vergleichen wir doch einmal echt die Schwerpunkte, die unter dieser Regierung in der Ausrüstung gesetzt wurden. Ich habe hier den Rechnungshofbericht, der beweist, welchen Ramsch Sie uns als Erbe auf dem Fahrzeug-

gebiet und Gerätegebiet übergeben haben. Hier steht nämlich auf Seite 79 des Tätigkeitsberichtes des Rechnungshofes im Verwaltungsjahr 1971:

„Unter den rund 400 Typen von Transportfahrzeugen und Arbeitsmaschinen, über die das Bundesheer derzeit verfügt, befinden sich auch 114 Kraftfahrzeugtypen mit einem Gesamtbestand von lediglich 367 Fahrzeugen. Davon entfallen 57 Fahrzeuge auf 57 Typen, 198 Fahrzeuge auf weitere 52 Typen.“ — Das heißt: Drei Fahrzeuge je Type! — „Die Ersatzteile für diese Fahrzeuge liegen zum größten Teil außerhalb des Kennziffersystems ...“ und dergleichen mehr.

Heute, meine Damen und Herren, kann auf dem KFZ-Sektor festgestellt werden, daß bereits über 4500 Altfahrzeuge verschiedenster Herkunftsart ausgeschieden und durch Steyr-Fahrzeuge ersetzt wurden beziehungsweise laufend ersetzt werden. Eine große Zahl von zwei- und dreiachsigen PKWs und eine große Zahl des bewährten Pinzgauers laufen derzeit vom Band. *(Abg. Dr. Gruber: Die haben wir noch angeschafft mit der Wehrmilliarde!)* Sie haben den Ramsch beisammen gehabt.

Ich möchte, meine Damen und Herren, auch auf die 150 Sanitätspinzgauer hingewiesen haben, die in enger Zusammenarbeit mit der Schweiz entwickelt wurden. Drei Fahrzeuge dieses Typs bewähren sich heute bei unserem UNO-Kontingent auf den Golanhöhen ganz prächtig. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und, meine Damen und Herren, nehmen Sie bitte auch die Tatsache zur Kenntnis, daß während der Manöver nur 1 Prozent an Fahrzeugen und Kettenfahrzeugen ausgefallen sind, obwohl die Prüfung unter schlechten Witterungsbedingungen und für Kettenfahrzeuge im extremen Gelände stattgefunden hat. Sie werden ja hoffentlich selbst gelesen haben, daß gerade die österreichischen Jagdpanzer große Aufmerksamkeit gefunden haben und daß sich viele ausländische Experten über dieses Erzeugnis sehr lobend ausgesprochen haben.

Und wenn man von der Einsatzbereitschaft des Bundesheeres spricht, so muß man doch auch den Sektor Munition betrachten. Wissen Sie, wie es da unter Ihrer Regierungszeit ausgesehen hat? Da hätte es zu keiner Krise kommen dürfen, denn damals hatten die Soldaten nicht einmal die notwendige Munition, um zu schießen. Ein Jahr herausgegriffen: 1969 betrug Ihr Munitionsaufwand 36 Millionen Schilling, unter der SPÖ-Regierung 1973 112 Millionen Schilling.

Josef Schlager

Jawohl, wir setzen Schwerpunkte in der Ausrüstung, wir setzen Schwerpunkte in der Munition, wir setzen Schwerpunkte, weil das die Soldaten brauchen. Nicht nur auf dem Gebiet der Munition, wo wir in einem Jahr dreimal mehr Mittel ausgeben, als die ÖVP früher in drei Jahren ausgegeben hat, sind bedeutende Schritte gesetzt worden. Betrachten Sie das Luftzeuggerät, betrachten Sie die Ansätze für die Bekleidung, betrachten Sie den systematischen Aufbau all dieser Dinge, die unbedingt notwendig sind!

Deswegen habe ich auch zu Beginn gesagt, man soll das österreichische Bundesheer nicht krankjammern. Die jungen Menschen haben Vertrauen, die jungen Menschen sind sogar begeistert. Wir Sozialisten, meine Damen und Herren von der ÖVP, werden im Laufe unserer Zeit die gesamte Ausrüstung verbessern. Unsere Soldaten werden das Gerät in die Hand bekommen, das sie dringend brauchen, und wir sind überzeugt, daß, wenn es um Österreich geht, wir ein gutes Bundesheer haben! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Kinzl.

Abgeordneter **Kinzl** (ÖVP): Hohes Haus! Wie Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, wissen, finden meistens, wenn hier im Hause eine Sitzung abgehalten wird, auch Besprechungen mit Soldaten verschiedenster Waffengattungen statt. Dabei werden logischerweise auch Klagen vorgebracht und Fragen aufgeworfen.

Dabei möchte ich gleich auf eines zu sprechen kommen, was hier der Kollege Schlager angeführt hat, nämlich auf das Wahlversprechen der Sozialisten, die Herabsetzung des Wehrdienstes auf sechs Monate. Doch fast bei jeder Besprechung, die wir hier haben, wird von den Soldaten gefragt: Und was ist jetzt besser geworden? Jetzt haben wir sechs Monate plus 60 Tage, früher waren es neun Monate minus 14 Tage, sodaß praktisch nur ein Unterschied von 14 Tagen ist. Das wissen Sie ganz genau, Herr Kollege, daß das so ist. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie sind ja auch schon einige Male dabei gewesen.

Der Kollege Mondl ist nicht mehr so oft dabei; warum, das weiß ich nicht. Aber jedenfalls wird immer wieder gesagt, daß es jetzt wesentlich schlechter ist für die jungen Leute, wenn sie zuerst die sechs Monate machen und dann immer wieder aus dem Beruf herausgerissen werden.

Aber es gibt nicht nur diese Fragen, sondern auch andere, und eine der ersten Fragen, die fast immer kommt, betrifft die hohen Preise in den Kantinen. Herr Minister! Ich habe Sie

schon einmal gefragt, wie das ausschaut. Es müßte doch möglich sein, daß die Preise in den Kantinen herabgesetzt werden. Sie haben mir damals die Antwort gegeben, das geht nicht, denn die Kantinen sind verpachtet und daher hätten Sie keinen Einfluß auf die Preise.

Ich muß Ihnen sagen, ich nehme Ihnen diese Antwort nicht ab, weil es doch ohne weiteres möglich sein muß, die Kantinenpreise tatsächlich herabzusetzen, nämlich deswegen, weil wir im Budget an Einnahmen für die Vermietung dieser Kantinen ja sowieso fast nichts drinnen haben.

Herr Kollege Wodica! Sie sind ja bei diesen Besprechungen so oft dabei, daß Sie schon oft genug gehört haben, wie das die Leute aufnehmen. Bei einigem guten Willen müßte es denkbar sein, daß das verbessert würde. Die Präsenzdienner haben, wenn sie Dienst haben, keine Möglichkeit, woanders hinzugehen, daher müssen sie auch die Preise in den Kantinen bezahlen.

Außerdem werfen die Soldaten immer wieder die Frage auf: Ja warum geht es bei den Offizieren? Dort sind die Preise weit niedriger als bei uns hier in der Mannschaft, die wir 20 S am Tag bekommen; wir müssen die hohen Preise bezahlen. Immer wieder hört man dasselbe.

In der letzten Besprechung wurde auch wieder die Zigarettenpreiserhöhung angezogen. Die Leute sagen, jetzt bekommen wir 20 S am Tag und wir können kaum mehr etwas rauchen. Ein starker Raucher hat uns das letzte Mal erklärt, daß er mit den 20 S gar nicht auskommt, weil er das ganze Geld einfach für die Rauchwaren verbraucht. Herr Minister! Auch hier müßte es einen Ausweg geben.

Das alte Bundesheer von 1938, unter dem ich gedient habe, hat auch nicht sehr viel Geld gehabt, aber da haben wir als Soldaten, als Präsenzdienner, pro Monat 100 Zigaretten zu 1 Groschen bekommen. Wir haben damals einen Tagessatz von 50 Groschen bekommen. Also ich könnte mir schon denken, daß es eine Erleichterung für diese Soldaten gäbe, wenn Sie mit dem Herrn Finanzminister verhandeln würden.

Die nächste Klage, die wir immer wieder von den Präsenzdiennern hören, ist, daß sie in diesen alten Kasernen kaum mehr hausen können. So gibt es noch Schlafsäle mit 20 und mehr Betten. Da auch die Lüftung nicht entsprechend ist, besonders im Winter, ist dort ein entsprechender Mief. Es gibt teilweise auch noch Kasernen, wo nicht einmal eine Badegelegenheit oder eine Brausemöglichkeit vorhanden ist. Ja, Sie können sich vorstellen, daß ein Soldat, der im Sommer total ver-

12620

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Kinzl

schwitzt in die Unterkunft kommt und sich nicht einmal brausen kann, natürlich auf das gesamte Bundesheer böse ist. Ich kann ihm das nachfühlen. Irgendwie müßte es möglich sein, daß hier Abhilfe geschaffen wird.

Herr Minister! Sie können Millionen hinauswerfen für Annoncen und Werbung, es wird alles nichts nützen, wenn die Leute dann einrücken und feststellen müssen, daß sie nicht einmal die primitivsten Lebensbedingungen, die sie draußen ja überall haben, beim Militär erfüllt bekommen.

Ein weiteres ist auch immer wieder die Bekleidung. Bei der letzten Besprechung haben die Soldaten das bemängelt und gesagt, daß die Bekleidung schlecht ist. Wir haben geantwortet, ihr seid doch gut angezogen! Ja, haben sie gesagt, das haben wir nur für den heutigen Tag zur Fahrt in das Parlament ausgefaßt, wenn wir zurückkommen, müssen wir das wieder abgeben.

Herr Minister! So arm, glaube ich, sind wir doch nicht, daß wir den Präsenzdienern nicht einen halbwegs anständigen Anzug geben können, damit sie auch nach dem Parlament noch irgendwo hingehen können. Es gibt nämlich viele Soldaten, die gerne, besonders wenn sie auf Urlaub fahren, ihre Uniform anziehen, weil sie wissen, daß sie, wenn sie in Uniform dastehen und autostoppen, leichter mitgenommen werden. Herr Minister! Ich möchte Sie ersuchen, das zu bessern.

Jetzt zu meinem eigentlichen Thema, nämlich zur Mobverpflegung und Bevorratung. Herr Kollege Hanreich hat zu einem davon schon gesprochen, aber ich möchte mich in erster Linie auf die Lebensmittelbevorratung stützen.

Wir haben im Budget den lächerlichen Betrag von 6 Millionen Schilling für Mobverpflegung ausgewiesen. Herr Minister! Als wir beim Manöver waren, habe ich Sie gefragt, als wir im Hubschrauber geflogen sind, was der Hubschrauber kostet. Da haben Sie gesagt: 11 Millionen Schilling. Genau die Hälfte davon ist für die gesamte Mobverpflegung vorgesehen. Ich glaube, daß es fast gescheiter wäre und daß die Leute auch mehr Verständnis dafür hätten, wenn wir um ein paar Hubschrauber weniger hätten, dafür aber mehr zu essen für den Fall, daß es notwendig wäre. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Herr Kollege, ich möchte Ihnen etwas sagen: Bevorraten kann man nur dann, wenn etwas da ist; wenn nichts mehr da ist, dann hat sich das aufgehört.

Dann habe ich Sie im Finanzausschuß weiters gefragt, wie viel wir an eisernen Portionen haben. Da haben Sie gesagt, daß

120.000 Stück da sind. Das ist recht, wenn nichts passiert, wenn wir keine Mobilisierung machen. Im Fall einer Mobilisierung aber könnten wir nur 120.000 Stück ausgeben. Was ist dann mit den anderen? Die bekommen wahrscheinlich nichts. Was mit denen geschieht, weiß ich nicht.

Sie haben auch gesagt, Sie haben für 10 Tage Essen für die Truppe vorrätig. Was nach den 10 Tagen ist, weiß ich auch nicht. Ich würde bitten, daß Sie mir das sagen.

Sie werden mir jetzt sagen, für die Bevorratung sind Sie nicht zuständig, das ist Sache des Herrn Handelsministers. Ich gebe das zu: für die Zivilbevölkerung. Herr Minister, für das Militär sind Sie zuständig. Das nimmt Ihnen kein Mensch ab, und Sie werden dafür auch zur Verantwortung gezogen. Ich habe vorhin schon gesagt, daß man Vorräte nur speichern kann, solange etwas da ist. Derzeit ist bei gewissen Dingen noch eine große Menge da. Ob das immer so bleibt, das wage ich fast zu bezweifeln. Wenn man die derzeitigen labilen Verhältnisse auf dem Weltmarkt kennt, dann muß ich sagen: Greifen Sie schnellstens zu, damit Sie noch etwas bekommen!

Die gesamte Regierung wiegt die österreichische Bevölkerung in einer Sicherheit, die, leider Gottes, muß ich sagen, nicht vorhanden ist. Jeder glaubt, wenn er jetzt vor Weihnachten durch die Stadt geht, daß für alles bestens vorgesorgt sei. Die Auslagen bersten vor Sachen, vor Würsten und dergleichen mehr. Ich muß Ihnen leider sagen, es ist nicht ganz so.

Sie dürfen nicht glauben, daß wir uns, wenn da irgend etwas käme, selbst versorgen können. Ich werde noch genauer darauf zurückkommen. Das ist ein echter Trugschluß, und es müßte auch die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht werden, damit sie sich vielleicht selbst bevorratet, nicht, so wie jetzt bei Zucker, hamstert, sondern langsam bevorratet. Aber unsere Regierung ist anscheinend überhaupt nicht darauf vorbereitet, und es wird überhaupt nichts gemacht.

Aus den ganzen Versprechen für eine entsprechende Vorsorge ist überhaupt nichts herausgekommen als eine Regierungsvorlage, die nichts taugt, die deswegen nichts taugt, weil einfach das Wichtigste, das notwendig ist, nämlich die Finanzierung der Bevorratung, fehlt, darin gar nicht geregelt wird.

Ich halte da die Vorschläge für gut, die bei einem Symposium unter dem Titel „Energie und Zukunft“ am 25. und 26. Oktober erarbeitet wurden. Diese Vorschläge gelten zwar für

Kinzl

Erdöl und andere Rohprodukte, könnten aber auch für die Lebensmittelbevorratung Anwendung finden.

Hier heißt es: „Die Haltung von Pflichtlagern ist eine Gemeinschaftsaufgabe, deren Kosten von der Gemeinschaft getragen werden müssen. Nach ausländischen Vorbildern empfiehlt sich eine Umlage auf den Preis der Produkte, der die jährlichen Kosten für die Amortisation, Verzinsung und Manipulation deckt. Der Kapitalbedarf (Errichtung der Lagerkapazitäten, Erstausrüstung der Lager) wird großteils über Kredite zu finanzieren sein, wobei eine Mitwirkung der Notenbank ökonomisch insofern vertretbar erscheint, als Devisenreserven in Rohölreserven umgewandelt werden.“

Bei Lebensmittelreserven könnte ich mir dasselbe vorstellen.

Ich möchte nur kurz aufzeigen, wie wir in Österreich versorgt sind. Am schlechtesten schaut es bei uns aus bei der Versorgung mit Speiseöl. Hier versorgen wir uns nur zu 5 Prozent, 95 Prozent werden importiert. Also da schaut es ganz schlecht aus. Wie sich das auswirkt, brauche ich Ihnen nicht zu sagen; fragen Sie Ihre Frauen zu Hause, denn in den letzten zwei Jahren ist der Speiseölpreis genau um 100 Prozent gestiegen. (*Abg. Libal: Wer ist denn schuld?*) Also wir nicht! Also bitte uns nicht die Schuld in die Schuhe zu schieben. Dann weiter.

Die Fettversorgung ist etwas günstiger. Bei der Fettversorgung haben wir insgesamt 45 Prozent Inlandsproduktion. 55 Prozent müssen aber auch wieder importiert werden oder zumindest die Rohprodukte dazu.

Alle glauben, wenn heute von einem Butterberg gesprochen wird, daß da überhaupt jede Menge zur Verfügung steht. Zurzeit haben wir in Österreich zirka 1000 Tonnen Butter auf Lager. Das bedeutet, meine Damen und Herren, daß für jeden Österreicher rund 14 kg Butter zur Verfügung stehen. Ich habe das abschneiden lassen (*ein Paket Butter vorweisend*), das sind genau 14 kg. So viel haben wir Reserve an Butter in Österreich für jeden Österreicher. (*Abg. Libal: Das sind 12½ kg!*) Um keinen Dekagramm mehr, Herr Kollege. Das sind 14 Dekagramm. Rechnen Sie sich das bei 1000 Tonnen aus, dann kommen Sie darauf, daß das stimmt.

Mit der Butter kommen wir genau 10 Tage aus, wenn nichts dazukommt, weil wir pro Tag im Schnitt 100 Tonnen verbrauchen. (*Abg. Pay: Wer hat den Zucker verschüttet?*) Ich komme noch darauf zurück, lassen Sie sich Zeit, Herr Kollege, nur Zeit lassen.

Wesentlich günstiger ist es auf dem Getreidesektor. Wir hatten jetzt hinterein-

ander einige gute Ernten, sodaß wir uns selbst versorgen können. Nur einige 10.000 Tonnen Durumweizen mußten importiert werden.

Auch die Ernte 1974 war besonders gut, sodaß wir zurzeit einen Überschuß von rund 220.000 Tonnen Weizen und 80.000 Tonnen Roggen haben. Diese Menge würde ungefähr für drei Monate reichen.

Nun beginnt für mich das völlig Unfaßbare: Statt daß die Regierung diese Menge aufkauft, einlagert und übernimmt, denkt man jetzt daran — und tut es auch, hunderte Tonnen sind schon denaturiert worden —, tausende und zehntausende Tonnen zu denaturieren, das heißt, daß sie für den menschlichen Genuß unbrauchbar gemacht werden, weil wir sie für Futterzwecke brauchen. Da steht es bei mir an.

In erster Linie müssen wir doch trachten, daß wir die Bevölkerung versorgen können. Ich weiß ganz genau, daß wir auch Futtermittel brauchen, daß wir Futtergetreide brauchen. Aber da müssen wir ja doch trachten, Mais aus dem Ausland hereinzubekommen. Ich weiß, es ist ein großer Preisunterschied. Das ist völlig unmöglich, das zu den gleichen Preisen zu bekommen. Aber ich darf Ihnen vielleicht kurz die Preise im Ausland nennen.

In Österreich kostet der Hartweizen 3,20 S, auf dem Weltmarkt nicht unter 5,20 S zu bekommen.

Der Normalweizen kostet in Österreich 2,75, auf dem Weltmarkt 4,20 S.

Für den Mais, den wir jetzt nach Österreich hereinnehmen müssen, zahlen wir franko Rotterdam 3,60 S plus Transport nach Österreich. Sie können sich ausrechnen, was die Fütterung der Schweine kostet.

Jedenfalls sind die Zeiten nestlos vorbei — wie uns die linke Seite vorgehalten hat —, daß man auf dem Weltmarkt die Sachen viel billiger einkaufen könne, wie Sie das in Ihrem so netten Buch auf Seite 135 schreiben. (*Abg. Libal: Kapitel Landwirtschaft ist heute nicht mehr!*) Herr Kollege Libal, ich lasse Sie das lesen, mich ärgert es fast jedes Mal, wenn ich das lesen muß. Lesen Sie sich das durch! Diese Zeiten sind vorbei. Jedenfalls alles, aber praktisch alles, was wir hier in Österreich zum Leben brauchen, ist im Ausland teurer. (*Abg. Peter: Das bringen wir im Landesverteidigungsbudget nicht mehr unter! Das gehört zu einem anderen Ressort!*) Das gehört dazu.

Herr Kollege Peter! Wenn wir nichts zu essen haben, dann hat auch die beste Bewachung keinen Sinn, das werden Sie mir ja zugeben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

12622

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Kinzl

Der Herr Minister hat mir erklärt, daß für zehn Tage Essen da ist. Darum glaube ich, daß es nicht schlecht wäre, wenn wir eine Bevorratung hätten, damit wir nach den zehn Tagen auch noch etwas zu essen haben, damit wir nicht sagen müssen; Krieg aus, wir haben nichts mehr. (*Abg. Peter: Kraft sagte schon, kein zweites Paar Schuhe! Wie soll das aus dem Budget finanziert werden?*)

Herr Kollege, wir kommen da in keinen Streit. Sie haben vollkommen recht. Ich bin auch der Meinung, daß sie ein zweites Paar Schuhe haben müssen. Aber zu essen müssen wir auch etwas haben. Es könnte da ein Weg gefunden werden, den ich auch vorhin vorgelesen habe. Da kommen wir in keinen Streit.

Aber es ist auf dem Sektor Bevorratung überhaupt nichts unternommen worden, gerade jetzt, zu einer Zeit, da auf dem Weltmarkt die Weizenmenge ständig sinkt. Noch vor zwei Jahren gab es einen Weltweizenvorrat für 90 Tage. Jetzt ist er abgesunken auf 27 Tage, meine Damen und Herren. Es wäre doch wirklich höchst an der Zeit, daß wir unser eigenes Produkt, das wir noch zur Verfügung haben, nicht denaturieren, sondern daß wir es verwenden. Aber das kann man natürlich nicht vom Handel und auch nicht von den Lagerhausgenossenschaften verlangen, sondern das muß die Regierung machen, und die schläft.

Daher möchte ich noch einmal sagen, ich fürchte, meine Damen und Herren, daß wir im kommenden Jahr eine wesentlich schlechtere Getreideernte haben werden. Ich will nicht unken. Aber jeder weiß, daß wir einen ausgesprochen schlechten Herbst hatten. Es sind viele tausende Hektar Weizen nicht bebaut worden; und viele tausende Hektar sind jetzt bei dem letzten Hochwasser abgesoffen oder kaputtgegangen.

Ich bin heute schon überzeugt, daß wir im nächsten Jahr diese 220.000 Tonnen Weizen dringendst für die Eigenversorgung brauchen würden. Dann werden wir vielleicht aufstehen und froh sein, wenn wir aus dem Ausland überhaupt Weizen bekommen, nur, das können wir jetzt schon voraussagen, zu wesentlich höheren Preisen. Wenn wir die 220.000 Tonnen jetzt im Ausland kaufen würden, müßten wir jetzt schon um 400 Millionen Schilling mehr auslegen, als der österreichische Bauer dafür bekommt.

Jedenfalls könnte derzeit die österreichische Landwirtschaft gute Geschäfte machen, wenn sie ins Ausland verkaufen würde. Aber das wäre nach meiner Meinung völlig unverantwortlich. Wir müssen trachten, daß das gelagert wird, damit wir auch nächstes Jahr noch etwas zu essen haben.

Nun zur Versorgung mit Zucker. Herr Kollege, jetzt bin ich da. Da ist in den letzten Wochen ein Wirrwarr gewesen, der geradezu unwahrscheinlich war, und zwar deswegen, weil der Zucker in den angrenzenden Ländern bedeutend teurer war. In Österreich kostet der Zucker zurzeit noch 8,30 S, in der Schweiz ist er ungefähr um 10 S teurer, Jugoslawien hat den Preis um 56 Prozent ...

Präsident **Probst** (*das Glockenzeichen gebend*): Aber, Herr Abgeordneter, wir sind wirklich bei der Landesverteidigungsdebatte! (*Abg. Dr. Gruber: Eine wirtschaftliche Landesverteidigung!*)

Abgeordneter **Kinzl** (*fortsetzend*): Herr Präsident, also bitte.

Präsident **Probst**: Die ersten beiden Silben stimmen ja. (*Ruf: Donnerstag hätte er reden sollen!*)

Abgeordneter **Kinzl** (*fortsetzend*): Herr Präsident! Ich bin überrascht, daß die Bevorratung nicht zur Landesverteidigung gehört, aber ich werde jetzt gerne Schluß machen. Ich bin lange genug beim Militär gewesen und weiß mich unterzuordnen. Ich werde jetzt selbstverständlich Schluß machen.

Jedenfalls kann ich aber nicht umhin, Ihnen zu sagen: Sie regieren jetzt in den Tag hinein und tun nichts für die Bevorratung. Sogar in biblischen Zeiten hat man das besser gemacht, da hat man in den fetten Jahren angesammelt, damit man in den mageren Jahren auch etwas gehabt hat.

Ihnen, Herr Minister, und auch Ihrer Regierung kann ich nur raten, jetzt noch etwas zu tun, bevor es zu spät ist. (*Beifall bei der OVP.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Kriz. (*Abg. Graf: Haben Sie schon einen Soldaten gesehen, der keinen Zucker braucht, Herr Libal? — Abg. Libal: Ich bin zuckerkrank!*)

Abgeordneter **Kriz** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Weg vom Zucker, zurück zur Debatte über die Landesverteidigung.

Die meisten Vorredner der Opposition, die prädestinierten Schwarzseher oder Schwarzmaler, so möchte ich sie einschließlich des Herrn Bundesparteibüchlers Schleinzer nennen, wollen einfach nicht wahrhaben, daß es mit dem österreichischen Bundesheer wieder aufwärts geht.

Man verdammt von vornherein alle Initiativen, die gesetzt wurden, und glaubt, dem österreichischen Volk einreden zu können, daß unter der Führung der OVP alles besser würde, alles schneller ginge. Wir wissen schon

Krlz

und sind ehrlich genug, es zu sagen, daß es gewisse Mängel gibt. Aber wo gibt es diese nicht, meine Herren! (*Abg. Kern: Bei euch!*)

Unter den gegebenen Voraussetzungen hat unser Heer die ihm zugedachten Aufgaben zufriedenstellend erfüllt. Einsatzbereitschaft wird langsam, so denke ich, wieder modern und ist auf allen Ebenen vorhanden.

Der Ausbildungsstand der Sechs-Monate-Präsenzdiener verblüffte die Öffentlichkeit und hat in der Presse nach den Bundesheermanövern einen positiven Widerhall gefunden. Auch wir konnten uns davon überzeugen. Bei den Herren der Opposition gibt es allerdings eine andere Meinung! Aber zu sagen — wie es vor kurzem Abgeordneter Tödling tat —, daß die Verteidigungsbereitschaft unseres Bundesheeres nach vier Jahren SPO-Politik nicht gestärkt, sondern entscheidend geschwächt wurde, ist gelinde gesagt, verzeihen Sie mir den Ausdruck, eine Verunglimpfung aller Offiziere und Soldaten, die sich echt um die Durchsetzung der Heeresreform bemühen. (*Zwischenrufe.*)

Sie reden über die Landwirtschaft, Herr Kollege, nicht wahr, von der Verteidigung verstehen Sie nicht viel! (*Beifall bei der SPO.*)

Natürlich bräuchten wir mehr Geld, aber keine Armee in der freien Welt — aus den militärpolitischen Publikationen, wenn Sie sich damit befassen, müssen Sie es ja ersehen — ist mit den ihr zur Verfügung gestellten finanziellen Mitteln zufrieden! Man tut so — und jetzt hören Sie bitte gut zu —, als dürfte das österreichische Bundesheer während der ÖVP-Regierung in Geld geschwommen sein. Hat man schon vergessen, daß es viel mehr finanzielle Engpässe gab als heute?

1968 gab es, um nur ein Beispiel zu nennen — (*anhaltende Zwischenrufe*), Herr Kollege Schwimmer, das verstehen Sie wirklich nicht —, keinen anderen Ausweg mehr, als rigorose Einsparungen zu verfügen. 38 Einheiten in Kompaniestärke wurden aufgelassen beziehungsweise stillgelegt und dafür nur acht neu gebildet, was eine Reduzierung um etwa acht Bataillone ergab. Bei uns, Herr Kollege Schwimmer, hat sich immerhin die Voranschlagsziffer der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung gegenüber 1973 um 798 Millionen Schilling erhöht.

Viele Mitglieder des Landesverteidigungsrates und des Ausschusses konnten sich ein wirklichkeitsnahes Bild vom neuen System einer vorgeplanten Übungslage machen. Ich weiß schon, das ist heute schon einige Male kritisiert worden, aber wie wir hören konn-

ten, war diese Art eines Drehbucheinsatzes keine österreichische Erfindung, sondern wurde vom Schweizer Heer übernommen.

Es war kein Manöver, das etwa als Werbekampagne gedacht war, sondern sollte einfach beweisen, daß sich unsere Heeresreform bewährt hat. Leistungswille und Einsatzfreude wurden niemals für den politischen Zweck einer sozialistischen Regierungspropaganda mißbraucht. Wir betonen immer wieder und können es richtig unterstreichen, daß wir in Fragen der Landesverteidigung die Staatspolitik stets vor die Parteipolitik gestellt haben.

Wir haben uns auch immer daran gehalten; ob es — es tut mir leid, daß der Herr Bundesminister Prader nicht da ist —, als er das Verteidigungsressort leitete, genauso war? Meine Fairneß gebietet mir, nicht alle jene Beispiele aufzuzählen, wo Verantwortliche des ÖAAB in Kasernen nur nach politischem Gutdünken gehandelt haben. Solche Handlungen können wir heute aus Niederösterreich noch bei der NEWAG, bei der NIOGAS, bei der Niederösterreichischen Landesregierung, bei Landesstraßenverwaltungen und so weiter sehen.

Bewerber, die nicht bei der ÖVP waren, hatten von vornherein keine Möglichkeit, als Zivilbedienstete eingestellt zu werden. So ähnlich war es auch beim Kaderpersonal. Ein engagierter Sozialist hatte kaum eine Chance, weiterzukommen. Und da redet man, daß man stets die Staatspolitik vor die Parteipolitik gestellt hätte.

Aber zurück zu den großen Herbstübungen, meine Damen und Herren! Ich glaube, die ÖVP hat lange genug in ihrer Mottenkiste gewühlt und endlich dann das Wort „Politmanöver“ dafür gefunden.

Wenn die Zeitungen richtig berichtet haben, soll diese Äußerung kein anderer als Herr Bundesparteiohmann Schleinzner getan haben. Er ist jener Bundesparteiohmann der ÖVP, der sich im maßgeschneiderten Anzug mit gequältem Lächeln bei der Werbe- und Informationsschau der 3. Panzergrenadierbrigade inmitten hoher Offiziere mit Herrn General Spannocchi fotografieren läßt.

Herr Bundesparteiohmann! Nichts gegen das Photographieren, aber warum diese Zweisplätigkeit? Sie sagten heute, ein Richtschütze könnte nicht richtig schießen, und Sie waren doch bei der 3. Panzergrenadierbrigade. Hätten Sie sich überzeugt, fragen Sie den Herrn Oberst Maerker, ob die Richtschützen in seiner Brigade schießen können? Ich glaube, er würde Ihnen Ihre Frage sofort bejahen!

12624

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Kriz

Die Aussage unseres Kollegen Moser, der so ad hoc — er ist derzeit nicht da — zum Bundesheersprecher der ÖVP avancierte, am Ende unseres Truppenbesuches in Josefsberg war wenigstens heerespolitisch anständig. Der Versuch des Herrn Bundesparteiobmanns Schleinzner, das Gesagte später im Fernsehen ins Gegenteil umzukehren, glaube ich, ist kläglich gescheitert.

Zugegeben, wir haben immer noch Probleme, aber in welcher Armee gibt es diese Probleme nicht? Das bestehende, seit den großen Manövern weiter wachsende Interesse unserer Familie Österreicher am Bundesheer verpflichtet uns alle.

Neben der Ausbildung — wie wir uns überzeugen konnten — stand auch die Ausrüstung des Heeres auf dem Prüfstand. Dieser Test, meine Damen und Herren, fiel überzeugend aus. Dem österreichischen Heeresgut wird auch vom Ausland mehr und mehr Beachtung geschenkt. Dies ist nicht zuletzt auf die Verlässlichkeit und Qualität der modernen Ausrüstung zurückzuführen. Man denke nur an die laufenden Einsätze innerhalb der UNO-Truppe im Kongo, in Cypern, an der Suez-Front und auf den Golan-Höhen. Hier bewährten sich Mensch und Material bestens. Der Kommandant des österreichischen Bataillons sowie sein Stab in der Pufferzone zwischen Syrien und Israel kommen wiederum von der 3. Panzergrenadierbrigade. Wir können wahrlich stolz sein auf diese Männer.

Wie auf einer Medaille gibt es auch da eine Kehrseite, und die möchte ich auch hier im Hohen Haus nicht verschweigen: Nicht geschehen bei einem Einsatz im Ausland oder beim Bundesheermanöver, sondern bei der Ausbildung im Standort, ein Fall, der wegen seiner erschütternden Tragik nahezu alle Österreicher in den Sommermonaten aufgewühlt hat. Ich bin froh, daß Sie, Herr Bundesminister Lütgendorf, die betroffenen Eltern dieser Tage zu einer neuerlichen Aussprache einladen werden; Sie haben schon mit dem Vater gesprochen.

Der tragische Tod des jungen Präsenzdieners Wandl ist mit aller Schärfe zu verurteilen. Es wird dafür zu sorgen sein, daß solche vereinzelt auftretende Mißstände sofort beseitigt und für alle Zukunft, meine Damen und Herren, ähnlich bedauerliche Vorkommnisse ausgeschlossen werden.

Ein Heer, egal welcher Größenordnung immer, ist ein lebendiger Körper, ein vielseitiges Gebilde, das jedoch nur dann funktionsfähig bleiben kann, wenn kranke Teile schonungslos herausoperiert werden. Es bedarf meiner Meinung nach immer wieder der auf-

rüttelnden Darstellung, der schonungslosen Kritik, wenn Mißstände ausgebrannt werden sollen, die auf menschliche Unzulänglichkeit zurückzuführen sind.

Unsere Reform muß auch in einer menschlichen Gesinnung der unmittelbaren Vorgesetzten Platz greifen. Fehlleistungen in den zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen Ausbildern und Auszubildenden sollen zukünftig durch eine zielorientierte Ausbildung ausgemerzt werden.

Österreichs Bundesheer hat in den letzten Jahren im Ringen um mehr Anerkennung wirklich Erfolge erzielt. Dieses Image darf nicht wieder leichtsinnig zerstört werden.

Seit Bestehen des österreichischen Bundesheeres wurden in ehrlicher Arbeit von den Ausbildern zirka 750.000 junge Menschen zu Soldaten ausgebildet.

Wenn es sich auch nur um Einzelfälle handelt — die Betroffenen, die Eltern trifft das harte unmenschliche Schicksal! Sie haben dieses schwere Leid zu ertragen.

Darum ist ein Satz des Vaters in einem Brief an unseren Bundeskanzler so bemerkenswert: In seinem tiefen Schmerz hat er noch immer eine positive Einstellung zum österreichischen Bundesheer. Vielleicht, so meine ich, kann man hier eine menschliche Brücke schlagen. Jedoch müssen jene Leute, die das Verschulden bei der Ausbildung getragen haben, voll zur Verantwortung gezogen werden.

Wir Sozialdemokraten sagen ein klares Ja zum österreichischen Bundesheer. (*Abg. S u p p a n*: „Sozialdemokraten“ gibt es keine!) Das werden Sie mir nicht erzählen können!

Eine glaubwürdige Verteidigungspolitik hat Bestandteil der Sicherheitspolitik eines Staates zu sein. (*Abg. Dr. S c h w i m m e r*: Nicht so laut! Sie wecken den Tull auf!) Ich rede so, wie es mir paßt, Herr Kollege.

Wir sind überzeugt, daß die Sicherheit Österreichs auf den Pfeilern der Außenpolitik, der umfassenden Landesverteidigungspolitik und des Bekenntnisses der Österreicher zur demokratischen Republik stehen muß.

So gesehen, meine Damen und Herren, glaube ich, daß ein Teil meines Beitrags zum Budgetkapitel Landesverteidigung auch irgendwie die menschliche Seite aufgezeigt hat.

Wollen wir alle mitsammen versuchen, daß sich die Tragik, die sich jetzt einige Male ereignet hat, nicht wiederholt. (*Beifall bei der SPO.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Bauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Bauer** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Hauptredner der Sozialistischen Partei zum Budgetkapitel „Militärische Angelegenheiten“, Kollege Mondl — er ist leider nicht im Saal, aber es wird ihm (*Abg. Zingler: Er wird es erfahren!*) Kollege Zingler von meinen Feststellungen Mitteilung machen —, hat im Verlauf seiner Ausführungen eine Bemerkung deponiert, die man nicht genug ernst nehmen kann.

Herr Abgeordneter Mondl zitierte eine private Auseinandersetzung zwischen einem Personalvertreter, Herrn Major Schleifer, einem ausgezeichnet beschriebenen Offizier, der auch, soweit ich es weiß, korrekteste Beziehungen zum Ressortchef unterhält, und einem Obersten des Bundesheeres. Bei dieser Gelegenheit fiel ein „Epitheton“, das ich angesichts der Würde des Hauses im Gegensatz zum Herrn Abgeordneten Mondl nicht verwende.

Herr Abgeordneter Mondl hat darauf hingewiesen, daß sich diese beiden Offiziere in einer Auseinandersetzung befanden. Man merkte deutlich die Absicht heraus — vielleicht hängt das mit bevorstehenden Personalvertretungswahlen zusammen —, den Herrn Major Schleifer, der sich ja im Gegensatz zu einem angesprochenen Abgeordneten hier im Haus nicht wehren kann, so ein bisserl, ich sage das wienerisch, „herabzufetzen“, um nicht das harte Wort „diffamieren“ zu gebrauchen.

Herr Abgeordneter Mondl hat nur eines vergessen: daß der Offizier des Bundesheeres, der Herrn Major Schleifer in einer nicht sehr lebenswürdigen Weise beleidigt hatte, vor Gericht, und zwar vor Eingang in die Gerichtsverhandlung, eine Ehrenerklärung für den Major Schleifer abgegeben hat. Das ist ebenfalls ganz interessant, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei!

Sollte vielleicht mit dem Zitat, mit dem Hinweis auf diese Differenz zwischen zwei Offizieren, der Personalvertreter Schleifer abqualifiziert werden, oder wollte man irgendwie unterschwellig, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Personalvertreter so ein bißchen verunsichern, die in ihrer Mehrheit nicht zur Sozialistischen Partei gehören?

Uns fällt das auf, und wir werden derartige Einschüchterungsversuche hier im Haus anzuprangern wissen, meine Damen und Herren! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister Lüttgendorf, dem man — nicht nur ich, es war ja einmal mein Kollege Zeillinger von der Freiheitlichen Partei, dem es ähnlich ergangen ist und der ähnliche Formulierungen verwendet hat — hier im Haus eine Art, sagen wir es vorsichtig, gestörtes Verhältnis zum Parlament bescheinigte, hat heute bedauerlicherweise den Beweis dafür abgelegt, daß er dieses gestörte Verhältnis offenbar in der kurzen Zeit, in der er sich noch im Amt befindet, fortzusetzen gedenkt. Denn er hat meinen Freund und Fraktionskollegen Kraft in einer Weise abqualifiziert, wie Ihnen das, Herr Bundesminister, in keinem Fall zusteht! Das nehmen Sie bitte einmal von einem Abgeordneten zur Kenntnis! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Abgeordneter Kraft kommt hier heraus im vollen Bewußtsein seiner Verantwortung, er kneift nicht, er sagt das, was er denkt, zum Unterschied von anderen, auch von Herren der Bundesregierung, er sagt das, was er denkt, und Sie erklären: Da oben, da oben sind Militärattachés gesessen.

Ich muß sagen: Es ist ganz angenehm, wenn sich Militärattachés aus Staaten, in denen es eine „Demokratie“ gewisser Prägung gibt, hier in einer parlamentarischen Demokratie westlicher Prägung eine Diskussion über Fragen der Landesverteidigung in aller Öffentlichkeit, vor dem österreichischen Volk anhören. Aber, Herr Bundesminister, wenn man Ihre Gedanken zu Ende denkt, dann würde das zum Beispiel für mich — ich bin ein Wiener Abgeordneter — bedeuten, daß ich in Hinkunft, wenn da oben ein arabischer Handelsdelegierter sitzt, nicht mehr über den „Bauring“, die Skandalaffären, über die Hunderte Millionen Provisionen und über die rund 600 Millionen Schilling, die aus Steuergeldern verschleudert wurden, reden darf.

Herr Bundesminister! Wir lassen uns nicht das Wort verbieten, auch nicht von Ihnen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn Sie, Herr Bundesminister, davon geredet haben, daß diese sozialistische Regierung Schwerpunkte setzt, dann kann ich sagen: Jawohl, sie setzt Schwerpunkte, und zwar Schwerpunkte auf dem Gebiet der Verschleuderung öffentlicher Mittel: Schulbuchaktion, UN-City, und man könnte die Reihe fortsetzen, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Kollege Schlager hat davon geredet (*Abg. Dr. Gruber: Josef Schlager!*) — Josef Schlager, Verzeihung! —, daß unser Herr Bundesparteiobermann keine soldatischen Tugenden hätte, weil er angeblich seine Redezeit überzogen hätte. Der Herr Präsident Probst ist ein

12626

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Dr. Bauer

sehr korrekter Vorsitzender, er hat nicht einmal gebimmelt. Seien Sie unbesorgt: Wir halten uns schon an die Redezeit. Wir sagen Ihnen sehr unangenehme Dinge, die aber die Öffentlichkeit wissen muß, damit dieser Schleier, den Sie permanent vor die öffentliche Meinung spannen, endlich zerrissen wird, denn hier ist der Platz der Konfrontation, nicht bei Ihren Ankündigungen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP. — Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Noch etwas: Ich sitze seit 11 Uhr pausenlos hier im Saal auf diesen unbequemen Sesseln. Es ist wirklich nicht ganz einfach, hier auch konzentriert zuzuhören *(Zwischenruf der Abg. Hanna Hager)* — den Rednern der eigenen Partei, Frau Kollegin, genauso wie Ihren Rednern. Das ist auch vom rein Gedanklichen her eine Schwerarbeit; das wissen die wenigsten Leute, die nicht hier im Hause herinnen sind. Sie wissen es, ich nehme das gerne zur Kenntnis.

Aus den Reden der Sozialisten ist durchgeklungen, man dürfe hier nicht die sozialistische Wehrpolitik kritisieren, weil man damit nämlich das Bundesheer in Frage stellt.

Meine Damen und Herren! Unterstellen Sie uns doch nichts! Wir haben das Recht, Ihre Auffassungen zu kritisieren. Wir kritisieren damit nicht die Leistungen, die hervorragenden Leistungen der Soldaten, der Unteroffiziere, der Offiziere, der Reserveoffiziere und auch der Beamten des Hauses. Nehmen Sie das ein für allemal bitte zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diese feine Differenzierung festzuhalten ist notwendig, denn sonst könnte tatsächlich in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, daß unsere Kritik sich nicht gegen die rote Wehrpolitik und die Wehrpolitik des Herrn von Lütgendorf richtet, sondern daß sich diese Kritik gegen das Bundesheer an sich richtet, und das stimmt nicht.

Allerdings, meine Damen und Herren, sollte man bestimmte Zwischenrufe und Formulierungen nicht überhören und nicht unwidersprochen bleiben lassen. Wenn Sie uns, meine Damen und Herren, eine mangelnde Verteidigungsgesinnung vorwerfen, dann stelle ich, ohne Namen zu nennen, in den Raum, daß die meisten unserer Söhne — Töchter nicht, denn es gibt ja keinen Einsatz für Töchter, Gott sei Dank, muß ich sagen, bei uns — dienen, lange dienen und gar nicht wenige als Reserveoffiziere dieses Heeres dienen, zu dem Sie sich bekennen und zu dem auch wir uns bekennen. Das ist unsere Gesinnung, und unterstellen Sie uns bitte keine andere; auch dann nicht, wenn eine solche Gesinnung aus

einer vielleicht holprigen Vorlesung eines meiner Vorredner herausgeklungen haben mag.

Dem Herrn Abgeordneten Peter gegenüber, der im Raum ist, möchte ich nur ganz kurz eine Bemerkung deponieren dürfen. Er sprach von der schwarz-roten österreichischen Proporzarmee. Herr Abgeordneter! Ich kenne gar nicht wenige Offiziere, die sich zu Ihrer Partei bekennen, die befördert wurden. *(Abg. Peter: ... die Liste!)* Das ist Ihre Sache, ich habe doch nicht Ihre Parteiarbeit zu machen, Herr Peter! Die Liste müssen Sie sich schon selber besorgen. Das war die liberale Haltung unseres Freundes Prader und seines Amtsvorgängers Schleinzer. *(Abg. Peter: Die liberale Haltung vom Prader? — Heiterkeit bei der FPÖ.)* Nehmen Sie zur Kenntnis, daß sich die sich sehr wohl unterscheidet von der Haltung Lütgendorfs. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Peter: Die liberale Haltung vom Prader?)* Sie glauben es nicht? Das ist Ihre Sache! Ich glaube es, meine Freunde glauben es auch, Herr Abgeordneter! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und jetzt zwei ganz konkrete Anliegen, die mir als Wiener Abgeordneten irgendwie unter den Nägeln brennen. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Peter.)*

Herr Abgeordneter! Erlauben Sie, daß ich etwas aus dem „Wiener Memorandum“ zitiere. Da heißt es — das verlangt die mehrheitlich sozialistische Landesregierung in Wien —: Wir verlangen die „Verlagerung der im dichtverbauten Gebiet auf wertvollem städtischen Grund befindlichen Kasernen und Gefangenenhäuser aus dem zentralen Stadtbereich“.

Meine Damen und Herren! Es ist Geschmacksache, ob man nach der Anführung der Kasernen die Gefangenenhäuser anführen muß, aber Faktum ist es, Sie können es nachlesen. Es ist Geschmacksache. *(Zwischenruf des Abg. Pay.)*

Herr Kollege Pay! Sie sagen, es ist Wortklauberei, Sie können es nachlesen. *(Abg. Peter: Manche Kasernen sind im gleichen Bauzustand wie die Gefangenenhäuser!)* Genau, Herr Abgeordneter Peter! Jetzt bin ich genau dort, und ich danke Ihnen für diesen Zwischenruf. Es ist tatsächlich so, daß manche Kasernen Gefangenenhäusern gleichen, und ich frage Sie: Was hat dieses Kabinett, was hat dieser Bundesminister in den letzten Jahren zur Verbesserung der Kasernen beigetragen? — Nichts, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

In diesem Zusammenhang eine gar nicht uninteressante Feststellung: Sie reden von der Vollbeschäftigung der Bauwirtschaft — wobei

Dr. Bauer

Sie vielleicht an bestimmte Beträge denken, die in die Hunderte Millionen gehen, die auf Grund von Verträgen den Leuten gegeben werden müssen.

Wäre es nicht eine sehr sinnvolle Beschäftigung, wenn man von dieser sinnlosen Tätigkeit der Bauwirtschaft rund um die UN-City Umschichtungen vornehmen würde und Dinge, die allen Österreichern zugute kommen, machen würde? Sie denken nicht daran, meine Damen und Herren!

Der Herr Bautenminister hat im Finanz- und Budgetausschuß, als wir diese Dinge moniert haben, darauf hingewiesen, daß das gesamte Paket der Transaktionen aufgeschnürt würde. Aber offenbar, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, haben Sie das Schnürl zu diesem Paket noch nicht gefunden.

Und wenn man also hier noch ein zweites monieren, ein zweites relevieren darf, dann ist es wohl — das hat Herr Kollege Troll heute mit sehr bewegten Worten hier vorgebracht — das Problem Luftraumüberwachung, Luftpolizei. Er hat darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, daß man sich mit diesen Dingen beschäftigt, daß man die Frage der Interzeptoren einer Regelung zuführt.

Jetzt darf ich Ihnen in diesem Zusammenhang, damit ich den Beweis liefere, verstärke und untermauere, ein welch gestörtes Verhältnis der Herr Bundesminister zum Haus hat, sagen, welche Antwort er uns auf eine unserer Fragen schon vor mehr als Jahresfrist, als wir wissen wollten, welche Abfangjäger angekauft werden sollten, gegeben hat. Er hat uns folgende Antwort gegeben: „Als den mir bekannten Typ eines Abfangjägers meinte ich jenen, der in kürzester Zeit einen bestimmten Treffpunkt in einer bestimmten Flughöhe erreichen kann.“

Meine Damen und Herren! Das ist sicherlich eine interessante Formulierung, aber uns hätte ja interessiert, welche Abfangjäger jetzt gekauft werden. Und bei den Manövern ist doch die Frage des Luftschildes völlig offen geblieben, denn die Maschinen, die uns zur Verfügung stehen, haben eine Dienstgipfelhöhe von knapp 13.000 bis 15.000 m. Die modernsten Abfangjäger haben eine solche von 22 bis 23 km und noch mehr.

In diesem Zusammenhang, Herr Bundesminister, eine ganz ernste Sache, die in die Fragen der Neutralitätspolitik hineinspielt.

Wenn irgendeine Maschine eines fremden Staates über unserem Luftraum kreist — und ich höre, daß das in letzter Zeit sehr häufig der Fall sein soll, nur erfährt es die Öffentlichkeit nicht, so transparent ist dieses Kabi-

nett und dieser Minister nämlich nicht —, dann ist das zunächst einmal eine Souveränitätsverletzung, eine Luftraumverletzung, nicht weiter tragisch.

Wenn aber diese Maschine oben irgendwelche militärischen Aufträge erfüllen sollte — ich formuliere bewußt sehr vorsichtig, um hier nicht außenpolitisches Porzellan zu zerbrechen —, wenn also von oben fotografiert wird, Herr Abgeordneter Babanitz, dann ist das bereits eine Neutralitätsverletzung. Und in dem Zusammenhang muß man sagen: Was ist denn geschehen im Zusammenhang mit den Versprechungen, Herr Bundesminister, die Sie bei mündlichen Anfragen hier gemacht haben? Was haben Sie von jenen Absichten, die Sie in Aussicht gestellt haben, realisiert? Wo sind denn die Ansätze in diesem Budget zu finden? Sie können uns doch nicht weismachen, daß das in jenem langfristigen Investitionsprogramm steckt, das heute schon einige Male Gegenstand der Diskussion war.

Sie sagen am 7. März 1974: Die Kosten für ein komplettes System — sowohl was das Bodenelektrosystem als auch die Interzeptoren, also die Abfangjäger anlangt — würden sich beim gegenwärtigen Stand — das war März 1974 — auf 2 bis 2,5 Milliarden Schilling belaufen. — Ich unterstelle Ihnen nichts. Wir haben gehört, daß diese Ausführung von Ihnen nicht zutrifft, Sie hätten gesagt, wir kaufen Mirage-Jäger. Aber ich meine, Sie haben doch jetzt Monate hindurch Zeit gehabt, sich mit dem Problem auseinanderzusetzen, Sie haben, wenn man Ihren Worten Glauben schenken will, Studiengruppen eingesetzt. Was ist dabei herausgekommen? Was wird nun angekauft? Wann wird etwas angekauft? Wann wird diese Lücke in unserer Landesverteidigung ausgefüllt?

Das sind einige der Fragen, die man in diesem Zusammenhang an Sie zweifelsohne richten muß.

Meine Damen und Herren! Zusammenfassend — ich möchte die Redezeit nicht überziehen — meine ich, daß man in dieser Adventzeit dem Herrn Bundesminister als Weihnachtsgeschenk ein langes Leben wünschen sollte. *(Zwischenruf des Abg. Peter.)* Dazu steht nicht im Widerspruch die Hoffnung, daß dieser Verteidigungsminister bald wieder als General Dienst macht oder frühzeitig in den Ruhestand tritt. Auf alle Fälle sind wir von der Volkspartei, insbesondere wir Wiener Abgeordneten, der Auffassung, daß die Verteidigungspolitik der Linken nach wie vor berechtigtes Mißtrauen erfordert.

Wir sagen ein klares Ja zur Landesverteidigung, aber ein ebenso klares Nein zu Ihrer

12628

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Dr. Bauer

sozialistischen Wehrpolitik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hahn. *(Heiterkeit. — Zwischenruf: Hahn ist nicht mehr hier!)* Entschuldigen Sie! Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Haas.

Abgeordneter **Haas** (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu den Ausführungen meines geschätzten Vordrers Dr. Bauer nur einige Sätze.

Der Herr Dr. Bauer hat sich beschwert, daß der Herr Verteidigungsminister seinen Fraktionskollegen Kraft abqualifiziert habe. Meiner Meinung ist diese Behauptung etwas kühn, und sie bringt zum Ausdruck, daß die ÖVP-Fraktion eigentlich sehr wehleidig ist, denn auf der einen Seite klatscht man Beifall, wenn man frontal das gesamte Bundesheer und den hiefür verantwortlichen Bundesminister angreift *(Abg. Dr. Gruber: Das Bundesheer haben wir nicht angegriffen!)*, aber man bezeichnet es als Abqualifikation, wenn ein Minister auf unqualifizierte Angriffe die entsprechende Antwort gibt. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Und nichts anderes ist geschehen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ein zweites: Meines Erachtens gebührt dem Herrn Kollegen Dr. Bauer der Meistertitel im Bauen von Brücken, da er es zuwege gebracht hat, Anliegen des Bundesheeres im Zusammenhang mit dem Bau der UNO-City in Wien zu bringen. Das, sehr verehrter Herr Kollege Dr. Bauer, ist wahrlich ein Brückenschlag, den selbst die bestausgebildeten Pioniere unseres Bundesheeres sicherlich nicht zusammenbringen würden. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.)*

Hohes Haus! Die Redner der Österreichischen Volkspartei haben heute in bewährter Manier unisono unser Bundesheer wieder einmal mehr kritisiert. Sie werfen uns vor, daß wir Sozialisten nicht erfüllte Konzepte haben, daß auf Grund der langen Verwaltung durch die sozialistische Bundesregierung die Mängel im Bundesheer da und dort größer geworden seien und daß nach wie vor die Demontage des Bundesheeres wie auch seine Nichteinsatzfähigkeit gegeben seien. Da diese Vorwürfe schon seit fünf Jahren zum Standardrepertoire der ÖVP-Redner gehören, regt uns das nicht weiter auf. Unsere Redner haben ja darauf schon die entsprechende Antwort gegeben. Ich möchte daher auf diese Vorwürfe gar nicht weiter eingehen *(Zwischenruf bei der ÖVP: Ihre Leichtfertigkeit!)*; das haben, wie gesagt, schon andere getan.

Ich möchte mich vielmehr mit einer Angelegenheit unseres Bundesheeres beschäftigen, die diesem das allerbeste Zeugnis ausstellt. Was ich meine, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind die Verbände des österreichischen Bundesheeres, die im Dienste der Vereinten Nationen friedenserhaltende Missionen in Krisengebieten erfüllen und, ich darf es gleich vorwegnehmen, wirklich bestens erfüllen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.)*

856 österreichische Soldaten versehen zur Zeit ihren Dienst im Rahmen der Vereinten Nationen. 522 davon befinden sich auf den Golan-Höhen, 319 auf Zypern und 15 im ägyptisch-israelischen Raum.

Diese freiwillig im UN-Einsatz stehenden Soldaten sind sowohl aktive Angehörige des Bundesheeres als auch Reservisten. Bei den Aktiven nehmen die Grundwehrdiener beziehungsweise jene Soldaten, die freiwillig verlängerten Grundwehrdienst tun, mit einer Anzahl von 163 am Golan und 122 auf Zypern und somit mit einer Gesamtzahl von 285 einen erheblichen Anteil ein.

Da der Personalwechsel für die UN-Kräfte in einem halbjährigen Rhythmus erfolgt, kommt besonders der Ersatzstellung große Bedeutung zu. Ein großer Stock an Personal hat sich für den UN-Einsatz vorangemeldet und steht für die Ablösung bereit. Insgesamt, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind es rund 5300 Soldaten, die eine Verwendung für diesen Einsatz anstreben. Hievon sind 3320 aktives Personal — davon 1384 Grundwehrdiener beziehungsweise freiwillig verlängerten Grundwehrdienst tuende Soldaten — und 2002 Reservisten. Daraus ersieht man, daß eine reibungslose Ablöserotation gewährleistet ist.

Die materielle Ausrüstung unserer UN-Kräfte ist in aller Welt und ganz besonders bei den UN-Kontingenten anderer Nationen sehr geschätzt und beachtet. Der Fahrzeugpark mit 44 Dreiachs-Steyr-Diesel, mit 24 Pinzgauern, welche sich am Golan besonders bewährt haben, und mit 30 kleinen Kraftfahrzeugen hat härtesten Anforderungen hervorragend standgehalten.

Es ist dies aber keine Sonderausrüstung, sondern genau die gleiche Ausstattung wie sie in den Verbänden in Österreich durchwegs verwendet wird.

Auch entspricht das österreichische UN-Kontingent in seiner Struktur völlig den Verbänden in der Heimat, wenngleich der Anteil an Offizieren zufolge der Verwendung in UN-Stäben und für spezifische Aufgaben etwas höher ist.

Haas

Der Einsatz dieser UN-Bataillone in der Fremde ist natürlich ein ganz anderer als zu Hause, aber es hat sich gezeigt, daß diese österreichischen Soldaten aller Dienstgrade, gleichgültig ob Aktive oder Reservisten, daß also sozusagen dieses Bundesheer im kleinen mit viel Energie, Ernst, aber auch Geschick die schweren Aufgaben bewältigt.

Ich möchte zur Illustration dieser Behauptung einige Beispiele für Situationen anführen, in welchen sich unsere Soldaten besonders gut behauptet haben.

Die plötzliche Verlegung eines großen Teils unseres UN-Kontingents von Zypern nach Ägypten unter Beibehaltung der Aufgaben in Zypern selbst war eine Leistung, die allerhöchste Anerkennung verdient. In wenigen Stunden im Lufttransport von der damals recht friedlich erscheinenden Insel in ein Kampfgebiet verlegt zu werden, das zudem für die Betroffenen nicht nur klimatisch, sondern auch geographisch unbekannt war, kann nicht als Kleinigkeit angesehen werden. Unsere Soldaten haben sich aber rasch zurechtgefunden, und nach unbedeutenden Schwierigkeiten war auch die Versorgung voll intakt. Diese Aufgabenerfüllung als Puffertruppe hat allseitige Anerkennung gefunden. Die mitgeführten Funk-Fernschreibgeräte haben dem örtlichen UN-Kommando in kritischer Zeit unersetzliche Dienste geleistet.

Vom 3. bis zum 19. Juni dieses Jahres erfolgte mit österreichischen Fahrzeugen in vier Pendelfahrten die Verlegung des gesamten Bataillons vom Raum Suez auf die Golanhöhen. Hierbei wurden unter schwierigsten klimatischen und auch Straßenverhältnissen insgesamt rund 190.000 Kilometer ohne Ausfälle zurückgelegt, ein Beweis dafür, daß österreichische Soldaten und österreichisches Material unter schwierigsten Bedingungen bestehen können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Heute steht ein Bataillon am Golan. Der Operationsbereich erstreckt sich von den Wüstengebieten bis zum schneebedeckten Berg Hermon. Das bedeutet klimatisch und konditionell eine Belastung unserer Soldaten, die in einem Einsatz wohl sehr selten vorkommt. Dennoch hören wir aus allen Berichten, daß auch in diesem schwierigen Gebiet die von der UNO gestellten Aufgaben durch österreichische Soldaten einwandfrei erfüllt werden.

Ich habe diese kurzen Ausblicke deswegen getan, um zu zeigen, daß diese Verbände als Spiegelbild des österreichischen Bundesheeres in der Heimat international hervorragend bestehen. Ich glaube, Hohes Haus, für diese

Leistungen gebührt unseren Soldaten unser besonderer Dank und unsere vollste Anerkennung (*Beifall bei der SPÖ*), denn sie geben in diesem Einsatz nicht nur ihr Bestes, sondern sie erfüllen auch alle Aufgaben, die ihnen im Dienste der Friedenserhaltung gestellt werden, vollständig. Ja, sie erfüllen sie sogar unter großer Gefahr, wie uns dies der tragische Tod von vier österreichischen Angehörigen des UN-Kontingents leider in diesem Jahr sehr drastisch vor Augen geführt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alle diese großen Leistungen dieser österreichischen Soldaten im Rahmen des UN-Friedenskorps haben dazu geführt, daß ein Angehöriger der Fraktion der ÖVP in diesem Hohen Haus, der Herr Kollege Karasek, nicht umhin konnte, dem Bundesheer hier von diesem Pulte aus unter dem Eindruck seines Zypern-Besuches folgendes Lob auszusprechen: (*Abg. Graf: Das Bundesheer hat ja mit unserer Einstellung zur Regierung nichts zu tun! — Abg. Helga Wieser: Das hat Schleinzner auch gesagt!*)

„Ich glaube, daß es sich ziemt, daß von diesem Pult einmal ein anerkennendes Wort des Dankes an die Offiziere (*Abg. Graf: Natürlich, wir bejahen das Bundesheer!*), an die Unteroffiziere und an die Soldaten unserer Streitkräfte sowohl auf Zypern als auch für jene zum Ausdruck gebracht wird, die in der sogenannten UN-Waffenstillstands-Überwachungsorganisation in der Suez-Kanal-Zone tätig sind.“ — Soweit also die objektive Äußerung des Herrn Kollegen Dr. Karasek. Heute haben wir leider von den meisten seiner Fraktionskollegen über das Bundesheer und seine Angehörigen andere Worte vernommen. (*Abg. Graf: Nein, im Gegenteil! Das ist eine Verdrehung!*)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht nur der Herr Kollege Dr. Karasek hat dem Bundesheer für seinen Einsatz bei den Vereinten Nationen Dank und Anerkennung gezollt; es fehlt auch nicht an anerkennenden Schreiben der UN-Befehlshaber in Zypern, Ägypten und Syrien, welche bei den verschiedensten Anlässen dem Bundesministerium für Landesverteidigung zu kommen.

Gerade diese Anerkennung für das Bundesheer, welches in Form von zwei Bataillonen im Rahmen der Weltorganisation seine Bewährungsprobe besteht, sollte diejenigen beschämen, die das Bundesheer zu Hause mit kleinlicher Kritik überschütten. Ein General Prem Chand hat, wenn er sich lobend über unsere Bataillone auf Zypern ausspricht, andere Vergleichsmöglichkeiten. Er kann zum Beispiel auch, meine geschätzten Damen und

12630

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Haas

Herren, die in Zypern im UN-Einsatz stehenden Teile des britischen Berufsheeres, die Kontingente der dänischen, finnischen und schwedischen Armee, aber auch der kanadischen Berufsarmee mit den unsrigen vergleichen. Ein solches Urteil aus fachkundigem Munde sollte uns daher glaubhafter erscheinen als jenes von verschiedenen Kritikern, die nicht einmal anlässlich der Manöver des Bundesheeres die Zeit gefunden haben, unsere Soldaten bei den Übungen zu besuchen und zu beobachten.

Ist es, meine sehr geschätzten Damen und Herren, nicht paradox, wenn auch ein kleiner Teil unseres Bundesheeres im schweren Auslandseinsatz großes Lob erfährt und gleichzeitig der in der Heimat verbliebene Teil nur mit Tadel und Kritik bedacht wird? Gibt es nicht zu denken, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, wenn Ihnen nichts anderes als Kritik einfällt? Und ich glaube sogar, Ihr Wehrkonzept, von dem in den letzten Tagen so viel die Rede war, hüten Sie ja nur deswegen so sorgsam, weil es, obwohl es nur Konzept heißt, auch bloß auf dieser Linie liegt.

Gibt es Ihnen nicht zu denken, wenn Sie hier kritisieren, während österreichische Verbände, die in allem und jedem, in Material und Personal ein kleines, aber immerhin getreuliches Abbild unseres Bundesheeres sind, im internationalen Vergleich und dann, wenn sie von echten Experten beurteilt werden, nur das allerbeste Zeugnis ausgestellt erhalten? Ich glaube, daß Ihre Kritik dann wohl niemand ernst nehmen wird und letztlich die Kritik Ihrerseits am österreichischen Bundesheer auf jene zurückfallen wird, die sie vorbringen.

Zum Unterschied von Ihnen, meine Herren von der rechten Seite, sagen wir als sozialistische Fraktion daher nicht nur unseren Soldaten im UN-Einsatz, sondern auch jenen in der Heimat Dank für ihre Leistungen und zollen ihnen Anerkennung für das Erreichte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Suppan.

Abgeordneter **Suppan** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Sechs Redner der Regierungspartei haben nun im Laufe des heutigen Tages versucht, mit vollkommen untauglichen Mitteln die Politik dieser Regierung hier im Hause zu verteidigen. Ihre Verteidigung, meine Damen und Herren, ist darin gelegen, daß Sie mit Verdrehungen und mit Rückblicken weit, weit in die Vergangenheit zurück gearbeitet haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte klarstellen, daß keiner unserer Vorredner je an den Soldaten, Unteroffizieren

oder Offizieren des österreichischen Bundesheeres Kritik geübt hat. Im Gegenteil: Was wir kritisieren, ist diese Regierung und ist dieser Minister! *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Solange Sie sich in der Opposition befunden haben, war es für Sie eine Selbstverständlichkeit, daß die Fragen des österreichischen Bundesheeres in die Tagespolitik gezogen wurden. Aus reinen parteitaktischen Gründen, meine Damen und Herren der heutigen Regierungspartei, haben Sie damals die Schlagworte: „zuviel Leerlauf“ und „sechs Monate sind genug“ in den Raum gestellt und die österreichische wehrbereite Jugend damit verunsichert, weil Sie dieser wehrbereiten Jugend Luftschlösser vorgegaukelt haben, die Sie niemals in der Lage sind, auch zu verwirklichen.

Nun, meine Damen und Herren, nach vierjähriger Amtszeit, reden Sie anders. Nun möchten Sie den Mantel des Schweigens über die Fragen des österreichischen Bundesheeres legen, nun wäre es Ihnen angenehm, wenn darüber überhaupt nicht mehr gesprochen werden würde.

Ich möchte feststellen, und ich kann mich hier auf ein Schreiben des Herrn Bundesministers beziehen: Es gibt mehr Leerlauf denn je.

Ich beziehe mich auf ein Schreiben des Herrn Bundesministers vom 9. Dezember 1974, in dem er sagt: Im Rahmen des MOB-Heeres wurden weitere 12 Kompanien als Reserveeinheiten aufgestellt, davon zehn Kompanien als Wachkompanien.

Ich erinnere mich noch der Töne des Abgeordneten Mondl von 1966 bis 1970, die er hier in diesem Hause angeschlagen hat:

Meine Damen und Herren! Es gibt mehr Leerlauf denn je!

Die Dienstzeit der österreichischen Präsenzdiener ist nicht kürzer geworden, sie ist länger geworden. Operieren Sie nicht mit 129 Tagen. Es gibt keinen österreichischen Soldaten, der 129 Tage Präsenzdienst geleistet hat! *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Mondl: Das ist auch nicht möglich!)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich aber konkret vier sehr ernststen Problemen zuwenden, vier Fakten, die ich aussprechen möchte, und zwar:

Herr Bundesminister! Wir sind der Meinung: Sie sind nicht immer gesetzestreu!

Herr Bundesminister! Zum zweiten. Wir sind der Meinung: Sie sind wortbrüchig!

Zum dritten, Herr Bundesminister: Wir sind der Meinung: Sie sind säumig!

Suppan

Und zum vierten, Herr Bundesminister, stellen wir fest, daß Sie das Parlament laufend falsch informieren!

Zum Wortbruch, Herr Bundesminister: Am 11. beziehungsweise am 13. Dezember des heurigen Jahres hat eine Sitzung des Zentralausschusses Ihres Ressortbereiches stattgefunden. Man hat dort den einstimmigen Beschluß gefaßt, Ihnen mitzuteilen, daß man mit der von Ihnen vorgeschlagenen Dienstzeitregelung für das Bundesheer nicht einverstanden sei. Der § 10 Abs. 7, Herr Bundesminister, besagt — und ich hoffe, dieses Gesetz hat auch für Sie Gültigkeit —:

„Der Leiter der Zentralstelle hat, sofern es der Zentralausschuß verlangt, vor seiner Entscheidung ein Gutachten der Personalvertretungs-Aufsichtskommission ... einzuholen. Langt dieses Gutachten nicht binnen vier Wochen ab dem Zeitpunkt seiner Anforderung beim Leiter der Zentralstelle ein, so ist dieser berechtigt, seine Entscheidung zu treffen ...“

Herr Bundesminister: Die vier Wochen sind noch nicht vergangen. Ich frage Sie: Haben Sie so ein Gutachten eingeholt? Wenn ja: Warum haben Sie die Dienstzeitregelung für das Bundesheer bereits jetzt schon in Kraft gesetzt?

Herr Bundesminister! Zum zweiten. Wir behaupten: Sie sind wortbrüchig! Mit Schreiben vom 29. Oktober 1974 — ich hoffe, Sie kennen Ihre eigene Unterschrift — haben Sie dem Obmann der Personalvertretung unter anderem mitgeteilt:

„Ich habe weiters Weisung erteilt, daß der Zentralausschuß zu den Beratungen dieser Arbeitsgruppe beigezogen werden soll, damit die Stellungnahme der Personalvertretung Berücksichtigung finden kann.“

Herr Bundesminister! Seit Juli des heurigen Jahres berät diese Arbeitsgruppe über eine neue Dienstzeitregelung. Ich erhebe gegen Sie den Vorwurf, daß Sie wortbrüchig sind, weil die Bundespersonalvertretung zu keiner dieser Beratungen eingeladen wurde.

Zum dritten, Herr Bundesminister. Ich habe erklärt: Sie sind säumig! Am 1. Dezember 1972 ist die 24. Gehaltsgesetz-Novelle in Kraft getreten. Sie haben es verabsäumt, die Überstunden für das Sanitätspersonal Ihres Ressorts zu regeln. Erst in den letzten Tagen — ich glaube, erst gestern — hat das Bundeskanzleramt eine Entscheidung erlassen, wonach auch diesem Personenkreis — immerhin sind es 400 Sanitätspersonen des österreichischen Bundesheeres — nun die Journaldienstzulage zuerkannt wird.

Herr Bundesminister! Ich kenne Fälle, daß Ihr Ressort einzelnen Bediensteten bis zu

30.000 S unter diesem Titel schuldet. Ich erhebe daher noch einmal den Vorwurf, daß Sie säumig sind. Sie haben zwei Jahre benötigt, um diesen Problembereich zu erörtern!

Zum vierten, daß Sie dem Parlament falsche Informationen geben: Auf meine Frage im Finanz- und Budgetausschuß, Herr Bundesminister, hinsichtlich eines „Spiegel“-Interviews haben Sie erklärt — ich zitiere aus der „Parlamentsskorrespondenz“ —:

Wie der Minister weiter mitteilte, könne er sich nicht erinnern, in einem „Spiegel“-Interview die Behauptung aufgestellt zu haben, daß das österreichische Bundesheer zu viele Generäle habe.

Ich räume Ihnen ein, Herr Bundesminister, daß Sie diesen Umstand vergessen haben. Wenn Sie das vergessen haben, würde ich das sehr bedauern; ich möchte nichts hinzufügen. Ich nehme aber eher an, daß Sie bewußt in Ihrer Art so hinsagten: Ich habe ein „Spiegel“-Interview nie gegeben.

Herr Bundesminister! Das „Spiegel“-Interview mit Ihnen — mit Bild aus Ihrem Arbeitszimmer — wurde unter dem Titel „Schnallt Wien ab?“ gebracht. Auf die Frage: „Österreichs Mini-Heer hat fast 90 Generale, wie wollen Sie die loswerden?“, lautete Ihre Antwort: „Es wird noch in diesem Jahr eine vorzeitige Pensionierungs-Aktion geben.“

Herr Bundesminister! Und nun zu dieser Frage vielleicht auch einmal Fakten.

Sie haben im Jahre 1970 ein österreichisches Bundesheer übernommen — um bei Ihrem speziellen Thema der Generale zu bleiben —, in dem es damals 64 Militärpersonen der Dienstklassen IX und VIII gegeben hat. Sie haben abgebaut. Sie haben pensioniert. Im Dienstpostenplan 1975, Herr Bundesminister, finde ich 121 Militärpersonen der Dienstklassen VIII und IX.

Ich frage Sie: Wo ist hier die Reform?

Ich könnte das noch weiter ausführen.

Im Jahre 1970, Herr Bundesminister, sind auf einen General immerhin 705 Soldaten gekommen. Ihre Reform: Im Jahre 1975 kommen auf einen General 363 Soldaten! Das ist scheinbar Ihre Reform, die Sie auf diesem Gebiete durchgeführt haben.

Herr Bundesminister! Daß Sie das Parlament falsch informieren, möchte ich nun an einem zweiten Beispiel demonstrieren. Sie haben in Ihrer ersten Wortmeldung erklärt: 181 Offiziere mehr, 255 Unteroffiziere mehr.

Herr Bundesminister! Können Sie mir sagen, wo ich diese Zahlen finde? — Ich finde sie weder im Dienstpostenplan noch sonst irgend-

12632

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Suppan

wo. Entweder hat der Dienstpostenplan als Gesetz auch für Sie Gültigkeit, oder wird dem Parlament auch von dieser gesamten Bundesregierung mit falschen Zahlen über die Hürden geholfen.

Tatsache ist, Herr Bundesminister: Im Jahr 1970 gab es 1159 Unteroffiziere, im Jahre 1975 — laut Dienstpostenplan — gibt es 1065 Unteroffiziere. Das sind nicht um 255 mehr, das sind um 84 weniger, Herr Bundesminister. Ich könnte Ihnen den Dienstpostenplan ja überreichen, falls Sie ihn noch nicht erhalten haben. Ich weiß es nicht.

So, Herr Bundesminister, könnte ich diese Beispiele, daß Sie das Parlament ständig falsch informieren, fortsetzen. Ich möchte aber schon zum Abschluß kommen.

Hohes Haus! Ich glaube, nicht nur wir von der Österreichischen Volkspartei, sondern viele, viele Österreicher — und es werden täglich und stündlich mehr Österreicher — erkennen, daß Ihre Politik nicht glaubhaft ist. Sie erkennen, daß Ihre Politik nicht sicherheitsfördernd ist. Sie erkennen, daß Ihre Politik nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht.

Diese Österreicher, meine Damen und Herren, und wir von der Österreichischen Volkspartei sagen zu Ihrer Politik nein, nein und nochmals nein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Pay.

Abgeordneter **Pay** (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vorredner, Kollege Suppan, hat jetzt dreimal erklärt, daß die Österreichische Volkspartei nein sagt. Das wäre an sich gar nicht notwendig gewesen. Wir haben ja nichts anderes von der Volkspartei seit vier Jahren erlebt. Zu allen Fragen, die für unser Land lebenswichtig waren, haben Sie nein gesagt. Man könnte ja bei der Fusion im Stahlsektor anfangen. Man könnte die ganzen großen Probleme wiederholen. Aber das brauchen wir heute nicht. Sie haben immer wieder nein gesagt.

Heute haben Ihre zwei Hauptredner — wenn ich sie so bezeichnen kann —, der Herr Kollege Tödling und der Herr Bundesparteiobmann Schleinzer, etwas Neues vorgebracht. Ich glaube, sie haben heute nicht das Wort „Demontage“ verwendet. Vielleicht habe ich es auch überhört. Jahrelang hat man dieses Wort auch immer gehört von der Volkspartei. Heute ist der Vorwurf erhoben worden, wir Sozialisten haben die Politik, die Tagespolitik in das Bundesheer hineingetragen. Das hat sowohl der Kollege Tödling als auch Parteiobmann Schleinzer gesagt.

Wir haben nicht begonnen, das Bundesheer in der Oppositionszeit zu kritisieren. Wir haben hier in diesem Saal begonnen aufzuzeigen, welche Personalpolitik im Bundesheer betrieben wird. Es war der Kollege Zeillinger von der FPÖ. Auch unsere Freunde haben hier im Jahre 1968 und 1969 aufgezeigt, was der Minister Prader für eine Personalpolitik im Bundesheer betreibt. Es hat damals den Anschein erweckt, als ob das österreichische Bundesheer der Republik Eigentum der Österreichischen Volkspartei wäre, und es hat Landesbeamte aus Niederösterreich gegeben, die mit der Aufgabe in das Ministerium versetzt worden sind, dafür zu sorgen, daß dort der ÖAAB immer stärker wird. Das war eure Politik im Bundesheer, und das haben wir aufgezeigt, meine Damen und Herren. Das haben wir aufgezeigt, und das war notwendig. *(Abg. Dr. Gruber: Und aus diesem Bundesheer hat Ihre Regierung noch zwei Minister herausgebracht!)* Wir haben diese Zustände aufgezeigt, weil es notwendig war, weil wir damals gemerkt haben, wohin es geht. Diese Diskussionen sind uns ja noch immer in Erinnerung.

Wenn heute der Kollege Tödling in seiner weiteren Rede, er hat ja hauptsächlich Zeitungsartikel zitiert, erklärt hat, die Herbstmanöver 1974 waren eine einzige Verschleierung, dann haben Sie das Gegenteil von dem gesagt, was der Schleinzer gesagt hat. Er hat erklärt: zum Schluß hat man doch sehen können, daß die Österreicher ein gewisses Gefühl der Sicherheit haben können.

Was war es denn jetzt, eine Verschleierung? Wenn man aber etwas verschleiern will, Kollege Tödling, dann führt man nicht 20.000 Mann auf, so viele Geschütze, so viele Panzer, so viele Flugzeuge, da bleibt man drinnen in den Kasernen. Das war es, Kollege Tödling. Man kann nicht von Verschleierung reden, wenn man etwas Großes der österreichischen Bevölkerung zeigt.

Meine Kollegen, Kollege Mondl und Kollege Troll, haben bereits erwähnt, wie die ausländischen Militärbeobachter der deutschen und der englischen Presse reagiert haben. Das waren doch Beispiele, aus denen hervorgeht, daß sowohl der Ansatz des Manövers, aber auch die Ausbildung unserer Soldaten gut und hervorragend ist. Ihre platonischen Erklärungen, ja, die Soldaten sind eh in Ordnung, aber die Regierung ist schlecht, sind doch ein Widersinn, Kollege Tödling. *(Abg. Tödling: Ja, genau so ist es!)* Wir haben ja dafür gesorgt, daß das Bundesheer in eine vernünftige Bahn hineinkommt, daß wirklich gearbeitet werden kann.

Pay

Ich sage Ihnen noch etwas, meine Damen und Herren von der Volkspartei: Würden Sie nicht immer das Bundesheer schlecht machen, wäre es weitaus besser. Sie setzen ja das herunter, was die Soldaten, die Offiziere und die Unteroffiziere in diesem Heer machen. Sie setzen es herunter. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Darf ich daran erinnern, es ist noch gar nicht so lange zurück, nach dem Manöver hat der Bundesparteibeamte Schleizer — Kollege Tödling, vielleicht haben Sie das Interview im Fernsehen gesehen — heftig das Manöver kritisiert, immer wieder wiederholte er das Wort Politmanöver, kein Wort, im Gegensatz zu heute, des Dankes an die Soldaten und Offiziere, sondern nur Kritik: eine Augen-auswischerei, ein Politmanöver und nichts mehr wäre das gewesen. Das war ganz etwas anderes, was Schleizer vor 14 Tagen gesagt hat und was er heute hier in diesem Haus erklärt hat.

Meine Damen und Herren, Sie kritisieren immer wieder und sagen, die sechs Monate Dienstzeit hätten einen größeren Leerlauf gebracht als die neun Monate Dienstzeit. Erstens stimmt das nicht, Sie sprechen gegen Ihre eigene Überzeugung, und zweitens möchte ich hier fragen, was ich den Kollegen Marwan schon bei der Diskussion mit den Soldaten gefragt habe, wann wir diese Diskussionen gemeinsam abführen.

Er wettet immer gegen die sechs Monate Dienstzeit, das sei zu wenig, die Soldaten seien schlecht ausgebildet, sie kommen dann nur in die Schreibstuben. Ich habe Sie gefragt, Kollege Marwan: Wollen Sie die sechs Monate abschaffen, ja oder nein? Geben Sie eine klare Antwort! Wollen Sie die Dienstzeit heraufsetzen oder nicht? Wollen Sie bei den sechs Monaten bleiben oder nicht? Es steht ausdrücklich fest, meine Damen und Herren, wenn das bestritten wird *(Abg. Kinz: Nein, wir haben die Antwort sehr deutlich gegeben!)*, wir haben ein anderes Wehrgesetz gehabt, neun Monate minus 14 Tage Urlaub, plus 126 Tage, und da war die Wehrungerechtigkeit, weil viele Soldaten fünf- und sechsmal einberufen worden sind und andere sind nie drangekommen. Das war ein Viertagedienst, Instruktion und Inspektion.

Heute machen wir Waffenübungen, die mehr Sinn haben. Die Soldaten sind länger dabei, sie können mehr tun und mehr üben. Das ist der Unterschied zwischen Ihrer Wehrpolitik und unserer. Auch etwas, das man immer wieder aussprechen soll. *(Beifall bei der SPÖ.)* Früher neun Monate minus 14 Tage plus 126 Tage, und heute haben wir sechs Monate Dienstzeit, und nach allen Erklärungen der

Fachleute genügt das, um gute Soldaten auszubilden. Das wollen Sie bestreiten. Wir behaupten, daß das der Fall ist.

Sie tun krankjammern und nein sagen. Und warum, meine Damen und Herren, ist auch verständlich. Der Exvizekanzler Withalm, Generalsekretär Withalm, ein paar Monate war er Parteibeamte *(Abg. Graf: Das wissen wir eh alles!)*, hat in einer Rede erklärt, was uns besonders trifft, ist nicht nur, daß wir diese Wahl verloren haben, er meinte 1970, sondern daß wir nichts mehr mitzuentcheiden haben, daß wir nicht mehr mitreden können. Da liegt Ihr wunder Punkt, Sie können nicht mehr mitreden und Sie können das als konservative Partei überhaupt nicht vertragen. Deswegen sind Sie außer Rand und Band, weil Sie das einfach nicht können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Kollege Kraft, ein paar Worte noch zu ihm, hat wörtlich erklärt, es gibt kaum eine Einsatzbereitschaft des Bundesheeres. Das ist wieder eine Diffamierung, meine Damen und Herren. Damit setzt man doch die Arbeit der Offiziere, Unteroffiziere, der Soldaten und der Längerdienenden herunter, wenn man erklärt, sie haben nichts getan. Das ist doch ein Unsinn. Es steht einwandfrei fest, Kollege Tödling, daß der Ausbildungsstand der Truppe gut ist. Es steht einwandfrei fest, und Sie können dazu sagen, was Sie wollen.

Dann hat er noch ein Wort verwendet, der Kollege Kraft, er hat erklärt, man soll an der Grenze Tafeln aufstellen, worauf zu stehen hätte, das Bundesheer sei nicht einsatzbereit und so weiter. Das österreichische Bundesheer hat einen klaren Auftrag erhalten, gemeinsam beschlossen in der Koalitionsregierung *(Abg. Kinz: Sie haben falsch zitiert, Herr Kollege!)*, gemeinsam beschlossen 1956, welche Aufgaben das Bundesheer zu erfüllen hat.

Eines, meine Damen und Herren, kann ich Ihnen sagen — es möge nie eintreten —, diese Regierung wird diese Aufträge bestimmt weitergeben, und es werden keine Tafeln aufgestellt, es werden aber auch keine Schranken niedergerissen von Angehörigen des Bundesheeres, wie es im März des Jahres 1938 der Fall war, das muß man auch einmal aussprechen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das ist eine Diffamierung, wenn man das Bundesheer so heruntersetzt, als ob es überhaupt keine Kraft hätte, das Land zu verteidigen. Ich bin überzeugt davon, daß unsere jungen Leute, wenn es zu einem Ernstfall käme, was wir alle miteinander, glaube ich, nicht wünschen, auf keinen Fall wünschen, daß unsere jungen Menschen im Bundesheer und die ganze österreichische Bevölkerung

12634

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Pay

sich verteidigen werden, weil sie weiß, was sie zu verlieren hat; nicht nur unser Land, sondern alles, was wir erreicht haben seit 1945, meine sehr geschätzten Damen und Herren (*Abg. Dr. Wiesinger: Gemeinsam erreicht!*), gemeinsam erreicht, ja, gemeinsam erreicht, Kollege Wiesinger. (*Beifall bei der SPO.*)

Weil früher Körner zitiert worden ist, darf ich auch ein paar Sätze von General Körner noch sagen. Wir wissen, meine Damen und Herren, daß die Durchführung der Wehr-gesetznovelle bei vielen Angehörigen des Bundesheeres, ich spreche es offen aus, den Offizieren, wahrscheinlich auf inneren Widerstand gestoßen ist. Ich kann das verstehen, sie sind ja zum Großteil, sagen wir, bei Gott nicht uns nahestehend.

Aber hier sollte auch etwas gelten, was General Körner in seinem Abschiedsbefehl im Jahre 1924 gesagt hat: „Die meisten Reibungen im militärischen Getriebe haben letzten Endes ihre Ursachen darin, daß diese Aufgaben noch nicht allseits erkannt, ihre Lösung noch nicht ernstlich versucht wurde, weil sie viel Zeit, Mühe und bei manchen auch innere Überwindung verlangt.“

Das, meine Damen und Herren, möchte ich auch zitieren, weil es auch dazugehört zur Einstellung, die wir heute in unserem Bundesheer brauchen. Dann bin ich überzeugt davon, daß sich manches noch bessern wird. Daß alles gut ist, haben wir nicht behauptet, Herr Kollege Tödling. (*Abg. Tödling: Wen verdächtigen Sie damit?*)

Ich werde jetzt gleich etwas sagen, was meiner Meinung nicht gut ist, Herr Bundesminister. Ich glaube — und hiemit komme ich doch zum Abschluß —, wir müßten uns doch ein Mehrjahresprogramm erarbeiten, um die Unterkünfte in absehbarer Zeit zu sanieren. Was man da bei Truppenbesuchen erlebt — ich denke hier an die Kaserne Straß (*Abg. Tödling: Ist das jetzt Kritik am Bundesheer, oder was ist das? Der Androsch hat ja kein Geld!*) — ist denn etwas dabei, ich spreche es offen aus —, ich denke an den Truppenübungsplatz Seetaleralpe. (*Abg. Tödling: Wenn der Staat pleite ist, kann er nichts machen!*) Wenn man hier ein Mehrjahresprogramm machen wird — und wir werden uns bemühen, das zu machen —, meine Damen und Herren, dann werden wir auch diese Dinge besser machen.

Aber Sie haben auch vieles überhaupt nicht machen können, Herr Kollege Tödling. Sie wollten aus dem Bundesheer eine Parteiarmee machen. Das haben wir verhindert. Wir haben ein gutes Bundesheer. Wir stehen zu diesem

Bundesheer, wir stehen zur Landesverteidigung, sowie wir das 1955 hier in diesem Hohen Haus beschlossen haben. (*Beifall bei der SPO.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister. Bitte.

Bundesminister für Landesverteidigung Lüt-gendorf: Hohes Haus! Ich werde mich bemühen, die große Palette der verschiedenen Fragen möglichst klar und schnell zu beantworten.

Zunächst einmal lag mir die Festlegung einer Verteidigungsdoktrin besonders am Herzen. Ich habe das bereits in meinem Bundesheerreformplan 1971 mit zu den Prioritäten gesetzt gehabt. Wie Herr Abgeordneter Peter heute auch schilderte, sind wir nunmehr soweit, daß das Parlament hiemit befaßt werden kann. Der Bundeskanzler hat bei der Jugendkonfrontation am 7. Dezember gesagt, daß noch im Jänner diese Vorlage vom Minister-rat eingebracht wird, sodaß fest damit zu rechnen ist, daß auch tatsächlich in der Frühjahr-session die Verabschiedung dieser Novelle zum Bundesverfassungsgesetz eintreten wird.

Die Frage des Herrn Abgeordneten Peter, welche Maßnahmen für eine stärkere Landesverteidigung vorgesehen sind: Ich darf vielleicht ganz kurz umreißen: Es wurden, ganz abgesehen von der finanziellen Unterstützung, wie sie das Investitionsprogramm vorsieht, eine Reihe von Konzepten ausgearbeitet, um vor allem am Gerätesektor wesentliche Verbesserungen vorzunehmen. Das betrifft hauptsächlich einmal die Luftraumüberwachung und zum zweiten die Landwehr, hier im konkreten wieder das Panzerabwehrkonzept.

Darüber hinaus darf ich sagen, daß wir es für fast alle Waffengattungen für notwendig befunden haben, eigene Konzepte festzulegen, sodaß, da auch diese Konzepte mit in die Bundesheerreform fallen, die Realisierung auch hier wieder nur nach einer gewissen Dringlichkeitsfolge vorgenommen werden kann. Wir hoffen aber doch, daß wir mit Beginn der achtziger Jahre ein ganz anderes Bundesheer repräsentieren können, als es heute gegenwärtig dasteht.

Hier darf ich gleich eine Frage beantworten, weil sie damit in Zusammenhang steht. Der Herr Dr. Prader hat gefragt, ob wir uns auch über das Nachfolgemuster für M 47 Gedanken gemacht haben. Natürlich ist gegenwärtig auch ein systemanalytisches Team der Industrie beauftragt worden, auf Grund der österreichischen Geländeverhältnisse, der Finanzierungsmöglichkeiten, der Panzerstärke von Nachbar-

Bundesminister Lüttgendorf

staaten Vorschläge zu entwickeln, wie der Nachfolgepanzer von M 47 einmal aussehen soll.

Es mag erscheinen, daß die Realisierung der Heeresgliederung 1972 kaum möglich ist, wenn man die kleinen Schritte, die wir bisher gemacht haben, als Maßstab nimmt. Dazu möchte ich aber sagen, daß es aus sehr gründlichen Überlegungen erfolgte, keine größeren Veränderungen vorzunehmen. Wir legen in erster Linie Wert darauf — auf Grund der allgemeinen politischen Lage im zentraleuropäischen Raum —, die Mobilmachungsfähigkeit unbedingt zu erhalten. Wir werden jedoch im Jahr 1975 und 1976 einige Zäsuren vornehmen, die dann schon ein wesentlich anderes Bild, auch äußeres Erscheinungsbild der Heeresgliederung 1972 darstellen werden.

Was das Koordinierungsbüro im Bundeskanzleramt anbelangt, jenes Büro, das sich mit der Koordinierung aller Fragen der umfassenden Landesverteidigung zu befassen hat, bin ich zwar nicht kompetent hiefür zu sprechen, aber da ich persönlich angesprochen wurde, darf ich nur sagen: Soweit es von meinem Ressort aus überblickbar ist, ist dieses Büro äußerst aktiv gewesen. Es haben schon vier Sitzungen des kombinierten Fachstabes stattgefunden, es wurden eine eingehende Inventarisierung und Evidenz und ein Rückblick der bisher geleisteten Aufgaben in den einzelnen Ressorts vorgenommen, und es wurden bereits die ersten Ziele gesetzt für die weiteren Tätigkeiten, insbesondere auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Landesverteidigung.

Hier möchte ich gleichzeitig eine Frage des Herrn Abgeordneten Kinzl beantworten. Natürlich liegt auch dem militärischen Bereich die Bevorratung sehr am Herzen. Wir sorgen nicht nur im eigenen Bereich dafür, für die ersten zehn Kampftage ausreichend verpflegt zu sein, sondern darüber hinaus sind wir auch bestrebt, um nicht die Ernährung der Bevölkerung vielleicht schmälern zu müssen, auch gewisse Rohproduktreserven anzulegen. Gegenwärtig haben wir ein solches Vorratslager an Brotgetreide für Bundesheerzwecke angelegt.

Was die Vorbelastungen anbelangt, wonach mich der Herr Abgeordnete Dr. Prader gefragt hat, so beziehen sich diese hauptsächlich auf Munition verschiedenster Art und Kaliber, ferner auf das sehr langfristige Rahmenprogramm, wobei aber den Vertrag mit den Steyrerwerken nicht mein Amtsvorgänger, sondern ich abgeschlossen habe, und zwar über die Lieferung von 1600 Pinzgauern und zusätzlich noch 300 LKWs 680 M, ferner ge-

wisse Vorbelastungen am Fernmeldegerät, Ersatzteilen und noch Restzahlungen aus vorangegangenen Flugzeugbeschaffungen.

Es wurde auch heute zweimal die Frage der Altkasernensanierungsmöglichkeiten angeschnitten. Dazu darf ich sagen, daß es nicht am Verteidigungsministerium allein, sondern auch an den Käufern liegt. Also trotz Inserierung muß man dann auch die Interessenten finden, teils Gemeinden, teils die Landesregierungen, teils die Privatkäufer, die dann auch tatsächlich bereit sind, dies zu kaufen. Da muß ich natürlich wirtschaftlich denken, ich kann nicht wertvolle Baugründe um einen Pappenstiel hergeben. Ich muß mich hier natürlich an die offiziellen Schätzungen halten. Ich bin jederzeit gerne bereit, die Zustimmung zu den Verkaufsverträgen zu geben, da hiefür bekanntlich ja nicht das Verteidigungsressort, sondern das Bautenressort kompetent ist.

Dr. Praders leere Truppenteile werden aber — das muß ich ihm schon auch entgegenhalten, gerade in diesen Zeiten, in denen keine Vollkontingente einberufen wurden — reichlich mit der Durchführung von Truppenübungen, Inspektionen und Instruktionen befaßt.

Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, werden wir allein im nächsten Jahr rund 100.000 Reservisten einberufen, die ihre Truppenübungen abzuleisten haben. *(Abg. Doktor Bauer: Da brauchen Sie für jeden einen eigenen Bescheid bei der Besoldung, Herr Bundesminister! Das wird ein Gspäß! — Abg. Dr. Fischer: Kollege Bauer, bescheidener sein bei Zwischenrufen!)*

Ich bin jedem Herrn sehr dankbar, der mich beim Kampf für den Abbau der Verwaltungsorganisation und der Administration unterstützt, aber je größer die Werte in einer Armee sind, desto wesentlicher ist, daß diese Werte auch ordnungsgemäß verwaltet werden. Und daher kann man nicht erwarten, daß man in kurzer Zeit vielleicht auch Stäbe entsprechend reduzieren kann.

Herr Dr. Schleinzler hat mich auf das Investitionsprogramm angesprochen. Dazu darf ich sagen, daß sich dieses achtjährige Investitionsprogramm auf die Bereiche der Landwehr, der Heeresmotorisierung, der Panzerabwehr, der Luftraumüberwachung und auf die Infrastruktur bezieht.

Einige wesentliche Zahlen: Heeresmotorisierungsprogramm in der Größenordnung von 2,250 Milliarden Schilling, die Panzerabwehr in der Größenordnung von 1,3 Milliarden Schilling, Luftraumüberwachung 1,7 Milliarden Schilling, die Notwendigkeiten der gesamten Infrastruktur würden einen Betrag — alles

12636

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Bundesminister Lütgendorf

nach den Baukostenpreisen von 1973 — von rund 5 Milliarden Schilling ausmachen.

Die Jahrestangente ist leider im Jahre 1975 nicht voll erfüllt worden, nachdem ja durch das Bundesministeriengesetz auch hier die Budgetierung nunmehr beim Bautenministerium liegt. Aber wir werden zweifelsohne auch im nächsten Jahr im Interesse der Aufrechterhaltung der Bautätigkeit und Sicherung der Arbeitsplätze weitere Mittel flüssigmachen müssen.

Es werden auch nach der Heeresgliederung 1972 keine Brigadestäbe aufgelöst, und es hat die Bildung des Armeekommandos keine zusätzlichen Dienstposten von der Truppe verlangt, denn dieses Armeekommando wurde ja bekanntlich durch Zusammenlegung des ehemaligen Gruppenkommandos 1 und des Kommandos Luftstreitkräfte geschaffen.

Wenn Dr. Schleinzer hier erklärt hat, daß mit den Manövern politischer Mißbrauch betrieben worden wäre, dann möchte ich nur dazu sagen, daß ich im Herbst 1973 dem Armeekommandanten den Auftrag gegeben habe, in diesem Jahr Manöver durchzuführen, Manöver, die aber anders zu gestalten sind als in der Vergangenheit, weil es hier darauf ankommt, klar die militärische Einsatzfähigkeit der Züge und der Kompanien zu überprüfen. Das war ein rein militärischer Ausbildungsauftrag und kein politischer Mißbrauchsauftrag. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte auch zur Klarstellung noch einmal hervorheben, daß nicht 8000 Reservisten einberufen werden mußten, um Manöver abzuhalten, sondern wir haben bewußt 8000 Reservisten im Rahmen von Truppenübungen einberufen, um sie zu testen, um festzustellen, wie deren Ausbildungsstand ist. Wir hätten auch 20.000 einberufen können.

Herr Abgeordneter Kinzl hat noch zum Ausdruck gebracht, daß neue Überlegungen hinsichtlich der Kantinenpreise der Zigaretten anzustellen wären. Das ist richtig, es laufen auch hier Verhandlungen mit all den in Betracht kommenden Stellen.

Jeder Soldat, der den Wunsch hat, in Uniform auszugehen, kann eine Ausgangsuniform auffassen. Der Anteil jener ist verhältnismäßig gering, größer der Anteil in den westlichen Bundesländern und in den kleinen Garnisonen, geringer in den Großgarnisonen. Aber es ist natürlich auch aus wirtschaftlichen Gründen wohl verständlich, daß man nicht automatisch allen eine Ausgangsuniform gibt, wenn die dann nur im Kasten hängen bleibt und nicht benützt wird.

Wie schon gesagt, die 6 Millionen Schilling für Mob-Verpflegungsvorsorge sind so zu verstehen, daß eine neuerliche Überprüfung, vor allem der Lebensmitteluntersuchungsstelle, gezeigt hat, daß die bereits schon lagernden Vorräte, vor allem Konservenbestände, eine längere Lagerfähigkeit haben, daher die Umsetzzeit bei der Truppe etwas hinausgeschoben wurde und der unmittelbar notwendige Nachholbedarf nicht eine Größenordnung einnahm, daß man mit einem Betrag von 6 Millionen Schilling nicht hätte das Auslangen finden können.

Ich muß Ihnen widersprechen, Herr Abgeordneter Dr. Bauer *(Abg. Dr. Bauer: Das habe ich mir so vorgestellt!)*, ich für meine Person habe kein gestörtes Verhältnis zum Hohen Haus. Wenn Sie ein gestörtes Verhältnis zu mir persönlich hätten, dann würde mir das sehr leid tun, aber auch von meiner Seite: ich weiß nicht, wo die Störungen hier liegen sollen.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Suppan! Sie können mich — *(lebhaftes Heiterkeit)* — mit Ihren vier Feststellungen wirklich nicht überzeugen. Ich möchte hier nur sagen, daß ich ja den Auftrag gegeben habe, ein Gutachten einzuholen, zweitens, daß ich alles von meiner Seite getan habe, um die Personalvertreter nicht nur laufend über meine Absichten zu orientieren, sondern sie auch einzuladen mitzuwirken. Wenn das da oder dort einmal nicht geschehen sein mag, lag das jedenfalls nicht an mir. Den Auftrag dazu habe ich aber gegeben gehabt.

Was die 24. Gehaltsgesetz-Novelle, Journaldienstzulage für das Sanitätspersonal, anbelangt, darf ich sagen, daß sich gerade die Beamten meines Ressorts seit Erlassung dieser Novelle bemüht haben, für alle einzelnen Berufsgruppen des Bundesheeres möglichst bald die Abrechnungen oder Überleitungen der Zulagen nach der neuen Gehaltsgesetznovelle zu erreichen.

Bei 76 verschiedenen Berufsgruppen innerhalb eines Ressorts ist es sehr schwer. Es gelang eben erst vor kurzem, das Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt und dem Finanzministerium herzustellen, wobei ich ja wieder nur als die antragende Stelle an die beiden vorhin genannten Ressorts herantreten kann.

Der Herr Abgeordnete Pay hat auf ein Mehrjahresprogramm bei Neubauten aufmerksam gemacht. Dazu darf ich sagen, daß wir zuerst einmal auch im Rahmen des Bundesheerreformplanes den sogenannten Dislozierungsplan 1975 kennen, ein langfristiges Programm. Zum zweiten wurde ein sehr

Bundesminister Lütgendorf

detailliertes Programm von Beamten des Heeres-Bau- und Vermessungsamtes über notwendige, großzügige, tiefgreifende Erneuerungen alter Objekte ausgearbeitet. Außerdem ist derzeit noch ein Neubauprojekt unter Anwendung von Fertigteilbauelementen in Projektierung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Marwan-Schlosser.

Abgeordneter **Marwan-Schlosser** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! In einem Zeitraum von 20 Minuten kann man nicht alle Unrichtigkeiten widerlegen, die während der Debatte aufgestellt wurden. Ich kann daher nur auf einige Aussagen antworten.

Der Abgeordnete Wodica hat heute den Reigen mit dem Wunsche nach „Heraushaltung“ aus dem politischen Tagesstreit eröffnet. Durchaus, wir sind dazu immer bereit gewesen. Aber wenn der Herr Abgeordnete Wodica damit meint: Keine Kritik!, dann nein. Kritik ja. Aber ich nehme an, daß der Abgeordnete Wodica — sich an die Parteilinie haltend — nicht einmal eine Diskussion über den Zustand des Bundesheeres haben will. Denn ich darf doch festhalten, daß es 17 Monate lang nicht möglich war, den Landesverteidigungsausschuß einzuberufen, und es nunmehr wieder ein Jahr her ist, seit wir uns damals vertagt haben mit dem Wunsch, den Zustandsbericht später zu behandeln, nämlich wenn im Landesverteidigungsrat der geheime Teil vorausbehandelt worden ist.

Der Abgeordnete Haas sprach über das UNO-Bataillon und führte aus, daß man in UNO-Kreisen unserem Heer Lob zollt. Das stimmt. Er sagte aber, daß man in Österreich das Heer kritisierte.

Herr Abgeordneter Haas, dazu ist zu sagen: Erstens einmal ist ein Unterschied zwischen Wachdienst und Felddienst. Zweitens kritisieren wir nicht unsere Soldaten, unsere Soldaten loben wir. Kritik aber üben wir am Bundeskanzler, an der Regierung und an der SPÖ. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Abgeordnete Haas hat wieder einmal typischerweise jene Methode der Sozialisten anwenden wollen, indem er den Spieß umdreht, also den Sinn unserer Kritik umfunktionieren will: Weg von der Regierung, hin auf die Soldaten! Er will uns verdächtigen.

Herr Abgeordneter Pay! Wir setzen das Bundesheer nicht herunter, sondern wir beloggen die Durchhaltesoldaten. Wir kritisieren aber in ernster Sorge um die Einsatzbereitschaft des Bundesheeres die politische Führung.

Abgeordneter Wodica stellte, so wie andere Abgeordnete und auch Haas, die Frage: Wo waren Sie während der Manöver? Ich habe, weil ich Mittwoch verhindert war, den Herrn Minister gebeten, Donnerstag an den Manövern teilnehmen zu dürfen. Der Herr Minister hat gesagt, das sei unerwünscht. Ich möchte dazu dem Herrn Abgeordneten Wodica gegenüber bemerken: Ich lasse mir nicht gerne gesellschaftspolitische Drehbuchtürken vorführen, wenn ich mich vom Ausbildungsstand des Heeres überzeugen will.

Ich habe bereits gesagt: Seit 1971 wurde es durch die Sozialisten verhindert, daß der Landesverteidigungsausschuß die Möglichkeit hat, über die Auswirkungen der SPÖ- und FPÖ-Wehrreform zu diskutieren. Seit drei Jahren wird dies unterbunden. Dafür allerdings bekommen wir Einblick in die wirklichen Zustände des derzeitigen Heeres durch unsere Gespräche mit den Soldaten anlässlich der Kontaktgespräche.

Die Grundwehrdiener sagen: Der Jugend und der Öffentlichkeit wurden eine Verkürzung der Wehrdienstzeit von neun auf sechs Monate, eine gestraffte Ausbildung und die Beseitigung des Leerlaufes versprochen. Und was wird uns heute geboten?

Die Grundwehrdiener sagen: Wir fühlen uns belogen und betrogen. An Stelle von sechs Monaten müssen wir acht Monate dienen. Die Ausbildung ist kurz und unzulänglich, dafür ist die Leerlaufzeit länger.

Herr Abgeordneter Schlager! Sie haben Ihr Wahlversprechen nicht gehalten. Sie behaupten es nur. Zugegeben, Hohes Haus, jene, die das sagen, sind Systemerhalter. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Von 44.000 Rekruten werden jährlich rund 21.000 Mann als Systemerhalter eingesetzt. Das sind rund 45 Prozent unserer Jungmänner, die nicht zu Soldaten herangebildet werden, sondern reinblütige Leerlaufsoldaten sein müssen. Jedes Jahr werden rund 20.000 Rekruten nur einer sechs- bis achtwöchigen AGA, einer allgemeinen Grundausbildung, unterzogen. Eine WGA, also eine waffeneigene Grundausbildung, erhalten sie nicht. Nach der sechswöchigen AGA dienen diese Systemerhalter ihre übrige Dienstzeit ab als Wachposten, Hilfsarbeiter, Lagerarbeiter, Kraftfahrer, Telefonisten, Schreiber, Köche und Professionisten. Sie sind also keine Soldaten, sondern Systemerhalter. Begreiflich, daß diese Männer sich enttäuscht fühlen und verärgert sind. Denn Soldaten möchten sie sein, Hilfsarbeiter aber nicht.

12638

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Marwan-Schlosser

Vor zwei Wochen sagte ein Jungmann zu uns während der Kontaktgespräche: Ich bin Kaufmannsgehilfe, kann stenographieren, maschinschreiben und anderes mehr. Jetzt muß ich Monate hindurch Kohlen tragen und Straßen kehren. Ich bin verbittert, alle meine Kameraden hier sind enttäuscht!

Der Herr Abgeordnete Schlager meinte, die ÖVP schieße mit schwerer Munition und sagt, die Truppe sei nicht einsatzbereit. Diese Behauptung ist ein Rohrkrepierer! — so der Abgeordnete Schlager. Nun, Herr Abgeordneter, ich werde mich bemühen, den Beweis für unsere Aussage anzutreten, und zwar einen Beweis, den der Herr Bundesminister selbst gegeben hat. Wir sollten uns im Verteidigungsausschuß einmal ernsthaft mit der Frage befassen, was wir unter Einsatzbereitschaft überhaupt verstehen müssen oder sollen.

Wie sieht es mit der Einsatzbereitschaft unseres Aktivheeres aus? — Auf meine Frage im Budgetausschuß hat mir der Herr Minister schriftlich geantwortet: „Eine Jägerkompanie ist dann einsatzbereit, wenn sie personell und materiell wenigstens 80 Prozent des Sollstandes erreicht hat und dieses Personal einen entsprechenden Ausbildungsstand hat.“ So definiert der Herr Bundesminister die Einsatzbereitschaft einer Truppe.

Nun hat der Herr Verteidigungsminister im Rahmen des Regierungsberichtes vom 21. Mai ausgesagt, daß eine jederzeit einsatzfähige Bereitschaftstruppe vorgesehen ist, welche, so sagt er schriftlich, sofortige Reaktionen sowie eine geordnete Mobilmachung von Landwehrkräften gewährleistet.

Nun wiederhole ich die vorangegangene Erklärung, wonach eine Truppe nur dann einsatzfähig ist, wenn sie wenigstens 80 Prozent der Soll-Stärke hat.

Ich stellte an den Herrn Bundesminister erneut die Frage: Verfügt unsere Regierung über einsatzbereite Truppen? Der Herr Minister gab uns Zahlen über die Bereitschaftstruppe bekannt. Die Zahlen der vorgesehenen Soll-Stärke hat er richtig angeführt, doch bei der Ist-Stärke wird verschleiert.

Der Herr Minister faßt die Ist-Stärke der freiwillig verlängerten Grundwehrdiener und der Durchdiener ganz einfach zusammen. Dadurch verschleiert er ein ganz wichtiges Faktum: Er vertuscht damit die entsetzlich geringe Zahl von freiwillig verlängerten Grundwehrdienern. Diese betragen lediglich 5 Prozent, 62 Prozent sollten es sein. Das, Herr Minister, ist die Pleite Ihrer Bemühungen, die Sie vor dem Hohen Haus hier verschleiern wollen.

Und noch einen weiteren Schleier haben Sie über den Zustand der Bereitschaftstruppe gelegt: Sie haben auch die Zahlen aller Grundwehrdiener zusammengeworfen. Sie aber wissen doch, daß die Rekruten bis zur achten Ausbildungswoche keine waffeneigene Grundausbildung haben und daher nicht zu den Dienern, die im dritten bis sechsten Ausbildungsmonat stehen, gezählt werden dürfen. Ganz abgesehen davon, daß die Bundesheerreform-Kommission ausdrücklich empfohlen hat, daß Sechsmonats-Grundwehrdiener grundsätzlich nicht der Bereitschaftstruppe angehören sollen.

Wie also setzt sich die Bereitschaftstruppe derzeit wirklich zusammen, Herr Minister? 24 Prozent Kader, 5 Prozent Freiwillige, 10 Prozent Durchdiener, das sind zusammen 40 Prozent. Und zählt man großzügigerweise noch die 20 Prozent Grundwehrdiener, die im vierten bis sechsten Ausbildungsmonat stehen, dazu, dann hält die Bereitschaftstruppe bei 60 Prozent.

Herr Minister! Sie haben uns heute geantwortet, daß es mit den Freiwilligen bereits besser ginge. Seit dem 1. 1. 1974 hätten Sie das Kaderpersonal um 800 Mann und etwas darüber erhöht. Nicht gesagt haben Sie, wie hoch der Abgang in derselben Zeit war, ob das ein echtes Mehr ist oder ob der Abgang davon wekommt. Sie, Herr Minister, sagen aber selbst, daß eine Truppe erst dann einsatzbereit ist, wenn sie wenigstens 80 Prozent der Soll-Stärke hat. Ich habe ausgeführt, die Bereitschaftstruppe hat nur 60 Prozent. Nach Ihrer eigenen Erklärung, was Sie unter „Einsatzbereitschaft“ verstehen, müssen nämlich mindestens 80 Prozent oder mehr vorhanden sein. 60 Prozent sind nur vorhanden. Daher kann Ihre Bereitschaftstruppe nicht als einsatzbereit bezeichnet werden. Wir müßten sie erst durch Mobilmachung auffüllen. Herr Abgeordneter Schlager, diese Feststellungen sind kein Krankgejammer, ich möchte das schärfstens zurückweisen, Hohes Haus!

Bedauerlicherweise stellt der Herr Landesverteidigungsminister indirekt fest — er muß es ja auch feststellen —, daß er nur nach Mobilmachung einsatzbereite Bataillone hat. Hohes Haus, hier dürfen wir nicht schweigen. Diese Tatsache müssen wir hier im Hause zur Kenntnis nehmen, wenn wir unserer Sorge um die Sicherheit Österreichs wirklich gerecht werden wollen.

Herr Minister, warum rühren Sie nicht lautstark Ihre Werbetrommeln, damit sich die Durchdiener melden. Sie könnten doch seit 1971, spätestens 1972 so viele Durchdiener anwerben, daß Sie wenigstens das Soll auf-

Marwan-Schlösser

füllen durch Durchdiener, dann hätten Sie wenigstens jenen einsatzbereiten Zustand, wie er früher unter Minister Prader war.

Ich sehe, daß meine Zeit fortgeschritten ist, ich muß daher diese Begründung ... (*Zwischenrufe bei der SPO: Abgelaufen!*) Hohes Haus! Es ist aber sehr betrüblich, daß man so ernste Probleme in solcher Kürze besprechen muß, weil die sozialistische Mehrheitspartei einfach seit 3 Jahren nicht bereit ist, über den wirklichen Zustand des Bundesheeres im Verteidigungsausschuß zu sprechen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es wäre sehr interessant, noch über die Landwehr selbst zu sprechen, denn das soll ja der Kernpunkt sein. Ich halte es für möglich, daß nach dem neuen Wehrsystem nach dem Jahre 1980 Landwehrverbände erstanden sein können, doch nur dann, wenn die Truppenübungen planvoll und zielstrebig durchgezogen werden, und vor allem erst dann, Herr Minister, wenn die Grundvoraussetzung, nämlich genügend Kaderpersonal vorhanden ist. Doch immer wieder bezweifle ich deren rechtzeitige Mobilmachung und daher deren praktischen Wert in der Stunde einer brennenden Gefahr.

Dazu kommt ein Weiteres: Die Theorie von der Schlacht, die in tausende Gefechte aufgelöst werden müßte: ich nehme an, daß sich die Theoretiker im klaren darüber sind, was diese Lehre vom Einzelkämpfer praktisch verlangt. Auch hier wäre es für mich als Obmann des Landesverteidigungsausschusses sehr angenehm, wenn man einmal diese Kampftheorie, die man jetzt entwickelt hat, ehrlich diskutieren würde und dazu dem Landesverteidigungsausschuß die Möglichkeit geben könnte.

Den höchst erzielbaren Abhalte- und Abwehreffekt erblicke ich in einer starken und gut funktionierenden Bereitschaftstruppe, die weitgehend aus Freiwilligen besteht. Diese Druckknopfbrigaden müssen jederzeit alarmbereit sein, das heißt, in ihrer Einsatzbereitschaft keine Mobilmachung vorangehen zu lassen.

Doch selbst der Kampfwert der Bereitschaftstruppe bleibt solange problematisch, solange nicht zumindest eine zeitweilige eigene Luft- raumsicherung möglich ist. Ein Krieg besteht aus zwei Elementen, aus Feuer und Bewegung. Eine Bewegung von Bereitschaftstruppen bei einer feindlichen Luftherrschaft aber ist so gut wie nicht möglich.

Als völlig ungelöst betrachte ich die Kaderheranbildung für das Reserveheer und die Verjüngung dieses Kadere. Hier werden wir

spätestens nach Auslaugung der Mondl-gezogenen vor einer Katastrophe halten.

Dem Herrn Abgeordneten Mondl war es vorbehalten, heute zu behaupten, die ÖVP hat nur wegen zweier nebensächlicher Punkte der Wehrgesetznovelle 1971 nicht zugestimmt.

Herr Abgeordneter Mondl! Wir haben unter anderem deswegen nicht zugestimmt, weil die Sicherstellung der Bereitschaftstruppe und die Sicherstellung des Kaderpersonals für das Reserveheer nicht gegeben waren. Heute, nach dreijähriger Regierungstätigkeit und Inkrafttreten dieses Gesetzes, ist der Beweis erbracht, daß unsere Befürchtungen leider eingetreten sind.

Zum Schluß kommend möchte ich zusammenfassen: Wir brauchen weder schöne Worte noch Illusionen. Was wir brauchen, sind jederzeit einsatzbereite Bataillone. Wir brauchen gut ausgebildete Kampsoldaten, wir wollen kein Massenheer systemerhaltender Gewehrträger, die kaum schießen, keinesfalls kämpfen können.

Herr Minister! Ihre Generale — hier weise ich auf das hin, was unser Bundesparteiobmann schon gesagt hat —, Ihre Generale haben unter Führung des Generaltruppeninspektors Ihnen rechtzeitig gesagt: Dieses System ist nicht möglich, weil die Voraussetzungen nicht geschaffen sind. Herr Minister, Ihr Armeekommandant formulierte um und sagte: Dieses System ist möglich, wenn die Voraussetzungen geschaffen sind. Offensichtlich wollte er den Negativbeweis antreten. Nun ist der Negativbeweis erbracht. Ihr Ziel, genügend Freiwillige zu bekommen, haben Sie nicht erreicht. Auswege auf der Basis der Freiwilligkeit sind Ihnen keine eingefallen. Sie haben offenbar den Glauben — jetzt wiederhole ich das Wort vom Glauben —, Freiwillige zu bekommen, aufgegeben. Denn Ihre Antwort an mich lautet, Sie sehen im Budget für nächstes Jahr freiwillig verlängerte Grundwehrdiener von durchschnittlich 2500 vor, obwohl Sie 15.000 brauchen.

Sie sagen dann: Inspektionen, Instruktionen, Truppenübungen und so weiter: 120.000 Mann. Jetzt, in Ihrer Rede, haben Sie gesagt: 100.000 Mann. Ich entnehme daraus, daß Sie selbst nicht einmal an diese Zahl glauben.

Wenn Sie nicht auf dieser Hoffnung aufbauen, warum zögern Sie dann noch, klipp und klar einzugestehen, daß Ihre Bemühungen gescheitert sind. Immer wieder verträsten Sie das Parlament und das Heer auf ein weiteres Jahr. Vier Jahre fast haben Sie und die SPO-Regierung viel versprochen, doch Wesentliches nicht

12640

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Marwan-Schlosser

gehalten. Lassen Sie den Karren nicht weiter-schlittern, unternehmen Sie endlich wirksame Schritte für die Sicherheit Österreichs!

Dem Budgetkapitel Militärische Angelegenheiten können wir unsere Zustimmung nicht geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Spezialberichterstatter das Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XII des Bundesvoranschlags 1975.

Diese umfaßt das Kapitel 40 samt den dazugehörigen Beilagen des Konjunkturausgleichsvoranschlags (1285 der Beilagen).

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1285 und Zu 1285 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 samt Anlagen (1375 der Beilagen)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe IX

Kapitel 63: Handel, Gewerbe und Industrie

Präsident: Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über die Beratungsgruppe IX.

Diese umfaßt das Kapitel 63 des Bundesvoranschlags.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Lehr. Ich ersuche um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Lehr:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Spezialbericht zu Beratungsgruppe IX, Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das in der Beratungsgruppe IX enthaltene Kapitel 63 „Handel, Gewerbe, Industrie“ des Bundesvoranschlags für das Jahr 1975 in seiner Sitzung am 21. November 1974 in Verhandlung gezogen.

Bei Kapitel 63 „Handel, Gewerbe, Industrie“ sind für das Jahr 1975 im Grundbudget Ausgaben in der Gesamthöhe von 911,874.000 S vorgesehen, die zur Gänze der ordentlichen Gebarung zuzurechnen sind.

Der Personalaufwand des Kapitels 63 beträgt 166,714.000 S. Er ist gegenüber dem Jahre 1974 um 16,244.000 S höher veranschlagt.

Der Sachaufwand beläuft sich auf 745,160.000 S, das sind um 38,254.000 S mehr als im Vorjahr.

Die Einnahmen sind mit 294,686.000 S vorgeschätzt und damit um 31,964.000 S höher angenommen worden als für das Rechnungsjahr 1974.

In der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleichsvoranschlags 1975 sind für das Kapitel 63 keine weiteren Kredite enthalten, während für das Jahr 1974 ein Gesamtkreditbetrag in Höhe von 81,300.000 S vorgesehen war.

Der Veranschlagung des Personalaufwandes, welcher rund 18,2 Prozent des Gesamtbudgets des Ressorts ausmacht, sind 942 Dienstposten, somit um 17 Dienstposten weniger als im Vorjahr, zugrunde gelegt. Diese Dienstposteneinsparung konnte vor allem durch die organisatorische Zusammenlegung der Außenstelle des Bundesministeriums mit der Zentrallleitung erreicht werden. Der trotzdem höhere Personalaufwand ist auf die gesetzliche Bezugsregelung und auf die laufenden Beförderungen und Vorrückungen zurückzuführen.

Zum Sachaufwand ist folgendes zu bemerken:

Die Anlagenkredite des Ressorts, welche lediglich 0,13 Prozent des Gesamt-Ressortkredits ausmachen, sind gegenüber dem Vorjahr fast gleich geblieben.

Die für das Jahr 1975 veranschlagten Förderungskredite mit einem Anteil von 74,5 Prozent am Ressort-Budget sind gegenüber dem Jahre 1974 um 28,4 Millionen Schilling höher veranschlagt. Weiters haben starke Umschichtungen Platz gegriffen. Für die Zuckerförderung, welche im Voranschlag für 1974 mit 60 Millionen Schilling vorgesehen war, ist im Jahre 1975 angesichts der derzeitigen Zucker-Weltmarktpreise kein Kredit und für die Stärkeförderung gegenüber dem Vorjahr ein um 35 Millionen Schilling geringerer Kredit veranschlagt, weil die für lediglich zwei Jahre vorgesehen gewesene besondere Stärkeförderung mit Ende 1974 ausläuft. Die so freigewordenen 95 Millionen Schilling und die eingangs erwähnte Erhöhung des Förderungs-Gesamtkredits konnten zur Stärkung folgender Förderungssparten herangezogen werden:

Verein Österreichische Fremdenverkehrswerbung = + 15 Millionen Schilling, Fremdenverkehrsförderung einschließlich Gewerbestrukturverbesserung = + 52,6 Millionen Schilling, Wirtschaftsförderung einschließlich Gewerbestrukturverbesserung = + 37,1 Millionen Schilling, Bergbauförderung = + 18 Millionen Schilling und Bezugsvorschüsse für Bedienstete = + 0,7 Millionen

Lehr

Schilling. Die Kredite für den Preisausgleich in der Mineralölwirtschaft und für die Förderung der Energiewirtschaft sind gegenüber den Ansätzen vom Jahre 1974 gleich geblieben.

Die Kredite für „Aufwendungen“ sind im Bundesvoranschlag 1975 um 9,7 Millionen Schilling oder 17,8 Prozent höher als im Vorjahr; sie stellen zirka 7 Prozent des Ressort-Gesamtkredites dar. Die Erhöhungen entstanden durch die Überstellung der bisher beim Personalaufwand veranschlagt gewesenen Kosten für „Arbeitsleihverträge“ in den Sachaufwand, durch die erhöhten Aufwendungen für die Herstellung von Patentschriften, die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge für EFTA und GATT, die Vorsorge für die bisher zu gering veranschlagten Familienbeihilfen an Bedienstete, durch die geplante Intensivierung von Aufträgen für Studien und Untersuchungen und für die Weiterbildung des Personals sowie zur Bestreitung der durch die allgemeinen Preissteigerungen erhöhten Verwaltungskosten.

Die Einnahmen des Ressorts wurden für das Rechnungsjahr 1975 um rund 32 Millionen Schilling oder 10,8 Prozent höher als für 1974 veranschlagt. Es werden Mehreinnahmen bei den Montangebühren in Höhe von rund 30 Millionen Schilling und bei den Patentgebühren um 2,9 Millionen Schilling erwartet, während bei den anderen Ansätzen ein geringfügiger Einnahmerückgang von insgesamt rund 0,9 Millionen Schilling veranschlagt ist.

In der Debatte ergriffen außer dem Spezialberichterstatter die Abgeordneten Ing. Sallinger, Dipl.-Ing. Hanreich, Mühlbacher, Koller, Thalhammer, Mitterer, Maria Metzker, Doktor Fiedler, Dr. Mussil, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Egg, Vetter, Müller, Westreicher und Staudinger das Wort. Bundesminister Dr. Staribacher nahm zu den aufgeworfenen Fragen ausführlich Stellung.

Bei der Abstimmung am 21. November 1974 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe IX unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie des Bundesvoranschlages für das Jahr 1975 (1285 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Sallinger. Bitte.

Abgeordneter Ing. **Sallinger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich mich heute beim Budgetkapitel Handel sehr kritisch mit der wirtschaftlichen und mit der finanziellen Situation befasse, so möchte ich keineswegs die Wirtschaft krankreden, sondern lediglich den Ernst der Lage rechtzeitig aufzeigen und auch Gegenvorschläge machen.

Es ist nämlich nicht mehr zu übersehen, daß die Zeichen eines weltweiten Konjunkturrückgangs auch vor Österreich nicht Halt machen und daß wir erkennen müssen, daß diese Auswirkungen leider stärker sein werden, als wir alle angenommen haben.

In den Konjunkturgesprächen, die die Bundeswirtschaftskammer zuletzt in allen Bundesländern abgehalten hat, zeigte sich, daß die konjunkturelle Abschwächung bereits weite Bereiche der Wirtschaft erfaßt hat. Auch das Institut für Wirtschaftsforschung hat seine ursprünglich recht optimistische Meinung über die österreichische Konjunktur im Jahre 1975 inzwischen nach unten revidiert.

Die Hauptschwäche der wirtschaftlichen Entwicklung wird im Investitionsbereich zu suchen sein. Die Unternehmer geben als Ursachen für die abnehmende Investitionstätigkeit neben den Kreditrestriktionen die immer geringer werdenden Möglichkeiten zur Eigenkapitalbildung an. Massive Kostensteigerungen reduzieren die Gewinne, und dazu kommt, daß infolge exorbitanter Preissteigerungen bei Rohstoffen und bei Investitionsgütern die Scheingewinnbesteuerung ein drückendes Ausmaß annimmt.

Meine Damen und Herren! Weder die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung noch der Bundesvoranschlag für das Jahr 1975 wird den auf uns zukommenden Entwicklungen gerecht. Das Budget leistet weder einen Beitrag zur Stabilisierung noch setzt es die dringend notwendigen Investitionsimpulse.

Das Institut für Wirtschaftsforschung stellt fest, daß die Hauptmerkmale dieses Bundesvoranschlages eine expansive Grundtendenz und angespannte Finanzierungsmöglichkeiten sind. Die Ausgabenstruktur zeigt eine konjunkturpolitisch falsche Ausweitung des öffentlichen Konsums zu Lasten der Investitionen. Die Regierung verstärkt also den Konsumstoß noch, der auf Grund der massiven Lohnwelle in diesem Herbst und auch der Einkommensteuersenkung 1975 ohnehin zu erwarten ist.

Durch die Verschwendungspolitik in den Hochkonjunkturjahren ist die Regierung nun in ernste Finanzierungsschwierigkeiten gera-

12642

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Ing. Sallinger

ten. Das Budget ist fast zur Gänze mit gesetzlichen Ausgabenverpflichtungen verpfästert, und für Maßnahmen zur Konjunkturstützung fehlen deshalb die Mittel.

Meine Damen und Herren! Wird die Regierung im Falle eines stärkeren Konjunkturrückganges in der Lage sein, eine wirksame Vollbeschäftigungspolitik zu betreiben? Wird sie überhaupt imstande sein, zielführende Konjunkturbelebungsmaßnahmen zu finanzieren?

Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Regierung müßte schleunigst mit den Bundesländern Kontakt aufnehmen, um sicherzustellen, daß im Ernstfall ein zwischen Ländern und Bund abgestimmtes Konjunkturbelebungsprogramm ins Leben gerufen werden könnte.

Die Reisen der zuständigen Bundesminister zu gefährdeten Betrieben mögen vielleicht eine gute optische Wirkung haben. Bei einer notwendigen Unterbringung von freigesetzten Arbeitskräften ist es aber in erster Linie das Zusammenwirken der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerorganisationen auf Landesebene, das Erfolg bringt.

Im Falle Swarovski ist dies deutlich zutage getreten. In gemeinsamen Bemühungen der Handelskammer und der Arbeiterkammer zusammen mit den lokalen Behörden und den Unternehmern ist es gelungen, die freigesetzten Arbeitskräfte zur Gänze in anderen Betrieben in der Umgebung unterzubringen. Die Besuche von Regierungsmitgliedern allein werden bei ähnlich gelagerten Fällen in Hinblick nicht ausreichend sein.

Meine Damen und Herren! Es wird auch nicht genügen, wenn der Bund nur bei Entlassungen in Großbetrieben aktiv wird, wenn es sich im Einzelfall auch um Hunderte von Arbeitskräften handelt. In den österreichischen Betrieben mit über tausend Beschäftigten sind insgesamt nur 23 Prozent aller Unselbstständigen tätig. In Betrieben mit 1 bis 500 Beschäftigten arbeiten mehr als zwei Drittel aller unselbständig Erwerbstätigen.

Ich bin daher der Meinung, daß auch wirtschaftspolitische Vorkehrungen getroffen werden müssen, um die Beschäftigungslage der Klein- und der Mittelbetriebe aufrechtzuerhalten. Gerade die kleinbetriebliche Struktur unserer Wirtschaft garantiert uns eine gewisse Krisenfestigkeit gegen ausländische Entwicklungen, weil sich kleine und mittlere Unternehmen üblicherweise leichter einer geänderten wirtschaftlichen Lage anpassen können, als dies bei Großbetrieben möglich ist.

Unsere Klein- und unsere Mittelbetriebe leiden ganz besonders unter den restriktiven Maßnahmen, wie Baubremse und Kredit-

beschränkungen. Auch der enorme Kostenanstieg wirkt sich in diesem Bereich am stärksten aus. Das gilt insbesondere für den Dienstleistungssektor, weil dort die Rationalisierungsmaßnahmen stark begrenzt sind.

Hohes Haus! Wenn die Bundesregierung den auf uns zukommenden Konjunkturrückgang abfangen will, ohne daß die Inflation neu angeheizt wird, muß ein Schwerpunkt gelegt werden, und zwar zur Verbesserung des Investitionsklimas. Zur Verbesserung der Eigenfinanzierung könnten Maßnahmen, die die Scheingewinnbesteuerung verringern, wesentlich beitragen.

Wie ich schon erwähnt habe, hat die Scheingewinnbesteuerung durch die enorme Steigerung der Rohstoffpreise und die Verteuerung der Investitionsgüter in einzelnen Bereichen besorgniserregende Ausmaße angenommen und hat auch nicht selten zu Substanzverlusten geführt.

Eine Verbesserung der finanziellen Situation bei den Betrieben wäre allein schon dadurch zu erreichen, daß Bund, Länder und Gemeinden ihre offenen Rechnungen an die Betriebe der gewerblichen Wirtschaft prompt zahlen. Die Verwaltungsschulden sind nicht unbedeutend gestiegen. Das heißt aber nichts anderes, als daß viele gewerbliche Betriebe durch die schlechte Zahlungsmoral der öffentlichen Hand zusätzlich finanzielle Schwierigkeiten bekommen haben.

Mit den Ausgaben, die dem Handelsminister in seinem Ressort für das Jahr 1975 zur Verfügung stehen, wird er nur sehr wenig zur Belebung der Investitionstätigkeit beitragen können. Im Gegenteil: Während die Gesamtausgaben im Budget für das Jahr 1975 gegenüber dem Vorjahr ohne Berücksichtigung des Konjunkturausgleichsvoranschlags um 15,7 Prozent gestiegen sind, erhöhen sich die Ausgaben im Kapitel Handel nur um 6,4 Prozent. Ich weiß, daß der Herr Minister Staribacher sagen wird, daß er seit 1970 das Budget verdoppelt hat. Ich bin überzeugt, daß das etwas Positives ist, aber das hätte jeder andere Minister auch gemacht, weil es eben im Zug der Zeit gelegen ist. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Sparsamkeit der öffentlichen Hand ist für die Österreichische Volkspartei ein wichtiger Grundsatz. Wenn aber in einer Situation, in der Konjunktüreinbrüche, stagnierende Investitionen und hohe Inflationsraten zu befürchten sind, ausgerechnet und ausschließlich im Handels- und im Bautenressort gespart wird, während der

Ing. Sallinger

gesamte Ausgabenrahmen eine Rekordsteigerung aufweist, dann ist diese Politik einfach falsch.

Im Konjunkturausgleichshaushalt sind zum Kapitel Handel überhaupt keine Ansätze enthalten. Der Handelsminister sieht in seinem Ressort offenbar keine Möglichkeit, im Falle eines stärkeren Konjunkturrückganges wirtschaftsbelebende Maßnahmen zu setzen.

Der Förderungsaufwand für die gewerbliche Wirtschaft ist verhältnismäßig noch schlechter dotiert als das gesamte Handelsressort; er steigt 1975 überhaupt nur um 4,2 Prozent. Der seit 1971 bestehende Ansatz für Industrieförderung ist sogar absolut rückläufig. In den Jahren 1971 und 1972 waren für Industrieförderung 20 Millionen Schilling vorgesehen, 1973 sanken diese 20 Millionen bereits auf 12 Millionen Schilling; im Jahre 1974 beliefen sie sich noch auf 9,7 Millionen Schilling, und für das Jahr 1975 sind für Industrieförderung nur noch 8 Millionen Schilling vorgesehen.

Der Handelsminister war in diesen Jahren offensichtlich nicht in der Lage, ein zielführendes Industrieförderungskonzept zu erstellen; anders ist es nicht erklärbar, daß in einer Zeit voller wirtschaftlicher Probleme dieser Ansatz so drastisch gekürzt wird.

Ebenso stiefmütterlich werden bei den Ansätzen des Handelsressorts die Förderungsaktionen für Klein- und Mittelbetriebe behandelt. Die BURGES-Kleingewerbekreditaktion verzeichnete bis zum Jahre 1970 eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung. Seither nehmen die Zinsenzuschüsse laufend ab.

Im Budgetvoranschlag für das Jahr 1975 sind im Vergleich zu den 44,9 Millionen Schilling des Jahres 1974 nur mehr 31,8 Millionen Schilling für die BURGES-Kleinkredite vorgesehen, was einer Kürzung um rund ein Drittel gleichkommt.

Ich glaube, daß gerade die BURGES im nächsten Jahr sehr wichtige Aufgaben zu übernehmen hätte. Sie könnte dazu beitragen, die Investitionsbereitschaft im kleinbetrieblichen Bereich zu erhöhen. Mit einer so einschneidenden Kürzung der Mittel wird aber genau das Gegenteil erreicht. Die Wirtschaft hatte eigentlich erwartet, daß angesichts der konjunkturellen Entwicklung und der dargestellten Schwierigkeiten bei den Klein- und Mittelbetrieben die Förderungsmittel für die BURGES-Kreditaktionen statt gekürzt stark erhöht und die Richtlinien an die neuen Erfordernisse angepaßt werden.

Hohes Haus! Die schlechte Dotierung der Wirtschaftsressorts hat — wie ich meine — drei Hauptgründe:

Erstens war die Regierung bemüht, für das Jahr 1975 ein möglichst wahlwirksames Budget zu erstellen. Das zeigt die weit überdurchschnittliche Steigerung der Sozial- und Personalaufwendungen auf Kosten aller jener Bereiche, die nach Ansicht der Regierung weniger öffentlichkeitswirksam sind.

Zweitens hat sich die Regierung in Zeiten der Hochkonjunktur auf gesetzliche Dauerbelastungen eingelassen, die nunmehr den Spielraum für Ermessenskredite der Wirtschaftsförderung drastisch einengen.

Und drittens läßt die prekäre Finanzlage des Bundes, die eine Folge der Verteilungspolitik ist, eine noch weitere Erhöhung des Ausgabenrahmens nicht mehr zu. Die für das Jahr 1975 ohnehin schon explosive Steigerung der Ausgaben wird zu kaum finanzierbaren Defiziten führen, umsomehr als die Einnahmenschätzungen, wie sich jetzt herausstellt, bereits für 1974 zu hoch angesetzt worden sind.

Der Finanzminister hat noch in seiner Budgetrede vor knapp zwei Monaten wörtlich erklärt: „Die Staatsfinanzen sind in Ordnung.“ Die Steuerpolitik beweist jedoch das Gegenteil. Bevor er aber lange über die Ursachen seiner Finanzkrise nachdenkt, beschuldigt er sofort die Wirtschaft, daß sie zu wenig Steuern zahlt. Der Schuldige steht also schon vor der Verhandlung fest.

Die Ursache für die sinkenden Mehrwertsteuereingänge ist für den Finanzminister nicht etwa die Konjunkturabschwächung, sondern die Verschlechterung der Steuermoral der Unternehmer. Die Wirtschaft hat gegen diese Unterstellung sofort in aller Schärfe protestiert. Der Finanzminister wird zur Kenntnis nehmen müssen, daß in einer rückläufigen Konjunktur trotz hoher Inflationsraten auch das Steueraufkommen zurückgeht.

Seine jüngste Absicht, den Mehrwertsteuersatz zu erhöhen, kommt allerdings dem Eingeständnis gleich, eine verfehlte Steuer- und Finanzpolitik betrieben zu haben und die Ausgabenverpflichtungen nicht mehr oder nur schwer finanzieren zu können. Die fehlerhafte Budgeterstellung wird indirekt auch vom Institut für Wirtschaftsforschung bestätigt. Das Institut stellt in einem Gutachten fest, daß sogar der geltende Mehrwertsteuersatz von 16 Prozent zu hoch ist; der aufkommensneutrale Mehrwertsteuersatz würde rund 15,25 Prozent bis 15,50 Prozent betragen. Nun sieht der Finanzminister offenbar keinen anderen Ausweg mehr, als gegen alle stabilitätspolitischen Erfordernisse zu verstoßen und den Mehrwertsteuersatz noch weiter zu überhöhen. Es ist keine Frage, daß die Erhöhung des Mehrwert-

12644

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Ing. Sallinger

steuersatzes unmittelbar auf sämtliche Preise wirkt. Einen noch direkteren Inflationsimpuls kann ich mir kaum vorstellen.

Hohes Haus! Konjunktur- und stabilitätspolitische Erfordernisse werden von der Finanzpolitik dieser Regierung und insbesondere vom Budget 1975 gröblichst vernachlässigt. Die inflationären Konsumausgaben werden erhöht, und die sich abzeichnende Investitionsschwäche wird verstärkt. Um die öffentlichen Finanzen längerfristig wieder zu sanieren und die Finanzpolitik wieder in die Lage zu versetzen, konjunktur- und stabilitätsgerecht zu reagieren, ist ein völliges Umdenken in der Budgetpolitik erforderlich.

Meine Damen und Herren! Ich möchte heute die Gelegenheit wahrnehmen, mich mit aller Schärfe dagegen zu verwahren, daß in letzter Zeit immer wieder — hier im Hohen Haus, aber auch außerhalb, bei Veranstaltungen der Sozialistischen Partei und in der Publizistik — behauptet wird, die Unternehmer und insbesondere einige Funktionäre der Handelskammerorganisation hätten ein Interesse daran, eine Dämpfung des Preisauftriebes mit Arbeitslosigkeit zu erkaufen. Es ist doch völlig absurd, einer Unternehmervvertretung zu unterstellen, daß sie an einer Wirtschaftspolitik interessiert sein könnte, die die Betriebe zu Entlassungen zwingt. Ich möchte hier vor dem Hohen Haus mit aller Deutlichkeit betonen, daß die Erhaltung der Vollbeschäftigung ein vorrangiges Anliegen der Wirtschaft ist. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich möchte ein für allemal feststellen: Mir liegen die Arbeitsplätze in Österreich genauso am Herzen wie jedem einzelnen Arbeitnehmer in diesem Land. Die Unternehmer sind schließlich nicht ihre eigenen Feinde, und von Arbeitslosigkeit hat noch niemand profitiert. Ich hoffe, daß endlich damit Schluß gemacht wird, in der Öffentlichkeit ganz bewußt und systematisch solche falschen Behauptungen zu verbreiten. *(Erneuter Beifall bei der ÖVP.)*

In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf eingehen, daß der Obmann der Privatangestelltengewerkschaft, Abgeordneter Dallinger, anlässlich der Übernahme seiner Funktion wörtlich erklärt hat: „Für mich ist der Unternehmer kein Sozialpartner.“ Sozialpartnerschaft könne nur im Interesse jener liegen, die den heutigen Zustand erhalten wollen, und nicht im Interesse jener, die ihn verändern wollen.

Ich habe diese Äußerung des Abgeordneten Dallinger in der Paritätischen Kommission vom 6. November 1974 zur Sprache gebracht. Dabei wurde mir versichert, daß die Angriffe des Abgeordneten Dallinger auf die Sozialpartner-

schaft auf keinen Fall als Haltungsänderung des Gewerkschaftsbundes zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu werten seien. Damit war für mich die Sache erledigt. Ich habe auch mit Abgeordneten Dallinger ein persönliches Gespräch gehabt. Ich bin aber doch ein bißchen darüber enttäuscht. Sie werden auch mein Befremden darüber verstehen, daß derselbe Abgeordnete Dallinger erst kürzlich bei seiner Antrittsrede hier im Haus neuerlich seine negative Einstellung zum privaten Unternehmertum kundgetan hat. Er behauptete allen Ernstes, daß nicht etwa der Konjunkturrückgang für einzelne Arbeitsfreisetzungen in österreichischen Betrieben verantwortlich sei, sondern ausschließlich und in jedem Fall die Unfähigkeit der Unternehmer. *(Widerspruch bei der ÖVP.)*

Es liegt mir fern, die Aussagen eines einzelnen Gewerkschaftsvertreters dahin gehend zu deuten, daß in Zukunft generell ein solcher Verhandlungsstil angestrebt wird. Ich glaube vielmehr, daß die überwiegende Mehrzahl der österreichischen Arbeitnehmer weiterhin an einer sachlichen Zusammenarbeit interessiert ist. Ich will nur davor warnen, daß unbedachte Äußerungen einzelner Funktionäre zu einer rapiden Verschlechterung des Verhandlungsklimas führen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meines Erachtens würde ein solcher Stil auch nicht den tatsächlichen Interessen und Vorstellungen der österreichischen Bevölkerung entsprechen. Daß Abgeordneter Dallinger ausgerechnet die Betriebsführung von Swarovski angegriffen hat, finde ich besonders pikant, ein Unternehmen, das zu den sozial fortschrittlichsten in Österreich gehört. Jeder, der mit der Bahn über Wattens hinausfährt, wird die vielen Einfamilienhäuser sehen, die diese Firma für ihre Belegschaft gebaut hat. Nun wird sie plötzlich von Konjunktüreintrüben überrascht und mußte Arbeitsfreisetzungen durchführen und kann auf diese Art nicht diffamiert werden.

Ich halte es deshalb für ungerecht, dieses Unternehmen, das sich seit Jahren in besonderer Weise um seine Arbeiter und Angestellten gekümmert hat, so plötzlich einer schlechten Betriebsführung zu zeihen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wenn sich die Wirtschaft schlecht entwickelt, wenn Aufträge ausbleiben, die Konkurrenzfähigkeit sinkt, die Gewinne sich in Verluste verwandeln, ist die Existenz des Unternehmens genauso bedroht wie die seiner Arbeitskräfte.

Hohes Haus! Trotz der zu erwartenden Konjunkturabschwächung ist eine Dämpfung des Preisauftriebes nicht abzusehen. In dieser stabilitätspolitisch prekären Situation wäre ein

Ing. Sallinger

ersatzloses Auslaufen der Wirtschaftsgesetze äußerst bedenklich gewesen. Die von der Regierung ursprünglich zu den Preisgesetzen und den Marktordnungsgesetzen vorgelegten Entwürfe waren für uns unannehmbar. Trotz intensiver Bemühungen und konstruktiver Abänderungsvorschläge der Österreichischen Volkspartei konnte in den Parteienverhandlungen zunächst keine Einigung erzielt werden.

Im letzten Augenblick hat der Herr Bundeskanzler die Vertreter der Interessenverbände nach der wirtschaftspolitischen Aussprache zum Verhandeln eingeladen. Ich war aber der Meinung, daß diese Parteienverhandlungen auch auf Partienebene fortgesetzt werden müssen.

So ist es dann auch unter Mitwirkung der Sozialpartner den Parteienvertretern gelungen, zu einer Kompromißlösung zu gelangen, die für eineinhalb Jahre gelten soll. Diese Lösung ist sicher nicht ideal und bestimmt auch keine endgültige Regelung. Die Wirtschaft hat in den Verhandlungen von Beginn an den Standpunkt vertreten, daß die Wirtschaftsgesetze eine Einheit darstellen und einzelne Teilbereiche nicht losgelöst voneinander geregelt werden können, was auch in dem nun abgeschlossenen Kompromiß zum Ausdruck kommt. *(Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Meine Damen und Herren! Die Praxis wird zeigen, wo sich die zu beschließenden Gesetze bewähren und wo Änderungen und Verbesserungen notwendig sein werden.

Hohes Haus! Die Österreichische Volkspartei und die Interessenvertretung der Wirtschaft haben ihr möglichstes getan, um in einer schwierigen Lage zu vermeiden, daß durch ein ersatzloses Auslaufen der Wirtschaftsgesetze die Versorgung gefährdet und die Inflation zusätzlich angeheizt worden wäre. Wir gehen im nächsten Jahr einer Entwicklung entgegen, die von anhaltender Inflation, gefährdeten Arbeitsplätzen in einzelnen Bereichen und äußersten Finanzschwierigkeiten der öffentlichen Hand gekennzeichnet ist.

Die Österreichische Volkspartei hat mit ihrem Plan III zur Lebensqualität ein Wirtschaftsprogramm vorgelegt, in dem die Bekämpfung der Inflation, die Vollbeschäftigung und die Sanierung der Staatsfinanzen breiten Raum einnehmen. Die Volkspartei zeigt auch darin auf, wie diese vordringlichen Probleme im Rahmen einer qualitativen sozialen Marktwirtschaft gelöst werden können. Im Plan III wurden auch die Kriterien dafür erarbeitet, wie die öffentliche Finanzpolitik wieder jene Beweglichkeit erlangen kann, die für eine moderne Konjunktur- und Strukturpolitik un-

bedingt notwendig ist, ohne den Leistungswillen der Erwerbstätigen zu lähmen. Sparsamkeit und Effizienz in der Verwaltung sind dabei ein wesentlicher Punkt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal betonen, äußerste Sparsamkeit der öffentlichen Hand im Interesse der Stabilität und zur Erhaltung der Leistungskraft unserer Wirtschaft ist oberstes Gebot. Verschwendung im Konsumbereich und Sparsamkeit am falschen Platz sind, wie ich hier eben ausgeführt habe, bei den ohnehin relativ geringen Mitteln der Wirtschaftsförderung bei einer gleichzeitigen Rekordsteigerung des gesamten Ausgabenrahmens, in dieser Situation die falsche Politik. Die Österreichische Volkspartei kann deshalb dem Kapitel Handel nicht ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Mühlbacher.

Abgeordneter Mühlbacher (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Im Juli dieses Jahres wurde vom Fessel-Institut eine Meinungsbefragung über das Wirtschaftsklima in Österreich durchgeführt. Bei dieser Umfrage wurde die Frage: Denken Sie einmal an die österreichische Wirtschaft, wie wird sich die Wirtschaftslage Ihrem Gefühl nach in Zukunft entwickeln?, von 55 Prozent der Befragten mit „eher gut“ und von 36 Prozent der Befragten mit „eher schlecht“ beantwortet. Eine überwiegend optimistische Einstellung. Hingegen von der Gruppe der Selbständigen liegt eine etwas schlechtere Beurteilung vor. Von den befragten Selbständigen und freien Berufen antworteten nämlich 50 Prozent mit: eher schlecht und 40 Prozent mit: eher gut.

Doch keine Angst, verehrte Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, ich will hier nicht Ihre langjährige Arbeit im wirtschaftlichen Pessimismus schuldig werden lassen, denn so wirksam war sie nicht, wie dieses Ergebnis ja zeigt, sondern ich will herausfinden, wer sich unsicher fühlt, wem geholfen werden muß und wie und durch wem geholfen werden kann. Eines, und das gilt für die gesamte gewerbliche Wirtschaft, möchte ich jedenfalls gleich an den Beginn meiner Ausführungen stellen, nämlich, daß leistungsfähige mittlere und kleine Unternehmen zu stärken sind, damit sie die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen mit den großen Unternehmen bestehen können. Denn man erkennt heute besser als noch vor einigen Jahren, daß keineswegs allein in Großbetrieben das Heil zu suchen ist.

Im Groß- und Monsterbetrieb findet man nur allzuoft bestätigt: Parkinson war hier! Wer kennt das nicht! Wir wissen weiter, daß

12646

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Mühlbacher

auch die konsequenteste und effektivste Großforschung, die zu einem guten Teil durch Großunternehmungen geleistet wird, nicht das an kreativer Gestaltungskraft und an Ideenreichtum ersetzen kann, was in der Eigenverantwortlichkeit des Selbständigen der kleineren Betriebe immer wieder geschaffen wird.

Auf die Selbständigen, ganz gleich, ob sie nun Taxiunternehmer, Handwerker, eigenverantwortliche Vertreter, Chefs kleinerer und mittlerer Unternehmen sind, kann keinesfalls verzichtet werden. Die gesamte gewerbliche Wirtschaft ist ein notwendiger Bestandteil der österreichischen Wirtschaft und bietet auch so die Gewähr für eine sichere Wirtschaft.

Nun, meine Damen und Herren, zurück zum Untersuchungsergebnis. Zwei Branchen dürften dieses Ergebnis wesentlich beeinflusst haben. Einmal die Fremdenverkehrswirtschaft, und das dürfte besonders mit dem Befragungszeitraum zusammenhängen. War doch im Juli jener Zeitpunkt, in dem der Fremdenverkehr stark von dem Rückgang der Nächtigungen betroffen wurde, und zum anderen Male der Handel, insbesondere der Einzelhandel, und da wieder der kleine und mittlere Kaufmann, der durch die Änderung der Verkaufsstruktur in gewisse Schwierigkeiten geraten ist.

Mit der Fremdenverkehrswirtschaft habe ich mich bereits am Freitag in meinem Debattenbeitrag anlässlich der Behandlung des Abgabenänderungsgesetzes, mit dem eine weitere steuerliche Begünstigung für die Gaststätten- und Beherbergungsbetriebe eingeführt wurde, befaßt. Darüber hinaus wird noch heute von einem meiner Fraktionskollegen besonders darauf eingegangen werden.

Ich möchte heute die Schwierigkeiten des Einzelhandels und deren Folgen auf Grund des Strukturwandels oder allenfalls des „Verdrängungswettbewerbers“ der Großbetriebe aufzeigen.

Verehrte Damen und Herren! Tatsache ist, daß die Zahl der Handelsbetriebe in Österreich seit Jahren zurückgeht. Tatsache ist auch, daß in allen vergleichbaren Industriestaaten die gleiche Tendenz zu beobachten ist. Allein in der Bundesrepublik Deutschland fallen jährlich rund 10.000 Einzelhandelsunternehmen der fortschreitenden Konzentration im Handel zum Opfer. Auch dort sind es meist die kleinen und mittleren Unternehmen, die zusperrten, wogegen dort wie bei uns die Zahl der Verbrauchermärkte und Einkaufszentren ständig zunimmt. In anderen Ländern finden wir die gleiche Situation.

Aber genauso wie in Österreich ist es auch dort nicht die Wirtschaftspolitik, die die Kaufleute resignieren läßt, im Gegenteil: zahl-

reiche Maßnahmen wie etwa auf steuerlichem Gebiet oder auf dem Finanzierungssektor konnten die Entwicklung nicht verhindern.

Der Handel darf jedoch meines Erachtens seine Augen nicht vor der Tatsache schließen, daß er heute den gleichen, sicherlich oft schmerzlichen Prozeß durchläuft, mit dem das Gewerbe vor rund einem Jahrhundert mit dem Aufkommen der Industrie fertigwerden mußte. Neue Produktionsmethoden zwangen damals die Handwerksbetriebe, sich umzustellen und anzupassen. Sie mußten traditionelle Marktbereiche aufgeben und nach neuen Betätigungsfeldern und Absatzmöglichkeiten suchen.

Auch im Einzelhandel haben in den letzten Jahren neue Vertriebsformen, Organisationsmodelle und Verkaufsstrategien, verbunden mit einem gigantischen Kapitaleinsatz, neue Maßstäbe gesetzt. Großkaufhäuser, Selbstbedienungsläden, Diskonter und Einkaufszentren haben durch die Ausnützung Ihrer überlegenen organisatorischen und betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten im Wettbewerb um den Kunden manchen Vorteil.

Würde sich der Handel gegen diese Entwicklung stemmen, so wäre dies genauso aussichtslos wie die Maschinenstürmerei am Beginn des Industriezeitalters. Ein Versuch der kleineren Betriebe, mit den Supermärkten und Selbstbedienungswarenhäusern den Kampf aufzunehmen, ist von vornherein chancenlos. Bei den problemlosen standardisierten Massenartikeln werden sie in den meisten Fällen nicht konkurrieren können.

Die Chancen des kleinen und mittleren Handelsbetriebes liegen vielmehr in der Spezialisierung, im exklusiven Sortiment, in der individuellen Betreuung, in der fachmännischen Beratung und im besseren Service. Der Erfolg der Boutiquen ist ein gutes Beispiel dafür.

Vom Konzentrationsprozeß, verehrte Damen und Herren, besonders hart betroffen ist der Lebensmitteleinzelhandel. Hier ist die Zahl der Geschäfte in den letzten 20 Jahren von 38.000 auf 24.000 gesunken, wogegen es gleich wie im Ausland bei den Super- und Verbrauchsmärkten mit enormen Verkaufsflächen eine beachtliche Expansion gab.

Da aber werden bereits Grenzen sichtbar, wo ernste Probleme beginnen. So führt der von mir geschilderte Umstand bereits in vielen Städten zu tiefgreifenden Strukturveränderungen. Immer mehr kleine Geschäfte verschwinden aus den Kerngebieten und Wohnbereichen der Städte. Zuerst kaum beachtet fehlt plötzlich der kleine Laden an der Ecke, und die Nahversorgung mit den Gütern des täglichen Bedarfs ist auf einmal in Gefahr!

Mühlbacher

Verehrte Damen und Herren! Ich habe Herrn Handelsminister Dr. Staribacher die kritische Lage des Einzelhändlers vorgetragen und besonders um Hilfeleistung für in Schwierigkeiten geratene Lebensmitteleinzelhändler gebeten, worauf ich umgehendst von ihm die Mitteilung erhielt, daß sein Ressort das Wiener Institut für Standortberatung mit der Ausarbeitung einer Studie über die „Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit Handels- und Dienstleistungen“ beauftragt hat.

Diese Studie soll die tatsächliche Situation der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen des mittel- und kurzfristigen Bedarfs im Bereich des Einzelhandels und konsumnaher Gewerbebetriebe sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht ermitteln und Interdependenzen zwischen Versorgungslage und Entwicklung der Handelsbeziehungsweise Gewerbestruktur aufdecken. Diese Studie und angekündigte Besprechungen mit den Interessenvertretungen sollen Grundlage für zu treffende Maßnahmen sein.

Herr Bundesminister! Für das entgegengebrachte Verständnis und für die prompte Inangriffnahme darf ich Ihnen herzlichen Dank sagen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wie auch in anderen Ländern wird man auch bei uns diese Entwicklung nicht ungebremst fortschreiten lassen können. So trat zu Beginn des Jahres in Frankreich ein Gesetz in Kraft, das die Neuerrichtung größerer Einzelhandelsbetriebe von einer Genehmigung abhängig macht, die nur dann erteilt wird, wenn die geplante Verkaufsflächenausdehnung bei der jeweils vorhandenen Einwohnerzahl vertretbar ist. Weiters sollen bereits bestehende oder neu zugelassene Projekte mit Verkaufsflächen über 1500 Quadratmeter zu einer Verkaufsflächensteuer herangezogen werden. Irreführende Werbung, die Gewährung von Prämien und sogenannte Verlustgeschäfte werden verboten. *(Abg. Mitterer: Da würde der „Konsum“ schauen!)* Der Verkaufspreis darf nicht unter dem Einstandspreis plus Geschäftskosten und Mehrwertsteuer liegen.

In Belgien, verehrte Damen und Herren, wurde ein Genehmigungsstopp für Verbrauchermärkte und Shoppingcenters verfügt. Die Schweiz trifft ähnliche Vorkehrungen.

In den USA wurden 1973 im Rahmen eines Umweltschutzgesetzes Bestimmungen erlassen, die dem übermäßigen Anwachsen der Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“, also vor den Städten, entgegenwirken sollen. *(Abg. Mitterer: Die Gemeinde Wien schenkt bei uns dem „Konsum“ Lokale!)*

Man wird auch bei uns in Österreich überlegen müssen, wie den mittelständischen Unternehmen geholfen werden kann, denn nur eine sichere Existenz der kleinen und mittleren Selbständigen verbürgt die Nahversorgung der Bevölkerung.

So könnte ich mir vorstellen, daß untersagt wird, unter dem Einstandspreis plus Umsatzsteuer den Verkaufspreis anzusetzen.

Wesentlich erscheint mir jedoch, daß die Lieferkonditionen offengelegt werden und für alle Kunden gleich gelten müßten, was bedeutet, daß der Zusammenschluß kleinerer Unternehmen diesen die Möglichkeit gäbe, auch zu diesen günstigsten Konditionen einzukaufen und im echten Wettbewerb zu stehen. Ein Beispiel, das das klar aufzeigt: zehn kleine Einzelhändler könnten einen Waggon Flaschenbier zu den gleichen Bedingungen wie der Großmarkt kaufen.

Verehrte Damen und Herren! Bei den Rabattsätzen müßte eine Straffung vorgenommen werden, sodaß auch in die Naturalrabattvergabe Ordnung käme.

Darüber hinaus müßte bei der Strukturplanung auf die Nahversorgungswünsche Rücksicht genommen werden. Eine spezielle Förderung vor allem in den Neubaugebieten könnte dahin gehend erfolgen, daß den Gewerbetreibenden auch entsprechende Wohnmöglichkeiten im Bereich der neuen Betriebsstätte angeboten werden.

Auch bei der Mietengestaltung sollte man berücksichtigen, daß gerade am Anfang, also zu jener Zeit, wo noch nicht alle Wohnungen belegt sind, der Verdienst geringer ist. Spezifische Förderungsmaßnahmen für diesen Bereich sollten daher von den Ländern und Gemeinden durchgeführt werden. *(Abg. Mitterer: Herr Kollege! Rufen Sie noch heute Abend den Bürgermeister Gratz an und sagen Sie ihm das! Ich wäre Ihnen sehr dankbar!)* Ich kann Sie davon überzeugen, Herr Kollege Mitterer, daß solche Gespräche im Wiener Rathaus bereits stattfinden *(Abg. Mitterer: Ich merke es!)* und daß entsprechende Maßnahmen getroffen werden. *(Abg. Mitterer: Und als Folge bekommt der „Konsum“ die Lokale umsonst!)* Das ist doch nicht wahr! Zeigen Sie es auf! *(Abg. Mitterer: Ich kann es Ihnen ja beweisen!)* Die Lokale werden genauso an jeden anderen vergeben, der dafür in Betracht kommt. *(Abg. Mitterer: Wir können es Ihnen beweisen!)*

Verehrte Damen und Herren! In vielen Diskussionen und in den Stellungnahmen der verschiedenen Interessenvertretungen wurden die Für und Wider einer Neuregelung ausführlich behandelt. Dabei hat sich herausge-

12648

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Mühlbacher

stellt, daß die Verschiedenheit der Meinungen quer durch die Parteien und quer durch die Interessenvertretungen geht, und zwar spreche ich nun von dem viel diskutierten und viel umstrittenen Problem der Öffnungs- und Ladenschlußzeiten. Von einer gerechtfertigten Lösung dieses Problems hängt nämlich meines Erachtens auch wesentlich die Existenzsicherung der Einzelhandelsunternehmungen ab. (*Abg. Dr. Mussil: Am Geburtstag vom Skritek würde ich nichts sagen über die Ladenschlußzeiten!*) Vielleicht mache ich ihm ein Geburtstagsgeschenk.

Verehrte Damen und Herren! Eine Feststellung konnte bei allen diesen Diskussionen getroffen werden, und zwar, daß die Großen wie Supermärkte, Einkaufszentren und so weiter vehement für die Ausweitung beziehungsweise für die vollkommene Liberalisierung der Öffnungszeiten eintreten, hingegen die Kleinen für eine Straffung der Zeiten sind, was nicht gleichbedeutend mit einer Verkürzung der Öffnungszeiten ist. Sie verlangen aber eine gesetzliche Regelung, die für alle gilt, natürlich mit der Einschränkung, daß die Besonderheiten unseres Landes, wie die Fremdenverkehrs- und grenznahen Gebiete, ihre Berücksichtigung durch Sonderregelungen finden müssen. (*Abg. Dr. Mussil: Hat die ÖVP seit Jahren verlangt!*)

Ich glaube jedoch, meine Damen und Herren, daß eine Forderung nach einer Fünf-Tage-Woche in einer Zeit, wo alle anderen nur mehr 40 Stunden arbeiten, Verständnis und Unterstützung finden müßte. Also ein freier Tag in der Werktagswoche. Zur Befriedigung der Einkaufswünsche könnten an einem oder zwei Tagen in der Woche die Öffnungszeiten am Abend verlängert werden, wobei es auch vorstellbar wäre, daß die einzelnen Branchen jeweils einen anderen Werktag als freien Tag bestimmen könnten — natürlich auch, verehrte Damen und Herren, den freien Samstag. Diese Lösung wäre anzustreben und wird sich meines Erachtens auch von selbst ergeben. (*Abg. Dr. Mussil: Das gibt an Buschkawü!*)

Denn wenn Sie die Entwicklung der Ladenschlußzeiten verfolgen, war es doch so: In der Zeit, wo noch bis Samstagabend gearbeitet wurde, waren die Geschäfte am Sonntag vormittag noch geöffnet. Als dann die normale Arbeitszeit Samstag zu Mittag endete, wurden die Läden nur mehr bis Samstagabend offen gehalten, und ab dem Zeitpunkt, mit dem die Fünf-Tage-Arbeitswoche allgemein eingeführt wurde, wurden die Geschäfte bereits am Samstagmittag geschlossen.

Die weitere Entwicklung, verehrte Damen und Herren, ergibt sich von selbst. Das vielfach bereits durchgeführte Arbeitsende am

Freitag mittag wird das Offenhalten der Geschäfte an Samstagen erübrigen. Mithin würden auch die Personalprobleme, die ja größtenteils auch Familienprobleme sind, gelöst sein, und mithin würde auch die letzte große Gruppe der Selbständigen, da die Gruppe des Gewerbes ja bereits eine Fünf-Tage-Woche hat, sich eines verlängerten Wochenendes erfreuen können.

Dem Einwand, daß die Städte an solchen Samstagen ein lebloses, trostloses Bild bieten würden, wäre zu entgegnen, daß ein solcher Zustand ein Alltagsbild für große Teile einer jeden Stadt wäre, wenn man nicht die Voraussetzungen für die gleichen Wettbewerbschancen dem kleinen Einzelhändler geben wird.

Meine Damen und Herren! Die Forderung nach Einführung der Fünf-Tage-Woche im Handel ist meiner Meinung nach berechtigt. Die Vertreter dieser Forderung kann man nicht mehr ganz einfach mit der Benennung „Zusperrer“ und „Neidhammel“ abtun, wie es in einigen Pressenotizen getan wurde. Auch die Samstagssperre ist zu überprüfen und könnte vorerst für die eine oder andere Branche eingeführt werden. Zumindest in den Sommermonaten und da besonders in den Ballungszentren müßte es versucht werden.

Die Existenzsicherung des Handels ist eine dringende Notwendigkeit. Die Verhandlungen in den vom Herrn Handelsminister eingesetzten Kommissionen mögen daher intensiv und beschleunigt geführt werden.

Wichtiger erscheint mir jedoch, daß in der Bundeskammer der notwendige Interessenausgleich herbeigeführt wird. Ich möchte dies besonders unterstreichen, denn da gibt es Leute (*Abg. Dr. Mussil: „Leute“ gibt es bei uns überhaupt keine!*), die sich zwar immer gern als Sprecher des Mittelstandes ausgeben, in Wirklichkeit jedoch die Interessenvertreter der Großen sind oder enge Eigeninteressen von Verbänden vertreten. Diese behaupten dann gewöhnlich (*Abg. Staudinger: Namen!*) — vielleicht kommen Sie drauf, wenn ich weiterspreche —, vor allem, wenn man ihnen ihre Widersprüchlichkeiten vor Augen hält, die Sozialistische Partei diffamiere die Unternehmen. Besonders zu Wahlzeiten wird immer wieder der Vorwurf erhoben, die sozialistische Regierung betreibe eine mittelstandsfeindliche Politik. (*Abg. Dr. Mussil: Na net!*)

Zunächst einmal ist es natürlich Unsinn, die Belange eines Einzelhändlers mit den Interessen eines Großunternehmers, die Überlebensängste des Ladens um die Ecke mit den Absatzsorgen eines Kaufhauskonzernes gleichzusetzen. Es ist eine bekannte Methode — wir

Mühlbacher

erleben sie immer wieder — gewisser Branchenvertreter, so zu tun, als würden die Interessen aller ihrer Mitglieder berührt, wenn es um den Abbau ungerechtfertigter Privilegien ganz weniger und dafür besonders potenter Mitglieder geht.

Für uns Sozialisten ist klar: Die soziale und politische Front verläuft nicht zwischen Selbständigen und Unselbständigen, sondern in der Auseinandersetzung mit denen, die die Entwicklung zur ausgebauten, sozialen Demokratie verhindern wollen.

Zum anderen sind wir selbstverständlich auch nicht von Feindseligkeit gegenüber den Leitern großer Unternehmen erfüllt. Sie erfüllen verantwortungsvolle Aufgaben, und diese Aufgaben bleiben unabhängig davon bestehen, nach welchem Unternehmensrecht ein Großbetrieb verfaßt ist.

Die Zukunft, verehrte Damen und Herren, wird zeigen (*Abg. Dr. Mussil: Die Zukunft gehört der ÖVP!*), daß sowohl der kleine Handelsbetrieb als auch Verbrauchermärkte und Einkaufszentren gute Entwicklungsmöglichkeiten haben, wenn sie flexibel genug sind, sich den Veränderungen des Marktes, den Bedürfnissen der Konsumenten und der Verbrauchergewohnheiten anzupassen, und wenn sie sich ihrer Unternehmenspolitik, ihrer Verantwortung der Gesellschaft gegenüber bewußt sind.

Hohes Haus! Zum Abschluß meines Beitrages möchte ich noch einige Zahlen aus den Ansätzen des Budgetkapitels Handel hervorheben, und zwar jene Beträge, die für das Jahr 1975 für die Wirtschaftsförderung vorgesehen sind. Diese Zahlen deshalb, weil die Herren der Österreichischen Volkspartei Rechenspielen und Vergleiche anstellen, die die Tatsachen entstellen. Dazu die Ansätze 1975 und jene aus dem Jahre 1974 zum Vergleich.

Es wurden dotiert:

Die Förderung für den Verein des Österreichischen Fremdenverkehrs 1974: 90 Millionen Schilling, 1975: 105 Millionen Schilling, ein Mehr von 15 Millionen Schilling;

für den Fremdenverkehr: 144 Millionen im Jahre 1974, für 1975 sind vorgesehen: 197 Millionen, ein Mehr von 53 Millionen;

für den Bergbau: 59 Millionen im Jahre 1974 (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil*), 77 Millionen für 1975, ein Mehr von 18 Millionen;

für die gewerbliche und industrielle Wirtschaft: 204 Millionen im Jahre 1974 und für 1975 (*Zwischenruf bei der ÖVP*) 241 Millionen Schilling, was gleichbedeutend ist einem Mehr von 37 Millionen Schilling.

Jetzt nehme ich die Addition vor: Im Jahre 1974 waren es Förderungen in der Höhe von 497 Millionen Schilling gegenüber 620 Millionen im Jahre 1975, das bedeutet ein Mehr von 123 Millionen, und das ist gleich 25 Prozent oder um ein Viertel mehr als 1974. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.*)

Besonders herausstellen möchte ich noch, daß die Dotierung für die Förderung auf Grund des Gewerbestrukturverbesserungsgesetzes nach der vorgenommenen Erhöhung der Bemessungsgrundlage von 3 Prozent auf 5 Prozent im Jahre 1975 den Betrag von 188 Millionen erreicht. Die Bedeutung dieser Förderungsaktion geht daraus eindeutig hervor, wenn man sich vor Augen hält, daß seit 1970 Investitionskredite für die kleineren und mittleren Betriebe der gewerblichen Wirtschaft in der Höhe von 5 Milliarden Schilling zinsengestützt wurden. (*Abg. Dr. Mussil: Nur sehr schleppend!*)

In diesem Zusammenhang darf ich Ihnen auch gleich mitteilen, daß die Rückstände, die Ende des Jahres 1973 und 1974 vorhanden waren, zur Gänze abgedeckt sind, daß die BÜRGE à jour ist und das gesamte Förderungsgeld auch Ende 1974 zur Auszahlung gebracht hat.

Für die Vorschau 1975 möchte ich noch hervorheben, daß mit den 188 Millionen Schilling wieder Investitionskredite für die gewerbliche Wirtschaft in der Gesamthöhe von fast 2 Milliarden Schilling werden gefördert werden können.

Hohes Haus! Es kann daher abschließend gesagt werden: Mit den Ansätzen im Budgetkapitel Handel wurden weitere und verstärkte Maßnahmen getroffen, die auch weiterhin eine gesicherte Wirtschaft garantieren. Aber es wurden auch Sparmaßnahmen gesetzt, angepaßt an die finanziellen Gegebenheiten, indem durch die Zusammenlegung der Außenstelle des Handelsministeriums mit der Zentralleitung 17 Dienstposten eingespart werden.

Meine Damen und Herren! Meine Fraktion wird daher dem Kapitel Handel die Zustimmung geben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Hanreich.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Vorredner hat betont, daß mit dem bescheidenen Budget für das Kapitel Handel, Gewerbe und Industrie ausreichend Maßnahmen zur Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft unseres Landes getroffen worden sind. Diese Meinung können wir Freiheitlichen nicht teilen, schon deshalb nicht, weil für den Bereich der wirtschaftlichen

12650

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Dipl.-Ing. Hanreich

Landesverteidigung die Maßnahmen im Budget überhaupt nicht erkennbar sind und weil auch die Fortschritte in den Bemühungen um eine wirklich effiziente wirtschaftliche Landesverteidigung bislang unseren Vorstellungen nicht entsprochen haben. Wir werden also dieses Kapitel ablehnen müssen.

Ich habe nun die Absicht, nach einigen Worten zu meinem Vorredner mich mit der Fremdenverkehrswirtschaft und dann mit dem Freiheitlichen Konzept zur langfristigen Wirtschaftssicherung zu befassen.

Zuerst also zu den Bemerkungen meines Vorredners. Er hat betont, daß es notwendig sei, die Mittel- und Kleinbetriebe, welche die größte Zahl der gewerblichen Betriebe Österreichs darstellen, besonders zu fördern, und daß die Großbetriebe nach den letzten Erkenntnissen nicht die optimale wirtschaftliche Struktur sind, besonders dann nicht, wenn es sich um ein verhältnismäßig kleines Land wie Österreich handelt.

Er hat das betont und hat sehr nachdrücklich darauf hingewiesen, daß sich die sozialistische Fraktion starkmachen würde, die Mittel- und Kleinbetriebe zu fördern. Aber wo, bitte, sind die Konsequenzen dieser Meinung, wo sind Ansätze, die zeigen, daß sich die sozialistische Regierung wirklich um die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe bemüht? Ich konnte in all den Ziffern dieses Budgets 1975 keine überzeugenden Maßnahmen entdecken, die den kleinen und mittleren Unternehmen vermehrte Hilfe gebracht hätten.

Wenn der Kollege Mühlbacher gemeint hat, daß die Ergebnisse der Juli-Befragung vor allem durch den Handel und durch den Fremdenverkehr geprägt waren, dann möchte ich hinsichtlich des Fremdenverkehrs noch im Laufe meiner Ausführungen darauf näher eingehen, möchte aber zum Thema Handel bemerken, daß bisher die Politik der Institutionen, die der Sozialistischen Partei nahestehen, alles andere als eine Förderung der kleinen Unternehmen im Einzelhandel war.

Es klingt sehr schön, wenn man sagt, man werde im Sinne einer besseren Versorgung jetzt eine Studie anstellen, um zu klären, wo die größten Schwächen und Vorzüge liegen, und ich freue mich mit der sozialistischen Fraktion, daß eine solche Studie erstellt werden wird. Für einen vorzeitigen Applaus, Herr Minister, ist es wohl noch etwas zu früh. Ich habe den Eindruck, daß man diese Studie und vor allem die Konsequenzen, die Sie daraus ziehen werden, erst abwarten muß, ehe man Ihnen zu diesem Entschluß applaudieren kann.

Die Situation im Handel, im Einzelhandel, insbesondere im Lebensmitteleinzelhandel, ist nämlich so, daß man eher von einer Fristenlösung für den Handel sprechen muß. Schon im Gründungsstadium werden die meisten Betriebe abgetrieben, und das dadurch, daß man vor allem in Wien im sozialen Wohnbau zwar dem Konsum großzügig Möglichkeiten gibt, sich auszubreiten, nicht aber den kleinen gewerblichen Betrieben. Die kleinen gewerblichen Betriebe, die dort echte Chancen einer Entwicklung hätten, verfügen nicht über ausreichende Verkaufsflächen, bekommen nicht die Möglichkeit, dort zeitgerecht einzusteigen.

Daher erscheint es mir auch falsch, wenn man den kleinen Handelstreibenden eine Art Maschinenstürmerei vorwirft. Man sollte ihnen gleiche Chancen geben — und das gilt vor allem für Wien —, dann würden sie sehr wohl unter Beweis stellen, daß sie in der Lage sind, diese Chancen auch zu nützen.

Zu der Frage des Ladenschlusses, der Ladenschlußzeiten wird mein Kollege Josseck im Laufe des morgigen Tages sicherlich noch detailliertere Ausführungen machen, und ich höre mit Vergnügen, daß unser heftigster Ladenschlußgegner, Kollege Skritek, nach Erreichung seines — wenn es stimmt — heutigen Geburtstages ja die Widerstände gegen unsere Aktivitäten in dieser Richtung sicherlich aufgeben und in Pension gehen wird. (*Abg. Skritek: Also das ist ein Irrtum! Ein großer Irrtum!*) — Damit werden wir dann günstigere Voraussetzungen für ein neues Ladenschlußgesetz vorfinden. (*Abg. Skritek: Sie haben gehört, was der Mühlbacher will!*)

Einzelne Punkte dessen, was der Kollege Mühlbacher will, entsprechen dem, was wir seit langem gefordert haben. Das Peinliche dabei ist nur, daß Sie es bisher immer an Verständnis dafür mangeln ließen, daß zwischen den Öffnungszeiten und den Arbeitszeiten der Angestellten ein Unterschied ist. (*Abg. Skritek: Da stellen Sie sich gegen den Wunsch des Kollegen Mühlbacher!*) Bei Ihrem sozialistischen Kollegen ändert sich die Sache natürlich: Wenn der Kollege Mühlbacher das fordert, was die Freiheitlichen bisher verlangt haben, dann ist es ja plötzlich aus der Sicht der Gewerkschaften akzeptabel. (*Abg. Skritek: Das hat niemand gesagt, Herr Kollege!*), während es als freiheitliche Forderung nicht akzeptabel gewesen ist. (*Abg. Skritek: Es hat kein Mensch gesagt, daß das für uns akzeptabel ist!*) Doch, doch! (*Abg. Skritek: Ich habe nur gesagt, daß wir am Samstag nicht zusperrt werden!*) Über die Samstag-Sperre werden wir noch reden. Der

Dipl.-Ing. Hanreich

Kollege Josseck wird im vollen Umfang darauf zurückkommen.

Mit Schrecken höre ich allerdings eine Forderung, die vor allem in den Ohren der Einzelhändler erfolgversprechend klingen mag und die deshalb immer wieder erhoben wird, nur halte ich sie für nicht zielführend. Das ist die Forderung nach einer Regelung, die es verbietet, unter dem Einkaufspreis zu verkaufen.

Um ein konkretes Beispiel aus meiner Branche anzuführen, das ich neuerlich im „profil“ gefunden habe: Wenn eine Holzverarbeitungs- und Holzimportfirma, die dem Konsum nahesteht, alles das, was sie zu Zeiten eingekauft hat, als der Holzpreis noch hoch war, jetzt nicht unter dem Einstandspreis verkaufen dürfte, weil sich inzwischen ein Absinken der Preise ergeben hat, dann möchte ich diese Lagerkosten nicht übernehmen.

So wird es leider manchem Unternehmen gehen. Man übersieht bisher geflissentlich das Risiko — das nehmen Sie, Herr Kollege Mühlbacher, offensichtlich auch nicht zur Kenntnis —: Ein Unternehmen ist eine riskante Sache und hat daher — das müßten Sie als Steuerberater eigentlich wissen — Verluste und Gewinne. Man kann nicht davon ausgehen, daß ein Unternehmen seinen Gewinn auf jeden Fall bringt, daß es immer den Preis bekommt, den es für seine Ware erzielen möchte. Leider ist es so, daß auch dem Unternehmer Fehldispositionen passieren, daß er den Modetrend falsch einschätzt und deshalb Ware zu einem Preis einkauft, den er dann oft nicht mehr erzielen kann.

Was die Hausfrauen sagen würden, wenn die Räumungsschlußverkäufe plötzlich nicht mehr so billig sein könnten, wie sie das dank der Initiative privater Kaufleute heute sind, das möchte ich nicht hören. (*Abg. Mühlbacher: Das sind ja Sonderregelungen!*) Mit einem solchen Gesetz würden Sie diese günstigen Verkäufe unterbinden. Wenn Sie eine Sonderregelung machen wollen: Bitte warum dann überhaupt? Auch jetzt sind solche Verkäufe eine Ausnahme, eine Sonderregelung, ein Sonderangebot gewesen und waren auch meistens als solches gekennzeichnet.

Wenn Sie betont haben, daß die wirtschaftlich Selbständigen, die Gewerbetreibenden, insbesondere der Handwerker heute in vielen Fällen an der unteren Grenze der sozialen Schichtung liegen, dann ist das zweifellos ein Beweis für die Tatsache, daß die sozialistische Regierungspolitik es noch nicht geschafft hat — und sie zeigt dazu auch gar keine Ansätze —, die Eigentumsbildung bei den kleinen Gewerbetreibenden und ein besseres Einkommen für den Gewerbetreibenden zu fördern.

Die Probleme sind Ihnen ja zur Genüge bekannt. Die Gewerbetreibenden sind echt diskriminiert. Sie haben zusätzlich von ihrem Einkommen, von dem sie leben müssen, die Gewerbesteuer zu bezahlen — daß der Steuerfreibetrag nicht ausreicht, das dürfte Ihnen ja klar sein —, sie haben keine begünstigten Überstundenzuschläge, die erfreulicherweise der Unselbständige hat, und sie haben keinen begünstigten Steuersatz für den 13. und 14. Bezug.

Diese Diskriminierungen sind die Schuld daran, daß gerade die kleinen Gewerbetreibenden heute denkbar ungünstige Voraussetzungen vorfinden. (*Zustimmung bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Sie haben eine solche Fülle von erfreulichen Zahlen genannt, Herr Kollege Mühlbacher, daß ich doch darauf hinweisen möchte, daß alle die Förderungsmaßnahmen, die für Zinsstützung gegeben werden, in der Zwischenzeit doch sehr viel an Wert verloren haben. Wenn die Zinskosten so rapid angestiegen sind, wie das in diesem Jahr der Fall war, dann ist ein Ansteigen des Förderungsbetrages um 25 Prozent keineswegs überwältigend, und wenn zusätzlich noch ... (*Abg. Mühlbacher: Eine Steigerung um 25 Prozent ist ein großer Unterschied!*) Die Steigerungen waren ja ganz beträchtlich. (*Abg. Mühlbacher: Aber keine 25 Prozent!*) Um 2 Prozent sind sie mindestens angestiegen.

Wenn Sie sich überlegen, daß damit derselbe Effekt erreicht werden sollte, der ursprünglich war — meinetwegen einen Kredit von ursprünglich 8 Prozent auf 6 Prozent abzustützen —, dann sind wir heute bei einem Kredit von 10 Prozent, was ohnehin schon sehr günstig ist. Und wenn Sie ihn auf 6 Prozent herunterstützen wollten, um dieselbe Ausgangsposition zu schaffen, müßten Sie den doppelten Betrag investieren. Dann wären wir genau dort. Das schaffen wir natürlich nie. (*Abg. Mühlbacher: Wir stützen mit 3 Prozent!*) Wir stützen jetzt mit 3 Prozent. Das ist richtig. Das heißt aber nur, wir kommen auch nicht mehr zu demselben Ergebnis. Damit sind alle Überlegungen, die angestellt wurden, um eine rentable Investition zu tätigen, schon verzerrt und falsch. Und das wirkt sich ja im Fremdenverkehr katastrophal aus. (*Abg. Mühlbacher: 188 Millionen bleiben 188 Millionen!*) Ob Sie da jetzt einige Millionen mehr haben oder nicht: Ich kann nur sagen: Das ist sehr erfreulich, aber die Gesamtentwicklung hat sich so verschlechtert, daß Sie damit auch keine wirkliche Verbesserung zustande bringen.

12652

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Dipl.-Ing. Hanreich

Nun zu der Situation im Fremdenverkehr. Trotz des Abgabenänderungsgesetzes ist Österreich hinsichtlich der Steuerbelastung im Fremdenverkehr nach wie vor einer der Spitzenreiter. Das macht uns deshalb größte Schwierigkeiten, weil wir in den Bereichen, in denen wir eine echte Konkurrenz der Nachbarländer haben, durch die Steuerbelastungen nur ein wesentlich schlechteres Angebot dem Gast erstellen können.

Landesrat Walter Leitner aus Salzburg, der jetzt immerhin 20 Jahre erfolgreich im Bereich des Fremdenverkehrs tätig ist, hat in einem „Wochenpresse“-Interview vom 13. November 1974 auf folgendes hingewiesen:

„Die Bundesregierung hat der Fremdenverkehrswirtschaft die drei- bis vierfache Steuerlast anderer Fremdenverkehrsländer aufgebürdet und ihr die Zuschüsse vorenthalten.“

Er verweist dann auf die daraus resultierende Teuerung in der Fremdenverkehrswirtschaft, die sich auf die deutschen Reiseveranstalter auswirkt. Die Bundesrepublik — das ist ja bekannt — stellt schließlich den größten Prozentsatz unserer ausländischen Gäste.

Aber ein weiteres Problem beginnt uns im Fremdenverkehr spürbar zusätzlich zu belasten: Eine wesentlich stärkere Verschiebung vom Sommerfremdenverkehr auf den Winterfremdenverkehr. Wir haben im Winter wesentlich bessere Ergebnisse, eine wesentlich bessere Saison, wesentlich mehr Aufkommen aus den Nächtigungen, wesentlich mehr Aufkommen aus den Ausgaben der Besucher als im Sommer. Und das entsteht natürlich daraus, daß wir im Winter weniger Konkurrenz haben, im Sommer hingegen einer wesentlich schärferen Konkurrenz anderer Reiseländer ausgesetzt sind.

Das verstärkt die Krisenanfälligkeit der auf die Sommersaison spezialisierten Fremdenverkehrsbetriebe. Hier hat uns der heurige Frühsommer einen Krisenschock beschert, der zwar durch einige zusätzliche äußere Einflüsse ergänzt und verstärkt wurde, der aber doch als symptomatisch gewertet werden muß. Über diesen Krisenschock des heurigen Frühsommers kann man nicht einfach damit zur Tagesordnung übergehen, daß man auf das schlechte Wetter hinweist, daß man sich auf die Verschiebung der Ferienzeiten in der Bundesrepublik beruft. Hier zeigt sich ganz eindeutig, daß das Angebot, das wir bringen, nicht mehr voll den Wünschen des Gastes entspricht. *(Abg. Helga Wieser: Wir können es uns ja nicht leisten!)*

Das Problem ist, daß dank der hohen Steuerbelastungen im besonderen die Preise für manchen Gast aus dem Ausland unerschwinglich

werden. Dazu kommt noch die Verschiebung der Währungsparitäten, durch die insbesondere Orte, die ein spezialisiertes Angebot für die Engländer oder für die Amerikaner gebracht haben, besonders starke Ausfälle zu verzeichnen hatten. Hier wird es darauf ankommen, rasch und gezielt Änderungen zu bewirken, hier wird es darauf ankommen, rasch und gezielt Verbesserungen hervorzu-rufen, die diese Krisensituation zu überwinden helfen.

Die Kostenexplosion im Fremdenverkehr trifft im Augenblick mit einer eher ungünstigen Situation zusammen. Nicht nur die Zinskostenerhöhung, die, wie geschildert, nicht voll abgestützt werden kann, trifft den einzelnen Betrieb hart, sondern auch die Erhöhung der Energiekosten. Gerade bei den Betrieben, die zukunftsweisend durch den Einbau von beheizten Bädern Investitionen getätigt haben, die erst langfristig rentabel werden, ist die Belastung besonders hoch, und sie ist eine doppelte durch die erhöhte Verzinsung der Investitionskosten und zusätzlich durch die Erhöhung der laufenden Betriebskosten, durch die Energieverteuerung bei Strom, Öl und Gas. Darüber hinaus sind die Lohneinkommen im Fremdenverkehr auch beträchtlich gestiegen. An der Anhebung der Lohnnebenkosten hat es die Regierung auch nicht fehlen lassen.

Es wäre daher hoch an der Zeit, daß man auch mehr positive Maßnahmen für den Fremdenverkehr setzt, daß man endlich einmal damit beginnt, diesen Wust von Abgaben aufzuräumen, etwas mehr Ordnung in dieses verwirrende System von Abgaben und Verwaltungsausgaben für den einzelnen Fremdenverkehrsbetrieb zu bringen.

Darüber hinaus wird man gerade auf diesen Gebieten einzelne Belastungen, die allzu stark sind, zurücknehmen müssen. Denn gerade in der Sommersaison, in der wir besonders schwach sind, hat sich gezeigt, daß die Gäste auf die durch steuerliche Belastung besonders teuren Extras in vermehrtem Ausmaß verzichtet haben. Damit kommen die Unternehmer in der Fremdenverkehrswirtschaft bei sparsameren Gästen in eine fürchterliche Schere zwischen steigenden Kosten einerseits und zurückgehenden Umsätzen oder bestenfalls stabilen Umsätzen andererseits.

Daß es regionale Differenzen gibt, das ist durchaus richtig. Aber es ist natürlich so, daß dann auch die Hilfsmaßnahmen gezielt und regional sein müßten, und dazu fehlen sämtliche Unterlagen. Denn eines frage ich mich doch, Herr Handelsminister. Sie bemühen sich sicher um die Fremdenverkehrswirtschaft —

Dipl.-Ing. Hanreich

das will ich Ihnen nicht abstreiten —, zumindest sagen Sie, daß Sie sich bemühen. Der Finanzminister sagt es nicht und tut es auch nicht, und mir ist bisher noch immer schleierhaft gewesen, nach welchem Grundkonzept Sie Ihre Fremdenverkehrspolitik betreiben. Ich vermisste die umfassende Analyse, die jetzt angekündigt worden ist für den Bereich des Handels, für den Bereich des Fremdenverkehrs, diese grundlegenden Überlegungen, die in Verbindung mit der Raumplanung stehen müßten, die auf die Ortsplanung einwirken müßten, die ein Gesamtkonzept der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft sein sollen.

Wo, Herr Bundesminister, ist diese grundlegende Analyse? Wo sind die Ansätze, diese Analyse durchzuführen? Wo ist Ihr Konzept für die Fremdenverkehrswirtschaft, mit dem Sie hoffen, diese schwierige und krisenhafte Situation zu überwinden, in der wir uns im Fremdenverkehr im Augenblick befinden.

Ich habe das Gefühl, daß Sie sich scheuen, diese Strukturprobleme, die wir in der Fremdenverkehrswirtschaft zweifellos haben, aufzuzeigen, klar und deutlich offenzulegen.

Sie müßten darüber hinaus auch die Situation im benachbarten Ausland, in unseren Konkurrenzländern einmal beleuchten und vergleichen, von welchen Voraussetzungen diese Länder ausgehen, damit wir ein wirklich ausgewogenes und für den Gast auch akzeptables Angebot vorlegen können.

Es ist sicher sehr zu begrüßen, daß die Fremdenverkehrswerbung heuer ein ganz beträchtlich erhöhtes Budget hat, nämlich 25 Millionen Schilling. Ich bin so freundlich, daß ich bereits das gesamte Paket anführe und damit nicht die üble Methodik der Darstellung übernehme, die im Budget immer bevorzugt wird, Ziffern zu trennen oder zusammenzufassen, je nachdem, wie es gerade am besten paßt, ich steige sogar auf Ihre höheren Werte ein. Aber ich glaube, daß diese Beträge für die notwendige zusätzliche Auslandswerbung kaum wirklich ausreichend sind. Denken Sie nur an die beträchtlichen Preissteigerungen gerade bei den Druckkosten, für Papier und überlegen Sie sich dann, was dabei wirklich herauskommen wird.

Dabei muß ich mit Interesse feststellen, daß in dem Werbekompaß 1975 einige ganz interessante grundsätzliche Bemerkungen zur Situation des Fremdenverkehrs zu finden sind. Das schlägt ganz in die Kerbe, die ich vorher mit meinem Hinweis auf das fehlende Fremdenverkehrskonzept geschlagen habe. Es heißt dort:

In der abgelaufenen Saison 1974 zeigte sich als eine der Hauptschwächen des österreichischen Angebotes das fast vollständige Fehlen einer genügend groß dimensionierten Basisorganisation in den Orten und Regionen. Diese Basisorganisation, die in der nächsten Zeit unbedingt aufgebaut werden müßte, hat folgende Aufgaben: konzentrierte Marktführung des vorhandenen Fremdenverkehrsangebotes, welches zumeist sehr zersplittert ist. Zimmerreservierung, Betreuung und Animation der Gäste im Ort, Betreuung der den Ort im Angebot führenden Reiseveranstalter.

Darüber hinaus gibt es noch einige sehr interessante Anregungen, die ich auch erwähnen möchte, weil sie mir wirklich als eine wertvolle Bereicherung und eine wertvolle Idee für die Weiterentwicklung erscheinen, das ist der Aufbau von Ringen gleichartiger Fremdenverkehrsbetriebe. Ich weiß, es gibt dazu Ansätze, aber das wäre gerade ein Angebot, das gezielt auf ganz bestimmte Gruppen greift, sei es durch den Hinweis auf Sport-hotels oder Fitneßhotels oder der Hinweis auf besonders kinderfreundliche Hotels. Das wären Angebotsringe, die beim Publikum großen Erfolg haben könnten.

Die Idee eines Ringes typisch österreichischer Gasthöfe erscheint mir deswegen eine sehr gute Idee, weil ich glaube, daß man, wenn man das mit etwas Stilgefühl macht, einen wirklichen Beitrag zur Imagebildung Österreichs im Ausland leisten kann.

Nun gehen wir im Fremdenverkehr einer Wintersaison entgegen, die einen vorsichtigen Optimismus rechtfertigt. Die Ergebnisse im vorigen Jahr sind über Erwarten gut gewesen. Es stellt sich dabei die Frage, ob wir nicht einen Winter der Torschlußpanik anläßlich der Ölkrise vor uns hatten und ob die positive Entwicklung, die sich im vorigen Jahr abgezeichnet hat, auch heute anhalten wird.

Dabei darf man sicher eines nicht vergessen: Das ist die stille Verfälschung, die sich dadurch abspielt, daß wir durch die Energieferien und jetzt die Schulferien Anfang Februar einen neuen Touristenstrom im Inland in Bewegung gesetzt haben, der — wenn man so will — eine Krisenhilfe ist, der aber nicht so selbstverständlich den Steigerungsraten als Erfolg hinzugerechnet werden dürfte.

Eines aber, Herr Handelsminister, möchte ich Ihnen doch noch ans Herz legen, weil es mir besonders wichtig erscheint. Es wird, wenn über den Fremdenverkehr gesprochen wird, immer wieder die Frage der Deviseneinnahmen und -ausgaben zur Diskussion gestellt, und es werden aus den Ziffern, die die Nationalbank vorlegt, Schlußfolgerungen gezogen.

12654

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Dipl.-Ing. Hanreich

Meiner Meinung nach sind diese Ziffern für eine wirkliche Interpretation der Vorgänge in der Fremdenverkehrswirtschaft gänzlich ungeeignet, weil sie nicht genügend untergliedert sind. Hier wäre es doch sehr wertvoll und eine große Hilfe bei der Beurteilung der Situation, wenn man durch eine Studie klären ließe, wie sich die einzelnen Devisenströme tatsächlich zusammensetzen, damit man nicht die Ausgaben durch die Überweisungen von Löhnen der Gastarbeiter in ihr Heimatland dem österreichischen Tourismus im Ausland zu-rechnet, weil man das nicht genügend genau unterscheiden kann.

Und nun möchte ich noch ein paar Bemerkungen zur Krisenvorsorge, zu den Maßnahmen der wirtschaftlichen Landesverteidigung machen.

Für uns Freiheitliche sind die unzureichenden Maßnahmen auf diesem Gebiet der Hauptgrund, weshalb wir auch diesmal das Kapitel Handel, Gewerbe und Industrie ablehnen. Wir glauben, daß bei einer so kritischen Situation, die so deutlich geworden ist anlässlich der Energiekrise im vorigen Herbst, Maßnahmen nicht nur angekündigt werden dürfen, sondern konkret erfolgen müssen. Wenn ein Jahr Zeit ist, nachdem man schon die Jahre vorher immer behauptet hat, man träfe Vorbereitungsmaßnahmen, und es geschieht dann nichts, dann ist das zu wenig. Es wäre hoch an der Zeit, hier eine wirklich ernste Maßnahme zu setzen, die auch dem Staatsbürger vor Augen führt, daß es die Regierung nicht bei leeren Worten bewenden läßt, sondern sich wirklich um die Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft unseres Landes bemüht.

Denn wir dürfen nicht in einem naiven Internationalismus verharren, in der Vorstellung, daß die Welt nicht in schwierige Lagen kommen könnte, wobei ich nicht nur an kriegs-erische Auseinandersetzungen denke. Schon die Energiekrise hat uns deutlich gezeigt, was Abhängigkeit bei lebenswichtigen Gütern für einen Staat bedeuten kann. Und wenn es auch nicht so kraß war und wenn auch im Augenblick das daraus entstehende Zahlungsbilanzdefizit, besser Handelsbilanzdefizit, durch Zuflüsse von Fremdmitteln, Investitionen von Ausländern in Österreich verschleiert wird, so ist doch die zusätzliche Belastung unserer Volkswirtschaft damit deutlich geworden.

Deshalb ist es dringend notwendig, systematisch die langfristige Veränderung der Austauschverhältnisse zwischen unserem Staat und unseren Handelspartnern zu beobachten. Es ist einfach notwendig, zu beobachten, inwieweit wir in ein immer dichteres Netz von

Abhängigkeiten in Bereichen geraten, in die wir nicht geraten dürfen. Es gibt Sektoren, in denen es ohne falsche Autarkieromantizismen einfach notwendig ist, eine gewisse Eigenständigkeit zu behalten. Es ist einfach notwendig, daß man bestimmte Grundversor-gungen selbst und im Land durchführen kann.

Wenn wir ungünstige Voraussetzungen vorfinden, dann muß man sich jetzt über die mögliche Substituierung einzelner Güter den Kopf zerbrechen. Wenn eine kritische Situation eingetreten ist, dann ist eine Änderung und eine Umstellung der Wirtschaft nicht möglich.

Gerade in diesem Zusammenhang darf ich meinem Mißfallen Ausdruck geben, daß aus Ihrem Budget die Förderung der Stärkever-arbeitung in der zweiten Stufe gestrichen wurde. Ich höre zwar, daß der Finanzminister zu Gesprächen bereit sei, bin aber trotzdem davon unangenehm berührt, daß Sie sich diesen Förderungsteil aus Ihrem Budget streichen ließen, denn ich glaube, daß die Stärkeförder-ung genau einer dieser Bereiche ist, in dem die langfristige Wirtschaftssicherung wirklich eine wesentliche Rolle spielt. Ganz abgesehen von den regionalen Strukturen und der Bedeutung, die die Stärke für das niederöster-reichische Grenzgebiet im Norden hat, ist sie auch im Hinblick auf die Möglichkeit der Ent-wicklung von Kunststoffen wichtig. Diese Kunststoffe aus Stärke sind abbaubar, ein Ge-biet, in dem man mehr Entwicklung betreiben sollte. Dies ist eine typische Aufgabe für ein langfristiges Wirtschaftssicherungsprogramm, für ein langfristiges Wirtschaftssicherungs-konzept.

Der Ring freiheitlicher Wirtschaftstreiben-der hat daher ein solches Konzept vorgelegt. Es ist hier nicht ausreichend Zeit, dieses Kon-zept in seinem ganzen Umfang zu erläutern. Aber ich möchte doch wenigstens auf die Grundzüge hinweisen.

Wir haben darin betont, daß der Staat sowohl für akute Krisen als auch für die lang-fristigen Veränderungen Vorsorge treffen muß. Dazu ist die erste Forderung, daß er sie beob-achten muß, die zweite Forderung, daß er sich dessen auch bewußt sein muß, daß Schwierig-keiten entstehen können. Wir haben diese Entwicklung bisher nicht genau genug ver-folgt, wir haben uns nicht genug Gedanken darüber gemacht, wir haben unsere Wirt-schaftspolitik zu wenig an dieser langfristigen Sicherungsaufgabe orientiert. Wie ich ja über-haupt den Eindruck habe, daß die Bundes-regierung ihre Wirtschaftspolitik mehr vom Gesichtspunkt der Gefälligkeitsdemokratie her

Dipl.-Ing. Hanreich

betreibt als von den Überlegungen, ein optimales Ergebnis für die österreichische Bevölkerung zu erzielen.

Nun aber noch einige zusätzliche Bemerkungen zu dem langfristigen Wirtschaftssicherungskonzept. Wir müssen uns darüber klar werden, wo wir in großem Maß von den Lieferungen aus dem Ausland abhängig geworden sind, ob das nun um das Eiweißfutter geht, um Erdöl, Erdgas, um Mineraldünger und verschiedene andere Dinge mehr.

Es ist uns an sich bekannt, daß hier Abhängigkeiten bestehen.

Aber Überlegungen, was man in Krisenfällen wirklich tut, liegen nicht vor, und die Bevorratung allein, die jetzt ins Auge gefaßt wird und die in einem Gesetzentwurf vor den Toren des Parlaments liegt, dessen Finanzierung völlig ungeklärt ist, die Bevorratung allein ist kein ausreichendes Mittel der langfristigen Wirtschaftssicherung.

Es gibt wohl einige Vorsorgen, und diese beginnenden Maßnahmen müßte man zusammenfassen. Ein Ansatz dazu bestünde im Bundeskanzleramt durch die zentrale Stelle für Umfassende Landesverteidigung, und dann müßte man endlich dazu übergehen, auch Maßnahmen zu ergreifen, die eine wirksame Wirtschaftssicherung ermöglichen.

Dabei geht es darum, vor allem ein Maximum an Sicherung für die Grundversorgung der Bevölkerung zu schaffen und erst darüber hinaus, und zwar für die langfristige Entwicklung, unser bisher Erreichtes abzusichern. Denn daß wir heute schon in einer Situation sind, wo es nicht in erster Linie um wesentliche Mehrung unseres Wohlstandes geht, sondern darum, das Erreichte zu sichern, dürfte ja auch Ihnen in der Zwischenzeit klar geworden sein.

Wir glauben daher, daß es ein vorrangiges Ziel der Regierung sein müßte, sich mit den Aufgaben der langfristigen Wirtschaftssicherung auseinanderzusetzen. Wir glauben, daß das eine Voraussetzung ist, um die nächste auf uns zukommende Phase der Schwierigkeiten zu bewältigen.

Ich bin kein Pessimist; wir Österreicher haben ja gezeigt, daß wir in der Lage sind, Schwierigkeiten zu meistern. Die ältere Generation hat das deutlicher unter Beweis gestellt; wir Jüngeren werden es erst beweisen müssen. Aber ich glaube, daß wir nur dann in unserem Bemühen wirklich erfolgreich sein können, wenn die Regierung auch ihren Teil dazu beiträgt, wenn sie die notwendigen Maß-

nahmen ergreift, die getroffen werden müssen, um Österreichs Wirtschaft langfristig zu sichern. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Zittmayr** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz auf die Ausführungen des Kollegen Mühlbacher eingehen, bevor ich zu meinen eigentlichen Ausführungen komme. Er hat hier die Schwierigkeiten des Kleinhandels und insbesondere die des Lebensmittelhandels besonders dargestellt. Es war für uns überraschend, daß die Sozialistische Partei nun plötzlich die Liebe zu den kleinen und mittleren Betrieben entdeckt. *(Rufe bei der SPÖ: Schon lange! Schon lange!)*

Es ist an und für sich im Interesse der betroffenen Menschen von Vorteil. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren besonders von der linken Seite dieses Hauses, die Tatsachen sehen leider anders aus. Es wurde schon gesagt, daß besonders bei der Vergabe von Geschäften in den neuen Wohngebieten in einer Weise vorgegangen wird, daß die kleinen und mittleren Betriebe überhaupt nicht zum Zug kommen. Ich darf auch noch etwas feststellen. Mir ist ein Betrieb des Konsums in einer größeren oberösterreichischen Stadt bekannt. Dort verkauft der Konsum am Samstag die Milch um 3,90 S *(Abg. Steininger: Sie reden von der Landwirtegenossenschaft!)*, um alle Konsumenten am Samstag zum Einkaufen in den „Konsum“ hineinzuholen. Die kleinen Geschäfte sind nicht in der Lage, hier mitzukommen. Hier wird ein echter Vernichtungswettbewerb betrieben. Jetzt hören wir plötzlich, daß man darangeht zu überlegen, ob man nicht doch ein Gesetz schaffen sollte, das verhindert, daß unter dem Einstandspreis verkauft wird.

In dem Zusammenhang auch zum Kollegen Hanreich. Er sagte, daß das kein taugliches Mittel sei. Es geht hier in erster Linie um Produkte des täglichen Bedarfs, mit denen unterpreisig geschleudert wird, die zu Lockartikeln gemacht werden, die dazu dienen, den Großen Vorteile zu verschaffen und die Kleinen praktisch umzubringen. *(Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Aber beim Lagerhaus?)* Diese Methoden führen ja zur Zerstörung der Nahversorgung und treffen besonders die älteren Leute und die Pensionisten, die nicht in der Lage sind, im großen Verbrauchermarkt oder im Konsumladen einzukaufen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Steininger: Reden Sie von der Landwirtegenossenschaft!)* Daher reden Sie nicht und machen Sie keine Untersuchungen,

12656

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

sondern handeln Sie! Tun Sie etwas dagegen! Herr Minister! Denn bis Ihre Untersuchungen zu Ende geführt sind, sind diese Leute längst gezwungen, ihre Existenz aufzugeben.

Es wäre verlockend, auch zu den Ausführungen des Kollegen Hanreich etwas zu sagen. Das würde aber zu weit gehen. Es ist heute Gelegenheit, Herr Minister, Bilanz zu ziehen über die Entwicklung der Wirtschafts- und Handelspolitik der SPÖ-Regierung. Ich möchte aber auch ganz kurz Bilanz ziehen über die Verträge Österreichs mit den Europäischen Gemeinschaften und vielleicht dann noch am Schluß einige Worte zu der Frage der Vorratshaltung und Krisenvorsorge anschließen, die auch der Kollege Hanreich heute schon sehr ausführlich behandelt hat.

Zur Frage: Wie ist die Entwicklung der Wirtschafts- und Handelspolitik und der Wirtschaft in Österreich in den letzten fünf Jahren verlaufen? (*Abg. Steininger: Sehr gut!*) Ich möchte keine langen Reden halten, sondern ganz einfach sagen: 1970 hat diese SPÖ-Regierung eine florierende Wirtschaft übernommen. Die Konjunktur war ausgeglichen, nicht überhitzt, es gab ein relativ starkes Wirtschaftswachstum im Ausmaß von fünf bis sechs Prozent, eine Preissteigerungs- und Inflationsrate von zweieinhalb bis drei Prozent, eine Vollbeschäftigung, wenngleich auch keine Überbeschäftigung und einen florierenden Fremdenverkehr. (*Abg. Mühlbacher: Und jetzt geht es uns so gut, wie es uns noch nie gegangen ist!*)

Das war 1970, Herr Kollege Mühlbacher! Ich glaube, darüber gibt es keine Debatten. Außerdem war die Entwicklung durch die vorhergehenden Gesetze der ÖVP-Regierung — Wirtschaftswachstumsgesetze, Strukturverbesserungsgesetz und so weiter — in einer echten Aufwärtsentwicklung begriffen.

1974 und ein Ausblick auf 1975 schaut so aus: Durch die Budgetpolitik, durch die Wirtschaftspolitik, Tarifierhöhungen, Belastungen der Wirtschaft, öffentliche Verschwendung, Aufblähung der Staatsverwaltung, steuerliche Bestrafung des Tüchtigen und Leistungsfähigen und durch eine Überforderung der Wirtschaft sind wir nun in einer Situation — das ist für eine SPÖ-Regierung, die vor Neuwahlen steht, auch wahrscheinlich nicht sehr angenehm —, in der die Finanzierung des Defizits in Frage gestellt ist. Es sind überhaupt keine Reserven für Investitionen vorhanden. Es wurden in den Jahren der Konjunktur keine Rücklagen gebildet, die es ermöglichen würden, jetzt bei einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums entsprechende Investitionen anzuregen und vorzunehmen.

Das Ergebnis beim Straßenbau: 1 Milliarde Schilling für 1975 weniger, das ist das Ergebnis Ihrer „hervorragenden“ Politik der letzten fünf Jahre. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Thalhaimer: Die hat die Landwirtschaft bekommen!*)

Und noch etwas, Herr Abgeordneter! Der Verbraucherpreisindex 1966, der im Jahr 1970 auf 113 Punkten gestanden ist, stand jetzt im November 1974 auf 155,4 Punkten; das ist eine Steigerung um 42 Punkte oder 37 Prozent in diesen Jahren. Am Ende der Legislaturperiode, wenn sie normal ausläuft, stehen wir voraussichtlich bei 167 Indexpunkten, das heißt von 1970 bis 1975 eine Teuerung von 47 Prozent. Der österreichische Schilling ist in dieser Zeit in der Kaufkraft um fast 50 Prozent weniger wert geworden. Das ist für die Bevölkerung interessant, nicht ein Haufen Zahlen und alle möglichen Beteuerungen! Das ist ein negativer Rekord! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Es wurde schon angeführt, das Außenhandelsbilanzdefizit steigt ständig, Zahlungsbilanzschwierigkeiten ergeben sich. Der Fremdenverkehr stagniert und ist nicht mehr in der Lage, die Zahlungsbilanzdefizite auszugleichen. Die Investitionen gehen zurück; es wurde von Präsident Sallinger schon erwähnt. Eine Scheingewinnbesteuerung der Unternehmungen erhöht die Abhängigkeit vom Fremdkapital. Die Betriebe werden immer mehr gezwungen, Kredite aufzunehmen und teure Zinsen dafür zu bezahlen. Es steigen die Konkurse und Ausgleiche. Es kommt zu Betriebsstilllegungen und Einschränkungen, zu Kurzarbeit und zu Entlassungen. Das sind Dinge, meine sehr geehrten Damen und Herren, die diese Regierung mitverschuldet hat, weil sie nicht rechtzeitig durch eine sparsame und vernünftige Politik alles getan hat, um solche Entwicklungen zu verhindern. Das ist das Ergebnis dieser Politik! (*Abg. Hanna Hager: Das glaubt er ja selbst nicht!*)

Immer wieder wird behauptet: Entweder Inflation oder Arbeitslosigkeit. (*Abg. Steininger: Das hat der Mitterer gesagt!*) Ich glaube, heute steht schon fest, auch in anderen Ländern ist man zur Erkenntnis gekommen, daß gerade diese überdurchschnittliche Inflation die Arbeitsplätze gefährdet. Herr Minister Dr. Staribacher! 1971 haben Sie den Anspruch getan: Wachstum ist wichtiger als Geldwertstabilität.

Heute haben Sie das Ergebnis dieser leichtfertigen Politik. Heute sind wir soweit, daß Sie mit 50 Prozent Kaufkraftverlust praktisch in diesen Schwierigkeiten sind, der Staat nicht mehr zahlungsfähig ist und die Verwaltungsschulden ins Unermeßliche steigen. Das sind

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

die Dinge, die sich entwickelt haben. Das ist für den Österreicher entscheidend. 1970 und 1975: das Ergebnis ist für Sie nicht erfreulich und für uns Österreicher sicher auch nicht.

Verträge mit der EWG, wie haben sie sich ausgewirkt? Nur einige Feststellungen. Der Zollabbau am 1. Oktober 1972 und am 1. Jänner 1974 hat sich positiv ausgewirkt. Auch der bevorstehende weitere Zollabbau ist positiv zu bewerten. (*Ruf bei der SPÖ: Aber! Aber!*) Das ist positiv, selbstverständlich. Aber kommt schon noch; lassen Sie sich nur Zeit.

Weitere Feststellung: Das Außenhandelsbilanzdefizit Österreichs gegenüber der EWG nimmt von Jahr zu Jahr zu. Das heißt, unsere Lieferungen in die EWG-Länder steigen weniger als die Einfuhren Österreichs aus den EWG-Ländern. Auch hier nur einige Zahlen: 1971 betrug das Defizit im Handel zwischen Österreich und der EWG 21,7 Milliarden Schilling, 1972 35 Milliarden Schilling und 1973 40,4 Milliarden Schilling; also innerhalb von zwei Jahren von 21 auf 40 Milliarden Schilling Defizit im Außenhandel mit der EWG. Das heißt, die Vorteile des EWG-Vertrages kommen in erster Linie den Ländern der EWG und weniger den österreichischen Unternehmen zugute.

Die gesamte Außenhandelsentwicklung Österreichs überhaupt im Jahre 1973 war so, daß ein Defizit von 35,8 Milliarden Schilling bestanden hat. Das heißt, das Defizit gegenüber der EWG war größer als das gesamtösterreichische Außenhandelsdefizit. In der letzten Zeit ist zwar durch Preiserhöhungen besonders auf dem Chemiesektor und auf anderen Gebieten eine teilweise Verschleierung dieses Außenhandelsbilanzdefizits eingetreten, aber im großen gesehen ist das, was schon vorher auch von Kollegen Hanreich angeführt wurde, richtig, daß hier besonders durch die Energiekostenverteuerung zunehmend die Zahlungsbilanzschwierigkeiten kommen. Es kommt auch zu einem stärkeren Steigen der Produktionskosten in Österreich; die Stückkosten werden immer höher und damit wird die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Ländern verschlechtert.

Herr Minister! Besonders auf diese Tatsachen innerhalb der Regierung hinzuweisen haben Sie offensichtlich vergessen, denn es wäre wichtig, daß gerade in dieser Richtung eine vorausschauende Politik betrieben wird.

Nun zum landwirtschaftlichen Außenhandel mit der EWG. Auch hier haben wir eine Entwicklung, die uns nicht besonders freut. (*Abg. Dr. Mussil: Überhaupt nicht!*) Es ist so, daß das Defizit des Außenhandels gegenüber der EWG im Jahre 1972 531 Millionen Schil-

ling betragen hat. Das heißt, Österreich hat landwirtschaftliche Produkte aus der EWG im Ausmaß von rund 4 Milliarden Schilling eingeführt und um rund 3,5 Milliarden Schilling ausgeführt, ein Defizit also von rund 530 Millionen Schilling.

1973, nach Wirksamwerden des EWG-Vertrages, hat sich die Entwicklung sehr verschlechtert. Wir haben Einfuhren aus der EWG von 5,6 Milliarden und Lieferungen in die EWG-Länder von Österreich aus von 3,3 Milliarden Schilling. Das heißt, ein Abgang von 2.250.000.000 S gegenüber den EWG-Ländern.

Daher können wir vom landwirtschaftlichen Standpunkt über die Entwicklung auf diesem Sektor nicht erfreut sein. Es ist nicht gelungen, die Landwirtschaft in den EWG-Vertrag einzubauen, es ist keine Sonderregelung für Milch und Milchprodukte zustande gekommen. Wir haben den englischen Absatzmarkt am 1. Februar 1973 für Butter und Vollmilchpulver vollkommen verloren, wir haben gegenüber den Anbietern aus der EWG Nachteile beim Außenhandel mit EWG-Ländern zu tragen. Es wurde im September 1973 der volle Zoll für Rinder und für Fleisch wieder eingeführt, der Herr Landwirtschaftsminister weiß das alles. Es wurde ab 1. April 1974 der Orientierungspreis für Schlachtrinder um 12 Prozent erhöht. Es kam dann zur Einführung der Bardepotpflicht für Lieferungen nach Italien in der Höhe von 50 Prozent des Zollwertes, und schließlich wurde am 16. Juli des heurigen Jahres eine totale Einfuhrsperre für Schlachtrinder und Rindfleisch in der EWG wirksam.

Das sind Dinge, die der österreichischen Landwirtschaft im heurigen Jahr besondere Sorgen bereitet haben. Die einzige Begünstigung, die bei den Verhandlungen, Herr Handelsminister und Herr Landwirtschaftsminister, in Brüssel erreicht wurde, war auf dem Rindersektor. Die Maßnahmen des heurigen Jahres haben diese einzige Begünstigung für die österreichische Landwirtschaft praktisch wirkungslos gemacht. Das Ungleichgewicht im agrarischen Außenhandel zwischen Österreich und den EWG-Staaten wird dadurch noch größer. (*Abg. Dr. Mussil: Und wer ist schuld daran? — Ruf bei der SPÖ: Die ÖVP!*)

Es ist, das möchte ich hier ausdrücklich feststellen, nicht nur die Regierung schuld, es wäre fehl, wenn man das behaupten würde. (*Abg. Dr. Tull: Das ist direkt lieb für uns!*) Das ist ja selbstverständlich! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja glauben Sie nicht, daß wir so viel wirtschaftliches Verständnis haben, daß wir die von außen her kommenden Schwierigkeiten nicht erkennen?

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Aber wenn es gelungen wäre, eine Sonderregelung für Milch und Milchprodukte zum Beispiel zu finden, dann würde es uns nicht so große Sorgen bereiten, daß jetzt so viele Bauern vom Fleisch auf Milch umstellen und damit der Überschuß an Milchprodukten immer größer wird. Es ist eben ein Bündel von Maßnahmen notwendig, und es ist auch notwendig, daß man dagegen rechtzeitig und im entsprechenden Ausmaß etwas unternimmt. Das ist leider nicht geschehen. Das also dazu.

Nun einige Worte zu den damals gemachten Zusagen und Begleitmaßnahmen zum EWG-Vertrag. Es geht besonders um die Frage der Agrarmarkordnung. Wir haben in der EWG eine zwar anders gestaltete, aber funktionierende unbefristete Agrarmarkordnung, und wir haben in Österreich ebenfalls damals die Marktordnung um zwei Jahre verlängert. Jetzt ging ein halbes Jahr eine Diskussion, und man hat aus Regierungskreisen immer wieder gehört, man könnte sich vorstellen, daß die Marktordnung ausläuft. Obwohl man sie uns vor zwei Jahren im Zuge der EWG-Verträge versprochen hatte! Besonders auch der Herr Handelsminister hat sich ein Auslaufen vorstellen können, weil man sich ja alles vorstellen können muß. Nur der Herr Landwirtschaftsminister hat auch in solchen Zeiten, als der Herr Bundeskanzler und andere immer erklärt haben „auslaufen“, zur Stange gehalten und hat sich nicht der Ansicht seines Meisters angeschlossen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte ausdrücklich hier feststellen: Wir haben das Gefühl gehabt, daß die Sozialistische Partei die Absicht hat, durch die übertriebenen Forderungen die Marktordnung einfach in Frage zu stellen und der ÖVP die Zustimmung unmöglich zu machen. Offensichtlich haben sich andere Aspekte in der letzten Zeit doch ausgewirkt, die Vernunft ist zum Durchbruch gekommen, und es ist in den letzten Tagen gelungen, doch eine vernünftige Regelung auf dem Marktordnungssektor — Landwirtschaftsgesetz, Lebensmittelbewirtschaftung — in dem ganzen Paket der Preisgesetze zu finden. *(Abg. Libal: Sie haben ein falsches Gefühl gehabt!)*

Diese Lösung hat gezeigt, daß Sie doch bereit sind, Vernunft gelten zu lassen, und daß Sie Ihre Methoden, eine Gruppe überhaupt unter Druck zu setzen, wieder aufgegeben haben. *(Abg. Libal: Es fragt sich nur, wer wen unter Druck gesetzt hat!)* Herr Abgeordneter Libal, Sie wissen ganz genau, daß dadurch, daß die einfache Mehrheit entscheidet, die Bauern in landwirtschaftlichen Angelegenheiten niedergestimmt werden können. Das ist für die ÖVP und für den Bauernbund unannehmbar. Das ist unmöglich, das können wir

uns nicht bieten lassen, denn wir — das hat der Herr Präsident Minkowitsch ausgeführt — wollen ja auch nicht in Ihren Belangen tonangebend sein, und das Mitspracherecht der Konsumentenvertreter ist in Österreich bei unserer Marktordnung größer als in allen anderen Ländern Europas. Das ist hier ausdrücklich festzustellen. Es hat auch als Begleitmaßnahme dazugehört. Ich möchte mich über dieses Kapitel nicht verbreiten, obwohl es sehr verlockend wäre. Aber ich bin froh, daß es auch gelungen ist, die übrigen Begleitmaßnahmen im Zusammenhang mit dem EWG-Vertrag jetzt wiederum zu verlängern. Was die Milch-, die Viehseite und die Stärkeseite anbelangt, so war das eine positive Sache, die wir ebenfalls anerkennend vermerken. Aber das, was dem vorausgegangen ist, das war für den landwirtschaftlichen Berufsstand wirklich eine Zumutung.

Zum Schluß: Vom Herrn Abgeordneten Hanreich wurde bereits die Frage der Ernsthaftigkeit der staatlichen Vorratshaltung, der Krisenvorsorge und der langfristigen Planung angeführt. Ich möchte das nur unterstreichen, was hier gesagt wurde. Leider ist gerade in bezug auf die für den Agrarsektor wichtigen Probleme Eiweißfuttermittel, Düngemittel, Mineralölversorgung, Sicherung von Ölen und Fetten in diesem Jahr praktisch nichts geschehen. Es ist ergebnislos vorübergegangen, und es ist, wie gesagt, nichts geschehen.

Nach meinem Dafürhalten ist eine leistungsfähige Landwirtschaft, die entsprechend kostendeckende ausreichende Agrarpreise hat, die einzig wirkliche Garantie. Natürlich muß man auch beim Außenhandel Preiseinbrüche verhindern und muß auch der Landwirtschaft in Anbetracht der Entwicklung auf den Weltmärkten entsprechenden Vorrang einräumen. Mittel für die Landwirtschaft sind nach meinem Dafürhalten die beste Versicherungsprämie für unsere Bevölkerung. Ich möchte Sie als Handelsminister bitten, auch in Ihrem Bereich alles zu tun, damit diese Zielsetzung im Interesse der österreichischen Bevölkerung realisiert werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Thalhammer.

Abgeordneter **Thalhammer** (SPO): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man so den Rednern der Opposition zuhört, so muß man sich deshalb wundern, weil man hier den Eindruck gewinnt, daß Sie fernab jeder Realität leben, daß Sie keine Zeitung lesen, keine „Zeit im Bild“ sehen, ja daß Sie über die tatsächliche Entwicklung, die vor sich geht, nicht informiert sind, daß Sie — und der letzte Redner war

Thalhammer

ja ein Beispiel dafür — im Jahre 1970, in der Mentalität des Jahres 1970 steckengeblieben sind.

Meine Damen und Herren! Man hat den Eindruck, daß Sie mit einer schwarzen Binde vor den Augen hier die Ereignisse betrachten. Natürlich gestehe ich Ihnen zu, daß Sie Zeitungen lesen, und natürlich gestehe ich Ihnen zu, daß Sie Nachrichten hören und auch wissen, was in der Welt vorgeht, meine Damen und Herren. Nur: Wenn Sie sich hier herstellen und etwas anderes sagen, als die Tatsachen zum Ausdruck bringen, wenn Sie versuchen, der Öffentlichkeit etwas zu erzählen, was nicht diesen Tatsachen entspricht, dann müssen Sie sich den Vorwurf gefallen lassen, daß Sie hier wider besseres Wissen reden. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Sie stellen sich hier heraus und betätigen sich als Schwarzmalers, obwohl Sie genau wissen, daß die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft eine ganz andere ist. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)* Es ist eine Entwicklung, Herr Generalsekretär Mussil, die sicherlich den Einsatz aller Kräfte erfordert, die aber vor allem im Hinblick auf die Verhältnisse im Ausland als gut bezeichnet werden muß.

Es kann Ihnen doch nicht entgangen sein, daß gerade in den letzten Tagen bemerkenswerte Aussagen, zum Beispiel hinsichtlich der Entwicklung unserer Zahlungsbilanz, von einer Stelle gemacht worden sind, die auch für Sie unverdächtig ist, nämlich durch das Statistische Zentralamt. Wir haben die erfreuliche Tatsache, daß in den ersten zehn Monaten dieses Jahres der Export um 38 Prozent gestiegen ist. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Das interessiert Sie überhaupt nicht, das interessiert den Herrn Dr. Zittmayr hier überhaupt nicht. Er spricht von etwas ganz anderem. Es ist Tatsache, meine Damen und Herren, daß wir allein aus der Ölpreiserhöhung über 8 Milliarden Schilling zu verkraften hatten und diese 8 Milliarden Schilling auch ohne Schwierigkeiten bezahlen konnten. Das ist für Sie das Zeichen einer schlechten Entwicklung. Das ist für Sie das Zeichen des Konkurses, wie das angedeutet worden ist, und Sie legen hier und bei jedem Kapitel Ihre Krankjammer-Symphonienplatte wieder auf. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Die übrigen Wirtschaftsindikatoren, die Sie alle kennen, hier anzuführen, kann ich mir fast ersparen.

Der Herr Dr. Zittmayr erwähnt die Arbeitskräfte. Ja, meine Damen und Herren, haben Sie denn vergessen, daß jetzt um 300.000 Arbeitskräfte mehr in Arbeit stehen als zur

Zeit Ihrer Regierung? Haben Sie denn das vergessen? Ist das eine schlechte Entwicklung, meine Damen und Herren?

Die Investitionen, die noch immer beachtliche Ausmaße annehmen, sind doch kein Zeichen einer schlechten Wirtschaftsentwicklung! Sie werden vorgenommen, weil die Unternehmen in der Gewinnerwartung investieren, weil sie sich Gewinne erhoffen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Betrachten wir die Spareinlagen. 220 Milliarden Schilling liegen in den Kreditinstituten doch nicht deswegen, weil es schlecht geht, sondern weil das Gegenteil der Fall ist, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Ich möchte nur auf eines verweisen. Der Herr Dr. Zittmayr redet von Konkursen, die es gegeben habe. Darf ich Ihnen etwas sagen: Im Jahre 1967 gab es in Österreich 404 Ausgleiche und 614 Konkurse. Im Jahre 1968 gab es 407 Ausgleiche und 743 Konkurse. Demgegenüber gab es im Jahre 1973 260 Ausgleiche und 545 Konkurse. Also bedeutend weniger als zu Ihrer Zeit, meine Damen und Herren! *(Zwischenrufe bei der ÖVP. — Ruf bei der ÖVP: Sie müssen 1974 zitieren!)*

Meine Damen und Herren! Freuen Sie sich ... *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP. — Präsident Probst gibt das Glockenzeichen.)* Meine Damen und Herren! Freuen Sie sich nicht zu früh! Ein Wirtschaftsmagazin schreibt: Die Insolvenzfälle haben zwar gegenüber den sehr niedrigen Ergebnissen des Vorjahres in den ersten neun Monaten 1974 insgesamt zugenommen; ihre Zahl war aber immer noch geringer als in den Vergleichsmonaten der Jahre 1968 bis 1971. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Der Herr Dr. Zittmayr spricht hier vom Außenhandel. Darf ich Ihnen sagen: Obwohl wir die Ölbelastung verkraften mußten, wir das Öl um 8 Milliarden teurer zahlen mußten, hat sich eine Differenz, eine Verschlechterung der Handelsbilanz nur um 400 Millionen Schilling ergeben. So sieht das in Wirklichkeit aus! *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Es ist doch schon zu wiederholten Malen auf das Dilemma, in das Sie mit Ihrem Versuch, eine Budgetkritik vorzunehmen, gekommen sind, hingewiesen worden. Bei den einzelnen Kapiteln wird ununterbrochen mehr gefordert — das ist ja auch heute wieder der Fall gewesen —, das Gesamtbudget aber wird wegen der zu hohen Ausgaben abgelehnt. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil. — Ruf bei der ÖVP: Wer hat einen Antrag gestellt?)* Herr Dr. Mussil! Das

12660

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. Dezember 1974

Thalhammer

ist schon zu wiederholten Malen hier festgestellt worden: Ob Sie nun Anträge stellen oder nicht — Sie lehnen die einzelnen Kapitel ab, weil sie Ihnen zu gering dotiert sind, und das Gesamtbudget lehnen Sie ab, weil es zu hohe Ausgaben hat. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Kohlmaier: Sehen Sie, das werden Sie nie verstehen!*) Ja, genau! Das werden nämlich nicht einmal Sie verstehen, Herr Doktor Kohlmaier. Das nimmt Ihnen nämlich niemand ab. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Das nimmt Ihnen nämlich niemand ab. Sie brauchen doch nur das Presseecho über Ihre Vorgangsweise hier in diesem Hause ein bißchen zu beachten, meine Damen und Herren. (*Abg. Glaser: Wenn es so wäre, wie Sie es darstellen, warum hat denn die SPÖ in Oberösterreich so einen „Schrauten“ gekriegt?*) Herr Glaser, da reden wir später darüber (*ironische Heiterkeit bei der ÖVP*), da ist jetzt das Bundesbudget zu debattieren, und da sind Sie in einer nicht sehr angenehmen Lage, möchte ich sagen. Der ganze Jammer, in dem Sie stecken, kommt doch am deutlichsten bei der dringlichen Anfrage vom Freitag zum Ausdruck, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Eine dringliche Anfrage, die Sie eingebracht haben und an deren Ende Sie sich entschuldigen mußten, daß Sie die überhaupt hier eingebracht haben. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Staudinger: Wer hat sich entschuldigt?*)

Herr Kollege Staudinger! Wenn Sie mich das fragen, so werde ich Ihnen das sagen: Diejenigen, die die Anfrage gestellt haben, waren ja überhaupt nicht in der Lage, sie zu begründen, und als das daneben gegangen ist, hat man es mit Ihnen hier heraußen versucht. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Staudinger: Geben Sie Antwort, wer sich denn entschuldigt hat!*)

Der ganze Ablauf dieser dringlichen Anfrage war eine einzige Entschuldigung, und vor allem Ihre Rede, Kollege Staudinger, war diese Entschuldigung. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Staudinger: Meine Rede war eine Entschuldigung? Ich werde mich zu einer tatsächlichen Berichtigung melden!*)

Wir haben natürlich Verständnis dafür, daß der angekündigte Budgetsturm, der angekündigte Budgetwirbel ausgeblieben ist, nicht einmal ein Lüftchen hier geweht hat, daß man versucht war, hier schnell mit dieser Dringlichen etwas nachzuholen. Nur ist das ganz genau danebengegangen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auch hier würde ich Ihnen raten, ein bißchen die Zeitungen zu lesen. (*Abg. Dr. Prader: Aber der Finanzminister ist total stier!*)

Präsident **Probst**: Bitte, die Redezeit geht futsch mit lauter Zwischenrufen und Beifall!

Abgeordneter **Thalhammer** (*fortsetzend*): Meine Damen und Herren! Ich habe mir vorgenommen, auch etwas über den Fremdenverkehr zu sagen. Es ist ja ein dankbares Thema auch oder gerade für die Opposition. Hier bei diesem Kapitel, im Rahmen des Handelskapitels wird über den Fremdenverkehr auch wieder das Klagelied angestimmt. Es werden Behauptungen in den Raum gestellt, die auch dann nicht wahr werden, wenn sie auch noch so oft wiederholt werden.

Vor allen Dingen gilt das eben für die Ansätze der Fremdenverkehrsförderung. Es ist ja für die Öffentlichkeit, meine Damen und Herren, und auch für die Fremdenverkehrswirtschaft — ich betone das sehr deutlich — schon längst kein Geheimnis mehr, daß gerade die Fremdenverkehrsförderung überproportional gewachsen ist. Nur Sie von der Opposition sehen das nicht, weil Sie es nicht sehen wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil es Ihnen unangenehm ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich werde Ihnen daher ein bißchen die Dinge ins Gedächtnis rufen, Ihr Erinnerungsvermögen ein bißchen auffrischen.

So sehen wir, daß heuer für die Fremdenverkehrsförderung über 206 Millionen Schilling vorgesehen sind. Aber das wäre noch nicht deutlich genug gesagt. Man muß das ein bißchen detaillieren. Wir sehen, daß die Mittel aus dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz im Jahre 1975 gegenüber 1970 — dem Budget, das ja Sie gemacht haben, das Ihr Finanzminister gemacht hat — neunmal höher sind. Neunmal höher, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*) Von 6,4 Millionen Schilling auf 58 Millionen Schilling!

Die Hausaktion für den Fremdenverkehr ist 2,4mal höher, sie ist von 19,8 auf 48,1 Millionen Schilling gestiegen.

Für die Komfortzimmeraktion werden 67 Millionen Schilling bereitgestellt werden. Da kann ich leider keinen Vergleich ziehen, denn auf solche Ideen sind ja Sie seinerzeit nicht gekommen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich verweise darauf, daß für die Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion zweimal soviel bereitgestellt wird — nämlich von 10 auf 20 Millionen Schilling — und daß es eine ERP-Ersatzaktion gibt — auch darauf sind Sie ja nicht gekommen —, die mit 13,6 Millionen Schilling im Ansatz steht.

Thalhammer

Meine Damen und Herren! Das ist aber noch nicht die ganze Förderung für den Fremdenverkehr. Man muß das doch auch insgesamt als Ganzes sehen. Dazu kommen ja noch 30 Millionen Schilling für Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleiches. Die Gemeinden sind ja bekanntlicherweise — und ich habe das hier schon einige Male betont — wichtige Träger dieses Fremdenverkehrs. Dazu kommen Mittel aus dem ERP-Fonds für den Fremdenverkehr direkt in der Höhe von 150 Millionen Schilling. Dazu müssen auch weitere 60 Millionen Schilling aus dem ERP-Fonds gezahlt werden, die für den Verkehr vorgesehen sind, für den Verkehr, der im wesentlichen Seilbahnen, Schlepplifte, Sessellifte betrifft, nicht nur Neubauten, sondern auch Umbauten und Modernisierungsbauten.

Insgesamt also sind etwa 550 Millionen Schilling, wenn man das zusammenzählt, zur Unterstützung und Förderung des Fremdenverkehrs im Jahre 1975 vorgesehen.

Das alles als „nichts“ zu bezeichnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, das heißt doch, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen.

Noch etwas: Fremdenverkehr ist ja bekanntlicherweise in der Hauptsache eine Landesangelegenheit, fällt in die Landeskompetenz. Ich kann nur für Oberösterreich sprechen. Im Landesbudget für Oberösterreich sind für Fremdenverkehrsförderung für 1975 130 Millionen Schilling vorgesehen. Wenn ich rechne, daß das auf Grund der Verteilung auf Grund der Bevölkerungsanteile in den einzelnen Bundesländern etwa ein Sechstel sein müßte, kommen noch etwa 800 Millionen Schilling für diesen Fremdenverkehr dazu.

Meine Damen und Herren, nochmals: Das als „nichts“ zu bezeichnen, ist doch ein sehr starkes Stück.

Ich möchte, meine sehr geehrten Damen und Herren, meine Redezeit nicht allzuviel überziehen oder mich im Rahmen dieser Redezeit bewegen, und so darf ich nur noch auf eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Hanreich bezüglich der Steuerbelastung eingehen.

Das ist ja ein altes Klagelied, nicht nur des Fremdenverkehrs im übrigen, sondern überhaupt der Wirtschaft. Es wird immer wieder behauptet — der Herr Abgeordnete Hanreich hat das heute schon ein bißchen dadurch eingeschränkt, daß er die Formulierung gebraucht hat, wir gehören zu einem der höchstbesteuerten Länder —, früher habe es ja immer geheißen, wir stehen an der Spitze. (*Abg. Doktor Mussil: Stimmt ja!*) Das stimmt eben nicht, Herr Dr. Mussil, weil die Untersuchungen — nicht einmal der Institute in Österreich,

sondern neutraler Institute im Ausland — eine ganz andere Sprache sprechen. Wir gehören mit unserer Besteuerung etwa an die siebente Stelle im europäischen Völkerkonzert. Das können Sie hier nicht wegdiskutieren, darf ich Ihnen sagen. Es stimmt also nicht, daß hier die höchste Steuerbelastung ist.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen ja gar nicht, wieviel Steuerbelastung dieser Fremdenverkehr überhaupt zu verkraften hat. Das hat Ihnen ja auch eine Glosse in einer Wirtschaftszeitung eingebracht; es war eine Vorsprache beim Herrn Finanzminister, wo man mit diesen Zahlen aufgekreuzt ist und versucht hat, dem Herrn Finanzminister einzureden, daß die Steuerbelastung 36 Prozent wäre. Und sofort ist diese Vorsprache ins Wasser gefallen, weil schlüssig nachgewiesen werden konnte, daß es um 10 Prozent weniger sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Sie wissen ja auch — und das ist doch auch in den vergangenen Jahren sehr oft zum Ausdruck gekommen —, daß jeder von Ihnen, der sich mit diesem Problem beschäftigt, andere Zahlen nennt. (*Unruhe.*)

Präsident **Probst**: Bitte, es können nicht alle reden, es können nicht alle reden.

Abgeordneter **Thalhammer** (*fortsetzend*): Die Unlogik Ihrer Argumentation kommt doch dadurch zum Ausdruck, meine sehr Geehrten, daß gerade bei uns in dem vergangenen Jahr der Rückgang im Fremdenverkehr geringer gewesen ist als in Fremdenverkehrsländern, die Sie angeblich als weniger mit Steuern belastet bezeichnen. Darf ich vielleicht die spanischen Rückgänge in Erinnerung rufen, die sich etwa an die 10 Prozent belaufen. Unsere Rückgänge sind — bedauerlicherweise, niemand freut sich — 3,7 Prozent, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Abg. Dipl.-Ing. Hanreich: Nur dank des Winterfremdenverkehrs!*) Herr Kollege, was heißt „dank des Winterfremdenverkehrs“? Im Winterfremdenverkehr ist die Steuerbelastung genauso wie im Sommerfremdenverkehr, möchte ich sagen. Es kann also nicht die Steuer sein.

Ich spare mir den Hauptteil meiner Ausführungen, weil ich auf die Einwände und auf die Ausführungen meines Vorredners etwas ausführlicher eingegangen bin, und ich darf daher sagen, daß die Ansätze im Budget für den Fremdenverkehr jedenfalls einer sich anbahnenden Entwicklung Rechnung tragen. Es gibt überhaupt keinen Grund, dieses Budget abzulehnen. Noch dazu darf ich feststellen, daß bei der großen Gastwirtetagung in Linz ... (*Abg. Dr. Mussil: Meinen Sie also, daß wir zustimmen sollen, Herr Thalhammer?*) Natur-

12662

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 16. und 17. Dezember 1974

Thalhammer

lich, Herr Dr. Mussil! Ich werde Ihnen gleich sagen, warum. Denn bei der großen Gastwirtetagung in Linz ... (*Abg. Dr. Mussil: Der arme Sandmeier! Das ist ein Vizebürgermeister! Der tut mir leid!*) — Der weiß das sehr zu schätzen, darf ich Ihnen sagen! Bei der großen Gastwirtetagung in Linz hat ja der Herr Hauptreferent auf die Frage des Rundfunkreporters, ob die ÖVP ein Konzept für den Fremdenverkehr hätte, zugeben müssen, daß kein Konzept da ist. Das hat doch die ganze Öffentlichkeit gehört. Er hat nur mit einem Satz gesagt: Wir wollen gleich behandelt werden wie die Exportwirtschaft. Nun, das ist natürlich kein Konzept, meine Damen und Herren.

Wenn Sie daher dieses Budget ablehnen, werden Sie unglaublich und erweisen der

österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft keinen guten Dienst. (*Beifall bei der SPÖ.*) Diese österreichische Fremdenverkehrswirtschaft wird daher mehr zur Erkenntnis gelangen, daß ihre Belange nur bei den Sozialisten gut aufgehoben sind. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Probst: Bitte, ich möchte nicht drohen mit einem nächsten Redner.

Ich unterbreche nunmehr die Sitzung bis morgen, Dienstag, den 17. Dezember, 9 Uhr. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird in der Tagesordnung fortgefahren werden.

Die Sitzung ist u n t e r b r o c h e n.

Die Sitzung wird um 20 Uhr 53 Minuten unterbrochen und am Dienstag, dem 17. Dezember, um 9 Uhr wiederaufgenommen.

Fortsetzung der Sitzung am 17. Dezember 1974

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Zur Verhandlung steht das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975, Spezialdebatte über die Beratungsgruppe IX.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mitterer. Bitte.

Abgeordneter **Mitterer** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die wirtschaftliche Lage der Welt und damit Österreichs hat in jüngster Zeit einen tiefgehenden Wandel erfahren. Waren noch vor kurzem Wirtschaftswachstum und Verbrauch unantastbare Ziele nach dem Wachstumsfetischismus, so haben schon damals nicht nur der Club of Rome, sondern auch Wissenschaftler der ganzen Welt vor der Erschöpfung der Rohstoffreserven und dem ins Uferlose wachsenden Verbrauchs- und Verschwendungsfetischismus gewarnt. Ungehört blieben alle Warnungen an die von der „Fin de siècle“-Stimmung be rauschten Völker.

Fleiß, Sparsamkeit, Leistung und Maßhalten wurden aus dem Vokabular gestrichen. Wie eine Bombe hat daher zu Jahresende die Ölkrise in das allzu wankende Gebäude der Illusionen eingeschlagen. Plötzlich war alles anders geworden. Energiesparkonzepte wurden überall rasch beschlossen, und während die Welt sich auf harte Zeiten einrichtete, entwickelte die Regierung Kreisky die ihr eigene Wechselbad-Methode. Schon bei der erstmals ohne Konsens vollzogenen Schillingaufwertung zeigte sich die unseriöse Interpretation, daß das wichtigste daran der nun

billiger gewordene Italienurlaub sei, als wäre dies die Hauptsorge unserer Welt.

Auch die Ölkrise entwickelte auf allen Kommunikationsebenen laufende Duette des stets optimistischen Handelsministers und des mahnenden Kanzlers.

Die tiefe und echte Bedrängnis aller Handels- und Zahlungsbilanzkrisen, die folgen mußten, wurden von der Regierung Kreisky nur am Rande behandelt, und das „Pickerl“ zum Problem Nr. 1 erkoren, um die Bevölkerung an der Nase herumzuführen und die echten Probleme zu verschleiern oder aus anderen Gründen, die wir nicht kennen. So war es.

Von der praktischen Unmöglichkeit des Recycling, der Veranlagung arabischer Öl-exporterlöse in den Abnehmerländern, nur so viel, daß Wissenschaftler und Wirtschaftler ausgerechnet haben, daß bei einem Totalrecycling, in England etwa, in eineinhalb Jahren die gesamte englische Industrie den Arabern gehören würde. Sehr klar zusammengefaßt in den Worten schaut das so aus: 80 Milliarden vazierende Petro-Dollar bedeuten mehr arbeiten oder weniger konsumieren.

Das neueste Recycling-Problem ergab sich bei Krupp und Mercedes. Wie gesagt, die 80 Milliarden Dollar, die jetzt in der Welt herumgeistern, sind ja ein ständiger Alptraum aller Wirtschaftswissenschaftler und aller Wirtschaftspraktiker.

Der im Vorjahr eingetretene Rückgang des Ausländer-Fremdenverkehrs läßt kaum mehr einen Zahlungsbilanzausgleich im bisherigen Ausmaß zu, und der immer wieder erwähnte

Mitterer

Exportboom läßt nach, wobei mehrere Gründe hierfür bestimmend sind, vor allem die Exportoffensive aller von der Ölkrise hart betroffenen Industrieländer, die um jeden Preis exportieren müssen.

Die Inflation wuchs weltweit, und da Österreich immer eine Zeit später alles nachvollzieht, befinden wir uns mitten in einer besorgniserregenden Inflationsphase, ja die meisten Ökonomen erwarten ein weiteres Ansteigen der zweistelligen Hochwassermarke!

Im November waren es nur die Saisonartikel, die uns noch vor einem weiteren Ansteigen der Inflationsmarke retteten. Und Bundesminister Dr. Androsch sprach von 9 bis 11 Prozent. Nach seiner gewohnten Terminologie können wir annehmen, daß er selbst mit 12 Prozent rechnet.

Sie haben sich nun sehr intensiv, meine Damen und Herren der Sozialistischen Partei, mit meinem seinerzeitigen Rundfunkinterview befaßt. Ich möchte nochmals ganz kurz nur darauf zurückkommen, die Zeit gestattet es mir nicht, das breit und lang auszuführen. Ich habe mich damals expressis verbis für die Vollbeschäftigung und gegen die Überbeschäftigung ausgesprochen, da dies zweifellos mit ein Grund unserer wachsenden Inflationsrate ist. Ich möchte darauf hinweisen: für Vollbeschäftigung, gegen eine Überbeschäftigung!

Nun ist es ja leider bei Ihnen so, daß man mit Schlagworten und Verdächtigungen rasch zur Stelle sein kann. In einer Belangsendung Ihrer Partei hat man sogar gesagt, ich wäre für 5 oder mehr Prozent Arbeitslosigkeit. Ich möchte auf diesen Unsinn nicht eingehen. Kein Mensch hat das je gesagt, niemand hat das gesagt! Ich werde Ihnen gleich, wenn Sie mir ein paar Minuten zuhören, Zitate Ihrer eigenen Herren anführen, die beweisen, daß das nicht so ist.

Vorerst: Niemals — und das ist heute international wissenschaftlich klar — kann echte Arbeitslosigkeit die Inflationsrate senken. Niemals! Aber ebenso führt eine permanente Überbeschäftigung zur Inflation, und ich befinde mich mit dieser Theorie in bester Gesellschaft einer Prominenz der führenden Nationalökonomien, wie Professor Friedmann, dem US-Präsidentenberater, Professor Machlup, dem Nobelpreisträger Dr. Hayek, aber auch sozialistischer Wirtschaftsfachleute, nicht nur wie Ausch, sondern auch wie Kienzl — ich werde dann seine Ausführungen zitieren —, und prominenter Wirtschaftsjournalisten — ich nenne nur etwa Graber, Buchacher und Professor Knapp und jüngst auch von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Dr. Eich.

Zitate gäbe es in Hülle und Fülle. Gestatten Sie mir, daß ich nur ganz wenige hier zitiere:

Professor Friedmann hat mit Recht gesagt: „Die einzige Steuer, die in modernen demokratischen Gesellschaften ohne Ankündigung von der Regierung kassiert werden kann, ist die Inflation. Die Inflation ist eine Steuer, die nie durch das Parlament beschlossen wird, aber alle bezahlen.“

Professor Dr. Hayek sagte: „Die Fortsetzung der gegenwärtigen inflationistischen Vollbeschäftigungspolitik wird vielfach von Leuten befürwortet, die wissen, daß dies die Marktwirtschaft zerstören muß, und die dies wünschen.“

Und Professor Knapp sagt unter dem Titel „Arbeitsplatz und Teuerung“: „Erste Entlassungswellen sind ein Alarmzeichen für die seit jeher fragwürdige These, daß die Teuerung der Preis sei, der leider Gottes für die Vollbeschäftigung bezahlt werden müsse.“

Schon 1975 wird es aber vielleicht umgekehrt heißen müssen: Weil die Inflation so kräftig ist, geraten Arbeitsplätze in Gefahr; Österreich könnte sich nämlich im nächsten Jahr unversehens in puncto Inflation auf der Überholspur befinden.“

„Müssen wir wirklich erst“, so sagt Knapp, „durch Schaden klug werden und am Verlust unseres Arbeitsplatzes merken, was für eine trügerische Vollbeschäftigungsgarantie die Inflation ist?“

Der frühere sozialistische Generalrat Karl Ausch schreibt unter dem Titel „Stabilisierung und Wachstumsfetischismus“: „Vollbeschäftigung oder Arbeitslosigkeit. — Den Kritikern halte ich entgegen, daß sie weiterhin Vollbeschäftigung mit Überbeschäftigung gleichsetzen, daß sie als letzten Trumpf ins Emotionelle ausweichen.“

Der sozialistische Generaldirektor der Nationalbank, Dr. Kienzl, sagt — und ich möchte das besonders betonen — folgendes: „Es ist nämlich schlicht und einfach ein Irrtum, daß man zwischen Inflation und Vollbeschäftigung zu wählen habe. Ganz im Gegenteil, steigende Inflationsraten führen mit absoluter Sicherheit zu einem Zusammenbruch der Vollbeschäftigungspolitik. Wer es nicht glaubt, möge sich in der Welt umsehen und seine Blicke nach Großbritannien, Italien und anderen Ländern lenken.“

Dann sagt Kienzl weiter: „Denn über eines müssen wir uns klar sein: Wenn die Zuwachsraten der Masseneinkommen in den letzten paar Jahren von grob gesprochen 8 bis 9 Prozent auf 14 bis 15 Prozent gestiegen sind, können sie nicht in den nächsten paar Jahren

Mitterer

von 14 bis 15 auf 20 bis 24 Prozent steigen, wenn wir niedrigere Inflationsraten haben wollen, sondern müssen wieder auf 8 bis 9 Prozent abgesenkt werden."

Und weiter Kienzl: „Die österreichische Volkswirtschaft befindet sich in der Lage eines Hochtouristen," — jetzt bitte, hören Sie gut zu — „der gut ausgerüstet, bei guten Kräften, vom Schlechtwetter überrascht wird. Kehrt er rechtzeitig um, dann wird er angesichts seiner guten Kondition auch gut ins Tal kommen, steigt er weiter, wird es ein Wagnis auf Tod und Leben, und das sollten wir doch lieber vermeiden." Ich glaube, das ist deutlich genug. Soweit die Zitate.

Man mag über Gelehrte, Wissenschaftler, mutige Praktiker denken, wie man will — im Geheimen sagt man sich ja: Die können das leicht sagen, die müssen keine Wahlen schlagen.

Aber eines, meine Damen und Herren, steht fest: Wissenschaftler von Weltformat — ich nenne nicht ein paar willkürlich herausgezogene, sondern Wissenschaftler von Weltformat —, Praktiker in Spitzenfunktionen, verantwortungsbewußte Journalisten, alle, Hohes Haus, haben es glasklar und unüberhörbar geschrieben und ausgesprochen: Eine Überbeschäftigung und eine zweistellige Inflationsrate müssen hier wie anderswo zu echter, wirklicher Arbeitslosigkeit, zu Firmenzusammenbrüchen führen, und letztlich bilden sie eine Gefahr für das westliche Demokratiesystem.

Je früher wir diese harten Tatsachen erkennen und danach handeln, desto rascher werden wir wieder Tritt fassen im Interesse aller Menschen dieses Landes.

Die derzeitige Entwicklung in Österreich zeigt aber, daß die sozialistische Wirtschaftspolitik in eine Richtung treibt, die uns wirklich bedenklich stimmt und uns mit großer Sorge erfüllt: die beginnende Arbeitslosigkeit plus 10 und mehr Prozent Inflation, also das, was man im Nationalökonomendeutsch heute als „Stagflation" bezeichnet, die übelste und gefährlichste Variante und die Konsequenz falscher Wirtschaftspolitik.

Ich glaube, das sollten wir alle zusammen erkennen und hier einen anderen Weg einschlagen.

Schon die Monate Jänner bis April nächsten Jahres werden uns manche Zeichen geben. Erste solche Alarmzeichen sind da: Vizekanzler Häuser hat ja über verschiedene Entlassungen bereits gesprochen.

Immer wieder haben Sie dem Professor Koren gesagt: Ha, der Kassandrarufer, er

mummt immer, es kommt ja alles anders, all das, was er sagt, stimmt ja gar nicht.

Meine Damen und Herren! Stimmt nicht sein Kassandrarufer bezüglich des Budgets, nämlich daß wir es nicht ausfinanzieren können? Ich glaube, das können Sie doch nach der letzten Freitagdebatte nicht mehr bestreiten. (Beifall bei der ÖVP.) Wir alle sind Leidtragende einer solchen, einer falschen Wirtschaftspolitik!

Natürlich nützt auch eine Rückkehr von der Über- zur Vollbeschäftigung nichts, wenn sie nicht in einer konzertierten Aktion erfolgt, was bedeutet, daß die erste Maßnahme ein radikaler Abbau des gigantischen Budgetdefizites sein muß, wobei allerdings anzumerken ist, daß schon das heurige Budgetdefizit kaum mehr ausfinanzierbar ist, geschweige denn das nächste mit 18 Milliarden, von allen Auswirkungen gar nicht zu sprechen.

Über die fragwürdigen Finanzierungsmethoden des Finanzministers Dr. Androsch haben wir uns ja am Freitag ausführlich unterhalten; ich möchte da gar nichts wiederholen.

Fazit: Der Finanzminister muß sich mit halsbrecherischen Methoden Geld beschaffen, um unbestrittene Schulden an Privatfirmen, Gemeinden, Länder, Gebietskörperschaften zu bezahlen. Ich denke da etwa an die Sozialversicherung, die mit 1 Milliarde in den Kredit gehen mußte, um ihre Pensionen zu bezahlen, die längst fällig waren.

Aber Androsch sagt: Die Finanzen sind in Ordnung. — Das ist sehr kühn, aber nicht wahr.

Zur Ausfinanzierung des verfehlten Budgets wird der Kapitalmarkt ausgelaut. Was — das frage ich jetzt den Herrn Handelsminister — sollen nun die Privatfirmen tun? Wohin sollen sie mit ihren Finanzierungswünschen gehen, wenn Bund und Länder praktisch alles abschöpfen?

Das sonst regierungsfreundliche und sehr vorsichtig formulierende Wirtschaftsforschungsinstitut hat ein vernichtendes Budgeturteil gefällt, indem es für 1975 gesagt hat: Nennenswerte Mehreinnahmen des Staates sind nicht mehr zu erwarten. Der Spielraum des Finanzministers wird immer enger. Alles hängt davon ab, wie weit die Dinge überhaupt noch finanzierbar sind.

Ich glaube, eine scheußlichere Prognose und eine grauenhaftere Prognose hat es kaum noch von einem Institut, das der Regierung sehr nahesteht, gegeben.

Und Androsch sagt: Die Finanzen sind in Ordnung!

Mitterer

Der Wirtschaftsjournalist Graber sagt sehr richtig: „Eine perfekt verschleierte Bilanz.“

Die Entwicklung der Haftungen, die der Bund zu übernehmen hat, gibt einen ungefähren Begriff von dem Berg an „Vorbelastungen“ künftiger Budgets. Von Anfang 1970 bis Mitte 1974 haben sie sich auf 82 Milliarden emporgeturnt und sind nun verdoppelt.

Die Last der Anti-Inflationspolitik — das scheint mir beim Kapitel Handel sehr wichtig zu sein — liegt ausschließlich auf der Kreditpolitik und auf der „privaten Hand“. Die öffentliche Hand, so sagt Graber, habe nie aufgehört, Gas zu geben.

Aber davon steht im Bundesvoranschlag, in der Budgetrede nichts. Sie sind — zusammengekommen — laut Graber „eine perfekt verschleierte Bilanz“.

Dazu — damit man nicht sagt: das ist nur eine Oppositionserklärung, in Wirklichkeit ist ja alles wunderbar! — einige fixe Daten:

Die Arbeitskosten — ein sehr wichtiger Indikator hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit — steigen in diesem Überbeschäftigungsklima besorgniserregend, und zwar 1971: 44,86, 1972: 50,70, 1973: 57,30.

Das heißt, die Arbeitskosten sind in Österreich um 13 Prozent gestiegen, doch in Amerika haben sie sich um 5,8 Prozent gesenkt. Ich glaube, mehr braucht man dazu gar nicht zu sagen.

Die Reserven der Nationalbank gehen zurück. Am 30. 9. 1971 betrugen sie 32,4 Milliarden, am 30. 9. 1972 44,5, am 30. 9. 1973 38,2, und nunmehr sind sie auf 36,9 Milliarden zurückgegangen. Sie sind immerhin auch ein wichtiger Indikator.

Die Staatsschulden sind rasant angestiegen. Sie betragen nun — und zwar Bundesfinanzschulden, Schulden der Bundesbetriebe, Bundesverwaltungsschulden — 97,4 Milliarden!

Die echten Verpflichtungen kann man überhaupt nicht sehen, weil sie ja nicht aufscheinen. Hier ist ein neues System entwickelt worden, das sehr undurchsichtig ist. Deshalb hat der Beirat gefordert, daß da eine Extrastudie angefertigt werden soll, um zu sehen, wie die Dinge wirklich aussehen.

Der Herr Bundeskanzler sprach im Fernsehen mit Herrn Bundesparteiboss Schleizer über die Raab-Kamitz-Ära und hat gemeint: Na, so berühmt war diese Ära ja doch nicht. Denken Sie nur daran, wie viele Arbeitslose wir damals hatten!

Es stimmt, daß es damals viele Arbeitslose gab. Aber ich bitte zu berücksichtigen, wo wir damals begonnen haben und wohin wir durch

eine phantastische Politik von Raab und Kamitz gekommen sind. Bedenken Sie, daß die Politik dieser beiden Männer, die sich unvergängliche Verdienste erworben haben, den Sozialisten überhaupt erst das Exerzierfeld dafür bot, gesellschaftspolitische Umgestaltungen zu versuchen. (Beifall bei der ÖVP.)

Um eine falsche Wirtschaftspolitik zu kaschieren, flüchtet die Regierung in ein Preisgesetz. Wir haben ja schon gestern davon gehört. Ich rede jetzt vom Erstentwurf, der eine Mischung instrumentargläubiger Doktrinen und superdirigistischer Reichspreisbildungsgesetze darstellt. Gott sei Dank ist es gelungen, eine vernünftige Lösung herbeizuführen.

Was sagen Sie nun, meine Damen und Herren, zu den utopischen Tarifvorschlägen Wiens? Man kann nicht sagen: Wien, das verhandeln wir auf der Wiener Ebene. — Das spielt schon sehr wesentlich in die Bundespolitik hinein, denn dies wird wieder einen kräftigen Impetus für den Antrieb der Inflationsrate geben.

Ich meine, es war gut, daß die Sozialpartner wieder einmal eingesprungen sind, um der Regierung aus der Patsche zu helfen, denn sie haben nicht nur der Regierung geholfen, sondern sie haben ja vor allem dem österreichischen Volk geholfen, weil erst dadurch möglich war, eine Lösung zu finden, die den Bauern die Existenz sichert und auf der anderen Seite eine vernünftige Preisregelung ermöglicht.

Das Weihnachtspokern, das sich die Sozialistische Partei hier geleistet hat, war wohl wieder ein Musterbeispiel dafür, wie man die Bevölkerung verunsichert, wie man etwas tut, was sehr gefährlich ist, sie nämlich bis zum letzten Moment hängen zu lassen, damit niemand weiß, was morgen passiert, und alle immer unsicherer werden. Eine Methode, die wir ja schon einige Zeit beobachten können.

Sie bekämpfen immer wieder die Symptome und nicht die Ursachen!

Herr Abgeordneter Marsch, Zentralsekretär der SPÖ, hat gesagt: Die Unternehmerrgewinne sind rascher gestiegen.

Heute wissen wir — bestätigt durch eine Studie des Wirtschaftsförderungsinstitutes — daß es eine falsche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung war, daß die Entlastungssätze im Zuge der Umsatzsteuerumstellung als Subventionen gerechnet wurden, sodaß eine wesentliche Korrektur erfolgen wird.

Ausch hat sehr richtig gesagt: Mit dem Neidkomplex kann man keine Wirtschafts-

12666

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Mitterer

politik betreiben. — Er sagt: Die Lohnfortzahlung, die verkürzte Arbeitszeit und die Steuersenkung zusammen kommen bereits einer echten Lohnerhöhung von etwa 10 Prozent gleich. Im Zeitraum zwischen 1960 und 1973 — in diesen 14 Jahren — wuchs das gesamte österreichische Volkseinkommen im Jahresdurchschnitt nominell um 9,6 Prozent. Das Einkommen je Selbständigen war mit 9,8 Prozent um 0,2 Prozent höher, das je Arbeitnehmer mit 9,4 Prozent um 0,2 Prozent niedriger als der Durchschnitt. — Das ist der ganze wahre Unterschied.

Ein Beispiel: Ein Unselbständiger mit einem ganz netten Jahreseinkommen von 150.000 S kam dabei um sage und schreibe 300 S im Jahr zu kurz, beziehungsweise ein Selbständiger hätte 300 S mehr an Zuwachs gebucht.

Ich glaube, das ist wirklich ein Betrag, bei dem es sich nicht lohnt zu sagen: Hier sind die Gewinne der Selbständigen besonders gestiegen!

Ausch hat richtig gesagt, daß der Wachstumsfetischismus aus der Mode gekommen ist, und ich sage jetzt dazu: Nur mehr Herr Bundesminister Dr. Staribacher huldigt diesem Wachstumsfetischismus!

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns klar sein, daß wir in eine sehr schwierige Phase der wirtschaftlichen Entwicklung eintreten. Der Berufsoptimismus, der nicht einmal mehr von Herrn Bundesminister Androsch geteilt wird, ist leider nicht anders zu verwenden, als daß man ihn hört, aber selber nicht mehr glaubt.

Mutig und kühn haben Sie versucht, Halbwahrheiten und halbe Behauptungen in die Öffentlichkeit zu bringen.

In der Fragestunde, Herr Bundesminister, haben Sie vor einigen Tagen etwas getan, was ich leider als sehr unfair bezeichnen muß. Sie haben nämlich auf die Frage eines Kollegen, wie sich die Gassituation auswirkt, gesagt, die Gasmengen, die unter meiner Führung im Ministerium abgeschlossen wurden, waren viel zu gering. Heute leiden wir darunter, daß wir zuwenig Gas bekommen.

Wahr ist, daß Österreich als erstes Land Europas einen Gasvertrag abgeschlossen hat, daß ich diesen Gasvertrag persönlich verhandelt habe und daß die verschiedenen Landesregierungen und Länder nicht bereit waren, mehr Gas zu nehmen. Wien und Niederösterreich haben noch etwas mehr genommen, Oberösterreich hat sich mit Rücksicht auf den Ölpreis distanziert, und so konnten wir leider, trotz meiner intensiven Bemühungen, nicht mehr Gas hereinnehmen, weil wir es ja nicht lagern und aufheben können.

Wahr ist also, daß wir den ersten Gasvertrag abgeschlossen haben und daß Sie erst heute sagen können, wir haben damals zuwenig genommen; nicht aus Gründen, die wir beeinflussen konnten, sondern aus den allgemeinen Überlegungen hinsichtlich des billigen Öls. So ist die Wahrheit. *(Beifall bei der ÖVP. — Bundesminister Dr. Staribacher: Das habe ich gesagt!)*

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß auch der Hinweis, den der Herr Dr. Fischer bezüglich der EG-Verträge gegeben hat, als er einen Rechenschaftsbericht für die Regierung gegeben hat, nicht ganz stimmt. Sie wissen ganz genau, daß durch die Ablöse de Gaulles sich eine andere Möglichkeit in der EG ergeben hat, und der Herr Bundesminister Staribacher hat das ja selbst bestätigt.

Jedenfalls haben wir nach ungefähr vier-einhalb Jahren Regierung Kreisky feststellen können: Die Erklärung bezüglich der Militärdienstzeit hat sich als falsch herausgestellt; achteinhalb Monate haben wir gehabt, acht Monate haben Sie, die ganze Differenz beträgt also 14 Tage. Die ORF-Reform, das Köpferollen, alles das wird nicht kommen, sagten Sie. Das Gegenteil war richtig. In der Verstaatlichung ein liberales Regime. Der Abgeordnete Dallinger hat von weiteren Verstaatlichungen gesprochen. Es hieß, daß das Einkaufen wieder Freude macht — ich glaube, es macht niemandem mehr Freude — und daß wir gesunde und geordnete Finanzen haben werden. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Aber es macht ihnen keine Freude, deswegen müssen sie ja weiter kaufen. Sie haben gesagt, es macht Freude, Freude macht es vielleicht Ihnen, uns nicht! *(Abg. Liberal: Schauen Sie doch in die Mariahilfer Straße!)* Ich sage Ihnen ja: Die Leute müssen einkaufen! *(Abg. Liberal: Sie müssen! Wer zwingt sie?)* Natürlich. Aber Freude macht es ihnen keine. Sie haben ja gesagt, daß es den Leuten Freude machen wird. Freude macht es nur Ihnen, solange Sie noch dieses Regime halten können. *(Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Was die anderen Versprechungen anlangt, sehen wir überall den roten Labyrinthfaden, der sich durch alle Gesetze und Maßnahmen zieht. Gesellschaftspolitische Veränderungen, solange der Wählervorrat reicht. Nichts mehr vom liberalen Großbürger Kreisky, der so gerne Sozialdemokratie sagt, aber unter Benyas Druck rein sozialistisch agiert.

Er hat das trojanische Pferd in die Wahlarena gezogen, und nun entschlüpfen dem Bauch dieses Pferdes alle gesellschaftspolitischen Veränderungen.

Mitterer

Darf ich noch ein Wort sagen — ich habe dann meine Redezeit um drei Minuten überzogen. Ich möchte nur noch auf eines hinweisen, was mir sehr wichtig erscheint. Gestern hat der Herr Kollege Mühlbacher ein Programm entwickelt. Ich muß sagen, es war eine Kammerwahlvorrede. (*Zwischenruf des Abg. Mühlbacher.*) Er hat bezüglich der Preisdiskriminierung gesprochen, der „Haifisch“-Rabatte. Wunderbar, Herr Kollege Mühlbacher: für die kleinen Leute der Laden um die Ecke. Meine Damen und Herren! Wir wollen das ja, aber Sie haben gesagt: Der Greißler ist tot, es lebe der Großladen. Jetzt haben wir die Großläden, jetzt wollen Sie wieder den kleinen Laden. Was wollen Sie eigentlich wirklich? In Wirklichkeit wollen Sie eines, meine Damen und Herren: alle verunsichern. Denn wenn Sie etwas machen hätten wollen und können, hätten Sie es schon Jahre hindurch machen können.

Zur gleichen Zeit, da Sie hier von diesem Podium aus für eine Wiedererstarkung der Kleinen reden, vermietet die Gemeinde Wien dem Konsum um einen Pappenstiel auf viele Jahre hin ein lächerlich billiges Lokal. Das wissen Sie ganz genau, und das können Sie nicht bestreiten. So ist die Wahrheit. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte zum Schluß kommen und sagen: Die Selbständigen haben die Zeichen der Zeit erkannt. Sie spüren die tägliche Verunsicherung. Morgens den Preiskontrollor, mittags den Steuerkontrollor und am Abend die Diskriminierung in den Massenmedien.

So kann das nicht weitergehen! Sie müssen den Selbständigen einen Lebensraum geben. Die freie westliche Welt steht nach Meinung aller maßgebenden Persönlichkeiten vor ihrer schwersten und größten Bewährung, ob das nun Ford, Kissinger, Schmidt oder ob es Wissenschaftler sind.

Ich bitte Sie nun, Herr Bundesminister, vielleicht ist diese Bitte bei Ihnen von Erfolg begleitet: Sagen Sie uns endlich klar und voll die harte Wahrheit über das Budget, über die Wirtschaftslage, über die anstehenden Probleme. Die Österreichische Volkspartei — und wir haben das vor ein paar Tagen wieder bewiesen — wird in den großen nationalen Existenzfragen wie immer schon den Staat über und vor die Parteipolitik stellen. Aber sagen Sie uns die Wahrheit und erzählen Sie uns nicht Märchen, bei denen wir nach einigen Monaten draufkommen, daß sie nicht stimmen. Mit der Wahrheit kann man letztlich am besten eine Politik für alle Österreicher machen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Mühlbacher: Sie wollen die Wahrheit nicht hören!*)

Präsident: Als nächster zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Köck.

Abgeordneter **Köck** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Darf ich kurz auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Mitterer eingehen, der, wie eigentlich zu erwarten war, unter anderem wieder die Inflation in Österreich angezogen hat.

Ich möchte Ihnen sagen, Herr Abgeordneter Mitterer, Sie haben ja auf diese Ihre Behauptungen, die Sie nicht zum ersten Mal wieder aufgestellt haben, am vergangenen Freitag bei Ihrer dringlichen Anfrage die so gebührende und aufschlußreiche, aber auch für Sie so peinliche Antwort bekommen. (*Abg. Mitterer: Wo war die peinlich?*)

Darüber hinaus möchte ich Ihnen nur eines sagen, Herr Abgeordneter Mitterer, und ich glaube, Sie alle, meine Damen und Herren von der ÖVP, können eigentlich froh sein. Man hat ja oft den Eindruck, daß Sie sich geradezu an diese weltweite Inflation klammern, weil Sie dem österreichischen Volk an sich sonst nichts zu bieten hätten. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Heiterkeit des Abg. Mitterer.*) Meine Damen und Herren, Sie klammern sich ja geradezu an diese Inflation wie ein Ertrinkender an einen Strohalm. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Aber das nur einleitend.

Ich habe vorgehabt, mich bei meinen Ausführungen vielmehr auf einen Wirtschaftszweig zu beschränken, der ebenfalls seit 1. Jänner 1974 in das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie integriert ist und der meiner Auffassung nach zumindest so notwendig und so wichtig ist wie die bisherigen Themen, die gestern und auch heute bisher behandelt wurden, nämlich der Handel, das Gewerbe und der Fremdenverkehr.

Meine Damen und Herren! Vergessen wir nicht die erst vor einem Jahr weltweit eingetretene Energiekrise! Sie hat uns mit aller Deutlichkeit und aller Eindringlichkeit die Bedeutung einer gesicherten Energieversorgung vor Augen geführt; einer gesicherten Energieversorgung im Interesse einer prosperierenden Wirtschaft und darüber hinaus im Interesse der Erhaltung des von uns so mühsam erarbeiteten sozialen Wohlstandes.

Wenn wir alle miteinander sozusagen noch einmal gut davongekommen sind, dann, meine Damen und Herren, war das nicht zuletzt das Verdienst der sozialistischen Bundesregierung seit dem Jahre 1970 und darüber hinaus das der Grundkonzeption der Sozialistischen Partei überhaupt in der Frage der Energiepolitik in der Zweiten Republik.

12668

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Köck

Vor allem die weltweite Problematik in der Energiekrise hat uns gezeigt, daß unsere Maßnahme, nämlich eine weitgehende Verstaatlichung in der Energiewirtschaft herbeizuführen, mit der gleichzeitigen Erkenntnis einer möglichst großen Unabhängigkeit in der Energieversorgung vom Ausland unbedingt notwendig ist. Das war ja auch letztlich, meine Damen und Herren, der Grund dafür, daß wir Österreicher im Vergleich zu den Industrieländern Europas und darüber hinaus der ganzen freien westlichen Welt von dieser Energiekrise kaum oder nur sehr wenig betroffen waren.

Meine Damen und Herren! Für uns Sozialisten brachte aber diese krisenhafte Erscheinung nicht nur eine Bestätigung unserer bisherigen Energiepolitik, sondern darüber hinaus auch geradezu die Aufforderung, durch in die Zukunft gerichtete Maßnahmen alles zu tun, um in der Folge mit einer optimalen Energieversorgung auch in der Zukunft möglichst autark zu sein, denn nur eine billige, eine sichere und eine ausreichende Energie ist doch die Grundvoraussetzung für das Weiterflorieren unserer Wirtschaft und darüber hinaus natürlich auch die Grundvoraussetzung für die weitere soziale Entwicklung Österreichs und seiner Menschen.

Nach der Konzentration aller energierechtlichen Kompetenzen mit 1. Jänner 1974 in das Ministerium für Handel, Gewerbe und Industrie war es die erste Aufgabe der sozialistischen Bundesregierung, sich Energieleitlinien zu erarbeiten, und diese wurden auch im Jänner dieses Jahres beschlossen. Auf der Basis dieser Energieleitlinien hat sich die sozialistische Bundesregierung, haben sich die zuständigen Fachexperten zusammengetan, um auf Grund der Erfahrungen, die sie aus der Vergangenheit gezogen haben, jene Maßnahmen zu ergreifen, welche die Gegenwart bewältigen, und vor allen Dingen jene Maßnahmen zu ergreifen, die entscheidend und wichtig sind, die Zukunft zu bewältigen, wobei das Hauptziel dieses österreichischen Energieplanes jedenfalls die verstärkte Koordinierung aller Energieträger dieses Landes sein muß. Wir werden diesen Energieplan sicherlich in den nächsten Wochen oder Monaten jedenfalls der Öffentlichkeit und damit auch Ihnen, meine sehr geehrten Herren von der Österreichischen Volkspartei, zur Verfügung stellen. *(Zwischenruf bei der ÖVP: Allerhand!)*

Meine Damen und Herren! Darüber hinaus wurden seitens der österreichischen Bundesregierung beziehungsweise des zuständigen Ministeriums sehr wesentliche Aufgaben in Angriff genommen und des weiteren auch

einer weitgehenden Vollendung zugeführt. Ich darf einige mir besonders wichtig erscheinende Aufgaben anführen, wobei ich mich, um die Zeit nicht zu überschreiten, im wesentlichen auf die Elektrizitätswirtschaft und auf den Kohlenbergbau beschränken möchte.

Vor einigen Monaten hat die sozialistische Bundesregierung dem Nationalrat zum Beispiel die Regierungsvorlage betreffend das Bundesgesetz über die Elektrizitätswirtschaft vorgelegt. Dieses sieht unter anderem eine weitgehende Kooperation zwischen den Eigenversorgungsanlagen der Industrie und der elektrischen Energieversorgung der öffentlichen Hand vor.

Ferner wurde auch eine Regierungsvorlage betreffend ein neues Berggesetz vor einigen Monaten dem Parlament zugeleitet und bereits im Unterausschuß einmal behandelt. Dabei geht es vor allen Dingen um die Beachtung des steigenden Energiebedarfes, des Brennstoffbedarfes und der Bedeutung inländischer Lagerstätten für die Sicherung der Brennstoffversorgung in der Zukunft, und darüber hinaus geht es um eine Angleichung im Hinblick auf die technische und wirtschaftliche Entwicklung in den letzten zwei Jahrzehnten.

Was mir auch sehr wesentlich erscheint, meine Damen und Herren, um es kurz zu betonen: Zur Förderung der Erschließung neuer inländischer Energiequellen wurden im laufenden Jahr dem inländischen Kohlenbergbau nicht weniger als 10 Millionen Schilling aus der Bergbauförderung zugeführt.

Selbstverständlich ist für uns Sozialisten freilich auch, daß wir uns über die Sanierung des österreichischen Kohlenbergbaues Gedanken machen müssen, und vor allen Dingen darüber, wie wir die Probleme lösen, ohne daß dabei soziale Härten entstehen. Bis zur Sanierung des österreichischen Kohlenbergbaues aber ist es für uns selbstverständlich, daß dem österreichischen Kohlenbergbau nach wie vor jene Mittel aus der Bergbauförderung zugeführt werden, die er so dringend benötigt.

Meine Damen und Herren! Als einen mir sehr wesentlich erscheinenden Erfolg möchte ich aber das nunmehr abgeschlossene koordinierte Ausbauprogramm der österreichischen Elektrizitätswirtschaft für die nächsten zehn Jahre bezeichnen. Diese nunmehrige Zusammenarbeit zwischen den Landesgesellschaften einerseits und der Verbundgesellschaft andererseits, nach einer jahrelangen Konzeptlosigkeit bei der Errichtung und Planung von Kraftwerken, bedeutet jedenfalls für die betroffenen Gesellschaften einen großen und entscheidenden Erfolg, darüber hinaus aber auch einen solchen Erfolg für die

Köck

zuständigen Ministerien, die in dieser Frage immer wieder initiativ wurden, bis dieses koordinierte Ausbauprogramm Realität geworden ist.

Dieses nunmehr gemeinsame Vorgehen in der Frage der Elektrizitätswirtschaft ist aber auch im Hinblick auf die bevorstehenden großen Aufgaben dieses Energiezweiges unumgänglich gewesen, denn bei einer ähnlichen Entwicklung wie im vergangenen Zeitraum, einer Entwicklung im Hinblick auf den Bedarfszuwachs, wird in den nächsten zehn Jahren ein Gesamtinvestitionsvolumen von etwa 160 Milliarden Schilling erforderlich sein, um die Bedürfnisse auf dem Gebiete der elektrischen Energie eben im Hinblick auf den Bedarfszuwachs zu decken.

Dies bedeutet, meine Damen und Herren — das ist ja eine Milchmädchenrechnung —, einen jährlichen Investitionsaufwand von rund 15 Milliarden bis 16 Milliarden Schilling.

In diesem Zusammenhang muß noch etwas zum Ausdruck kommen: daß nämlich die Preispolitik der sozialistischen Bundesregierung im Gegensatz zu jener der ÖVP-Alleinregierung auf die Investitionstätigkeit der österreichischen Elektrizitätswirtschaft weitgehend Rücksicht genommen hat.

Und es muß noch etwas mit aller Deutlichkeit hervorgehoben werden: die Tatsache nämlich, daß einem praktischen Baustopprogramm in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung hinsichtlich der Errichtung von Kraftwerken (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil — demonstrativer Beifall bei der SPÖ für den Redner*) das größte Bauprogramm der Elektrizitätswirtschaft seit Bestehen der österreichischen Elektrizitätswirtschaft während der SPÖ-Alleinregierung gegenübersteht.

Herr Dr. Mussil! (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil*.) Ich darf Ihnen das mit einigen Zahlen untermauern:

Von 1966 bis 1969, also in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung, wurden Kraftwerksbaubeschlüsse gefaßt (*Abg. Dr. Blenk: Von wem? Von der Regierung!*) — mit Unterstützung der Regierung, Herr Doktor, das wissen Sie ganz genau —, die insgesamt eine Engpaßleistung von 324 MW gebracht haben.

Demgegenüber steht ein Zeitabschnitt von 1970 bis 1974, der also in der Zeit der SPÖ-Alleinregierung liegt, in dem Baubeschlüsse für Kraftwerke für insgesamt 1915 MW gefaßt wurden.

Also von 1966 bis 1969: 324 MW und von 1970 bis 1974: 1915 MW! (*Beifall bei der SPÖ*.) Das, meine Damen und Herren, ist der Beweis für die fortschrittliche und vorausschauende

Politik der sozialistischen Bundesregierung in der Frage der Energiewirtschaft. (*Abg. Doktor Fischer: Blenk wird aufgeklärt!*)

Dieser steigende Energiebedarf zeigt aber etwas klar auf, nämlich, daß wir in Österreich mit der bisherigen Wasserkraft als Primärenergie und den bisherigen konventionellen Primärenergien, wie Kohle, Öl und Gas, einfach nicht mehr das Auslangen finden können, und das ist auch der Grund, meine Damen und Herren, warum wir uns entschlossen haben, in Österreich so, wie es in anderen vergleichbaren Ländern schon längere Zeit der Fall ist, gezwungenermaßen nunmehr auch das Uran als Primärenergie für die in Österreich zu errichtenden Kernkraftwerke heranzuziehen — wir müssen es heranziehen —, um also in der Fortentwicklung unserer Wirtschaft und damit unseres sozialen Wohlstandes nicht zu stagnieren.

Es muß aber bei dieser Gelegenheit, meine Damen und Herren, mit aller Deutlichkeit und Klarheit zum Ausdruck gebracht werden, daß die Inbetriebnahme dieser Kernkraftwerke nur unter der Voraussetzung erfolgen darf und kann, daß die Sicherheit der Menschen in diesen Gebieten nicht gefährdet ist. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil*.) Herr Dr. Mussil, wenn Sie sich mit mir unterhalten wollen, gehen wir dann in die Milchbar. Bitte, das können Sie ohne weiteres machen mit mir, das aber ist doch ein zu ernstes Thema.

Wenn es nunmehr erforderlich ist, daß sich die Experten der Elektrizitätswirtschaft und der Wissenschaft einerseits und auf der anderen Seite die Experten des Umweltschutzes zusammensetzen, dann muß es doch nach meiner Auffassung möglich sein, daß bei gemeinsamem Bemühen ein Konsens gefunden wird, der auf der einen Seite den Interessen der Umweltschützer und der Sicherheit der Menschen Rechnung trägt und auf der anderen Seite den Interessen der Elektrizitätswirtschaft und damit der gesamten Wirtschaft Österreichs überhaupt.

Über all diese Maßnahmen aber hinaus, meine Damen und Herren, wird es permanenter, gemeinsamer Bemühungen aller bedürfen, um in Zukunft jedwede Vergeudung von elektrischer oder überhaupt von Energie zu vermeiden.

Meine Damen und Herren! In dieser Frage darf es meiner Meinung nach auch keine Parteipolitik geben, und diese Frage ist auch nicht nur eine Frage, die uns, die derzeitige Generation, angeht, sondern die darüber hinaus vor allen Dingen auch unsere Kinder betrifft. Wenn wir gegenüber unseren Nachkommen nicht schuldig werden wollen, dann

12670

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Köck

dürfen wir uns nicht widerspruchlos auf die Erkenntnisse des einen oder anderen Fachexperten verlassen, wonach es immer wieder möglich sein wird, neue Energiequellen zu erschließen und neue Energiequellen zu finden. Allzu oft haben wir als Politiker nämlich schon zur Kenntnis nehmen müssen, daß sich sogenannte Fachleute dort geirrt haben, wo wir als Politiker schon lange die Verantwortung übernommen haben. Und kaum anderswo wäre eine Fehleinschätzung der Situation so verhängnisvoll wie in der Frage der zukünftigen gesicherten Energieversorgung.

Alles in allem gesehen hat die sozialistische Bundesregierung auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung und auf dem Gebiete der Energieversorgung überhaupt, so wie in allen übrigen Bereichen sehr Entscheidendes geleistet. Sie hat, wie ich Ihnen nur schwerpunktmäßig darlegen konnte, Zug um Zug von dem verwirklicht, was sie den Österreichern vor den Wahlen versprochen hat. Sie hat Zug um Zug von dem verwirklicht, was sie sich bei ihren Regierungserklärungen zum Ziel gesetzt hat. *(Beifall bei der SPÖ.)* Sie hat sich die Erfahrungen der Vergangenheit zunutze gemacht, um die Gegenwart in den Griff zu bekommen und für die Zukunft jene Maßnahmen zu ergreifen, die eine gesicherte Energieversorgung bedeuten.

Sie hat also, meine Damen und Herren, im Gegensatz zu der ÖVP-Alleinregierung nicht nur verwaltet, sondern sie hat, ganz schlicht und einfach gesagt, das getan, was sich die Österreicher von ihr erwartet haben: nämlich gearbeitet und regiert. *(Beifall bei der SPÖ.)* Gearbeitet und regiert, während Sie lizitiert haben, gearbeitet und regiert, während Sie obstruiert haben, und gearbeitet und regiert, während Sie nicht selten diese Bundesregierung diffamiert haben. Und das ist für eine Partei wie die Österreichische Volkspartei, die sich mit aller Kraft und mit aller Macht und mit allen Mitteln an den Futtertrog von Regierungsämtern herandrängt, zu wenig. Viel zu wenig, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, als daß wir diese Partei den Österreichern empfehlen könnten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Mussil.

Abgeordneter Dr. **Mussil** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Interessant war die Feststellung des Abgeordneten Köck, der die Regierung, und zwar die Regierung der SPÖ, ausschließlich als Futtertrog ansieht. Also diese Version habe

ich bisher noch nicht gehört! *(Abg. Doktor Fleischmann: Das hat er auch nicht gesagt, Herr Kollege!)*

Ich möchte zu den Ausführungen des Abgeordneten Köck noch folgendes sagen: Er hat gemeint, daß wir von der ÖVP von der Inflation leben, oder so ähnlich hat er das ausgedrückt. — Wir haben seit eh und je den Standpunkt vertreten, daß die Inflation die größte Geisel der Menschheit ist. Die Stagnation, in die wir hineinzuschlittern beginnen, ist die schlechteste aller Welten, das haben wir immer gesagt. Ihre Regierung hat verniedlicht, Sie haben von „Inflationchen“ gesprochen, vom „leben Lernen mit der Inflation“, von relativer Stabilität und von ähnlichen Dingen. Es ist so, daß höchstens ein Drittel der gegenwärtigen Inflation importiert ist, zwei Drittel sind hausgemacht, und dafür ist ausschließlich die sozialistische Regierung verantwortlich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zur Energiekrise darf ich eines sagen: Die Bewältigung dieser Krise ist trotz des Zickzackkurses mit Pickerl und ohne Pickerl, mit Schwarzmalerei und Euphorie, jeden Tag hat man etwas anderes gehört, im wesentlichen der Tüchtigkeit der Unternehmer und der Sparsamkeit der Bevölkerung zu verdanken, aber auf keinen Fall der Regierung.

Und nun zu den Energieleitlinien und zum Energieplan. Die Energieleitlinien sind nichts als eine Aneinanderreihung von leeren Worthülsen, wenn ich das so sagen kann, der Energieplan besteht aus einer Zusammenstellung von Ausarbeitungen der Fachverbände der Bundeswirtschaftskammer; Planvorstellungen hat die Regierung bisher auf dem Energiesektor überhaupt noch nicht entwickelt. Die Sozialisten scheinen immer mehr gegen das Planen zu sein, habe ich den Eindruck. Das ist der innerliche Wandel der Sozialisten.

Ich möchte dann einige Zentraldaten bezüglich des Budgets 1975 wiederholen, weil man das nicht oft genug in der Öffentlichkeit sagen kann. Es ist das expansivste Budget, das wir je erlebt haben. Wir sollten unter der nominalen Wachstumsrate bleiben, also unter 13,6 Prozent. Mit der Stabilisierungsquote liegen wir bei 17,8 Prozent. Das Defizit von 1974 auf 1975 steigt um 50 Prozent, das inlands-wirksame, und das ist eine Alarmziffer, meine Damen und Herren, um 300 Prozent. Das rührt Sie anscheinend überhaupt nicht. Das scheint nach Ihren Auffassungen etwas zu sein, was keinerlei Auswirkungen auf die Preisentwicklung und die wirtschaftliche Entwicklung hat.

Das Budget 1974 war schon ein reines Scheinbudget. Wir haben bei der dringlichen Anfrage die Dinge genau aufgezeigt. Es ist so,

Dr. Mussil

daß das Defizit wesentlich mehr gewachsen ist, daß die Ausgaben zu niedrig, die Einnahmen zu hoch präliminiert waren, daß das reine Scheinziffern waren und daß nur mit Kunststücken durch ein Eindringen in den Sperrbereich der Nationalbank eine Finanzierung des Budgets 1974 möglich zu sein scheint.

Meine Damen und Herren! Das war in einem Normaljahr. Nächstes Jahr ist ein Wahljahr. Was Sie dann an Geschenkverteilen, Verschwendungspolitik, Wegwerfwirtschaft, Nulltarifpolitik und ähnlichem aufführen werden, darf man sich gar nicht ausmalen. Das, was Ihnen fehlt — der Regierung vor allem —, ist der Mut zum Einbekennen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß Sie seit Jahren eine Mißwirtschaft betrieben haben. (*Abg. Skritek: Das ist unerhört, Herr Kollege Mussil!*) Das müßte einbekannt werden. Dann könnte man sagen: Die Regierung kann nichts, aber sie beweist wenigstens Mut. Aber das wäre immerhin etwas. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor fünf Jahren haben wir Ihnen einen geordneten Staatshaushalt übergeben. Sie haben das Erbe der ÖVP verschwendet, verpraßt und vertan, und jetzt sind Sie in der Situation, die ich gerade beschrieben habe.

Wir haben während der Rezession Deficit-spending betrieben. Wir haben antizyklische Budgetpolitik gemacht. Sie haben sich bei einer überbordenden Konjunktur, meine Damen und Herren, bis über den Hals in Schulden hineingestürzt. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß eine Regierung, die sich in der Hochkonjunktur überschuldet, in der Rezession nie Geld hat, um die Wirtschaft ankurbeln zu können. Das ist die Tragik Ihrer falschen Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Tragik Ihrer Regierung, aber leider nicht allein Ihrer Regierung, sondern eine Tragik der gesamten österreichischen Bevölkerung.

Am 1. Jänner nächsten Jahres tritt die letzte Etappe der Arbeitszeitverkürzung in Kraft. Sie haben wie ein blindes Huhn das erste Mal den richtigen Zeitpunkt erwischt, um das in Kraft zu setzen. Sie haben es aber mit völlig falschen wirtschaftspolitischen Maßnahmen verbunden. Sie waren nicht bereit, diese Arbeitszeitverkürzung auf die Lohnwelle anzurechnen, auch nicht die Lohnfortzahlung und auch nicht die Lohnsteuersenkung.

Meine Damen und Herren! Gleichzeitig haben Sie ständig versucht, zuerst die Gewinne zu verteufeln und dann die Gewinne langsam zu beseitigen, bis sie endlich in die

roten Ziffern kommen. (*Zwischenruf des Abg. Pay.*) Ja, lachen Sie nur, Herr Pay. Das stimmt! Das ist Ihre Politik, und ich werde Ihnen das noch ganz genau nachweisen. (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal von der überzogenen Lohnwelle her — lesen Sie Zeitungen, Herr Pay, da steht das alles drinnen —, dann von der Preisseite her — bewußt — und dann durch eine Scheingewinnbesteuerung nach dem Nominalwertprinzip, was bei einer zehnprozentigen Inflationsrate auf die Dauer nicht halten kann, ohne daß nicht auf die Substanz ge-griffen wird.

Das ist eine ständige Enteignung der Betriebe. Das ist eine ständige kalte Sozialisierung. Jetzt wundern Sie sich langsam, daß nicht mehr so investiert wird wie früher, daß eine gewisse Zurückhaltung im Investieren zu verzeichnen ist, daß da und dort kurzgearbeitet wird und daß da und dort auch Arbeitskräfte freigesetzt werden.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ausschließlich Ihre Schuld und nicht die Schuld der Manager, wie es in einer sehr unglücklichen Formulierung vor kurzem hier im Parlament erwähnt worden ist. (*Abg. Mühlbacher: Die Vollbeschäftigung ist unsere Schuld!*) Die Vollbeschäftigung ist nicht Ihre Schuld, sondern die Schuld der Unternehmer, Herr Kollega. Ausschließlich! (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*) Ich kann eines mit allem Nachdruck sagen: Trotz Ihrer Regierung ist es bisher zum Großteil gelungen, die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten. Das ist die Wahrheit! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Der Hauptgrund und die Hauptursache Ihrer Politik, meine Damen und Herren, liegen außer in einer gewissen klassenkämpferischen Einstellung, die Sie nach wie vor nicht abstreifen konnten, darin, daß eine Fehlbuchung bei den statistischen Berechnungen dazu geführt hat, daß die Gewinne in gewissen Berechnungen immer wesentlich zu hoch ausgewiesen worden sind. Es hat vor einigen Tagen das Institut für Wirtschaftsforschung ein Gutachten herausgegeben, in dem mit diesem Irrglauben endgültig aufgeräumt wird, meine Damen und Herren.

Es war im Jahre 1973 durch eine falsche Verbuchung der Vorratsentlastungen so, daß das Institut und auch Sie angenommen haben — die Bundeskammer hat immer einen anderen Standpunkt vertreten —, daß die Gewinne mit 18 Prozent explodieren würden. In der Zwischenzeit ist festgestellt worden, daß diese Explosion nur 2 Prozent nominell

12672

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Dr. Mussil

beträgt, das heißt also: 12 Prozent realer Rückgang, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Und 1974 werden die Gewinne mit 2 Prozent real zurückgehen, während die Löhne um 17 Prozent steigen werden. Für 1975 wird prognostiziert, daß die Gewinne 5 Prozent nominell steigen werden, während sie real um 5 Prozent zurückgehen werden.

Die Gewinnquote ist von 1970 mit 36 Prozent — ich habe das wiederholt in diesem Hause gesagt — bis 1974 auf 31 Prozent gesunken und wird 1975 auf 30 Prozent zurückgehen. Die Lohnquote ist reziprok gestiegen. Das ist eine reine Lohnexplosion.

Trotzdem reden Sie ständig von Gewinnexplosion. Wer den letzten Bericht der OECD gelesen hat, den der Staatssekretär Veselsky maßgeblich beeinflusst, der wird dort auch wieder lesen können: Österreich steht im Jahr 1975 im Zeichen einer Gewinnexplosion. Es wird endlich Zeit, daß auch die OECD entdeckt, was in Österreich los ist, und daß sie nicht immer falsch informiert wird.

Sie haben immer die Alternative aufgestellt: Stabilität oder Arbeitslosigkeit. (*Rufe bei der SPÖ: Nein!*) Der Herr Bundeskanzler hat gemeint: Was ist euch lieber: 5 Prozent Inflation oder 5 Prozent Arbeitslosigkeit? — Wir haben immer den Standpunkt eingenommen: Stabilität und Arbeitslosigkeit sind keine Alternativen. Stabilität ist vielmehr die Voraussetzung für eine Vollbeschäftigung. Betriebe in der Gewinnzone sind genauso Voraussetzung für Vollbeschäftigung. Daher müssen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren — das richte ich an die Regierung und die Spitze des Gewerkschaftsbundes —, eine totale Revidierung Ihrer Politik vornehmen. Statt Kampf den Gewinnen, den Sie bisher ständig verfolgt haben, Kampf den Verlusten in den Betrieben, Kampf den Defiziten in Ihren Budgets. Das muß Ihre Leitlinie für die Zukunft sein! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die völlig falsche Gewinnorientierung ist einer der Hauptgründe für den geradezu provokanten Gesetzentwurf über ein Preisgesetz gewesen. Zur Verwirrung der Bevölkerung hat der Herr Handelsminister dieses Gesetz getauft: Gesetz zur Dämpfung der Preise. Es kann sich kein Mensch vorstellen, daß man mit diesem Gesetz die Preise dämpfen kann.

Der zweite Grund, warum Sie das Gesetz in dieser Form herausgegeben haben, war die Einführung einer fast totalen Preisregelung und damit die Ausschaltung der sozialen Marktwirtschaft.

Dabei ist es eine Selbstverständlichkeit, darf ich Ihnen sagen, daß eine umfassende Preisregelung über kurz oder lang auch eine Lohnregelung nach sich ziehen muß, daß damit die Tarifautonomie ausgeschaltet wird und daß damit der Weiterbestand der freien Gewerkschaften beseitigt werden würde.

Der dritte Grund ist ein Abschieben Ihrer Inflationsschuld, des Inflationskartells Regierung und Gewerkschaftsbund auf die Opposition, auf die Geschäftsleute und auf die Landeshauptmänner.

Der vierte Grund ist eine totale Veränderung der Machtstrukturen in der Paritätischen Kommission und in den Agrarfonds zugunsten der sozialistischen Gewerkschaftler. Keine Preiserhöhung hätte in Zukunft zustande kommen können, wenn es die sozialistischen Gewerkschaftler nicht gewollt hätten, kein Agrarimportschutz, wenn es die sozialistischen Gewerkschaftler nicht gewollt hätten, entweder direkt oder indirekt dadurch, daß der Minister den Gesetzesbefehl gewerkschaftskonform vollzieht. Ich habe einmal gesagt und wiederhole das noch einmal: Das wäre der Weg in den gewerkschaftlichen Obrigkeitsstaat gewesen. Gott sei Dank ist es uns gelungen, diesen Weg zu verhindern.

Das nächste ist eine starke Verkriminalisierung des Preisrechtes, des Preisstrafrechtes in einer Zeit der Entkriminalisierung. Geldstrafen wurden von 15.000 S auf 1 Million erhöht. Wir haben das als Klassenkampfstrafrecht bezeichnet und als Klassenjustiz, und ich wiederhole das ausdrücklich noch einmal. Dann sind eine Unmenge von unvollziehbaren, undurchdachten, mit den EWG- und EFTA-Vorschriften nicht in Einklang stehenden, ganz absonderlichen Vorschriften in diesem Preisgesetz enthalten, die eigentlich in ein Kuriositätenkabinett gehören würden.

Meine Damen und Herren! Es waren harte Verhandlungen über diesen Gesetzentwurf. Ich bin nachher, als die Verhandlungen vorbei waren, gefragt worden, wer eigentlich der Sieger bei diesen Verhandlungen gewesen ist, die SPÖ oder die ÖVP. Ich habe geantwortet: Keine der beiden Parteien, sondern die Vernunft. Aber die Vernunft ist wie immer auf seiten der ÖVP gestanden. (*Heiterkeit bei der SPÖ. — Beifall bei der ÖVP.*) Das möchte ich mit allem Nachdruck hier sagen. (*Abg. Dr. Koren: Mussil glaubt alles, was er sagt!*)

Kollege Hanreich hat gestern zum Problem der Stärkeförderung gesprochen. Ich möchte nur eines sagen: Es ist eigenartig, daß der Kollege Hanreich dieses Thema aufgreift. Am 23. 3. 1969 hat die Freiheitliche Partei gegen

Dr. Mussil

das Gesetz gestimmt. Während Hanreich das hier erwähnt hat, haben wir versucht, die Dinge in Ordnung zu bringen und die Stärkförderung aus der Politik herauszunehmen.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, noch eines: Im Finanzausschuß hat gestern der Abgeordnete Broesigke den Begriff „betriebswirtschaftlich gerechtfertigt“ angeschnitten, den wir so definiert haben: Als betriebswirtschaftlich erforderlich gilt die Erhöhung eines Preises oder Entgelts, welche zur Erhaltung des Betriebes und seiner Konkurrenzfähigkeit notwendig sind. Er hat das für zuwenig detailliert umschrieben bezeichnet und hat gemeint, man müsse auch den Gewinn und die Investitionen hineinnehmen. (*Abg. Peter: Das ist gefährlich!*)

Meine Damen und Herren! Selbstverständlich — und das haben wir auch immer getan — haben wir immer darauf hingewiesen, daß in diesen Begriff, und das ist so formuliert, Investitionen hineingehören, ein angemessener Gewinn hineingehört, daß Forschungsauslagen hineingehören, daß Werbungsauslagen, die Verzinsung des Eigenkapitals hineingehören. (*Abg. Peter: Den Begriff kann das Ministerium so auslegen, daß er kostendeckend gemeint ist!*) Das alles ist umschrieben mit „Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit“. Wenn wir es detaillierter hineingenommen hätten — Herr Peter, das darf ich Ihnen sagen —, dann hätten wir über kurz oder lang Gewinnleitlinien bekommen, und diese wollten wir nicht haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe darauf hingewiesen, wie es zurzeit mit den Gewinnen, mit Ihrer Politik auf diesem Gebiete aussieht. Ich glaube, die Hauptaufgabe von uns allen, vor allem von Ihnen, von der SPÖ und den Gewerkschaften wird es sein, die Gewinne wieder salonfähig zu machen, nicht zuletzt im Interesse der Arbeitsplätze in Österreich. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Vw. Josseck.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner, Abgeordneter Mussil, hat gerade die gestern von meinem Parteifreund Broesigke im Ausschuß geforderte nähere Definition des Gewinns kritisiert. Man kann natürlich darüber denken, wie man will. Aber ich würde doch meinen, Herr Abgeordneter Mussil, Sie sind ein gebranntes Kind. Es zeigt sich immer wieder, daß bei Vereinbarungen, die Sie mit den Sozialisten getroffen haben, dann auf einmal Gesetzeslücken auftauchen.

Wir werden heute nachmittag noch ausgiebig darüber zu reden haben. Nachher wissen Sie es auf einmal besser.

Ich darf zu meinen Ausführungen kommen. Ich möchte mich im wesentlichen mit zwei Dingen beschäftigen, und zwar mit dem Ladenschluß. Ich möchte jedoch vorerst einige Sätze zu den Sorgen und dem derzeitigen echten Notstand der kleinen Gewerbetreibenden und der mittelständischen Wirtschaft sagen.

Es ist nun einmal ein großer Irrtum zu glauben, man kann den Unternehmern ad infinitum immer wieder stärkere Steuern und Abgaben, aber auch sozialpolitische Aufwendungen ungestraft auflasten. Es klingt sehr gut, wenn man im Namen einer höheren Sache agiert, und diese Lasten eben zu Lasten der Unternehmer versieht. Es gibt einfach natürliche Grenzen, die nicht zu überspringen sind.

Das Fatale daran ist — und das hat Herr Abgeordneter Mussil vor mir auch schon ausgeführt —, daß von so vielen sozialistischen Wirtschaftspolitikern immer wieder gegen Unternehmerngewinne gewettert wird. Das Wort „Gewinn“ ist einfach den Sozialisten ein Dorn im Auge. Der Unternehmer wird durch verschiedene Äußerungen, wie wir sie ja auch hier im Hause erlebt haben, veräuelt, und man schafft dadurch eine gewisse Unsicherheit.

Damit erreicht man aber doch im weiteren natürlich nur, daß von Seite der Unternehmer Investitionen aufgeschoben oder überhaupt aufgehoben werden. Man hemmt damit beim Unternehmer den Fortschritt und bedenkt aber nicht, daß dies doch auch zu Lasten der Löhne gehen kann, zu Lasten der Arbeitszeit, ja man gefährdet doch damit direkt die Arbeitsplätze.

Ich muß dies besonders deswegen erwähnen, denn zum wiederholten Male haben wir hier im Hause dahin gehende Äußerungen gehört, wenn sie auch etwas verdeckt waren, aber wenn man genau hinhört, sind diese abfälligen Äußerungen über Unternehmer nicht zu überhören.

Ich möchte nicht darauf eingehen, daß, wenn man nur vom kleinen Gewerbetreibenden spricht, Herr Vizkanzler Häuser schon dazwischengerufen hat: Jetzt redet er schon wieder von den Kapitalisten! Darauf möchte ich gar nicht näher eingehen, aber doch auf Aussprüche, wie sie hier im Haus gefallen sind. Ich erinnere daran, daß der Abgeordnete Tull hier auch schon einmal bei einer Debatte erwähnt hat, daß die Unternehmer es sich immer richten. Diese fahren auf Kosten der Steuer auf die Bahamas baden und setzen es als Betriebsausgaben ab. Ganz so einfach, wie

12674.

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Dipl.-Vw. Josseck

sich der kleine Moritz das vorstellt, ist es ja wirklich nicht, Herr Dr. Tull. (*Abg. Skritek: Aber möglich ist es schon!*) Ja, von „möchten“ ist auch keine Rede. (*Abg. Skritek: Möglich ist es schon!*) Wenn es im betrieblichen Zusammenhang steht, dann wird dagegen auch nichts zu sagen sein. Ein Bananeneinkäufer wird sicher dorthin fahren. (*Abg. Skritek: Auch andere, Herr Kollege!*) Das ist ein ewiges Schüren eines gewissen Neidkomplexes. (*Abg. Skritek: Wir sind nicht neidig, aber sie sollen nicht jammern!*)

Minister Häuser hat hier von der Regierungsbank aus anlässlich der Diskussion über die ASVG-Novelle erklärt, daß doch der Lohnsteuerzahler bei der Berechnung seiner Pension vom echten, vom tatsächlichen Einkommen ausgeht, während — hier nun wieder die leichte Abwertung — der Gewerbetreibende als Berechnungsgrundlage ja nur sein fatiertes Einkommen hat. Das heißt also, man unterstellt ihm damit eine echte Steuerhinterziehung, indem man sagt: sowieso nur von dem erklärten Einkommen.

Aber auch Dr. Androsch selbst zieht offensichtlich die Ehrlichkeit der klein- und mittelständischen Wirtschaft in Zweifel, wenn er anlässlich der Mindereinnahmen bei der Mehrwertsteuer sagt, daß verstärkte Kontrollen notwendig seien, daß Strafverschärfungen eintreten müßten, aber offensichtlich kommt er nicht auf die Idee, daß das ganz andere Gründe hat, daß er weniger Mehrwertsteuer einnimmt. Es wird hier ein echt klassenkämpferischer Keil — das Wort ist heute schon einmal gefallen — hineingetrieben, oder — und das glaube ich ja noch viel eher, denn Dr. Androsch müßte ja wissen, wie die Dinge wirklich liegen — man will einfach von selbstverschuldeten Schwierigkeiten ablenken. Man kann nun einmal Politik nicht nur für eine Berufsgruppe — in dem Fall nur für den Arbeitnehmer — machen, die sich nicht gleichzeitig gegen die Wirtschaft richten würde.

Aber niemand hat, gerade von Regierungsseite her, ein ernstes Wort gegen das Pfscherunwesen ausgesprochen, wo doch gerade das Pfscherunwesen nicht nur dem Staat Milliarden Schilling an Steuern wegnimmt, sondern doch gerade die klein- und mittelständische Wirtschaft sehr arg trifft. Hier wäre ein echter Ansatzpunkt, um einmal dieses Pfscherunwesen, das ja immer mehr überhand nimmt, in den Griff zu bekommen.

Ich sagte, man kann Politik nicht nur für eine Berufsgruppe machen, man kann Politik eben nur für alle machen, gibt es doch nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch in dieser

Gruppe wieder die Schichtungen Hausfrauen, Kinder, Rentner, Beamte. Für alle diese muß Politik gemacht werden.

An den Verbraucher selbst wurde hier offensichtlich von Seite der Sozialisten sehr wenig gedacht, denn die ganzen wirtschaftlichen Bemühungen müssen doch darauf hinausgehen, ein Wohlbefinden bei den Verbrauchern zu erreichen. Wenn man glaubt, Wohlstand ist allein die Tatsache, daß man heute durch die Straßen geht und volle, überquellende Auslagen sieht, so ist das sicher ein Irrtum, denn Wohlstand ist mehr. Er beinhaltet — und gerade hier trifft es ja immer wieder dann auch den Arbeitnehmer — doch längeren Urlaub, die verkürzte Arbeitszeit, die dynamischen Renten, die Lohnfortzahlung bei Krankheit und vieles mehr.

Das sind aber alles Vorteile, die dem Unternehmer heute nur sehr bedingt zukommen. Dies ließe sich an Hand von Zahlen sehr leicht feststellen, geht doch der Anteil der selbstständig Erwerbstätigen gegenüber der Gesamtzahl der Erwerbstätigen erschreckend zurück.

Daneben aber auch — das muß auch ein Alarmsignal sein — die mithelfenden Familienangehörigen, auch hier ein ständiges Fallen dieses Bevölkerungskreises. Und warum? — Weil eben die Kinder offensichtlich heute kein Interesse mehr an dem sehr wenig lukrativen Betrieb des Vaters haben. Wenn man sich die Arbeitszeit anschaut, die heute ein kleiner Gewerbetreibender hat: sie bewegt sich von über 60 Stunden durchschnittlich bis zu 80 Stunden.

Es ist also gerade durch diese Verteufelung — möchte ich sagen — des gewerblich Selbstständigen der Berufsstand echt unattraktiv geworden. Ich gebe ohne weiteres zu, daß ein natürliches Absterben gewisser Berufssparten einfach da ist.

Mein Freund Hanreich hat gestern den Ausdruck geprägt, und ich finde ihn in diesem Zusammenhang richtig, wenn er sagt: von sozialistischer Seite wird bei den kleinen Gewerbetreibenden eine echte Fristenlösung durchgeführt. Denn noch bevor die Entwicklung in diesem Berufszweig eintritt, werden ihm Lasten aufgehast, die er eben nicht tragen kann.

Daß sich dieser kleine mittlere gewerbetreibende Berufstätige heute kaum mehr einen Urlaub leisten kann oder nur im geringsten Ausmaß, daß die Arbeitszeit unverhältnismäßig hoch ist, daß das Risiko am Kapitalmarkt, am Arbeitsmarkt sehr groß ist, verleiht ihm doch letztlich, sich energisch und weiterhin mit diesem Berufe abzugeben.

Dipl.-Vw. Jossek

Was fehlt aber von seiten der Bundesregierung, was könnte man dagegen tun? Das ist ja mit der Grund, warum wir dieses Budgetkapitel ablehnen, weil eben im Budget zu wenig getan wird. Es gäbe direkte Förderungsmaßnahmen: an Krediten, an Zinsenzuschüssen. Ich werde wahrscheinlich hören: Geben wir ja! Aber in dieser Situation zweifellos nicht in ausreichendem Maße. *(Abg. Mühlbacher: Also mehr!)*

Ich sage nicht: mehr, sondern gezielter, Herr Kollege Mühlbacher. Ich zähle hier einige Punkte auf, die man schwerpunktmäßig machen kann. Aber nur jedem etwas geben, damit breite Kreise etwas davon haben, das ist zweifellos in der Situation keine richtige Politik. Ich denke da an die steuerliche Belastung, ja steuerliche Bestrafung. Reden wir nur von der Gewerbesteuer, Herr Kollege Mühlbacher! Sie wissen da auch genau Bescheid. Auch von einem 13. und 14. steuerfreien Anteil seines Jahresbezuges, wie es der Arbeitnehmer hat, ist in diesem Beruf nicht die Rede. Von den indirekten Maßnahmen — die können wir von der Bundesregierung fordern — ist auch nichts zu sehen.

Geldwertstabilität, Wirtschaftswachstum, investitionsfreundliches Klima, darüber hat Abgeordneter Mussil ja schon gesprochen. Es engt sich damit — das überdenken die Sozialisten ja nicht — der Freiheitsraum der Arbeitnehmer selbst immer mehr ein, denn je mehr sich die Zahl der Firmen, die als Arbeitgeber in Frage kommen, verringert, umso weniger Arbeitsplätze stehen zur Auswahl. Und frei ist eben nur der Arbeitnehmer, der auch genügend berufliche Initiativen hat.

Ich darf nun zur Freude von Abgeordneten Skritek auf die Ladenschlußzeiten kurz eingehen. *(Abg. Skritek: Warum nicht!)* Herr Kollege Skritek! Wir debattieren über dieses Thema schon seit meiner vorparlamentarischen Zeit, wenn Sie sich an eine Fernsehdiskussion erinnern. Ich behaupte, daß Österreich echt noch 20 Jahre nachhinkt.

Unsere Generation ist noch in einer falschen Denkvorstellung, möchte ich sagen, und zwar in den Verhaltensnormen einer Mangelgesellschaft, wie sie nach dem Krieg zweifellos gegeben waren. Die jetzigen Ladenschlußzeiten sind doch ein echter Zwang zum Kauf. Hier muß man das psychologische Moment erkennen, daß in der heutigen Konsumgesellschaft das Einkaufen ja zu einem echten Kauf-erlebnis werden soll. Dies zeigt uns am typischsten vielleicht der mittelständische Amerikaner, der sich am Samstag mit Kind und Kegel ins Auto setzt und eben zum Shopping fährt. Genauso, wie er ein anderes

Mal ins Kino geht oder Freunde besucht oder zu einem Fußballspiel geht. Man will oft gar nicht etwas Bestimmtes kaufen, aber man möchte auf angenehme Weise — so eigenartig es zweifellos klingen mag — mehr oder weniger sein Geld loswerden. Es kommt zu echten Impulskäufen, die sich zweifellos, wie ich sagte, nach der Brieftasche richten, aber es ist doch ein Beispiel der totalen Änderung und Umwälzung in den Kaufgewohnheiten und natürlich auch im Konsumverhalten. Es ist dies der Übergang von der Mangelgesellschaft zur Überflußgesellschaft. Der ist bereits vollzogen, das muß man erkennen. Schweden gibt uns ein sehr gutes Beispiel. Schweden ist uns voraus. Offensichtlich können die Nordländer besser improvisieren, als man es bei uns in Österreich kann, und es ist eben die Kunst der Beweglichkeit und der Anpassung, die an die Bedürfnisse der Bevölkerung herangeführt werden müssen.

So sind in Schweden doch schon seit geraumer Zeit die Geschäftszeiten den Erfordernissen der Konsumenten angepaßt. Ich denke hier nicht einmal an den Fremdenverkehr, wo bei uns in Österreich doch Ausnahmen möglich sind; aber in Schweden gibt es Grundnahrungsmittel auch am Sonntag zu kaufen, am Samstag ist bis 15 oder 16 Uhr offen, wochentags bis 22 Uhr. Man fragt sich natürlich, warum ist es in Schweden möglich und in Österreich nicht einmal einer Überlegung wert. *(Abg. Mühlbacher: Sie müssen wenig Mitglieder haben im Bereich des Klein- und Mittelhandels und des Lebensmittelhandels!)*

Herr Mühlbacher! Wir verkennen nicht die Schwierigkeit, aber erlauben Sie mir, daß ich auch an den Arbeitnehmer denke. Wenn Sie es schon nicht tun von sozialistischer Seite, dann tue es wenigstens ich. *(Ruf bei der SPÖ: Dazu haben wir Sie gebraucht!)*

Wissen Sie, woran es nämlich fehlt? Weil Sie sich nicht durchringen können, endlich ein erforderliches Teilzeitgesetz zu schaffen. Es gibt genügend Leute, die bei der Arbeitszeit springen wollen. Denken Sie doch an die Menge Hausfrauen. Aber Sie verwechseln eines immer wieder: Sie meinen, Öffnungszeit im Betrieb muß dasselbe sein wie Arbeitszeit. Auf das gehe ich ja noch ein; aber offensichtlich sind die schwedischen Gewerkschafter etwas elastischer und haben mehr Weitblick als unsere Gewerkschafter und Ihre Herren in Österreich, Herr Abgeordneter Mühlbacher. Das ist kein Angriff gegen Sie. *(Abg. Skritek: Herr Kollege! Die schwedischen Handelsangestellten wollen wieder zurück, nur können sie jetzt nicht mehr!)* Das ist aber einmal

12676

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Dipl.-Vw. Josseck

eine Überlegung wert. In Schweden ist vielleicht der Fremdenverkehr nicht so stark ausgeprägt wie bei uns in Österreich, Herr Abgeordneter Skritek, und auf das kommt es an. Hier dreht man die Dinge immer wieder um und spricht von einer Diskriminierung der Handelsangestellten. Das ist ja gar nicht der Fall. Vielleicht kann man sich das einmal in Form einer Studienreise an Ort und Stelle in Schweden anschauen. Aber es fehlt eben der breitere gesetzliche Rahmen, um eben offenhalten zu können.

Wenn man die Bevölkerung fragt — und solche Ergebnisse von Befragungen liegen haufenweise vor —, so sind mehr als 70 Prozent der Bevölkerung in Österreich für eine Erweiterung der Öffnungszeiten. Darunter gibt es ja auch bereits einen Vorschlag der freien Wirtschaftstreibenden, die davon ausgehen, daß sie sagen, eine Höchststundenanzahl pro Woche darf geöffnet werden, und die darf nicht überschritten werden. Wie es sich der Unternehmer einteilt, sei nun seine Sache, ob er am Montag vormittags geschlossen hält und dafür am Samstag nachmittags offenhat oder wie auch immer. Wobei man vom Gesetzgeber her regeln kann, daß selbstverständlich vor Feiertagen, zur Weihnachtszeit und zu Ostern, eine etwas höhere Wochenstundenanzahl eingesetzt wird, die sich etwa zwischen 50 und 60 Wochenstunden nach unserer freiheitlichen Überlegung bewegen kann. Hier kann dann der Unternehmer flexibel vorgehen im Interesse der Kunden und unter Bedachtnahme auf verschiedene Faktoren, die natürlich regional und branchenüblich verschieden sind, die standortorientiert, natürlich aber auch zukunftsorientiert sind.

Ich darf aber noch einmal sagen: Wenn man davon ausgeht, daß man in der Früh ab 7 Uhr, generell angenommen, öffnen darf und bis 21 Uhr am Abend offenhalten kann, so dürfte das nicht dazu führen, daß die Wochenstunden dabei überschritten werden. Auf den Fremdenverkehr — sagte ich schon — wäre besonders Rücksicht zu nehmen, hinsichtlich Standorte denkt man an Flugplätze, an Bahnhöfe, aber unter Umständen natürlich auch an Branchen. (*Abg. Skritek: Da gibt es ja ohnehin Ausnahmen!*) Hier muß eine breitere Regelung möglich sein, als sie bisher den Landeshauptleuten zusteht.

Ich darf aber auch sagen, daß natürlich die Beschäftigten gesetzlich abgesichert sein müssen, und hier — ich führte es vorhin schon aus auf den Zwischenruf des Abgeordneten Mühlbacher — fehlt einfach ein Gesetz über die gleitende Arbeitszeit beziehungsweise über die Teilzeitbeschäftigung.

So kann es eben nur das Ziel sein, daß man sich zusammensetzt und über so ein Gesetz diskutiert, daß man dieses Gesetz in erster Linie im Interesse der Konsumenten, in zweiter Linie der der Handelsangestellten, aber natürlich auch der Klein- und Mittelunternehmer im besonderen erarbeitet. Ich glaube, schon allein wegen der Chancengleichheit und der Konkurrenzfähigkeit für alle Unternehmer ist es dringend notwendig, sich mit dieser Materie zu beschäftigen.

Ich bin damit auch schon am Ende und darf dem Herrn Bundesminister vielleicht noch sagen, daß sein nicht sehr glückliches Verhältnis zur Wirtschaft, zum Unternehmertum — vielleicht liegt es daran, weil er zu sehr verankert ist und eben aus seinem gewerkschaftlichen Berufsdanken schlecht herauskommt — mit ein Grund ist, daß wir dieses Budgetkapitel ablehnen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Westreicher.

Abgeordneter **Westreicher** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, der Ernst der Lage in der Wirtschaft zieht sich durch alle Reden durch, und auch ich, der ich mir vorgenommen habe, zur Fremdenverkehrswirtschaft zu sprechen, werde auf den Ernst der Lage in diesem Wirtschaftszweig, insbesondere im Sommerfremdenverkehr, hinweisen und versuchen, Herr Minister, Ihnen entsprechende Vorschläge zu machen.

Gestern hat der Abgeordnete Mühlbacher hier dargetan, daß die Klein- und Mittelbetriebe wesentlich mehr gefördert und gestärkt werden sollten. Aber bis jetzt fehlt mir der Glaube, weil ja bis heute nie die entsprechenden Schwerpunkte der sozialistischen Politik gelegt worden sind. Gerade im Fremdenverkehr könnte man hier sehr stark mithelfen, weil ja die Betriebe sehr klein strukturiert sind.

Eine andere Sache, die gerade die Wirtschaft im Fremdenverkehr wesentlich erschwert, ist die, daß wir sehr außenwirtschaftlich bezogen sind, daß unsere Einkommen nicht in Österreich, wenn ich den Ausländerfremdenverkehr sehe, erarbeitet werden, sondern daß sie draußen in Europa, in der Welt erarbeitet werden und hier in Österreich dann ausgegeben werden.

Damit möchte ich nur aufzeigen, daß es auch der Fremdenverkehr ist, der sehr starke Verästelungen mit den übrigen Wirtschaftszweigen, ob es der Handel, die Bauwirtschaft oder was immer ist, aufweist. Der Fremdenverkehr ist ein lebender Betrieb, der eben die Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen hat und damit auch eine bedeutsame Rolle als Auftraggeber

Westreicher

in der Gesamtwirtschaft spielt. Eine Million Fremdenbetten bedingen einen enormen Kapitaleinsatz. Es wurde viel Risiko zur Ankurbelung dieses Wirtschaftszweiges in Österreich investiert. Straßen wurden errichtet, Seilbahnen, Schwimmbäder, ja ganze Regionen wurden mit diesen und noch anderen Investitionen an Infra- und Suprastruktur ausgestattet, um damit der Nachfrage der Gäste gerecht werden zu können.

Private Initiative, die Gemeinden, ja sogar Bund und Länder haben lange Zeit gemeinsam mitgearbeitet und Fremdenverkehrspolitik betrieben. Erst in den letzten Jahren, Herr Minister, haben wir mit Bedauern feststellen müssen, daß Sie gerade den Unternehmer immer mehr in das Rampenlicht der Öffentlichkeit gezerrt und versucht haben, ihn zu diffamieren und ihm so die Freude und die Risikobereitschaft zu nehmen. (*Bundesminister Dr. S t a r i b a c h e r: Ich doch nicht!*)

Herr Minister, bitte, persönlich nicht, aber Sie haben nie versucht, hier eine Schützenhilfe zu leisten oder von Ihrer Stelle her eine Richtigstellung zu geben. Sie kennen alle Berichte, die gerade über den Fremdenverkehr in den Zeitungen waren. Hier hätte man doch erwartet, daß von Ihnen her einmal eine Aussage und eine Schützenhilfe erfolgt. Wir haben ja wirklich zum Wohle aller Österreicher und unseres Landes gearbeitet, und man hat wirklich mit Recht von einer Wachstumssparte sprechen können.

Wenn wir uns die Leistungen ansehen: 1960 hat der Fremdenverkehr, gemessen am Bruttonationalprodukt, noch 3,7 Prozent Anteil gehabt, 1971 bereits 7,7 Prozent. Dementsprechend sind in derselben Zeit auch die Einnahmen gestiegen; sie haben sich um 56 Prozent gesteigert. Und da frage ich: Ist das nicht ein gutes Zeugnis für die Leistungen dieser Menschen? Ist das nicht eine gute Erfolgsbilanz der Fremdenverkehrswirtschaft?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! So hat es ausgesehen bis zum Ende des Jahres 1972. Das war auch der Tenor, mit dem wir gesprochen haben und auf den wir stolz waren. Man empfand Freude am Risiko, Freude am Erfolg und Freude am Aufbau, gestärkt durch das Bewußtsein, einen zufriedenen Gast zu haben. Und auch der Erschließung neuer Gäste-schichten, neuer Märkte stand damals nichts im Wege. Unter diesen Voraussetzungen wurden diese Leistungen von den mehr als 60.000 Familienbetrieben erbracht.

Hier ist nicht gefragt worden, wie viele Stunden gearbeitet werden muß. Im scharfen Wind des freien Wettbewerbes wurden diese Leistungen erbracht. Ich stelle auch hier fest:

Wir sind immer bereit und wir bekennen uns immer zu einem scharfen Wind des freien Wettbewerbes.

Wir haben keine Schutzmaßnahmen vor der ausländischen Konkurrenz. Wir wollen nur die Schaffung einer gleichen Ausgangsposition sowohl innerhalb der österreichischen Wirtschaft im Verhältnis zu den Belastungen der einzelnen Wirtschaftszweige als auch im Verhältnis zur ausländischen Konkurrenz.

Herr Minister! Ich habe am letzten Freitag zu dem Alkoholabgabegesetz hier meine Stellungnahme deponiert. Ich glaube, hier liegt etwas drinnen. Da sind neue Vorschläge, die man überdenken sollte, um diese Diffamierung abzubauen.

Herr Minister! Ich weiß nicht, soll ich zu Ihnen Handelsminister sagen, soll ich Konsumentenminister sagen, oder haben Sie nur immer in Optimismus gemacht. Ich glaube eines: Gerade im Fremdenverkehr ist eine Konsumentenpolitik geeignet. Hier möchte ich versuchen, das auch aufzuzeigen. Ich weiß — und es ist anerkennenswert —, daß Sie sich auf dem Förderungsgebiet hinsichtlich der Kredite, was die einzelnen Zinsenzuschüsse anbelangt, sehr, sehr bemüht haben. Aber ich glaube eben, die Zeiten haben sich gewandelt.

Wenn man vergleicht das Jahr 1966 — also zur Zeit einer ÖVP-Regierung —, als man 60 Millionen Nächtigungen hatte, mit 1974, da man an die 90 Millionen Nächtigungen hat, so erkennt man, daß es hier doch wesentlich darauf ankommt, daß man die Förderungsmaßnahmen umstellt. Daß es natürlich auch notwendig ist, höhere Förderungsbeträge einzusetzen, ist schon auf Grund der Inflation, auf Grund der Kostenentwicklung, der Preise klar. Aber nichtsdestotrotz sind wir dafür dankbar, wir anerkennen diese Leistungen, Herr Minister, und hoffen nur, daß auf dem anderen Gebiet, dem Gebiet der Steuern, etwas mehr getan wird.

Ich möchte zu bedenken geben, daß zwar diese Mittel auf dem Papier stehen, sieht man aber von der eher unkonventionell geführten Sonder- und Hausaktion ab, um zu diesen Förderungsgeldern zu kommen, so ist es nach wie vor sehr schwierig; gerade auf dem Sektor der ERP-Mittel. Sie wissen, daß in der letzten Zeit die Anträge zurückgezogen worden sind, weil es einfach nicht möglich war, einerseits die Zwischenkredite aufzubringen oder andererseits die Betriebe nicht so lange warten konnten, um ihre beabsichtigten Investitionen durchzuführen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, auf etwas muß in diesem Hause auch aufmerksam gemacht werden, das ist der

12678

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Westreicher

Verschuldungsgrad der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft; sie ist sicher auf Grund der gesamten Investitionen, die sie getätigt hat, so weit gekommen. Von 1961 bis 1974 ist die Verschuldung um 1656 Prozent gestiegen. Demgegenüber ist die Verschuldung des Verkehrs um 1299 Prozent, des Gewerbes um 549 und der Industrie um 413 Prozent gestiegen; die des Handels hingegen nur um 367 Prozent.

Ich habe schon gesagt, daß man das sicher nicht nur rein negativ apostrophieren darf, weil es ja gerade aufzeigt, in welch gigantischem Ausmaß sich der Fremdenverkehr in Österreich entwickelt hat. Aber andererseits ist es auch ein trauriges Zeichen dafür, daß die Betriebe nicht in der Lage sind, Eigenkapital zu bilden, und den riskanten Weg der Kredite beschreiten müssen, um diesen Investitionsbedarf, der für Österreichs Fremdenverkehrswirtschaft notwendig ist, zu befriedigen.

Über diese grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Auffassungsdifferenzen trösten eben auch noch so gut gemeinte Kreditaktionen oder sogar Subventionsaktionen sehr wenig hinweg.

Und ein zweites, was uns natürlich auch mit sehr viel Sorge belastet. Wenn man Ihre Ministerzeit, die letzten fünf Jahre, beobachtet, Herr Minister, so sieht man, daß in dieser Zeit enorme Belastungen über uns gekommen sind: 1972 hatten wir die unbefristete Verlängerung der Sonderabgabe vom Alkohol, die Ihnen 1,6 Milliarden über den Finanzminister bringt. 1973 Einführung der Mehrwertsteuer, die gerade für den Beherbergungssektor, der ja eine hohe Wertschöpfung aufweist, wo bis jetzt oder bis dorthin die Betriebe ihre Überlebenschancen gesehen haben, natürlich eine Verschlechterung gebracht hat.

Die Mehrwertsteuer wurde auch noch von der Alkoholsondersteuer, also Steuer von der Steuer, gebracht. Diese Steuer hat heute ungefähr 1,2 Milliarden Schilling zu erbringen. 1974 gab es die Einbeziehung auch des Biers in die Getränkesteuer.

Ein weiterer Erschwerisfaktor, um überhaupt hier Fremdenverkehr zu machen, hat sich natürlich durch die Preissteigerungen auf dem Beschaffungsmarkt ergeben. Große Preissteigerungen gab es auf dem Investitionssektor, also auch für die erforderlichen Betriebsmittel, wie Heizöl, Strom. Die Kreditkosten bringen gerade durch die Anhebung um 2 Prozent eine Auswirkung von 33 Prozent auf die Belastungen des Betriebes. Weiters gab es eine enorme Verteuerung der Lebensmittel,

zum Beispiel bei Reis um 34 Prozent oder bei Speiseöl — wie gestern schon gesagt worden ist — um 32 Prozent.

Hiezu kommen auch noch die gesamten Aufkommen und Abgaben der kommunalen Behörden des Landes und der Gemeinden. Ich glaube, Sie kennen die Besorgnisse, die gerade auf dem Umweltschutzsektor in Fremdenverkehrsgebieten — ich erinnere hier an die Kärntner Seen, an die Reinhaltung dieser Seen — den Fremdenverkehrsbetrieben angelastet werden.

Herr Minister! Ich weiß, Sie sind nicht zuständig, das ist Landes- respektive Gemeindesache. Aber nichtsdestotrotz muß ich hier den Herren Abgeordneten die Belastungen aufzeigen, um doch Überlegungen anstellen zu können, daß es nicht geht, daß ein Kubikmeter Wasser bis zu 40 S kosten soll.

Auch die Änderungen der internationalen Währungsrelationen und anschließend die künstliche Verteuerung waren natürlich die Folge. Durch die Paritätsverschiebungen blieben Gäste, vor allem aus den USA und England, aus. Wenn ich hier nur daran erinnere, wie groß die Auswirkungen sind. Das Institut für Wirtschaftsforschung beziffert diese Preissteigerungen aus Währungsänderungen einschließlich des Inflationssatzes für England mit 46,6 Prozent, für die Niederlande, die uns nach Deutschland die meisten Gäste schicken, mit 21 Prozent und für die USA mit 48 Prozent. Man kann also sagen, die Inflation rächte sich in dieser Wirtschaftssparte wie in keiner anderen.

Aber es war nicht dies allein, wie ich schon eingangs erwähnt habe. Dazu kam noch die schlechte Presse. Meldungen, die publiziert wurden — mögen sie teilweise auch zu Recht bestanden haben —, haben global diesen Wirtschaftszweig diffamiert, was man natürlich nicht machen kann.

Ich weiß auch, daß manches besser gemacht werden könnte und auch sollte. Ich gehe auch mit Ihnen konform, Herr Minister, hinsichtlich Ihrer Offensive der Gastlichkeit. Aber Sie sollen uns helfen, und es soll nicht so sein, wie es den Anschein hat, daß unsere Entscheidungsmöglichkeiten von allen Seiten immer mehr und mehr eingengt werden. Zuerst erwarten wir von Ihnen Hilfe. Dann können Sie auch mit uns rechnen, und wir werden die Offensive der Gastlichkeit voll und ganz vertreten.

Denn es zeigt sich ja, daß es den stärksten Rückgang der Gästenächtigungen in den Kategorien C und D gab. Die Kategorien A und A 1 hatten an und für sich den geringeren Rückgang zu verzeichnen. Was heißt das, was ist

Westreicher

das Fazit daraus? — Daß Qualität und Leistung sowie ein abgerundetes Angebot immer noch in der Lage sind, auch einen Käufermarkt zu halten.

Aber eine weitere Besorgnis. Gerade die schwächer werdenden Devisenerlöse aus dem Fremdenverkehr schlagen nun gerade zu einem Zeitpunkt voll durch, zu dem auch die Passivierungskräfte der Zahlungsbilanz voll wirksam werden. Die stark verteuerten Rohstoffe, die Einfuhren von Rohöl und die Zukäufe von Mineralölprodukten treiben die traditionell ausgeglichene Zahlungsbilanz ins Minus. Nicht zwangsläufig! Denn eine nicht unerhebliche Belebung der Exportseite hat zu einer Stabilisierung des Außenhandelspassivums geführt. Der positive Saldo der Dienstleistungsbilanz, die lange Jahre als Folge stets neuer Devisenrekorde aus dem Fremdenverkehr hoch aktiv war, schmilzt unter dem Eindruck von weniger und noch sparsamer werdenden Gästen zurück.

Herr Minister, daher ist es notwendig, flankierende Maßnahmen zu setzen, gestützt auf eine Werbung im In- und Ausland, um das Ansehen zu heben und um dem Gast unser Land durch attraktive Angebote, die marktgerecht dargeboten werden, wieder schmackhaft zu machen. Ohne dem wird es eben nicht gehen.

Ich rufe Ihnen in Erinnerung: Vergessen Sie den Krisengipfel in Innsbruck nicht, wo Sie sicher als Friedel mit der leeren Tasche hingekommen sind. Aber Sie haben etwas gemacht: Sie haben dort fünf Arbeitsgruppen eingesetzt, um zu durchleuchten, welche Maßnahmen zu setzen sind. Ich möchte Ihnen gerade von dieser Stelle aus am meisten den Ausschuß ans Herz legen, der sich mit der Vereinfachung der Abrechnung bei öffentlichen Abgaben zu befassen hat, also insbesondere: Getränkesektor und Extras, die ja immer wieder Anlaß zur Klage geben.

Laut Berichten aus England wird ja im kommenden Sommer Touroperator, die bis jetzt immer Österreich anfuhr, auf Grund dessen Österreich nicht mehr in ihr Angebot aufnehmen. Sie wissen, was das bedeutet. Das würde ein Verlieren der Märkte bedeuten. Aber wen wundert das an und für sich. Wir bieten heute Vollpensionspreise zu 120, 150 S an. Ein Liter Wein hingegen kostet 60, 70 S oder noch mehr.

Oder, wie ich am Freitag gesagt habe: Eine Tageskonsumation, wenn man sehr sparsam umgeht, übersteigt wesentlich die Aufwendungen, die man für eine Vollpension je Tag ausgibt. Also hier ist eine Diskrepanz, und dies müßte hier mit allem Ernst richtiggestellt

werden. Denn sonst müßte man wirklich fragen: Ist das Ihre Konsumentenpolitik, Herr Minister?

Sicher, ich will hier als Konsument sprechen, ich werde gar nicht von der Unternehmerseite her sprechen, denn wir müssen diese Beträge einheben. — Wir werden wohl diffamiert. — Aber es ist ja nur eine Weitergabe an den Konsumenten.

Oder ist dies Ihre Sozialpolitik? Wir kämpfen doch alle gemeinsam für eine Arbeitszeitverkürzung. Wir versprechen den Menschen mehr Freizeit und mehr Urlaub unter der Devise „mehr Lebensqualität“. Dann ist aber das eine nicht verständlich: daß man gerade die höchsten Belastungen an Abgaben und Steuern dort ansetzt, wo der arbeitende, der der Großstadt entflüchtende Mensch Ruhe, Erholung sucht, um seine Arbeitskraft zu regenerieren. Das ist ja der Hotelbetrieb, das ist ja der Gasthof, das ist ja das Fremdenheim, der Ort der Kommunikation und des Ausgleiches vom Streß der Arbeit für den einzelnen und für die Familie, um gestärkt und zufrieden an seinen Arbeitsplatz zurückzukehren. Hier findet man eine Regeneration der Arbeitskraft.

Daher appelliere ich an Sie alle, meine sehr geehrten Herren und Damen in diesem Hause hier: Unterschätzen Sie die wirtschaftliche, soziale, kulturelle und besonders im Gebirge auch die bevölkerungspolitische Aufgabe dieses Wirtschaftszweiges nicht. Denn nur auf Grund dessen, daß der Bauer einen Nebenerwerb im Fremdenverkehr gefunden hat, erspart sich bis heute der Staat enorme Mittel für die Erhaltung der Landschaft und des Siedlungsraumes im Gebirge. Hier leistet der Fremdenverkehr somit direkt und indirekt durch seine Tätigkeit Entwicklungshilfe.

Nun, um zum Abschluß zu kommen, ein Wort zur derzeitigen Lage. Die Sommersaison 1974 hat für den österreichischen Fremdenverkehr ohne Zweifel schlechter begonnen als in den vergangenen Jahren.

Die Konsequenzen daraus: Die Urlauber wählen weit selektiver als bisher ihre Urlaubsziele aus. Der Fremdenverkehr hat sich von einem Verkäufermarkt zu einem Käufermarkt gewandelt. Herr Minister, daher sind Förderungen auf dem Kreditsektor allein zuwenig. Was wir für die Zukunft brauchen, ist ein besseres Ansehen unseres Berufsstandes und eine marktorientiertere Politik des Finanzministers. So wird es wieder möglich sein, zufriedene Gäste zu haben. Denn der Winter wird zufriedenstellend sein, und für den Sommer, glaube ich, muß gerade auf dem Sektor der Extras etwas unternommen werden, damit Österreichs Zahlungsbilanz und Leistungs-

12680

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Westreicher

bilanz weiter erhalten bleiben und dem österreichischen Fremdenverkehr die entsprechenden Voraussetzungen in diesem Lande weiterhin erhalten bleiben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Heindl.

Abgeordneter Dr. **Heindl** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zunächst zum Herrn Generalsekretär Doktor Mussil: Schwarz, schwärzer, Mussil, kann man wirklich nur zu dem sagen, was Sie gezeichnet haben. Was mich gewundert hat: daß Sie bei manchen Äußerungen wirklich die Beherrschung hatten und nicht selbst über Dinge lächelten, die Sie nicht geglaubt haben. Das nur vorweg.

Ehe ich zu Details meines Debattenbeitrages komme, möchte ich mich mit einigen Ausführungen beschäftigen, die wir gestern hier gehört haben. Herr Präsident Sallinger hat eine Erklärung abgegeben, mit der wir nicht nur zufrieden waren, sondern auf die wir lange gewartet haben und für die wir auch dankbar sind. Es beruhigt uns Sozialisten, wenn der einflußreichste Mann der Österreichischen Volkspartei eine so eindeutige Erklärung für die Vollbeschäftigung abgibt.

Auch wir glauben, daß ein verantwortungsbewußter Unternehmer kein Interesse an Arbeitslosigkeit hat. Das ist auch unsere Überzeugung. Aber Sie dürfen es uns nicht verübeln, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, wenn wir mißtrauisch waren und noch immer ein bißchen mißtrauisch sind. Denn wenn der Präsident der Wiener Handelskammer von einer „gewissen Arbeitslosigkeit“ spricht, dann glauben wir, daß die österreichische Öffentlichkeit ein Recht auf eine eindeutige Aussage hat. *(Abg. O f e n b ö c k: Zehnmal schon gegeben!)* Und daß der Abgeordnete Mitterer da ein schlechtes Gewissen hat, haben wir heute wieder erlebt. Er hat versucht, mit Hinweisen auf Experten aus dem Ausland ... Er hat das nicht näher erläutert, er hat im Ausschuß einen Hinweis auf den Nobelpreisträger Hayek gemacht, und wer die Philosophie dieser Herren kennt, weiß ganz genau, was sich dahinter verbirgt.

Der Herr Abgeordnete Mitterer hat insbesondere eines gemacht, er hat einmal mehr unseren Freund Dr. Kienzl zitiert. Meine Damen und Herren, wir haben bisher hier im Parlament nicht ausführlich dazu Stellung genommen. Aber gerade was heute gemacht worden ist, war für uns Veranlassung, aus einem Schreiben zu zitieren, das wir schon vor diversen Debattenbeiträgen, die hier im Parlament abgegeben worden sind, erhalten haben.

Dr. Kienzl hat in einem Brief vom 18. November an unseren Freund Fischer folgendes geschrieben:

„Lieber Freund!

Ich werde in letzter Zeit von der ÖVP als Kronzeuge gegen die Stabilisierungsmaßnahmen der Bundesregierung aufgeboten. Dabei ist man in der Wahl der Mittel nicht sehr penibel.“

Es geht dann weiter, und er schreibt dann: „Nun haben die ÖVP und die ihr zugewandten Orte auf Grund der von mir bei den Stabilisierungsmaßnahmen gemachten Erfahrungen bei Gott kein Recht, die Regierung auf die Anklagebank zu versetzen.“

Denn tatsächlich haben sie jede Stabilisierungsmaßnahme nach Kräften zu verhindern versucht oder zumindest als unwirksam denunziert.

Ein aufmerksamer Beobachter der wirtschaftspolitischen Vorgänge müßte aber erkannt haben, wie negativ jene politischen Kräfte und jene Persönlichkeiten, die sich heute als Vorkämpfer der Stabilisierung aufspielen, im konkreten Falle nur kurzfristige Interessen vertreten haben, siehe zum Beispiel die von der ÖVP vehement betriebene Vorverlegung der Lohnsteuersenkung, den Kampf gegen die Aufwertungsbeschlüsse und die Kreditrestriktionen.“

Meine Damen und Herren! Wenn man Kienzl immer zitiert, dann bitte wollen Sie gefällig auch das zur Kenntnis nehmen, was er zu Ihren Äußerungen en general zu sagen hat. *(Beifall bei der SPO.)*

Und es darf Sie nicht weniger wundern, meine Damen und Herren, wenn unser Kollege Dallinger sich hier dagegen verwahrt hat, daß für Entlassungen, die vor einigen Wochen in Wattens, in Wiener Neustadt und Bad Vöslau ausgesprochen werden mußten, die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich und nicht die Entwicklung auf den Auslandsmärkten und eine falsche Einschätzung dieser durch das Management verantwortlich ist. Womit sonst als mit einer guten Wirtschaftspolitik und mit einer gesunden Wirtschaftssituation wäre es denn zu erklären, wenn diese freigesetzten Arbeitskräfte sofort wieder in einen Arbeitsprozeß eingegliedert werden konnten.

Kollege Dallinger hat sich mit Recht dagegen verwahrt, für eine betriebliche Entwicklung, die verschiedene Ursachen haben mag, die Wirtschaftspolitik der Regierung Kreisky verantwortlich zu machen. Wer der Regierung Konkurs, Debakel und Bankrott vorwirft, meine Damen und Herren von der Österrei-

Dr. Heindl

chischen Volkspartei, der muß sich gefallen lassen, wenn man eine Tatsache ausspricht, die zwar hart sein mag, die aber sonst nichts als die Wahrheit ist.

Ich habe mir zu dem Zweck das stenographische Protokoll über die Rede des Kollegen Dallinger besorgt. Herr Generalsekretär hören Sie gut zu, was er unter anderem gesagt hat, laut stenographischem Protokoll (*Abg. Dr. Mussil: Wenn ich Ihnen nur halb zuhöre, höre ich Ihnen schon zuviel zu!*) — ich zitiere —: „Wenn jetzt durch ein schlechtes Management, das übrigens jetzt ausgewechselt wurde, nun die Hoffnung besteht, daß es wieder zu einem Aufwärtstrend kommt, solche negativen Auswirkungen sich zeigen, dann darf ich sagen, daß es das Bundesministerium für soziale Verwaltung und die nachgeordneten Dienststellen gewesen sind, die alles getan haben, damit bei Swarovski wieder Ruhe einkehrt, damit jene, die entlassen wurden, auch tatsächlich wieder Beschäftigung fanden. Wir können hoffen, daß durch das neue Management und die begleitenden Maßnahmen der Bundesregierung wieder Ruhe und Vollbeschäftigung einkehren werden.“

Meine Damen und Herren! Kollege Dallinger hat mit keinem Wort gesagt, die Unternehmer seien schuld daran. Er hat vom Management gesprochen, und das ist eine Tatsache. Denn niemand von uns will die Leistungen der Privatwirtschaft in Zweifel ziehen, auch nicht die der Firma Swarovski.

Aber ich frage Sie: Wenn wir uns diese Ausführungen vergegenwärtigen, warum wurde dann das Management ausgewechselt? Wegen erfolgreicher Politik? Gibt es einen besseren Beweis dafür, als daß man es gewechselt hat? Das hat Kollege Dallinger gemeint, onst gar nichts.

Und noch etwas, meine Damen und Herren. Wir Sozialisten hätten darüber nicht gesprochen, wenn nicht Ihre Partei hergegangen wäre, als Ursache für Entlassungen eine falsche Wirtschaftspolitik zu nennen. Wenn man das tut, dann zwingt man uns, die Wahrheit zu sagen. Kollege Dallinger hat sonst nichts gesagt als die Wahrheit, die reine Wahrheit! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Graf: Sagen Sie die Wahrheit nur unter Zwang?*)

Aber das ist ja überhaupt die Tragik Ihrer Politik, Kollege Graf. Sie kritisieren, Sie machen sehr scharfe Äußerungen, Sie sprechen von Debakel und Bankrott und wundern sich dann, daß man auch im Ausland über diese Dinge schreibt und es als Folge dann, zum Beispiel im Fremdenverkehr, unter dem Eindruck ... (*Abg. Graf: Ach, daran ist die ÖVP schuld, weil sie Kritik übt?! Das ist ein*

billiges Argument! — Das ist unter Ihrer Klasse, was Sie da sagen!) Kollege Graf, das habe ich jetzt nicht gesagt! Ich bringe noch einige andere Argumente. Ich habe gesagt, daß Sie mit Ihren bössartigen Unterstellungen und mit Ihrer Propaganda den psychologischen Effekt unterschätzen, den das auslöst. Das habe ich gesagt! Aber um deutlicher zu werden: Wir haben im vorigen Jahr die Headlines in ausländischen Zeitungen erlebt, als die Erklärungen von Spitzenfunktionären Ihrer Partei zitiert worden sind, daß das Preisgefüge in der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft unerträglich hoch sei, Österreich sei — was übrigens nicht stimmt — das teuerste Touristenland Europas geworden. Ja wenn das dann Einflüsse hat, dann wundern Sie sich. Aber das ist sicherlich — das gebe ich zu — nur ein kleiner Teil. Es wäre aber überhaupt besser, wenn wir die Wirtschaftspolitik und die wirtschaftspolitischen Entwicklungen nicht so dramatisieren würden, wie Sie es tun. Dann würde sich manches anders darstellen, dann könnten wir manche Dinge auch anders regeln. Leider Gottes ist das mit Ihnen derzeit nur sehr schwer möglich.

Es ist heute unbestritten, daß im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuereinführung die Preise zu hoch kalkuliert wurden. Das bestreitet heute niemand mehr. Die Folgen haben wir leider Gottes alle miteinander erleben müssen. Sicher war bei der Fremdenverkehrsentwicklung im vorigen Jahr eine Hauptursache, daß sich im Ausland — ich rede nicht vom Wetter, ich rede nicht von der Weltmeisterschaft — in den wichtigsten Industriestaaten, in den wichtigsten Herkunftsländern der österreichischen Touristen eine Unsicherheit in der Bevölkerung breit gemacht hat. Und wer die Statistiken zur Hand nimmt, sieht, daß in allen Touristikländern Rückgänge zu verzeichnen waren und daß die österreichische Entwicklung noch immer, obwohl wir nicht zufrieden sind — wir genausowenig wie Sie, meine Damen und Herren —, noch immer relativ am günstigsten ist.

Ich will gar nicht lange Exkursionen in Zahlen machen, aber doch kleine Vergleiche, weil Sie immer von Bilanzen reden. Gestern wurde das ja auch beim Fremdenverkehr angezogen.

Im Zeitraum 1970 bis 1973, bezogen die Indizierung auf das Jahr 1966, sind die Nächtigungen um 32,67 Prozent und die Deviseneingänge um 200,03 Prozent mehr gestiegen als im Zeitraum zwischen 1966 und 1969. Die Nächtigungen wurden zwischen 1966 und 1969 um 9,36 Prozent gesteigert, 1970 bis 1973 um 16,42 Prozent. Die Deviseneingänge wurden 1966 bis 1969 um 31,97 Prozent, von 1970 bis 1973 um 65,18 Prozent gesteigert.

12682

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Dr. Heindl

Das, meine Damen und Herren, sind Fakten, die niemand wegdiskutieren kann. Ich möchte mich jetzt gar nicht in breite Analysen über die Fremdenverkehrsentwicklung einlassen, aber die gesamte Situation wird sicherlich im kommenden Jahr leider noch nicht wesentlich gebessert werden, aber das liegt ja in der gesamten europäischen und außereuropäischen Wirtschaftsentwicklung.

Was bei uns aber sicherlich unter anderem vordringlich wäre, ist, daß man endlich beginnt — und das müssen alle zusammen machen —, das Bettenangebot, die Ausweitung des Bettenangebots zu beschränken, denn wir haben eine Explosion am Bettensektor gehabt, sodaß man beginnt, die Qualitätsverbesserung fortzusetzen.

Meine Damen und Herren! Es war ja diese Regierung, die zum ersten Mal ganz konkrete Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung gesetzt hat. Und wenn man die Komfortzimmeraktionsergebnisse betrachtet, sieht man, wie erfolgreich diese Politik gewesen ist.

Ein weiterer, nicht unwesentlicher Punkt wird zweifellos sein, die Österreicher zu bewegen, in Österreich zu bleiben. Wenn man sich eine Statistik mit allen unseren Konkurrenzländern ansieht, so sieht man, daß der Anteil der Inländer am Gesamttouristikaufkommen in Österreich mit 25,3 Prozent am geringsten ist. Er ist zum Beispiel in Spanien 31,3 Prozent, in Jugoslawien 35,7 Prozent, in Italien 65 Prozent, in Frankreich 72,9 Prozent. Meine Damen und Herren! Hier ist ein Betätigungsfeld, wo man echt eine positive Entwicklung herbeiführen könnte.

Herr Präsident Sallinger hat unter anderem auch von einer stiefmütterlichen Förderung von Klein- und Mittelbetrieben gesprochen.

Meine Damen und Herren! Zur Steuer der Wahrheit sei nur folgendes gesagt: Als diese Regierung die Geschäfte übernommen hat, war die BURGES, das wissen Sie, Herr Generalsekretär Mussil genau, die Stamm-BURGES, um es konkret zu sagen, gesperrt. Sie wurde sofort flottgemacht. Und nennen Sie mir seit dem Jahre 1970 einen einzigen Fall, der in Ermangelung von Mitteln von der BURGES abgelehnt worden ist! Sie können keinen nennen, denn es gibt keinen solchen Fall! *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Doktor Mussil.)* Da können Sie aber die BURGES nicht verantwortlich machen, Herr Generalsekretär!

Es ist richtig, daß die BURGES-Stammaktion aus verschiedenen Gründen in den letzten Jahren nicht mehr attraktiv war. Überlegungen für eine Umstellung wurden daher angestellt

und der Übergang zur Direktförderung auch in Aussicht genommen. Die entscheidende Förderung für diesen Bereich ist heute durch das Gewerbestrukturverbesserungsgesetz gegeben. Die Voraussetzungen für eine gesicherte und ausgeweitete Förderung, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, wurden geschaffen; auch hier darf ich einige Vergleichsziffern nennen.

Der geförderte Kreditrahmen im Jahre 1970, also bei Antritt der Regierung Kreisky, betrug 917 Millionen Schilling. Die hierfür eingesetzten Förderungsmittel im letzten ÖVP-Budget betrugen 72 Millionen Schilling. Im kommenden Jahr wird der geförderte Kreditrahmen ungefähr 1,9 Milliarden Schilling betragen, die eingesetzten Mittel 188,4. Hier, meine Damen und Herren, davon zu sprechen, es wird weniger ausgegeben — ich weiß nicht, von welcher Seite Sie die Dinge betrachten. *(Präsident Dr. Malletta übernimmt den Vorsitz.)*

Aber nun noch einige Worte zum Kollegen Zittmayr. Er hat wieder besonders schwarz und bedauerlicherweise wieder falsch gemalt. Wenn Sie uns nicht glauben, meine Damen und Herren, wenn der Herr Generalsekretär Mussil sich beschwert über den OECD-Bericht, wenn Sie nicht einmal Ihren eigenen Plan 3 genau lesen, was der über die Zeit von 1970 bis 1973 schreibt, dann lesen Sie bitte die „Industrie“. In der „Industrie“ wurde vor kurzem von den Wirtschaftsforschern Dr. Kausel und Dr. Nemeth eine Arbeit veröffentlicht, und einer der Kernsätze lautet da:

„In den Jahren 1970 bis 1973 läßt sich ein bedeutsamer Aufholprozeß der österreichischen Wirtschaft erkennen, der zu einer beträchtlichen Annäherung an das ökonomische Niveau der Vergleichsländer Bundesrepublik Deutschland, Schweiz und USA, im Falle Großbritanniens zu dessen Überrundung geführt hat.“

Jetzt die ganzen Hinweise, daß unser Wirtschaftswachstum von 1970 bis 1973 mit 6,1 Prozent größer war, der Hinweis, daß der private Konsum stärker gestiegen ist als in den Vergleichsländern, der Hinweis, daß die Investitionssteigerungen bei uns stärker waren als in den verglichenen Ländern, der Hinweis, daß das Bruttonationalprodukt stärker gewachsen ist, all das, meine Damen und Herren, interessiert Sie nicht. Die Steigerungen der Löhne interessieren Sie nicht, die Tatsache, daß bei uns die Preisentwicklung mit allen vergleichbaren Ländern, mit einer Ausnahme, noch immer günstiger ist, das interessiert Sie nicht. Sie reden von einem Bankrott, Sie reden von einer schlechten Wirtschaftsentwicklung. Ich sage es nicht mit meinen Worten, diese

Dr. Heindl

Autoren, bitte, kommen zu dem Schluß, daß sich Österreich an der Schwelle zum letzten ... (Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)

Hören Sie zu, Herr Generalsekretär, wenn Sie schon nicht die „Industrie“ lesen, lassen Sie sich es von mir vorlesen. Die Autoren kommen zu dem Schluß, daß sich Österreich an der Schwelle zum letzten Viertel unseres Jahrhunderts inmitten einer verunsicherten Umwelt, nach wie vor in einer einsamen, ungebrochenen und eindrucksvollen Aufwärtsentwicklung seiner Wirtschaft befindet.

Meine Damen und Herren! Das ist nicht unsere Stellungnahme, das ist die Stellungnahme von anerkannten Wirtschaftsexperten, das ist die Wahrheit. Bitte reden Sie doch so und betrachten Sie die Dinge doch so, wie sie sind, und nicht so, wie Sie sie gerne sehen wollen. (Beifall bei der SPÖ.) Hören Sie doch auf, Herr Generalsekretär, mit einer Politik nach dem Motto: Es darf nicht sein, was eben ist! Die Tatsache ist eben so.

Sie sprachen über den schlechten EG-Vertrag; der Kollege Zittmayr war es. Über die schlechte Exportentwicklung wurde gestern gesprochen. Er hat aber nicht davon gesprochen, daß der Vizekanzler Bock es war, der seinerzeit eine Erklärung in Genf abgegeben hat, die dahin gehend lautete, daß Österreich bereit wäre, die Zollschränken gegenüber der EFTA sogar wieder hochzuziehen, wenn dies als Preis von der EWG verlangt worden wäre. Er hat nicht davon gesprochen, daß die ÖVP durch ihre Experten in allen Phasen der EWG-Verhandlungen dabei war, er hat nicht davon gesprochen, daß die EWG-Abkommen mit den Stimmen der ÖVP beschlossen wurden. Er hat nicht davon gesprochen, daß weder die Bemühungen des Präsidenten Lehner noch die des Dr. Schleinzler in Brüssel nur den Schatten einer Chance hatten. Davon wurde nichts gesprochen. Er hat nur von einem gesprochen: daß die Exportentwicklung nicht gut sei. Und auch hier, meine Damen und Herren, Ziffern lügen nicht.

Wie war die Exportrate in Ihrer Zeit, wie war die Exportentwicklung? Ich will es Ihnen gar nicht vorlesen, ich stelle es Ihnen gerne zur Verfügung. Faktum, meine Damen und Herren, ist eines: daß das Jahr 1974 die höchste Exportzuwachsrate in den letzten zwei Jahrzehnten gebracht hat, nominell 30 Prozent, realer Exportzuwachs zirka 20 Prozent. Ein kleiner Vergleich sei mir gestattet: In den Jahren 1965 bis 1969 wuchsen die Exporte real — also in der von Ihnen zu verantwortenden Ära — um 7,5 Prozent, in der sozialistischen Ära um 10 Prozent.

Meine Damen und Herren! Das ist die Realität, die können Sie nicht wegdiskutieren. Ich würde Sie nur bitten: Bleiben Sie im Inter-

esse der österreichischen Wirtschaft, bleiben Sie im Interesse der Bürger dieses Landes bei der Wahrheit. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Neumann. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Neumann (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte mich in meinem Budgetbeitrag eigentlich weniger mit meinem Vorredner beschäftigen. Mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Heindl, hat in seiner ganzen Rede ja vor allem von der Stabilität gesprochen. Er hat allerdings vergessen zu erwähnen, daß seine Regierung in ihrer ganzen Periode nicht Stabilität, sondern Inflation gemacht hat. Er hätte daher seine Rede nicht vor diesem Hohen Haus, sondern am Anfang der sozialistischen Regierungsperiode in seinem Klub halten sollen. Wir wissen — wir haben es in unserer Regierungszeit bewiesen —, daß der beste, der sicherste Garant für Vollbeschäftigung und Wohlstand nicht die Inflation, sondern die Stabilität ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Nur ein Satz noch weiter, weil er auch so viel über den Fremdenverkehr gesprochen hat. Er hat also, wie andere Redner seiner Fraktion auch, gemeint, die Förderung des Fremdenverkehrs war noch nie so hoch, noch nie so groß wie jetzt. Darf ich eines sagen, ich komme auch aus einem Fremdenverkehrsgebiet und kenne mich daher auch ein wenig aus. Auch die Krise im Fremdenverkehr war noch nie so hoch, war noch nie so groß wie jetzt, nachdem die Sozialisten vier Jahre Österreich regieren. Das wollte ich zu den Ausführungen des Vorredners gesagt haben.

Aber nun wollte ich meinen Budgetbeitrag beginnen mit einem Mann, der nicht hier ist, der aber hier sein müßte. Ich möchte also die Öffentlichkeit und das Haus überhaupt wieder einmal an diesen Mann erinnern. Wir haben ihn fast die ganzen Budgetverhandlungen nicht gesehen. Es ist das der Finanzminister der Republik Österreich. Dieser Finanzminister hat einen Teil seiner Budgetrede auch der Energiesituation dieses Landes und der Welt gewidmet. Er hat dabei gemeint, daß die Energiesituation bei uns in Österreich nicht so kraß ist, und zwar deshalb, weil wir über heimische und damit über eigene Energievorkommen verfügen.

Hohes Haus! Der Herr Finanzminister hat auch hier, wie es auch sonst und überall seine Art, sein Stil — und wie immer mehr Österreicher sagen —, sein Fehler ist, die Lage zu rosig dargestellt. Denn immerhin ist es momentan so, daß Österreich 65 Prozent, das sind also fast zwei Drittel seines Energiebedarfes, aus dem Ausland importieren muß.

12684

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Neumann

Es ist bekannt, daß Europa, und zwar der freie westliche Teil Europas, zu den energieärmsten Teilen dieser Welt gehört. Aber ich kenne in diesem freien westlichen Europa keinen einzigen Staat, der einen so hohen Prozentsatz seines Energiebedarfes aus dem Ausland importieren müßte. Die EG muß also auch importieren. *(Zwischenrufe.)* Aber, ja Moment, Moment, hören Sie etwas zu, dann werden Sie sehen, daß das kein Widerspruch ist.

Die EG-Staaten müssen zwar auch viel, aber immerhin ... *(Erneute Zwischenrufe bei der SPÖ.)* — In danke Ihnen dafür, damit werde ich mich noch beschäftigen. — *(Abg. Pay: Sie haben doch keine blasse Ahnung!)* 40 Prozent muß also auch die EG an Energie importieren, aber bei uns in Österreich sind es, wie gesagt, 65 Prozent. Und dabei wird das noch schlechter werden.

Energiefachleute sagen voraus, daß wir in zehn Jahren ... *(Zwischenruf des Abg. Pay.)* Herr Kollege Pay! Wer solche Zwischenrufe macht, der beweist, daß er keine Ahnung von der Materie hat. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das darf ich Ihnen sehr klar und sehr deutlich sagen. Das sage nicht nur ich, sondern das sagen heute auch weite Kreise der Bergleute. Darf ich Ihnen das ganz offen hier sagen, Herr Kollege Pay!

Meine Damen und Herren! In zehn Jahren wird Österreich bereits 80 Prozent seines Energiebedarfes aus dem Ausland importieren müssen. Im Jahre 2000 — wovon uns immerhin nur mehr 25 Jahre trennen — wird sich der Energieverbrauch Österreichs bei einer jährlichen Steigerungsrate von 7 Prozent sechsfacht haben. In diesem Jahr 2000, Hohes Haus, werden laut OECD-Bericht jedoch bereits 90 Prozent des Erdöls und 72 Prozent des jetzt vorhandenen Erdgases auf dieser Welt verbraucht sein. Über 70 Prozent der jetzigen Energieversorgungsträger Österreichs werden also in 25 Jahren auf dieser Welt einfach nicht mehr vorhanden sein. Dazu kommt ... *(Abg. Tödling: Der Neumann hat Sorgen um die Zukunft! — Ruf bei der SPÖ: Wir machen uns Sorgen um den Neumann!)*

Die Bevölkerung macht sich Sorgen wegen dieser Regierung, wegen der schlechten Politik dieser Regierung, an der Sie mitbeteiligt sind, Herr Abgeordneter! *(Beifall bei der ÖVP.)* Hören Sie hinein in die Bevölkerung, und machen Sie nicht hier geistlose Zwischenrufe. *(Abg. Skritek: Das ist eine Überheblichkeit! Weniger würde Ihnen guttun!)*

Meine Damen und Herren! Ich muß zu dieser Energieauslandsabhängigkeit noch etwas sagen. Ich habe früher erwähnt, daß der freie

westeuropäische Teil zu den energieärmsten Teilen dieser Welt zählt. Darf ich noch etwas dazu sagen: Es ist bekannt, daß sich 77 Prozent der Erdölreserven in den Entwicklungsländern und 13 Prozent in den Ostblockstaaten befinden. Was diese so große Energieabhängigkeit von den Entwicklungsstaaten, von den Staaten des Ostblocks, für die Neutralität unseres Kleinstaates Österreich, ja überhaupt für die gesamte freie westliche Welt bedeutet, das brauche ich in diesem Kreise wohl nicht besonders zu interpretieren, das hat sich bei den letzten Energiekrisen mehr als deutlich gezeigt.

Es war Außenminister Kissinger, der vor kurzem erklärte: „Energievorräte und Nahrungsmittel werden immer mehr zu einem strategischen Druckmittel internationaler Diplomatie.“

Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Im Lichte dieser Tatsachen hat unser Finanzminister die heimische Energieversorgung viel zu rosig dargestellt. Aber nicht nur das, seine Energieaussage war auch voll von inneren Widersprüchen. Einerseits erklärte er nämlich, daß die Energiesituation in Österreich auf Grund der heimischen Vorkommen nicht so kraß ist, andererseits führte er die letzten hohen Preiserhöhungen bei Benzin und dergleichen auf die gestiegenen hohen Energiekosten des Auslands zurück.

Hohes Haus! Hier trägt der Herr Minister sogar zu sehr auf. Hier dramatisiert er, übertreibt er. Das muß auch einmal aufgezeigt werden. Und das möchte ich bei dieser Gelegenheit tun. Alle Schuld an den gestiegenen Energiekosten kann man auch wiederum nicht dem Ausland zuschieben, denn erstens ist es so, daß, wenn auch nur ein geringer Teil, so doch ein Teil der Energie in Österreich selbst produziert wird, und zwar eben an die 30 Prozent.

Zweitens hat sich der Rohölpreis zwar verteuert, aber er beträgt nach der letzten Wiener OPEC-Konferenz je Barrel — also je Faß mit 159 Litern — 10,46 Dollar, das ist umgerechnet 1,20 S für den Liter Rohöl. Und 1,20 S Rohölkosten sind keine Ursache, in Österreich für Superbenzin 6,50 S und für Normalbenzin 5,80 S zu verlangen. Rund 3 S, Herr Kollege, oder 60 Prozent — so wissen wir — kassiert beispielsweise bei einem Liter Superbenzin der Finanzminister der Republik Österreich, und zwar an Mineralölsteuer, an Mehrwertsteuer und dergleichen!

Noch etwas. Es gibt kein zweites Land Europas, das den Benzinpreis auf Grund der letzten Energiekrise so erhöht hätte wie Österreich. So betrug die letzte Benzinpreiserhöhung, und zwar auf Grund der Feststellungen des Wirt-

Neumann

schaftsforschungsinstitutes in Belgien 5,5 Prozent, in England 18 Prozent, in den Niederlanden 3,4 Prozent und so weiter, in Österreich 30 Prozent.

Hohes Haus! Insgesamt verdoppelte sich bekanntlich der Benzin- und Dieselölpreis, seit die Sozialisten Österreich regieren. Dabei ging gerade diese Regierung mit dem Versprechen in den Wahlkampf 1971, nachzulesen in der sozialistischen „Arbeiter-Zeitung“:

„Je stärker wir Sozialisten werden, desto niedriger werden wir den Benzinpreis halten können.“

Umgekehrt ist es gekommen! In keiner Zeit hat sich der Benzinpreis so erhöht wie jetzt, seitdem die Sozialisten Österreich regieren.

Das Autofahren ist heute für viele, vor allem für die Kleinen, für jene, die in diese Regierung so große Hoffnungen auf Grund der großen Versprechungen setzten, für die breite Masse der Bevölkerung Österreichs, nach vier Jahren Sozialismus zu einem wahren Luxus geworden. Das muß dazu festgestellt werden.

Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Aber andererseits wissen Sie, daß der Ankauf von Fahrzeugen in der letzten Zeit sehr stark zurückgegangen ist. *(Zwischenruf des Abg. Pay.)*

Bitte sich, statt hier geistlose Zwischenrufe zu machen, über die Situation etwas zu informieren. Das erwarten auch Ihre Wähler von Ihnen! Ihre Wähler erwarten das. Aber Sie erfüllen es nicht, Herr Kollege Pay! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Skritek: Sind Sie nicht so überheblich, das steht Ihnen ja nicht zu, um nicht zu sagen: arrogant!)* Dann machen Sie nicht so arrogante Zwischenrufe, Herr Kollege! Machen Sie nicht überhebliche Zwischenrufe. *(Abg. Skritek: Das ist überheblich, Herr! Das steht Ihnen nicht zu!)*

Präsident Dr. Maleta *(das Glockenzeichen gebend)*: Also bitte, sich wieder etwas zu beruhigen!

Abgeordneter **Neumann** *(fortsetzend)*: Abhängigkeit bei der Energie zeigt auf der anderen Seite doch, daß wir uns aus Neutralitäts- und aus wirtschaftspolitischen Gründen doch um die heimische Energie mehr kümmern sollen, daß wir sie mehr pflegen sollen, und das geschieht nicht. Damit möchte ich mich jetzt befassen.

Als der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede von der heimischen Energie gesprochen hat, da erwähnte er das Wasser, das Erdöl, mit keinem einzigen Wort erwähnte er jedoch einen wichtigen heimischen Energieträger, der genauso wichtig wie das Erdöl ist; das ist die Kohle.

Aber nicht nur in seiner Budgetrede, sondern auch in den Ziffern des Budgets 1975 wird dieser wichtige heimische Energieträger Kohle mehr als vernachlässigt. Die Ansätze der Bergbauförderung im Budget 1975 sind katastrophal niedrig. Sie betragen lediglich 64 Millionen; das ist nicht einmal ein Viertel dessen, was im heurigen Jahr gebraucht worden wäre. Das ist einfach eine Mißachtung des wichtigen Energieträgers Kohle durch die derzeitige österreichische Bundesregierung.

Dabei hat man eben, wie gesagt, im heurigen Jahr gesehen, daß die veranschlagte Bergbauförderung des Vorjahres ein Tropfen auf den heißen Stein gewesen ist. Zwei Budgetüberschreitungsgesetze mußte man beschließen, auf 181 Millionen Schilling mußte man aufstocken.

Hohes Haus! Diese 181 Millionen Bergbauförderungsmittel des vorigen Jahres reichten nicht einmal aus, um die entstandenen Abgänge, um die Betriebsverluste der Bergbaubetriebe des Jahres 1974 abzudecken. So betrugen diese Betriebsverluste, und zwar nach ganz vorsichtigen Schätzungen, im Jahre 1974 bei den drei großen Kohlenbetrieben Österreichs, bei der GKB in der Steiermark, und zwar berufe ich mich hier auf die „Neue Zeit“ vom 10. Dezember 1974, 240 Millionen Schilling, bei der WTK in Oberösterreich bei 40 Millionen und bei der SAKOG 20 Millionen. Das sind also, wie gesagt, nach vorsichtigen Schätzungen insgesamt 300 Millionen Schilling.

Im Jahre 1975 werden laut ÖIG-Bericht und anderen Prognosen diese Betriebsverluste nicht geringer, sondern eher größer sein.

Aber angenommen, es bleibt bei diesen 300 Millionen, so stehen diesen 300 Millionen Schilling Betriebsverlusten 1975 64 Millionen Schilling Bergbauförderungsmittel gegenüber. So etwas nennt sich Energiepolitik! Da spricht man auch — ein Vorredner hat das heute gesagt — von Energieplan und dergleichen mehr!

Wie soll das weitergehen? Wie sollen die Investitionen getätigt werden, wie sollen die Löhne bezahlt werden? Die Bergbauförderung reicht für das Auszahlen der Löhne nur noch für den Jänner 1975. Wie sollen die Aufschließungen erfolgen? Wie schaut es hier in der Weststeiermark aus? Wird es zur Errichtung eines Wärmekraftwerkes kommen, Herr Handelsminister?

Was soll diese geringe Bergbauförderung heißen? Heißt das, daß im Jahre 1975 Kohlenbetriebe, so wie man jetzt in den Revieren diskutiert, geschlossen werden sollen, im konkreten der Franz-Schacht in der Weststeier-

12686

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Neumann

mark und Pöfing-Bergla im weststeirischen Grenzland? (*Abg. Wille: Ihre Zeit ist schon aus!*)

Ich bitte nicht Sie, sondern ich bitte den Herrn Handelsminister um eine Antwort auf diese konkrete Frage: Ist vorgesehen, daß diese beiden Betriebe im Jahre 1975 geschlossen werden? Was sagt der Energieplan dazu, und welche Politik ist diesbezüglich von der Regierung vorgesehen?

Es schreibt auch die „Neue Zeit“, man hätte nicht das entsprechende Geld, um diese Betriebe weiterzuführen. Dafür hätten wir sicher kein Verständnis. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta (*das Glockenzeichen gebend*): Ich möchte jetzt einmal geschäftsordnungsmäßig etwas feststellen, auf Grund verschiedener Zwischenrufe. (*Abg. Neumann: Ich bin schon fertig!*)

Es gibt keine Bestimmung in der Geschäftsordnung über 20 Minuten, sondern es gibt nur ein Gentleman's Agreement zwischen den Abgeordneten, ein freiwilliges Übereinkommen.

Abgeordneter **Neumann** (*fortsetzend*): Wenn die Regierung sagt, daß sie kein Geld hat, dann gilt das Wort von Horst Knapp, der einmal feststellte: „Eine Regierung, die zugibt, für wichtige Dinge kein Geld zu haben, die gibt zu, daß sie das Geld vorher für nicht wichtige Dinge ausgegeben hat.“ Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pay. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Pay** (SPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Hochverehrter Herr Kollege Neumann! Ich bin ganz gebrochen, weil Sie mich während Ihrer Rede der Unwissenheit geziehen haben, aber ich glaube, daß ich das überleben werde. (*Abg. Graf: Das wird ziemlich stimmen, Herr Pay!*) Ist schon möglich, vielleicht, Kollege Graf, Sie sind ja auch so „gescheit“. Sie beurteilen ja auch alles nach Ihrem Maßstab.

Darf ich zunächst gleich folgendes sagen. Der Kollege Neumann hat wörtlich ausgeführt: 77 Prozent der Ölvorkommen befinden sich in den Entwicklungsländern, 13 Prozent in den Ostblockstaaten. Das sind nach Adam Riese 100 Prozent. Er nimmt also die Vereinigten Staaten, die riesig große ... (*Abg. Graf: Der Adam Riese wird sich totlachen! Sie können ja nicht einmal addieren!*) — 77 und 13, pardon, ist 90 Prozent; 90 Prozent, Kollege Graf. Mit 10 Prozent, Kollege Neumann, mit dieser Summe bezeichnen Sie das große Ölvorkommen der USA. Ich habe mich einmal

versprochen, das kann vorkommen. Natürlich: dem Kollegen Graf passiert es nicht, das ist klar.

Interessanterweise rechnet der Kollege Neumann die großen Ölländer am Persischen Golf — Iran, Irak, Kuwait — zu den Entwicklungsländern. Das ist eine ganz neue Art, wie man diese riesigen Ölländer — riesig nicht an Ausdehnung, sondern an Einnahmen — qualifiziert. (*Abg. Neumann: Diese Ziffern stammen aus dem OECD-Bericht! — Präsident Doktor Maleta gibt das Glockenzeichen.*)

Aber ich will mich nicht näher damit beschäftigen, sondern ich komme gleich zur Frage der Energieversorgung und im besonderen zur österreichischen Kohlenversorgung. Ich darf noch einige Zahlen bezüglich des Erdöls nennen.

Im Jahre 1966 hat eine Tonne eingeführten Erdöls 450 S gekostet; im Jahre 1969 465 S, im Jahre 1974, im ersten Halbjahr, die gleiche Tonne 1811 S. Das ist eine Erhöhung um fast 400 Prozent. Das muß man auch aussprechen, wenn man erwähnt, daß in Österreich die Benzinpreise gestiegen sind. Es wird im Jahre 1974 ein Mehraufwand für die Einfuhr von Erdöl von 8650 Millionen Schilling notwendig sein, um diese Erhöhungen des Erdölpreises, die innerhalb eines Jahres, seit dem Oktoberkrieg des Vorjahres, eingetreten sind, aufzufangen.

Im Zusammenhang mit dieser Kostensteigerung des Erdöls war nun die Rede davon, daß es eine Renaissance für die Kohle geben könnte.

Ich bin der Auffassung, daß dieses Wort übertrieben ist. Die Bewertung der Kohle ist höher geworden; das stimmt. Eine Renaissance der österreichischen Braunkohle wäre dann gegeben, wenn wir — um eine Zahl zu nennen — statt 100 Millionen Tonnen, 500, 600, 700 Millionen Tonnen Vorräte hätten. Das ist leider bei uns nicht der Fall.

Die Förderung 1974 hat insgesamt 3,2 Millionen Tonnen ergeben, davon sind 19 Prozent in den Hausbrand gegangen, 10 Prozent in die Industrie, 57 Prozent waren Kraftwerkskohle, 13 Prozent gingen in die Fernkraftheizwerke und 1 Prozent zu den Österreichischen Bundesbahnen. Man sieht also, daß der überwiegende Teil der heimischen Braunkohle als sogenannte Kraftwerkskohle Verwendung findet und daß diese Kraftwerkskohle in Zukunft noch einen größeren Anteil an der österreichischen Kohlenproduktion haben wird.

Wir haben gleichzeitig im Jahre 1973 aus dem Ausland 847.235 Tonnen Braunkohle eingeführt, und zwar aus Jugoslawien, der Bundesrepublik und aus der DDR, und 2,8 Mil-

Pay

lionen Steinkohle und rund 1 Million Tonnen Koks, ebenfalls aus den genannten Ländern.

Wir hatten im österreichischen Kohlenbergbau im Jahre 1966 9990 und im Jahre 1973 5427 Beschäftigte, das ist ein Minus von 4500. Dabei ist die Produktion nur um zirka 3 Millionen Tonnen zurückgegangen, obwohl sich die Belegschaft auf Grund verschiedener Auskohlungen, die sich in den letzten 15 Jahren ereignet haben, um fast die Hälfte verringert hat.

Wir haben im Köflacher Revier ein großes Hoffnungsgebiet, und es war Herr Bundesminister Staribacher, der im August des Vorjahres während der Besichtigung des Reviers an alle Herren der Bergdirektion, die versammelt waren, die konkrete Frage gestellt hat: Meine Herren, wie viele Millionen Tonnen Kohle haben wir im Revier? Davon kann man dann ausgehen, ob es sinnvoll ist, den 300 MW-Satz in Voitsberg bei den Österreichischen Drau-Kraftwerken mit einem Milliardenaufwand zu errichten, oder ob diese Investition nicht möglich ist.

Auf Grund dieser entscheidenden Frage aus der Zeit vor mehr als einem Jahr sind nun die Prospektionen angelaufen. Ich habe zwei oder drei solcher Bohrstellen selbst besichtigt, und mir ist von Seite der Bergdirektion und der verantwortlichen Herren im Revier berichtet worden, daß eine gewisse Mächtigkeit der Kohlenflöze gegeben ist.

Man kann annehmen — ich sage: nicht mit Sicherheit —, daß wir um die 30 Millionen Tonnen herum zusätzlich Kohle im Oberdorfer Gebiet finden werden, und damit wäre dann unser großes Problem — das sage ich sehr deutlich — einer sichtbaren Erleichterung näher, weil dann die Entscheidung getroffen werden soll, ob die Österreichischen Drau-Kraftwerke ihre schon ausgesprochene Vorhersage — sagen wir so — erfüllen können, den dritten Maschinensatz mit einem Investitionsaufwand von 1,2 Milliarden zu errichten.

Wir hätten dann die Arbeitsplätze im Revier gesichert, wir hätten die Arbeitsplätze bei den Österreichischen Drau-Kraftwerken gesichert, bei den Zentralwerkstätten und damit wirklich einen großen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung geleistet, und zwar außerdem auch noch für die Beschäftigten, die beim Abraum dabei sind.

Wenn wir dieses Feld nützen können, dann wird ein riesiger Abraum notwendig sein, da die Überlagerung ungefähr 1 : 5 oder 1 : 4,5 beträgt, und damit sind auch Baufirmen, die beim Abraum beschäftigt sind, versorgt.

Das ist also die Hoffnung, die wir haben, und wir nehmen an, daß sie real sein wird.

Es gibt freilich im gegenwärtigen Zeitpunkt sehr große finanzielle Sorgen und Probleme im Bereich des Bergbaues. Die Abgänge aller Unternehmen der Graz-Köflacher Bergbaugesellschaft, aber auch bei der WTK sind mir bekannt. Ich weiß, wie schwierig es oft tatsächlich ist, im Bereich der Graz-Köflacher Bergbaugesellschaft mit diesen Sorgen zurechtzukommen.

Man müßte jetzt doch einmal daran denken, die Betriebsabgänge in einer anderen Form abzudecken, neu zu überlegen, ob nicht die Preisberechnung: 1 Million Tonnen Wärmeinheit oder 1 Tonne Kohle, sinnvoller ist, zumal jetzt im Vergleich 1 Million Wärmeinheit Öl und 1 Million Wärmeinheit Kohle sogar etwas zugunsten der Kohle positiv ist.

Ich habe mir aus Deutschland die Unterlagen über die Verstromungsgesetze schicken lassen, die man in der Bundesrepublik beschlossen hat. Ich weiß, daß die Vergleiche hier sehr unterschiedlich sind. In der Bundesrepublik gibt es riesige Mengen Steinkohle, wir haben keine, bei uns gibt es relativ wenig Vorräte. Trotzdem könnte man sich diese Frage doch überlegen, damit man von der Tatsache wegkommt, daß wir eigentlich Mittel, die für die Förderung des Bergbaues bestimmt sind, für die Abgänge des Bergbaues zur Verfügung stellen müssen.

Es ist gesagt worden, daß die Bergbauförderung zu gering sei, und der Kollege Neumann hat bei der Jubilarehrung davon gesprochen, daß es mehr sein müßte. Wir wissen es, daß es infolge der Zunahme der Abgänge mit den Bergbauförderungsmitteln immer schwierig ist. Aber man muß doch die Zahlen anschauen, und die Zahlen geben ein anderes Bild:

In fünf Jahren OVP-Regierung beziehungsweise in Budgets, die damals von der Österreichischen Volkspartei erstellt worden sind — da rechne ich 1970 noch dazu —, wurden 266,155.000 S an Bergbauförderung gegeben. In den vier Jahren (*Zwischenruf bei der OVP*) von 1971 bis 1974 ohne 1975 beträgt diese Summe 391,315.000 S. Ich weiß, daß es noch andere Summen gegeben hat, aber es waren ausschließlich Summen, die für die Schließung des Bergbaues im Lavanttal bestimmt waren. Man kann Schließungskosten nicht mit Bergbauförderungsmitteln gleichsetzen, weil das kein reales Bild ergeben würde.

Ich möchte auch zu Piberstein-Franzschacht etwas sagen, ein Betrieb, den ich sehr gut kenne, der einmal fast 1400 Beschäftigte gehabt hat. In Piberstein ist die Schlammkatastrophe entstanden. Wir haben im Jahre 1965 schon eine große Einbuße hinnehmen müssen durch den Schlammeinbruch, und jetzt ist die

12688

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Pay

Frage aufgetaucht, ob die Liegendabblätter aufgefahren werden können oder nicht. Hier sind neuerliche Überlegungen im Gange, ob das möglich ist. Ich wäre aber vermessen, wenn ich jetzt sagen würde, und es wäre für mich leicht zu sagen: Jawohl, wir werden das machen, wenn wir gleichzeitig wissen, daß die Aufschließung der Liegendflözblätter jährlich 17 oder 18 Millionen Schilling Abgang bringen werde. Daher sagen wir uns: Unsere Hauptsorge muß darin bestehen, daß jeder Beschäftigte des Franzschachtes die Gewißheit hat, daß er in unserem Revier im gleichen Unternehmen verbleiben kann, daß seine sozialen Rechte absolut gewahrt bleiben, falls es zu keiner Auffahrung kommen kann.

Das ist eine ehrlichere Politik gegenüber den Bergarbeitern, als Versprechungen zu machen, die man unter Umständen nicht einhalten kann, und dann steht man nach einigen Monaten oder nach einem Jahr ganz anders da, als wenn man jetzt erklärt: Man muß alles prüfen, man muß alles genau abwägen, ob das oder jenes sinnvoll ist.

Was Bergla betrifft: Hier wird die Möglichkeit gegeben, eine Wolframhütte zu errichten. Wir werden dort 100 Arbeitsplätze gewinnen. Es bleibt aber immer noch ein Problem von weiteren 200 Bergarbeitern. Hier werden zum Teil die Sonderunterstützung und die Frühpension in Anspruch genommen werden müssen und vor allem andere Arbeitsplatzmöglichkeiten. Das ist ein Problem, das uns sicherlich bedrückt und das man auch hier am Parlamentstisch nicht lösen kann.

Aber eines steht fest, meine Damen und Herren: Wir haben uns in den vergangenen Jahren bemüht, für den österreichischen Kohlenbergbau das Notwendige zu tun, bewußt aller Schwierigkeiten, die vor uns liegen, und bewußt der Tatsache, daß wir dieses Problem nicht heute, nicht morgen, nicht übermorgen lösen können, daß es dazu vieler, wahrscheinlich auch neuer Wege bedarf und daß wir versuchen sollten, diese neuen Wege zu finden.

Im Zusammenhang mit der ganzen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung haben wir den Bergbau nie vernachlässigt, wir haben eine gute Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren betrieben, da mögen die Herren von der Volkspartei sagen, was sie wollen. Höchster Beschäftigungsstand, geringste Arbeitslosenrate, die Erhöhung der Spareinlagen war am Weltspartag wieder gewaltig. Steuerreform ab 1. Jänner des kommenden Jahres und noch viele positive Ergebnisse.

Ich darf Ihnen im Gegensatz dazu ein paar Zeilen vorlesen aus der „Presse“ von Ende November dieses Jahres, wo es heißt:

Dänemark im Krisenfieber. Es wird der Rücktritt des bürgerlich-liberalen Minderheitskabinetts Hartling gefordert, Dänemark steht vor der Tatsache, daß die Arbeitslosenzahl im heurigen Winter auf fast 200.000 ansteigen wird, und das bei 4,5 Millionen Einwohnern.

Das ist eine Gegenüberstellung, meine Damen und Herren: Wir haben in unserem Land Vollbeschäftigung, die Sicherung der Arbeitsplätze, wenn es auch Schwierigkeiten gibt. In Dänemark bei einer konservativen bürgerlichen Regierung rund 200.000 Arbeitslose.

Das wollte ich auch sagen, damit man die Vergleiche zieht. Mit dem Rezept des Kollegen Mitterer, eine gewisse Zahl von Arbeitslosen in Kauf zu nehmen, 100.000, 200.000, 300.000, Kollege Mitterer, mit diesem Rezept stimmen wir nicht überein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Blenk. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Blenk** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Heindl hat vor kurzem hier im Zuge seiner Ausführungen unter anderem gemeint, die Österreichische Volkspartei solle die Wirtschaftspolitik nicht so dramatisieren. Er hat dann weiter gemeint — Herr Kollege Skritek, das ist, glaube ich, eine Art von jener Arroganz, die Sie sonst nicht zu lieben scheinen —, es mögen doch die Herren der Opposition bei der Wahrheit bleiben, also anders gesagt: die Wahrheit hat natürlich die Regierung gepachtet.

Nun, meine Damen und Herren, ich möchte dazu sagen, es ist der ganzen Frage der wirtschaftlichen Entwicklung ein schlechter Dienst getan, wenn man in dieser Form schwarz-weiß malt, wenn man versucht, das — und darauf werde ich dann noch im einzelnen kurz kommen —, was man selbst an Problemen unbewältigt vor sich sieht, dadurch abzutun, daß man es verschlagwortet und schwarz-weiß malt. „Zahlen lügen nicht“, haben Sie gesagt, Herr Dr. Heindl.

Ich möchte dem nur eines entgegenhalten. Es wird gelegentlich auch gesagt, man könne mit nichts so gut oder so schlecht streiten wie mit Zahlen, aber ich meine hier etwas anderes. Ich meine die Tatsache, wenn Sie heute hinausgehen — und das ist ja letztlich entscheidend für die Frage der Bewertung der Wirtschaftspolitik und der wirtschaftspolitischen Entwicklung —, das ist kein Dramatisierungsproblem, sondern es ist ein nüchternes Problem der Einschätzung der Entwicklung durch die, die von dieser Entwicklung mitbetroffen sind. Ich denke hier an alle Unternehmer.

Dr. Blenk

Wir haben im Laufe der letzten Monate in ganz Österreich Konjunkturgespräche durchgeführt, und diese Konjunkturgespräche — ich war selbst schon bei einigen dabei — sind in einem Geist einer Nüchternheit und einer Distanziertheit und Emotionslosigkeit abgeführt worden, daß ich Ihnen offen sagen möchte: Was herauskommt, hat mit schwarz-weiß und mit Dramatik nichts zu tun. Das sind die Dinge, wie die Wirtschaft die Entwicklung sieht, und hier beginnt das Problem für mich interessant zu werden. Statistiken hin, Zahlen her, aber sicher ist eines: daß ein offenbar mit diesen Zahlen evident in Widerspruch stehendes Unbehagen, Mißgefühl, eine Unsicherheit in der Wirtschaft drinnen ist, die sich in allen Bereichen breitmacht. Darüber geben die jüngsten Zahlen sehr klar Aufschluß. Es ist eine Unsicherheit und ein Unbehagen über die überall feststellbaren verringerten Absatzchancen im In- und Ausland, über die eindeutige — und das ist nachgewiesen — verringerte Investitionsneigung und auch -möglichkeit in breitesten Bereichen; eine Verringerung der Investitionsneigung, die nicht nur mit der unsicheren Markterwartung zusammenhängt, sondern sicherlich auch damit, daß die Möglichkeiten der Eigenfinanzierung zusehends abnehmen und daß die substanzgefährdende Scheingewinnbesteuerung heute einfach ein echtes Problem ist.

Wir haben darüber hinaus genau dasselbe Unbehagen im Beschäftigungsbereich. Ich kann aus zeitlichen Gründen nicht ins einzelne gehen, ich möchte nur darauf verweisen, daß wir heute ganze Branchen haben, die echt schon vor der Frage stehen, wie sie die nächsten Monate überdauern werden. Wir kennen die Probleme mit Insolvenzen, die zunehmen, mit echten Schwierigkeiten, die in Branchen und ganzen Betrieben entstehen.

Nun komme ich noch einmal zu Ihrem Satz, Herr Dr. Heindl, man soll die Wirtschaftspolitik nicht dramatisieren. Ich sage Ihnen offen, ich würde es mit all meinen Parteifreunden und mit der ganzen Wirtschaft dieses Landes begrüßen, wenn man die Wirtschaftspolitik in dieser Regierung und in dieser heutigen Zeit so ernst nähme, wie sie ernst genommen gehört. Das ist keine Dramatisierung, sondern das ist einfach eine Notwendigkeit der ganzen Entwicklung gegenüber.

Herr Handelsminister! Sie sind laut Bundesministeriengesetz ja nicht nur der Minister für verschiedene Teilbereiche der Wirtschaft, sondern Sie sind — das ist ganz klar gesagt — zuständig für die Angelegenheiten der Wirtschafts- und Strukturpolitik in jenen Bereichen, für die Sie kompetent sind: Gewerbe, Industrie, Handel. Sie sind darüber hinaus

zuständig für die Ordnung des Binnenmarktes und natürlich auch für den ganzen Außenhandel. Das würde also heißen, daß Sie der Wirtschaftsminister des Landes sind.

Herr Handelsminister! Gestatten Sie mir, daß ich an der Ausfüllung dieser Ihrer Funktion echte Bedenken anmelde. Ich möchte jetzt nicht das Jahrbuch 1973 hernehmen, in dem die Rechenschaftsberichte der einzelnen Ressorts enthalten sind, wo Sie immerhin für Ihr Ressort auf etwa 65 Seiten sich mit allen möglichen wichtigen Dingen befassen, wo Sie aber der Wirtschaftspolitik, unter der Überschrift „Wirtschaftspolitik“, eine knappe Seite mit einigen nicht sehr aussagekräftigen Sätzen gewidmet haben.

Es ist also offenbar so, daß die Wirtschaftspolitik — Herr Dr. Heindl, das deckt sich mit dem, was Sie gemeint haben — eine echte schwache Seite des Ministers und der ganzen Regierung ist. Ich meine, wenn der Herr Handelsminister immer wieder mit einem gewissen Stolz darauf verweist, wie eng und wie gut seine Kontakte zu den Unternehmern, zu den verschiedenen Institutionen seien, dann ist es doch etwas verwunderlich und überraschend, daß er eigentlich immer wieder überrascht wird von Entwicklungen, die andere schon längst vorausgesehen haben. Ich meine hier genauso die Tatsache der seinerzeitigen Energiesituation, wo wir ja das höchst optimistische und fast unbelastete Gerieren des Herrn Ministers noch in Erinnerung haben. Ich meine genauso auch die Frage des neueren Energiekonzepts, auf das ich dann noch kurz kommen werde, und ich meine letztlich auch Fragen wie die Zuckersituation und so weiter.

Wo ein Problem auftaucht, ist normalerweise der Herr Handelsminister da, um ein Komitee oder einen Beirat einzurichten. Meistens ist es so, Herr Handelsminister, wenn die Wirtschaft an Sie mit gewissen Fragen kommt: „Was haben Sie hier oder dort vor?“, dann kommt auch stante pede die Gegenfrage: Ja, machen Sie mir Vorschläge, Sie haben ja keine Vorschläge! So agieren Sie also, beziehungsweise so reagieren Sie auf Vorschläge. Ich würde meinen, Herr Handelsminister, daß Wirtschaftspolitik eben primär konzeptive Politik für die Wirtschaft und nicht primär, was Sie ja nie bestreiten, Konsumenten- oder Preispolitik sein dürfte.

Ich habe den Fremdenverkehrstag in Innsbruck in Erinnerung. Damals war die Situation der Fremdenverkehrswirtschaft wirklich schockartig über den ganzen Bereich hergefallen. Was haben Sie gemacht? Sie haben die Fremdenverkehrswirtschaft nach Innsbruck eingeladen zu einer Besprechung. Ergebnis

12690

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Dr. Blenk

war, wie vorausszusehen, nichts, außer daß Sie schlußendlich mit gewissen — man müßte fast sagen — Drohungen repliziert haben auf all die Vorwürfe, die man Ihrem leider Gottes konzeptlosen Vorgehen dort entgegengehalten hat.

Herr Handelsminister und meine Herren von der Sozialistischen Partei! Sie tun sich immer so viel zugute darauf, daß diese Regierung nun endlich begonnen habe zu regieren, daß die ÖVP — das hat heute der Herr Abgeordnete Köck hier auch wieder in einer sehr drastischen Form gesagt — nur obstruiert habe, daß sie im besten Fall nur verwaltet habe, daß diese Regierung aber regiere.

Nun frage ich Sie ganz konkret zwei Dinge, Herr Handels- und Herr Wirtschaftsminister: Wir haben in diesem Budget ganz beträchtliche Ausgabenmittel, die für die Konjunktur- und Wirtschaftspolitik von wesentlicher Bedeutung sind. So hat allein der Bereich Arbeitsmarktförderung im großen Kapitel Sozialpolitik fast so viele Mittel ausgewiesen wie das ganze Handels-, Industrie- und Gewerbebudget. Dort werden sehr viele Mittel für Betriebe, für wirtschaftspolitische Strukturprobleme der Betriebe, ausgeschüttet. Ich frage: Haben Sie, Herr Handelsminister, je mit dem Herrn Sozialminister über die Vergabe dieser Mittel im wirtschaftspolitischen Sinne gesprochen? Wenn ja, würde mich interessieren, in welcher Form diese Ihre Vorschläge oder Gedanken berücksichtigt wurden.

Ein weiteres: Die Bauwirtschaft ist zweifellos ein Träger der Konjunktur dieses Landes, ein Träger, der derzeit in einer zumindest regional zum Teil sehr prekären Situation steht. Wir wissen, daß die ganzen Baubudgets in den einzelnen Bereichen primär ja vom Bautenminister verwaltet werden. Ich weiß, beispielsweise aus dem Wissenschaftsressort, daß es im letzten dann immer schwierig ist, etwa die Frau Minister auf Bauprobleme festzunageln, weil sie sagt: Ja, dafür ist der Bautenminister zuständig. Ich möchte nur eines sagen: Sicher ist die Frage a) des Ausmaßes und b) auch der projektmäßigen und regionalen Verteilung der Bautenmittel eine eminente wirtschaftspolitische Frage. Meine Frage an Sie: Nehmen Sie überhaupt Einfluß auf dieses ganze Bautenbudget, und wenn ja, in welchem Maße?

Ich sage das aus einem ganz bestimmten regionalen Gesichtspunkt heraus. Mein Bundesland Vorarlberg hat beispielsweise durch das Bautenressort im vergangenen Jahr für 1975 eine runde Summe von 1,4 Milliarden Schilling an Bundesmitteln zugesagt erhalten,

zugesagt im Sinne von „sie wurden im Wege der langfristigen Planung genau betragsmäßig festgelegt“.

Heuer wurden diese Mittel auf weniger als ein Drittel reduziert. Das heißt, daß allein die Bauwirtschaft in Vorarlberg einen Volums- und Kapazitätsausfall von über 1 Milliarde Schilling allein im Tiefbau des Bundes hat. Man kann sich ausmalen, was das für die Entwicklung, für die Konjunktur der Bauwirtschaft, aber darüber hinaus der Gesamtwirtschaft für Auswirkungen hat.

Frage: Was haben Sie diesbezüglich für eine Mittingerenz, für eine Mitbestimmung ausgeübt?

Zum Thema Wettbewerbs- und Preispolitik.

Herr Bundesminister! Es wurde schon hinreichend dargetan, daß die preispolitischen Vorschläge, die Sie zunächst unterbreitet haben, weiß Gott nicht dazu angetan waren, etwa die Zusammenarbeit zu fördern. Aber ich darf Sie daran erinnern, daß Sie seit Jahren immer wieder ein einheitliches und wettbewerbsgerechtes Preisgesetz angekündigt haben, das auf der Grundlage marktwirtschaftlicher Ordnung erstellt werden sollte.

Ich möchte nur kurz dazu sagen: Das, Herr Bundesminister, was Sie vorgelegt haben und was lange Zeit — ich würde sagen — die Wogen innenpolitischer Entwicklung im Negativen geradezu bestimmt hat, das war weder das, was Sie zugesagt haben, noch auch das, was Sie sich sonst so viel und so gerne zugutehalten, nämlich eine etwa mit den Arbeitgebervertretungen einvernehmlich angegangene Politik. Ich glaube, wenn irgendwo sicher ist, daß Ihre Vorschläge nicht mit der Arbeitgeberorganisation abgesprochen wurden, bevor sie vorgelegt wurden, dann waren es sicher diese Marktordnungsregelungen — soweit sie Sie angehen — und vor allem diese Preisregelungen.

Nun noch eine spezielle Frage, die Frage Exportfinanzierung und Exportförderung.

Hohes Haus! Herr Bundesminister! Wir dürfen sicher davon ausgehen, daß das Exportförderungssystem, das wir in Österreich haben, im Grundsatz ausgezeichnet konzipiert ist. Das Problem liegt im Fehlen ausreichender Finanzierungsmittel zu tragbaren Zinsfüßen; nicht zuletzt auch deswegen — das möchte ich hier einfügen —, weil die Exportförderungs-institute, also die Exportfonds Ges.m.b.H. und die Österreichische Kontrollbank AG einfach zu geringe eigenständige Mittel aufweisen und weil sie sich für die Deckung ihrer Aufgaben zu teure und oft zu komplizierte zusätzliche Mittel beschaffen müssen.

Dr. Blenk

Nun ist ja vor kurzem eine Einigung über die monatelang blockierte Ausfuhrfinanzierung erfolgt. Ich glaube, es war höchst an der Zeit. Wir haben praktisch seit Juli das ganze Vorfinanzierungsverfahren mit 8 Milliarden Schilling ausgeschöpft gehabt. Es wurde also eine Regelung getroffen.

Ich möchte nur meinen — und das wäre wieder an Sie als Außenhandelsminister gerichtet, Herr Bundesminister für Handel —, daß diese Regelung doch noch einige echte Mängel hat, vor allem in bezug auf die Struktur unserer Wirtschaft im allgemeinen. Es ist bekannt, daß beispielsweise kurzfristige Exportgeschäfte — das sind solche bis zu zwei Jahren Ziel und das sind in der Regel fast alle Konsumgüterexportgeschäfte; zumindest der überwiegende Teil — praktisch nach wie vor von der Exportfinanzierung gänzlich ausgeklammert sind. Das heißt: von der allgemeinen im Rahmen eins. Und es ist ebenso nicht die Forderung befriedigt worden, die für die Exportwirtschaft ganz entscheidend ist, nämlich die Forderung nach Einbeziehung des Produktionszeitraumes in die Ausfuhrfinanzierung.

Man hat dem verschiedene Argumente entgegengehalten, die meiner Überzeugung und auch der Praxis nach sicher nicht haltbar sind. Man hat etwa gemeint, solche Vorfinanzierungskredite würden immer wieder als Betriebsmittelkredite und dergleichen mißbraucht. Das ist, glaube ich, falsch. Wir müssen davon ausgehen, daß in sehr vielen Fällen die Hereinnahme von Exportaufträgen überhaupt erst dadurch möglich ist, daß man eben solche Vorfinanzierungskredite erhält.

Ich möchte also diesbezüglich fragen, Herr Handelsminister: Haben Sie in dieser Frage mit dem Finanzminister den gebührenden Kontakt gehalten? Ich möchte weiters anmerken: Wird dafür gesorgt werden — es gibt berechtigte Bedenken über eine nicht zutreffende und relativ einseitige regionale Aufteilung der Exportförderungsmittel, der Exportfinanzierungsmittel —, daß eine Verbesserung eintritt?

Ich höre immer wieder Beschwerden aus Vorarlberg, die dahin gehen, daß man bei einem angenommenen durchschnittlichen Exportfinanzierungsrahmen von 15 Prozent der Gesamtexporte bei uns zum Teil überhaupt nur ganz minimale Bruchteile erhalten kann. — Das dazu.

Ich möchte Sie fragen, wie weit Sie bereit sind, dem Gedanken, den wir gelegentlich vom Herrn Finanzminister hinten herum hören, entgegenzutreten, oder ob Sie es schon getan haben. Der Herr Finanzminister hat etwa die

Konzeption, wie ich höre, daß Exporte überhaupt aus allgemeinen wirtschaftspolitischen Dämpfungsüberlegungen heraus eher gebremst als gefördert werden sollten, und zwar etwa nach dem Motto: Die ganzen Lohnentwicklungen, die ganzen damit verbundenen Kostenentwicklungen und auch Preisentwicklungen hängen nicht zuletzt damit zusammen, daß die Unternehmer zum Teil über ihr Vermögen hinaus Aufträge hereingenommen haben.

Nun wird daraus, und zwar aus dieser sicher nicht allgemein zu bestätigenden, sondern lediglich in Einzelfällen möglichen Situation heraus, die Exportwirtschaft offenbar grundsätzlich eher gebremst als gefördert. Ich halte das gerade angesichts der Exportoffensiven, die alle Länder rings um uns auf Grund der gegebenen Situation machen, für höchst bedenklich.

Ich möchte noch ein Wort zur Bevorratung sagen. Ich meine, es wäre hoch an der Zeit, Herr Bundesminister, daß das Bevorratungsgesetz endlich vorgelegt würde. Wir haben ja in Vorarlberg gewisse konkrete Erfahrungen, vor allem im Lebensmittel- und Medikamentenbevorratungsbereich. Es ist vor allem entscheidend, daß eine dezentralisierte Anlage von Bevorratungslagern hineingenommen wird. Wir haben in anderen Bereichen schon sehr negative Erfahrungen mit zentralen Bevorratungslagern gemacht.

Ich glaube, es ist nicht weit hergeholt, wenn ich daran erinnere, daß zum Beispiel gerade in Krisenzeiten, wo diese Bevorratungslager zum Tragen kommen werden, Transportraum, Treibstoff für Heranschaffung und so weiter besonders sparsamer Verwendung unterliegen, was auch wieder durch die Dezentralisierung gefördert wird. Ich meine, daß auch die Förderung der Errichtung von Lagerraum mit in das Gesetz hineingehört und daß schlußendlich entsprechende Finanzierungsinstrumente vorzusehen sind.

Zum Schluß noch ein Wort zum Energiekonzept. Ich möchte es sehr kurz machen. Der Herr Abgeordnete Köck hat gemeint, es sei nun endlich nach Jahren der Konzeptlosigkeit ein Konzept vorgelegt worden. Herr Bundesminister! Sie selbst wissen am besten, wie dieses Energiekonzept bei kritischer Betrachtung zu werten ist. Sie haben das getan, was an sich verständlich ist, wenn auch nicht ganz konform mit der Vorlagetechnik. Sie haben sich, so höre ich, inzwischen schon teilweise von diesem Konzept distanziert. Das Konzept hat auch tatsächlich wesentliche Mängel. Es ist zum Teil — darauf hat man in sehr eingehenden Stellungnahmen hingewiesen —

12692

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Dr. Blenk

oberflächlich, widersprüchlich, und es wurden verschiedene Probleme im Laufe der ganzen Konzeptdarstellung unterschiedlich behandelt. Ich erinnere nur an das Erdöl-Preisproblem. Man sagt einmal: Das Erdöl-Preisproblem ist ein Machtproblem. Dann sagt man wieder: Es ist bestimmt durch die Substitutionsenergien. Dann sagt man wieder: Es ist letztlich die Substitutionsenergie wieder ein Ergebnis und eine Konsequenz des Erdölpreises.

Das sind also Dinge, von denen ich nur abschließend meine: Dieses Konzept, das Ihre Herren für Ihre Fraktion und damit für Sie in Anspruch nehmen, ist beileibe nicht das, was man konzeptiv und planvoll nennen kann. Es ist ein sehr massives Nachhinken hinter den schon vorliegenden Konzepten, wobei der Hauptteil, nämlich die Maßnahmen, die Sie vorsehen, bis heute überhaupt noch nicht vorliegt.

Ich komme zum Schluß. Ich meine, Herr Bundesminister: Es wäre zu begrüßen, wenn die Wirtschaftspolitik nicht nur als zu entdramatisierend bezeichnet würde, wenn sie nicht nur gelegentlich versucht, wenn schon nicht beherrscht würde, sondern wenn man doch davon ausginge, daß diese Wirtschaftspolitik gerade angesichts der wachsenden Unsicherheiten und Verunsicherungen die zentrale Aufgabe dieser Regierung wäre, einer Regierung, die sich nicht mehr länger durch Vereinfachungen, durch Schlagworte und durch Schwarzweißmalerei über ihr eigenes Unvermögen hinwegzuretten vermag. — Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Hanreich. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Vorredner ist auf die Gesamtaufgabe des Handelsministers eingegangen und hat dargelegt, daß die Situation der gesamten Wirtschaft eine unerfreuliche ist und daß der Handelsminister die Aufgabe hätte, alle Maßnahmen zu treffen und in die Wege zu leiten, um der Wirtschaft bei der Bewältigung dieser schwierigen Situation behilflich zu sein.

Ich habe aber den Eindruck, daß der Handelsminister die gesamte Entwicklung durch eine rosarote Brille betrachtet und sich nicht wirklich mit der Realität konfrontiert. Wenn der Kollege Thalhammer gestern gemeint hat, daß die Volkspartei bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Situation im Jahre 1970 steckengeblieben ist, so ist ohne Zweifel — und das hat auch Kollege Heindl in seinen Ausführungen heute bestätigt — die Sozialistische

Partei im Herbst vorigen Jahres steckengeblieben.

Man hat nicht zur Kenntnis genommen, daß mit der Erdölkrise und allem, was daraus langfristig resultiert, eine Veränderung der gesamten Wirtschaft eintritt, eine Veränderung, der gegengesteuert werden muß, eine Veränderung, die es nicht erlaubt, die bisher eingeschlagenen Wege fortzusetzen.

Es klingt so schön, daß sich der Export wesentlich verbessert hätte, und die Zahl von 39 Prozent Exportsteigerung klingt wirklich sehr erfreulich und im ersten Moment beruhigend, die Wirklichkeit ist aber eine andere. Bei den Betriebsbesichtigungen kann ich immer wieder feststellen, daß die Betriebe, die noch hohe Auftragseingänge, Rahmeneingänge für das bevorstehende Jahr haben, immer wieder Abstriche bei den konkreten Bestellungen feststellen müssen. Sie haben dann natürlich einen hohen Auftragsstand, nur die Abberufung erfolgt in so geringen Mengen, daß man die Unsicherheit der Wirtschaftsunternehmungen verstehen muß und keineswegs die Aussichten auf dem Exportmarkt als so gesichert annehmen kann.

Ein weiterer Hinweis darauf, der meine Erfahrungen in den Betrieben bestätigt, findet sich in der „Kleinen Zeitung“ vom 30. 10., wo unter dem Titel „Alarmzeichen in der steirischen Wirtschaft“ eine ganze Reihe von Schwierigkeiten in den Betrieben aufgezeigt werden. Hier wird darauf hingewiesen, daß die Puchwerke, die bisher einen guten Absatz von Fahrrädern am amerikanischen Markt zu verzeichnen hatten, nun neuerlich um diesen Markt bangen müssen und Schwierigkeiten mit dem Absatz ihrer Produkte haben.

Es ist also keineswegs so, daß die schon meßbaren Ziffern auch eine Aussage darüber treffen, wie es in den nächsten Monaten weitergeht. Steigerungsraten wie diese sind ganz sicher weiterhin nicht zu erwarten, und wenn nominelle Steigerungsraten auftreten, dann sind sie mit großen Risiken und Unsicherheiten verbunden. Denken Sie nur an die Unruhe, die im Währungssystem besteht.

Aber die Wirtschaft ist in einigen Bereichen zusätzlich in eine schwierige Situation geraten. Betrachten Sie nur die Inflationsrate, die zwangsläufig eine ganz wesentliche Auswirkung auch auf den Mittelbedarf der Betriebe hat. Bei einem Ansteigen der Kosten, sei es von Rohmaterialien, sei es von Lohnkosten, ist es einfach notwendig, daß die Betriebe erhöhte Mittel bekommen. Diese Mittel sind durch den einseitigen Versuch einer Stabilisierungspolitik über die Geldmenge echt schwer zu bekommen.

Dipl.-Ing. Hanreich

Das bedeutet, daß Betriebsmittelkredite für die Firmen kaum zu kriegen sind. Zudem sind diese Kredite auch teurer geworden. Nun ist das keineswegs so, daß die österreichischen Betriebe ohne diese laufenden Betriebsmittelkredite das Auslangen finden würden. Wir sind doch heute in einer Situation, daß die langfristigen Betriebsmittelkredite quasi Eigenkapitalcharakter angenommen haben. Wenn nun die Zuführung weiterer solcher Betriebsmittelkredite beschränkt ist, dann gelangen Wirtschaftsunternehmen, die sich in einer expansiven Phase befunden haben, sehr rasch in eine wirklich schwierige Situation. Die Ausgleichs- und Konkursziffern zeigen ja deutlich, in welcher schwieriger Lage sich schon viele Unternehmen befinden.

Sie wissen selbst, daß die Eigenkapitalbildung für unsere Betriebe praktisch unmöglich ist und daher der Finanzierungsspielraum durch die Banken sichergestellt werden muß. Die Banken ihrerseits wieder leiden darunter, daß wohl genug Geld vorhanden ist, daß auch gespart wird, daß aber niemand bereit ist, langfristige Investitionen einzugehen. Die Transformation der Geldmittel in Investitionskredite wird für die Banken immer riskanter und schwieriger.

Diese höchst unerfreuliche Lage hat ihren Niederschlag in den Ausgleichs- und Konkursziffern gefunden. Wenn man als Gegenargument darauf hinweist, daß die Zahlen der Jahre 1968 oder 1969 noch nicht erreicht wurden, wie das Kollege Heindl getan hat, so muß man sich doch auch die Summen anschauen, die dabei auftreten. Wenn die Konkursbeträge, wenn die Verbindlichkeiten aus diesen Insolvenzfällen bei etwa 2,2 Milliarden Schilling liegen, und zwar Anfang Oktober, dann muß das doch auch zu denken geben. Diese Beträge liegen weit über dem, was in den Jahren 1968 und 1969 an Konkursen aufgetreten ist, und zwar weit über dem, was man auf Grund der Preissteigerung und der Inflationsraten erwarten könnte.

Aber ein weiteres Problem wird der österreichischen Wirtschaft wie auch der Wirtschaft unserer Nachbarländer in den nächsten Monaten größere Schwierigkeiten bereiten: Die Lager der Industrie sind voll. In der Hoffnung auf eine weitere Besserung haben alle Industriebetriebe bis an die Grenzen ihrer Möglichkeiten ihre Lager aufgebaut. Das ist übrigens auch einer der wesentlichen Gründe dafür, warum die Eingänge aus der Mehrwertsteuer hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Es ist zu hoffen, daß in absehbarer Zeit genauere Ziffern über diese Veränderungen vorliegen werden.

Fest steht aber, daß dieser Lagerzyklus für die Wirtschaft große Schwierigkeiten bringen wird. Der Börsendienst der Girozentrale vom 11. Dezember weist auf diese Schwierigkeit hin und schreibt dazu: „Der jetzt beginnende Prozeß des Lagerabbaues wird sowohl die Produktionsstatistiken wie auch die Arbeitslosenraten nachteilig beeinflussen und somit den rezessiven Trend beschleunigen.“ — Das ist eine Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Lage, die alles andere als erfreulich ist.

Worauf gehen wir in Österreich zu? Das Budgetdefizit der Regierung hat eine Rekordhöhe erreicht, eine Rekordhöhe, die nicht mehr finanzierbar ist, obwohl sich bei der dringlichen Anfrage an den Finanzminister herausgestellt hat, daß er sich nur mit Mühe aus der schwierigen Situation, in der er steht, herausreden konnte.

Wir stehen vor einer Arbeitszeitverkürzung, die am 1. Jänner in Kraft tritt, die zu sonstigen Zeiten des Jahres 1969 beschlossen wurde, als man nicht abschätzen konnte, welche Auswirkungen diese Arbeitszeitverkürzung haben wird.

Theoretisch bedeutet die Verteilung der Arbeitslosigkeit auf alle, aber in der wirtschaftlichen Praxis ist dieser Umschichtungsprozeß, der erreicht werden müßte, nicht so rasch zu erzielen, daß man diesen Effekt auch wirklich von dieser Arbeitszeitverkürzung erwarten könnte.

Wir glauben, daß die Situation heute dadurch denkbar ungünstig ist, weil bei einer so hohen Inflationsrate die zusätzliche Steigerung der Arbeitskosten um etwa 5 Prozent den Preisindex um mindestens 3 Prozent in die Höhe treiben wird und muß. Das ist eine Maßnahme, die im Augenblick jeder Stabilitätspolitik völlig widerspricht.

Es wäre eher wünschenswert, daß man im Augenblick die Überstunden steuerfrei stellt, um eine erhöhte Bereitschaft zur Leistung zu schaffen, denn es müssen alle Kräfte herangezogen werden, um die bevorstehenden Schwierigkeiten zu bewältigen. Es ist sicher notwendig, dazu auch die Möglichkeiten einer verstärkten Umstellung, einer Umschichtung zwischen den Betrieben zu schaffen und zu fördern.

Zusammenfassend: Wie sieht also die ganze Situation aus? Die Inflation ist mit 10 Prozent in einer unerträglichen Höhe. Wir haben heuer 40 Prozent mehr Konkurse und Ausgleichs, der Budgetabgang ist nicht mehr zu finanzieren. Was aber tut die Regierung? Die Regierung beschönigt die Situation, sie setzt das Schuldenmachen fort, sie läßt zur Unzeit die Arbeitszeitverkürzung wirksam werden,

12694

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Dipl.-Ing. Hanreich

die im Schnitt eine 3prozentige Preiserhöhung bringen wird, und bleibt bei einer Gefälligkeitsdemokratie, obwohl gerade in diesem Augenblick eine ehrliche Politik gegenüber der Bevölkerung notwendig wäre. Ich frage Sie daher, Herr Wirtschaftsminister: Können Sie das gegenüber der österreichischen Bevölkerung wirklich verantworten? *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Vetter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Vetter (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Hanreich hat in seiner gestrigen Rede zu diesem Kapitel den fehlenden Ansatz bei der Stärkeförderung urgiert. Ich möchte feststellen, daß die Stärkeförderung natürlich auch unser Anliegen ist und mir persönlich ganz besonders am Herzen liegt, schon wegen des Betriebes im Waldviertel, in Gmünd, wegen der Förderung der gesamten Landwirtschaft und auch wegen der Sicherung der Arbeitsplätze in diesen Betrieben.

Ich möchte aber feststellen, daß Verhandlungen zwischen der Betriebsleitung, zwischen den Betriebsräten und den Interessenvertretungen einerseits und dem Herrn Finanzminister andererseits stattgefunden haben. Es wurde eine Zusage gegeben; wir schenken dieser Zusage Glauben und Vertrauen und werden daher dieses Thema in dieser Debatte nicht zur Diskussion stellen. Es wurde anstatt zu reden bereits verhandelt, bisher mit einem positiven Ergebnis. Herr Bundesminister! Mich wundert, daß keiner der Redner Ihrer Fraktion bisher konsumentenpolitische Fragen angeschnitten hat. Ich darf mir daher erlauben, dazu einiges zu sagen. In der Regierungserklärung vom 5. November 1971 findet man auf Ihr Ministerium bezogen die Feststellung beziehungsweise das Versprechen, daß durch private Vereinbarungen oder behördliche Maßnahmen die Konsumenten in Österreich zu mündigen Partnern der Wirtschaft gemacht werden sollen. Sie selbst, Herr Bundesminister, haben vor einiger Zeit erklärt, daß Ihre in der konsumentenpolitischen Deklaration genannten Ziele bereits erfüllt sind und daß Sie neue Ziele erstellen werden. In dieser Deklaration heißt es unter anderem, daß die Konsumentenpolitik zu einem neuen Tätigkeitsschwerpunkt des Handelsministeriums werden soll.

In der Budgetdebatte des Vorjahres haben Sie auf meine Wortmeldung bezogen erwähnt, daß Sie sehr stolz sind, als Konsumentenminister von uns immer verhöhnt zu werden.

Herr Bundesminister! Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Erklärung vor dem Nationalrat Ende Mai des heurigen Jahres festgestellt, daß die von Ihnen gesetzten Maßnahmen einer Verwirklichung der in der Regierungserklärung vorgegebenen Ziele nahekommen. Also ganz zufrieden kann der Herr Bundesminister mit Ihren konsumentenpolitischen Agenden nicht sein. Ich kann aber nicht leugnen — das ist auch nicht meine Absicht —, daß hinsichtlich Konsumentenschutz und Konsumenteninformation Aktivitäten unterschiedlicher Bedeutung und Gewichtung gesetzt worden sind.

Ich stelle nur die Frage, ob der Konsument in Österreich tatsächlich jene Vorteile aus diesen Ihren Aktivitäten ziehen konnte, die Sie persönlich eigentlich erwartet haben. Ich meine, daß zuerst zu beantworten wäre, ob denn der österreichische Konsument überhaupt in dem Ausmaß, wie es wünschenswert wäre, von Ihren konsumentenpolitischen Bestrebungen Kenntnis genommen hat.

Herr Bundesminister! Auf diesem Gebiet, so meine ich, liegt noch eine große Aufgabe vor Ihnen. Es ist eine Tatsache, daß für den Menschen nicht nur der Produktionsprozeß und die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge immer schwerer zu überschauen sind, sondern auch die Auswahl der angebotenen Produkte und die Vielfalt der Produkte und Leistungen wird immer schwieriger. Es zeigt sich vor allem immer mehr, daß der einzelne Konsument vor einem für ihn unüberschaubaren und unübersichtlichen, qualitativ nur mehr schwer vergleichbaren Angebot steht. Den Konsumenten aber dazu zu bringen, diesen sich negativ für ihn auswirkenden Mangel durch mehr und durch ausreichendere Information, durch ein bewußteres Verhalten, vor allem der Werbung gegenüber, auszugleichen, wettzumachen, das, so meine ich, ist die große Schwierigkeit.

Die Beantwortung der Frage, ob in konsumentenpolitischer Hinsicht Erfolge erreicht werden können, ist von der Beantwortung dieser grundsätzlichen Frage abhängig. Wer ein wenig umherfliegt, wer sich persönlich überzeugt, persönlich informiert, wird zugeben müssen, daß sich nicht allzuviel geändert hat.

Man müßte meiner Meinung nach schon bei der Erziehung beginnen. Es sollte doch wirklich geprüft werden, ob eine kritische Verbraucherschulung nicht doch schon in den Schulen beginnen könnte. Meines Erachtens ist ein vernünftiges Verbraucherverhalten doch sicherlich auch als ein sinnvolles Bildungsziel zu bezeichnen.

Vetter

Herr Bundesminister! Da genügt es nicht, wenn Ihre 1972 herausgegebene „Konsumtenfibel“ als Lehrbrief für die 9. Schulstufe approbiert wurde. Hier, glaube ich, ist mehr notwendig. Sollte man nicht mehr Wert legen auf Konsumenteninformation in den Massenmedien, eventuell über die Neuerscheinungen eines jeden Monates? Denn Informationsprobleme bestehen ja nicht nur für die Konsumenten, sondern oftmals auch für die Unternehmenseite, vor allem für die Kleinen, da diese aus Kostengründen nicht immer in der Lage sind, die für eine Ersteinführung erforderliche Werbekampagne zu finanzieren.

Letzten Endes ist der Konsument der Leidtragende, wenn er über sinnvolle praktische Neuerungen überhaupt nicht, erst zu spät oder sehr spät informiert wird. Dies trifft in verstärktem Ausmaße für Gebiete außerhalb der großen Einkaufszentren zu, da dort aus Rentabilitätsgründen das Angebot oft sehr klein und nicht umfangreich genug gehalten werden kann.

Es gab Initiativen betreffend die Produktenkdeklaration, eine freiwillige Warenkennzeichnung über Leistung und Verwendung einer Ware, um so dem Konsumenten Vergleichsmöglichkeiten zu geben und ihm eine Auswahl zu ermöglichen, die seinen Bedürfnissen entspricht.

Aber drückt den Konsumenten nicht vielleicht anderswo der Schuh? Es ist zum Beispiel eine Tatsache, daß die Bedienung der im Haushalt eingesetzten technischen Geräte immer größere Anforderungen an die Hausfrauen stellt. Könnte man sich nicht darüber Gedanken machen und mehr Augenmerk darauf lenken, daß verständlichere Gebrauchsanleitungen erfolgen und nicht zuletzt auch eine Vereinheitlichung der verwendeten technischen Symbole, damit eben die Geräte auch dementsprechend richtig verwendet werden können?

Konsumentenpolitik muß auf den Menschen gerichtet sein und daher auch auf Menschengruppen, auf Konsumentengruppen Rücksicht nehmen. Ich möchte eine als Beispiel herausnehmen, die Gruppe der älteren Menschen, unsere älteren Mitbürger, die meiner Meinung nach in mehrfacher Hinsicht benachteiligt sind. Es beginnt schon bei der Zusammensetzung der auf dem Markt angebotenen Artikel. Wir alle wissen, daß hier zum Großteil nur der junge Mensch, die Jugend, im Vordergrund steht. Es könnte aber zum Beispiel ähnlich wie bereits bei dem Preis für Verpackung, der von Ihnen gegeben wird, das Anbieten von Artikeln, die speziell für den alten

Menschen zugeschnitten sind, gefördert werden. Herr Bundesminister! Hier könnten Sie Anreize geben, die von der älteren Generation sicherlich begrüßt würden.

Die Benachteiligung der älteren Generation findet sich aber nicht nur beim Anbot. Ein besonderes Problem besteht darin, daß die spezifische Form preisgünstiger Einkaufszentren auf den Massenabsatz angewiesen ist und daher dort nicht zu finden ist, wo eben diese Attraktivität fehlt. Die Folge ist, daß der kleine Lebensmittelhändler, der Greißler um die Ecke, immer seltener wird. Eine Erscheinung, die wir nicht nur in der Großstadt finden, sondern die sich auch verstärkt im ländlichen Bereich immer nachteiliger abzeichnet. Das heißt, daß die Nahversorgung eines Teiles unserer Bevölkerung in manchem Stadtteil von Großstädten, aber auch auf dem Lande draußen, die Nahversorgung unserer Mitbürger, vor allem jener, die nicht so mobil sind, deren Mobilität naturgemäß eingeschränkt ist, dadurch zum Teil oft gefährdet ist.

Herr Bundesminister! Das ist eine Entwicklung, die Sie natürlich nicht allein zur Gänze zu verantworten haben, aber sie ist ernst genug, sich darüber Gedanken zu machen als zuständiger Minister, dem die Interessen der Konsumenten ganz besonders am Herzen liegen.

Kollege Mühlbacher von Ihrer Fraktion hat heute schon dazu gesprochen und die Förderung der kleinen Handelsbetriebe urgiert beziehungsweise darauf hingewiesen, daß er mit Ihnen bereits verhandelt hätte, und hat sich für etwas im vorhinein schon bedankt, wo ich meiner Meinung nach noch keine Erfolge erkennen kann.

Sie lassen eine Studie ausarbeiten, wurde uns mitgeteilt. Herr Bundesminister! Ich möchte auch Sie von dieser Stelle aus auffordern, sich über diesen Problembereich besondere Gedanken zu machen. Nicht zuletzt auch im Interesse der Konsumenten der älteren Generation.

Eines steht aber fest: daß eine allgemeine Wirtschaftspolitik mit geringerer Preisentwicklung, eine gebremste Inflation, eine Politik mit nicht so hohem Steuerdruck, wie sie derzeit herrscht und den Konsumenten belastet, weit besser schützen, als dies derzeit bei einer Inflationsrate von rund 10 Prozent und einer derzeitigen Steuerbelastung, ich denke an die Lohnsteuerbelastung, der Fall ist.

Das sind die Ursachen, die heute erbarmungslos die Geldtaschen der Konsumenten leeren.

12696

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Vetter

In diesem Zusammenhang, Herr Bundesminister, ist auch der veraltete Verbraucherpreisindex zu erwähnen, der auf einer Erhebung des Jahres 1964 basiert und seit 1966 verwendet wird. Alle zehn Jahre wird eine Konsumerhebung durchgeführt, meines Wissens ist sie derzeit noch im Laufen, das Ergebnis kann frühestens 1976 zur Neuberechnung angewandt werden.

Ich möchte Sie eben fragen, ob Sie nicht auch der Meinung sind, daß eventuell fünfjährige Intervalle gerechter wären, da die Verbrauchs- und Lebensgewohnheiten der Bevölkerung sich doch viel rascher ändern, als dies bei einem Zehn-Jahre-Rhythmus immer wieder berücksichtigt werden könnte.

Gleichzeitig könnte verhindert werden, daß allzuoft durch eine bewußte Manipulation jener Preise, die eben im Warenkorb vorhanden sind, hier eine gewisse Indexkosmetik betrieben wird. Ihre Meinung dazu, Herr Bundesminister, wäre sicherlich von Bedeutung.

Konsumentenpolitik, um dieses Kapitel abzuschließen, ist also angeblich zu einem Tätigkeitsschwerpunkt des Handelsministeriums geworden.

Eines, Herr Minister, steht aber trotzdem Ihrer Erklärung immer entgegen: Die beste und erfolgreichste Konsumentenpolitik wurde immer dann betrieben, wenn auf eine stabilitätsbewußte Wirtschafts- und Tarifpolitik, eine in angemessenen Grenzen gehaltene Steuerpolitik und auf eine diesen Grundtendenzen entsprechende Budgetpolitik Rücksicht genommen wurde.

Ich meine, daß man der derzeitigen Regierung alles mögliche vorwerfen, andichten und nachsagen kann. Dieses Verhalten aber auf Grund des vorliegenden Budgets 1975 auf keinen Fall. Und ich ziehe daraus den Schluß, daß der österreichische Konsument aus seiner Tasche auf jeden Fall dafür die Zeche zu bezahlen hat.

Kollege Köck von Ihrer Fraktion, Herr Minister, hat sich mit energiepolitischen Fragen beschäftigt und hat festgestellt, daß Sie vieles nachgeholt und für die Zukunft bereits vorausschauend Wertvolles geleistet hätten. Ich bin der Meinung, daß Sie, getrieben von der Entwicklung, eben zu Reaktionen gezwungen worden sind und daher auf diesem Gebiete manchmal, aber leider trotzdem zu spät, reagiert haben.

Ganz allgemein dazu meine Meinung. Sicherlich hat sich nach der Energiekrise des Jahres 1973, die überwunden ist, ein neues Energiebewußtsein entwickelt und geprägt und die zentrale Bedeutung der Energie für

unsere Gesellschaft und unser Wirtschaftssystem verdeutlicht. Um auch in Zukunft eine ausreichende Energieversorgung der Haushalte und der allgemeinen Wirtschaft aufrecht erhalten zu können, sind bedeutende Investitionen notwendig. Dazu bedarf es sicher neuer Wege, aber gleichzeitig auch der Setzung neuer Prioritäten, und zwar einer rechtzeitigen Setzung dieser Prioritäten.

Der sparsame und effiziente Einsatz von Energie ist daher eine unabdingbare Forderung an jeden einzelnen von uns. Die Bewahrung und Steigerung der Energieversorgung unter Einschluß einer entsprechenden Krisensicherung ist aber zu einem Schwerpunkt Ihres Ministeriums geworden. Sie haben mir im Budgetausschuß meine diesbezüglichen Fragen mit großer Vorsicht beantwortet. Bei der Schwierigkeit dieses Problemkreises kann ich dieser vorsichtigen Haltung Verständnis entgegenbringen, aber trotzdem bleibt Ihre alleinige Verantwortung als zuständiger Minister bestehen.

Sie haben zugegeben, direkt und indirekt, daß die erschreckenden Verluste in der Zahlungsbilanz durch die Verteuerung des Erdöls der Regierung größte Sorgen bereiten. Ferner, daß für Erdgas sowohl für die Haushalte als auch für die Wirtschaft nahezu mit einer Verdoppelung der Preise, zumindest bis Ende 1975, zu rechnen sein wird. Sie haben mir schriftlich mitgeteilt, daß in bezug auf den Stromlieferungsvertrag mit Polen derzeit bisher ein Vorvertrag geschlossen wurde, daß aber die Realisierung des endgültigen Liefervertrages noch von der Erfüllung zahlreicher Bedingungen abhängig ist, die nicht sehr leicht zu erfüllen sein werden.

Bei realer Einschätzung der Möglichkeiten, die Energieversorgung durch langfristige Verträge zu sichern, und bei einer sachlichen Abschätzung aller dafür bestehenden Möglichkeiten und Chancen taucht aber doch die Frage auf, ob nicht die Gefahr besteht, daß Österreich in ein allzu gewagtes einseitiges Abhängigkeitsverhältnis gerät.

Meine Frage, Herr Bundesminister, wäre nun, ob alles versucht wurde und welche Schritte unternommen wurden, dieser Gefahr auszuweichen, und welche konkreten Ergebnisse bisher erzielt werden konnten.

Meine Frage über die erstellte Energieprognose haben Sie dahin gehend beantwortet, daß eine Revision der bereits erstellten Prognose erfolgen wird, bei der die Erfahrungen des Jahres 1974 in Österreich und international sowie auch die anlaufenden Energiesparmaßnahmen Berücksichtigung finden werden.

Vetter

Mit diesen Sparmaßnahmen, Hohes Haus, möchte ich mich näher befassen, aber dazu zwei Fragen:

In dem von Ihrem Ministerium am 19. 11. dem Energiebeirat vorgelegten Energieplan ist von neuen zusätzlichen Abgaben die Rede. Hohes Haus! Hier spricht man von einer Sondersteuer für Elektrogeräte, von einer allgemeinen Energieumlage und drittens von einer Energieverbrauchsabgabe. Sie haben mir im Ausschuß erklärt: Dieser Energieplan sei vorläufig eine Diskussionsgrundlage und entspreche nicht in allen Details Ihrer Auffassung und Ihrer Meinung, vor allem nicht in diesem Detail der neuen zusätzlichen Sonderabgaben.

Dazu möchte ich feststellen: Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie hat diesen Energieplan auf Grund der von der Bundesregierung am 15. Jänner 1974 beschlossenen Leitlinien für einen österreichischen Energieplan erstellt. Und über diese Leitlinien hat ja bereits auch Kollege Köck als große Leistung Ihres Ministeriums vor einigen Stunden gesprochen.

Ich halte es daher für unglaublich und auch für unsachlich, Herr Bundesminister, wenn Sie als Minister, der die Verantwortung für diesen Energieplan-Entwurf trägt, die Verantwortung nicht übernehmen wollen. Irgend etwas Wahres muß doch daran sein, denn ansonsten könnte in dem Zentralorgan Ihrer Partei, in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 20. November, nicht stehen: „Eine spezielle Abgabe, etwa auf den Kauf von energieverbrauchenden Haushaltsgeräten, wurde Dienstag nicht beschlossen.“ Am Dienstag, den 19. 11., war Ministerrat, und in diesem Ministerrat wurde über diese Energiesparmaßnahmen berichtet.

Herr Bundesminister! Daher meine Frage: Halten Sie die Einführung solcher zusätzlicher Steuern und Abgaben im Rahmen von Energiesparmaßnahmen für sinnvoll, vor allem in Zeiten einer durchschnittlichen Teuerungsrate und einer Steigerung des Preisindex von rund 10 Prozent? Halten Sie es für möglich, daß im kommenden Jahr die Bevölkerung mit allen drei oder mit einzelnen dieser Sondersteuern zusätzlich belastet werden könnte?

Meine zweite Frage bezieht sich auf das vom Herrn Bundeskanzler im Ministerrat von diesem 19. November der Öffentlichkeit vorgelegte Paket von Sparmaßnahmen, mit welchem der Bund beim Energiesparen mit gutem Beispiel vorangehen will.

Hohes Haus! Wir sind vom Herrn Bundeskanzler schon an Vorschläge mit sehr schwerem Gehalt gewöhnt. Aber, Herr Minister, ich frage Sie als kompetenzmäßig Zuständigen: Was ist Ihre Meinung dazu? Nehmen

Sie diese Vorschläge ernst? Halten auch Sie die Bevölkerung für so unreif, diesen Maßnahmen überhaupt zuzustimmen, sie akzeptieren zu können?

Es heißt hier unter dem Titel „So spart der Bund Energie“:

„Raumtemperatur in Amts- und Büroräumen grundsätzlich maximal 20 Grad, in Dienstwohnungen 22 Grad, in Räumen, in denen man sich nicht ständig aufhält, nur bis 15 Grad.“

Hohes Haus! Was soll das heißen? Soll das etwa heißen, daß heute in den Büroräumen Saunatemperaturen herrschen und daß die Beamten schwitzen, weil der Bund zuviel Heizmaterial zur Verfügung stellt? Ich halte diesen Vorschlag, gelinde gesagt, für lächerlich.

Oder es steht hier: „Warmwasserverbrauch nur im betrieblich unbedingt notwendigen Ausmaß“. Deshalb soll die Zahl der „Warmwasserauslässe“ vermindert werden.“ Hohes Haus! Ich frage: Gibt es zu viele Wasseranschlüsse derzeit? Gibt es unnötige, und welche kann man einsparen?

Oder ein weiterer Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers: „Sind mehrere Personenaufzüge vorhanden, so soll die Zahl der ständig betriebenen Anlagen möglichst eingeschränkt werden. Aufzüge in Gebäuden mit höchstens zwei Obergeschossen sollen nur während der Hauptfrequenzzeit betrieben werden.“ Mir ist völlig unbekannt, daß es in Gebäuden mit zwei Obergeschossen überhaupt Liftanlagen gibt, die ständig in Betrieb sind. Liftanlagen gibt es ja nur in Gebäuden mit mehr Geschossen, und dort wird man sie kaum abschaffen können, vor allem nicht, wenn es heißt, daß „versehrte oder gebrechliche Personen“ selbstverständlich weiterhin fahren können. Entweder geht der Lift oder er geht nicht.

Oder: „Wenn in Büros eine Arbeitsplatzbeleuchtung ausreicht, soll nur diese verwendet ... werden ... Auf Gängen, Stiegenhäusern und Höfen nur die unbedingt nötige Beleuchtung.“ Beim Verlassen des Raumes soll sie abgeschaltet werden.

Herr Bundesminister! Für wie vernünftig oder unvernünftig halten Sie die Beamenschaft Österreichs, daß diese die Lichter brennen läßt, wenn sie die Büroräume verläßt?

Oder einer der letzten Vorschläge: „In den einzelnen Dienststellen soll jeweils ein Beamter die Energiesparaktion überwachen. Alle drei Monate soll er berichten.“

Das heißt auf gut deutsch gesagt, daß ein Energiesparaktions-Überwachungsinspektor eingeführt wird, ein zusätzlicher Dienstposten.

12698

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Vetter

— Herr Bundesminister! Findet auch dieser Vorschlag Ihre Zustimmung?

Auch wir — und damit komme ich zum Abschluß — erkennen die Notwendigkeit für Sparmaßnahmen im öffentlichen Bereich, sind aber der Überzeugung, daß eine verantwortungsvolle Bundesregierung das Problem viel ernster anpacken müßte, nicht mit solchen Gags, mit solchen Spielereien; so etwas lehnen wir als verantwortungslos ab.

Findet dieses Sparpaket für den öffentlichen Bereich, Herr Bundesminister, Ihre Zustimmung? Können Sie als Zuständiger für den Energiebereich eine so leichtsinnige und unsachliche Behandlung überhaupt dulden?

Wer so agiert wie der Herr Bundeskanzler, wer auf diese Art und Weise verantwortungsvolle Politik betreiben will, darf sich wahrlich nicht wundern, wenn er nicht mehr ernstgenommen wird; darf sich nicht wundern, wenn ihm vorgehalten wird, ernste, die gesamte Bevölkerung betreffende Probleme zu bagatellisieren und zu verniedlichen, völlig unrealistische Politik zu betreiben. Dieser Vorwurf gilt der gesamten Regierung und nicht zuletzt auf Grund des vorliegenden Budgets 1975. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dkfm. Gorton. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Die sachliche Zurückweisung der vor einiger Zeit hier von diesem Pult aus gemachten unqualifizierten Angriffe des Abgeordneten Dallinger durch unseren Herrn Präsidenten Sallinger sollte eigentlich diese Angelegenheit als erledigt erscheinen lassen — zumindest hier im Haus —, wenn sich nicht der Herr Abgeordnete Heindl hier bemüht hätte, diese ganze Frage nochmals aufzuwerfen und diese Ausführungen zu beschönigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, vor allen Dingen jene, die sich mit Management und so weiter beschäftigen! Ich glaube, daß es wichtiger wäre, wenn Sie gerade auch in Fragen der Holzbranche hier mehr Vorsicht obwalten hätten lassen. Denn wenn wir die Entwicklung auf diesem Sektor und des sogenannten größten Holzunternehmens Österreichs, der Firma Kuhnert, betrachten, so muß man feststellen — und das geht aus der seriösen Zeitschrift „Der Holzkurier“, einer völlig unpolitischen, reinen Fachzeitschrift hervor —, daß gerade auf diesem Sektor durch Ihre Maßnahmen, durch Ihr Engagement in einer Branche, die Ihnen sicherlich von vornherein nicht liegen

mag, aber in der Sie — ich möchte sagen — versuchten, durch entsprechende kreditpolitische Maßnahmen Fuß zu fassen, eine Verunsicherung eingetreten ist. Es wäre angebracht gewesen, hier mehr Vorsicht obwalten zu lassen.

Eines steht fest: Was hier vorging — und ich zitiere hier den „Holzkurier“, der unter der Überschrift „Die Kuhnert-Legende, das größte Holzunternehmen Österreichs“ anprangert —, ist kein Ruhmesblatt. Hier fragen Sie nicht, ob Entlassungen durchgeführt werden. In den steirischen Betrieben waren es allein an die hundert Arbeitskräfte, wie dem „Holzkurier“ zu entnehmen ist. Es wurden Versprechungen gemacht, die nicht halten, auf der anderen Seite aber war diese Entwicklung nur dadurch möglich, daß man von seiten der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien Mittel bereitgestellt hat, die ein so sorgloses Wirtschaften ermöglichen. Ich zitiere hier diese Zeitschrift:

„Für die von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien bereitgestellten Kredite haftet der Konsum. Im Vorstand des Konsums wurde das Ergebnis dieses Holzabenteuers erst im Oktober behandelt.“

Wenn man hier entsprechend vorsichtig gewesen wäre und hätte Sorge obwalten lassen, so wären in dieser Branche, die zweifellos heute durch die Entwicklung gerade am Italienmarkt und im Ausland unter Bedrängnis gerät, sicherlich nicht solche Vorkommnisse möglich gewesen. Dort hat ein Management — wenn Sie schon so sagen — mit Ihrer Hilfe, mit Geldern der Wiener Arbeiter aus der Zentralsparkasse und Haftung des Konsums den Betrieb zweifellos in Situationen gebracht, die kaum mehr verantwortbar sind.

Hier steht — ich zitiere hier weiter wörtlich aus dem „Holzkurier“ —:

„Hoffentlich scheitert nicht der Versuch zur Erhaltung der noch vorhandenen Werte an der fachlichen Naivität politischer Machthaber, die ja nicht ihr eigenes Geld auf diesen Roulette-tisch legen müssen.“

Ich möchte Ihnen hier sehr ernst diese Frage ins Gewissen zurückrufen. Ein Abgeordneter, der auch hier zitiert wird, soll hinsichtlich der ganzen Finanzierung im Hintergrund auch damit befaßt sein. Man soll hier echt verantwortungsvoll vorgehen. Denn hier handelt es sich nicht um Gelder einer Firmenleitung selbst, sondern hier handelt es sich um Ersparnisse der Arbeiter, die bei der Zentralsparkasse ihr Geld einlegten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun zu einigen Fragen des Außenhandels und des Budgets als solchem. Der Herr Abgeord-

Dkfm. Gorton

nete Mühlbacher hat gestern auch die Frage der Zuwachsraten des Handelsbudgets aufgeworfen und gesagt, wie positiv man dadurch zu dem Budget stehen soll. Er hat hier auch — und ich möchte darauf nicht näher eingehen, nur vom Gesichtspunkt der Budgetwahrheit aus betrachtet — gesagt, daß die Bergbauförderung von 59 auf 77 Millionen aufgestockt wurde.

Meine Damen und Herren! Wenn man die Ziffer von 77 Millionen Schilling für das nächste Jahr hernimmt, so muß man als Vergleich dazu die Gesamtziffer nehmen, denn auch mit dem Budgetüberschreitungs-gesetz für das Jahr 1974 wurde etwas beschlossen. Es macht insgesamt 189 Millionen aus, also das Zweieinhalbfache der für das nächste Jahr angesetzten Ziffer.

Hier muß ich mich fragen — nicht jetzt zum Bergbau als solchen, dazu wird einer unserer Abgeordneten sicher noch das Wort ergreifen —, ob es mit der Budgetwahrheit und mit den Verhältnissen in diesen Betrieben vereinbar ist, wenn man hier von vornherein einen viel zu niedrigen Betrag einsetzt. Vom Standpunkt der Budgetwahrheit aus muß gefragt werden, ob hier, unter diesem Aspekt gesehen, an eine Reduzierung oder allenfalls Schließung von Bergbauen gedacht ist, denn es ist sicher nicht zu erwarten, daß im nächsten Jahr mit weniger an Bergbauhilfe, als es im heurigen Jahr der Fall ist, das Auslangen gefunden wird.

Weil eben unserer Auffassung nach die Budgetwahrheit nicht gewahrt ist, sehen wir uns zweifellos auch gezwungen, diesem Budget und auch diesem Kapitel nicht unsere Zustimmung zu geben.

Meine Damen und Herren! Wir haben aus den verschiedensten Äußerungen Ihrer Abgeordneten und auch des Herrn Handelsministers immer wieder einen leider nicht ganz zutreffenden Euphorismus hinsichtlich der Außenhandelsentwicklung gesehen.

Dazu möchte ich noch eines sagen: Wenn man die Dreivierteljahresziffer 1974 mit jener des Jahres 1973 vergleicht — und ich zitiere hier die Ziffern, die sich aus den Außenhandelsdaten des Statistischen Zentralamtes ergeben —, so muß man feststellen, daß zweifellos auf Grund der ganzen Preisentwicklung sowohl die Exporte als auch die Importe angewachsen sind.

Wenn auch die Exporte etwas mehr angewachsen sind, rein ziffernmäßig und prozentuell, so muß man hier feststellen, daß in diesem ersten Dreivierteljahr 1974 das Außenhandelspassivum mit 27,581 Milliarden Abgang, also mehr Einfuhren als Ausfuhren, nach

diesen vorliegenden Ziffern gegenüber dem Vorjahr nur um 12 Millionen angestiegen ist. Man kann also sagen, es ist gelungen, das Passivum gleichzuhalten.

Wenn man aber die gesamten Außenhandelsbeziehungen betrachtet, so muß man feststellen, daß sich die Leistungsbilanzabgangsziffern gegenüber dem Vorjahr leider wesentlich erhöht haben. Ebenfalls im ersten Dreivierteljahr 1974 haben wir einen Leistungsbilanzabgang — das entspricht also dem landläufigeren Begriff der Zahlungsbilanz oder, sagen wir, ist dem ähnlich zu setzen — von fast 6 Milliarden, während es im ersten Dreivierteljahr des vergangenen Jahres nicht ganz 1,5 Milliarden waren. Im Vergleich dazu: Im Jahr 1972, auch im selben Zeitraum, hatten wir noch einen Überschuß von 2,7 Milliarden.

Diese Entwicklung, Herr Handelsminister, muß uns natürlich sehr zu denken geben. Wenn der Herr Abgeordnete Mühlbacher glaubte, gestern in seinen Ausführungen die mahnenden Worte unseres Bundesparteiobermanns Dr. Schleiner sozusagen bagatellisieren zu müssen, so glaube ich, daß bei Betrachtung der gesamten Außenhandels- und Zahlungsbilanzziffern diese mahnenden Worte sehr wohl angebracht sind, und ich möchte das nochmals hier besonders unterstreichen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister, diese Entwicklung, diesen Trend der Jahre von 1970 bis 1973 sieht sich auch der OECD-Bericht, in dem sicherlich einiges Positives enthalten ist, gezwungen, sehr kritisch aufzuzeigen. Ich finde es auch falsch, wenn man seitens der Regierung glaubt, gerade diesen OECD-Bericht immer als Kriterium der besonders erfreulichen und positiven Entwicklung in Österreich heranzuziehen.

Wir, die wir in der Wirtschaft tätig sind und uns voll und ganz mitverantwortlich fühlen, müssen auf den Ernst der Lage des gesamten Außenhandelssektors immer wieder hinweisen. Es ist aner kennenswert, daß wir am vergangenen Freitag in Form einer entsprechenden Novellierung des Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetzes den Stillstand, der seit August hinsichtlich der Möglichkeit von Tätigkeiten am Außenhandelsfinanzierungssektor eingetreten ist, sozusagen beheben konnten.

Ich möchte aber auch unterstreichen — wie mein Vorredner, der Kollege und Abgeordnete Blenk —, daß gerade bei der Frage der Finanzierung der Produktionszeiten bei langfristigen Investitionsgütern, die für den Export bestimmt sind, zweifellos noch Akzente zu setzen sein werden.

12700

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Dkfm. Gorton

Denn eines ist klar: Wir haben in Österreich nach wie vor zum Großteil steuerliche Verhältnisse, die einen wesentlichen Belastungsteil noch nicht grenzausgleichsfähig stellen. Da möchte ich nur die Lohnsummensteuer, vor allen Dingen auch die Bundesgewerbesteuer und so weiter, zitieren, die im Konkurrenzkampf mit den anderen exportierenden Staaten zweifellos eine Belastung unserer Exportwirtschaft auf den internationalen Märkten mit darstellen.

Meine Damen und Herren! Nun zum Abschluß nur noch ein Wort über die Frage des Bevorratungsgesetzes.

Herr Bundesminister! Auf eine meiner mündlichen Anfragen der letzten Wochen haben Sie in der Antwort darauf hingewiesen: Das Gesetz ist ja im Begutachtungsverfahren gewesen. Aus dem Begutachtungsverfahren resultierte, daß die Länder gewisse Schwierigkeiten machen, daß die Verfassungsbestimmungen gewisse Hindernisse darstellen, um die Bevorratung in Österreich einheitlich von Regierungsseite her in Angriff nehmen zu können, und daß man mit den Ländern sozusagen noch nicht übereingekommen wäre. Hinsichtlich der Frist, bis wann hier etwas geschehen soll oder geschehen kann, konnten Sie überhaupt keine Auskunft geben.

Ich mußte daraus entnehmen, daß Sie in dieser Frage der Vorlage eines Bevorratungsgesetzes sozusagen die Konsequenzen gezogen haben und nichts mehr machen wollen. Ich glaube, daß das am gesetzlichen Sektor nicht der richtige Weg wäre, daß gerade Ihre Bemühungen in Verhandlungen und Gesprächen mit den Ländern dahin gehen sollen, hier möglichst bald doch einen Konsens herbeizuführen. Es gäbe zweifellos in dem Gesetz, wenn man die ganzen Begutachtungsbriefe oder -stellungnahmen durchsieht, noch sehr viel zu reparieren und noch sehr viel zu verbessern. Aber ich bin überzeugt, daß, wenn Sie sich entsprechend bemühen, es auch möglich sein muß, mit den Ländern einen entsprechenden Konsens zur Vorlage eines solchen Gesetzes herbeizuführen.

Das ändert nichts daran, daß Sie also mit den besagten 2 Milliarden in Zusammenarbeit mit der Nationalbank irgendwelche Akzente zu setzen bereit sind. Wir glauben, daß Ihre Bemühungen auch heute, wo vielleicht nicht so die Drängnis und die Notlage wie vor einem Jahr gegeben ist, nach wie vor fortzusetzen sind, und wir wollen hoffen, daß Sie in diesen Bemühungen nicht resignieren mögen.

Denn wir glauben, daß es nunmehr erforderlich ist, an dieser Materie weiterzuarbeiten und ein entsprechendes Ergebnis zu zeitigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Koller. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Koller** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich in aller Kürze mit zwei Problemen beschäftigen, und zwar mit einem Problem, das in letzter Zeit die Öffentlichkeit sehr beschäftigt hat, mit dem Zuckerproblem, wo auch Regierungsaktionen gesetzt wurden, und als zweites mit dem Bevorratungsproblem, vor allem auch mit den Behauptungen des Abgeordneten Dr. Fischer in der „Neuen Zeit“ zu dieser Frage.

Wir wissen alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß sich in Österreich auf dem Zuckersektor derzeit einiges tut, angefangen von einer Entliberalisierung bis zu allen Maßnahmen an der Grenze, um Zuckerexporte zu verhindern, und eine Kontingentierung im Großhandel. Ich glaube aber nicht, Herr Handelsminister, daß all diese Maßnahmen garantieren, daß wir bis zur neuen Ernte keine Zuckerversorgungsschwierigkeiten in Österreich haben.

Wenn nun diese Situation bejammert und beklagt wird und auch über die Auswüchse gejammert wird, wie überhöhte Exporte und über erhöhte Einkäufe der Bevölkerung, so sind das letzten Endes nur Auswüchse und Ergebnisse einer Preis- und Agrarpolitik auch bei diesem Produkt, die völlig danebengegangen ist. Denn, meine Damen und Herren, man kann nicht ungestraft auf der einen Seite ohne Rücksicht auf Gestehungskosten für Rübenbauern und Zuckerindustrie Preise festsetzen und auf der anderen Seite so nebenbei den Rat geben, wenn die Bauern einen höheren Rübenpreis wollen, möge sich die Zuckerindustrie die Mehrkosten beim Export hereinholen.

Und noch am 6. Februar dieses Jahres, wo sich bereits abzuzeichnen begann, daß der Weltzuckerpreis nach oben klettert, hat die Kammer für Arbeiter und Angestellte in einer Presseaussendung — es war in der Nummer 94, glaube ich — festgestellt, daß die Nachtragsforderungen der Rübenbauern ohneweiters aus den Mehreinnahmen aus der Zuckerproduktion der letzten Wirtschaftsjahre abgedeckt werden können, denn zufolge der steigenden Weltmarktpreise — heißt es in dieser Presseaussendung — könne die Zuckerindustrie beim Absatz des Überschusses äußerst günstige Erlöse erzielen, und man errechnete sogar, daß sich da einige hundert Millionen machen lassen.

Und die Konsequenz in dieser Presseaussendung war weiter, die Abdeckung der Forderung der Rübenbauern sei ohne Erhöhung des Inlandverbraucherpreises möglich, man möge sich das beim Export holen.

Koller

Auch der Herr Handelsminister hat ungefähr diese Linie vertreten, und heute, meine Damen und Herren, ist man überrascht und böse und beleidigt, wenn dieser Rat letzten Endes befolgt wurde.

Ich möchte gleich hier fest- und klarstellen: Wir verteidigen diese Zuckerexporte, soweit sie über die Überschußverwertung hinausgehen, sicherlich nicht. Aber wir verteidigen auch nicht die Illusion einer so willkürlichen Preisbildung wie in Österreich, eine Illusion, die die gewaltigen Differenzen im Zuckerpreis zu unseren Nachbarländern nicht zur Kenntnis nehmen will. Wir verteidigen nicht die Aufforderung, sich beim Export das zu holen, was in Österreich verweigert wird. Es ist Illusion, nicht zu sehen, daß all diese Komponenten doch so verlockend sind, um nicht irgendwo von irgend jemandem genützt zu werden; diese Illusion haben wir auch nicht zu verteidigen.

Meine sehr Verehrten, auch hier eine Feststellung: Die Verantwortlichen hiefür, nämlich die Regierung und auch der Handelsminister, müssen die Dinge realistisch sehen, die Probleme an der Wurzel anpacken, in diesem Fall beim Rübenpreis und bei den Gesteungskosten beginnen, und sich nicht von Illusionen leiten lassen, die letztlich nicht aufgehen. Und das ist auch der Vorwurf, der hier zu machen ist.

Denn es ist sehr durchsichtig, daß man mit dieser Politik einer Indexkosmetik dienen wollte, und zwar dadurch, daß man vorgab, den Rübenpreis möglichst niedrig zu halten, damit einen niedrigen Zuckerpreis zu erzielen, damit den Konsumenten zu dienen, und über sah, daß die Wirklichkeit eine Ernüchterung brachte, nämlich die Tatsache, daß man in Österreich bei einzelnen Produkten keine willkürliche Preisinsel machen kann, weil dann automatisch wirtschaftliche Zentrifugalkräfte wirksam werden, und die Fugen krachen eben dann, wie es gerade bei diesem Produkt jetzt der Fall ist.

Ergebnis einer solchen Politik ist, daß auch die Rübenproduzenten wegen längst nicht mehr kostendeckender Preise eine Ausweitung des Rübenbaues nicht mehr interessant finden. Die Düngemittelpreise, Herr Handelsminister, die Sie festgesetzt haben, tun das ihrige dazu, und damit ist die Versorgung der österreichischen Bevölkerung ernstlich in Frage gestellt. Konsequenz: Die Zeche bezahlt letzten Endes der Konsument, oder man muß mit Steuer geldern verteuerte Weltmarktimporte stützen.

Es ist daher nicht ganz verständlich, daß gerade angesichts dieser Tatsachen und der rasch ablaufenden Entwicklungen auch noch

am 5. Dezember Sie, Herr Handelsminister, auf eine Vorsprache von Vertretern der Rübenbauernorganisationen geantwortet haben — diese haben auf die unhaltbare Situation aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, daß bereits jetzt bei den Kontrahierungen die Weichen für die österreichische Zuckerversorgung 1976 gestellt werden —, daß eine Zucker- und Rübenpreiserhöhung vor den nächsten Nationalratswahlen ausgeschlossen sei. — Eine bessere Bestätigung, daß das auch ein politischer Preis ist, glaube ich, gibt es ja nicht.

Ich verweise nur darauf, daß im Jahrbuch des Arbeitsbauernbundes 1975 im Zusammenhang mit dem Rübenbau auch steht, daß es viele Probleme gibt, daß die Bäume für die Rübenbauern und die Rübenwirtschaft nicht in den Himmel wachsen. Ich würde Ihnen empfehlen, Herr Minister, diese Broschüre Ihrer eigenen Genossen zu lesen. Hier steht eindeutig drinnen, daß es auf diesem Sektor Probleme gibt.

Ich möchte auch daran erinnern, Herr Minister, daß bei der letzten Preisregelung für Zucker im August dieses Jahres ein um 80 Groschen höherer Zuckerpreis von der Preisbehörde zwar als kalkulatorisch gerechtfertigt anerkannt, aber von der Regierung beziehungsweise von der Preisbehörde aus politischen Gründen verweigert wurde.

Und es zeigt sich wieder, wie hier mit zwei Maßstäben gemessen wird: auf der einen Seite werden bei allen Preisen der Landwirtschaft — Herr Minister, diesen Vorwurf muß ich Ihnen machen —, nämlich bei den Schwellenpreisen für Geflügel genauso wie bei Zucker, landwirtschaftliche Preiskalkulationen zwar anerkannt, aber nicht bewilligt. Bei den Produkten, die die Landwirtschaft auf der anderen Seite zu kaufen hat, wie bei Kunstdünger und Düngemitteln, setzt der Herr Minister im Preisverfahren jene Preise fest, die von der Industrie von Anfang an gefordert wurden, oder bei der Ostliberalisierung entscheidet er sich für das sogenannte Vidierungssystem, welches gestatten soll, daß ein hoher Prozentsatz des Bedarfes preislich völlig unbeschränkt nach Österreich eingeführt wird.

Das sind zwei Maßstäbe, Herr Minister, die sich rächen und auf die Dauer nicht tragbar sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man kann nicht auf der einen Seite bei einer Preissteigerung von insgesamt 7 Groschen für Zuckerrüben in den letzten zehn Jahren heute noch erwarten, daß das ein Anreiz ist, um möglichst viel und möglichst freudig zu produzieren. Und wenn sich da in den nächsten Jahren Versorgungsschwierigkeiten oder Importbedürfnisse zu einem hohen Weltmarkt-

12702

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Koller

preis — er liegt zwischen 20 und 30 S; das ist ja nicht unbekannt — ergeben, dann darf man nicht so naiv sein, meine sehr verehrten Damen und Herren, und die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die sich aus einer solchen Wirtschafts- und Agrarpolitik der Regierung ergeben, übersehen.

Ich möchte zu diesem Problem feststellen, daß die einzige Möglichkeit, die Versorgung mit Zucker für die nächsten Jahre zu sichern, ein entsprechender kostendeckender Rübenpreis ist, der es der Landwirtschaft zweckmäßig erscheinen läßt, genügend anzubauen. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*) Und alles andere, Herr Minister — gestatten Sie mir, daß ich es hier sehr hart sage —, ist Flickwerk, weil es die Wurzeln und die Grundprobleme außer acht läßt.

Vielleicht denken Sie auch daran, Herr Minister, wie hoch die Differenz heute wäre, die man sich daraus erspart, daß die österreichische Konsumentenschaft hier einen völlig willkürlich tiefen Zuckerpreis hat, der mit der Wirklichkeit kaum mehr zu vereinbaren ist. Nach vorsichtigen Schätzungen liegt dieser Betrag bei etwa 4 Milliarden Schilling.

Abschließend zu diesem Problem, meine sehr Verehrten, möchte ich darauf verweisen, daß wir hier und gerade in diesen Wochen und Monaten das Zucker-Problem sehr deutlich vor Augen geführt bekommen. Wir wissen aber nicht und haben keinen Garantieschein dafür in der Tasche — wer ernstlich darüber nachdenkt, muß es zugeben —, daß das, was heute beim Zucker rauhe Wirklichkeit ist, nicht jederzeit morgen auch bei anderen Produkten passieren kann, und zwar, wenn nicht bald eine Kurskorrektur in der ganzen Agrar- und Wirtschaftspolitik vorgenommen wird. Denn die Zeiten, meine sehr verehrten Damen und Herren, wo man sich an der Vorstellung berauschen konnte, daß der ganze Weltmarkt von billigen Agrargütern nur wimmle, geht langsam aber sicher dem Ende zu.

Und nun noch kurz im Zusammenhang mit dem vorhin Gesagten, vielleicht auch passend, einiges zur Bevorratung: Es ist schon von meinen Kollegen auch zu dieser Frage das eine oder andere aufgezeigt worden. Bekannt ist, daß der vom Handelsministerium am 24. April 1974 ausgesendete Entwurf zum Bevorratungsgesetz nach den Worten der Präsidentenkonferenz und vieler Stellungnahmen zum Entwurf von seiner Konzeption her wirtschaftsfremd und vor allem durch ein fehlendes Engagement der öffentlichen Hand bei der Sicherung der Versorgung gekennzeichnet ist.

Es ist sehr bedauerlich, daß gerade in diesem Zusammenhang der Herr Abgeordnete Dr. Fischer in der steirischen „Neuen Zeit“

— und da mußte es mir ja auffallen — im Mai dieses Jahres festgestellt hat, daß die Österreichische Volkspartei ihr Interesse an einer gesicherten Versorgung verloren habe, denn er sagt, daß die Regierung derzeit keine ausreichenden gesetzlichen Möglichkeiten hätte, daß ein flexibles und modernes Versorgungssicherungsgesetz benötigt wurde, und warf aber dann nebenbei sehr massiv der Österreichischen Volkspartei vor, nach dem Abflauen der letzten Krise ihr Interesse an diesem Problem verloren zu haben.

Ich weiß nicht, wo der Herr Dr. Fischer die Begründung für diese Behauptung hernimmt, denn ich darf in Erinnerung bringen: Oktober 1973 Energiekrise, sieben Monate später, am 24. April 1974, Aussendung des Entwurfes durch den Herrn Handelsminister zur Begutachtung, elf Tage später, am 5. Mai 1974, macht der Herr Dr. Fischer in der „Neuen Zeit“ der Österreichischen Volkspartei einen Vorwurf, nämlich kein Interesse an dieser Bevorratung zu haben, dann wieder acht Monate Zeit bis heute, und noch immer ist dieser Entwurf, der zur Begutachtung ausgesendet wurde, von der Regierung noch nicht dem Parlament zur Behandlung vorgelegt worden.

Sie sehen daraus, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß es schließlich bei einem so ernsten und für die Bevölkerung doch nicht unbedeutenden Problem eigentlich verhältnismäßig sehr, sehr lange braucht, bis sich die Regierung — vielleicht dauert es noch einmal acht Monate, ich weiß es nicht — bequemen wird, ein Bevorratungsgesetz vorzulegen. Aber es wird behauptet, die Österreichische Volkspartei habe ihr Interesse verloren. Ich stelle fest, wir haben sehr wohl ein Interesse daran, auch die Landwirtschaft hat ein Interesse daran, genauso wie die Konsumenten, weil wir wissen, was es heißt, in Krisenzeiten schlecht versorgt zu sein.

Ich bringe nur zwei Beispiele, meine Damen und Herren: Auf dem Eiweißfuttersektor sind wir mit 250.000 bis 300.000 Tonnen und damit in der Veredelungswirtschaft weitestgehend vom Auslande abhängig. Hier wären Vorräte sehr, sehr notwendig und würden eine gewisse Sicherheit geben. Vor allem bei den pflanzlichen Fetten und Ölen hat Österreich einen Jahresbedarf von etwa 100.000 Tonnen, der nur mit 5 Prozent aus der heimischen Produktion gedeckt ist.

Herr Handelsminister, die Feststellung, die Sie bei einer Konsumentensendung vor einiger Zeit getroffen haben, daß der Weltmarktpreis für Raps pro Tonne von 200 auf 1000 US-Dollar gestiegen sei, ist sehr interessant, aber Sie hätten eigentlich auch dazusagen müssen: Daß wir von dieser Preissteigerung für pflanz-

Koller

liche Öle und Fette so abhängig sind, ist letzten Endes auch die Folge einer Entwicklung in Österreich, denn bei einem Rapspreis, der sich innerhalb von 10 Jahren nur um 40 g oder um 10 Prozent verändert, während alles andere im bekannten Temposchritt der Preis- und Inflationsentwicklung geht, kann man nicht erwarten, daß hier ein besonderer Anreiz besteht, Versorgungslücken zu schließen oder eine höhere Eigenversorgung zu diktieren.

Meine Damen und Herren! Ich stelle abschließend fest: Sowohl auf der Seite der Bevorratung ist es unverantwortlich, sich nicht raschest mit diesen Problemen zu beschäftigen, wie man auch auf der anderen Seite im Hinblick auf das Zuckerproblem doch endlich zur Kenntnis nehmen muß, daß man nicht willkürliche Preise diktieren kann, denn irgendwo rächen sich die Dinge, irgendwo kommen sie dann mit einer großen Wirkung auf uns und die ganze Bevölkerung zu.

Jetzt beginnt sich — und das zeigen diese beiden Beispiele sehr deutlich — leider die Haltung der Sozialistischen Partei und auch der Regierung seit Jahrzehnten der Landwirtschaft gegenüber bitter zu rächen. Sie haben sicher viel zu lange fasziniert auf die billigen Importangebote gestarrt beziehungsweise sich faszinieren lassen, haben alle Warnungen von uns in dieser Richtung in den Wind geschlagen, und heute wird die Rechnung präsentiert, beginnt sozusagen die Stunde der Wahrheit, und wir haben die Folgen zu tragen.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß es gerade für die Verantwortlichen — und Sie sitzen hinsichtlich dieser Fragen auf der Regierungsbank, auch Sie, Herr Handelsminister — an der Zeit ist, sich doch ehebaldigst mit diesen Problemen von der Wurzel her, von den Grundursachen her zu beschäftigen, denn wenn die Situationen einmal eingetreten sind und wenn die Dinge im Rollen sind, dann ist alles nur mehr Flickwerk, was man macht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Teschl.

Abgeordneter **Teschl** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn ich den Herrn Abgeordneten Koller richtig verstanden habe, hat er eigentlich nichts anderes gewollt und ausgesprochen, als daß ein höherer Zuckerpreis fällig wäre. Warum haben Sie das nicht offen gesagt? Hätten Sie gesagt, ich fordere einen höheren Zuckerpreis. Das wäre wesentlich kürzer gewesen und für die Öffentlichkeit viel klarer verständlich. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich verstehe Ihre Argumente einigermaßen, ich habe aber nicht verstanden, daß Sie die Zuckerpreiserhöhung so umschrieben haben. Sprechen Sie es aus, Sie möchten einen

höheren Zuckerpreis. Sie haben ihn begründet. Dann soll man auch der Öffentlichkeit sagen, ich will einen höheren Zuckerpreis. Das wäre doch einfacher gewesen.

Mir ist auch aufgefallen, daß Sie noch etwas verschwiegen haben, Herr Abgeordneter Koller, nämlich daß nahezu zwei Jahrzehnte in Österreich ein höherer Zuckerpreis gezahlt werden mußte als im gesamten übrigen Ausland. Das haben Sie auch verschwiegen. Und erst jetzt seit mehr als einem Jahr hat sich das gewendet. Man muß natürlich auch sagen, daß der österreichische Konsument zwei Jahrzehnte hindurch einen höheren Zuckerpreis als das übrige Ausland in Ost und West gezahlt hat. Das muß man also schon sagen.

Das dritte ist, Sie haben vergessen — ich verstehe von Zucker relativ wenig, aber so viel erinnere ich mich —, daß die Rübenanbauflächen ja von Jahr zu Jahr gestiegen sind. Das heißt, daß das Angebot immer größer wurde. *(Ruf: Nicht doch!)* Doch! Das ist richtig. Und soviel ich weiß, ist für nächstes Jahr eine neuerliche Steigerung der Anbaufläche geplant. *(Ruf: Schauen Sie die Statistiken an?)* Jawohl, dann sind Ihre eigenen Statistiken falsch, die Sie selbst veröffentlichen. Und bei der Bevorratung ... *(Weitere anhaltende Zwischenrufe.)*

Herr Abgeordneter Koller, auch in der Bevorratung sind wir im Prinzip einer Meinung. Aber Sie haben nicht ausgesprochen, daß die Kosten nur vom Staat zu tragen sein sollen. Und Sie haben nicht ausgesprochen, daß es sich bei der Bevorratung um Milliarden-Beträge handelt, Herr Abgeordneter Koller! Wenn Sie nämlich dazugesagt hätten, daß es sich dabei um Milliardenbeträge handelt und wenn Sie sich gleichzeitig daran erinnert hätten, was Ihre Fraktionskollegen zum Budget gesagt haben, dann wüßten Sie, daß die ungeheuren Mittel, die für die Bevorratung erforderlich sind, derzeit nicht zur Verfügung stehen, zumindest nicht in jener Höhe, in der sie eben kurzfristig notwendig sind. Das heißt, Herr Abgeordneter Koller, Sie haben Ihren Fraktionskollegen alle Ehre gemacht, denn die haben hier die halbe Wahrheit berichtet.

Das zieht sich ja durch die ganze Budgetdebatte, speziell in diesem Kapitel ist es zu beobachten, denn alle Herren, die heute von der ÖVP-Seite zum Kapitel Handel gesprochen haben, haben ihre Argumente so dargelegt, als ob es möglich wäre, unabhängig von den wirtschaftlichen Ereignissen rund um Österreich, also in der Welt, unser Land wirtschaftlich so zu gestalten, als ob außerhalb dieser Grenzen nichts passieren würde.

12704

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Teschl

Dabei sind diese Behauptungen natürlich wider besseres Wissen vorgebracht, denn jedermann in Österreich, der sich ein bißchen mit Wirtschaftsfragen beschäftigt, weiß, wie verflochten die internationale Handelswirtschaft ist und daß alles natürlich seine Rückkoppelungseffekte hat.

Der Abgeordnete Vetter hat eine Lanze für die Konsumentenpolitik hier gebrochen, und vieles von dem, was er gesagt hat, wird auch von meiner Fraktion unterschrieben. Aber wenn es dann um die konkrete Realisierung seiner eigenen Vorschläge geht, gibt es Schwierigkeiten.

Ich denke da nur an die sehr langwierigen, sehr harten Verhandlungen im Unterausschuß über das Lebensmittelgesetz, wo es um Fragen ging, die die Konsumenten sehr stark berühren. Wo es um die Deklarationsfrist und ähnliche Dinge mehr ging, wurden die massivsten Einwände der Wirtschaft erhoben und den Konsumenten Dinge vorenthalten, die erforderlich wären, um gerade auf dem wichtigen Sektor der Lebensmittelwirtschaft — aber darauf wird man ja zu gegebener Zeit noch zu sprechen kommen — einiges zugunsten der Konsumenten leisten zu können. Daher sind die Worte des Kollegen Vetter natürlich nur ein Lippenbekenntnis ohne jegliche Resonanz, die eine Realität zum Inhalt haben sollten.

So ähnlich schaut es natürlich auch bei der „Beschuldigung“ aus — Beschuldigung unter Anführungszeichen —, die mein Kollege Dallinger bezüglich der Manager in der Privatwirtschaft ausgesprochen hat.

Erstens einmal hat er sich auf einen speziellen Fall bezogen, Herr Abgeordneter Gorton, und zweitens: Es wäre durchaus kein Kunststück, eine Reihe von Beispielen anzuführen, wo ein menschliches Versagen vorlag. Ich gehöre wirklich nicht zu jenen, die verallgemeinern, aber ich darf mich doch auf diesen konkreten Fall, auf den sich Kollege Dallinger bezogen hat, auch beziehen, nämlich auf die Firma Swarovski. Und zwar aus einem ganz bestimmten Grund.

Ich erinnere mich an eine ÖVP-Belangsendung vor etwa vier Wochen, wo das Werksgelände der Firma Swarovski mit den Werkshallen gezeigt wurde, und wo der Betriebsratsobmann der Angestellten der Firma Swarovski, seines Zeichens Landtagsabgeordneter von Tirol, laut und vernehmlich kund und zu wissen tat: Daß es Schwierigkeiten in der Firma Swarovski gäbe, daran sei einzig und allein die sozialistische Alleinregierung schuld. Das war in der Hauptsache das Argument zu dieser Misere bei der Firma Swarovski.

Wie sehen die Dinge wirklich aus? — Ohne daß ich verallgemeinere: Es liegt sicherlich die Tatsache vor, daß 80 Prozent der Produktion dieser Firma in den Export gehen, daß sie speziell Modeartikel erzeugt, und zwar Luster, und daß ein radikaler Abfall der Exportmöglichkeiten eingetreten ist. Aber ich kann hier mit aller Offenheit sagen — und ich habe auch entsprechende Beweise in Händen —, daß das Management der Firma Swarovski eben persönlich versagt hat. Man hat diesen Betrieb geführt wie einen Gewerbebetrieb ... (Abg. Dkfm. Gorton: Bei 80 Prozent Exportanteil!), wie einen Gewerbebetrieb mit patriarchalischen Maßnahmen, und ich darf Ihnen sagen ... (Abg. Dkfm. Gorton: Wie können Sie denn so etwas behaupten!)

Ich kann leider bestimmte Dinge hier nicht aussprechen, weil sie noch nicht abgeschlossen sind. Wir können es dann miteinander besprechen. Nur die überaus bedeutende Großzügigkeit der Hausbank hat diese Firma vor weiteren Schwierigkeiten bewahrt. Sicherlich werden bis Jahresende 700 Dienstnehmer entlassen sein. Und sicherlich werden ab 6. Jänner bei dieser Firma 1100 Kolleginnen und Kollegen in Kurzarbeit gehen müssen. Einiges hätte vermieden werden können, wenn das Management dieser Firma jene Sorgfalt an den Tag gelegt hätte, die notwendig gewesen wäre, um diese Dinge zu vermeiden. (Beifall bei der SPÖ.) Man möchte aber die sozialistische Alleinregierung für diese Schwierigkeiten, die sowohl als auch entstanden sind, verantwortlich machen.

Es müßte auch erwähnt werden, daß diese Regierung einige Millionenbeträge in dieses Werk gepumpt hat, um die Forschungsarbeit zu entwickeln, um etwa neue Produkte, wie zum Beispiel die Folienproduktion für die wahrscheinlich kommenden neuen Kennzeichentafeln für Kraftfahrzeuge, zu entwickeln und ähnliches mehr. Das heißt, es wird versucht, mit falschen Behauptungen das eigene Versagen zu verschleiern.

Oder denken Sie an den Fall in Feldbach, Herr Abgeordneter Koller, an die Pelzveredlungsfirma Merino; 500 Beschäftigte. Dort hat ebenfalls persönliches Versagen des Managements vielen Arbeitskollegen den Arbeitsplatz gekostet. (Abg. Dkfm. Gorton: Und was ist mit dem Bauring?) Zum Unterschied davon sind zumindest bis jetzt noch keine Leute entlassen worden. (Abg. Dkfm. Gorton: Aber es geht um Steuergelder!)

Ich habe das nur aus dem einfachen Grund erwähnt, Herr Kollege, um aufzuzeigen, wie gefährlich es ist, wenn man verallgemeinert. (Abg. Dr. Zittmayr: Wie ist das Management beim Bauring?)

Teschl

Auch der Herr Generalsekretär Mussil hat sich heute bemüht gefühlt, mit halben Wahrheiten vor diesem Forum zu agieren und der übertriebenen Lohnpolitik der österreichischen Gewerkschaftsbewegung für Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art die Schuld zu geben, die etwa in den nächsten Monaten auf uns zukommen könnten.

Aber ich erinnere mich an etwas anderes, nämlich an folgenden Zustand: Vom Herbst 1973 beginnend bis zum Sommer dieses Jahres haben Sie sich — nämlich die ÖVP — täglich in den Zeitungen und bei anderen Möglichkeiten geäußert, daß die österreichische Gewerkschaftsbewegung der Regierung nur Schützenhilfe leiste, daß sie keine Forderungen stelle, daß sie die Arbeiter und Angestellten im Stich ließe und ähnliche Dinge mehr.

Erst im September, als es Zeit wurde, Lohnverhandlungen aufzunehmen, da konnte man dann plötzlich jeden Tag in den Zeitungen lesen: Der Österreichische Gewerkschaftsbund müsse Vernunft annehmen, er müsse die wirtschaftlichen Gegebenheiten betrachten, er müsse eine zurückhaltende Lohnpolitik betreiben und so weiter und so fort. Wie stimmt denn das überein, meine Damen und Herren? Neun, zehn Monate hindurch beschimpfen Sie die österreichische Gewerkschaftsbewegung, daß sie nachlässig sei und die Interessen der Arbeiter und Angestellten in der Lohnpolitik nicht vertrete, um dann, wenn es darum geht, wieder Lohnpolitik zu betreiben, den Maßhalteappell an uns zu richten. Diese Doppelzüngigkeit, meine Damen und Herren der ÖVP, haben die österreichischen Arbeiter und Angestellten längst durchschaut. (*Abg. Doktor Gruber: Aber bei der Arbeiterkammerwahl nicht, Kollege Teschl!*)

Dann darf man sich natürlich nicht wundern, meine Damen und Herren, wenn bei den Lohnverhandlungen härter gesprochen wird und jene Prozentsätze durchgesetzt werden müssen, die erforderlich sind, um die gerechten Anteile zu sichern, die die Arbeiter und Angestellten fordern. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Von der Lohnpolitik wollen Sie nichts hören, denn da haben Sie von uns verlangt, daß wir Maß halten. Aber zehn Monate gegen uns hetzen und sagen, daß wir die Arbeiterschaft verraten und so weiter, das ist Ihre Doppelzüngigkeit. (*Abg. Brandstätter: Bei dieser Regierung nutzen die Lohnerhöhungen überhaupt nichts!*)

Jetzt kommen der Herr Präsident Sallinger und der Herr Generalsekretär Mussil klagend und sagen: Die Lohnpolitik der Gewerkschaft hat die österreichische Volkswirtschaft in Schwierigkeiten gebracht. (*Abg. Brandstätter:*

Bei dieser Regierung ist das alles zwecklos!) Das sind die Dinge, die ausgesprochen werden müssen. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gruber: Jetzt macht er Schluß!*)

Er macht noch nicht Schluß. Ich muß euch ja noch ein paar Dinge vorhalten, die genauso doppelzüngig sind wie das bereits von mir Genannte. Gehen wir nun ein bißchen zur Energiewirtschaft. Da wurde heute erklärt, es hätte früher ein Energiekonzept gegeben und jetzt gibt es keines. Ich erinnere mich noch selbst daran, weil meine zuständige Fachgewerkschaft dafür Interesse gezeigt hat, daß ich beim Herrn Handelsminister Dr. Bock war, als er seinen Energieplan fabrizieren ließ. Ich habe ihn gebeten, man möge bei der Energiewirtschaft doch auch die österreichische Erdölwirtschaft miteinbeziehen. (*Abg. Glaser: Wann war denn das?*) — Es ist schon lange her, daß der Minister Bock Minister war. Es ist immerhin schon in den sechziger Jahren gewesen. — Da wurde ich vom Herrn Minister ausgelacht, und er sagte: Die Erdölwirtschaft hat keine besondere Bedeutung für die österreichische Energiewirtschaft. — Das ist so weitergegangen bis zum Jahr 1969/70.

Als ich mir den Energieplan der ÖVP angesehen habe, habe ich sagen müssen: weit weg von der Realität. Und Sie kommen heute und sagen, der Energieplan von der Regierung beziehungsweise vom Handelsminister wäre schlecht.

Natürlich, und das sage ich einschränkend gerne, sind durch die Ereignisse des Jahres 1973/74, durch die internationale Erdölpolitik ganz andere Maßstäbe entstanden. Ich finde es richtig, wenn der Minister die bisherigen Prognosen modifiziert, denn es ist ja nicht nur in Österreich eine schwierige Situation zum Jahresende 1973 und Jahresbeginn 1974 eingetreten, sondern es ist täglich der Fall, meine Damen und Herren, daß wir von den Massenmedien mit Begebenheiten der internationalen Erdölpolitik befaßt werden.

Ich erinnere zum Beispiel an das Jahr 1966, als es darum ging, der Österreichischen Mineralölverwaltung, der OMV-AG also, Möglichkeiten zu bieten, ihren Expansionsbereich auszudehnen. Ich denke an die Pipeline-Verträge. Sie haben das natürlich auch schon vergessen und sagen, das ist schon lange her.

Ich erinnere mich daran, wie schwierig es war, die bestehenden Verträge zu modifizieren, daß die Arbeiter- und Angestelltenschaft der OMV damals auf die Straße gehen mußte, um den Bundeskanzler Klaus zu überzeugen, daß, wenn die damals vorliegenden Verträge unterzeichnet worden wären, die OMV-AG ... (*Zwischenruf des Abg. A. Schlager.*) Zu-

12706

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Teschl

fällig war ich selber damit befaßt. Wenn die OMV-AG jene Verträge damals oktroiiert bekommen hätte, die vorgesehen waren, dann wäre die OMV zu einem Lohnverarbeitungsbetrieb der internationalen Erdölgesellschaften abgesunken. Durch die Tätigkeit des Österreichischen Gewerkschaftsbundes ist es möglich gewesen, die Verträge auszusetzen und sieben Monate später einen neuen Vertrag zu erreichen, der der OMV jenes Lebensrecht sicherte und die Versorgung im vergangenen Jahr und heuer sicherstellen konnte.

Oder darf ich daran erinnern, daß im Jahre 1969 — das wurde von meinem Kollegen Pay schon erwähnt — der Rohölpreis pro Tonne 465 S betrug und im Jahre 1974 1811 S. Also innerhalb von vier Jahren eine Preiserhöhung pro Tonne um 1346 S.

Alle Zahlungsbilanzen der Industriestaaten sind in Unordnung geraten, alle Industriestaaten haben derzeit wirtschaftliche Schwierigkeiten infolge dieser radikalen Erhöhung der Energiekosten. Aber Sie möchten der österreichischen Bevölkerung klarmachen, wenn diese Regierung nur wolle, haben wir von diesen Schwierigkeiten nichts zu spüren, denen die Nachbarstaaten, die europäischen Industriestaaten ausgesetzt sind. Auch eine Doppelzüngigkeit!

Es wurde heute auch schon gesagt, daß wir rund 9 Milliarden Schilling für dieselben Erdölprodukte aufzuwenden haben, und diese enorme Summe muß natürlich auf die Wirtschaft ihren Einfluß haben.

Vor einigen Tagen wurde eine weitere Erdölpreiserhöhung von der OPEC beschlossen, die natürlich wieder ihre Rückwirkung auf die heimische Volkswirtschaft haben muß.

Sie wissen aber sicherlich auch, daß sich seit 1970 die Frachtkosten, die Tankerkosten verdoppelt haben. Es wäre in diesem Zusammenhang, Herr Bundesminister, vielleicht doch zu prüfen, ob die Österreichische Mineralölverwaltung nicht daran denken könnte — soweit man ihr das von der Regierung aus empfehlen kann —, eigene Schiffe anzuschaffen, um den Erdöltransport billiger zu gestalten. Vielleicht wäre es möglich, daß man mit anderen neutralen Staaten auf diesem Weg kooperieren könnte.

Ich denke daran, daß es auch notwendig sein wird, daß die vorhandenen Erdölreserven, die auf ungefähr 25 Millionen Tonnen geschätzt werden, sichere und mögliche Reserven also, auch aufgeschlossen werden. Die Aufschließungskosten, die enorm hoch geworden sind und Tiefen von 3000 bis 6000 m erforderlich machen, sollten eigentlich von der Regie-

rung gestützt werden. Man sollte darüber nachdenken, ob das möglich wäre. Dasselbe gilt auch für Erdgas, denn es werden ja auch hier mögliche Reserven von 27 Milliarden Kubikmeter geschätzt. Auch in diesem Fall wäre eine Stützung der Aufschließungskosten zu empfehlen, und ich bitte zu prüfen, wie weit das möglich wäre.

Das heißt, es muß auch vom Staat aus alles unternommen werden, um der heimischen Erdölwirtschaft die Aufschließungsmöglichkeiten zu bieten, und ich glaube, daß wir uns hier in guter Gesellschaft mit anderen Ländern befinden.

Gehen wir zum Schluß einen Moment auf das Erdgas ein. Hier auch ein klassisches Beispiel der Preispolitik.

Wir wissen, daß in der Welser Heide Erdgas gefördert wird. Dieses Erdgas wird erfreulicherweise direkt der oberösterreichischen Industrie zugeführt. Das heißt, die Leitungskosten sind nicht so hoch, weil sich die Abnehmerindustrie in unmittelbarer Nähe der Förderungsplätze befindet.

Was erleben wir da in Oberösterreich?

Es wird versucht, dieses Erdgas, das also relativ billig von der Quelle bis zum Betrieb befördert werden kann, jetzt zum selben Preis den oberösterreichischen Industriebetrieben zu verkaufen wie das russische Erdgas, das wir von so weit her importieren müssen!

Das interessante daran ist, daß bei dieser Oberösterreichischen Ferngasgesellschaft die Handelskammer Oberösterreich federführend ist und daß sie sich nach meiner Meinung als Preistreiber betätigt, denn mit welchem Recht wird verlangt, daß das Erdgas aus dem oberösterreichischen Fördergebiet zum gleichen Preis verkauft werden soll wie etwa das Importgas? Hier könnte die Oberösterreichische Handelskammer mit gutem Beispiel vorangehen und der oberösterreichischen Industrie mit dem in unmittelbarer Nähe geförderten Erdgas zu billiger Energie verhelfen. Das würde die Konkurrenzfähigkeit der oberösterreichischen Industrie fördern.

Wir sehen auch daran wieder, daß mit zweierlei Maß gemessen wird und daß die eigene Interessensvertretung der Wirtschaft keine Rücksicht nimmt und Preise erhöht, obwohl es nicht notwendig wäre. So haben wir beim Kapitel Handel von der Oppositionspartei ÖVP im speziellen nichts anderes als halbe Wahrheiten und verdrehte Tatsachen gehört. Ich glaube, es war notwendig, das aufzuzeigen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Burger.

Abgeordneter **Burger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Teschl sagte, daß sich der ÖVP-Energieplan fern jeder Realität bewege. Herr Abgeordneter! Sie haben nicht ein einziges Beispiel gebracht, warum dieser Plan sich fern jeder Realität bewege!

Sie loben den SPO-Plan und sagen ebenfalls kein Beispiel, warum dieser Plan so gut sei. Ich bezweifle das, denn selbst der Herr Bundesminister Dr. Staribacher meint, daß dieser Plan nur eine Diskussionsgrundlage ist. Also sind wir von einem Energieplan, den wir so nicht wollen hätten, recht weit weg.

Ich habe mich, meine Damen und Herren, aus der Absicht heraus zum Wort gemeldet, mich mit dem Problem der Kohle einerseits und mit dem der gesamten Rohstoffversorgung auf der anderen Seite zu befassen.

Die Austro-Mineral hat im September 1973 für den Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft und für die ÖIAG einen Bericht geliefert, in dem die Rohstoffversorgung Österreichs einer genauen Analyse unterzogen wurde. Es ist dies die Studie mit der Überschrift: Erforschung optimaler Möglichkeiten der mineralischen Rohstoffversorgung der Republik Österreich, Bestandsaufnahme, Entwicklung und Empfehlung, Grundsätze der mittel- und langfristigen Bedeckungsmöglichkeiten des Rohstoffbedarfs Österreichs durch den heimischen Bergbau.

Mit diesem Bericht wäre eigentlich die Voraussetzung für ein zu erstellendes Rohstoffsicherungsgesetz geschaffen. Im übrigen wird in diesem Bericht deutlich ein Rohstoffsicherungsgesetz für die Republik Österreich verlangt, und zwar aus der Sorge um die Rohstoffversorgung unseres Landes.

Was helfen uns, so meine ich, Energiepläne, von denen immer wieder gesprochen wird, wenn wir keinen Einblick in unsere Rohstofflage haben, in unsere Rohstofflager und in die Menge der Rohstoffeinfuhren?

An dieser Studie von Austro-Mineral haben ebenso die Leobener Hochschulprofessoren hervorragend mitgearbeitet, und sie haben den tatsächlichen Rohstoffbedarf unserer Wirtschaft an Hand einer geeigneten Übersicht dargelegt. Sie haben aber nicht nur die Rohstoffmenge, die wir brauchen, geschildert, sondern auch die Kosten der Rohstoffe, die wir einführen haben.

Meine Damen und Herren! Wir sind hinsichtlich unserer Rohstoffversorgung viel mehr importabhängig, als man schlechthin annimmt. Es hat heute der Kollege Abgeordneter Pay, aber auch der Kollege Abgeordneter Köck

Ziffern gebracht, die unterschiedlich sind. Ich würde also zumindest jenen Abgeordneten, die daran interessiert sind, empfehlen, diesen Bericht zu studieren, damit wir eine einheitliche Auffassung über die Einfuhrnotwendigkeit und deren Kosten haben.

Ich darf Ihnen ein paar Beispiele von Rohstoffgruppen in bezug auf unseren Gesamtbedarf zur Kenntnis bringen. Wir importieren 79 Prozent feste mineralische Brennstoffe, 90,5 Prozent Erze, Metalle und Metallverbindungen und einschlägige Halbfabrikate, 38 Prozent Industriemineralien und schließlich 59,5 Prozent Erdöl und Erdgas.

In Geld ausgedrückt bedeutet diese Rohstoffabhängigkeit vom Ausland — als Vergleichsjahr das Jahr 1971 genommen — einen Betrag von 20,9 Milliarden Schilling. Im Vergleich dazu wurde im Jahre 1956 hierfür ein Betrag von 10,3 Milliarden Schilling aufgewendet. Es haben sich also der Einfuhrbedarf und dessen Kosten innerhalb von 15 Jahren glatt verdoppelt und werden, wie die Vorschau angibt, im Jahre 1980 28 Milliarden Schilling betragen. Ich nehme aber an, daß diese Ziffer zu gering gegriffen ist, denn bei der Erstellung dieser Studie war noch nicht die Energiekrise, die Verteuerung des Erdöls, die Verteuerung des Erdgases inbegriffen, und es ist vor allem noch nicht inbegriffen die wieder ins Haus stehende Erdöl- und Treibstoffverteuerung.

Hohes Haus! Aus diesen wenigen Ziffern müssen wir erkennen, wie sehr wir in fast allen Bereichen der Rohstoffversorgung vom Ausland abhängig sind.

Wenn man also von der Rohstoffversorgung für unsere Wirtschaft spricht, so müssen diese Rohstoffe erst beschafft werden. Diese Rohstoffbeschaffung ist oftmals schwierig, ja sogar in Frage gestellt, weil sich die Lieferländer politisch in sehr labilen Verhältnissen befinden.

Ich darf Sie in diesem Zusammenhang an die Lieferländer von Erdgas und Erdöl erinnern. Wir beziehen ja diese für unsere Wirtschaft so wichtigen Mineralien fast ausschließlich aus politisch unruhigen Ländern Südamerikas, des Nahen Ostens oder von den Oststaaten selbst.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit von diesen Ländern sollte uns doch, Herr Bundesminister, mit Nachdruck dazu veranlassen, wenigstens auf dem Gebiete des für uns so wichtigen Mineralrohstoffbedarfs die notwendige Vorratswirtschaft zu betreiben. Eine solche Vorratswirtschaft — ich erinnere noch einmal an die Lieferländer — könnte für uns, was wir alle nicht hoffen wollen, in Krisenzeiten zur Existenzfrage werden.

12708

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Burger

Nun darf ich mich nach dieser kurzen Vorbetrachtung mit der Kohle befassen, und zwar mit der Kohle, die wir selbst haben, also mit Ausnahme jener hochwertigen Kohle, die wir für die Verkokung einführen müssen.

Die sogenannte Kohlenkrise in den sechziger Jahren wurde deshalb herbeigeführt, weil die Verbraucher — ob es nun der Haushalt, also der Hausbedarf, oder die Industrie war — meinten, daß andere Energieträger leichter erreichbar oder billiger wären oder leichter zu beschaffen sein würden.

Dieser Umstand führte dazu, daß die heimische Kohlenproduktion von 7,5 Millionen Jahrestonnen auf nunmehr 3,2 Millionen Jahrestonnen reduziert werden mußte.

In diesem Zusammenhang sind seit 1957 in Österreich 51 Kohlengruben geschlossen worden, wodurch auch ein Rückgang der Förderung um 60 Prozent zu verzeichnen ist. Unter den geschlossenen Kohlengruben waren nur wenige, die tatsächlich ausgekohlt waren. Ich war als Betriebsrat immer gegen jede Schließung, und man hat oft ein ganz merkwürdiges Gefühl, nicht wegen der Sicherheit der Arbeitsplätze oder wegen der im Bergbau Beschäftigten, sondern man hat einfach das Gefühl, daß man sich in der Energieversorgung nicht von einem labilen Ausland abhängig machen soll. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und wieder verstummen die Gerüchte nicht, daß weitere Kohlengruben im steirischen Raum des Defizits wegen gefährdet sind, obwohl in Fohnsdorf noch die riesige Menge von mehr als 6 Millionen Tonnen Kohle lagert und der Abbau noch 15 Jahre dauern könnte.

Ich weiß, daß die Gesteungskosten derzeit ebenso wie in den vergangenen Jahren über dem erzielbaren Verkaufserlös liegen und daß der vorerwähnte Betrieb von erheblichen Subventionen der Bergbauförderung abhängt. Aber man kann eben nicht, meine Damen und Herren, alles mit dem Rechenstift beurteilen. Im Rahmen der Energieversorgung der Wirtschaft gelten eben andere Regeln als der bloße Rechenstift. In Fohnsdorf würde sich das Bild des Betriebsabganges sehr schnell ändern, könnte man sich entschließen, trotz des Defizits den Bergbau mit weiteren modernen Vortriebsmaschinen auszustatten. *(Ruf bei der SPÖ: Haben Sie das dem Klaus auch gesagt?)*

Ich habe auf diesen Zwischenruf förmlich gewartet, schon als ich sagte, daß 51 Kohlengruben geschlossen worden sind. Lieber Herr Kollege! Wenn man so denkt, daß immer der Regierungschef die Verantwortung trägt, dann darf ich Sie daran erinnern, daß alle sozialen Erfolge auf unser Konto gehen, denn 24 ASVG-

Novellen haben ÖVP-Kanzler unterschrieben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie glauben, daß man hier dem Bundeskanzler Klaus die Schuld geben könnte oder anderen Kanzlern, die vor ihm amtierten, dann darf ich Ihnen doch sagen, daß die Sektion IV und die verstaatlichte Industrie ausschließlich und immer in sozialistischen Händen gelegen ist. Diese Beispiele bringen uns nichts, diese Beispiele sagen auch gar nichts aus für die betroffene Belegschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine seit acht Monaten in Betrieb befindliche Vortriebsmaschine in Fohnsdorf, die 1,8 Millionen Schilling kostet, hat in diesen acht Monaten einen Betrag von 2,2 Millionen Schilling eingespart. Ein deutlicher Beweis dafür, daß man mit sinnvollen Investitionen und den damit verbundenen Abbaumethoden das Defizit fast beheben könnte. Vor allem dann, wenn dieser Bergbau ausgekohlt und geschlossen werden müßte, würden diese Maschinen nicht umsonst sein, denn sie können jederzeit woanders eingesetzt werden.

Dasselbe gilt auch für den Bergbau Pöfing-Bergla. Dort soll nun eine Wolfram-Hütte — das ist heute schon gesagt worden — errichtet werden. Ich habe mich nur gewundert, als bei der konstituierenden Sitzung in der Arbeiterkammer in Graz dieses Problem angezogen worden ist und man sagte: Die Wolfram-Hütte ist ein unabdingbarer Ersatz für den Bergbau. Ich persönlich bin der Meinung, daß beide Betriebe dort existieren können und daß der Bergbau seinen Betrieb so lange aufrechterhalten kann, bis er tatsächlich ausgekohlt ist. Denn auch in diesem Revier liegen noch über eine Million Tonnen wertvoller Kohle. Es ist also meine Meinung, daß beide Betriebe nebeneinander existieren können.

Ich bin aber trotzdem froh, daß ein solcher Ersatzbetrieb dort errichtet wird, denn eine Hütte ist ein echter Arbeitsplatz für einen Bergmann. Ersatzbetriebe gibt es viele, Ersatzarbeitsplätze für Bergmänner nur wenige.

Welch wichtigen Platz unsere Kohle in unserer Energieversorgung hat, möchte ich noch einmal erwähnen und feststellen, daß unsere Kohlevorkommen noch bis zur Jahrtausendwende reichen werden, wenn wir die Gruben pflegen und sie instandhalten.

Herr Handelsminister! Unter den geschilderten Umständen kann ich es nicht verstehen, daß Sie den Bergbau für das Jahr 1975 nur mit 68 Millionen Schilling präliminieren.

Ich will nicht zu denen gehören, die am Ansatz Kritik üben, weil ich weiß, wie schwierig vielleicht die Aufteilung ist. Sie haben ja

Burger

auch im Jahre 1974 den Bergbau nur mit 50 Millionen Schilling präliminiert und haben dann in zwei Budgetüberschreitungssetzen tatsächlich dem Bergbau 180 Millionen Schilling zukommen lassen müssen. Das ist dreimal soviel als präliminiert. (*Abg. J. Schlager: Das ist entscheidend!*)

Lieber Kollege Schlager! Wir haben doch als Abgeordnete dieses Hauses auch Anspruch darauf, genaue Ziffern oder etwaige Ziffern im Budget — da wir uns in der Budgetdebatte befinden — zu erfahren.

Sie können, Herr Handelsminister, mit diesem Betrag niemals auskommen. Ich will meine Rede kurz halten, aber ich sage, Sie können nicht auskommen, weil die sozialen Belange, die die Bergleute erhalten, nicht mehr von der Firma, von der Mutter gegeben werden, sondern aus der Bergbauförderung. Sie werden sehen, daß der Betrag von 180 Millionen Schilling auch diesmal nicht langen wird, obwohl Sie nur 68 Millionen Schilling präliminieren.

Unsere derzeitigen Kohlenvorkommen werden, wie ich erwähnte, noch bis zur Jahrtausendwende reichen; als Hoffungsgebiete für die Zukunft gelten die bereits geschlossenen Gruben von Lavanttal, Ratten, Tauchen und Grünbach.

Ob bei den bestehenden Kohlengruben in nächster Zeit eine Fusion vorgenommen wird oder nicht, unser heimischer Bergbau, unsere Kohle muß als Geschenk in unserer heimischen Energieversorgung betrachtet und demnach auch behandelt werden.

Ich halte daher, Herr Bundesminister, die Schaffung eines Rohstoffsicherungsgesetzes, das eine Mineralrohstoffbevorratung zur Folge haben müßte, für den schon so oft zitierten und geforderten Energieplan als Voraussetzung. Ein solches Rohstoffsicherungsgesetz müßte ein Verbot von weiteren Grubenschließungen zum Inhalt haben. (*Beifall bei der OVP.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Tschida.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Tschida** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Zunächst einige Worte zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Teschl — er ist leider nicht im Saal — über die Zuckerversorgung.

Der Herr Abgeordnete Koller hat auf Engpässe in der Zuckerversorgung hingewiesen, die eventuell eintreten könnten, wenn man den Zuckerrübenbauern nicht den gerechten Lohn bezahle. Ich frage Sie, Herr Abgeordneter Teschl: Für Sie ist es doch eine Selbstverständlichkeit, daß Löhne und Gehälter auf Grund der Teuerung nachgezogen werden —

für die Bauern ist das nicht möglich? Sind die Bauern nicht die gleichen Staatsbürger? Das ist eine Ungerechtigkeit, und dagegen werden wir uns jederzeit wehren. (*Beifall bei der OVP.*)

Und nun, meine Damen und Herren, ganz kurz zu einem Thema, das in den nächsten Tagen höchst aktuell wird.

Mit 1. Jänner 1975 unterliegen die Einfuhren von Obst- und Gemüseverwertungsprodukten sowie Kartoffelverarbeitungsprodukten aus den Oststaaten keinerlei Beschränkungen mehr. Dies bedeutet, daß die österreichische Obst- und Gemüseverarbeitung in Zukunft nur mehr durch ungenügende Zölle abgeschirmt wird und unerwünschte Billigpreiswaren aus dem Osten durch mengenmäßige Beschränkungen nicht abgehalten werden können. Ich bin überzeugt, daß mir hier der Herr Minister nicht zustimmen wird, denn er wird wieder auf eine neue Maßnahme hinweisen, die hier Abhilfe schaffen soll, nämlich das sogenannte Vidierungsverfahren, mit dem ich mich ja noch auseinandersetzen werde.

Mein Kollege Zittmayr hat interessanterweise schon bei den Budgetverhandlungen im Jahre 1972 auf diese Gefahren hingewiesen, und heute genau vor einem Jahr habe ich hier von diesem Rednerpult aus dasselbe gemacht. Ich habe gleichzeitig einen Entschließungsantrag betreffend Ostliberalisierung eingebracht, worin die Bundesregierung aufgefordert wird, rechtzeitig Maßnahmen zu setzen, um diesen Schwierigkeiten begegnen zu können.

Herr Bundesminister! Ich bin völlig überzeugt, daß Sie die Gefahren aus der Ostliberalisierung genauso erkennen wie ich. Ich darf aber trotzdem noch einmal ganz kurz auf sie hinweisen.

Durch die Öffnung der Grenzen, wie ich schon eingangs erwähnt habe, wird eine Überschwemmung unseres Marktes mit Obst- und Gemüseverwertungsprodukten nicht zu verhindern sein. Verschärft wird diese Situation noch dadurch, daß bei Ostexporten nicht die Kostendeckung in der Produktion, sondern die Devisenerlöse Vorrang genießen. Eine Wettbewerbsverschlechterung für unsere Industrie und unser Gewerbe müßte eintreten, da sie nach wie vor auf die inländische Produktion angewiesen sind. Sie könnten daher mit den billigen Auslandskonservern wahrscheinlich nicht mehr in Konkurrenz treten und müßten die Produktion zumindest einschränken.

Das Fehlen einer ausreichenden Inlandsproduktion wird erfahrungsgemäß zu willkürlichen Preisfestsetzungen ausgenützt werden.

12710

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Dipl.-Ing. Tschida

Am Beispiel „Tomatenmark“, dessen Preis innerhalb kürzester Zeit von 9 S auf 18 S hinaufgezogen wurde, kann man erkennen, wieweit es führen kann, wenn man vom Auslandsmarkt und vor allem vom Osten in eine gewisse Abhängigkeit gerät. Die Vertragsbereitschaft beider Seiten — sowohl der Verwertungsindustrie wie der Bauernschaft — wird durch die Unsicherheiten sicherlich leiden. Die Verwertungsindustrie wagt kaum, jetzt schon Verträge abzuschließen, weil sie über die Preisentwicklung vollkommen im unklaren gelassen wird. Über 30.000 Feldgemüse-, Garten- und Obstbaubetriebe, Klein- und Kleinstbetriebe, die in den wirtschaftlich schwachen Entwicklungsgebieten — vor allem in meinem Bundesland, im Burgenland, aber auch in der Oststeiermark, in Niederösterreich und in Oberösterreich — liegen, werden durch die Obstliberalisierung schwerstens in Mitleidenschaft gezogen.

Das Burgenland hat bis jetzt unter größten finanziellen Opfern im Zuge der Industrialisierung und im Sinne einer modernen Regionalförderung Betriebe zur Verarbeitung der bodenständigen Gemüseproduktion im Lande angesiedelt. Sie bilden die Existenzgrundlage für viele unserer landwirtschaftlichen Klein- und Kleinstbetriebe, und sie sichern Tausenden von Menschen heute Dauerarbeitsplätze. Dieses günstige Zusammenwirken von Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft trägt zur wirtschaftlichen Strukturverbesserung dieser Gebiete und zur Aufrechterhaltung der Besiedlung an der toten Grenze ganz wesentlich bei.

Die landwirtschaftlichen Betriebe, die sich mit Obst- und Gemüsebau befassen, produzieren nicht nur für den Frischmarkt, wie fälschlich immer wieder behauptet wird, sondern sind im Durchschnitt mit 50 Prozent ihrer Produktion auf den Absatz an die Gemüseverwertungsindustrie und das Verarbeitungs-gewerbe angewiesen. Verlieren diese Betriebe aber ihren Industrieabsatz, besteht größte Gefahr, daß die Bauern ihr Einkommen verlieren und abwandern, was gerade diesen Grenzland-räumen nicht guttun wird.

Zu den Folgen des Einkommensverlustes und der Abwanderung aus der Wirtschaft dieser Gebiete kommt noch die Gefährdung der Versorgung der österreichischen Konsumenten mit Frischgemüse und Obst. Herr Minister! Schon im Agrarkapitel wurde x-mal darauf hingewiesen, daß eine funktionierende Inlandsproduktion die sicherste Basis für eine reibungslose Lebensmittelversorgung nach wie vor darstellt.

Herr Bundesminister! Ich frage Sie nun: Wollen wir diese bisherige günstige Entwicklung und im Zusammenhang damit die Existenz Tausender Arbeitnehmer durch die Ostliberalisierung aufs Spiel setzen? Wäre es nicht gerade jetzt ein zwingender Grund für alle verantwortungsbewußt und volkswirtschaftlich denkenden Stellen des Bundes und der Länder, alle Maßnahmen zu treffen, um diesen Wirtschaftsbereich zu erhalten und zu fördern?

Ich will Ihnen keineswegs, Herr Bundesminister, den guten Willen absprechen, sich bis jetzt um günstige Lösungen bemüht zu haben. Sie werden aber zum Unterschied vom Vorjahr, wo Sie unter anderem vor allem das Anti-Marktstörungsgesetz, das Anti-Dumping-gesetz und das Außenhandelsgesetz als wirk-same Waffen gegen Marktstörungen ins Tref-fen führten, heuer ganz neu das Vidierungs-verfahren als Allheilmittel gegen marktstö-rende Ostimporte propagieren. Ich bin felsens-fest überzeugt: Das Vidierungsverfahren wird genauso wenig wirksam sein wie die eben angezogenen Gesetze!

Das Vidierungsverfahren sieht vor, daß eine zollamtliche Abfertigung nur dann möglich ist, wenn die entsprechend mit der Verzollungs-faktura übereinstimmende Proforma-Rechnung mit einem Vidierungsvermerk des Handels-ministers versehen ist. Wie soll sich nun die-ses Vidierungsverfahren bei Obst- und Ge-müseverwertungsprodukten auswirken?

Es ist beabsichtigt, für jedes einzelne Pro-dukt der Produktgruppe Obst- und Gemüse-verwertungserzeugnisse einen bestimmten, noch zwischen Industrie und Österreichischem Gewerkschaftsbund auszuhandelnden Prozen-tsatz der gesamtvermarkteten Menge festzu-legen. Innerhalb dieses Prozentsatzes soll es den Ostländern möglich sein, unabhängig vom Preis nach Österreich zu exportieren. Hier sehe ich eine sehr große Gefahr! Wie kann sich denn dies auswirken? Hierzu nur zwei Bei-spiele.

Der Importbedarf an Gurken in Kleinpackun-gen beträgt rund 20.000 Tonnen. Nach Ansicht des Gewerkschaftsbundes müßte nun dieses frei einzuführende Kontingent rund 16 Pro-zent betragen; das sind immerhin über 3000 Tonnen, Herr Minister. Und jeder kleine einfache Kaufmann kann heute bereits beur-teilen, daß solche Mengen, wenn sie über Nacht vollkommen frei die Grenze passieren können, den Markt total zerschlagen und ru-inieren können.

Die Fachexperten der Landwirtschaft und auch der Verarbeitungsindustrie sind daher nach wie vor der Meinung, daß nur durch ein EWG-analoges Abschöpfungs- und Förde-

Dipl.-Ing. Tschida

rungsgesetz marktstörende Importe verhindert werden können. Das Vidierungsverfahren wird sich genauso als unbrauchbar erweisen wie das Anti-Marktstörungen- und Anti-Dumping-gesetz.

Die Abgeordneten der ÖVP haben daher einen Initiativantrag eingebracht, der eine Importausgleichs- und -förderungsregelung bei Einfuhr von Obst- und Gemüseverwertungsprodukten analog anderen bereits bestehenden Gesetzen, wie zum Beispiel dem Geflügelwirtschaftsgesetz, dem Stärke- und Zuckerförderungs-gesetz, vorsieht.

In einigen Tagen fallen nun die Schranken, Herr Minister. Ich darf Sie daher um Beantwortung folgender Fragen bitten:

Sind Sie der Meinung, Herr Minister, daß das Vidierungsverfahren tatsächlich marktstörende Importe verhindern kann?

Warum treten Sie den berechtigten Wünschen sowohl der Industrie wie der Landwirtschaft nach einem Abschöpfungs- und Förderungsgesetz nicht näher?

Sind Sie bereit, Herr Minister, meinen Initiativantrag, der diesen Importausgleich verlangt, auch dem Parlament weiterzuleiten?

Abschließend möchte ich nochmals feststellen, daß es bei unserem Initiativantrag darum geht, die Gemüseverwertungsindustrie, das Gewerbe und die Landwirtschaft wirksam zu schützen und Tausende von Arbeitsplätzen zu sichern.

Herr Minister! Sie sind dazu berufen und Sie sind als Bundesminister verpflichtet, raschest einzugreifen. Tun Sie es! Die Betroffenen und die gesamte österreichische Bevölkerung erwartet dies. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Staribacher.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. **Staribacher**: Hohes Haus! Ich möchte zuerst ein persönliches Bekenntnis ablegen: Ich war Optimist, ich bin Optimist, und wenn auch die Österreichische Volkspartei mich hier wegen dieser optimistischen Haltung angreift und mir sagt, ich sehe alles durch die rosarote Brille, so finde ich, ist das für einen Handelsminister besser, als wenn man seit 1970 ununterbrochen schwarz malt und es stellt sich heraus, es trifft keine Prognose von Ihnen zu! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was nun die Frage bezüglich der Verunsicherung betrifft, so möchte ich doch eines festhalten: Ich habe mich in den fünf Jahren immer bemüht, und ich werde es auch 1975 tun, der Wirtschaft die alleinige Wahrheit zu sagen, so wie ich sie also sehe. Ich habe noch niemals, wie der Herr Abgeordnete Mitterer

gemeint hat, hier nicht die volle Wahrheit oder so eine halbe Wahrheit oder gar keine Wahrheit gesagt, sondern ich sehe die Situation so und kann daher nur sagen: Ich habe keine Möglichkeit, Ihren pessimistischen Prognosen hier zu folgen, weil sie bis jetzt nicht zugetroffen sind und weil sie in Zukunft nicht zutreffen werden! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Zittmayr, Sie sagen, das, was man jetzt feststellen kann, ist das Ergebnis einer leichtfertigen Politik. Ja betrachten Sie 300.000 Beschäftigte mehr als eine leichtfertige Politik? *(Beifall bei der SPÖ.)* Betrachten Sie 34 Prozent Exportsteigerung mehr als eine leichtfertige Politik? Ja, meine Damen und Herren, was erwarten Sie sich denn von der Wirtschaftspolitik anderes als Vollbeschäftigung, größeren Lebensstandard, verhältnismäßig geringere Preissteigerungen als in der gesamten westlichen Welt? *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Ich verstehe ja vollkommen, welche Schwierigkeiten Sie haben. Ich erfahre hier zum ersten Mal, daß der Herr Abgeordnete Mussil mich angreift, weil ich oder die Sozialisten zusagen für den Nulltarif eintreten. Gar keine Rede — die sozialistische Junge Generation hat dieses Problem einmal diskutiert. Aber im gleichen Zeitpunkt sagt der Herr Abgeordnete Mitterer: Es ist ja ungeheuerlich, welche Tarifierhöhungen vorliegen. — Ja, Sie müssen sich doch wenigstens innerhalb Ihrer Bünde koordinieren können! Daß Sie es untereinander nicht zusammenbringen, ist doch ohnehin bekannt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Herr Abgeordnete Vetter greift mich hier an *(Abg. Dkfm. Gorton: Wenn Sie polemisieren, dann gehen Sie zum Rednerpult!)* — ich polemisiere nicht, Herr Abgeordneter, ich stelle nur rein sachlich fest —, daß ich für die Konsumentenpolitik zu wenig gemacht habe. Der Herr Abgeordnete Mussil sagt wieder, ich bin ein reiner Konsumentenminister. Ja, meine Herren, Sie müssen sich einmal entscheiden, was ich bin! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Herr Abgeordnete Mussil behauptet *(Zwischenrufe bei der ÖVP)* — ich habe nur 20 Minuten Zeit *(Abg. Zeillinger: Wieso?)* —, daß wir 1970 das ÖVP-Erbe angetreten haben und daß das so gigantisch gewesen ist. Gleichzeitig sagt er, es müßte mit der Bürges mehr geschehen. Ja, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei: Die Fälle der Bürges wurden seit 1970 systematisch abgebaut, und wir sind jetzt, wie es so schön heißt, à jour. Und 1970, Herr Abgeordneter Mussil, hat der Abgeordnete Mitterer die Bürges geschlossen und nicht ich. *(Beifall bei der SPÖ.)* — *Abg. Dr. Mussil: Die haben Sie ruiniert!*) Das muß ich also doch festhalten.

12712

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Bundesminister Dr. Staribacher

Seit der Zeit können wir feststellen, daß wir alle Wünsche und alle Forderungen, die von seiten der Wirtschaft an die Bürges und an das Handelsministerium herangetragen wurden, erledigt haben.

Sie sagen immer, Sie werden Tausende Fälle bringen. Ich sage immer: Bringen Sie mir einen einzigen Fall, den wir nicht erledigt haben. Sie haben keinen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie regen sich, Herr Abgeordneter Mussil, und auch andere Abgeordnete, insbesondere Herr Abgeordneter Blenk, über die Preisgesetze, die ich eingebracht habe, auf. *(Abg. Dr. Mussil: Mit Recht!)* Mit Recht? Stimmt gar nicht. Mit Unrecht, Herr Generalsekretär! Denn wir haben seit Jahren über dieses Problem gesprochen. Aber natürlich kann ich nicht nur allein die Wünsche der Handelskammer erfüllen. *(Abg. Graf: Warum nicht, Herr Minister? — Allgemeine Heiterkeit.)* Sie sind zu einseitig! Herr Abgeordneter Graf, Sie sind zu einseitig! — Deshalb habe ich also in das Gesetz alle Wünsche, die von der Handelskammer gekommen sind, und auch die, die vom Gewerkschaftsbund und von der Arbeiterkammer gekommen sind, aufgenommen. Als Sie es gelesen haben, haben Sie sofort geschrien: Das ist ja unmöglich, dieses Gesetz lehnen wir ab! *(Abg. Dr. Mussil: Verdrehen Sie nicht alles, Herr Minister!)*

Nun habe ich Verständnis dafür, daß Sie die Wünsche der Arbeiterkammer und des Gewerkschaftsbundes abgelehnt haben. Ich habe nur kein Verständnis gehabt, daß Sie selbst Ihre eigenen Wünsche dann zurückgezogen haben. Aber wahrscheinlich mußten Sie das machen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich kann daher dem Herrn Abgeordneten Mühlbacher nur versichern, daß ich selbstverständlich weiter dafür eintreten werde, daß wir zu einer Lösung kommen, auch auf dem Preissektor, die auch die Wünsche der Gewerbetreibenden berücksichtigt. Ich hoffe, es wird schön langsam gelingen, auch die Bundeskammer davon zu überzeugen. Man muß nur richtig Geduld haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was nun die Frage bezüglich der Strafrechte betrifft, die vorgesehen sind. *(Abg. Dr. Mussil: Wenn Sie nicht bald aufhören zu polemisieren!)* Herr Generalsekretär! Was nun die Frage bezüglich der Strafrechtsreform betrifft ... *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst** *(das Glockenzeichen gebend)*: Nein, der Herr Minister kann antworten! Sie können dann auch antworten!

Bundesminister Dr. Staribacher *(fortsetzend)*: Ich bin von Ihnen gefragt worden wegen der Strafen, die in dem Preisgesetz drinnen sind. *(Abg. Dr. Mussil: Dort nicht! Gehen Sie*

zum Rednerpult!) Ja, Sie haben mich doch gefragt, ich muß Ihnen doch Antwort geben, Herr Generalsekretär! *(Abg. Dr. Kohlmaier: Aber sachlich!)* Sie haben mich gefragt, was ich zur Frage der Strafsätze sage, die im Preisgesetz drinnen sind. *(Abg. Doktor Mussil: Ich habe gar nichts gefragt! Ich habe Ihnen etwas vorgeworfen!)* Herr Generalsekretär! Ich bitte Sie, das kann doch nicht so verstanden werden, daß, wenn ein Minister sowieso zu über 20 Rednern nur 20 Minuten antworten kann und Sie mir etwas vorwerfen, ich dann diesen Vorwurf einstecken soll und nicht einmal ein Wort dazu sagen darf. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich stelle daher ja nur fest, daß in der Frage der Strafsätze, die in dem Preisgesetz eingebaut waren, die in der Strafrechtsreform einvernehmlich vom ganzen Haus beschlossenen Tagessätze als Grundlage genommen wurden. Daher ist es richtig, daß ich theoretisch ein Vergehen oder einen Verstoß gegen das Preisgesetz mit einer Million Schilling ahnden könnte. *(Abg. Dr. Mussil: Finden Sie das richtig?)* Das finde ich insofern richtig, als ich mir sehr gut vorstellen kann, wenn ein multinationaler Konzern in einem gewissen Fall Dutzende Millionen dabei verdient, daß ich ihm auch dann die eine Million Strafe auferlegen kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Im übrigen sind wir ein Rechtsstaat, und jedes Unternehmen hat das Recht, gegen diese Verfügung in die Berufung zu gehen, respektive die Gerichte anzurufen.

Was nun die einzelnen Fragen betrifft, die die Abgeordneten hier an mich gerichtet haben:

Herr Abgeordneter Sallinger! Ich anerkenne insbesondere, was Sie gesagt haben und was Sie kritisiert haben, weil ich immer auf Ihre Ausführungen größten Wert lege.

Nur eines hat mich hart getroffen: daß Sie gesagt haben, daß ich als Minister — und auch der Herr Sozialminister — wegen optischer Wirkungen Betriebe besucht habe, die in Schwierigkeiten gekommen sind. Im Gegenteil: Wir haben gerade diese Betriebe besucht, weil sie in Schwierigkeiten gekommen sind, und haben ihnen geholfen. Und ich kann mit ruhigem Gewissen sagen: Ich war der erste Handelsminister, der diese Methode eingeführt hat! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was die Frage bezüglich des Budgetausmaßes betrifft, kann ich eben nur wiederholen: Es sind jetzt zwar nur 912 Millionen Schilling, aber immerhin, von 1966 bis 1970 — das ist jetzt keine Polemik, nur eine Feststellung — haben die Budgetbeträge immer 310, 312, 314 bis 320 Millionen ausgemacht. Sie haben sich

Bundesminister Dr. Staribacher

also die ganzen vier Jahre um 300, 320 Millionen bewegt und sind jetzt immerhin 912 Millionen Schilling.

Der Herr Abgeordnete Hanreich hat bezüglich des Fremdenverkehrs gesagt, es wäre eine Organisationsänderung notwendig. Selbstverständlich. Sie sagen selbst, die Basisorganisation müßte sich ändern, wie auch in dem Prospekt ausgeführt wurde. Es gehört also in den Orten und in den Regionen ein besseres Konzept entwickelt. Nur bitte zu beachten: Hier habe ich keine Kompetenz, das ist Kompetenz der Länder, und ich kann daher nur — das habe ich in den fünf Jahren redlich getan — mit Vorschlägen, mit entsprechendem Zureden versuchen, eine bessere Organisation zu finden. Wir haben sie auch teilweise schon in den ersten Schritten erreicht. Ich glaube daher, daß wir mit dieser Entwicklung sehr zufrieden sein können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Herr Abgeordnete Mitterer hat erklärt, daß ich die Wissenschaft nicht respektiere. Keineswegs, ich respektiere die Wissenschaft. Nur, ich bin halt nicht der Ansicht des Herrn Professor Hayek, und ich bin auch nicht der Ansicht der Wissenschaftler, die Sie hier zitiert haben. Ich habe halt — so wie viele Sozialisten — eine andere Auffassung von der Wirtschaft. Vielleicht ist unsere insofern ein bißchen besser, als der Weg doch noch nicht in die Knechtschaft geführt hat, wie man von dieser Seite damals prognostiziert hat.

Was nun die Frage bezüglich des Energieplanes betrifft — es haben einige Redner darauf Bezug genommen —, möchte ich folgendes feststellen: Ich habe diesen Energieplan in Arbeit gegeben, ich habe mich selbst sehr damit beschäftigt und habe versucht, einen Konsens zu erreichen. Um das aber zu erreichen, muß man zuerst auch die Meinungen aller hören.

Es wurden daher in den ersten Entwurf viele Probleme und Vorschläge aufgenommen, unter anderem wurde auch — ich streite das gar nicht ab — an mich die Frage herangebracht, ob man neue Abgaben einheben soll, höherer Stromverbrauch und so weiter. Ich habe erklärt: nein! Aber ich mußte doch fairerweise alle diese Vorschläge zur Diskussion stellen, sonst hätte man mir doch zu Recht gesagt: Sie können jetzt nicht Ihr Energiekonzept vorlegen, ohne die Wünsche der einzelnen Stellen berücksichtigt zu haben.

Ich werde jetzt diese Diskussion fortführen und ich bin überzeugt davon, Herr Generalsekretär Mussil und die anderen Herren der ÖVP, die mich gefragt haben, wir werden hier auch einen Konsens erreichen. Denn es steht gerade in der Frage dieses Energie-

problems außer jeder Diskussion, daß wir es lösen müssen, gemeinsam lösen müssen. Ich kann nur sagen, wir haben eine verhältnismäßig gute Erfahrung gemacht im vergangenen Herbst.

Als es nämlich im Vorjahr um dieselbe Zeit darum gegangen ist, daß es hieß, wir werden das Energieproblem nicht lösen können, haben wir es dann doch gemeinsam sehr gut gelöst unter der geringsten Belastung der Konsumenten und der Wirtschaft. Ich bin überzeugt davon, wir werden das auch in Zukunft machen können. Ich kann nur nicht immer alle Vorschläge, die in dem Fall gerade von der Opposition kommen, akzeptieren. Ich erinnere, daß man damals auch gesagt hat, ich soll unbedingt die Bewirtschaftung einführen, und es wäre wahrscheinlich ein sehr schlechter Weg gewesen, wenn wir ihn beschritten hätten. Wir sind mit dem Pickerl ausgekommen und haben damit, glaube ich, das Problem wirklich bestens gelöst. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Westreicher! Sie haben die Frage angeschnitten: offensive Gastlichkeit, Förderungsmaßnahmen umstellen. Ja, wohl, ich bin bereit, diese Umstellung vorzunehmen. Sie wissen, daß ich gerade diesbezüglich verhandle. Ich möchte aber nur eines sagen: Jetzt in der Wintersaison läuft der Fremdenverkehr sehr gut an, nicht zuletzt wegen der Sinowatz-Woche, wie sie so schön heißt. Das war auch eine jahrzehntelange Forderung des Fremdenverkehrs, die nie erfüllt worden ist. Jetzt haben wir sie, der Sinowatz ist dafür verantwortlich *(Beifall bei der SPÖ)*, und ich danke ihm, glaube ich, in Ihrem Namen, daß er jetzt hier dem Fremdenverkehr eine sehr gute Chance gibt. Sie können sie auch Energie-Woche nennen, ich habe nur „Sinowatz-Woche“ in der Zeitung gelesen und ich bin gerne bereit, das sofort zu übernehmen.

Herr Abgeordneter Neumann fragte, was mit Köflach geschieht respektive was mit dem 300 MW-Block ist. Die diesbezüglichen Mittel sind bereitgestellt, die Bohrungen sind durchgeführt worden, die 10 Millionen Tonnen sind jetzt schon garantiert. Wir müssen 30 Millionen Tonnen finden, dann wird der 300 MW-Block in Voitsberg errichtet, und dann ist, glaube ich, für den Kohlenarbeiter auf lange Sicht hinaus die beste Kohlenpolitik gemacht worden, die man sich vorstellen kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was die Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Blenk betrifft, der gemeint hat, es müßte jetzt endlich einmal eine konzeptive Politik gemacht werden, und sie soll keine Konsumenten- oder Preispolitik sein. Eines schließt doch das andere nicht aus. Ich meine, man kann doch eine konzeptive Politik

12714

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Bundesminister Dr. Staribacher

machen, bei der man gleichzeitig auch die Interessen der Konsumenten vertritt und eine entsprechende Preispolitik macht. Denn letzten Endes ist es uns ja gemeinsam — das streite ich gar nicht ab — unter Mitwirkung der Handelskammer geglückt, diese Preisentwicklung auf dem bescheidenen, verhältnismäßig bescheidenen Niveau zu halten. Ich sehe nicht, wo hier ein Gegensatz wäre. Ich werde mich nur weiter bemühen — und das kann ich Ihnen versichern —, im engsten Einvernehmen mit den Interessensvertretungen diese Politik fortzusetzen.

Sie haben nun gefragt, ob bezüglich Swarovski und so weiter ein Einvernehmen mit dem Sozialminister besteht. Da kann ich Ihnen versichern, daß ich im engsten Einvernehmen mit dem Sozialminister vorgehe. Das ist auch ein Teil der Industriepolitik, auch dann, Herr Abgeordneter Sallinger, wenn ich nicht die Millionen habe, die mein Kollege Häuser hat — er hat nämlich 850 Millionen nächstes Jahr in der Arbeitsmarktförderungspolitik zur Verfügung —, ist es auch Industriepolitik, wenn wir dadurch gefährdeten Industriebetrieben über die Runden helfen. Da könnte ich Ihnen Dutzende von Betrieben aufzählen, deren Probleme wir hier gelöst haben. Ich glaube, daß das eine richtige Politik ist und daß wir diese Politik fortsetzen sollten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie meinen, bezüglich der Exportfinanzierung sollten wir noch mehr tun. Hier kann ich nur sagen, wir waren alle von der Stärke des Exportanstieges überrascht, ist gestehe das hier offen und ehrlich ein. Niemand hat erwartet, daß wir bis Ende Oktober immerhin 34 Prozent Exportsteigerungen haben, was bedeutet, daß wir in der Exportfinanzierung natürlich in eine Lücke gekommen sind. Sie wissen, daß dieses Problem gelöst wurde. Die Handelskammer und die Industriellenvereinigung haben erklärt, daß diese Lösung befriedigend ist. Ich habe daher dem nichts mehr hinzuzufügen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Vetter! Sie fragen, ob es zweckmäßiger wäre, den Lebenshaltungskostenindex alle fünf Jahre im Korb zu ändern. So etwas könnte man machen, das setzt allerdings voraus, daß auch international dasselbe geschieht. Es wird dann nur nach wie vor dazu kommen, daß es dann immer wieder heißt, es wird manipuliert. Wir haben das in der weiteren Folge auch wieder gehört — ich komme noch einmal darauf zu sprechen —, als es um die Zuckerpreise gegangen ist.

Wenn ich versuche, den Preis zu drücken, wenn ich versuche, die Preise zu dämpfen, dann wird mir auf der anderen Seite vorgehalten, ich manipulierte den Index, weil dann der Index nicht entsprechend steigt. Das geht halt

nicht anders. Wenn man als Preisminister für die Preisentwicklung verantwortlich ist, dann muß man schauen, zu Lösungen zu kommen, die den Konsumenten so wenig wie möglich belasten. Und das ist mein Konzept. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Energieabhängigkeit vom Osten — das ist nichts Neues — hat es immer gegeben. In der Ersten Republik haben wir schon die Kohlen aus der Tschechoslowakei und aus Polen und so weiter bezogen. An diesem Zustand hat sich in der Zweiten Republik nichts geändert. Wir haben eine Zeitlang sogar aus Amerika Kohlen bezogen, weil man sie dort preiswerter bekommen hat. Wir sind natürlich nach wie vor energieabhängig, darüber gibt es gar keine Diskussion. Aber das kann man nicht ändern, weil wir eben bekanntlicherweise einen Großteil importieren müssen. Nur bitte, Herr Abgeordneter Neumann, wir haben nicht den größten Energieimport in Westeuropa. Nehmen Sie nur Italien, es wird jeder wissen, daß dort ein wesentlich höherer Energieimport notwendig ist als bei uns. Daher stimmt diese Aussage nicht ganz.

Was nun die Frage bezüglich des Energieplanes betrifft. Ich werde ihn — und das habe ich schon einmal erklärt — als einen Plan auffassen, der jährlich revidiert werden muß, weil sich die Energiesituation jährlich ändert. Ich möchte nicht, daß der Verdacht aufkommt, jetzt ist ein Plan hier, der kann sich theoretisch dann in den Voraussetzungen total geändert haben, aber es bleibt bei diesem Plan. Nein, sondern wir werden ihn jährlich revidieren und werden damit eine neue Reform einer Planerstellung bringen, wobei ich bitte, Herr Abgeordneter Mussil, nicht zu glauben, daß die Sozialisten jetzt von der Planwirtschaft abgekommen sind, nämlich von dieser programmierten Wirtschaft, wie ich fast sagen würde, es besteht keine Gefahr, sondern wir werden nur ein moderneres, besseres System entwickeln.

Herr Abgeordneter Gorton! Sie meinen, daß die Exporte um 34 Prozent gestiegen sind. Das wissen Sie, das geben Sie auch zu, aber Sie meinen, die Importe sind auch um 25 Prozent gestiegen. Jawohl, um 25 Prozent. Trotzdem — hören Sie nur zu! — ist es im Oktober das erste Mal gelungen, den Außenhandelspassivsaldo um 95 Millionen Schilling gegenüber dem Vorjahr zu verringern. Das, glaube ich, ist eine gigantische Leistung im Hinblick auf die besonderen Steigerungen, die sich auf dem Rohstoff- und Energiesektor ergeben. Sie sehen, daß wir hier ganz richtig gefahren sind, und ich zweifle nicht daran, daß wir hier weiter so fortfahren werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Bundesminister Dr. Staribacher

Ich habe nichts herausgenommen, sondern das sind die Zahlen von Jänner bis Oktober.

Nur eine kurze Bemerkung noch zum Zuckerpreis und zu den Zuckerversorgungsschwierigkeiten. Meine Damen und Herren! Wieso wir in die Schwierigkeiten gekommen sind, ist im ganzen Haus hier hinlänglich bekannt, ich habe es im Budgetausschuß gesagt. Ich halte es für unverantwortlich, wenn Unternehmer, nur weil sie das Geschäft machen — das könnten die Rübenbauern genauso —, hergehen und Zucker in Wasser auflösen und diesen Zucker dann ins Ausland exportieren und damit Zuckerprofite machen. *(Pfui-Rufe bei der SPO.)*

Ich habe es nie verstehen können, daß ich deswegen, als ich das im Budgetausschuß zur Sprache gebracht habe, gerügt wurde und man mir gesagt hat, ja, wenn Sie kein gesetzliches Verbot haben, dann darf jede Firma machen, was sie will. Ich habe damals prophezeit, diese Firma wird kommen — und jetzt ist sie bei mir — und wird zusätzlichen Zucker verlangen, damit sie den inländischen Markt versorgen kann.

Meine Damen und Herren! So geht es nicht. Die Zuckerversorgung wäre absolut gesichert, wenn gewisse Firmen eine gewisse Verantwortung an den Tag gelegt hätten, und das haben wir vermißt, wir alle, die Rübenbauern, die Zuckerindustrie, aber insbesondere die Konsumenten. Dafür müssen wir jetzt alle büßen, und das halte ich für falsch. *(Beifall bei der SPO.)*

Ich möchte daher auch zum Schluß noch auf die Frage bezüglich der Obst- und Gemüsekonserven, Vidierungsverfahren und so weiter zu sprechen kommen. Ich habe mich hier bemüht, redlich bemüht, eine einvernehmliche Lösung zu erzielen, und es ist mir auch gelungen. Wir haben kein besseres System gehabt, ich mußte hier gewisse Zusagen — das ist gar kein Vorwurf, nur eine Feststellung — einlösen, und wir haben sie mit einem gewissen Minimum gegenüber den anderen Staaten durchgebracht und haben dadurch eine maximale Lösung des Schutzes erzielt. Mehr war nicht möglich, und ich kann nur eines sagen: Ich habe mich bis jetzt in den 5 Jahren bemüht und werde es auch weiter tun, im Interesse der österreichischen Wirtschaft, im Interesse der Produktion, des Handels und auch natürlich der Konsumenten, diese Politik fortzusetzen. *(Beifall bei der SPO.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gelangt der Abgeordnete Staudinger.

Abgeordneter **Staudinger** (ÖVP): Hohes Haus! Die Debatte zur Budgetgruppe Handel ergibt eine Fülle von Wortmeldungen zu

Fragen der allgemeinen Wirtschaftspolitik, der Vollbeschäftigung und Inflation, der Energiepolitik, des Bergbaues, der Industriepolitik und des Außenhandels. Und eingehender als sonst ist über Fragen der mittelständischen Wirtschaft, über Mittelstandspolitik heute diskutiert worden.

Nun hat der Herr Handelsminister innerhalb von 20 Minuten versucht, Stellung zu nehmen. Es ist ganz selbstverständlich, daß er nicht zu allen Fragen Stellung nehmen konnte. Er hat nur eine Art und Weise an den Tag gelegt, die wir an ihm bereits bewundert haben, als er noch Abgeordneter war: ohne auf die gravierenden Probleme einzugehen, die Dinge so zu bringen, daß die eigene Partei Grund zum Beifall hat. Diese Möglichkeit hat er geschaffen, freilich, bitte schön, ohne die wirtschaftlichen Probleme, die es gibt, damit gelöst zu haben.

Einige Antworten nur, Herr Bundesminister.

Bürges: Sie sind à jour, sagten Sie. Wenn man das Tor zur Bürges so klein macht, daß niemand mehr eintreten kann, ist es keine Kunst, à jour zu sein.

Zweitens zum Preissektor: Das war die einzige Äußerung, die Sie zu Fragen der mittelständischen Wirtschaft gemacht haben, Herr Minister. Das ist ein bißchen enttäuschend. Da haben Sie nur zum Abgeordneten Mühlbacher gewandt gesagt, Sie werden hinsichtlich des Preissektors Regelungen treffen, mit denen auch die gewerbliche Wirtschaft einverstanden sein kann. Ich halte nur fest: Die Preisaktivitäten, die Sie bisher ergriffen haben, haben dazu geführt, daß sogar der Freie Wirtschaftsverband gegen Ihre Preisgesetze Stellung genommen hat.

Zum dritten rühmen Sie sich, daß Sie der erste Minister gewesen sind, der zugegen war, als für freierwerdende Arbeitskräfte neue Arbeitsplätze gesucht werden mußten. Ich habe mir erzählen lassen — ich weiß nicht, ob es wahr ist —, daß die maßgeblichen Personen der Landesregierung und der Gewerkschaft in Tirol die zielführenden Maßnahmen gesetzt haben und daß Ihre Gegenwart absolut überflüssig gewesen sei. Wenn das zutrifft, sind Sie der erste Minister, der zielführende Maßnahmen mit einem Gesichtsbild entsprechend gekrönt hat.

Zur Energiefrage, Herr Minister: Nun hören wir die Appelle zu Sparmaßnahmen, nachdem das Energieproblem mindestens ein Jahr alt ist. Ein Jahr lang ist hier nichts geschehen. Da kann man nur sagen: „Euer Kommen ist ein spätes, aber ein ‚doches‘“. *(Beifall bei der ÖVP.)*

12716

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Staudinger

Zur Frage der Mittelstandssituation nur einige Feststellungen: Ich weiß, daß mit finanzieller Förderung allein die mittelständische Situation nicht grundlegend geändert werden kann. Maßnahmen des Wettbewerbsrechtes wären hiezu erforderlich. Herr Minister! Sie haben Vorschläge des Wirtschaftsbundes und der Bundeswirtschaftskammer. Das, was Sie im Preisgesetzentwurf diesbezüglich eingebaut hatten, war eine Frotzelei, auf jeden Fall keineswegs zielführend.

Die wirtschaftliche Situation der Einzelhandelskaufleute im Lebensmittelhandel: Sie hatten einen Antrag auf eine Regelung der Zuckerspanne, weil diese Zuckerspanne nur einen Teil der Generalregion deckt. Auf diesen Antrag haben Sie nicht einmal reagiert. Aber Sie haben Stabilitätspolitik auf dem Rücken dieser kleinen Einzelhandelskaufleute getrieben, indem Sie die Spanne bei Margarine gekürzt haben.

Es wird kein Widerspruch erhoben, wenn diese Einzelhandelskaufleute, an deren Ladentpulten nun einmal die Preisfront verläuft, geflissentlich als Preistreiber diskriminiert werden. Das tut der Herr Bundeskanzler mit präziser Ungenauigkeit beim Konsumvereinstag in Villach, wenn er davon redet, daß die Konsumvereine der Wall sein müssen gegen die Ausbeutung der Verbraucher am Markt, und das tut viel, viel deutlicher der Herr Sozialminister Ing. Häuser, wenn er expressis verbis erklärt, die Kaufleute setzten ihre Preise ohne kalkulatorische Rechtfertigung und Grundlage hinauf.

Sie wissen, Herr Minister, daß die Stabilisierungsmaßnahmen, wie Kreditbremse und so weiter, insbesondere die Kleingewerbetreibenden treffen, denn wer einmal bei einer Bank entsprechend groß in der Kreide ist, wie es Großunternehmungen sind, mit dem kann natürlich der Kreditapparat nicht so verfahren, wie er das mit den kleinen Gewerbetreibenden tun kann. Kein Wunder, wenn nun auf Grund einer Umfrage des IMAS-Institutes festgestellt wird, daß zwei Drittel aller Gewerbetreibenden, aller Klein- und Mittelbetriebe, die Schließung erwägen und 13 Prozent dezidiert erklären, sie würden in nächster Zeit schließen.

Herr Abgeordneter Mühlbacher! Nach fünf Jahren SPÖ-Alleinregierung, nachdem es in der Regierungserklärung geheißen hat, den Klein- und Mittelbetrieben kommt eine übertragende Bedeutung in der österreichischen Wirtschaft zu, ist hier eine Situation entstanden, in der man sich nicht wundern darf, daß die mittelständischen Gewerbe- und Handeltreibenden zur Preisgabe und Aufgabe neigen.

Wir hören, Herr Handelsminister, von reduzierten Wachstumsaussichten für 1975. Das erzählt keine schwarzmalende Opposition, sondern das sind die Ergebnisse der Umfragen des Wirtschaftsforschungsinstitutes. Wir hören von abnehmenden Investitionsneigungen; die Erwartungsziffern werden von Monat zu Monat herunternumeriert. Wir hören natürlich auch davon, daß die Exporte ständig schwieriger werden. Sie reden davon, Sie sähen das alles. Sie haben im Handelsausschuß gesagt, da müsse dann eben der Konsum mit der zu erwartenden 25 Milliarden Schilling-Nachfrage als Konjunkturstütze eintreten. Welche Folgen davon zu erwarten sind hinsichtlich der Preisstabilität, brauche ich hier nicht auszumalen.

Wir haben nie behauptet, daß die österreichische Wirtschaft Konkurs gemacht hätte, wir behaupten aber und sehen es heute wieder bestätigt, daß diese Regierung mit ihrer Konjunkturpolitik und mit ihrer Budgetpolitik Konkurs gemacht hat. Daran ändern auch die phantastischen Ergebnisse des Exports im Jahre 1974 nichts. Jawohl, der Export war die Konjunkturstütze. Und warum? Weil Unternehmer nicht in der Hoffnung exportiert haben, riesige Gewinne zu erzielen, und Unternehmer nicht exportiert haben, weil die Aufträge ins Haus geflattert sind, sondern exportiert haben, um die Beschäftigung zu halten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Anders ist es nicht erklärlich, daß die Investitionsbereitschaft der österreichischen Wirtschaft von Monat zu Monat sinkt und die Prognosen für 1975 denkbar schlecht sind. *(Widerspruch bei der SPÖ.)* Im Export wurde, Stahl vielleicht ausgenommen, für den Cash flow so gut wie gar nichts verdient, und wir wissen, daß der Export durch die von Ihnen gemachte Inflation gefährdet ist. *(Neuerlicher Widerspruch bei der SPÖ.)*

Jawohl! Herr Finanzminister, da Sie die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, darf ich jetzt bitte erläutern: Zur Mitte des Jahres 1973 hatte Österreich in etwa die gleiche Inflationsrate wie unser wichtigster Handelspartner, die Bundesrepublik Deutschland. Wenn die Prognosen stimmen, die uns vorgegeben werden, dann wird die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1975 eine Inflationsrate von 6 Prozent haben und wir eine von mindestens 10 Prozent. Gebe es Gott, daß sie nicht höher wird. Und zur bewußten Bremsung des Wirtschaftswachstums in der Bundesrepublik Deutschland kommt noch dazu, daß dort Kapazitäten frei werden, die selbstverständlich auf die Märkte drücken werden — auf unsere Märkte — und die uns den Export auf Drittmärkten schwierig machen werden.

Staudinger

Wenn diese Entwicklung sich tatsächlich so ergibt, dann braucht man sich über die Frage autonomer Maßnahmen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt keine Gedanken mehr zu machen, sagt Horst Knapp, denn dann treten diese Ergebnisse von selber ein. Die Gefahr besteht, weil Sie die Konjunktur angeheizt haben in einer Zeit, als es ohnehin schon Hochkonjunktur gegeben hat. Ich beziehe mich auf die Ziffern, die uns der Herr Finanzminister in den Unterlagen zu seiner Budgetrede zur Verfügung gestellt hat.

Im Jahre 1971 haben Sie trotz Hochkonjunktur eine zusätzliche Verschuldung von 1,7 Milliarden Schilling gemacht, 1972 von 1,4 Milliarden Schilling, und 1973 waren es 7,1 Milliarden Schilling. Herr Finanzminister, aus Ihren Unterlagen geht das hervor. Von 1974 rede ich nicht, weil wir wissen, daß die vom Herrn Finanzminister gemachten Prognosen sich auf keinen Fall erfüllen werden, sondern im Gegenteil die Situation viel schlimmer wird. Sie haben eine falsche Politik gemacht! (*Abg. Sekanina: Sie haben eine falsche Politik gemacht!*)

Bereits 1972, bei der Internationalen Konferenz der Sparkassen in London wurden die Volkswirtschaften gewarnt, daß aus der Überbeschäftigung die Arbeitslosigkeit entstehen würde, die Nachfrageinflation, die Kosteninflation und von dort her die Gefährdung der Arbeitsplätze. Diese Konferenz hat bereits den Abgeordneten Mitterer gerechtfertigt, der niemals für die Arbeitslosigkeit plädiert hat, niemals! (*Rufe bei der SPÖ: Aha, Aha!*) Sondern er hat die prozyklische Konjunkturpolitik gegeißelt, die Sie betrieben haben, indem Sie in der Hochkonjunktur weiterhin die Konjunktur angeheizt haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was Sie dem Herrn Huber und der Frau Meier als Konjunkturpolitik verkauft haben, das war Quacksalberei und Kurpfuscherei, die ihren Denksatz nicht gefunden hat, wenn es überhaupt einen gegeben hat. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Für 1975 — so wird uns gesagt, das malen nicht wir — sind gewisse Schwierigkeiten zu erwarten. Der Herr Finanzminister und der Herr Handelsminister reden, Dr. Androsch und der Herr Bundeskanzler stellen Warnzeichen auf, nicht eine schwarzmalende Opposition. Auch Sie müssen sich einmal in dieser Regierung über eine Sprachregelung einig werden.

Der Herr Finanzminister redet von einem Bausofortprogramm, das nicht finanzierbar sein wird, wenn zutrifft, was er gesagt hat, daß die 16,5 Milliarden die Obergrenze seien, und redet von 39 Milliarden, die ganz einfach

dadurch entstehen, daß er alles addiert, was im Budget drinnensteht und mit teilweise höheren Ansätzen auch in früheren Budgets bereits drinnengestanden ist.

Das ist das Ergebnis Ihrer Wirtschaftspolitik, von dem Sie uns ein Modell vorgestellt haben, ehe Sie diese Regierung angetreten haben! Was Sie zurücklassen, ist nicht ein ruiniertes Modell, sondern ein Schlachtfeld von Modellruinen! Das ist das, was wir als Konkurs bezeichnen: Nicht die österreichische Wirtschaft, sondern diese Ihre Politik hat Konkurs erlitten! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die gezielte Diffamierung der gewerblichen Wirtschaft und der Unternehmerwirtschaft (*Abg. Treichl: Was ist Diffamierung? Das, was Sie machen!*) verkaufen Sie der Bevölkerung als Verbraucheraufklärung und Konsumenteninformation. Damit sind Sie unglaublich geworden. Die ständige Verschärfung der Steuerprogression auch nach dieser „Reform“ verkaufen Sie der Öffentlichkeit als eine Steuerreform. Tarifierhöhungen bei der Bahn und bei der Post bezeichnen Sie als Stabilisierungsbeitrag und glauben noch, daß Sie damit glaubwürdig werden können.

Das System der Ablehnung aller Vorschläge der Opposition, siehe Inflationsstabilisierungspaket 1972, bezeichnen Sie als Suche nach der Zusammenarbeit. Wenn diese Regierung nicht unglaublich geworden ist, was könnte man dann als unglaublich bezeichnen? (*Ruf bei der SPÖ: Ihre Partei!*)

Die Demolierung des Wohnbaues mythologieren Sie hoch zu einer Wohnbauankurbelung und Wohnbaureform. Der Herr Bundeskanzler hat zweimal in Braunau, jedesmal vor einer Wahl, mit ganz gewissen Kanzlerworten die Errichtung der Elektrolyse versprochen. Und jetzt sagt er, daß daraus nichts wird. (*Abg. Dr. Kreisky: Wer sagt das?*) Dieser Wortbruch, dieses Desaster, wird von Ihnen der Bevölkerung als Industriepolitik verkauft. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Die Herummurkserei mit der Bergbauhilfe — Herr Handelsminister, das geht an Sie — bezeichnen Sie als Strukturpolitik. Ihre Inflationspolitik bezeichnen Sie als Arbeitsplatzsicherung. Das, was Sie mit den Preisgesetzen, mit Paragraphen nachzuholen versuchen, ist nichts anderes als der Versuch, zu kaschieren, welche Versäumnisse Sie in der Stabilisierungspolitik tatsächlich gemacht haben.

Der Abgeordnete Köck hat gesagt, diese Regierung hat alles getan, was man von ihr erwarten konnte. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das stimmt schon!*) Gott sei es geklagt, ja: Sie hat uns eine Inflation sondergleichen beschert,

12718

Nationalrat XIII. GP — 129. Sitzung — 17. Dezember 1974

Staudinger

sie hat uns eine Verschuldung sondergleichen beschert (*Abg. Pay: Und keine Arbeitslosigkeit!*), und sie hat das Budget bewegungslos gemacht und unfähig dazu, ein Instrument einer ambitionierten Wirtschaftspolitik zu sein. Zu einem solchen Budget sagen wir natürlich nein! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? — Kein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe IX. Diese umfaßt das Kapitel 63 in 1285 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit.
A n g e n o m m e n .

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich für heute, Dienstag, den 17. Dezember, um 14 Uhr 45 Minuten mit folgender Tagesordnung ein:

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 samt Anlagen (1285 und Zu 1285 der Beilagen).

Spezialdebatte über die Beratungsgruppe X, Verkehr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 14 Uhr 40 Minuten